v.

marck

<36619578310011

Reden

des

Reichskanzlers Fürsten von Bismarck,

gehalten in den Jahren

1870—1882.

Die Wirthschafts-, Finanz- und Sozialreform im Deutschen Reiche

und die Haltlosigkeit der aus Anlaß dieser Reformfragen gegen den Reichskanzler gerichteten Angriffe.

Mit

ein- und überleitenden Bemerkungen versehen

von

J. Schmitz.

Hagen i. W. und Leipzig.
Verlag von Hermann Risel & Co.
1882.

Die

Wirthschafts-, Finanz- und Sozialreform

im Deutschen Reiche

und

die Haltlosigkeit der aus Anlaß dieser Reformfragen gegen den Reichskanzler gerichteten Angriffe.

Reden des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck,

gehalten in den Jahren 1879—1882.

Mit ein- und überleitenden Bemerkungen versehen

von

J. Schmitz.

Hagen i. W. und Leipzig.
Verlag von Hermann Risel & Co.
(1882)

Einleitung.

Die wirthschaftlichen Fragen sind die Lebensfragen des Landes; sie müssen die Nation in ernstester Weise beschäftigen, da alle Staatsbürger in der Lage sich befinden und erhalten werden müssen, frei durch ihre Arbeit jene gesicherte und würdige Lebensstellung sich zu erringen, die in der Regel auch die Garantie ihrer Freiheit ist. Die Gesetzgebung des Landes muß den Vortheilen Aller dienen. Die wirthschaftlich Schwachen und die Armen bilden in jedem Staate die übergroße Mehrzahl. Wegen ihrer Schwachheit und Hülfslosigkeit sind sie am meisten der Gefahr ausgesetzt, durch Gewalt, List oder eigene Schwäche ihrer Bestimmung entzogen zu werden. Es ist darum die Aufstellung sozialer Einrichtungen und Garantieen, welche die niederen Volksklassen auf dem Wege der sittlichen und materiellen Vervollkommnung zu erhalten und zu stützen geeignet sind, eine gebieterische Nothwendigkeit.

Ueberblickt man die gesetzgeberische Thätigkeit des Liberalismus im deutschen Reiche, so läßt sich nicht in Abrede stellen, daß unter der Herrschaft des Liberalismus die Lebensfragen des Volkes nicht nur vollständig vernachlässigt, sondern direkt geschädigt worden sind, und was den nothwendigen Schutz, den die Gesetzgebung der großen Mehrzahl der Schwachen muß zu Theil werden lassen, anbetrifft, so hat der Liberalismus alle positiven, lebensfähigen und gesunden Institutionen niedergerissen und zur Ausbeutung und Ueberlistung der Schwachen und Armen geradezu die Wege frei gemacht.

Unter diesem Gange der Gesetzgebung war das deutsche Reich, namentlich auch Preußen, in einen solchen außerordentlichen Zustand gerathen, wie ihn wenige andere Staaten kennen gelernt haben. Die Industrie lag darnieder; tausende von Arbeitern waren arbeitslos, und im Winter 1876/77 hatte

die Arbeitslosigkeit einen solchen Umfang erreicht, daß an vielen Orten Volksküchen eingerichtet und Arbeit auf öffentliche Kosten beschafft werden mußte. Die Landwirthschaft empfand, wie sie jeden Tag mehr und mehr zwischen dem mobilen Kapital und der amerikanischen Konkurrenz zermahlen wurde.

Von dem Augenblicke an, wo die ersten Klagen über den Niedergang der rheinisch-westfälischen und der schlesischen Industrie ertönten, bis dahin, wo tausende von Arbeitern auf den Straßen der Industriegebiete nach Brod riefen, leugnete die liberale Presse den vorhandenen Nothstand. Die von den liberalen Ministern Delbrück und Camphausen in Aussicht gestellte Besserung dieser Zustände blieb aus, mit jedem Jahre war vielmehr eine Verschlimmerung nachzuweisen. Der Sozialismus nahm eine immer größere Ausdehnung und stand furchtbarer, organisirter und schlagfertiger als je da. Die beiden Angriffe auf das Leben Sr. Majestät des Kaisers im I. Halbjahre 1878 zeigten den Abgrund, an den der Liberalismus das deutsche Volk geführt.

Nunmehr nahm der Reichskanzler Fürst von Bismarck die wirthschaftlichen und sozialen Fragen in die Hand. Die Manchestermänner Delbrück und Camphausen wurden verabschiedet und der Reichstag aufgelöst.

Während der Wahlbewegung im Sommer 1878 skizzirte die Provinzial-Correspondenz zur Abwehr der gegen den Fürsten von Bismarck gerichteten Angriffe das Ziel und Streben der Regierungspolitik mit folgenden Worten:

„Die Staatsregierung will weder auf dem politischen, noch auf dem Steuer- und Wirthschaftsgebiete die Reaktion. Sie will auf allen diesen Gebieten die vernünftige Entwickelung. Gegen die Zuchtlosigkeit, die Erschütterung der monarchisch-konstitutionellen, der gesellschaftlichen und Eigenthums-Ordnung will sie ein energisches, unsere Kultur und Gesittung und den Fortschritt der industriellen Arbeit schützendes Eingreifen; in Bezug auf die Steuerverhältnisse will sie eine verständige, das Reich wie die Einzelstaaten förderne, dem Volke die Steueraufbringung erleichternde Reform; den handelspolitischen Fragen gegenüber die Wahrung der nationalen Gesammtinteressen im Sinne der Entwickelung seit 1818 und seit der Gründung des Zollvereins, ohne Voreingenommenheit durch die Lehrsätze de

volkswirthschaftlichen Parteien, die über der vermeintlichen Folgerichtigkeit ihrer Meinungen die praktischen Interessen der Nation übersahen.“

Das Resultat der Neuwahlen zeigte, wie diese Ziele den wirklichen und tief gefühlten Bedürfnissen des deutschen Volkes entsprachen. Der Zweck der Zusammenberufung des neuen Reichstages nach den Wahlen im Jahre 1878 war lediglich die Beschlußfassung über das Sozialistengesetz, welches die negative Seite der Maßregeln ausmachte, welche zur Abwehr der sozialen Gefahren nothwendig waren. Im Laufe der Session traten 204, also die Mehrheit der Reichstags-Abgeordneten unter dem Namen „volkswirthschaftliche Vereinigung des Reichstags“ zusammen und veröffentlichten am Schlusse der Session, und, wie die Zeitungen damals berichteten und allgemein angenommen wurde, im Einverständnisse mit dem Fürsten Reichskanzler, folgende Erklärung:

„In den weitesten Kreisen des deutschen Reiches sieht man mit Spannung einer endlichen klaren Entschließung der verbündeten Regierungen rücksichtlich der Grundlagen des deutschen Handelsverkehrs mit dem Auslande entgegen. Es lag deshalb nahe und ist vielfach verlangt worden, daß der augenblicklich versammelte deutsche Reichstag die hiermit zusammenhängenden Fragen behufs Feststellung der handelspolitischen Wege und Ziele der Reichsregierung in den Bereich seiner Verhandlungen zöge. Die unterzeichneten Reichstagsmitglieder geben dem Bedauern Ausdruck, daß ein solches Vorgehen nicht möglich war, weil der Zweck der diesmaligen Zusammenberufung des Reichstages lediglich der Beschlußfassung über das Sozialistengesetz galt, und weil die Erhebungen über die wirthschaftliche Lage und die Lebensbedingungen mehrerer der wichtigsten Gewerbszweige Deutschlands noch nicht abgeschlossen sind. Um aber dem Mißverständnisse vorzubeugen, daß es in der Vertretung des deutschen Volkes an dem nöthigen Interesse für berechtigte handelspolitische Forderungen des Landes und an dem festen Willen fehle, diese Forderungen zur Geltung zu bringen, halten wir uns zu der Erklärung verpflichtet, daß wir lediglich aus den angedeuteten Gründen während der gegenwärtigen Session die von dem Lande erwartete Anregung nicht gegeben haben und nicht geben konnten, daß wir aber angesichts der Handels-

politik der meisten Deutschland umgebenden Länder — in Erkenntniß der den Volkswohlstand schädigenden Mängel des deutschen Zolltarifs und bei der Fortdauer der auf der deutschen Gewerbthätigkeit und Landwirthschaft bestehenden Krisis — eine auf das Resultat sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des deutschen Zolltarifs für nothwendig halten und demgemäß entschlossen sind, für dieselbe in der nächsten ordentlichen Session des deutschen Reichstages einzutreten. Obschon von verschiedenen handelspolitischen Gesichtspunkten ausgehend, finden sich die Unterzeichneten doch in dem Grundgedanken vereinigt, daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankommt, die wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessen mit Sachkenntniß, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen."

Von den Unterzeichnern dieses Programms gehörten 87 der Zentrums-, 39 der freikonservativen, 36 der konservativen und 27 der nationalliberalen Partei an, die übrigen gehörten anderen kleineren Fraktionen an. Kurze Zeit nach Veröffentlichung dieser Erklärung publizirte die „Post" folgenden Briefwechsel zwischen dem Mitgliede der volkswirthschaftlichen Vereinigung, dem Reichstags-Abgeordneten Freiherrn von Varnbüler und dem Fürsten Reichskanzler:

„Euer Durchlaucht! In dem freien wirthschaftlichen Vereine des Reichstages ist der Gedanke angeregt worden, durch eine Interpellation eine offizielle Kundgebung der Reichsregierung über das von ihr beabsichtigte Vorgehen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelsgesetzgebung zu veranlassen. Es wurde jedoch erkannt, daß eine solche Interpellation der parlamentarischen Geschäftslage nicht entsprechen würde. Da aber der Wunsch, über die Absichten der Reichsregierung einigermaßen aufgeklärt zu werden, ein allgemeiner und in den wirthschaftlichen Verhältnissen Deutschlands begründeter ist, so wollen Ew. Durchlaucht es mir gestatten, Hochdemselben auf diesem Wege die Frage zu unterbreiten, ob es die Absicht ist, dem Reichstage bei seiner nächsten Session den Entwurf eines revidirten Zolltarifs vorzulegen, und ob die Reichsregierung, bevor dies geschehen, einen neuen Handels-

vertrag mit Konventionaltarif nicht abschließen werde? Ich benutze diesen Anlaß zu dem Ausdrucke meiner ausgezeichnetsten Hochachtung und verehrungsvollen Gesinnung, womit ich die Ehre habe zu sein Ew. Durchlaucht ganz ergebener
Berlin, 19. Oktober 1878. Freiherr von Varnbüler."

Darauf antwortete der Reichskanzler:

„Friedrichsruhe, 25. Oktober 1878.

Die Fragen, welche mir Ew. Excellenz in dem geehrten Schreiben vom 19. d. gestellt haben, würde ich amtlich nur dann beantworten können, wenn die verbündeten Regierungen über unsere zukünftige Zollpolitik bereits Beschlüsse gefaßt hätten. In Ermangelung solcher vermag ich Ew. Excellenz nur meine persönlichen Ansichten mitzutheilen. Soweit es mir gelingen wird, letztere zur Geltung zu bringen, liegt es allerdings in meiner Absicht, eine umfassende Revision unseres Zolltarifs herbeizuführen und die dazu erforderlichen Anträge zunächst der Prüfung der verbündeten Regierungen zu unterbreiten. Die Vorarbeiten hiefür sind bereits in Angriff genommen. Den Abschluß neuer Handelsverträge mit Konventionaltarifen vermag ich so lange nicht zu befürworten, als die Frage der Revision unseres Tarifes nicht ihre Erledigung gefunden hat. Genehmigen Ew. Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung, mit welcher ich verbleibe Euer Excellenz ganz ergebener Bismarck."

Dem Antrage des Fürsten Reichskanzler an den Bundesrath vom 12. November 1878: die sämmtlichen Fragen der Zoll- und Steuerreform einer Kommission zu unterbreiten, folgte dann das epochemachende, gleichfalls an den Bundesrath gerichtete Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 15. Dezember 1878, welches überall im deutschen Reiche die freudigste Zustimmung fand. Wir lassen dieses Schreiben hier folgen:

„Friedrichsruhe, den 15. Dezember 1878.

Nachdem der Bundesrath auf Grund der Vorlage vom 12. November v. Js., die Einsetzung einer Kommission zur Revision des Zolltarifs beschlossen hat, beehre ich mich, nachstehend die Gesichtspunkte darzulegen und zur geneigten Erwägung zu stellen, welche mir bei dieser Revision als leitende vorschweben und in deren Richtung ich amtlich zu wirken bestrebt bin.

In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform: Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs.

Wie weit Deutschland in der finanziellen Entwickelung seines Zollwesens hinter den anderen Staaten zurückgeblieben ist, zeigt die unter 1 anliegende Uebersicht. Das hier angestellte Verhältniß würde sich noch ungünstiger für Deutschland gestalten, wenn zu den für Oesterreich, Ungarn, Frankreich und Italien aufgeführten Beträgen der Einnahme an Grenzzöllen die Summen hinzugefügt würden, welche diese Staaten an Stelle des Zolls von ausländischem Tabak in der Form des Monopolertrages beziehen und welche zu Gunsten der Gemeinden als Oktroi erhoben werden.

Es beruht nicht auf Zufall, daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirthschaftlicher Entwickelung, die Deckung ihrer Ausgaben vorzugsweise in dem Ertrag der Zölle und indirekten Steuern suchen.

Die direkte Steuer, welche in einem für jeden einzelnen Steuerpflichtigen im Voraus festgestellten Betrage dem einzelnen Besteuerten abgefordert und nöthigenfalls durch Zwang von ihm beigefordert wird, wirkt ihrer Natur nach drückender als jede indirekte Abgabe, die in ihrem Betrage sowohl der Gesammtheit als dem Einzelnen gegenüber an den Umfang des Verbrauchs besteuerter Gegenstände sich anschließt, und, soweit sie den einzelnen Konsumenten trifft, von diesem in der Regel nicht besonders, sondern in und mit dem Preise der Waaren entrichtet wird. In dem größten Theile Deutschlands haben die direkten Steuern, einschließlich der Kommunalabgaben, eine Höhe erreicht, welche drückend ist und wirthschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint. Am meisten leiden unter derselben gegenwärtig diejenigen Mittelklassen, deren Einkommen sich etwa in der Grenze bis zu 6000 Mk. bewegt und welche exekutorisch beigetriebene oder über ihre Kräfte gezahlte direkte Steuer noch häufiger als die Angehörigen der untersten Steuerklassen in ihrem wirthschaftlichen Bestande untergraben werden. Soll die Steuerreform, wie ich es für erforderlich halte, in ihren Erleichterungen bis zu diesen Grenzen reichen, so muß sie bei der Revision des

Zolltarifs auf einer möglichst breiten Grundlage beginnen. Je ergiebiger man das Zollsystem in finanzieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der direkten Steuern sein können und sein müssen.

Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirekten Einnahmen des Reichs nicht eine Erhöhung der Gesammtsteuerlast bezweckt werden kann. Das Maß der Gesammtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständniß zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfniß des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich sind, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. Dieselben haben nur dahin zu streben, daß das Erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmäßig minder drückende Weise aufgebracht werde. Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs muß deshalb die nothwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Staatswegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswerth erscheint, soviel erlassen oder an Kommunalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnisse mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird.

Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten nothwendigen Lasten, sondern in der Uebertragung eines größeren Theiles der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirekten Steuern besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zolltarif-Revision dienen soll.

Um eine dieser Rücksicht entsprechende Grundlage für die Revision zu gewinnen, empfiehlt es sich meines Erachtens nicht bloß, einzelne Artikel, welche sich dazu besonders eignen, mit höheren Zöllen zu belegen, sondern zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände, welche in der preußischen Zollgesetzgebung vom Jahre 1818 an als Regel aufgestellt war und später in der allgemeinen Eingangsabgabe des Vereins-Zolltarifs bis zum Jahre 1865 seinen Ausdruck fand, zurückzukehren.

Von dieser allgemeinen Zollpflicht würden diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen sein, welche in Deutschland garnicht (z. B. Baumwolle) und nach Befinden auch die, welche nur in einer ungenügenden Qualität erzeugt werden können.

Alle nicht besonders ausgenommenen Gegenstände sollen mit einer Eingangsabgabe belegt sein, die nach dem Werthe der Waaren, und zwar unter Zugrundelegung verschiedener Prozentsätze, je nach dem Bedarf der einheimischen Produktion abzustufen wäre. Die hiernach zu bemessenden Zollsätze würden auf Gewichtseinheiten, wie dies in dem bestehenden Zolltarif die Regel ist, zurückzuführen und danach zu erheben sein, soweit nicht nach der Natur des Gegenstandes eine Erhebung des Zolls vom Stück (wie bei dem Vieh) oder unmittelbar nach dem Werth (wie bei Eisenbahnfahrzeugen, eisernen Flußschiffen) sich mehr empfiehlt.

Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts (Statistik des Deutschen Reiches, Band 32, § 293) betrug im Jahre 1877 der geschätzte Werth der Waareneinfuhr (Eingang in den freien Verkehr) rund 3877 Millionen Mark. Hiervon fallen laut Anlage 2 auf bisher zollfreie Artikel rund 2853 Millionen Mark.

In dieser Summe ist der Werth einer Reihe von Artikeln enthalten, welche auch in Zukunft zollfrei zu lassen sein werden, weil sie unter die oben bezeichnete Kategorie der für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe fremder Herkunft fallen, oder weil sie, wie gemünztes Metall, sich ihrer Natur nach nicht zu einem Gegenstande der Verzollung eignen. Außerdem würden die Positionen in Abzug zu bringen sein, für welche auch in Zukunft die Freiheit der Durchfuhr anderen Ländern gewährleistet oder im Interesse des inländischen Verkehrs gesetzlich zugelassen werden soll. Es kommt ferner in Betracht, daß die Belegung jetzt zollfreier Artikel, auch mit einer mäßigen Eingangsabgabe, doch Einfluß auf den Verbrauch dieser Artikel üben kann.

Welcher Betrag hiernach an der obigen Summe von 2853 Millionen Mark abzusetzen wäre, um den Gesammtwerth der jetzt zollfreien, nach meinem Vorschlage künftig der Zollpflicht unterliegenden Gegenstände zu ermitteln, dies

läßt sich mit irgend welcher Zuverlässigkeit nicht berechnen. Wollte man indessen auch annehmen, daß selbst die Hälfte der obengenannten Summe — was ohne Zweifel zu hoch gegriffen ist — als Werth auch künftig zollfreier Ein- und Durchfuhr in Abzug kommen müßte, so bliebe immer noch eine, jetzt zollfreie, künftig und nach den ursprünglichen, bis 1865 gültigen Grundsätzen Preußens und des Zollvereins zollpflichtige Einfuhr im Werthe von etwa 1400 Millionen Mark. Wird ferner angenommen, daß die hiervon künftig zu erhebenden Eingangsabgaben auch nur durchschnittlich 5 % des Werthes betrügen, so würde sich die Vermehrung der jährlichen Zoll-Einnahmen auf 70 Millionen Mark belaufen.

Dieser Vermehrung der Zoll-Einnahme würde eine wesentliche Erhöhung der Zoll-Erhebungs- und Verwaltungskosten nicht gegenüberstehen, da eine, wenn auch nur summarische Revision der die Zollgrenze passirenden zollfreien Güter jetzt ebenfalls stattfindet. Die bestehenden Einrichtungen an der Zollgrenze und im Innern würden voraussichtlich auch zur Verzollung aller jetzt zollfreien, künftig zollpflichtigen Gegenstände ausreichen, oder doch nicht in sehr erheblichem Maße zu erweitern sein; sie würden durch Vermehrung der zollpflichtigen Artikel vielfach nur noch besser ausgenützt und einträglicher gemacht werden, als es jetzt der Fall ist.

Wenn hiernach vom finanziellen Gesichtspunkte aus, auf welchen ich das Hauptgewicht lege, die von mir befürwortete Wiederherstellung der Regel allgemeiner Zollpflicht sich empfiehlt, so läßt ein solches System sich meines Erachtens auch in volkswirthschaftlicher Beziehung nicht anfechten.

Ich lasse dahingestellt, ob ein Zustand vollkommener gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs, wie ihn die Theorie als Ziel vor Augen hat, dem Interesse Deutschlands entsprechen würde; so lange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserm Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben und die Tendenz zur Erhöhung derselben noch im Steigen begriffen ist, erscheint es mir ungerechtfertigt und im wirthschaftlichen Interesse der Nation geboten, uns in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgniß einschränken zu lassen,

daß durch dieselben deutsche Produkte eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren.

Der jetzt bestehende Vereinszolltarif enthält neben den reinen Finanzzöllen eine Reihe von mäßigen Schutzzöllen für bestimmte Industriezweige. Eine Beseitigung oder Verminderung dieser Zölle wird, zumal bei der gegenwärtigen Lage der Industrie, nicht rathsam erscheinen: vielleicht wird sogar bei manchen Artikeln im Interesse einzelner, besonders leidender Zweige der heimischen Industrie je nach dem Ergebniß der im Gange befindlichen Enqueten eine Wiederherstellung höherer oder Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze sich empfehlen.

Schutzzölle für einzelne Industriezweige aber wirken, zumal wenn sie das durch die Rücksicht auf den finanziellen Ertrag gebotene Maß überschreiten, wie ein Privilegium, und begegnen auf Seiten der Vertreter der nicht geschützten Zweige der Erwerbsthätigkeit der Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird ein Zollsystem nicht begegnen können, welches innerhalb der durch das finanzielle Wesen gezogenen Schranken der gesammten inländischen Produktion einen Vorzug vor der ausländischen Produktion auf dem einheimischen Markt gewährt. Ein solches System wird nach keiner Seite hin drückend erscheinen können, weil seine Wirkungen sich über alle produzirenden Kreise der Nation gleichmäßiger vertheilen, als es bei einem System von Schutzzöllen für einzelne Industriezweige der Fall ist. Die Minderheit der Bevölkerung, welche überhaupt nicht produzirt, sondern ausschließlich konsumirt, wird durch ein die gesammte nationale Produktion begünstigendes Zollsystem scheinbar benachtheiligt. Wenn indessen durch ein solches System die Gesammtsumme der im Inlande erzeugten Werthe vermehrt und dadurch der Volkswohlstand im Ganzen gehoben wird, so wird dies schließlich auch für die nicht produzirenden Theile der Bevölkerung, und namentlich für die auf festes Geldeinkommen angewiesenen Staats- und Gemeindebeamten von Nutzen sein, denn es werden der Gesammtheit dann die Mittel zur Ausgleichung von Härten zu Gebote stehen, falls sich in der That eine Erhöhung der Preise der Lebensbedürfnisse aus der Ausdehnung der Zoll-

pflichtigkeit auf die Gesammteinfuhr ergeben sollte. Eine solche Erhöhung wird jedoch in dem Maße, in welchem sie von den Konsumenten befürchtet zu werden pflegt, bei geringen Zöllen voraussichtlich nicht eintreten, wie ja auch umgekehrt nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Brod- und Fleischpreise in den früher davon betroffenen Gemeinden nicht in einer bemerkbaren Weise zurückgegangen sind.

Eigentliche Finanzzölle, welche auf Gegenstände gelegt sind, die im Inlande nicht vorkommen und deren Einfuhr unentbehrlich ist, werden zum Theil den Inhaber allein treffen. Bei Artikeln dagegen, welche das Inland in einer für den einheimischen Verbrauch ausreichenden Menge und Beschaffenheit zu erzeugen im Stande ist, wird der ausländische Produzent den Zoll allein zu tragen haben, um auf dem deutschen Markte noch konkurriren zu können. In solchen Fällen endlich, in denen ein Theil des inländischen Bedarfs durch auswärtige Zufuhr gedeckt werden muß, wird der ausländische Konkurrent meist genöthigt sein, wenigstens einen Theil und oft das Ganze des Zolles zu übernehmen und seinen bisherigen Gewinn um diesen Betrag zu vermindern. Daß Grenzzölle auf solche Gegenstände, welche auch im Inlande erzeugt werden, den ausländischen Produzenten für das finanzielle Ergebniß mit heranziehen, geht aus dem Interesse hervor, welches überall das Ausland gegen Einführung und Erhöhung derartiger Grenzzölle in irgend einem Gebiet an den Tag legt. Wenn im praktischen Leben wirklich der inländische Konsument es wäre, dem der erhöhte Zoll zur Last fällt, so würde die Erhöhung dem ausländischen Produzenten gleichgültiger sein.

Soweit hiernach der Zoll dem inländischen Konsumenten überhaupt zur Last fällt, tritt er hinter den sonstigen Verhältnissen, welche auf die Höhe der Waarenpreise von Einfluß sind, in der Regel weit zurück. Gegenüber der Preisschwankung, welche bei bestimmten Waarengattungen durch den Wechsel im Verhältniß von Angebot und Nachfrage oft binnen kurzer Zeit und bei geringer örtlicher Entfernung der Marktplätze von einander bedingt wird, kann ein Zoll, der etwa 5 bis 10 Prozent vom Werth der Waare beträgt, nur einen verhältnißmäßig geringen Einfluß auf den Kauf-

preis üben. Andere Momente, wie die Ungleichheiten der Frachtsätze bei den Differentialtarifen der Eisenbahnen, wirken in dieser Beziehung viel entscheidender vermöge der Einfuhrprämie, die sie dem Auslande, oft zum vielfachen Betrage jedes vom Reiche aufzulegenden Zolles auf Kosten der deutschen Produktion gewähren. Ich bin deshalb auch der Ueberzeugung, daß mit der Revision der Grenzzölle eine Revision der Eisenbahntarife nothwendig Hand in Hand gehen muß. Es kann auf die Dauer den einzelnen Staats- und Eisenbahnverwaltungen nicht die Berechtigung verbleiben, der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Reiches nach eigenem Ermessen Konkurrenz zu machen, die Handelspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstags nach Willkür zu neutralisiren und das wirthschaftliche Leben der Nation den Schwankungen auszusetzen, welche im Gefolge hoher und wechselnder Einfuhrprämien für einzelne Gegenstände nothwendig eintreten.

Die Rückkehr zu dem Prinzip der allgemeinen Zollpflicht entspricht der jetzigen Lage unserer handelspolitischen Verhältnisse. Nachdem der Versuch, mit Oesterreich-Ungarn einen neuen Zolltarif zu vereinbaren, beziehungsweise den bisherigen zu prolongiren, gescheitert ist, sind wir (abgesehen von den in den Verträgen mit Belgien und der Schweiz enthaltenen Tarifbestimmungen) in das Recht selbstständiger Gestaltung unseres Zolltarifs wieder eingetreten. Bei der bevorstehenden Revision des Zolltarifs kann nur unser eigenes Interesse maßgebend sein. Dieses Interesse wird vielleicht demnächst zu neuen Verhandlungen über Tarifverträge mit dem Auslande führen. Sollen aber solche Verhandlungen mit der Aussicht auf einen für Deutschland glücklichen Erfolg begonnen werden, so ist es nöthig, vorher auf dem autonomen Wege ein Zollsystem zu schaffen, welches die gesammte inländische Produktion der ausländischen gegenüber in die möglichst günstige Lage bringt.

Dem Bundesrath stelle ich ergebenst anheim, die vorstehenden Bemerkungen der Kommission, welche behufs Revision des Zolltarifs zufolge des Beschlusses vom 12. ds. Mts. eingesetzt wird, zur Erwägung gefälligst überweisen zu wollen.

v. Bismarck."

Die Thronrede, mit welcher die 2. Session der 4. Legislaturperiode des Reichstages eröffnet wurde, verkündigte klar und bündig den Bruch mit dem unheilvollen manchesterlichen Systeme in folgenden Worten:

„Die verbündeten Regierungen berathen über die Mittel, welche die Gesetzgebung zu gewähren vermag, um Uebelstände, unter denen wir auf wirthschaftlichem Gebiete leiden, zu heben oder zu mindern.

Die Vorschläge, welche Ich meinen Bundesgenossen theils gemacht habe, theils zu machen beabsichtige, haben zunächst den Zweck, durch Beschaffung neuer Einnahmequellen für das Reich die einzelnen Regierungen in den Stand zu setzen, daß sie auf Forterhebung derjenigen Steuern zu verzichten vermögen, welche sie und ihre Landesvertretungen als die am schwersten aufzubringenden erkennen. Zugleich bin Ich der Meinung, daß unsere wirthschaftliche Thätigkeit in ihrem gesammten Umfange auf diejenige Unterstützung vollen Anspruch hat, welche die Gesetzgebung über Steuern und Zölle ihr zu gewähren vermag, und in den Ländern, mit denen wir verkehren, vielleicht über das Bedürfniß hinaus gewährt. Ich halte es für Meine Pflicht, dahin zu wirken, daß wenigstens der deutsche Markt der nationalen Produktion insoweit erhalten werde, als dies mit unseren Gesammtinteressen verträglich ist, und daß demgemäß unsere Zollgesetzgebung den bewährten Grundsätzen wiederum näher trete, auf welchen die gedeihliche Wirksamkeit des Zollvereins fast ein halbes Jahrhundert beruht hat, und welche in unserer Handelspolitik seit dem Jahre 1865 in wesentlichen Theilen verlassen worden sind. Ich vermag nicht zu erkennen, daß thatsächliche Erfolge dieser Wendung unserer Zollpolitik zur Seite gestanden haben. Die Vorlagen in der angedeuteten Richtung werden, insoweit und sobald die Einigung der verbündeten Regierungen über dieselben stattgefunden haben wird, Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden."

Bereits nach Veröffentlichung der Erklärung der 204 Reichstags-Abgeordneten und der Bekräftigung derselben durch die Korrespondenz Bismarck-Varnbüler eröffneten die Manchestermänner den Kampf gegen die neue Bewegung. Unter dem Vorsitze des reich gewordenen Flüchtlings vom Jahre 1848, des Reichstags-Abgeordneten Dr. Bamberger, trat ein „Verein

zur Förderung der Handelsfreiheit" zusammen, dessen Zweck der § 1 der Statuten dahin zusammenfaßte: „Der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit bezweckt die Erhaltung des bisher erreichten Maßes freien internationalen Verkehrs und dessen Förderung, insbesondere auf dem Wege der Handelsverträge." Die That dieses Vereins besteht in einer von dem Vorsitzenden Dr. L. Bamberger und dem Generalsecretair M. Brömel unterzeichneten Eingabe an den Bundesrath vom 28. Dezember 1878. Diese Eingabe zeichnet sich besonders durch den Uebermuth und die Zuversicht der Sprache, welche augenscheinlich den Mangel der Beweisführung ersetzen soll, und durch die Kälte aus, mit welcher der Verein den Klagen der bedrängten Landwirthe und darbenden Arbeitern gegenübersteht. — Die liberale Presse malte das wirthschaftliche und sozialpolitische Programm des Fürsten Reichskanzler für ihre Gläubigen zu einem wahren Schreckbilde aus. Mit Hartnäckigkeit vertheidigte sie den Zustand der zügellosen Handels-, Gewerbe- und Ausbeutungsfreiheit, unbekümmert um die himmelschreienden Mißstände, welche sich in den weitesten Volkskreisen zeigten, unbekümmert um den Hülferuf der Unzufriedenen, Ohnmächtigen, Bedrängten und Bedrückten, welche ohne die rettende Hand des Staates in dem Strudel der wirthschaftlichen Freiheit vollständig zu versinken drohten. Im Reichstage benutzten die Abgeordneten Richter, Rickert, Bamberger, Lasker u. A. jeden Anlaß zu persönlichen Angriffen und Verdächtigungen des Reichskanzlers. Mit vornehmer Miene und arrogantem Tone bezeichneten sie die Gegner als unwissende und unfähige Menschen und vindizirten sich allein den Beruf, Volkswirthschaft theoretisch und praktisch zu betreiben. Von den Projekten des Reichskanzlers weissagten sie den Ruin Deutschlands. Am unangenehmsten berührt die Heuchelei, mit welcher die Freihandelsmänner sich plötzlich des armen Mannes annahmen. Sie waren bereit, hohe Finanzzölle zu bewilligen, also bereit zur Vertheuerung der Verbrauchsgegenstände des armen Mannes, nur sollte der Reichskanzler im Interesse des Handels die Schutzzölle fahren lassen. Ja, das Tabakmonopol zu bewilligen, waren die Herren bereit. Am 21. Februar 1879 erklärte der Abg. Bamberger, nachdem er wahrheitswidrig vorausgeschickt hatte, der Herr Reichskanzler sei deswegen von der Freihandelspolitik

zur Schutzpolitik übergegangen, weil ihm die Liberalen angeblich nicht erlaubt hätten, das Tabakmonopol einzuführen, wörtlich:

„Meine Herren, begreife das, wer will, aber gesagt ist das hier worden. Ich benutze gerade diesen Angriff wegen des Tabaksmonopols, um zu gestehen, daß ich prinzipiell, **gerade weil ich Freihändler bin, gar kein Gegner des Tabakmonopols bin**. Ich verstehe nämlich gar nicht, wie ein Schutzzöllner das Tabakmonopol wollen kann. Der Zweck des Schutzzolles ist nicht, bestimmte Produkte hervorzubringen, sondern eine bestimmte Arbeit zu veranlassen. Er fragt nicht: was oder wieviel oder wie nützlich wird produzirt? sondern: wie viele Arme werden in Bewegung gesetzt? Es heißt immer „die nationale Arbeit", nicht die Produkte sollen vermehrt werden. Das ist die Quintessenz des Schutzzolles. Nun haben Sie eine Industrie, die ohne Gleichen Arme beschäftigt und die gerade deshalb Sympathieen in Anspruch nimmt, und die Schutzzöllner wollen diese Arbeit vernichten (?) weil sie sagen, es kann auf produktivere Weise gemacht werden. Meine Herren, das Argument nehme ich für mich in Anspruch. **Ich wäre unter Umständen geneigt, das Programm der Regierung, das Tabakmonopol, zu gewähren.** Was mich abgehalten hat, darauf einzugehen, das sind die wirthschaftlichen Allüren der Reichsregierung (nämlich die Schutzzollpolitik) in den letzten Jahren. Meine Herren, in eine Regierung, die so mit Improvisationen, mit einem Platzregen von neuen Erfindungen, mit einem wahren Heißhunger nach glänzenden Resultaten, die versprochen werden, vorgeht, in die habe ich absolut nicht das Vertrauen, daß sie eine so schwierige Aufgabe wie das Tabakmonopol durchführen kann." —

Wäre es dem Reichskanzler nur um „Geld" zu thun gewesen, wie die Manchestermänner sagen, und nicht um den Schutz der nationalen Produktion, dann hätte er auf letzteren verzichten und das Angebot der Liberalen acceptiren müssen.

Der Präsident des Reichstages, Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, von Forckenbeck, lud die Vertreter der größeren Städte auf den 17. Mai 1879 zu einer Demonstration gegen die landwirthschaftlichen Zölle nach Berlin ein Die Betheiligung war eine geringe. **Eine treffliche Charakterisirung dieses städtischen Rumpfparlaments gab damals die „Nordd. Allg. Z." in folgendem Artikel:**

„Die Thatsache, daß eine Gemeinde, deren erster Beamter zugleich Präsident des Reichstages ist, eine Einladung an sämmtliche größere Städte erläßt, neben dem Parlament des deutschen Volkes an dessen Sitz zu tagen und durch ihre Diskussionen und Beschlüsse einen lokalen Druck auf die Vertreter des Volkes zu üben, hat an sich für unsere politischen Gewohnheiten, wenn wir vom Sommer 1848 absehen, etwas Befremdliches. Die Demonstration ist nicht in dem Maße gelungen, wie gehofft wurde, nur etwa ein Viertel der eingeladenen Städte sind dem Rufe gefolgt. Aber wenn wir den Berichten über die Reden und Toaste Glauben schenken dürfen, so müssen wir annehmen, daß die intensive Qualität der Demonstration für das verminderte quantitative Gewicht entschädigen soll. Die wirthschaftlichen Fragen sind von diesem Städtetag mit seinem selbstgeschaffenen Mandat in politische umgewandelt, und anstatt der nüchternen Besprechung von Zollpositionen hört man den Schlachtruf jeder revolutionären Agitation in dem Geschrei über kirchliche und politische Reaktion. In den Reden wird an die Thatkraft appellirt, und wenn man das Gebahren der Herren auf ihrem Banket betrachtet, so muß man annehmen, daß die Vorbilder der Pariser Kommune ihren Zukunftshoffnungen vorschweben: ein regierender Städtetag mit dem Haupte der Residenzgemeinde, der zugleich Präsident des Reichstags ist, an der Spitze. Ueberraschend im Munde dieser Herren ist der geringschätzige Hohn gegen parlamentarische Abstimmungen, und eine konstitutionelle Gesetzgebung, mit deren Beseitigung sie drohen, bevor sie noch in's Leben getreten. Ueberraschend ist ferner der Mangel an Achtung vor Majoritätsbeschlüssen; die Herren sind eben nicht gewohnt, in der Minorität zu sein. — An dem guten Willen, die verfassungsmäßigen Gewalten bei uns durch aufgeregte Gemeindeversammlungen zu ersetzen, scheint es demnach nicht zu fehlen, aber wir glauben nicht, daß diese Drachensaat in Deutschland einen Boden findet, auf welchen sie aufgehen könnte, und unser Vaterland befindet sich glücklicherweise in keiner, republikanischen Sympathieen entgegengleitenden Bewegung. Wir glauben daher, daß Deutschland, wenn auch mit einiger Verwunderung, doch mit kühler Ruhe der Verbrüderung fortschrittlicher Stadtbehörden zuschauen kann, und daß die ehrgeizigen Velleitäten, welche hier zu Tage

traten, eine der beabsichtigten diametral entgegenstehende Wirkung haben werden."

Ungeachtet der leidenschaftlichsten Agitation kann heute die Thatsache konstatirt werden, daß die der neuen Wirthschafts- und Sozialpolitik des Reichskanzlers entgegenstehende Manchesterlehre vollständig erschüttert ist und die jüngere Welt wenigstens sich von derselben gänzlich abgewandt hat. Mit Recht durfte daher die „Prov.-Corr." Mitte April d. J. betonen, daß die Vorlagen des Reichskanzlers schon eine ganz andere Würdigung fänden als vor wenigen Jahren. Die neue Wirthschaftspolitik hat ferner auch die Hoffnungen gerechtfertigt, welche auf dieselbe gesetzt worden sind.

Die Bevölkerung interessirt sich in der Hauptsache nur für die wirthschaftlichen Fragen, den politischen Fragen steht sie gleichgültiger gegenüber. Denjenigen Staatsmännern ist die dauernde Anerkennung der Völker gesichert, mit deren Namen Reformen verknüpft sind, die den Grund zu des Landes Wohlstand und zum wirthschaftlichen Wohlbefinden gelegt haben. Indem der Fürst Reichskanzler Reformen angebahnt hat, welche Deutschland zu neuem Wohlstande zu führen und die Bevölkerung zufrieden zu stellen geeignet sind, wird sein Name im Munde des Volkes noch fortleben, wenn seine großartigen Erfolge in den auswärtigen Angelegenheiten der Mehrzahl der Bevölkerung nicht mehr gegenwärtig sind.

Den im Kampfe für die neue Wirthschafts- und Sozialpolitik und zur Zurückweisung der dagegen erhobenen Vorwürfe von dem Fürsten Reichskanzler gehaltenen Reden ist daher ein dauerndes Interesse gesichert. Dieser Umstand und die Erwägung, daß diese Reden zugleich ein reiches Material zur Widerlegung der manchesterlichen Schlagwortfabrikanten enthalten, hat den Herausgeber zu der vorliegenden Sammlung veranlaßt.

Die Ordnung der letzteren ist eine systematische und chronologische. Es folgen zuerst die Reden in der Wirthschafts- und Finanzreform, dann kommt die Rede zu der Arbeiter-Unfallversicherungs-Vorlage und daran reihen sich diejenigen Reden, in welchen persönliche Angriffe zurückgewiesen und die Schreckgespenster von Reaktion u. s. w. verscheucht werden.

Hagen i. W., den 15. August 1882.

Der Herausgeber.

I. Die Wirthschafts- und Steuerreform.

Deutsch-österreichischer Handels-Vertrag.

Auf der Tages-Ordnung der 6. Reichstags-Sitzung vom 20. Februar 1879 stand die erste und zweite Berathung des Handelsvertrags zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Der zwischen dem Zollverein und Oesterreich-Ungarn unterm 9. März 1868 abgeschlossene Handels- und Zollvertrag, welcher gegenseitige Verkehrserleichterungen auf Grundlage des freien Eingangs roher Naturerzeugnisse und den Eingang der gewerblichen Erzeugnisse der vertragschließenden Länder gegen ermäßigte Zollsätze bezweckte, war im Oktober 1876 von der österreichisch-ungarischen Regierung gekündigt worden. Veranlaßt war diese Kündigung durch das Vorgehen des überwiegend freihändlerischen deutschen Reichstages, welcher mit dem Jahre 1868 beginnend bis zum Jahre 1873 unbekümmert um die Zollpolitik anderer Länder die Zölle für wichtige Industriezweige des Landes theils ermäßigt, anderntheils aufgehoben hatte. Eine Erneuerung des Vertrages auf der bisherigen Grundlage lehnte die österreichisch-ungarische Regierung ab. Nachdem den fortgesetzten Bemühungen der deutschen Reichsregierung zunächst nur eine Verlängerung des Vertrages vom 9. März 1868 auf die Dauer von 6 Monaten gelungen war, kam unterm 16. Dezember 1878 für ein Jahr ein neuer Vertrag zum Abschlusse, welcher mittelst Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 12. Februar 1879 dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt wurde. Im Reichstage nahm die Debatte vier Tage in Anspruch. Der Handelsvertrag trat dabei jedoch vollständig in den Hintergrund gegenüber den großen Prinzipienfragen über Schutzzoll oder Freihandel, zu deren Erörterung die Freihändler, welche die Wissenschaft wie die Zahlen für sich in Anspruch nahmen und letztere für ihre Zwecke kneteten und gruppirten, den Anlaß der veränderten Richtung der Reichsregierung in den wirthschaftlichen Fragen

entnahmen. Die Debatte wurde eingeleitet durch den Bevollmächtigten zum Bundesrath, Staatssekretär des auswärtigen Amtes und Staatsminister von Bülow. Nach diesem ergriff der Träger der in der Thronrede, mit welcher der Reichstag am 12. Februar 1879 eröffnet worden war, verurtheilten früheren Handelspolitik und das Haupt der freihändlerischen Koalition, der Abgeordnete Delbrück, und hiernach der Abgeordnete Richter-Hagen das Wort. Letzterer erblickte in der neuen Zollpolitik den „wirthschaftlichen Ruin" Deutschlands und beschuldigte den Herrn Reichskanzler der Sinnesänderung. Als Agitationsmittel mag der Vorwurf der Sinnesänderung gegen einen Staatsmann wohl zu verwerthen sein, wie derselbe in Wirklichkeit aber in sein hohles Nichts zusammenfällt, zeigt die darauf in der 7. Sitzung vom 21. Februar erfolgende Entgegnung des Herrn Reichskanzlers [1]:

„Ich habe der Verhandlung gestern leider wegen Behinderung durch anderweitige Geschäfte nicht beiwohnen können und nehme deshalb heute Gelegenheit, auf einige Bemerkungen aus der gestrigen Diskussion zu antworten, soweit sie mir inzwischen zugänglich geworden sind. Zuerst in Bezug auf die Ausstellung, die der Herr Abgeordnete Delbrück an dem vorliegenden Vertrage machte, daß er nicht auf 3 bis 6 Monate länger geschlossen worden sei. Ich würde die längere Dauer meinerseits sehr gern in den Vertrag hineingebracht haben, wenn wir ihn allein zu diktiren gehabt hätten; aber ich glaube nicht, daß wir ohne wesentlichen Zeitverlust mit Oesterreich zu einer weiteren Verhandlung gekommen wären. Es hat schon Mühe genug gemacht in der kurzen Zeit, die uns geblieben war, weil Oesterreich von uns erwartete, wir würden so gedrängt durch das Bedürfniß des Vertrages, daß wir uns fügen würden, und bis auf den letzten Moment abwartete. Die Zeit war schon so kurz, daß wir recht zufrieden waren, diesen Abschluß zu erreichen. Die Ermächtigung von den gesetzgebenden Gewalten zu erbitten, unter Umständen, falls Oesterreich inzwischen geneigt sein sollte, diesen Vertrag auf eine längere Zeit zu bewilligen, darauf eingehen zu dürfen, diese Ermächtigung nachzusuchen, liegt in meiner Absicht vor dem Schlusse des Reichstages.

---

[1]) Stenogr. Berichte 1879, 1. Band, Seite 56 ff.

Allerdings möchte ich auch, bevor ich in neue Verhandlungen mit Oesterreich eintrete, wissen, wie die gesetzgebenden Gewalten sich zu den Reformvorlagen in Bezug auf die Zolltarife stellen werden, die augenblicklich für den Bundesrath vorbereitet werden. Ich glaube, wir haben Zeit genug, uns die Frage der Verlängerung dieses Vertrages mit Oesterreich immer falls Oesterreich will — woran ich wenig Glauben habe — noch zu überlegen.

Ich will dem System der Handelsverträge im Ganzen nicht entgegentreten; ein Handelsvertrag an sich ist nichts, was ich erstrebe, es kommt auf den Inhalt an.

Die Ein- und Ausfuhr-Tabellen täuschen.

Die anscheinend glänzenden Resultate, welche die gegenseitigen Ein- und Ausfuhrtabellen gewähren, täuschen bei der geographischen Lage Deutschlands sehr, weil wir keine Ursprungsatteste haben. In unserer Einfuhr nach Oesterreich ist, wie der Herr Abgeordnete Delbrück gestern schon sehr richtig bemerkte, der ganze Transit des westlichen und nordwestlichen Europas durch Deutschland nach Oesterreich mit einbegriffen. In unserer Einfuhr nach Belgien und Frankreich, von der der Herr Abgeordnete Richter rühmt, daß sie im Steigen geblieben wäre, ist der ganze Transit durch Deutschland, dann die russische und österreichische Importation, die wir zum Nachtheil unseres früheren Handels mit Belgien und Frankreich in den analogen Produkten durch unsere Eisenbahntarife wesentlich gefördert haben, ist diese ganze Produktion mit einbegriffen, und ich glaube, eine genauere Untersuchung würde ergeben, daß bei den Ziffern, die der Herr Abgeordnete Richter für unseren Transport nach Frankreich, Belgien und Holland anführte, der Transport für Rußland und Frankreich, für dessen Erleichterung wir unseren eigenen Export nach diesen Ländern lahm gelegt haben, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat.

Charakteristirung der Redeweise des Abgeordneten Richter.

Wenn ich mich zu den weiteren Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Richter wende, so rechne ich auf die Zustimmung des Hauses, wenn ich von der Tonart, in der dieser Abgeordnete die Gewohnheit hat, von mir zu sprechen, gänzlich absehe.

Ich glaube, daß es nicht zu meinen amtlichen Pflichten gehört, mit dem Herrn Abgeordneten Richter in einen Austausch persönlich verletzender Redewendungen einzutreten, und ich bin außerdem in einer siebzehnjährigen ministeriellen Praxis daran gewöhnt, daß sich ein Minister in Deutschland Manches

gefallen zu lassen hat, was in anderen Ländern Sitte und gesellschaftliche Gewöhnung verbietet. (Bravo! rechts.)

Ich würde auf die Seite der Sache, die mich persönlich betrifft, dem Herrn Abgeordneten Richter gar nicht geantwortet haben, wenn ich nicht das Bedürfniß hätte, einige Thatsachen, die er anführte, richtig zu stellen.

Ueber die Aenderung der wirthschaftlichen Anschauungen.

Er hat mich im Widerspruch mit mir selber darzustellen versucht, dadurch, daß er mir die Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag von 1862 zuschrieb, mit dessen Grundsätzen meine jetzige Politik in Widerspruch tritt. Meine Herren, wenn ich in Widerspruch mit mir selber zu treten hätte, so würde ich es für mein eigenes Ansehen außerordentlich beklagen, wenn ich aber sehe, daß es im Dienste des Landes nothwendig ist, so würde ich keinen Augenblick anstehen, den Weg, den ich für irrthümlich erkenne, zurückzugehen, meinen Irrthum offen einzugestehen und entweder Anderen, die es besser verstehen, Platz zu machen, oder, wenn es von mir verlangt würde, selbst die Sache besser zu machen, als früher; ich will vom Besseren und Schlechteren hier aber nicht sprechen. Der Herr Abgeordnete hat die Worte der Thronrede angeführt, für welche ich mit voller Verantwortlichkeit eintrete und in der die Thatsache zitirt worden ist, daß der damals inaugurirten Politik praktische Erfolge nicht zur Seite stehen. Ich glaube, milder kann man sich nicht ausdrücken. Die Thatsache, daß ihr solche nicht zur Seite stehen, kann von anderen Gründen herrühren, eine Thatsache ist es aber. In Allem, was ich gleich sagen werde, fällt es mir nicht ein, meine Verantwortlichkeit auch da, wo sie formell ganz und voll eintritt, voll zu übernehmen, und wenn der Weg ein irrthümlicher war, würde ich, wenn ich ganz allein die Politik geführt hätte, diesen Irrthum bekennen und bitten, mir zu helfen, ihn gut zu machen. Aber der Herr Abgeordnete Richter hat sorgfältig das Datum des französischen Handelsvertrags verschwiegen. Er hat das Datum meines ersten Erscheinens ganz genau genannt; er wird gewiß einen Blick in die Gesetzsammlung geworfen haben, wo der französische Handelsvertrag unter dem Datum des 2. August 1862 als vollständig abgeschlossen und unterzeichnet von meinem Vorgänger, dem Grafen Bernstorff, dem Fürsten Latour, dem Freiherrn von Pommer-Esche und dem

Von wem der deutsch-französische Handels-Vertrag abgeschlossen ist.

Herrn Leclerc — von französischer Seite vollständig fertig **vor** meiner Zeit vorlag.[1]) Ich war in der Zeit nicht einmal in Paris Gesandter, sondern in Petersburg. Mit diesem Datum, 2. August 1862, befindet sich der Vertrag in der Gesetzsammlung, und ich bin, wie auch der Herr Abgeordnete Richter nicht bestreitet, erst Ende September, wenn er auch das Datum nicht ganz richtig angiebt, überhaupt Minister geworden und nach den Einrichtungen des preußischen Ministeriums ist es nicht Beruf des auswärtigen Ministers überhaupt, auch nicht in ganz ruhigen und regulären Zeiten, von Hause aus sich mit Handelsverträgen zu beschäftigen und Einfluß auf Tarifpositionen zu üben. Diese Tarifpositionen sind jeder Zeit nach unseren Traditionen bis auf die letzten Jahre, wo ich diese Traditionen durchbrochen habe, die gewesen, daß die inneren technischen Ministerien die Handelsverträge schlossen, und die thatsächliche Verantwortlichkeit für den französischen

Wer die Verantwortung dafür trägt.

---

[1]) Von Interesse sind bezüglich dieses Vertrages die Ausführungen des Dr. Aug. Reichensperger in seiner Schrift: „Ein Rückblick auf die letzten Sessionen des Preuß. Abgeordnetenhauses und ein Wort über die deutsche Verfassungsfrage". Auf Seite 41 ff. dieser Schrift liest man: „Die drei nächstfolgenden Sitzungen (23.—25. Juli 1862) (Ende September 1862 wurde Fürst von Bismarck erst preußischer Ministerpräsident) füllte die Debatte über den Handelsvertrag mit Frankreich aus. Die unveränderte Annahme des Vertrages war eine ausgemachte Sache (Herr Reichensperger polemisirt gegen die Fortschrittspartei) und konnte es sich höchstens darum handeln, ob sie einstimmig erfolgen, oder ob etwa eine kleine Minorität sich gegen denselben erklären werde. Auf Ersteres wurde mit aller Macht hingearbeitet; kein parlamentarisches Mittel blieb unversucht, um das Neinsagen möglichst zu erschweren und die etwa obwaltenden Bedenken niederzuschlagen. Schon gleich von vornherein schlug der Berichterstatter, Abg. Michaelis, die politische Saite an, indem er alle materiellen Einwendungen, welche in vielen Petitionen sich kundgegeben hatten, zum besonderen Verfahren verwies. Er bezeichnete den Vertrag als eine „echt deutsche That Preußens", als ein Werk, welches für ganz Deutschland bewirkt werden solle, nachdem er kurz vorher den Ausschluß Oesterreichs von diesem Werke als eine bereits vollendete Thatsache hingestellt hatte. „Preußen, — so lauteten seine Worte — ist durch seine Lage, Vergangenheit und Geschichte auf eine liberale Handels-Politik angewiesen, Oesterreich nicht. Auswärtige Regierungen würden, wenn sie in einem Staatenbund, wo Oesterreich und Preußen nebeneinander stehen, Tarif-Ermäßigungen bewirken wollten, sich nur nach Wien wenden; Preußen würde da nicht zählen; es würde nur zu einer erfolglosen

Vertrag, die übrigens meines Erachtens nicht schwer zu tragen ist, fällt auf den damaligen Finanzminister von der Heydt, für die weitere Durchführung auf den damaligen Finanzminister von Bodelschwingh und den damaligen Handelsminister Grafen von Itzenplitz. Ich selbst habe bei meinem Eintritt in den inneren Dienst im Jahre 1862 Ende September eine lediglich politische Aufgabe gehabt, eine Aufgabe, die mir wenig Zeit ließ, mich um einzelne Positionen eines Tarifs zu bekümmern. Wenn ich aber nach dem Maßstab dieser Aufgabe meine Stellung zu dem damaligen Handelsvertrag erwäge, so finde ich, daß ich, als ich Minister wurde, die Erbschaft übernahm des Kampfes mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland auf zivilem und friedlichem Gebiete: daneben eine mäßige Verstimmung mit Rußland, und die einzige Macht, mit der wir uns verhältnißmäßig politisch gut standen, war Frankreich. In Bezug auf Rußland brachte ich meinerseits

Die Aufgabe des Reichskanzlers bei Antritt seines Amtes als preußischer Ministerpräsident und das Verhältniß zu Frankreich und Oesterreich.

Opposition verurtheilt sein. Daß das für Preußen unannehmbar sei, liege so auf der Hand, daß man sich nur wundern könne, wie die österreichische Regierung den Muth gehabt habe, es Preußen anzubieten, und daß man nicht glauben könne, daß die österreichische Regierung ernstlich daran gedacht habe, Preußen werde darauf eingehen." Nachdem hierauf der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf von Bernstorff, erklärt hatte, die österreichischen Vorschläge seien durch eine gestern abgegebene Depesche bereits abgelehnt, erhielt der zur Fraktion des Centrums gehörende Abgeordnete Plaßmann das Wort gegen den Vertrag. Sein Bestreben ging sichtlich und mit Erfolg dahin, das Thema mit möglichster Ruhe und Objektivität zu behandeln. Den allgemeinen Anpreisungen und politischen Stichwörtern stellte er die praktischen Konsequenzen gegenüber, welche voraussichtlich aus der Durchführung des Handelsvertrages sich ergeben würden und machte er auf die schreiende Disparität aufmerksam, welche aus mehreren sehr wichtigen Bestimmungen hervortrete und nach nichts weniger aussehe, als der so laut und viel gerühmten Handelsfreiheit und Gegenseitigkeit. Er wies u. A. darauf hin, wie lastend und politisch bedenklich die Verpflichtung erscheine, unsererseits niemals ein Kohlen-Ausfuhrverbot zu erlassen, wie weiter sodann gewissermaßen der Rheinschlüssel an den Franzosenkaiser ausgeliefert sei, wenn man sich die Bestimmung gefallen lasse, daß zur See nur insoweit in Frankreich eingeführt werden könne, als die Waaren unter Zollvereins- oder unter französischer Flagge eingeführt würden, indem bisheran thatsächlich die rheinabwärts verschifften Waaren unter belgischer und holländischer Flagge gegangen seien. Er frug, ob es wohl mit der Ehre und Würde Preußens verträglich erachtet werden könne, daß man

persönlich bessere Traditionen mit, und in der Zeit, als ich ziemlich einsam — ich kann wohl sagen einer Welt von Zorn und Haß gegenüberstand, habe ich mein Ziel nicht aus dem Auge verloren, sondern zuerst die Beziehungen zu Rußland befestigt durch den Vertrag gegen den polnischen Aufruhr, den die Herren Gesinnungsgenossen des Abgeordneten Richter damals unter dem Namen „Seeschlange" auf das Heftigste bekämpften, wie sie überhaupt durch Parteinahme für die polnische Revolution, mit der sie wohl jetzt nicht mehr in derselben Beziehung stehen, mir das Leben nach Möglichkeit schwer machten.

Eine zweite Frage war für mich — in Hinblick auf die Aufgabe, über die ich mir bei Eintritt in den Ministerialdienst vollständig klar war, die Auseinandersetzung mit Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland — die Beziehung zu Frankreich; die war günstig gerade in Folge dieses Handelsvertrags. Es war vorauszusehen, daß wir zur Verfallzeit einen starken Kampf mit Oesterreich haben würden über die Frage, ob der sogenannte großdeutsche Zollverein eingeführt werden, ob es

---

uns ein paar bestimmte Importationsstraßen vorgezeichnet habe, während den Franzosen frei gelassen sei, auf jedem beliebigen Wege ihre Waaren über die Grenzen zu bringen, und zwar warum? — weil wir nach dem Werthe, die Franzosen dahingegen nach dem Gewichte zu verzollen hätten, was wieder die evidenteste Benachtheiligung der deutschen A r b e i t, im Verhältniß zu der französischen, in sich schließe, wie denn überhaupt überall hervorleuchte, daß die Franzosen den Löwenantheil sich stipulirt, sich selbst auf den Standpunkt des Schutzzolles gestellt, uns aber den des Freizolls angewiesen hätten. Allen diesen und den vielen anderen vom Abgeordneten Plaßmann angeregten Bedenken ward im Wesentlichen nur entgegengesetzt, daß bessere Bedingungen nun einmal nicht zu erlangen gewesen seien — als ob der Abschluß irgend welchen Handelsvertrages mit Frankreich eine zwingende, unabweisbare Nothwendigkeit gewesen wäre. — Herr von Rönne (Solingen), der auf Herrn Plaßmann folgte, glaubte, „die von Letzterem geäußerten Bedenken getrost dem Herrn Referenten, die Frage, ob die Ehre Preußens kompromittirt sei, aber dem Herrn Minister des Auswärtigen überlassen zu können", indem er statt aller weiteren Argumente oder Gegen-Argumente an die Versammlung die Aufforderung richtete: „Zeigen Sie dem Auslande, daß, wo es sich um einen großen, von der Z e i t (schon wieder die Zeit!) gebotenen F o r t s c h r i t t handelt, das preußische Volk stets in den Reihen der Vorkämpfer des F o r t s c h r i t t e s steht." Der wiederholte Gebrauch des

Oesterreich gelingen sollte, unseren preußischen Zollverein zu sprengen oder nicht, und zur Vertheidigung unserer Interessen in dieser Frage fand ich diesen Handelsvertrag als eines der wesentlichsten Werkzeuge und Waffen vor. War nun — gesetzten Falls ich hätte damals, was mir gar nicht eingefallen ist, Tarifpositionen geprüft und mir eine Stellung beigelegt in Bezug auf die Handels- und Wirthschaftspolitik und ich wäre zu der Ueberzeugung gekommen, die ich jetzt habe, daß dieser Weg nicht richtig sei — war damals von mir zu erwarten, daß ich meine ganze politische Aufgabe im ersten Entstehen tödten würde, indem ich Frankreich gegenüber einen einfachen Vertragsbruch vornahm? — denn anders konnte ich diesen Vertrag nicht mehr ändern. Gewiß nicht! ich hatte allen Grund, dieses gute Einvernehmen zu erhalten. Es ist mir das gelungen, nicht bloß in der kurzen Zeit, in der ich in Paris Gesandter war, persönlich, sondern auch in den recht schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis hindurch, in der Frankreich

---

Wortes „Fortschritt" trug dem Redner natürlich ein lebhaftes Bravo ein. . . . Noch mehr wo möglich bewegte sich der folgende Redner, Abg. Prince-Smith, in Allgemeinheiten. Sein Thema war der Gegensatz zu dem zwischen dem Schutzzoll-System und der Handelsfreiheit, bekanntlich eine ebenso reiche, als bereits allseitig exploitirte Fundgrube. „Die Bewegung unserer Zeit geht unabweislich zur Handels-Befreiung, und wir müssen mit vorwärts! so hieß es gegen den Schluß seiner Rede, die leider zu Ende ging, ohne daß der Redner sich veranlaßt gesehen hatte, etwas näher den Einwurf des Herrn Plaßmann zu beleuchten, daß die Franzosen durch den Handelsvertrag bekundet hätten, wie sie ihrerseits keineswegs mit „vorwärts" wollten, vielmehr überall da sich fest an das Schutzzoll-System anklammerten, wo es ihr Vortheil irgend erheische."

Es ist also die Fortschrittspartei gewesen, welche aus politischen Rücksichten die wirthschaftlichen Interessen des deutschen Volkes opferte. Fürst Bismarck fand den Vertrag vor, benutzte ihn, um die Freundschaft Rußlands und Frankreichs zur Erreichung der Einigung Deutschlands zu pflegen. Diese Sachlage ist aber ein schlagendes Argument für die Nothwendigkeit eines Umschwunges in der Handelspolitik, nachdem inzwischen die errungene Machtstellung Deutschlands es nicht mehr erforderlich machte, für das Wohlwollen der französischen und russischen Nachbarn wirthschaftliche Opfer zu bringen. Es ist deshalb unbegreiflich, wie der Abgeordnete Richter das Verfahren des Fürsten von Bismarck zu bemängeln wagen kann.

uns gegenüber stand, doch die Beziehungen und nicht am wenigsten an der Hand dieses Handelsvertrags, so zu pflegen, daß wir schon in der dänischen Frage eine freundliche Haltung von Frankreich aus zur Seite hatten, die den Velleitäten anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark nicht allein ausfechten zu lassen, von Hause aus den Boden entzog. Ja, noch mehr: in dem weiteren Kampf, der 1865 mit Oesterreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Zeitpunkt fortgesetzt worden, bis zu dem sie sich in der That glücklicherweise für uns fortgesetzt hat, wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder mir möglichen Weise gepflegt hätte; dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen Verträge hatte als mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg 1866 den Verlauf nehmen würde, den er nahm. (Heiterkeit.)

Er rechnete darauf, daß wir geschlagen würden und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber nicht ganz ohne Entgelt schützen würde. (Heiterkeit.)

Aber es ist meiner Ansicht nach politisch ein Glück, daß er bis zu der Schlacht von Sadowa, bis zu der Enttäuschung über die gegenseitige militärische Stärke uns wohlgesinnt und mir persönlich namentlich wohlgesinnt blieb.

Nun hat der Herr Abgeordnete Richter gestern nachzuweisen gesucht ungefähr — wenn ich es in einem seiner Tonart mich annähernden Jargon ausdrücken wollte — daß ich so dumm, wie ich mich damals stellte, doch nicht gewesen wäre, (Heiterkeit), denn ich hätte gleich im Anfang eine Rede gehalten im Herrenhaus, Anfangs Oktober 1862, die offenbar zeigte, daß ich wirthschaftliche Tendenzen schon damals in diesem Sinne verfolgte. Meine Herren, ich würde stolz darauf sein, wenn ich damals schon wirthschaftliche Tendenzen überhaupt gehabt hätte. Ich muß aber zu meiner Schande eingestehen, daß ich sie noch nicht hatte. (Heiterkeit.)

Wenn ich aber zu dem Herrenhaus sprach — eine Rede, die ja in dem Augenblick, wo der Kampf um die Sprengung des Zollvereins schon in vollem Gange war, doch vor der gesammten Oeffentlichkeit Europa's gehalten wurde — wenn ich da etwa die wirthschaftliche Frage in den Hintergrund gedrängt

und gesagt hätte, ich kenne die wirthschaftlichen Angelegenheiten gar nicht, ich kenne die Tarifpositionen nicht, ich kann sie ja lesen, habe aber kein Urtheil über die Tragweite: indessen politisch ist es mir im höchsten Grade erwünscht, daß dieser Vertrag durchgeht; ich mache mir aus dem wirthschaftlichen Ergehen unserer Zollvereinsgenossen gar nichts, wenn ich nur mein Ziel erreiche, und ich muß fürchten, daß, wenn nun Frankreich sich auch noch zur Aufgabe stellt, wie Oesterreich, den Zollverein zu sprengen, daß er dann wirklich springt, und darum befürworte ich diesen Antrag; — ja es ist möglich, daß der Herr Abgeordnete Richter von einem auswärtigen Minister eine solche Sprache erwartet hat; aber ich habe mich doch nicht berufen gehalten, sie zu führen, sondern es war die natürliche Deckung der Stellung, daß ich von wirthschaftlichen Dingen sprach, die mir damals sehr fern lagen. Ich habe gar keine Eitelkeit in der Beziehung, daß die Art, in der ich über diese Dinge zu reden hatte, von mir damals nicht erfunden und entworfen worden ist, sondern wahrscheinlich ist mir von den technischen Ministerien und vermuthlich nicht von ihren Chefs — denn von der Heydt war nicht mehr, und seinem Nachfolger traue ich eine solche intime Theilnahme für sein Ressort nicht zu — (Heiterkeit) der Entwurf gegeben und gesagt worden, in welcher Beziehung der auswärtige Minister reden möchte.

Ich will nur die Thatsache klar stellen, daß der Herr Abgeordnete Richter aus allem, was ich etwa bis zur Herstellung des norddeutschen Bundes gethan habe, bis ich — Bundeskanzler hieß es ja damals — wurde, daß er daraus gar keine Verantwortlichkeit für das System, von dem ich annehme, daß es sich nicht bewährt hat, für mich ableiten kann. Die weitere Zeit — da bin ich ja weit entfernt, zu bestreiten, daß die formale Verantwortung auf mir lastet und auf mir ganz ausschließlich. Ich wäre ja berechtigt gewesen, die Politik, die der damalige Herr Präsident des Reichskanzleramts trieb, zu durchschneiden, wenn ich wirklich überzeugt gewesen wäre, daß sie nachtheilig für unser wirthschaftliches Leben wäre. Es hätte das wahrscheinlich zu einem vorzeitigen Ausscheiden des Herrn Präsidenten aus dem Reichskanzleramt geführt, aber meine formale Berechtigung dazu war ja ganz unzweifelhaft.

Verhältniß des Reichskanzlers zu dem Reichskanzleramts-präsidenten Delbrück.

Wenn ich aber für eine Aufgabe, wie die Konsolidirung des deutschen Reichs in seinen ersten Anfängen oder des norddeutschen Bundes als Vorakt zum deutschen Reich, um die Mitwirkung eines Staatsmannes von der Bedeutung in seinem Gebiet, wie der Herr Abgeordnete Delbrück es ist, mich bewarb und sie erhielt, so liegt doch ganz klar und wir brauchen uns darüber in kein Silbenstechen einzulassen, ich bin auch nicht unbescheiden genug, um das zu bestreiten, daß ich damit nicht die Prätension verbinden konnte, daß der Herr Präsident Delbrück die wirthschaftlichen Geschäfte, in denen er die erste Autorität in ganz Deutschland war, nach meiner Leitung und meiner Anweisung führen sollte, sondern es war natürlich cum grano salis gegeben, daß ich, wie es auch in der That der Fall war, vertrauensvoll mich seiner Führung überließ, und ich bin auch weit entfernt, zu sagen, daß ich dieses Vertrauen bereue. Die mächtige Hilfe, welche die Mitwirkung einer Kraft, wie die des Herrn Delbrück der ersten Einrichtung des Reichs gewährt hat, war durch nichts anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung.

Ich habe meinerseits mich damals in eine Beurtheilung wirthschaftlicher Fragen nicht eingelassen, sondern ich habe die bedeutendsten Leute und Staatsmänner, die mir ihre Hilfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um dieses Werk, was ich unternommen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen. Es ist ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirthschaftlichen Fragen nicht der Ansicht des damaligen Herrn Präsidenten gewesen bin, und wenn mir die Verständigung darüber nicht gelungen ist — ich weiß nicht, wie die Fälle sich erledigt haben, ich vermuthe, daß in den meisten Fällen ich nachgegeben haben werde, weil ich politisch und an meiner Meinung gern Opfer brachte, um diese so ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung der Sache, der ich diente, zu erhalten.

Ich bin ein Mann, der an Autoritäten glaubt und sich ihnen da, wo ich nicht nothwendig auf mein eigenes Urtheil verwiesen bin, gern unterordnet. Wenn ich dem Rock entsprechend, den ich trage, zu Felde zu ziehen hätte und ich hätte das Glück, vom Herrn Feldmarschall Graf Moltke geleitet zu werden, so würde ich mich unbedingt seiner Führung unterordnen und erst dann, wenn er sagt, jetzt gehe ich nach Hause,

würde ich sagen: ja, jetzt stehe ich auf mich selber angewiesen und muß mir selbst helfen. Ich weiß nicht, ob ich nicht damals, als der Herr Präsident Delbrück seine Stellung aufgab, noch weitere Opfer an meiner Ansicht gebracht hätte, um nicht bloß — es wäre unrichtig, wenn ich sagen wollte, mir — sondern um der Gesammtheit die Mitwirkung meines Kollegen zu erhalten. Ich weiß nicht, inwieweit die stärker und stärker werdende Erkenntniß des Nothstandes, in dem wir leben, mich schließlich genöthigt hätte, einen Abschnitt zu machen. Ich habe die Hoffnung, angesichts der Nothlage, in der sich das Land befindet, mich mit meinem früheren Herrn Kollegen zu verständigen über eine neue Form beiderseitiger Mitwirkung noch vor einem Jahre nicht aufgegeben. Aber, nachdem er mir seine Mitwirkung versagt hat, aus Gründen, über die er ja selbst Richter ist, so bin ich gezwungen, wenn ich nicht überhaupt zurücktreten will, was ich ja mehrmals versucht habe und was mir aus Gründen, die nicht hierher gehören, nicht gelungen ist, — wenn ich nicht zurücktreten will, bin ich durch meine Stellung gezwungen, mir eine Meinung über Alles zu bilden, indem ich früher der Führung des Herrn Abgeordneten Delbrück gefolgt bin.

Daß meine Meinung, wenn ich schließlich ganz auf mich selbst gestellt bin, eine andere ist, wie die, der ich bis dahin gefolgt war, ja, das schäme ich mich in keiner Weise zu bekennen. Ich habe früher die Ansicht nicht ganz getheilt, bin aber der Autorität gefolgt, weil ich nicht glaubte, meine Ansicht durchsetzen zu m ü s s e n in allen Dingen, die ich nicht verstehe. Ich bin auch vielleicht nicht mit allen Einrichtungen der Post persönlich einverstanden; nichtsdestoweniger, da ich die Ueberzeugung habe, daß der Generalpostmeister im Großen und Ganzen vollständig seiner Sache mächtig ist und sie jedenfalls besser versteht als ich, folge ich seinen Wünschen und Anträgen und würde es ziemlich verwunderlich finden, wenn ich dermaleinst an meiner formalen Verantwortlichkeit dafür angefaßt werden sollte, daß diese oder jene Posteinrichtung nicht nach meiner eigenen Ueberzeugung sich bewährt hat, und ich sie anders wünschte, als ich damals zugestimmt hätte, daß sie sein sollte.

Sie sehen aus meiner ganzen Darlegung, daß ich weniger das Wort ergreife, um dem Herrn Abgeordneten Richter zu

antworten, als um, was mir viel mehr am Herzen liegt, meiner Stellung zu dem Herrn Abgeordneten Delbrück Ausdruck zu geben. Ich weiß ja nicht, wie weit, wenn die Verhandlungen über unsere Tarifreform kommen, unsere Meinungen auseinandergehen; aber sie mögen so weit auseinandergehen sachlich, wie sie wollen, diese Differenzen werden niemals hindern, daß ich mich der großen Aufgaben, an denen wir gemeinsam und mit Erfolg gearbeitet haben, der mächtigen Unterstützung, die dabei Deutschland dem Herrn Abgeordneten Delbrück zu danken hat, jederzeit mit Achtung und Wohlwollen erinnere. Ich habe überhaupt nicht die Neigung, sachliche Meinungsverschiedenheiten auf das persönliche Gebiet zu übertragen, und ich bin dem Herrn Abgeordneten Delbrück sehr dankbar, wenn er sachliche Meinungsverschiedenheiten ohne jeden Einfluß auf unsere persönlichen Beziehungen läßt, und ich bin auch überzeugt, daß er es thun wird.

Weshalb der Kanzler genöthigt gewesen, den wirthschaftlichen Fragen näher zu treten.

Ich bin als Kanzler, allein gelassen, verpflichtet, meine Meinung zu haben, nicht bloß berechtigt, ich bin verpflichtet, nach meiner Meinung zu handeln; ich bin genöthigt gewesen, den Sachen näher zu treten, über die wir verhandeln, ich habe meine Ueberzeugung inzwischen vollständig festgestellt und werde danach handeln, auch wenn ich einen sofortigen Erfolg nicht finden sollte; ich werde dann denselben Weg von Neuem versuchen, wenn ich in meinem Amte bleibe, was ich ja nicht weiß.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Richter, was ich sachlich noch bemerken kann, mir vorgehalten hat, es sei mein Ideal gewesen, den Zolltarif auf wenige Finanzzölle zurückzuführen, — ja, so ist das ganz richtig, das ist das sogenannte englische System; meine Herren, habe ich darin bei irgend Jemand Gegenliebe gefunden, ist mir darin irgend Jemand nur einen Finger breit entgegengekommen? Ist nicht der erste Versuch mit dem Tabak . . . (Zuruf: Monopol!) — Ja, meine Herren, ich bin heute noch für das Monopol — (Bewegung links. Bravo! rechts) — mit dem Tabak, dieses System einzuleiten, ist der nicht mit einer Unfreundlichkeit aufgenommen, die mir ganz neu war, in den Fraktionen, mit

Grund des Rücktrittes des Finanzministers Camphausen.

denen ich früher in Beziehung gestanden habe? Der Minister Camphausen ist darüber zurückgetreten, wie er mir persönlich gesagt hat, ich berufe mich auf sein Zeugniß wegen der

„Abschlachtung" — war sein Ausdruck —, die hier öffentlich von der Partei der Nationalliberalen und des Fortschritts mit ihm vorgenommen sei. Ich wiederhole, daß die Abgeordneten des Fortschritts an einer anderen Stelle, im Landtag, glaube ich, über die Geschichte dieses Rücktritts sich entweder nicht ganz klar gewesen sind oder nicht das Bedürfniß gehabt haben, daß darüber Klarheit im Publikum herrsche. Ich muß also sagen, daß dieser Versuch von mir ganz ehrlich gemacht worden ist und daß mein ganzes Bestreben rein auf sachlichem Gebiet eine unfreundliche Erwiderung gefunden hat, die ich mir eigentlich nur aus politischen Gründen erklären kann. Ich weiß nicht, was man für Motive hat, daß man die wirthschaftlichen Gebiete so mit den politischen kombinirt. Die Herren, die genauer mit den Fraktionsgeheimnissen vertraut sind, werden es besser wissen, ich kann nur aus der Oeffentlichkeit urtheilen und da muß ich allerdings sagen, daß die Hetzereien in der Presse ganz außerordentlich viel zu dieser Verstimmung beigetragen haben, und ich zitire da mit vollem Bewußtsein Zeitungen, die ich seit langen Jahren lese und die eine so achtbare Stellung haben, daß ich eine objektivere Auffassung von ihnen erwartet hätte, die „Kölnische Zeitung", die „Nationalzeitung". Es vergeht fast kein Tag in der Sozialistenfrage, in der jetzigen Frage, wo ich nicht aus diesen Zeitungen stets von Neuem den Eindruck bekomme, daß hinter den Coulissen ein Bedürfniß ist, Feindschaft und Unfrieden zu säen. (Zuruf links.) — Darf ich bitten, sich deutlich auszudrücken! ich bin bereit, dem Herrn, der da spricht, zu antworten, nur anonyme Unterbrechungen machen nachher immer einen eigenthümlichen Eindruck im stenographischen Bericht; wenn der Name gleich dahinter folgt, würde das weniger ausmachen. (Bravo!)

Hetzereien in der Presse.

Ich muß sagen und sage es ausdrücklich, weil ich damit den Wunsch verbinde, daß die Herren ihrerseits doch auch einen versöhnlicheren Ton anschlagen möchten und nicht dem Bedürfniß, jeden Tag einen sensationellen Zeitungsartikel zu liefern, den Frieden der Parteien opfern möchten. Für mich ist das so, wenn ich das Bedürfniß zu einer ruhigen Verhandlung habe, so lese ich an dem Tage die von mir gehaltene Nationalzeitung schon lieber nicht. Genützt hat das der Partei nicht, es sind Maßregeln unter Umständen getroffen worden,

wo der letzte Tropfen Wasser aus den Leitartikeln dieser Zeitung das Glas überlaufen machte. Vielleicht überschätzt man ihre Wichtigkeit, man darf aber glauben, daß die hervorragendsten Leute der bedeutendsten und zahlreichsten Fraktion, die wir haben, ihre Meinung in diesem Blatte ausdrücken. Wenn das nicht der Fall ist, wenn das nur Bruchtheile sind, nur einzelne leidenschaftliche Charaktere sind, die vielleicht mit dem, was sie schreiben, nicht mehr die volle Bedeutung dessen, was die anderen herauslesen, verbinden, so wäre es wünschenswerth, daß die Fraktionen im Interesse des allgemeinen Friedens die Fiktion zerstörten, als ob ein Organ dieser Art jeden Tag in der Kriegstrompete, in der Aufregung, in der Verbreitung von düsterer Unruhe und Befürchtung die Meinung einer großen achtbaren Partei ausdrückt. Ich habe ja in diesen Sachen im Hause und außer dem Hause erleben müssen, daß ein großer Theil der Angriffe, die der Sache gelten sollen, sich gegen meine Person zuspitzen. Es ist nicht mehr, wie vor Kurzem noch auf Seiten anderer Parteien das Forschen in meinem Privatleben nach irgend einem Stück schmutziger Wäsche, was man auftreiben könnte und nicht findet, die Neigung, um jeden Preis, weil ich an der Spitze des Landes stehe, mir etwas anhängen zu können, eine Neigung, die sich bis in die richterlichen Kreise verbreitet hat, sondern es ist das Bedürfniß, mich als einen dilettantischen, wie sie sich ausdrücken, genialen . . . nun ich verstehe den Ausdruck, auf der Universität würde man wissen, was darauf folgt, wenn man Einen genial nennt. (Heiterkeit.)

Klage, daß die Angriffe in der Sache sich gegen die Person zuspitzen.

Rückblick auf die seit 25 Jahren, von der Zeit der Ernennung als Bundestagsgesandter erfahrenen Angriffe.

Aber, meine Herren, Sie sehen mich 25 Jahre — und ich erinnere dabei wieder daran, daß ich mit dem Herrn Abgeordneten Delbrück 25 Jahre, ein Vierteljahrhundert lang, an der Vorbereitung und dem Aufbau des deutschen Reiches gearbeitet habe, — es war im Jahre 1852 zu Frankfurt, wo wir die ersten gemeinschaftlichen Arbeiten hatten, so daß also eine Verstimmung, wie der Herr Abgeordnete Richter sie andeutete, auf meiner Seite wenigstens nicht denkbar ist — also 25 Jahre und 17 Jahre als Minister sehen Sie mich nun vor der Oeffentlichkeit. Ich bin, ehe ich überhaupt in das Amt eintrat, in derselben Weise beurtheilt worden in Bezug auf jede politische Befähigung, wie ich jetzt beurtheilt werde in

Bezug auf mein Recht — ich möchte sagen, meine Pflicht, in wirthschaftlichen Dingen mitzureden. Ich erinnere mich, wie ich nach Frankfurt als Bundestagsgesandter ernannt wurde, kam in den Blättern, die den politischen Freunden des Abgeordneten Richter von damaliger Zeit, vielleicht seinen Vätern und Oheimen angehörten, die Bemerkung über mich: dieser Mensch würde, wenn man ihm das Kommando einer Fregatte anvertraute oder eine chirurgische Operation zumuthete, sagen: „Nun, ich habe es noch nicht probirt, ich will es einmal versuchen.“ Das war die Schilderung, mit der man mich den Frankfurter Kollegen und vor allem den österreichischen in den liberalen Blättern empfahl. Nun, meine Herren, diese chirurgische Operation ist nachher zu Ihrer Zufriedenheit, wie ich glaube, vollzogen worden. Noch als ich Minister war, erinnere ich mich, daß in den damaligen liberalen Blättern die Wendung stand: wie kann man „diesem Menschen“ — und nun folgt eine Charakteristik von mir — die erste Stelle in Deutschland anvertrauen! Ich weiß nicht, ob ich aus der Versehung dieser ersten Stelle in Deutschland, die nachgerade 17 Jahre in meinen Händen ist, länger als jemals ein Minister in konstitutioneller Zeit der Oeffentlichkeit und allen Stichen und Kritiken derselben gegenüber gestanden habe, ob die zur Zufriedenheit erfüllt worden ist, ob in dem absprechenden und wegwerfenden Urtheile über mich der Herr Abgeordnete Richter Recht bekommt vor der Mit- und Nachwelt, oder ob mir zuerkannt wird, daß ich, nachdem ich 17 Jahre lang an der Spitze der Gesammtgeschäfte stehe, auch ein Recht zu einer Meinung über wirthschaftliche Fragen habe, darüber erwarte ich getrost das Urtheil meiner Mitbürger — ich will von Nachwelt nicht sprechen, es ist mir zu pathetisch. (Bravo! rechts.)

In derselben Sitzung erwiderte der Herr Reichskanzler dem Abgeordneten Dr. Witte (Mecklenburg): [1])

Ich behalte mir vor, dem Herrn Vorredner auf seine Rede etwa im April oder Mai zu antworten, wenn dann zur Verhandlung stehen werden die Tarifvorlagen und die Verhandlungen über Schutzzölle oder Freihandel, und nicht mehr der österreichische Vertrag. Für heute fürchte ich, die Dis-

[1]) Stenogr. Berichte a. a. O. S. 62.

kussion unnöthig zu verlängern, wenn ich auf diese ganze, sehr umfassende, aber, wie ich glaube, etwas zu früh gehaltene Rede eingehen wollte. (Heiterkeit.) Ich erlaube mir nur zwei Bemerkungen an zwei Stellen. Einmal klagt auch der Herr Vorredner mich wieder der Genialität und der Sprünge an. Ich muß bestreiten, daß ich der bin, der Sprünge[1]) macht; ich schlage bloß die Rückkehr in die altgewohnten Wege von 1823 bis 1865 vor. Wir haben uns von denselben entfernt 1865 —, auch darauf werden wir später kommen. Aber ich bin auf dem Wege des reinen Trivialen, der trivialen Fortsetzung des Alten. Die Versuche liegen in der Zeit, die wir bis heut durchgemacht haben; die gewohnte fortschreitende Prosperität lag in der Zeit vorher. Ich will nicht, daß wir ganz zu ihr zurückkommen, ich will nur, daß wir uns annähern. So steht es in der Thronrede. Wenn der Herr Vorredner den weiteren Beweis hiefür von mir heute erwartet hat, dann

Zurückweisung des Vorwurfs der Wandlungen.

---

[1]) Gegenüber diesem, auch in fortschrittlichen Agitationsreden immer wiederkehrenden Vorwurfe mag hier an die durchaus zutreffenden Worte des Abgeordneten Stumm in der 8. Reichstagssitzung am 22. Februar 1879 erinnert werden:

„Schon in diesem Momente aber kann ich nicht unterlassen, zu sagen, daß die ganze Art und Weise, wie von sogenannter freihändlerischer Seite alle möglichen Dinge, die mit dem österreichischen Handelsvertrage in gar keinem Zusammenhang oder wenigstens in einem sehr losen stehen, mit den Haaren in die Diskussion gezogen wurden, mich lebhaft an das französische Sprüchwort: „qui s'exuse s'accuse“ erinnert hat. Wenn ich jemals zweifelhaft darüber gewesen wäre, so wäre ich dadurch in meiner Ueberzeugung bestärkt worden, daß die Herren (nämlich Richter u. Genossen), gerade dasjenige, was, wie ich glaube von der großen Mehrheit des Landes ihnen zum Vorwurf gemacht wird, in sehr künstlicher und geschickter Weise dem Reichskanzler und Denjenigen, die auf seinem wirthschaftlichen Standpunkte stehen, in die Schuhe zu schieben versuchen, ich meine, meine Herren, die Frage von der Stabilität unserer handelspolitischen Zustände. Ich glaubte meinen Ohren nicht trauen zu dürfen, als nicht bloß der letzte Herr Vorredner (nämlich Dr. Delbrück, welcher früher schutzzöllnerisch war), sondern fast Alle, die von freihändlerischer Seite gesprochen haben, ihre große Sorge um diese Stabilität und die Nothwendigkeit betonten, daß die Industrie mit den großen Kapitalien, die darin stecken, gesichert sein müsse, einen gewissen lohnenden Absatz zu finden. Meine Herren, ich habe meinen

müßte ich eben so sehr auf Ihre Nachsicht bei der Entfernung von dem Gegenstande der Vorlage rechnen können, wie der Herr Vorredner es konnte. Nur in einem Punkte würde ich wirklich sehr neugierig sein: wenn mich der Herr Vorredner belehren wollte, wie er sich eigentlich eine geheime Gesetzgebung denkt nach unseren Verhältnissen. Daß ich den Weg nicht beschritten hätte, geheime Gesetze fertig zu machen und, wie ein deus ex machina, oder fertig wie die Minerva aus dem Kopfe ihres Vaters, hervorzuspringen und kurz mit Ja oder Nein in vierzehn oder acht Tagen die Entscheidung zu gewinnen und dann den deutschen Handel einer ruhigen Spekulation zu überlassen, — glauben Sie, daß die Nation sich so rasch über ein so fertiges Gesetz erklären würde? Im Gegentheil, es würde gewiß mit viel größerem Staunen eine reine Mache ohne Diskussion, ohne Vorberathung empfangen haben,

---

Ohren um so weniger getraut, als ich im Jahre 1877 bei Gelegenheit der Ausgleichungsabgaben ausdrücklich auf die Beunruhigung hingewiesen habe, die durch die sich überstürzenden freihändlerischen Maßnahmen in den letzten fünfzehn Jahren in solcher Weise Platz gegriffen hat, daß kein Industrieller mehr eine Rechnung für die Zukunft machen konnte. Ich habe damals, ohne Widerspruch zu begegnen — nur ein Murren, welches aber nicht motivirt wurde, ist in dem stenographischen Berichte zu finden —, gesagt: „Die Nation muß endlich wissen, ob ihre Vertretung gewillt ist, binnen fünfzehn Jahren fünfmal die deutsche Handelspolitik vollständig zu ändern und in ein neues Fahrwasser zu bringen. Wenn das Widerspruch findet, so erinnere ich daran, daß wir bis zum Jahre 1862 ein gemäßigtes, aber autonomes Schutzzollsystem hatten, daß wir durch den französischen Handelsvertrag zu ermäßigten Zöllen, auf Grund der Gegenseitigkeit kamen, daß wir dann späterhin seit Konstituirung des norddeutschen Zollparlaments auf ermäßigte und autonome Zollsätze, unter die vertragsmäßigen Zollsätze kamen, ohne Gegenseitigkeit, und daß wir endlich 1873 zum vierten Mal auf ein vollständig neues System übergingen, auf die Etablirung des absoluten Freihandels ohne jede Gegenseitigkeit des konkurrirenden Auslandes. Heute wird uns nun zugemuthet, durch Ablehnung der Regierungsvorlage einen fünften Zustand zu schaffen, indem wir zugeben, was wir bisher nie gethan haben, daß das Ausland neben freier Einfuhr auch noch durch Ausfuhrprämien begünstigt zu uns hereinkommen soll."

Im Uebrigen vergl. hierzu die Anm. S. 24 ff.

als die jetzige Art des Prozedirens, und wenn der Herr Vorredner mir nicht sagt, wie geheime Gesetze bei uns zu machen sind, dann möchte ich doch bitten, mich mit einem Rath derart zu verschonen.

Die wirthschaftlichen Fragen werden große Kämpfe hervorrufen.

Ich sehe voraus, daß über diese Fragen große, tiefgreifende Kämpfe der wirthschaftlichen Interessen der Freihändler, der Seestädte, wie der Vorredner sie vertritt, um berechtigte Interessen gegenüber der Industrie, vielleicht auch gegenüber der Landwirthschaft stattfinden werden; das ist ganz unvermeidlich. Ein Kampf kündigt sich im Militair an durch Artillerie. Um Jedermann zu benachrichtigen, ist das vielleicht nützlich. Nehmen Sie die Art, wie ich prozedirt habe, als Signalschüsse, aber nehmen Sie sie noch nicht als einen Kampf! Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen; aber ich hoffe, er wird zum Heil, zum Glück, zur Prosperität unseres Vaterlandes führen. (Bravo! rechts.)"

Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebiets.

Unterm 2. Mai 1879 begann im Reichstage die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes. Der Herr Reichskanzler leitete die Debatte mit folgender Rede ein: [1])

„Wenn die verbündeten Regierungen durch ihre Vorlagen und durch die Motive dazu die Debatte eröffnen, das erste Wort gesprochen haben und die Erwiderung darauf erwarten dürfen, so ist es mir doch nach der Stellung, welche ich zu diesen Vorlagen von Hause aus genommen habe, ein Bedürfniß, auch diese Stellung persönlich mit wenigen einleitenden Worten zu rechtfertigen und meine Auffassung der Gesammtvorlagen, ihrer Motivirung und ihrer Nothwendigkeit in Kurzem vor Ihnen darzulegen.

Nothwendigkeit einer Finanzreform

Das Bedürfniß einer Finanzreform in Deutschland ist ja ein altes und nicht bloß seit der Zeit vorhandenes und lebendiges, seit wir mit dem Worte Deutschland wieder einen staatlichen Begriff verbinden, sondern es war meines Erachtens lange vor 1866, es war seit 1848 vielleicht in allen Landes-

---

[1]) Stenogr. Berichte 1869 2. Band S. 927 ff.

theilen, namentlich aber in dem größten Bundesstaat, in Preußen, lebhaft empfunden.

Unsere Finanzgesetzgebung, ich spreche nicht von der wirthschaftlichen, hat seit den Jahren 1818 und 1824, in Preußen wenigstens, — ich kann, wenn ich von den einzelnen Reichsländern und ihrer Beziehung zur Reichsfinanz spreche, hier nur über meine engere Heimath mit Sicherheit urtheilen — in Preußen also, sage ich, hat diese Gesetzgebung, vom finanziellen Standpunkt beurtheilt, geruht; die Gesetze, die seit 1824 mit Ausnahme der untergeordneten, in Preußen erschienen sind, waren mehr von politischer als finanzieller Tragweite; ich rechne dahin die Einkommensteuer, die im Jahre 1851 eingeführt wurde und die einem, wie ich gern zugestehe, berechtigten Verlangen entsprach, die größeren Vermögen in höherem Maße als bei der alten Klassensteuer heranzuziehen. Es kam dann 1861 die Grundsteuer und die Gebäudesteuer, im Uebrigen aber ist meines Wissens vom preußischen Finanzministerium eine Initiative zu irgend einer finanziellen Reform der seit 1824 gültigen Situation nicht ausgegangen, auch keine mißlungen. Es erklärt sich das ja durch das Verhältniß, in welchem die Staaten zum Zollverein standen, und durch die Lage der Zollvereinsverhandlungen während des größten Theils dieser Epoche, wenigstens bis zu Anfang der fünfziger Jahre; der Zollverein, der den Schlüssel zu den indirekten Steuern besaß, war eine lösbare Schöpfung, die sich auf dauernde Steuerverfassungen nicht wohl einrichten konnte, da alle 12 Jahre ihre Existenz in Frage gestellt wurde, und dieser mehr äußerliche Umstand rechtfertigt logisch die Thatsache, daß die Ausbildung unseres indirekten Steuerwesens im Vergleich mit anderen europäischen Ländern in dieser Zeit wesentlich zurückgeblieben ist.

Ich bitte, die wirthschaftliche Seite der Sache und die finanzielle hierbei nicht zu konfundiren, ich habe zunächst bloß die finanzielle in Aussicht.

Eine Möglichkeit, auch die indirekten Steuern in der Weise zu pflegen, wie es in anderen Staaten geschieht, trat erst ein mit der Schöpfung des norddeutschen Bundes, des Zollvereinsparlaments, resp. des deutschen Reichs.

Wenn ich für meine Person nicht damals der Aufgabe einer finanziellen Reform näher getreten bin, so kann ich außer den Abhaltungen, die für mich in politischen Geschäften und auch zum Theil in der mangelnden Gesundheit lagen, dafür anführen, daß ich es nicht als eine Aufgabe betrachtete, die in erster Linie dem Reichskanzler obläge, eine finanzielle Reform anzubahnen; es hat sich die Praxis auch parallel mit dieser Auffassung bewegt, indem Sie sich erinnern, daß der erste Versuch einer finanziellen Reform, bei dessen Anregung ich betheiligt war, sich entwickelte in dem sogenannten Steuerbouquet des königlichen preußischen Finanzministers Freiherrn von der Heydt, der selbst und persönlich für die Sache eintrat; seine Vorlage wurde abgelehnt hauptsächlich mit der Motivirung, daß einzelne Finanzmaßregeln dem Lande nicht nützlich wären, sondern daß es nothwendig sei, eine volle, durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern in den Finanzen vorzunehmen. Aehnlich sind demnächst einzelne Vorlagen des Nachfolgers des Ministers von der Heydt, des Ministers Camphausen, mit ähnlichen Gründen bekämpft worden. Für mich war, wenn ich der Sache persönlich nahe treten sollte, eine Vorbedingung die, daß ich mit den Finanzministern der einzelnen, wenigstens der größeren Bundesstaaten und namentlich mit dem Preußens über die Hauptprinzipien der vorzunehmenden Reform mich im Einklang befände, da ich nicht vorgehen wollte auf die Gefahr hin, die Stimmen meiner preußischen Kollegen nicht hinter mir zu haben. Dies war bis vor einem Jahr nicht vollständig der Fall, und so weit es prinzipiell der Fall war, war doch eine Einigung in concreto nicht zu erreichen. Nachdem diese für mich unerläßliche Vorbedingung hergestellt war, bin ich einem Geschäft näher getreten, von dem Andere noch mehr wie ich überzeugt waren, daß es mir persönlich eigentlich nicht oblag. Ich habe mich dabei, je mehr ich mich hineinarbeitete, von der Nothwendigkeit der Reform nur um so voller überzeugt und namentlich von ihrer Dringlichkeit.

Der heutige Zustand der deutschen Gesammtfinanzen, worunter ich nicht bloß die Reichsfinanzen, sondern die Gesammtheit der Finanzen des Reichs und der einzelnen Länder

verstehe — denn bei dem organischen Zusammenhang derselben lassen sie sich nicht getrennt behandeln und betrachten — ist derart, daß er meines Erachtens auf das Dringlichste zu einer baldigen und schleunigen Reform auffordert. Das erste Motiv, welches mich in meiner politischen Stellung als Reichskanzler nöthigt, für die Reform einzutreten, ist das Bedürfniß der finanziellen Selbstständigkeit des Reichs. Dieses Bedürfniß ist bei der Herstellung der Reichsverfassung schon anerkannt worden. Die Reichsverfassung setzt voraus, daß der Zustand der Matrikularbeiträge ein vorübergehender sein werde, welcher so lange dauern solle, bis Reichssteuern eingeführt wären. Es wird für Denjenigen, der in dieser beschäftigten Zeit Muße dazu gewinnt, gewiß erfreulich sein, die Verhandlungen einzusehen, die in dem verfassunggebenden Reichstage darüber gepflogen wurden, und namentlich die sehr eindringliche und überzeugende Rede, die Herr Miquel damals gegen die Matrikularumlagen hielt. Ich gehe nicht soweit wie er in seinen Bezeichnungen; er nannte damals die Matrikularumlagen — die Umlagen, wie er sich kurz ausdrückte — gleichbedeutend mit der finanziellen Anarchie in ganz Deutschland. Das möchte ich nicht in diesem Wortlaut unterschreiben, aber gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Kostgänger bei den Einzelstaaten zu sein, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind.

Diesem Zustande muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matrikularumlage ist ungleich und ungerecht in ihrer Vertheilung, wie damals Herr Miquel sagte; 30- oder wie er sagte, 100,000 Bewohner von Thüringen oder Waldeck können nicht eben so viel bezahlen an Matrikularbeiträgen, wie 30- oder 100,000 Bewohner von Bremen oder Hamburg. Die Konsolidation des Reichs, der wir ja Alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matrikularbeiträge durch Reichssteuern ersetzt werden: sie würde auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die Einzelstaaten vom Reich empfangen, anstatt daß sie sie bisher in einer nicht immer berechenbaren und für sie bequemen Weise zu geben hatten.

Ein zweites Motiv, weshalb mir der gegenwärtige Zustand der Aenderung bedürftig erscheint, liegt in der Frage: ist die Last, die im staatlichen und Reichsinteresse nothwendig aufgebracht werden muß in derjenigen Form aufgelegt, in welcher sie am leichtesten zu tragen wäre, oder ist sie es nicht? Diese Frage muß ich nach meiner Ueberzeugung, und wie Sie aus der Vorlage ersehen werden, wird sie von den verbündeten Regierungen in ihrer Allgemeinheit absolut verneint. Wir erstreben überhaupt nicht einen höheren Ertrag, eine höhere finanzielle Einnahme, insoweit nicht der Reichstag und die Landtage die Nothwendigkeit mit uns erkennen und Ausgaben votiren,[1]) zu deren Deckung die Mittel beschafft werden müssen. An sich wüßte ich nicht, was das Reich mit einem Ueberschuß an Geldern anfangen sollte: wir haben es gehabt an den Milliarden und sind bei der Verwendung derselben in eine gewisse Verlegenheit gerathen.

Diesen Zustand aber künstlich auf Kosten der Steuerpflichtigen zu erzeugen, indem wir in jedem Jahre mehr einnehmen wie ausgeben, kann einer vernünftigen Staatsverwaltung an sich nicht zugemuthet werden. Der Verdacht, der in dieser Beziehung stellenweise in der Presse ausgesprochen wird, ist ungerecht, und ich kann sagen, absurd. Wir verlangen nicht mehr, als wir jetzt haben und als wir nach Ihrem und der Landtage Votum mehr haben sollen, wir wünschen aber, daß das, was nach Ihrem und der Landtage Votum nothwendig aufgebracht werden muß, in der Form aufgebracht werde, in welcher es für die Kontribualen am leichtesten zu tragen ist. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß in dieser Beziehung die bei uns vermöge der Verhältnisse, die ich vorhin nannte, im Zollverein so lange vernachlässigte Quelle der indirekten Steuern diejenige ist, welche das Tragen der Last, der wir uns in irgend einer Weise unterziehen müssen, am meisten erleichtern kann. Ich

---

[1]) Wie das z. B. durch das Reichsgesetz vom 6. Mai 1880, betreffend Ergänzungen und Aenderungen des Reichsmilitairgesetzes vom 2. Mai 1874 geschehen ist.

werfe also dem jetzigen Zustande vor, daß er zu viel von den direkten Steuern verlangt, zu wenig von den indirekten, und ich strebe darnach, direkte Steuern abzuschaffen und das Einkommen, was sie gewähren, durch indirekte Steuern zu ersetzen. Wenn ich auch hier nur mein näheres Heimathland, Preußen, in das Auge fassen kann, zweifle ich doch nicht, daß in den meisten, vielleicht in allen Bundesstaaten, ähnliche Verhältnisse stattfinden werden. Die Belastung der direkten Steuern hat meines Erachtens in Preußen eine Höhe erreicht, mit Hülfe der Zuschläge, die für die Provinz, den Kreis, die Gemeinden erfordert werden, daß diese Höhe nicht fortbestehen kann und daß, wo irgendwie wegen Ausdehnung der Selbstverwaltung oder aus anderen Gründen größere Kosten erforderlich sind, diese nach jetzigem System nicht aufgebracht werden können. Ich kann ja über das, was ich in Preußen anstrebe, kein bestimmtes Programm aufstellen, ich kann nur sagen, für welches Programm ich meinen Einfluß in Preußen, so weit er reicht, — und er ist geringer, als die Meisten annehmen — geltend machen werde. Wir bezahlen in Preußen an Grundsteuer bisher etwa 40 Millionen Mark, an Gebäudesteuer in diesem Augenblick – es pflegt ja bei ihr von Zeit zu Zeit eine Erhöhung einzutreten — ich weiß nicht, ob wir 21 Millionen jetzt schon bezahlen, oder bezahlen sollen. Die Erhöhung dieser Gebäudesteuer schwebt über den Besitzern der städtischen und ländlichen Grundstücke fortschreitend, so wie früher vor der Kontigentirung die Klassensteuer; diese beiden Posten schon, zusammen etwa 60 Millionen, wären, meines Erachtens, der Provinz, dem Kreis und der Gemeinde zu überweisen und diese dadurch von der Nothwendigkeit zu entbinden, in der sie sich befinden, gerade zu dieser Steuer und anderen ähnlichen Zuschläge zu zahlen, die in den einzelnen Gemeinden mehrere hundert Prozent betragen. Ich will nicht von Berechnungen sprechen, die mir vorliegen, nach welchen die Budgets einzelner Städte, und zwar der 170 größten Städte, zusammen von 100 Prozent resp. bis über

Die Ueberbürdung der Gemeinden.

2000 Prozent der direkten Steuern aufzubringen haben. Ich vermuthe, daß darin manche Lasten sein werden, wie der Ankauf von Gas- und Wasserleitungen, die eigentlich nicht zu den Steuern gehören; immer aber ist gewiß, daß die Zuschlagsteuern in einzelnen Gemeinden 4- bis 500 Prozent betragen, in städtischen Gemeinden. Da ist eine Erleichterung meines Erachtens ganz unabweislich, und wenn man die genannten beiden Staatssteuern, zu denen sie Zuschläge zahlen, überweist, so würde man ungefähr 60 Millionen Mark überweisen, während die Zuschläge, die sie bisher bezahlen, 58 betragen, was sie aber nicht hindert, daß sie außerdem noch Kommunalsteuern im Gesammtbetrage, zu diesen zugerechnet, von 139 Millionen aufbringen, und daß dabei, wie ich glaube, die 126 Millionen, die für Kreis- und Provinzsteuern in den östlichen Provinzen gezahlt werden, noch nicht mit eingerechnet sind, daß also noch lange nicht eine Kostenfreistellung der Gemeinden stattfindet, aber doch eine wesentliche Sublevation.

Reform der Klassen- und Einkommensteuer.

Dann glaube ich, daß, immer nur von Preußen und denjenigen, die gleiche Steuern mit Preußen haben, gesprochen, daß die Klassensteuer mit ihren 42 Millionen gänzlich in Wegfall kommen soll, soweit sie vom Staate erhoben wird. Wollen einzelne Gemeinden sie für sich erheben, so ist das ihre Sache; aber ich könnte unter Umständen sogar für ein Gesetz stimmen, welches den Gemeinden das untersagt; denn ich halte diese direkte Steuer, auf Klassen gelegt, welche überhaupt mit der Noth des Lebens nach ihrer Vermögenslage zu kämpfen haben, Klassen bis zu 1000 Thaler Einkommen, wobei diese 1000 Thaler Einkommen nicht der Arbeiter hat, der in Kleidung und Wohnung nicht genirt ist, sondern es muß dafür Steuer zahlen, der mit diesen 1000 Thalern Einkommen seine Stellung schon schwer aufrecht erhalten kann, — diese Art direkter Steuer, die nach mehr oder weniger Willkür des Veranlagenden von Jemand erhoben wird, die er bezahlen muß, nicht nach seiner Bequemlichkeit, sondern zu einem bestimmten Termin, wo die Exekution, wo die ganze Schmach der Exekution vor den Nachbarn vor seinen Augen steht, wenn er sie nicht zahlt, eine Steuer, die mehr als irgend eine

andere Denjenigen, die die Erregung von Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen sich zur Aufgabe stellten, zum Mittel und Hebel diente, diese Steuer sollte, meines Erachtens vollständig wegfallen, am allermeisten in großen Städten wegfallen, wo man sie für die vielvermißte Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt hat.

Ich stimme, wobei ich von Hause aus erklären muß, daß ich für dieses Detail der Zustimmung der preußischen Kollegen nicht sicher bin, und auch nicht sage, ich stehe und falle mit diesem Programm, sondern ich sage, es ist ein Ziel, nach dem ich strebe, und für das ich die Zustimmung meiner preußischen Kollegen zu gewinnen suchen werde.

Mir ist in den westlichen europäischen Staaten eine ähnliche Steuer wie die Klassensteuer, eine direkte Steuer auf diese vermögenslosen und zum Theil mit den Schwierigkeiten der Zeit in übler Lage kämpfenden Klassen der Staatsbürger nicht bekannt; nur in Rußland ist mir in Erinnerung die Kopfsteuer, die, wie mir vorschwebt, 112 oder 118 Millionen Rubel jährlich beträgt, also nächst der Branntweinsteuer der stärkste Posten des russischen Einnahmebudgets, eine Steuer, die pro Kopf zwischen 1 Rubel, 18 Kopeken und 2 Rubel variirt, diese Steuer, die einzige, die mir in ähnlicher Weise bekannt ist, und wo die Sicherheit, mit der sie eingeht, doch nur dadurch verbürgt ist, daß jede Gemeinde solidarisch verantwortlich ist für die Steuerquote, die auf sie fällt, wie auf die gesammten, der Gemeinde angehörigen Individuen, und daß die Gemeinde ausgepfändet wird vom Staate, wenn die Steuer nicht bezahlt wird, daher ist die Steuer eine verhältnißmäßig sicher eingehende, nichtsdestoweniger habe ich, ich weiß nicht, ob aus Zeitungen, aber jedenfalls aus den mir zugänglichen Berichten die Nachricht, daß die russischen Finanzmänner diese direkte Steuer für hart halten, die einzige, die sie haben, und damit umgehen, sie durch indirekte Steuern zu ersetzen. Ein Staat, wie Rußland, der augenblicklich nach den schweren Kriegen, die er geführt hat, in keiner glänzenden Finanzlage sein kann, trägt doch seinerseits dem Unterschiede zwischen direkten und indirekten Steuern soweit Rechnung, daß er es sich zur Aufgabe stellt, die einzige große direkte Steuer, die er noch heute

hat, und die auf dem Volke lastet, zu beseitigen. Ich halte die Klassensteuer für eine Steuer, die abgeschafft werden sollte. Die Einkommensteuer, die mit ihr in Verbindung steht, sollte, meines Erachtens, in der Weise revidirt werden, daß sie einen geringeren Ertrag giebt wie jetzt. Sie giebt jetzt, so viel ich mich erinnere, circa 31 Millionen Mark, und die Richtung, in der ich ihren Ertrag herabsetzen möchte, ist folgende:

Von dem Einkommen, welches aufhört, klassensteuerpflichtig zu sein, von 1000 bis zu einem Einkommen von 2000 Thalern, — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich der Kürze und Verständlichkeit wegen noch in Thalern, noch nicht in Mark rede — also zwischen 1- und 2000 Thaler Einkommen sollte, meines Erachtens, nur **fundirtes** Einkommen eine Steuer bezahlen. Ich nenne fundirtes Einkommen dasjenige, was erblich übertragbar ist, dasjenige, was aus dem Besitz von zinstragenden Papieren, oder Kapitalien, oder aus Landgütern und Grundbesitz hervorgeht, und ich möchte dann noch einen Unterschied zwischen verpachteten und selbstbewirthschafteten Grundbesitzen machen, der das Einkommen von Pacht bezieht, und nebenher noch ein Geschäft betreiben kann, also günstiger gestellt ist, als derjenige, der im Schweiße seines Angesichts paterna rura bearbeitet. Für die beizubehaltenden Kategorien der Einkommensteuer über 2000 Thaler ist, meines Erachtens, derselbe Unterschied festzuhalten, aber nicht so, daß das täglich zu erwerbende und zu gewinnende Einkommen ganz steuerfrei bleibt, sobald es über 2000 Thaler beträgt, daß es aber jedenfalls einen geringeren Satz bezahlt, als das jetzige, und jedenfalls ein geringerer Satz als das fundirte Einkommen.

Wer als Kaufmann, als Industrieller, als Handwerker sich ein Einkommen durch tägliche Arbeit verdient, der Gefahr laufen kann, daß es ihm morgen verringert wird, welches sich nicht auf seine Kinder übertragen läßt, ist ungerecht besteuert, wenn gerade so viel vom Manne bezahlt werden soll, wie von Dem, der bloß die Scheere zu nehmen und die Coupons abzuschneiden, oder bloß eine Quittung zu schreiben braucht für den

Pächter, der ihm das Pachtgeld bezahlt. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Steuer für das nichtfundirte Einkommen heruntergesetzt werden sollte, ich bin ferner der Ansicht, daß ein Staatsbeamter eine staatliche Einkommensteuer nicht bezahlen darf. Es ist das eine unlogische Auflage, die mir als solche schon erschien, wie ich mich erinnere, in der Zeit, wie sie gemacht wurde. Ich kann sie nur identifiziren mit den direkten Steuern, die der Staat etwa auf die Coupons seiner eigenen Schulden legen würde. Er schuldet dem Beamten das Gehalt, zieht ihm aber unter dem Vorwande der Staatssteuer — ich spreche nicht von der Gemeindesteuer, es ist der Beamte in einer anderen Lage der Gemeinde gegenüber —, aber vom Staate finde ich es als ein unnöthiges Verfahren, daß er dem Beamten einen Theil des Gehalts als Steuer für den Finanzminister wieder abzieht. Entweder der Beamte ist ausreichend bezahlt, was ich von den Wenigsten bei uns sagen kann, oder er ist nicht in dem Fall, oder er ist zu hoch bezahlt. In dem Fall, daß er zu hoch bezahlt ist, mag man ihm einen Theil des Gehalts entziehen; ist er ausreichend bezahlt, so ist es gut, ist er aber nicht ausreichend bezahlt, so ist es eine außerordentliche Härte, ihm durch die Steuer noch einen Theil des Gehalts zu verkürzen.

Den Einzelstaaten kann die Verwendung der durch das Hinwegfallen der Matrikularbeiträge disponibel werdenden Einnahmen überlassen werden.

Ich bin in diesem Theile meines Vortrages etwas weitläufiger geworden, weil ich den Eindruck gewonnen habe, daß über die Absichten der Reichsregierung — ich bin ja nicht **die** Reichsregierung, es giebt nur Reichsregierung**en** — der Reichsregierungen nach dieser Richtung, nach der Richtung der Verwendung dessen, was einkommen könnte, dessen, was durch das Hinwegfallen der Matrikularbeiträge flüssig werden würde, daß darüber die verschiedensten und wunderlichsten Meinungen bestehen. Es wird jedem Staate überlassen sein können, mit seinem Landtage darüber sich zu einigen, was er mit den disponibel werdenden Einnahmepositionen zu machen hat, in dem Falle, daß er keine Matrikularbeiträge mehr bezahlt, in dem noch günstigeren, von mir erhofften und erstrebten Falle, daß das Reich in der Lage sein wird, aus seinen indirekten Einnahmequellen noch an die einzelnen Staaten herauszuzahlen; also, was der einzelne Staat mit seiner Quote anfängt, wird

er mit seinem Landtage abzumachen haben. Ich habe beispielsweise dargelegt, was mir, da ich zugleich preußischer Minister bin, in Bezug auf Preußen vorschwebt. Ich will nicht sagen, daß es sofort und glatt zu geschehen hätte, aber worauf ich meine Bestrebungen in Preußen richten werde, ohne daß meine Wünsche gerade absolut, schnell und vollständig befriedigt werden müssen, ich arbeite nach der Seite hin.

Ungleiche Vertheilung der Steuerlast zwischen unbeweglichem und beweglichem Vermögen resp. die Ueberbürdung der Landwirthschaft.

Ich komme dann auf einen andern Mangel, an dem meines Erachtens die Erhebung unseres Einkommens leidet, und ich muß mich leider auch da mehr auf die preußischen Verhältnisse einschränken, da die Verhältnisse im ganzen Reich zu ungleichartig sind, indessen das, was für Preußen gültig sein wird, hat mutatis mutandis auch in allen nördlichen Staaten Geltung, die der preußischen Gesetzgebung seit längerer Zeit parallel gegangen sind, vielleicht auch in den südlichen. Es ist das die ungleiche Vertheilung der Last, wie sie jetzt vorhanden ist, zwischen unbeweglichem und beweglichem Vermögen. Der ländliche und der städtische Grundbesitz sind durch die Art, wie heut zu Tage die finanziellen Bedürfnisse in Preußen erhoben werden, wesentlich prägravirt im Vergleich mit dem beweglichen Besitz. Die Steuern, die ich vorher anführte als neu eingeführt, zu denen die Grundsteuer kaum gehört, denn die Grundsteuer hat seit dem Jahre 1861 für den Staat kaum eine Erhöhung erlitten, sie ist anders vertheilt worden, die Erhöhung ist wenigstens verhältnißmäßig geringfügig, diese Steuern treffen ja mit ihrem Hauptgewicht den Grundbesitz.

In den Reden, die wir avant la lettre hier über die Fragen gehört haben, die uns heute beschäftigen, und in den Artikeln der Zeitungen ist ja sehr viel von der Nothwendigkeit wohlfeilen Getreides und wohlfeiler Nahrungsmittel die Rede. Ich weiß nun nicht, ob es gerade ein Mittel gewesen ist, diese Wohlfeilheit herbeizuführen, wenn man den **inländischen** Getreideproduzenten mit einer Grundsteuer belegte, die zehn Prozent nominell, ich will sagen, in Wirklichkeit nur

5 Prozent des damaligen höheren Reinertrags aber da, wo eine Verschuldung auch nur bis zur Hälfte ist, ein Fall, der leider bei uns sehr häufig ist in großen und kleinen Besitzungen, doch 10 Prozent beträgt.

Derselbe Landwirth, der diese Grundsteuer bezahlt und sie abrechnen muß von dem Ertrag des von ihm zum Markt gebrachten Getreides, der hat außerdem nun noch für die landwirthschaftlichen Gebäude, die er braucht, eine Gebäudesteuer zu zahlen, in der eine gewisse Schraube liegt, die alle Jahre wächst, und ich weiß nicht, wie hoch noch wachsen wird, wenn sie nicht kontigentirt wird, und wo meiner Erfahrung nach, unter Vorwänden, die ich mir nicht aneignen möchte, — Zunahme der Nutzung **bei Zurückgang der ganzen Landwirthschaft** — fast in jedem Jahr Erhöhungen vorkommen.

Dieselbe Gebäudesteuer schlägt also mehrmals denselben Rohproduzenten, der durch die Grundsteuer betroffen ist. Dann kommt die Einkommensteuer, die ohne Rücksicht darauf, daß sein Einkommen aus Grund und Boden durch die Grundsteuer schon einmal und durch die Gebäudesteuer zum zweiten Mal besteuert worden ist, ihn noch durch die Einkommensteuer für dasselbe Einkommen aus den Gebäuden belastet, die wesentlich nur das Handwerkszeug zur Benutzung des Grundes und Bodens sind, für den er auch bereits steuert. Es ist dies nicht nur eine doppelte Steuer, es ist eine dreifache Besteuerung desselben Einkommens.

Die Besteuerung, soweit sie in der Grundsteuer liegt, beläuft sich also auf 5 Prozent bei einem schuldenfreien Gute, auf 10 Prozent bei einem Gute, was zur Hälfte verschuldet ist. Die Gebäudesteuer beträgt etwas über die Hälfte der Grundsteuer; sie ist auf etwa 21 Millionen Mark gewachsen. Man kann also annehmen, daß auch sie, wenn nicht ganz den halben Betrag der Grundsteuer, doch mindestens 2 bis 5 Prozent auch von dem Ertrage des Getreidebaues vorweg nimmt, soweit sie auf landwirthschaftlichen Gebäuden beruht. Die Einkommensteuer nimmt sicher ihre 3 Prozent davon. Sie haben also, wenn Sie das addiren, in der Minimalposition, die ich angenommen habe, eine Belastung

der inländischen Getreideproduktion von 5, von 2 und von 3, macht 10, für den unverschuldeten Besitz. Ist er zur Hälfte verschuldet, so steigt diese Belastung auch gegen 20 Prozent, und die Verschuldungen, die vorhanden sind, wollen Sie doch den Leuten nicht so hoch anrechnen und nicht als Ergebniß der Verschwendung. Sie können zurückgehen auf die Entstehung der meisten Schulden. Wenn sie nicht aus Gittertheilung entstanden sind, sowohl wie bei den Bauern-, wie bei den Rittergütern, so haben sie zum größten Theil ihren Ursprung in den Verwüstungen, denen Norddeutschland und namentlich das nordöstliche Deutschland in den französischen Kriegen im Anfang dieses Jahrhunderts ausgesetzt gewesen ist, und in der allgemeinen Rathlosigkeit und Noth, in die die Besitzer der östlichen Landestheile geriethen, als ihnen durch die Ablösungsgesetze, jene vernünftigen Gesetze, aber für den Augenblick schwer drückend, die vorhandenen Arbeitskräfte entzogen wurden, sie neue nicht bekamen und kein Kapital hatten. Also man kann die vorhandene Verschuldung mehr dem politischen Gange zurechnen, den Bestrebungen, die Preußen für die Stellung, die es hat und die schließlich zur Konsolidirung des gesammten Deutschlands geführt hat und dem gesammten Deutschland zu Gute gekommen ist, verfolgt hat. Für diese selbe Aufgabe ist der an und für sich kümmerliche Grundbesitz der östlichen Provinzen vielfach im Feuer der Verschuldung gewesen. Ich überlasse das den Statistikern — ich bin kein Freund von statistischen Zahlen, weil ich den Glauben an sie bei näherem Studium verloren habe — (sehr richtig) aber ich überlasse es den Statistikern, zu erwägen, wie es sich auf den Scheffel Roggen ausrechnen läßt, diese circa 10 bis 20 Prozent an Staatssteuern, die der Grundbesitz vorweg zu tragen hat, im Vergleich mit dem **beweglichen** Einkommen, welches seinerseits nur 3 Prozent Einkommensteuer bezahlt. Rechnen Sie zu beiden noch die kommunalen Kreis- und provinzialen Zuschläge, Sie werden mir zugeben, daß 100 Prozent Zuschlag günstige Verhältnisse sind und daß diese Zuschläge in den ackerbautreibenden Provinzen vorzugsweise auf der Landwirthschaft ruhen, so haben Sie für die einheimische

Landwirthschaft eine Besteuerung der Getreideproduktion, die zwischen 20, 30, ja selbst mehr Prozent variirt, und dem gegenüber findet die Einfuhr alles ausländischen Getreides unverzollt statt. Wenn es wirklich ein Glück einer Nation ist, vor allen Dingen wohlfeiles Getreide zu haben[1]), und wenn das rechtzeitig erkannt wäre, etwa im Jahre 1861, wie die Grundsteuer eingeführt wurde, so sollte man annehmen, daß man damals anstatt der Grundsteuer eher eine Prämie auf den Getreidebau im Lande gezahlt hätte, und, wenn man keine Prämie zahlte, es doch im höchsten Interesse der öffentlichen Ernährung gefunden hätte, daß der inländische Getreidebau mindestens steuerfrei wäre, damit er recht wohlfeil den Konsumenten versorgen könne. Statt dessen ist kein Gewerbe im ganzen Lande so hoch besteuert, wie die Landwirthschaft. Bringen Sie die Landwirthschaft heute herunter auf die Gewerbesteuer, auf die durchschnittliche Steuer jedes anderen Gewerbes und sie werden sie um mindestens drei Viertel dessen, was sie heute trägt, erleichtern müssen, vielleicht um sehr viel mehr.

In allen anderen Produktionen ist die erste Aufgabe des Gesetzgebers auch schon früher immer gewesen, den inländischen Produzenten etwas besser zu behandeln als den fremden. In den landwirthschaftlichen Produkten ist es gerade umgekehrt. Es ist vielleicht der Glaube an die Unerschöpflichkeit der Bodenrente, daß der Boden immer noch etwas bringt, weil nur ein Mann, der ihn selbst im Schweiße seines Angesichtes bebaut hat, die Grenzen kennt, in denen der Boden noch rentirt. Es ist vielleicht auch das Gefühl, daß die Repräsentanten und die Interessenten der Landwirthschaft hauptsächlich die wenigen Besitzer von Latifundien seien, die man hier in Berlin unter Umständen, sei es im Reichstag, sei es bei Borchardt oder sonst zu sehen bekommt, (Heiterkeit) und die, weil sie reiche Leute sind, auch noch reiche Leute im allgemeinen Nothstande bleiben, daß das die Repräsentanten der Landwirthschaft wären.

Meine Herren, es gibt in ganz Preußen nur 15,000 Rittergüter, und wenn ich annehme, daß davon 3—4000 wohlhabenden Leuten gehören, so ist es recht viel. Es giebt

[1]) Vgl. die detaillirteren Ausführungen unten S. 77 ff.

aber in Preußen allein und im Reiche noch mehrere Millionen Grundeigenthümer. Die statistischen Nachrichten sind so widersprechend, so ungenau, und, wie mir scheint, so absichtlich und tendenziös gruppirt, (sehr richtig! rechts) daß es sehr schwer wäre, die Zahl der Grundeigenthümer genau herauszufinden, aber auf 3 bis 4 Millionen belaufen sie sich ganz sicher. Diese Grundeigenthümer haben ihre Angehörigen und das Wohl und Wehe dieser Klasse der Bevölkerung, mögen Sie sich auf $^2/_5$ oder $^3/_5$ der Nation veranschlagen, auch darüber hat die Statistik keine Sicherheit, ist es, das meines Erachtens vom Gesetzgeber Gerechtigkeit und gleiche Behandlung mit den übrigen Gewerben verlangt.

Es ist ferner ein vierter Vorwurf, den ich der augenblicklichen Gesetzgebung mache, und das ist ja einer der gewichtigsten, der uns vielleicht in unseren Diskussionen mehr beschäftigen wird, wie die rein finanzielle Seite der Sache; das ist derjenige, daß die jetzige Veranlagung unserer indirekten Steuern, der einheimischen, vaterländischen Arbeit und Produktion nicht das Maß von Schutz gewährt, was ihr gewährt werden kann, ohne die allgemeinen Interessen zu gefährden.

Schutzzolltarif. Es handelt sich nur um die Kräftigung der darniederliegenden Industrie.

Ich lasse mich hier auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Bisher sind wir noch Alle Schutzzöllner gewesen, auch die größten Freihändler, die unter uns sind, denn Keiner hat bisher noch weiter heruntergehen wollen, als der heute zu Recht bestehende Tarif, und dieser Tarif ist noch immer ein mäßig schutzzöllnerischer (sehr richtig! links) und mäßig und schutzzöllnerisch ist auch die Vorlage, die wir Ihnen machen. Einen mäßigen Schutz der einheimischen Arbeit verlangen wir. Wir sind weit entfernt von einem System der Prohibition, wie es in den meisten Nachbarländern stattfindet, wie es in unserem früheren Hauptabnehmer Amerika stattfindet, Zölle von 60—80 Prozent ad valorem im Durchschnitt. Alles das, was wir Ihnen geben als Schutzzoll, bleibt innerhalb der Grenze der finanziellen Besteuerung, mit Ausnahme derjenigen, wo das Unterlassen eines höheren Schutzes erhebliche augenblickliche Nachtheile für

zahlreiche Klassen unserer Mitbürger nach sich ziehen würde. Es ist kein tendenziöser Schutztarif, den wir Ihnen vorschlagen, es ist kein prohibitiver, es ist nicht einmal die volle Rückkehr zu dem Maß von Schutzoll, was wir im Jahre 1864 besaßen. Die vergleichenden Uebersichten der Tarife von 1864 und von heute sind in ihren Händen, und Sie werden wahrscheinlich gleich mir überrascht sein beim ersten Anblick, wenn Sie die Höhe des Abhanges sehen, den wir allmählig herabgegangen sind, daß wir das gethan haben und daß ich es mitgethan habe, obschon die Neigung, mich nur in specie für die Gesetzgebung verantwortlich zu machen auf diesem Gebiete, **eine stark tendenziöse ist**, die ich vollständig ablehnen könnte[1]); ich bin aber nicht schüchtern genug, um irgend eine Verantwortlichkeit, die mir nach dem Buchstaben des Gesetzes obliegt, abzulehnen. Ich glaube auch, die Strömung für minderen Schutz — ich will nicht sagen, für Freihandel, denn soweit ist noch Keiner von uns gegangen und kein Staat, vollen Freihandel, lediglich Finanz- und Konsumtionszölle ohne jeglichen Schutz der Industrie zu wollen, so weit ist noch Niemand gegangen, — aber die Strömung für allmählige Verringerung der Schutzzölle war um die 60er Jahre höher unter Führung des damals leitenden Staates in Europa, unter Führung Frankreichs; war eine so starke, daß man wohl glauben konnte, sie werde sich konsolidiren und werde außer England und Frankreich noch andere Staaten mit in ihren Strom ziehen, daß man wohl Bedenken haben konnte, dieser Strömung zu widerstreben, die einem Ziel näher führt, das an sich, wenn es erreichbar wäre in seiner Idealistik, ja ein sehr hohes wäre, daß jedem Lande die Entfaltung der Kräfte, die ihm eigenthümlich sind, überlassen werden könnte, und alle Grenzen offen sein müßten denjenigen Produkten, die anderswo brauchbarer und besser hergestellt werden könnten, wie bei uns. Das ist ein Ideal, was deutscher, ehrlicher Schwärmerei ganz würdig ist. Es mag auch erreichbar sein in zukünftigen Zeiten, und ich verstehe deshalb vollkommen, daß man Bedenken hatte, einer Strömung, die dem entgegen

[1]) Vgl. oben S. 23 ff.

führte, Opposition zu machen. Ich kann noch weiter hinzufügen, daß die Ueberzeugung von der Zukunft, welche diesen Bestrebungen blühte, meiner Erinnerung nach, in den sechsziger Jahren eine so starke war, daß jeder Versuch der Regierung, damals ihr entgegenzutreten, mißlungen wäre. Wir wären in keinem Parlament, in keinem Reichstag, so lange wir ihn hatten, in keinem Landtag damit durchgekommen, wenn wir im Jahre 1861 eine Schutzzollpolitik, eine mehr schützende Politik als die damalige, hätten betreiben wollen, und ich erinnere Sie, mit welcher Freudigkeit von großen Majoritäten damals die Herabminderungen der Zölle aufgenommen sind. Sie können den Regierungen daraus, wenn sie den Versuch gemacht haben, ob die Ideale sich verwirklichen, ob man ihnen näher kommen könne, keinen Vorwurf machen. Keine deutsche Regierung konnte darauf rechnen, daß alle übrigen in kurzer Zeit hinter ihr abschwenken würden. Die einzige ist noch England und das wird auch nicht lange dauern; aber Frankreich, Amerika haben diese Linie vollständig verlassen, Oesterreich, anstatt seine Schutzzölle zu mindern, hat sie erhöht, Rußland hat dasselbe gethan, nicht bloß durch die Goldwährung, sondern auch in anderer Beziehung. Also allein die Düpe einer ehrlichen Ueberzeugung zu sein, kann man Deutschland auf die Dauer nicht zumuthen. Wir sind bisher durch die weitgeöffneten Thore unserer Einfuhr die Ablagerungsstätte aller Ueberproduktion des Auslandes geworden. (Sehr richtig!) Bei uns können sie einstweilen alles deponiren, und es hat, wenn es erst in Deutschland ist, immer einen etwas höheren Werth als im Ursprungslande, wenigstens so denken die Leute, und die Masse der Ueberführung Deutschlands mit der Ueberproduktion anderer Länder ist es, was unsere Preise und den Entwicklungsgang unserer Industrie, die Belebung unserer wirthschaftichen Verhältnisse meines Erachtens am allermeisten drückt. Schließen wir unsere Thüren einmal, errichten wir die etwas höhere Barrière, die wir Ihnen hier vorschlagen, und sehen wir zu, daß wir mindestens den deutschen Markt, das Absatzgebiet, auf dem die deutsche Gutmüthigkeit vom Auslande jetzt ausgebeutet wird, der deutschen Industrie erhalten. Die Frage

eines großen Exporthandels ist immer eine außerordentlich prekäre; neue Länder zu entdecken gibt es nicht mehr, der Erdball ist umschifft und wir können kauffähige Nationen von irgend welcher erheblichen Ausdehnung, an die wir exportiren können, nicht mehr finden. Der Weg der Handelsverträge ist ja unter Umständen ein sehr günstiger, es fragt sich nur bei jedem Vertrage: qui trompe-t-on ici? — wer wird übervortheilt? Einer in der Regel, und man kommt erst nach einer Anzahl von Jahren dahinter, wer es eigentlich ist. Ich erinnere nicht an unsere Verträge, sondern nur an die, die zwischen Frankreich und England bestehen, wo beide sich auch gegenseitige Täuschung vorwerfen, aber ich erinnere daran, daß unsere Staatsmaschine in steuerlicher Beziehung viel weniger in der Hand der Regierung liegt, um die Intentionen des Landes gegen den Vertrag und trotz des Vertrags zu finden, wie es in den meisten unserer Nachbarländer der Fall ist. Unsere ganze Steuererhebung und Verwaltung ist publici juris, und es kann eine erlaubte oder unerlaubte Abweichung von den Vertragsbestimmungen bei uns niemals stattfinden, während bei unseren Nachbarn die Thätigkeit des Beamten — Frankreich nicht ausgenommen, und Frankreich steht doch unseren Verhältnissen am nächsten, — eine solche bleibt, daß dort die Vortheile des Vertrags durch die administrative Einwirkung mehr erschwert werden können, als es bei uns je der Fall sein wird, dem anderen Kontrahenten die Ausbeutung des Vertrags zu erschweren. Aber jeder Handelsvertrag ist ja immer ein erfreuliches Zeichen der Freundschaft; in der Völkerwirthschaft kommt es bloß darauf an, was darin steht. Handelsverträge an sich sind gar nichts, sie können so übel sein wie möglich, es kommt darauf an, was darin steht und können wir es erreichen, daß uns ein Staat mehr abkauft als wir ihm, so werde ich, wenn das nicht ein großes Derangement in unsere inneren Angelegenheiten und unsere jetzige Produktionslage bringt, einem solchen Vertrage gewiß nicht entgegentreten. Ob wir bei den Verträgen Vortheile gehabt haben, oder nicht, ist eine Sache, die sich jeder sicheren Berechnung entzieht. Thatsache ist, daß wir uns in leidenden Zuständen befinden, und zwar meiner Ueberzeugung nach mehr, wie irgend eins unserer schutzzöllnerischen

Werth der Handelsverträge.

Die geschützten Länder prosperiren.

Nachbarländer. Wenn die Gefahr des Schutzzolls so groß wäre, wie sie von den begeisterten Freihandelsanhängern geschildert wird, müßte Frankreich längst seit Colbert ein ruinirtes, ein verarmtes Land sein vermöge der Theorien, nach denen es lebt. Nichtsdestoweniger sehen wir, daß Frankreich dieselbe drückende Lage, in der sich die zivilisirte Welt befindet, mit mehr Leichtigkeit erträgt, daß es, wenn wir sein Budget ansehen, was um 1½ Milliarden seit 1871 gewachsen ist, nicht bloß durch Schulden, leistungsfähiger geblieben ist als Deutschland, und die Klagen über das Darniederliegen der Geschäfte sind weniger groß.

Wir sehen dasselbe bei unseren östlichen Nachbarn, Oesterreich und Rußland, wir sehen namentlich Rußland prosperiren, hauptsächlich, glaube ich, vom deutschen Gelde. (Sehr richtig! rechts.) Nach den amtlichen Nachrichten, die mir vorliegen, ist in dem westlichen Rußland, was hauptsächlich beim Korn- und Holzverkauf nach Deutschland interessirt ist, die Prosperität nie in dem Maße vorhanden gewesen, wie heute, wo das übrige Europa leidet. Ich habe Verwandte und Bekannte dort viele, mir sind Beispiele genannt worden von dem ungeheuerlichen Steigen des Bodenwerths, so daß in manchen Fällen der frühere Kaufpreis von vor 20 Jahren die jetzigen Revenüen ungefähr bildet, sobald eine Eisenbahn in der Nähe liegt, sobald ein mäßiger Holzbestand ist oder sobald große, fruchtbare Steppen in der Nähe sind, die ausgebeutet werden können durch den Eisenbahntransport. Die Einlagen in den Sparkassen, die Einlagen in der Bank im westlichen Rußland, die Abschlüsse der dortigen Fabriken, — mir sind von großen Fabriken Abschlüsse bekannt mit 35 Prozent und 10 Prozent Reservezurücklage, von russischen Industrieen, — ja, das ist eine geschützte Industrie, die Valuta ist niedrig und doch leistungsfähig in dem Lande, wo sie ist, und das deutsche Geld für Korn und Holz fließt in einem Maße zu, wie es nie geahnt worden ist. Kurz und gut, das sonst verrufene Polen, das Rußland, welches einen schweren und kostspieligen Krieg geführt hat und in seinen Finanzen nicht vollständig geordnet ist, schreitet fort in der

Wohlhabenheit — ich glaube auf Kosten des deutschen Produzenten und in Wirkung unserer Gesetzgebung, ich glaube es. In allen diesen Fragen halte ich von der Wissenschaft gerade so wenig, wie in irgend einer anderen Beurtheilung organischer Bildungen. Unsere Chirurgie hat seit 2000 Jahren glänzende Fortschritte gemacht; die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht, wir stehen demselben Räthsel heute gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt, ich urtheile nach der Erfahrung, die wir erleben. Ich sehe, daß die Länder, die sich schützen, prosperiren, ich sehe, daß die Länder, die offen sind, zurückgehen, und das große, mächtige England, der starke Kämpfer, der, nachdem er seine Muskel gestärkt hatte, auf den Markt hinaustrat und sagte: wer will mit mir kämpfen? ich bin zu jedem bereit und dieses geht zum Schutzzoll allmählig zurück und wird in wenigen Jahren bei ihm angekommen sein, um sich wenigstens den englischen Markt zu bewahren.

Nach meinem Gefühl sind wir, seitdem wir unsere Tarife zu tief heruntergesetzt haben, — eine Schuld, von der ich, wie gesagt, mich nicht eximire — in einem Verblutungsprozeß begriffen, der durch die verrufene Milliardenzahl um ein paar Jahre aufgehalten ist, der ohne diese Milliarden aber wahrscheinlich schon vor 5 Jahren so weit gekommen wäre, wie heute. Angesichts dieser Sachlage, wie ich sie beurtheile, liegt kein Grund vor, persönliche Empfindlichkeit in eine Sache einzumischen, die wir, wenn wir ehrlich sein wollen, Alle nicht beherrschen, so wenig, behaupte ich, gibt es Einen, der mit unfehlbarer Gewißheit sagen könnte, dies ist die Folge der und der wirthschaftlichen Maßregel. Deshalb möchte ich bitten, jede persönliche Empfindlichkeit in diesen Fragen aus dem Spiel zu lassen, und ebenso die politische Seite; die Frage, die vorligt, ist keine politische, sondern eine rein wirthschaftliche Frage. Wir wollen sehen,

wie wir dem deutschen Körper wieder Blut, wie wir ihm die Kraft der regelmäßigen Circulation des Blutes wieder zuführen können, aber meine dringende Bitte geht dahin, alle Fragen der politischen Parteien, alle Fragen der Fraktionstaktik von dieser allgemeinen deutschen reinen Interessenfrage fern zu halten. Und wenn wir dem deutschen Volke etwas zu geben haben, so sage ich: bis dat qui cito dat, und qui non cito dat, der schädigt unsere ganze Volkswohlfahrt in hohem Grade. Ich glaube, daß diese Ueberzeugung die Verhandlungen des hohen Hauses beherrschen sollte, daß das deutsche Volk vor allen Dingen Gewißheit über seine wirthschaftliche Zukunft verlangt, und daß selbst eine schnelle Ablehnung dessen, was Sie nicht wollen, immer, auch in der Meinung der Regierung, noch günstiger ist, als ein Hinziehen der Ungewißheit, in der Niemand weiß, wie die Zukunft sich gestalten wird. (Lebhaftes Bravo.)"

Demnächst sprach gegen die Vorlage der Abgeordnete Delbrück. Derselbe berührte keinerlei große Gesichtspunkte, sondern erging sich in den kleinsten Details der einzelnen Tarifpositionen. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

Am 3. Mai sprach der Abgeordnete Reichensperger (Olpe) für,[1]) der Abgeordnete Bamberger, welcher in den schutzzöllnerischen Vorlagen das Grab des nationalen Wohlstandes erblickt, gegen die Vorlagen,[2]) der Finanzminister vertheidigte sodann den abwesenden, von Bamberger angegriffenen Reichskanzler,[3]) und nachdem dann noch der Abgeordnete von Minnigerode für die Vorlagen gesprochen,[4]) wurde die Fortsetzung der Debatte bis zum 5. Mai vertagt.

Am 5. Mai ergriff zunächst der Abgeordnete Richter (Hagen) das Wort zu einer längeren Rede gegen die Vorlage.[5]) Diesem Abgeordneten ist es eigen, in wirthschaftlichen Dingen mit vornehmer Miene und arrogantem Tone die Gegner als unwissende und unfähige Menschen zu bezeichnen. Die Thaten desselben im Interesse des deutschen Volkes be-

---

[1]) Stenogr. Ber. 1869, 2. Band S. 943 ff.
[2]) " " " " " S. 951 ff.
[3]) " " " " " S. 964 ff.
[4]) " " " " " S. 966 ff.
[5]) " " " " " S. 973 ff.

schränken sich auf nichts weiter, als eine prahlerische Agitation. Sodann sprachen die Bevollmächtigten zum Bundesrath, Finanzminister Hobrecht[1]) und Geheimer Regierungsrath Tiedemann.[1]) Hiernach vertheidigte der Abgeordnete von Kardorff[2]) die Vorlagen, während der Abgeordnete Oechelhäuser sich auf einen vermittelnden Standpunkt stellte.[3]) In Fortsetzung der Debatte sprachen am 6. Mai zunächst der Kommissar des Bundesraths, der bayerische Ministerialrath Dr. Mayr,[4]) sodann die Abgeordneten Löwe (Bochum)[5]) für die Vorlage; Frhr. von Maltzahn-Gültz[6]) für Finanzzölle, betreffs der Schutzzölle ist er für Beibehaltung der bisherigen Praxis, Regelung der Zollpolitik auf dem Wege der Handelsverträge; Frhr. von Varnbüler[7]) für, Sonnemann[8]) gegen und von Bennigsen[9]) vermittelnd.

Am 8. Mai nahm der Commissarius des Bundesraths, Geh. Regierungs-Rath Burchard das Wort,[10]) um die Kommission, welche den Zolltarif vorbereitet und ausgearbeitet hatte, und die Regierung gegenüber dem Vorwurf, daß der neue Tarif von großer Sachunkenntniß zeuge, in Schutz zu nehmen. An der Hand eines reichen statistischen Materials wies er nach, daß die Unkenntniß mit den realen Verhältnissen vielmehr auf Seiten der Gegner des neuen Tarifs zu suchen sei und daß sich die Befürchtungen, welche die freihändlerische Richtung an die praktische Wirksamkeit des Tarifs knüpfe, als leere Schreckgespenster charakterisirten. Dann ergriff der Abg. Lasker das Wort.[11]) Auf die Angriffe dieses Abgeordneten antwortete, nachdem vorerst noch der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hoffmann gesprochen[12]) der Herr Reichskanzler wie folgt:[13])

---

1) a. a. O. S. 987.
2) " " S. 989.
3) " " S. 994.
4) " " S. 1003.
5) " " S. 1006.
6) " " S. 1012.
7) " " S. 1017.
8) " " S. 1021.
9) " " S. 1026.
10) " " S. 1039.
11) " " S. 1043.
12) " " S. 1057.
13) " " S. 1059.

Zurückweisung der Angriffe des Abgeordneten Lasker.

„Ich hatte heute früh noch nicht die Absicht, in der allgemeinen Debatte wiederum das Wort zu ergreifen, weil meine Ueberzeugung, und ich glaube, auch die der Mehrzahl der Zuhörer, durch die Gegengründe, die gegen meine Darlegungen seitdem angeführt worden sind, nicht erschüttert war; die meisten derselben bestanden, wie ich das gewohnt bin, weniger in einer Kritik der Sache, als in argumentis ad hominem, in Demonstrationen gegen meine Person (ah! ah!) und es ist mir das ja ziemlich gleichgültig. — Ja, meine Herren, an dieser Stelle, von welcher das „ah" ausgeht, sind diese Demonstrationen zu Hause, und es veranlaßt mich dies, nochmals Akt davon zu nehmen, damit man weiß, von woher dergleichen kommt, und daß von dort aus die sachlichen Diskussionen mit oratorischen Ausschmückungen betrieben werden, die den Frieden und die Verständigung zu fördern nicht geeignet sind, es ist das gerade in der Gegend der Fall, wo diese Interjektionen mich eben unterbrochen haben, und ich sage also, ich hätte darauf so sehr viel Werth nicht gelegt, weil ich es der öffentlichen Meinung besser selbst überlasse, ob sie über meinen Verstand und meinen Charakter günstiger denken will oder nicht, und ob sie ihr Urtheil über mich von meinen politischen Gegnern entnehmen will oder nicht. Ich bin ja, wie Sie wissen, leider in der Presse, und zwar von verschiedenen Parteien, einem solchem Maße von groben Ehrenkränkungen, und lügenhaften Verleumdungen ausgesetzt gewesen, daß ich in der Beziehung doch ziemlich abgehärtet bin, und hier im Reichstag, auch dort, wo die Herren unruhig werden, kommt ja dergleichen nicht vor, aber natürlich, die mildere, wohlwollende Kritik, der ich hier unterzogen werde, im Vergleich zu der Presse, gegen die bin ich ziemlich abgehärtet. Ich würde also auch darauf nicht reagirt haben, wenn ich nicht heute, ohne die Absicht herzukommen, benachrichtigt worden wäre, daß der Herr Abgeordnete Lasker über mich verschiedene Bemerkungen gemacht hat mit der Gesinnung für mich, die ich kenne und zu schätzen weiß, die aber doch ein Maß voll Verstimmung mir gegenüber zeigt, welches ich gern mildern möchte, wenn es mir gelingt. Ich kann sonst nach dem Maß der Verstimmung, welches aus der Haltung des Herrn Lasker spricht, immer einen günstigen Barometerstand für meine Politik, und

für die Politik, die ich glaube im Namen des Reichs verfolgen zu sollen, entnehmen, und insofern könnte mich das Symptom ja beruhigen, wenn nicht meine persönliche Vorliebe, für einen so langjährigen Gegner, von dem ich schließlich sagen kann nach jenem französischen, alten Liede: on se rapelle avec plaisir des coups de poing qu'on s'est donnés, mich das Bedürfniß empfinden ließe, seine Meinung in einigen Beziehungen richtig zu stellen.

Schriftwechsel mit dem Frhrn. von Thüngen.

Der Herr Abgeordnete hat, wenn die Notizen, die ich bekommen habe, richtig sind, gesagt: mein Schriftwechsel mit dem Baron von Thüngen[1]) habe alles überholt, was bisher an agrarischen Extravaganzen geleistet sei. Liegt darin nicht eine kleine rhetorische Extravaganz — eher als die agrarische, die mir vorgeworfen wird? Ich habe mich zu dem Schreiben nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet gehalten. Die Nation hat das Recht, zu wissen, wie ich über die einzelnen Fragen denke, und ich freue mich, wenn die Kenntniß hiervon

---

[1]) Frhr. von Thüngen hatte eine Zustimmungsadresse aus Bayern zu dem Zollprogramm des Reichskanzlers an den Sohn desselben, den Grafen Wilhelm von Bismarck, mit der Bitte gesandt, dieselbe seinem Vater zu übersenden. Gleichzeitig hatte er ein Schreiben beigelegt, in welchem er beklagt, daß die Landwirthschaft in dem Tarif gegenüber der Industrie benachtheiligt und die Zollposition für Getreide viel zu niedrig sei. Darauf ertheilte der Herr Reichskanzler unterm 16. April 1879 folgende Antwort.

„Euer Hochwohlgeboren bitte ich, den Unterzeichnern der Zustimmungsadresse zu unserem Zollprogramm vom 13. Dezember v. J., welche Sie mir mit Ihrem Schreiben vom 12. d. zu übersenden die Güte hatten, meinen verbindlichsten Dank zu übermitteln. Ihr Schreiben habe ich mit großem Interesse gelesen; ich theile Ihre darin ausgesprochene Ansicht, daß die Getreidezölle als Schutz der Landwirthschaft nach Verhältniß zu den direkten Lasten, welche sie trägt, ungenügende sind; sie werden vielleicht nur die gute Folge haben, daß Ordnung und Uebersicht in die Korneinfuhr kommt, und daß namentlich die Ueberfüllung Deutschlands mit unverkauftem Korn sich vermindert. Ich habe aber in den Verhandlungen mit den Regierungen und der Tarifkommission mehr nicht erreichen und namentlich den Ministerien der größeren Bundesstaaten gegenüber das Erreichte nur mit großer Anstrengung festhalten können. Der Widerstand der meisten süd- und mitteldeutschen Ministerien und der Antrag der württembergischen Regierung, die 50 Pf. durchweg auf 30 herunterzusetzen, wird Ihnen bekannt sein. Ein noch größeres Gewicht

eine möglichst öffentliche und verbreitete wird, denn ich habe darüber nichts zu verbergen. Ich habe mich ausgesprochen gegenüber den sehr scharf accentuirten Klagen des Baron von Thüngen über die Vernachlässigung der landwirthschaftlichen Interessen in der Tariffrage, um ihm nachzuweisen, daß ich unter Umständen eine höhere Verzollung der landwirthschaftlichen Produkte gewünscht hätte, — in Bezug auf das Getreide nicht viel höher, denn der Zoll für Getreide, namentlich für die Getreidegattung, die am meisten als Nahrungsmittel dient, für den Roggen, soll meiner Meinung nach kein Schutzzoll, sondern ein Finanzzoll sein, und er wird gerade so gut vom Auslande gezahlt werden, wie heute die Mainzer Lederfabrikanten sich beschweren, daß sie jetzt für ihren Import in Spanien einen Zoll bezahlen müssen, von dem sie früher frei gewesen sind, und beim Getreide noch viel mehr, weil wir eine so außerordentliche Konkurrenz für den Import von wohlfeilen Getreide nach Deutschland haben. Indessen, das gehört ja

---

indessen, als auf den Zoll, lege ich auf die Eisenbahntarife, durch welche Einfuhrprämien gegeben werden, welche nicht selten das Vier- und Fünffache des 50-Pfennigzolles erreichen. Wenn es gelingt, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, so verspreche ich mir eine größere Wirkung, als von der Verdoppelung oder selbst Vervierfachung der jetzt beantragten Zölle; doch in dieser Beziehung habe ich bisher kaum Hoffnung, die Eisenbahnminister der größeren Bundesstaaten für den Zweck zu gewinnen und zu übereinstimmendem Verfahren zu bewegen. Die bayerischen Bahntarife und deren Wirkung werden Ihnen und allen bayerischen Landwirthen aus eigener Erfahrung fühlbar sein. Mir fehlt darauf jeder Einfluß. Wenn in dem Zolltarifentwurfe eine Verbesserung noch gewonnen werden soll, so werden vor Allem die Vertreter der Landwirthschaft im Reichstage sich rühren, sich vereinigen und Anträge stellen müssen. Auch der Inhalt Ihres Briefes wäre mir lieber in der Oeffentlichkeit, als in meinen Akten; denn was mich betrifft, so kann ich nur sagen: „vous prêchez à un converti" und ich thue ohnehin, was ich kann. Ich habe auf die Tarifkommission, so viel ich konnte, eingewirkt, um die Landwirthschaft pari passu mit der Industrie zu halten, in dieser Beziehung aber eher noch Anklang bei den Industriellen gefunden, als bei den Ministerien, nach deren Instruktion die Commissionsmitglieder abstimmten. Ich verharre in diesem Streben, bedarf aber auf dem amtlichen und publizistischen Gebiet einer stärkeren und praktischeren Unterstützung, als ich sie bisher erfahren habe. Von Ihrer Seite darf ich darauf rechnen und werde für jedes Maß davon sehr dankbar sein."

in die Spezialdebatte über die Getreidezölle. Wenn ich einem Korrespondenten, der zu mir im Namen von 11,000 kleinen Grundbesitzern spricht, Rede stehe und ihm Auskunft gebe über die Motive, die mich geleitet haben, so ist dergleichen früher doch von Niemand angefochten worden, und ich glaube, der Herr Abgeordnete Lasker als Jurist sollte doch auch wissen, daß man kein Urtheil ohne Gründe gibt. Früher hat man es immer am Minister zu schätzen gewußt, wenn er nicht zugeknöpft war und seine Meinungen offen aussprach in Betreff der Interessen des Landes, auf deren Wohl und Wehe er irgend einen Einfluß üben könnte, und ich sollte meinen, man sollte das an mir schätzen, anstatt es als eine „agrarische Extravaganz" zu bezeichnen, als einen „Krieg" zwischen Landwirthschaft und Industrie, zwischen Land und Stadt. Ja, das sieht doch noch anders aus! Man nennt gern jeden Kampf Krieg, der einem unangenehm ist. Es handelt sich hier um eine Rivalität der Interessen mit einander, noch lange nicht um Krieg, es bleibt zwischen Landsleuten, und der Bürgerkrieg, der der Phantasie des Herrn Lasker vorschwebt, ist nicht da.

Der Grundbesitz ist im politischen Leben zurückgedrängt, zu seinem Nachtheile überwiegt der bewegliche Besitz.

Wenn ich es nun mir zur Aufgabe stelle, in diesem Kampf der Interessen der Seite, die bisher meines Erachtens unterlegen hat, der Seite der Landwirthschaft und des Grundbesitzers — ich bitte, das Herrn Lasker wohl zu erwägen, ich habe neulich fast nie von der Landwirthschaft, ich habe vorwiegend von städtischem und ländlichem Grundbesitze gesprochen, und der städtische Häuserbesitz leidet unter den Kalamitäten der Steuer, auf die ich nachher zurückkomme, ebenso wie der ländliche — wenn sich da ein Minister findet, der seinerseits für den Theil, der bisher in diesem Kampf zurückgedrängt wird, der unterlegen hat, der Ambos gewesen ist seit fünfzig Jahren und sich nun einmal gegen die Hämmer sträubt, wenn für den ein Minister eintritt, sollte man das dankend anerkennen und nicht sagen, ich triebe die Finanzpolitik eines Besitzers. Ja, ich kann dem Herrn Abgeordneten Lasker ebenso gut sagen, er treibt die Finanzpolitik eines Besitzlosen; er gehört zu denjenigen Herren, die da bei der Herstellung unserer Gesetze in allen Stadien der Gesetzgebung die Majorität bilden, von denen die Schrift sagt, sie säen nicht, sie ernten nicht, sie weben nicht, sie spinnen nicht, und doch sind sie gekleidet —

ich will nicht sagen, wie, aber jedenfalls sind sie gekleidet. (Heiterkeit.)

Die Herren, die unsere Sonne nicht wärmt, die unser Regen nicht naß macht, wenn sie nicht zufällig ohne Regenschirm ausgegangen sind, die die Mehrheit bei uns in der Gesetzgebung bilden, die weder Industrie noch Landwirthschaft, noch ein Gewerbe treiben, es sei denn, daß sie sich damit vollständig beschäftigt fühlen, das Volk nach verschiedenen Richtungen hin zu vertreten, und das sie das ganze Jahr lang thun, die verlieren leicht den Blick und das Mitgefühl für diejenigen Interessen, die ein Minister, der auch Besitz hat, also auch zu der misera contribuens plebs gehört, der auch regiert wird und fühlt, wie die Gesetze dem Regierten thun — wenn der offen auszusprechen sich nicht scheut, wenn er wahrnimmt, so sollte er doch vor dergleichen Andeutungen gesichert sein, daß er hier die Finanzpolitik des Besitzenden vielleicht im eigenen Interesse triebe.

Ich habe in der Beziehung in der Presse ziemlich grobe Andeutungen gelesen, auf die ich nicht zurückkommen will, auf die zurückkommen unter meiner Würde ist. Aber ich möchte doch die Herren bitten, sich das klar zu machen, daß die Nichtbesitzer, Nichtindustriellen, Nichtlandwirthe in den ministeriellen Stadien nothwendig die Mehrheit bilden, und daß die Gesetze von Hause aus die Farbe der Theorie und des Bureaus in ihren Vorlagen nur dann nicht haben, wenn einigermaßen Erfahrung im praktischen Leben bei Dem, der sie macht, damit verbunden ist. Sie werden mir auch zugeben, daß in den gesetzgebenden Versammlungen Deutschlands die Zahl Derjenigen, die keinen Besitz, kein Gewerbe, keine Industrie haben, welche sie beschäftigt, auf welche sie angewiesen werden, also die Zahl derselben, die von Gehalt, von Honorar, von der Presse, von der Advokatur leben, kurz und gut der Gelehrtenstand, ohne eine Stellung im Nährstande, irgend eine Art von Lehrstand, daß der die Majorität bildet. In dieser Stellung möchte ich dem Herrn Abgeordneten Lasker und Denjenigen, welche neben ihm durch ihre Kollegen diese Majoritäten zu leiten gewohnt sind und welche sich diesem Geschäft das ganze Jahr hindurch, theils in der Presse, theils in parlamentarischen Leistungen, zum Danke des Vaterlandes widmen,

denen möchte ich doch auch an's Herz legen, das noblesse oblige. Wer auf diese Weise jahrelang im Besitz der Macht in den Fraktionen gewesen ist, der muß auch an Den denken, der als Amboß dient, wenn der Hammer der Gesetzgebung fällt, und das vermisse ich bei dem Herrn Abgeordneten Lasker, wenn er sagt, ich hätte einen Krieg zwischen der „Landwirthschaft und Industrie" eröffnet. Daß der besteht, ist hoffentlich nicht mehr wahr, ich hoffe, beide sehen endlich ein, daß es ihr Interesse ist, zusammenzugehen. Aber zwischen Land und Stadt, das ist auch nicht in dem Maße richtig. Der Kampf, den ich nicht eröffnet habe, aber in dem ich seit Jahren mitkämpfe, so viel ich kann, so viel mir meine Geschäfte und — was ich doch auch bei den Betrachtungen, daß ich nicht früher mit dergleichen Vorlagen gekommen wäre, zu erwägen bitte — soviel mir Krankheit, Krankheit, die ich im Dienst erworben habe, dazu Zeit läßt, ist der Kampf für Reformen.

Zurückweisung des Vorwurfs der Uebertreibung. Dieser Vorwurf trifft den Abgeordneten Lasker.

Der Herr Abgeordnete Lasker hat dann nach meinen Notizen gesagt: größere Uebertreibungen, wie der Herr Reichskanzler in seiner Rede über die Steuerüberbürdungen[1]) gemacht hat, habe er nie aus dem Munde eines Abgeordneten gehört.

Der Herr Abgeordnete Lasker übertreibt gewiß nie, und was mir so vorschwebt als etwas rhetorisch stark aufgetragen, das sind gewiß keine Uebertreibungen gewesen, die meinen sollen aber noch größer sein, als alle, die wir gehört. Nun, wenn sie so groß sind, daß keine andere heranreicht, dann müßte doch irgend eine Zahl, irgend ein Satz mir nachgewiesen sein, indem ich übertrieben hätte. Ich habe mich auf dem Gebiete der Ziffern bewegt, und derjenigen Ziffern, die für Jeden zugänglich sind, die in dem Gesetz liegen; ich habe gesagt: die Grundsteuer beträgt nach der Absicht des Gesetzes 10 Prozent. Ist das eine Uebertreibung? Nein, es ist der klarste Inhalt des Gesetzes. Ich habe gesagt, ich will sie in Wirklichkeit da, wo das Gut schuldenfrei ist, auf 5 Prozent herabsetzen. Ist das eine Uebertreibung? Im Gegentheil, es ist eine sehr schüchterne, bescheidene Veranschlagung, und die schuldenfreien Güter sind bei uns leider selten. Ich habe bestimmte Sätze von der Gebäudesteuer genannt, auf die ich

[1]) Vgl. die spezielleren Angaben über die Ueberbürdung der Landwirthschaft unten S. 80 ff.

nachher komme, ich habe die Einkommensteuer genannt, ich bin durch ein schlichtes Additionsexempel nicht auf die Ziffer, die der Herr Abgeordnete ex propriis mir leiht, nämlich auf 40 Prozent Steuern gekommen, sondern ich habe gesagt, 20 bis 30 Prozent. Kann mir der Herr Abgeordnete auch nur einen Bruchtheil einer Zahl invalidiren, so wollte ich zugeben, ich hätte um diesen Bruchtheil übertrieben. Er kann das nicht, und ich kann ihm also sagen, ich habe nie ähnliche Uebertreibungen, wie die seinen, aus dem Munde eines Abgeordneten gehört.

Ich verlasse diesen Gegenstand lieber, um innerhalb der parlamentarischen Grenzen zu bleiben.

Er fragt: ist es möglich, daß ein Gewerbebetrieb bestehen kann bei einer Besteuerung von 40 Prozent? — Ich freue mich, daß er in seiner weiten juristischen und gesetzgeberischen Praxis nie einen Gewerbebetrieb kennen gelernt hat, der höher belastet ist, auch nicht über 40 Prozent seiner Revenüen an Zinsen zu zahlen gehabt hat, aber wenn er sich ein klein wenig innerhalb der Thore von Berlin und außerhalb im ganzen Lande umsehen wollte, so, glaube ich, würde er Diejenigen, die 60 Prozent ihrer Einnahme und noch mehr an Zinsen bezahlen, und dabei doch in ihrem Erwerb bestehen, in großer Menge finden. Wie kommt ein so feiner Kenner der Menschen und unseres Landes dazu, zu sagen: bei 40 Prozent ist es gar nicht möglich, zu bestehen. Ich erinnere daran, daß die mehr oder weniger amtlichen Erhebungen, die in Frankreich über die Belastung des Grundbesitzes stattgefunden haben, zu der Ziffer geführt haben, daß in Frankreich das ländliche Grundeigenthum 44 Prozent seines Einkommens zu den öffentlichen Lasten beizusteuern habe, daß das städtische Grundeigenthum mit 14 Prozent besteuert sei, und daß das bewegliche Eigenthum keine 4 Prozent zahle. So stellen sich die Verhältnisse in Frankreich; so schlimm stellen sie sich bei uns nicht überall. Aber wenn der Herr Abgeordnete Lasker sagt, bei 40 Prozent Belastung könne kein Gewerbe bestehen, so kennt er das Geschäft nicht, wenigstens dieses nicht, und wenn er mir unterschiebt, ich hätte von 40 Prozent gesprochen, so täuscht ihn sein Ohr oder Gedächtniß: er hätte aber die Rede schon lesen können. Ich habe von 20 bis 30 Prozent gesprochen und kann das um so eher behaupten, als ich das

Rechenexempel hier wiederholen könnte. Wenn man so etwas öffentlich hier vor dem Lande sagt, dann sollte man auch von Seiten eines Abgeordneten, der öffentlich zum Volk spricht und mit der weitschallenden Stimme, die dem Herrn Abgeordneten Lasker in seiner Stellung eigen ist, wohl davor gesichert sein, daß der erste Beamte des Reiches und des Staates in dieser Weise dem Volke dargestellt wird als Einer, der in leichtfertiger Weise Unwahrheiten sagt und sich vor keiner Uebertreibung fürchtet. Dabei ist dieser Vorwurf hingestellt ohne eine Spur, ohne einen Versuch von Beweis.

Abweisung des Vorwurfs der Unkenntniß der Gesetzgebung des Landes.

Der Herr Abgeordnete hat mir ferner vorgeworfen, ich kenne die Gesetzgebung des Landes nicht. Wenn man mir hier vorwirft, ich kenne die Gesetzgebung meines Landes nicht, so weiß ja jeder Mensch, daß ich nicht jedes Gesetz kennen kann; aber der Vorwurf hier von einem Abgeordneten in öffentlicher Rede und von dem Vertreter der öffentlichen Gerechtigkeit, als welchen sich der Abgeordnete Lasker so oft gezeigt hat, indem er sein Censoramt dem Ministerium gegenüber geübt hat, — dieser öffentliche Vorwurf hier: er kennt die Gesetze nicht, der heißt doch: er weiß nicht so viel von den Gesetzen, wie er seiner Stellung nach wissen müßte. Das ist doch eine Art, mich in der öffentlichen Meinung herunterzudrücken, in meinem Fleiß, in meiner Gewissenhaftigkeit, mit der ich mich auf amtliche Sachen vorbereite, die, glaube ich, der Herr Abgeordnete, wenn er für mich ebenso viel Gerechtigkeit noch übrig hätte, — nicht, wie für sich selbst, aber für seine Fraktionsgenossen, — dann nicht versuchen würde. Ich halte es nicht nützlich, die höchste Behörde auf diese Weise und in einem so schonungslosen Tone, selbst dann, wenn man Recht zu haben glaubt, vor dem Lande gewissermaßen öffentlich an den Pranger zu stellen und seinen ganzen Triumph darin zu suchen, Jemanden, der einmal, brauchbar oder unbrauchbar, wie er sein mag, die Geschäfte des Landes trägt, und Den der Herr Abgeordnete keine Hoffnung hat, jetzt zu beseitigen, den auf diese Weise — ich will keinen unhöflichen Ausdruck gebrauchen — (Heiterkeit) sonst würde ich ihn sagen. Ich halte es nicht für richtig, auf diese Weise in der öffentlichen Meinung ein schlechteres Urtheil über die leitenden Staatsmänner hervorzurufen, als an und für sich bei einer ruhigen

und rechtlichen Prüfung sich vertheidigen läßt, und namentlich bei der hohen Empfindlichkeit, die der Herr Abgeordnete Lasker gegen jede Meinungsverschiedenheit sogar jederzeit hat, — schaudernd habe ich es selbst erlebt. Ich möchte ihn bitten, etwas mehr auch die Empfindlichkeit Anderer zu schonen — ich sehe ja von meiner amtlichen Stellung vollkommen ab, und stelle diejenige des Herrn Abgeordneten Lasker vollkommen eben so hoch und mit Vergnügen höher als die meinige.

Aber beobachten wir doch die Form der Höflichkeit, die wir beobachten, sobald wir uns auf der Straße oder an einem dritten Ort begegnen; nehmen wir nicht an, daß, wo wir öffentlich und vor dem Lande reden, wir uns von dieser Sitte dispensiren dürfen, und daß das die Sache fördert oder die persönlichen Beziehungen unter uns oder selbst das Ansehen dessen, der es thut. (Bravo! Bravo!)

Der Herr Abgeordnete sagt also, „ich kennte die Gesetze des Landes nicht, landwirthschaftliche Gebäude sind frei."

Darauf sage ich, daß für ihn kein geringerer Vorwurf ist, als der Mangel an Gesetzeskenntniß, er kennt die Landwirthschaft nicht und weiß nicht, was ein landwirthschaftliches Gebäude ist. Ich habe eine Liste hier meiner Gebäudesteuer auf einem pommerschen Gut. Da sind 149 Positionen besteuerter landwirthschaftlicher Gebäude aufgeführt, deren Steuern zusammen um etwa 20 Prozent erhöht worden sind in diesem Jahre, und deshalb wird mir die Liste eingereicht.

Ich will, da wir doch weiter mit dem Herrn Abgeordneten zu diskutiren haben, in dieser Sache ihm mittheilen, was ungefähr ein landwirthschaftliches Gebäude ist. Beispielsweise das Wohnhaus eines Rieselmeisters. Er wird mir zugeben, das gehört zur Landwirthschaft, oder z. B. ein Zieglerwohnhaus. (Rufe: Wohnhaus! das gehört nicht dazu.)

Gut, dann will ich es streichen, bleiben immer noch 148. Dann z. B. ein Tagelöhnerhaus (Rufe: Wohnhaus!) Ich verstehe nicht — ich will einen Augenblick schweigen, wenn sie sich dann aussprechen wollen. —

Präsident: Ich bitte um Ruhe, ich bitte die Unterbrechungen zu unterlassen.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Es wäre mir sehr interessant, zu wissen, was Sie sagten, aber es war nicht

artikulirt genug, um es zu verstehen. Ich nehme selbst auf die unbilligsten Wünsche Rücksicht. Es kommen dann 10 bis 12 landwirthschaftliche Tagelöhnerhäuser und andere, das sind bei Weitem die meisten der 148, es kommen Gebäude mit Stall, die höher zahlen als die anderen, aber alle landwirthschaftliche Arbeiter und Pächter. Ich will Sie mit den Einzelheiten nicht ermüden, die Liste steht zu Jedermanns Ansicht. Ich frage: ist die Wohnung eines ländlichen Arbeiters, den man nothwendig zum Begriff der Landwirthschaft braucht, ein landwirthschaftliches Gebäude oder nicht? ist es eine Besteuerung der Landwirthschaft, wenn solche Gebäude, sobald ein Stall dabei ist, höher besteuert werden? ist es eine Besteuerung der Landwirthschaft, wenn eine Erhöhung der Besteuerung wegen der Größe des Hofraums eintritt, die doch nur für den technischen Betrieb der Landwirthschaft gewählt wird, und auf dem eine Menge Sachen vorgehen? Also, ich glaube, die Beschuldigung der Unwissenheit in Bezug auf die Gesetzgebung trifft mich hier nicht. Wenn der Herr Abgeordnete Lasker in Betreff der Unwissenheit auf dem Gebiete der Landwirthschaft und der Lage der Landwirthschaft, über die er mit Sicherheit spricht, sich ebenso ausweisen kann, so soll es mir lieb sein.

Er hat ferner gesagt, kein Bauer zahle eine Einkommensteuer. Das trifft meine Rede nicht. Ich habe die Einkommensteuer, weil sie von Reichen bezahlt wird, beibehalten wollen, ich will nur die Klassensteuer abschaffen, und in dem Maße, in welchem wir Ersatz durch die indirekten Steuern dafür bekommen werden. Ich hoffe, mich darüber auch später, wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, und ich noch Minister sein sollte, mit meinen preußischen Kollegen zu verständigen. Ich bin und bleibe der Ueberzeugung, daß die Klassensteuer gar nicht bestehen sollte, daß sie abgeschafft werden sollte im ganzen Umfange, und daß wir uns bemühen sollten, indirekte Steuern zu dem hohen Belauf zu finden, daß wir im Stande sind, die Klassensteuer zu erlassen. Der Herr Abgeordnete sagt nun, die Klassensteuern betragen nicht 3 Prozent, das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe von der Einkommensteuer gesprochen. Ob sie in ihren höchsten Positionen so sehr viel darunter ist, weiß ich doch nicht. Ich habe die Liste nicht im Kopfe, wie viel Jemand Klassensteuer bezahlt, der 1000 Thlr.

Einkommen hat, also die höchste Klassensteuer. (Ruf: 24 Thlr.) Wenn es 24 Thlr. sind, so sind 24 Thlr. von Tausend, nach meiner Rechnung fast 2½ Prozent: das ist also doch so sehr weit von 3 Prozent, die ich nannte, nicht entfernt, weiter aber von 1 bis 2 Prozent, die der Herr Abgeordnete Lasker anführte, um diese Steuerbelastung herunter zu drücken und nachzuweisen, daß sie eine Belastung nicht ist. Auch hier schützen mich die Ziffern gegen den Vorwurf der Uebertreibung.

„Die ganze Rechnung des Reichskanzlers ist irrig und unzuverlässig." Meine Herren, diese Behauptung ist einfach eine unrichtige, eine falsche, die der Herr Abgeordnete macht. Meine Darstellung ist nicht richtig. Ich bitte, mir den Irrthum nachzuweisen. Und „unzuverlässig", das bedaure ich, daß das hier so hingegangen ist. Wenn Jemand hier vom Regierungstische einen Abgeordneten unzuverlässig nennen wollte, ich glaube, es würde sofort die vielbestrittene Frage der präsidialen Disziplin entgegentreten. (Rufe: oh, oh!)

Ich muß dagegen protestiren, daß mir der Vorwurf der Unzuverlässigkeit gemacht wird. Es ist dieses geradezu ein beleidigender Vorwurf. Unzuverlässig, d. h., man kann auf seine Angabe kein Gewicht legen. Ich verwahre mich gegen diesen Vorwurf und werde meinerseits dieses Wort nicht als in den parlamentarischen Sprachgebrauch übergegangen ansehen und nicht gegen Andere damit operiren.

Der Reichstag dürfte also nach der Meinung des Herrn Abgeordneten Lasker auf keine Reform eingehen, welche auf so schwacher Basis steht, wie er es von meiner Zuverlässigkeit scheint anzunehmen. Ich hoffe aber, der Reichstag wird der Führerschaft des Herrn Lasker nicht folgen.

Vergleich des vorliegenden Tarifs mit den Zöllen im Jahre 1818.

Da ich einmal das Wort habe, so kann ich nicht umhin, es zu beuutzen, um einem Vorurtheil zu widersprechen, welches namentlich hier aus dem Munde eines sachlich sonst sehr wohlinformirten und gewiß zuverlässigen Abgeordneten, des Herrn Oechelhäuser, zu Tage trat. Die Herren werden sich erinnern — ich hatte damals leider auf dem hiesigen Standpunkt ihn nicht recht verstehen können, sonst würde ich ihm gleich die Bemerkung gemacht haben, daß er in Bezug auf den geschichtlichen Theil seines Rückblickes sich im Irrthum befinde. — Der Herr Abgeordnete schloß damit, daß er sagte, er wolle

der Fahne von 1818 folgen, und sah in dieser Fahne eine Vertretung des Freihandels, eine Vertretung der großen Finanzmänner, welche in der früheren Geschichte, sagen wir Preußens oder des Zollvereins, von hervorragendem Namen sind. Der Herr Abgeordnete befindet sich ohne Zweifel im Irrthum in Bezug auf die Jahreszahl. Ich kann aber eine Jahreszahl, die seiner Auffassung entspräche, überhaupt nicht finden. Die Herren Freihändler müssen von dem Gedanken, daß der Ruhm unserer Vorfahren es verlange, daß wir Freihändler werden, sich losreißen. Es ist das nicht der Fall. Im Jahre 1818 war der preußische Finanzminister ein Ehrenmann, glaube ich, aber kein berühmter Gesetzgeber auf dem Gebiete der Finanzen, es war Herr von Klewitz, und wie die Zölle im Jahre 1818 waren, dafür habe ich eine Liste mitgebracht. Wenn das das Ideal ist, was dem Herrn Abgeordneten Oechelhäuser vorschwebte, so kann ich ihm doch nicht folgen, es geht mir im Schutzzoll zu weit. (Heiterkeit.) Ich habe hier eine übersichtliche Liste, von der ich bedaure, daß sie nicht mehr gelesen wird, und ich will, um Sie nicht zu ermüden, und wenn dies der Fall sein sollte, bitte ich, überzeugt zu sein, daß die Ermüdung eine gegenseitige ist und daß ich auch meinen Antheil tragen muß; aber hier also von 1818 bis 1821 waren beispielsweise die vier letzten Baumwollenpositionen, die in dem von uns vorgeschlagenen Tarif 40, 60, 100 und 125 Mark betragen, 142, 183, 183, 183, (Hört) es war ferner das Blei mit 3½ Prozent besteuert und es ist jetzt frei, Bleiwaaren, die jetzt 12 Mark tragen sollen, waren damals mit 73 Mark bezahlt, feine Bürstenwaaren, welche jetzt und künftig mit 12 Mark besteuert sind, wurden mit 73 Mark besteuert. Ich übergehe das Meiste und ziehe nur die interessanteren Positionen heraus. Es waren die letzten und höchsten Positionen Eisenwaaren, jetzt und künftig 30, und 1818 waren es 73 Mark; feine Stahl- und Eisenwaaren jetzt 12 Mark, 1818 73 Mark, geschliffene und gefirnißte jetzt 3 Mark, damals 16 Mark, und grobe Eisen- und Stahlwaaren ebenso 19 Mark pro Zentner, Hohlglas jetzt 1,50, damals 3,25, wobei ich zu dem Beispiele meines geehrten persönlichen, und, wie ich überhaupt bin, auch in der Hauptsache politischen Freundes Delbrück noch bemerke, daß die Einfuhr leerer

Flaschen und gefüllter Flaschen doch nicht in einem großen Gegensatz steht; wenn man die leeren Flaschen, die man zollfrei einbringen will, füllen, korken, und nachher den Kork bezahlen wollte, — das ist eine ziemlich theuere Manipulation, — und die gefüllten Flaschen wieder entkorken und spülen wollen, es würde dann mehr herauskommen, als der Zoll beträgt. Auf weißes Glas, rohes und geschliffenes, betrug die Steuer 1818, 16,75 und jetzt 12 Mark, dann Brennholz, was jetzt steuerfrei ist, zahlte damals 25 Pfennig. Seide und Floretseide jetzt 450 und 220, damals 513,35, Leder aller Art jetzt 12, damals 24, Handschuhe jetzt 50, damals 238, Wein und Most jetzt 12, damals 47,70 Mark. — Meine Herren, ich will Sie nicht ermüden, ein Jeder kann ja den Tarif nachlesen, ich will bloß den historischen Irrthum bekämpfen, als wollten wir jetzt höhere Sätze erstreben, als früher stattgefunden haben. Das Jahr 1818 ist meiner Ueberzeugung nach auch in den Augen des Herrn Oechelhäuser entlarvt, daß man es in freihändlerischer Beziehung anziehen kann. Wenn ich nun aber weiter gehe, die eigentliche wirksame Zeit des Zollvereins, unter welchem wir uns 40 Jahre einer ziemlich ungetrübten Prosperität, trotz schwerer innerer Wirren im Jahre 1848, doch im Großen und Ganzen erfreut haben, so waren auch damals die Zölle bei Weitem höher, als die wir Ihnen jetzt vorschlagen. Für diese höheren Zölle stand eine Anzahl bedeutender Finanzmänner ein, und meines Wissens auch die einzigen, die wir seit langer Zeit gehabt haben. Es waren das — in erster Linie will ich den ältesten, ich glaube, er hielt auch am längsten aus, von ihnen nennen — es war Rother; dann Maßen und Motz, die beiden M.; 1817 war es von Klewitz, 1825, 1830, 1834 waren es Herr von Motz und Maßen und Graf Alvensleben. Zwischen und mit ihnen war Rother thätig, der großen Einfluß auf die Gestaltung gehabt hat und eben auch kein Fachmann war. Sie kennen sein Herkommen, er war Regimentsschreiber und wurde zur Stelle ausgehoben auf dem Wege der Kantonalpflicht, und es war kein Gelehrter, wie sie heute die Gesetzgebung beherrschen. Motz war Landrath und auch kein Fachmann. Dann aber von 1842 an ist eine Zahl von Namen, bei der, glaube ich, ein finanzieller Reformer sein Herz bei Keinem wird

erwärmen können. Es ist zuerst Bodelschwingh; dann ein Finanzmann, der ein sehr ausgezeichneter Oberpräsident und Minister war, der in Finanzgesetzen keine feste Spur hinterlassen hat, wenn auch sonst in vielen Dingen: Herr von Flottwell; dann Düsberg, Hansemann, Bonin, dann ein Mann von Geiste: Kühn, der aber schon anfing, die Finanzwirthschaft politisch zu betreiben. Meiner Ueberzeugung nach trieb er sie nicht mehr sachlich, sondern es war schon eine Politik nach einer bestimmten Richtung darin, der ordnete er die Finanzen bis zu einem gewissen Grade unter. Dann kommen die Herren Rabe, von Bodelschwingh, von der Heydt, Camphausen, Hobrecht. Nun, meine Herren, wo da in der Vergangenheit dieser feierliche Appell an die Fahne des freien Verkehrs sich anknüpfen soll, weiß ich nicht, wenn Sie nicht gerade die eigentlichen Zollvereinsstifter von 1824 meinen, und die Schutzzölle dieser Zollvereinsstifter reichen ja bis zum Jahre 1864, sie haben sich von 1822 bis 1864 immer auf schützender Höhe erhalten, in Baumwollenwaaren auf 136 und auf 150 in der höchsten Position, und jetzt waren wir in der bei 78 angekommen, und streben auf 125, also lange nicht so hoch, wie in der Hauptzeit des Prosperismus des Zollvereins. Die Erinnerung an den Zollverein spricht also *für* unsere Reform. Wir wollen die *alte* Zollvereinspolitik, die ruhmreiche und wirksame Zollvereinspolitik wieder in ihre alten Rechte einsetzen, und ich hoffe von ihr denselben Segen, den das Land lange Jahre hindurch von ihr gehabt hat.

Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gebietes vermißt, ohne welches der Zollverein doch keine Selbstständigkeit, keine Sicherheit und keine Wirkung hat, das ist die Frage der Eisenbahntarife. Sie liegt ja nicht hier in diesem Gesetze, sie schwebt auf einem anderen Gebiete, aber sie sollte, wo möglich, auch gleichzeitig gelöst werden, denn es ist ganz unmöglich, eine Zollpolitik unabhängig von der Eisenbahnfrachtpolitik zu treiben. (Sehr wahr!) So lange die Tendenz unserer Eisenbahnen gewesen ist, uns alles, was Einfuhr ist, wohlfeiler hereinfahren, als sie das, was Ausfuhr ist, herausgefahren, so lange ist sie ein Gegenzoll gegen unseren Zolltarif, steht uns als Einfuhrprämie gegenüber, die beispielsweise im Getreide, wie ich mich — der Herr Abgeordnete Differential-Tarife.

Lasker wird sich daran erinnern — in dem Briefe an Herrn von Thüngen geäußert haben, sehr häufig das Doppelte, manchmal das Drei- und Vierfache des Zolles betragen kann. So lange wir diesen Krebsschaden unserer Produktion haben, daß jede Ausfuhr von uns nach höheren Tarifen gefahren wird als die Einfuhr, daß jedes deutsche, einheimische, nationale Gut theurer gefahren wird, als das ausländische, so lange wir davon nicht erlöst werden, kann in Massengütern kein Grenztarif helfen, werden wir ohnmächtig bleiben gegen eine Macht, welche in die Hand einzelner Gesellschaften oder in die Hand einzelner Zweige der Staatsverwaltung gelegt ist und gelegt war. Zu meiner großen Freude hat in Preußen in der Eisenbahnpolitik eine Umkehr seit Jahr und Tag schon stattgefunden, in den übrigen Staatsbahnen der verbündeten Staaten hoffe ich, daß diese bald geschehen wird, wenn auch bisher der Thaler, der aus Eisenbahnrevenüen kommt, noch einen höheren Werth zu haben scheint, wie derjenige, der aus anderen Finanzquellen herrührt. Vielleicht sind die Eisenbahnminister in den Einzelstaaten mächtiger, als die Finanzminister, ich weiß nicht, woran das liegt, manche dieser Länder fahren zum Schaden, namentlich in ihren Forsten fahren sie ertragslos und sind genöthigt, darnach den in den Staatsforsten ausfallenden Betrag durch, wie es jetzt liegt, direkte Steuern von den Unterthanen wieder einzuziehen.

Mir ist neuerlich schon die Klage vorgekommen, daß eine sächsische Papierfabrik eine Lieferung für ein englisches Journal an Papier hat. Das Journal ist, wenn ich nicht irre, der Globe, eines der großen Massenjournale, und das Quantum ist täglich so groß, daß diese Fabrik eines eisenbahnbesitzenden Landes nun in der Lage ist, sich darüber zu beschweren, daß sie jedes ausländische Produkt wohlfeiler ins Land hineingefahren bekommen könnte, als ihr auszuführendes Papier nach der Seegrenze und ich glaube, wenn diese Beschwerden, daß die Ausfuhr bei uns zu theuer gefahren wird, allgemeiner verlauten, werden wir Abhilfe finden; ich habe mich deshalb absichtlich bemüht, den Beschwerden so viel Oeffentlichkeit, wie möglich, zu geben.

Die Vorlagen sind das Ergebniß eines Compromisses.

Ich kann meine Auseinandersetzung damit schließen, daß ich an dem ganzen Programm festhalte, wenn ich auch einzelne Positionen anders gewünscht hätte, und davon ist ja

auch in meiner Korrespondenz mit Herrn von Thüngen die Rede. Aber wir haben zu einer Vorlage nur dadurch kommen können, daß wir kompromittirten, daß der Eine in diesem, der Andere in jenem nachgab. Ich bereue das auch nicht. Mir liegt nicht an Einzelheiten, mir liegt es an der Gesammtheit, und dieselbe Erwägung, denselben Gesichtspunkt möchte ich auch den Herrn Abgeordneten empfehlen, die vielleicht mit drei Viertel der Vorlage einverstanden sind, dann aber etwas haben, wo sie persönlich anderer Meinung sind, mitunter vielleicht ganz isolirt in ihrer Fraktion stehen. Die Möglichkeit, daß jeder Einzelne sich eine Vorlage genau nach seiner persönlichen Einsicht über das, was nach seiner Ueberzeugung das Beste wäre, bildet, liegt nicht vor, nicht einmal in der einflußreichen amtlichen Stellung, deren ich mich erfreue, noch viel weniger in der Stellung eines einzelnen Abgeordneten, und die Stimme desjenigen, der nicht für die Vorlage stimmt, weil sie ihm zu einem Achtel nicht gefällt, geht gerade so gut verloren und fällt in das Lager der Gegner, wie Die, welche dagegen stimmen, weil ihnen das ganze System und die ganzen Zielpunkte nicht gefallen. — Ich möchte deshalb auch in dieser Richtung zur Einigkeit ermahnen; und möge der Einzelne, der mit dem größeren Theile der Vorlagen einverstanden ist, es doch machen, wie ich, und dem Uebrigen nicht so genau in's Gesicht sehen und sich sagen: „Das Beste ist des Guten Feind.“

Ich kann auch nicht Alles haben, was ich erstrebe, ich frage nur, ist das, was gebracht wird, in seiner Gesammtheit, in seiner Gesammtwirkung besser, als das Bestehende? — Wenn ich es allein machen könnte, wenn ich allein die Majorität des Bundesraths in mir trüge, würde ich vielleicht Manches anders gemacht haben, aber ich muß es eben so nehmen, wie es vorliegt. — Ich kann also damit schließen, daß ich meine Stellung zu der Sache in keiner Weise, namentlich nicht durch mich persönlich treffende Argumente, aber auch nicht durch die vorgebrachten sachlichen erschüttert finde, und daß ich nach wie vor an den Zwecken festhalte, die ich aufstellte: das Reich selbstständiger zu stellen, die Gemeinden zu erleichtern, den zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirekte Steuern zu erleichtern, zu diesem Behufe die Abschaffung der Klassensteuer, ich

Ziel der Vorlagen.

wiederhole es, in ihrem vollen Umfange zu erstreben, und demnächst als den letzten und nicht geringsten Zweck: der einheimischen nationalen Arbeit uud Produktion im Felde sowohl wie in der Stadt, und in der Industrie sowohl wie in der Landwirthschaft, den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne unsere Gesammtheit in wichtigen Interessen zu schädigen." (Bravo! rechts, Zischen links.)

Die erste Berathung wurde, nachdem am 8. Mai noch die Abgeordneten Dr. Windthorst (Meppen)[1]) und Mosle[2]) für die Vorlagen gesprochen, am 9. Mai 1879 geschlossen. An diesem Tage sprach noch der sächsische Minister von Nostiz-Walwitz,[3]) der Abg. Graf zu Stolberg (Rastenburg), [4]) Rickert (Danzig)[5]) und endlich die Commissarien des Bundesraths, Geh. Regierungsrath Burchard[6]), bayerischer Ministerialrath Mayr[7]) und zum Schlusse der sächsische Minister von Nostiz-Wallwitz.[8])

Getreidezölle.

In der 49. Sitzung vom 20. Mai stand die Berathung der Pos. 9 a. und b. des Zolltarifs zur Verhandlung auf der Tagesordnung. Der Entwurf schlägt vor a) für 100 Kilogr. Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte, sowie nicht besonders genannte Getreidearten einen Zollsatz von einer Mark, und b) für dasselbe Quantum Roggen, Gerste, Mais und Buchweizen einen Zollsatz von 0,50 Mark. Dazu hatte Frhr. von Mirbach und Genossen den Antrag gestellt,[9]) den Zollsatz für Roggen auf 1 Mark zu erhöhen. Die Debatte beschäftigte die 49., 50. und 51. Sitzung. In der 50. Sitzung am 21. Mai ergriff nach dem Abgeordneten Delbrück der Herr Reichskanzler das Wort zu folgender, mit reichem Material motivirten Ankündigung eines durchgreifenden Umschwungs der fiskalischen und wirthschaftlichen Gesetzgebung zu Gunsten der vom Ackerbau lebenden Mehrheit des Volkes:[10])

---

[1]) a. a. O. S. 1064.
[2]) " " S. 1071.
[3]) " " S. 1093.
[4]) " " S. 1094.
[5]) " " S. 1097.
[6]) " " S. 1098.
[7]) " " S. 1110.
[8]) " " S. 1111.
[9]) S. 175 der Drucksachen.
[10]) Stenogr. Bericht 1869, 2. Band, Seite 1370.

„Ich will im Laufe meiner Ausführung auf diese Details nicht zurückkommen und deshalb in Betreff der letzten Worte[1]) des Herrn Vorredners gleich darauf aufmerksam machen, daß in dem ungewöhnlichen Steigen der Domänenpachten in ihrem Durchschnitt hauptsächlich diejenigen Domänen in's Gewicht fallen, welche Zuckerrübenbau und Zuckerfabrikation haben, und daß nur dadurch, durch die ungewöhnlich günstige Konjunktur, durch die hohe Stufe, welche dieses Gewerbe durch den Schutz, welcher ihm zu Theil geworden ist, erschwungen hat, diese hohe Steigerung erklärlich wird. Im Uebrigen liegt die vorletzte Periode, die der Herr Vorredner anführt, ja in der Zeit, wo die Getreidepreise höher waren wie heute, wo die Eisenbahnentwickelung der größten östlichen Getreideländer noch nicht die Wirkung auf unserem Markt erreicht hatte, wie jetzt. Im Allgemeinen aber hat der Herr Vorredner in seinem ganzen Plädoyer gegen unsere Vorlage hauptsächlich das Argument geltend gemacht, daß das Getreide theurer wird, daß die Kornpreise steigen werden. Er hat dies als eine Kalamität angesehen, die vor allen Dingen vermieden werden müsse. Nun, dabei drängt sich die Frage auf: sind niedrige Getreidepreise in wirthschaftlicher Beziehung an sich als Glück anzusehen? Wir alle erinnern uns und auch der Herr Vorredner

Sind niedrige Getreidepreise wirthschaftlich als Glück anzusehen?

[1]) Der Abg. Delbrück hatte seine Rede mit folgenden Worten geschlossen: „In der letzten Session des preußischen Abgeordnetenhauses — es war im Dezbr. v. Js. — sind sehr interessante Mittheilungen von Seiten der Regierung über die Erträge der Domänenpachten gemacht worden. Der Vertreter der Regierung hat damals mitgetheilt: Die Pacht brachte ein pro Hektar des Domänenbesitzes 1849 13,96, 1859 17,60, 1869 28,18, 1878/79 37,49 Mark. Meine Herren, ich bin sehr weit entfernt, diese Zahlen als normales Bild der allgemeinen Lage der Landwirthschaft anzusehen, ich führe sie nur an, um zu zeigen, daß die Behauptung vom Niedergang der Landwirthschaft nicht in dem allgemeinen Maße gilt, wie sie hingestellt wird." Bei der Budget-Debatte im preußischen Abgeordnetenhause am 24. November 1880 knüpften die fortschrittlichen und verwandten Geister gleichfalls an die Steigerung der Domänenpachten an, um das Lied von dem Aufschwunge der Landwirthschaft zu singen. Dort ist von dem Abgeordneten von Minnigerode nachgewiesen, daß bei dem rein landwirthschaftlichen Betriebe ein Rückgang eingetreten ist. Den Nothstand der Landwirthschaft leugnen, bekundet vollständigste Unkenntniß mit der Lage und den Bedürfnissen der Landwirthschaft.

daß vor 12 und 20 Jahren die Kornpreise sehr viel höher bei uns waren, als heute, weil die große Konkurrenz des Auslandes, von der ich eben sprach, uns noch nicht überkommen war, und daß dennoch damals in allen Zweigen der gewerblichen Thätigkeit, vielleicht gerade in Folge der höheren Kornpreise, ein stärkeres Leben pulsirte als am heutigen Tage, wo bei niedrigen Kornpreisen alles darnieder liegt. Wenn wir als richtig annehmen, daß niedere Kornpreise ein Glück sind, worauf der Herr Vorredner sein Argument hauptsächlich basirt, so müßten die Länder im Osten, welche die wohlfeilsten Getreidepreise haben, die Länder der unteren Donau, an der Theiß, Galizien und der südliche Theil des europäischen Rußlands in wirthschaftlicher Beziehung die glücklichsten, wohlhabendsten, kräftig entwickeltsten Länder in Europa sein. (Sehr richtig!)

Wir müßten auch innerhalb des deutschen Reichs einen erheblichen Unterschied empfinden im wirthschaftlichen Wohlbehagen in unserer Vermögensentwickelung. Denn, was auch der Herr Vorredner über den verschiedenen „Standard" der einen und der anderen Orte gesagt hat, so ist die Wahrnehmung nicht bloß heute, sondern in allen statistischen Darlegungen seit 30 Jahren kann man sie sehen; das ist ganz unzweifelhaft, daß wir den höchsten Getreidepreis im Westen des deutschen Reichs haben und daß sie nach Osten gradatim abnehmen. Es müßten deshalb, wenn der Satz richtig wäre, daß wohlfeile Preise an und für sich glücklich für eine Nation sind, auch die Wohlhabenheit und das wirthschaftliche Behagen nach Osten hin allmählig steigen und Ostpreußen würde, nach meiner Rechnung, 25 bis 30 Prozent glücklicher sein müssen als das Elsaß und der Breisgau. (Sehr wahr!)

Es ist außerdem eine Erscheinung, die gegen diese Ansicht des Herrn Vorredners spricht, daß die höchsten Kornpreise in Europa gerade in den Ländern dauernd und erfahrungsmäßig existiren, in welchen alle Zweige der gewerblichen Thätigkeit am kräftigsten entwickelt sind, im Westen Deutschlands, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, namentlich im Norden Frankreichs und in England. Es wird also auch dort der Nachweis geliefert, daß im Gegentheil die besseren Einnahmen des Landwirthes wahrscheinlich die Grundlagen sind einer Belebung der Thätigkeit des ganzen gewerblichen Lebens, und ich

bin überzeugt, wenn unsere Landwirthe ihr Korn, ich will nicht sagen theurer, aber sicherer verkaufen, — ich komme auf diesen Punkt nachher noch zurück — daß der Absatz gesicherter ist, daß wir dann auch sofort in Folge dieses Tarifs überhaupt, dessen Wirkung sich ja in einiger Hebung der geschäftlichen Thätigkeit schon antizipirt, schon jetzt fühlbar macht, daß wir dann auch bei uns zu einer kräftigen Erneuerung unserer wirthschaftlichen Thätigkeit gelangen werden. Wenn diese Ueberzeugung, daß wohlfeile Getreidepreise an und für sich ein wirthschaftliches Glück sind, den Herren, die auf dieser Basis plaidiren, vielleicht aus wirthschaftlicher Ueberzeugung, vielleicht aus politischen oder aus anderen Gründen, kurz und gut, die dieses Argument geltend machen — wenn es damit so vollständig Ernst wäre, dann hätte man meines Erachtens doch damit anfangen müssen, daß man die Belastung, unter welcher wir im Inlande zu unserem Bedarf an Getreide gelangen, im Allgemeinen und in Betreff des viel größeren Quantums Getreide vermindern, welches im Innern unseres Landes entsteht. Kurz, wenn wohlfeiles Getreide vor Allem das Ziel ist, nach welchem wir zu streben haben, dann hätten wir längst die Grundsteuer abschaffen müssen, denn sie lastet auf dem Gewerbe, welches das Getreide im Inlande erzeugt und welches 400 Millionen Zentner erzeugt, im Vergleich zu den 27 bis 30 Millionen, die wir einführen. Daran hat aber Niemand gedacht, im Gegentheil, man hat in Zeiten, wo die Theorie schon dieselbe war, wie jetzt, die Grundsteuer in ganz Deutschland, soviel ich weiß, allmählig gesteigert, in Preußen im Jahre 1861 um 30 Prozent gesteigert, indem sie von 30 Millionen auf 40 Millionen erhöht wurden, also ein sehr viel erheblicher Zuschlag als hier auf Zoll auf die fremde Getreideeinfuhr gelegt werden soll, und es sind seitdem eine Anzahl andere direktere Steuern, welche unsere landwirthschaftliche Produktion nothwendig vertheuern müssen, dazu gekommen, namentlich ist klar, daß die in neuester Zeit erst lebhaft entwickelte Gemeindefinanz in ihren wesentlichsten Theilen auf den Grundbesitz, auf die Kornproduktion gelegt worden ist. Ich habe mir über diese Frage aus einer Provinz, von der ich entfernt wohne, und wo ich weniger bekannt bin, aus der Rheinprovinz, eine Zusammenstellung kommen lassen, wie hoch

sich ungefähr die Lasten belaufen, unter deren Druck unser Getreide dort produzirt wird und deren Baarzahlung doch von dem Preise, zu dem der deutsche Landmann sein Getreide verkauft, in Abzug gebracht werden muß, wenn er nicht andere Hilfsquellen hat, die er aus der Tasche hinzuschießen kann, um diese Baarzahlung zu leisten. Ich habe da z. B. hier sechs Güter aus dem Kreise Solingen, deren direkte Abgaben, sie bestehen in wirklich erhobenen Staats-, Grund- und Gebäudesteuern, welche in Staatseinkommensteuer und in Kommunal-, Grund- und Gebäudesteuer, in Kommunaleinkommenstener, in Einkommensteuer hier zusammengestellt sind: sie belaufen sich in Prozentsätzen von jedem Einkommen, welches der Berechnung der Einkommensteuer zu 3 Prozent zu Grunde gelegt ist, also nicht etwa von fingirtem Einkommen, sondern von wirklichem Einkommen, wie die Gemeinde die Einkommensteuer kraft ihrer Mitglieder sehr wohl zu erkennen weiß, berechnet, indem die Einkommensteuer mit rund 3 Prozent figurirt. Es beläuft sich beim ersten Gute die wirklich erhobene Staatsgrundsteuer auf 7,33 Prozent des Einkommens, des wirklich zur Erhebung der Einkommensteuer von 3 Prozent berechneten Einkommens, dann 3 Prozent Einkommensteuer, wie sich von selbst ergiebt. Beide staatliche Steuern, bei der Grund- und Gebäudesteuer eingerechnet, von den ländlichen Gebäuden betragen 10,33 Prozent. Dazu kommt Kommunal-, Grund- und Gebäudesteuer mit 9,22 Prozent, dann Kommunaleinkommensteuer mit 6 Prozent, die Kircheneinkommensteuer mit 1 Prozent, zusammen 27,50 Prozent von dem wirklichen Einkommen, wie es der Einkommensteuerberechnung zu Grunde liegt.

Das zweite Gut in Solingen hat 21,51 Prozent, das dritte 22,15 Prozent, das vierte 22,16 Prozent, das fünfte 19,82 Prozent, das sechste 20,61 Prozent. Wenn ich nun diese Liste weiter durchgehe, im Kreise Mühlheim, im Kreise Cöln, Jülich, Cleve, so stoße ich auf Prozentsätze von dem wirklichen, der Einkommensteuer zu Grunde liegenden Einkommen von 16 Prozent, 21,64, 24,13, 18,53, 18,94, 25,42 — das ist der Kreis Neuß — von 21,60 im Kreis Düsseldorf, von 23,15 im Kreis Düsseldorf, von 18,44 im Kreis Mettmann, von 24,13 im Kreis Mettmann nochmals, von 24,66 u. s. w., im Kreise Bonn 25,12. Ich kann also mit einiger

Sicherheit wohl annehmen, daß man die durchschnittliche Belastung, unter welcher bei uns das landwirthschaftliche Gewerbe betrieben wird, an Staats- und Kommunalsteuern auf 20 Prozent desjenigen Einkommensatzes, welcher bei uns bei Veranlagung der Einkommensteuer zu Grunde gelegt wird, abschätzen kann, eine, wie Sie mit Recht finden werden, ganz exorbitante Besteuerung. Bedenken Sie, um einmal einen Maßstab zu gewinnen, diejenige Belastung unseres Getreidekonsums, welche jetzt an der Grenze auf das ausländische Getreide gelegt werden soll, verallgemeinert auch auf das inländische Getreide, was im Inlande zu Markte gebracht wird, denken Sie sich, daß der Landwirth von jeder anderen, auf der Getreideproduktion lastenden Steuer befreit würde, und daß dafür ihm als Aequivalent der Vorzug würde, mit dem Auslande gleichgestellt zu werden und auch nur für jeden Scheffel Getreide, den er zu Markte bringt und verkauft, 25 Pfennige für Roggen oder 50 Pfennige für den Weizen zu zahlen. — Denken Sie sich das in der Anwendung auf ein Gut von, ich will sagen, 300 Morgen guten Bodens, bei dem also ein wirklicher Pachtwerth von 1500 Thalern, 5 Thaler pro Morgen in der Rheinprovinz, kein ungewöhnlicher, bei dem eine Grundsteuerbelastung von 1 Mark auf den Morgen wahrscheinlich sein wird, wir haben ja in der Provinz Sachsen, wo ich angesessen bin, bis zu 25 Silbergroschen und höher, in einigen Fällen auch 1 Thaler pro Morgen, das ist also keine hohe Rechnung. Dieses Gut von 300 Morgen mit 1500 Thaler Pachtwerth wird also nach diesem Durchschnitt voraussichtlich 300 Thaler direkte Abgaben zu bezahlen haben an den Staat, an die Gemeinde, an den Kreis, die auf der landwirthschaftlichen Produktion lasten. Für diese 300 Thaler würde er schon 2600 Zentner Roggen oder 1800 Zentner Weizen zu Markte bringen können, und erst dann würde er auf dasselbe Steuerquantum für seinen Verkauf kommen. 3600 Zentner Roggen sind 4500 Scheffel, 1800 Zentner Weizen, 2000, und Jedermann, der von der Landwirthschaft auch nur annähernd eine entfernte Vorstellung hat, wird wissen, daß auf einem Gut von 300 Morgen nicht 4500 Scheffel Roggen gebaut, geschweige denn verkauft werden können. Wenn der Mann sehr geschickt und sehr sparsam wirthschaftet, so wird er gegen 600 und 900 Scheffel in der

einen oder andern Getreidegattung zu Markte bringen können, — 1000 ist schon recht gut; er hat also das Vier- bis Fünffache nach den jetzigen Steuer-Lasten auf der inländischen Produktion und dabei bringt die inländische, wie die Statistik angibt, 400,000,000 Zentner, also 13 Mal mehr wie die ausländische.

Der Getreidezoll ist lediglich ein Gebot der Gerechtigkeit.

Wenn nun das Verhältniß in dieser Ungerechtigkeit zum Nachtheil der inländischen Kornprodution sich darstellt, so möchte ich weniger an ihr finanzielles Reformbedürfniß, als an ihr Gerechtigkeitsgefühl appelliren. Soll die Gesammtlast, die für unsere Finanzen auf unsern Kornbedarf gelegt werden kann und gelegt wird, in diesem Uebermaß allein auf der inländischen Produktion liegen und soll die ausländische zu dieser Last gar nicht herangezogen werden? Wenn man auf irgend ein anderes Gewerbe, dem nicht 20 Millionen Menschen ihre Existenz verdanken, sondern sehr wenige verhältnißmäßig, ich will einmal sagen, auf Leder, dieselbe Theorie anwendete, daß die inländische Lederfabrikation mit einer Höhe von 20 Prozent des Reinertrages des Gewerbes besteuert würde, das ausländische aber nicht nur frei eingeht, sondern nach Möglichkeit prämiirt, gefördert, rasch und wohlfeil gefahren würde, ja, würde man da nicht eine gewaltige Ungerechtigkeit gegen die inländische Lederfabrikation finden, und hat der inländische Landwirth, weil er sehr zahlreich ist, weil er vielleicht sehr viel geduldiger ist, nicht eben so viel Anspruch auf eine gerechte und gleichmäßige Behandlung?

Sie müssen bei diesem Tarif doch nicht allein die Einzelheiten dieser Tarifvorlage im Auge behalten, sondern die gesammte Zoll-Steuerreform, die wir damit erstreben, (sehr richtig! rechts) und wovon dieser Tarif einen Theil bildet. Ich erinnere namentlich die Gegner der Vorlage daran, wie oft uns einzelne Steuervorlagen darum abgelehnt worden sind, weil von uns mit Recht verlangt wurde: legt den Plan einer gesammten und prinzipiellen Reform vor, aber kommt uns nicht mit einzelnen Steuervorlagen! Nun, wir suchen dieser Aufgabe gerecht zu werden. Sie wird uns dadurch erschwert, daß die einzelnen Finanzvorschläge, die wir machen, und die Steuervorschläge auch heute nicht mit viel mehr Wohlwollen und Entgegenkommen aufgenommen werden, wie damals, und

daß meine Hoffnungen, die ich auf das Gelingen des ganzen Reformplans setze, sich erheblich haben herabmindern müssen; aber ich bitte Sie doch, diesem Tarif die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß Sie ihm unter dem Gesichtspunkt der gesammten Zoll- und Steuerreform und nicht bloß an sich betrachten.

Es ist ja in der gesammten Finanzreform bisher nicht unsere Absicht, dem Getreidebedarf in seiner Gesammtheit eine höhere finanzielle Leistung abzufordern, als bisher. Wir beabsichtigen nur einen Theil der direkten Steuern, die jetzt, wie ich vorhin nachwies, auf dem Landwirth lasten, in der Form, wenn Sie wollen, eines Konsumtionszolls, an die Grenze zu verlegen, der dort das auswärtige Getreide trifft, so daß in der Gesammtheit der Belastung des Kornbedarfs eine Erhöhung nicht nothwendig eintritt, sondern nur ein sehr schwacher Versuch einer ausgleichenden Gerechtigkeit angesichts der Nachtheile, unter denen die Produktion von Getreide im Inlande bisher leidet gegenüber den Privilegien der Steuerfreiheit und anderen, deren sich die ausländische Getreideproduktion bei uns erfreut. Ich bin der Meinung, daß dieser Zoll an und für sich auf den Preis noch keinen Einfluß haben wird, und während der Herr Vorredner das als ein Glück betrachten würde, an das er nicht glauben mag, sehe ich mit einem gewissen Bedauern darauf, denn ich muß mich fragen: rückt der Augenblick nicht näher, wo unsere Landwirthschaft überhaupt nicht mehr bestandsfähig ist, weil das Getreide auf einen Preis gedrückt wird, zu welchem es in Deutschland nach den Verhältnissen der Abgaben, der Kosten des Lebens, der Verschuldung nicht mehr produzirt werden kann. Ja, meine Herren, wenn das eintritt, so geht dabei nicht bloß die Landwirthschaft zu Grunde, dabei geht der preußische Staat, das deutsche Reich zu Grunde, ganz einfach. (Sehr wahr!)

Folgen des Rückganges der Landwirthschaft.

Sobald die Landwirthschaft nicht mehr bestehen kann, fängt zuerst an der Kredit — und alle die Herren, die ihre Forderungen in Hypotheken und Pfandbriefen haben, werden zuerst von dem Ruin der Landwirthschaft leiden; es wird die landwirthschaftliche Thätigkeit in Verfall gerathen, ich will kein schwarzes Bild von Wüsten und dergleichen machen, aber allmählig schränkt sich die Thätigkeit ein. Ich kann Ihnen ein Beispiel aus meinen eigenen Erfahrungen angeben.

Wie in Preußen die gutsherrlichen, bäuerlichen Ablösungen stattfanden, so war namentlich in Hinterpommern, aber auch in anderen östlichen Provinzen ein Nothstand an Arbeitshand und Kapital, um sich Arbeit zu beschaffen. In Folge dessen trat die Thatsache ein, daß große Flächen von früherem Acker, die in allen alten Karten noch vor 60 Jahren und noch nach der Ablösung in den ersten Zeiten als Acker stehen, heutzutage Wald sind, es ist angeflogener Wald, man sieht noch heute, wie der Anflug zunächst die Ackerfurchen, dann allmählig die höheren Böden erfaßt hat, denn es steht jetzt 60- bis 80jähriger Wald darauf, der bisher einen Ertrag nicht gehabt hat, auch keinen gibt, der frühere Acker war aber doch immer Acker. Nun, ich brauche die Formen ja nicht zu schildern, in denen die Landwirthschaft und mit ihr unsere ganze staatliche und nationale Existenz zu Grunde gehen können, denn es wird nicht geschehen, 20 Millionen deutsche Landwirthe lassen sich eben nicht zu Grunde richten, es kommt bloß darauf an, daß sie zu dem Bewußtsein kommen, was ihnen bevorsteht, und sie werden sich mit den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Mitteln dagegen zu wahren suchen. (Sehr richtig! Bravo rechts.)

Wenn ich also behaupte, daß diese Zölle, in deren niedrigen Ansätzen, wie sie jetzt sind, die Preise nicht steigen werden, so fühle ich mich vielmehr in der Lage, mich darüber bei den Landwirthen zu entschuldigen, als es den übrigen Nichtlandwirthen zu beweisen gilt, warum sie nicht steigen werden.

Der Preis des Getreides ist allein von dem Ausfall der Ernte abhängig.

Ich kann der Ansicht des Herrn Vorredners nicht folgen, ich vermuthe, daß die Preise nicht steigen werden, wenigstens nicht wesentlich, weil der Preis des Getreides bei uns gar nicht abhängt von dem Zoll, den man auflegt, sondern von der Ernte, vor allen Dingen in den großen Kornländern des östlichen Europas und Amerikas, einigermaßen auch an der Ernte in Deutschland, aber doch lange nicht in dem Maße, wie von diesen großen Ernten in Rußland, Ungarn, Amerika. Auf diese Ernten bleibt aber unser Zoll ohne jeden Einfluß, denn das Getreide wächst dort, wir mögen einen Zoll noch ebnen an der Grenze oder nicht, es läßt sich dadurch vom Wachsen weder abhalten noch befördern. Ist in diesen großen Getreideländern eine Mißernte, so wird es eben nicht kommen, ist eine

gute Regelernte, so wird es uns trotz Zoll kommen müssen, und darin divergire ich von dem Herrn Vorredner. Er sagt, die Getreideproduzenten könnten mit großer Leichtigkeit andere Käufer finden, wenn wir ihnen den Preis nicht zu Dank machen. Das ist vollkommen irrthümlich und mir nur erklärlich, weil der Herr Vorredner mit den Erscheinungen auf dem Kornmarkt nicht durch eigene Leiden und Freuden vertraut ist. (Sehr richtig! rechts.)

Wer den Zoll zu tragen hat.

Wir sind heute im Ganzen in der Lage in der Welt, daß viel mehr Getreide gebaut werden kann, als verbraucht wird, daß schon jetzt das Angebot im Ganzen größer ist, als der Verzehr. Der Verzehr ist beschränkt, der Mensch kann im Brod nicht mehr thun, als sich satt essen, er kann das nicht zweimal im Tage leisten. Die Produktion in den fruchtbaren Ländern des europäischen Ostens und des amerikanischen Westens ist noch eine ganz unbeschränkte und kann sich beliebig steigern, und wir können den Zoll, wie mir Kornhändler gesagt haben, bis zu 1 Mark steigern, sie würden gerade so viel Getreide liefern, als bisher, denn bis über 1 Mark hätten sie vollständig Spielraum, dem Urproduzenten einen Abzug zu machen. Auf letzterem bleibt es schließlich sitzen, er bekommt so viel weniger, für ihn aber haben wir in Deutschland nicht zu sorgen. Das ist die Ansicht der Kornhändler, mit denen ich seit Monaten, seit Jahr und Tag darüber gesprochen habe, von denen ich Manche persönlich kenne, sowohl Russische wie Deutsche. Die Deutschen sagen mir, wir geben dem Petersburger Zwischenhändler so viel weniger und auch der verliert es nicht einmal, der giebt dem russischen Bauer und dem russischen Produzenten, der ihm das Getreide meist auf dem Halm verkauft, schon im Juni, in dieser Jahreszeit, um rascher Geld zu bekommen, so viel weniger.

Die Vortheile des Zolles für die inländische Landwirthschaft.

Aber, meine Herren, ich könnte beinahe sagen, ich fürchte, der Zoll wird ganz einfach dem Produzenten abgezogen und wir werden dieselben Massen Getreide bis auf wenige Modifikationen, auf die ich nachher komme, doch bekommen. Es ist aber damit nicht, wie der Herr Vorredner annahm, der Landwirthschaft noch gar kein Dienst erwiesen. Ihr ist schon ein ganz erheblicher Dienst erwiesen, auch wenn der Preis nicht steigt und sie den geringen Gewinn, die geringe Lebens-

fähigkeit, die sie bei jetzigen Preisen hat, nur gesichert hat, wenn ihr überhaupt nur der deutsche Markt gesichert wird, wenn die Konkurrenz des Auslandes auf dem deutschen Markt um eine Kleinigkeit erschwert wird. Dies ist eine Kleinigkeit im Verhältniß zu den Schwankungen der Kornpreise, wie wir sie in den letzten Jahren gesehen haben, wir haben sie ja schon öfter noch einmal so hoch wie jetzt gehabt, ohne daß unser Brod theurer geworden ist. Wenn da dem inländischen Produzenten nur die Möglichkeit gegeben wird, daß er den inländischen Markt zu demselben jetzigen Preise für sich sicher hat, so würde er auch dafür schon dankbar sein. Wir sind jetzt auf dem Lande ja in der Lage, daß die Müller auf unseren eigenen Pachtmühlen den Roggen nicht mehr von uns nehmen, sondern da sie in der Regel zugleich Bäcker sind, uns das aus russischem Roggen gebackene Brod in's Haus auf dem Lande verkaufen. Ich selbst esse in Friedrichsruh russisches Brod und beschwere mich weiter nicht darüber, denn ich bin dort sehr wenig Landwirth, mein Ackerbau, den ich besitze in der Gegend ist sehr gering, aber die Thatsache liegt so, die Konsumenten reißen sich nicht etwa um das Korn, sondern es wächst mehr, als gebraucht wird, und die Produzenten suchen nach Absatz. Wenn wir mehr äßen als wächst, so würde man freilich mehr hinterher sein, das letzte Korn, was in der Welt noch existirt, für sich zu bekommen, das liegt aber eben, wie ich auch speziell für Deutschland nachzuweisen versuchen werde, nicht vor, sondern es ist Ueberfüllung des Marktes mit Getreide in regelmäßigen Jahren in der ganzen Welt vorhanden, in England, Frankreich und Deutschland, und nun gar in den Produktionsländern erst recht, wenn die Leute da Alles verzehren wollten, was sie bei sich bauen, so müßte ihre Bevölkerung sich verzehnfachen.

Die Korneinfuhr zum Zwecke der Mehlbereitung und der Zwischenhandel.

Der Herr Vorredner, meine Herren, sagte und führt gegen diese Vermuthung das an, es wären die Vorräthe, die hier lagerten, außerordentlich gering, er gab ein paar tausend Wispel an, die am Ende des Jahres hier gelagert hätten; — da möchte ich darauf aufmerksam machen, einmal, daß das Ende des Jahres nicht der Termin ist, wo die Hauptzufuhr herankommt, denn auf den Kanälen zu Wasser kommt das Getreide lange nicht in dem Maße, wie auf den Eisenbahnen,

und da ist es namentlich der Winter, wo alle Frachten billiger sind und wo man in Rußland das Getreide gedroschen hat, da wird das Getreide verfahren, und ich bin überzeugt, daß zwischen Januar und April die größten Vorräthe herankommen. Es kommt aber dabei auf die Roggenvorräthe gar nicht an, sondern wir müssen gleichzeitig in's Auge fassen die Roggenvorräthe und die Mehlvorräthe, denn diejenige Form der Korneinfuhr, welche unsere Landwirthschaft augenblicklich am meisten belästigt, ist, meines Erachtens, die Einfuhr zur Verwandlung in Mehl im Inlande, wie sie theils zu Schiff, von Petersburg via Riga und Libau nach Kiel, Lübeck und Stettin stattfindet, meines Wissens aber die größere Quantität auf den Eisenbahnen aus dem Innern von Rußland, der Gegend des Mittelpunkts, von Kursk-Arjol und bis an die untere Wolga, Samarow, bis Nischney hinauf nördlich und östlich von Moskau — aus diesen kommen mit den Eisenbahnen zu ganz außerordentlich wohlfeilen Frachten die Getreidemassen hier an, gehen zum Theil schon über Alexandrowo, die wohlfeilsten gehen, so viel ich gehört habe, über Breslau, aus der Gegend von Kiev bis Nischney nach Deutschland, hier werden sie in riesigen Dampfmühlen in Mehl verwandelt. Hier in Berlin ist mir gesagt worden, daß die tägliche Verarbeitung von Roggen in Mehl auf den Mühlen, die theils dem Weichbildsbezirk von Berlin, theils dem nächsten Eisenbahn- und Kanalrayon angehören, zwischen 4- bis 500 Wispel, also 8 bis 10,000 Centner beträgt. Diese Mehlmasse geht dann mit der Eisenbahn über das Land und tödtet, wie ich aus persönlicher Bekanntschaft weiß, den kleinen Mühlenbetrieb, soweit er von der Eisenbahn erreichbar ist. Wie viel Vorräthe nun in diesem Mehl stecken, daß weiß ich nicht und entzieht sich auch der Berechnung, ich glaube, jedenfalls aber mehr als was überhaupt in der Zeit bis zum Nachschub hier gemahlen wird. Insofern halte ich also die Berechnung des Herrn Vorredners nicht für richtig, ebensowenig, wenn er gesagt, daß die Ansicht, daß der Bäcker nicht den Hauptaufschlag macht — in Roggen will ich es nicht behaupten, in Weizen ist jedenfalls der Verdienst größer, inwieweit den Bäcker die Schuld trifft, weiß ich nicht, aber ich gönne ihm seinen Gewinn, aber die Meinung des Herrn Vorredners, daß in den

Zwischenstationen, ehe das Mehl an den Bäcker gelangt, mehr als nöthig hängen bleibt, ist doch nur theilweise richtig. Es gibt z. B. Brodfabriken, die mit Riesenmühlen identisch sind, die direkt ihren Roggen aus Rußland importiren und Kornhandel, Mehlfabrikation und Brodfabrikation in einer Hand betreiben und bei denen ich glaube, daß doch ein sehr großer Gewinnst stattfindet. Außerdem, wenn keiner von den Zwischenhändlern sehr reich wird, so liegt es darin, weil ihrer zu viele sind. Wo heutzutage eine Stelle ist, von der man sieht, daß etwas verdient werden kann, da drängen sich gleich Hunderte von Konkurrenten heran, bis der Verdienst so verkleinert und zertheilt ist, daß für den einzelnen in der That nicht viel übrig bleibt. Die Meisten, oder wenigstens hier die Kinder der städtischen Bevölkerung ziehen ein kaufmännisches Leben, wenn es auch gering nährt, wenn es aber nur zu keiner anstrengenden körperlichen Thätigkeit zwingt, einem Gewerbebetrieb mit täglicher Arbeit vor. (Sehr wahr! rechts.) Sie Alle werden Bekanntschaft haben nach der unteren Volksklasse hin, wenigstens ich habe sie und habe dort immer gefunden, daß das Ideal eines Mannes von der Volksklasse, eines Dieners, der sich etwas erspart hat, nicht etwa ist, ein kleines Gut in seiner Heimath zu kaufen, sondern in Berlin einen Viktualienhandel anzulegen — darauf spart er — und dann mit seinen Gästen zu reden und mitzutrinken und ihnen das Bier zu bringen, das ist heutzutage viel eher das Ideal, als sich, wie es früher war, einen kleinen eigenen Hof zu kaufen und dort das Land zu bearbeiten und Korn zu bauen. Diese Tendenz bewirkt also, daß, wo durch den Zwischenhandel etwas zu verdienen ist, und Jemand einen schönen Verdienst hat, gleich Zehn bereit sind, ihn darin zu beschränken und mit ihm zu theilen.

Zwischen den Korn- und Brodpreisen besteht kein nachweisbarer Zusammenhang.

Wenn nun ich schon zugebe — vielmehr behaupte, daß dieser Zoll auf den Kornpreis keine Einwirkung haben wird, so bestreite ich auf das Allerbestimmteste, daß die Kornpreise und die Brodpreise in irgend einem nachweisbaren Zusammenhang stehen, und behaupte, wenn nicht Hungersnoth zwingend einwirkt, daß durch den Ueberfluß und Wohlfeilheit des Korns kein Wachsen des Brodgewichts und kein merkliches Sinken der Brodpreise eintritt. Die Brodpreise sind heute bei diesen

niedrigen Kornpreisen dieselben, das heißt, das Gewicht des Brodes ist dasselbe, wie es in den Jahren war, wo das Korn noch einmal so theuer war als heute, das heißt im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre, und die Herren, die daran zweifeln wollen — ich will nicht von den Brödchen sprechen, die wir auf den Tisch des Hauses niedergelegt haben, es kann ja Jeder, wenn er nach Hause kommt, das erste beste Brod abwiegen und das Gewicht vergleichen mit den Preisen, das kann ja Jeder sich berechnen, damit will ich sie nicht aufhalten. Meine Erkundigungen über die Brodpreise stammen aus direkter Quelle, nicht aus den Kreisen, in denen wir leben, sondern aus den Kreisen der Handwerker, der Diener, der kleinen Leute, und ich kann Jedem, der Näheres darüber zu wissen wünscht, vollständig Rede stehen. Ich glaube deshalb, daß, wenn der Preis des Getreides durch diesen außerordentlich niedrigen Zoll auf Korn, der unter 5 Prozent des Werths bleibt, nicht affizirt wird, daß auch unser Handel in keiner Weise davon beeinträchtigt werden kann, wenigstens in keinem höheren Maße, als er es der Gerechtigkeit im Ausgleich der gleichen Vertheilung der Lasten schuldig ist. Etwas wird der Handel dem Kaiser und seinem Finanzminister doch auch wohl von seinem Verdienst abgeben können: Es ist ja für uns Alle erfreulich, wenn unsere Kornhändler reich werden, aber wir können darüber das Prinzip der vertheilenden Gerechtigkeit in den öffentlichen Lasten nicht opfern. Ich glaube auch, daß ihnen ihr Verdienst ungeschmälert bleibt, und wenn die beiden Hauptbeschwerden gewogen werden, die Erschwerung der Mischung des russischen Getreides mit deutschem in unseren Ostseestädten und die Erschwerung des Transits, wo man wieder unterscheiden muß zwischen dem Ostseetransit und zwischen dem südwestlichen Transit, der hauptsächlich durch Süddeutschland, durch Bayern auf Mannheim geht, — wenn man die näher in's Auge faßt, so glaube ich, daß die Herren künftig den verzollten Roggen gerade so gut werden mischen können, wie bisher den unverzollten, und ich glaube nicht einmal, daß sie 25 Pfennige weniger am Zentner verdienen werden, sondern daß der Zoll, wie ich schon vorhin sagte, von dem, der sein Korn nothwendig los sein muß, und der keinen anderen Abnehmer hat, wird bezahlt werden müssen.

Der Getreidezoll kann den Handel in den deutschen Ostseehäfen nicht schädigen, Rußland bleibt auf den Absatz nach Deutschland angewiesen; Transitfrage.

Die Veränderung der Absatzwege aus Rußland, — also ich will einmal sagen, von Danzig nach Libau, wovon jetzt viel die Rede ist, damit kann man Leute bange machen, die das Geschäft und die Geographie nicht kennen. (Sehr richtig! rechts.) Es sollen heute z. B. einige Königsberger Firmen sagen: sie können sich nur halten dadurch, daß sie Kommanditen in Libau errichten. Darüber würde ich mich freuen, wenn unsere Landsleute auch in Libau Geld verdienten, gleichviel ob in Libau oder in Königsberg, ich gönne es ihnen in beiden Fällen. Aber man muß Libau kennen und sich doch klar machen, daß das Ausgraben eines Hafenbassins an der Westküste von Kurland und das Anlegen einer Eisenbahn dahin noch keinen Handelsplatz und noch keinen Absatzhafen schafft.

Was ist es denn, was den russischen und namentlich westrussischen und polnischen Kornverkehr nach unseren Ostseestädten zieht? Es ist keineswegs, daß sie in Rußland keine guten Häfen hätten; sie haben in Riga, in Petersburg Häfen, und es hat Libau einen Hafen wie Stolpmünde oder Rügenwalde, wer das kennt, aber das genügt nicht zum Handel, und meines Erachtens kann Rußland viel Geld auf Libau verwenden, aber keinen Handelsplatz daraus machen. Was sie nach Danzig und Königsberg hinzieht, das ist der große Handelsplatz, die große Kaufmannschaft, das große Kapital. Wer hat denn Kapital zum Kornhandel in Libau? Das Kapital kommt aus den deutschen Ostseehäfen, und deshalb hat Danzig, hat Königsberg, weil sie das Geld hergeben, mit dem den russischen Bauern das Korn abgekauft wird, und einen Vorschuß machen, deshalb hat Danzig und Königsberg diesen Handel und wird ihn deshalb auch behalten, denn einen Handelsplatz können selbst die gewaltigen Kräfte des russischen Reichs nirgends improvisiren, am allerwenigsten in Libau oder Windau, wenn sie auch die Eisenbahn nach Windau legen, was mitunter etwas früher eisfrei wird, aber selten, weil es nördlicher liegt. Aber sie haben ja einen guten Hafen in Riga und es geht auch Getreide von dort nach Lübeck, um hier gemischt zu werden, oder nach Danzig oder Stettin, aber es ist doch unbedeutend. Die Rigaer Kaufmannschaft kann sich an Kräften mit der Königsberger, Danziger, Hamburger nicht messen, sie braucht das Kapital der deutschen Häfen und die kaufmännischen

Verbindungen derselben nothwendig, um ihr Korn zu verwerthen, und wo soll denn, wenn Sie die Karte ansehen, das Korn aus dem Königreich Polen, aus der oberen Weichsel, aus Galizien anders hin, als daß es durch Deutschland geht, und ebenso aus Westrußland, abgesehen davon, daß das russische Korn in seiner natürlichen Gestalt immer einen erheblich minderen Werth gegen das deutsche haben wird, mit Ausnahme des Südens, wo die Gunst des Klimas eine andere Gattung Korn herzustellen möglich macht, als im Norden, das geht aber größtentheils über Odessa weg und kommt nicht zu uns. Das russische Korn, das zu uns kommt, wird fast immer der Mischung bedürfen, oder es wird sich mit einem sehr viel niedrigeren Preise als das deutsche auf den englischen und deutschen Märkten begnügen müssen. Wenn sie die Preislisten ansehen, so werden Sie da, wo russischer Roggen ehrlich angeboten wird, denselben 10 bis 15 Mark auf die Tonne wohlfeiler angeboten finden, als den deutschen, der deutsche ist an und für sich mehr werth, nicht weil der Roggen Rußlands, wenn man ihm die volle Reife läßt, schlechter ist — in Polen namentlich ist z. B. der Weizen von Sandomir, „der hochbunte" polnische, ein sehr viel besseres Produkt, als der deutsche, und der ungarische ist noch besser, — aber der russische Roggen kommt nicht trocken in die Scheune oder in den Handel. Diese Ungunst des russischen Klimas muß das russische Getreide tragen, wir nehmen sie ihm ab durch die Mischung; das russische Getreide wird nicht vollkommen reif, oder doch nicht trocken in den nördlichen Bezirken von Rußland; wo sich die deutschen und skandinavischen Einflüsse hin erstreckt haben, da ergänzt man diese Ungunst des Klimas durch das Darren des Getreides in heizbaren Scheunen, wo, bevor das Getreide zum Dreschen kommt, — ich glaube, sie nennen es Riegen — die Bündel auf einen mäßig erwärmten gewölbten Raum geworfen werden, und dann sich das Korn mit mehr Leichtigkeit vom Halme löst, welches unreif oder feucht eingekommen ist. Wo diese Behandlung nicht herrscht, da kommt ein großer Theil des russischen und polnischen Getreides an und für sich unreif, jedenfalls unvollkommen trocken in den Verkehr. Diese unvollkommene Trockenheit äußert einmal die Wirkung, daß das Getreide, wenn es nachher ge-

trocknet ist, nicht den vollen Werth hat, den es vorher hatte, namentlich aber auch auf den Wittinen ankommt oder wie sie die dortigen Fahrzeuge nennen; wer gesehen hat, wie die Getreidemassen auf den Strömen heruntergeflößt werden, der glaubt ein grünes Kornfeld zu sehen, das Korn grünt aus, dann wird es, um von den Kornkeimen befreit zu werden, im Freien ausgeschüttet, und es wird so behandelt, daß die Keime abgestoßen werden, Getreide aber, was angekeimt ist, kann den Nahrungswerth nicht mehr haben, als wenn es noch nicht gekeimt hatte, und der Keim noch nicht abgestoßen war; nachher wird dem russischen Getreide ein höherer Werth wieder dadurch verliehen, daß es mit deutschem vermischt wird, und dieses vermischte Produkt wird dann fälschlich als deutsches Korn mit Lokalnamen „Stettiner Mischung", „Danziger Mischung" im Ausland verkauft und drückt den Standardwerth unseres deutschen Getreides, die Reputation desselben wesentlich herunter, indem man diese halbe Mischung, — ich will nicht sagen, Fälschung, aber es erinnert dies doch an die übeln deutschen Lieferungen, über die in Ostasien geklagt wurde, daß die Waaren nicht durchgängig von gleicher Qualität waren. Ist das ein nationaler Vortheil für uns? Ich will es unentschieden lassen, ich glaube, es wird den Herren in den Seestädten nicht benommen werden, denn die Russen können in Libau ihr Getreide nicht mischen und dazu nicht deutsches Getreide dorthin fahren, was scheunentrocken ist, um es mit dem russischen zu mischen. Ich glaube also, das russische Getreide, wenn es überhaupt wächst, hat einen Zwangskurs, eine gebundene Marschroute, die es nothwendig auf die Wege der deutschen baltischen Häfen weist. Es ist deshalb hier das Mittel gegeben, wo die Kampfzölle zur Eröffnung der russischen Grenze unter Umständen wirksam werden könnten. Der Herr Abgeordnete von Treischke hat gestern angeführt, daß dieses System versucht wurde und nicht zum Ziele geführt hat. Ich vermuthe, er hat angespielt auf eine Episode, die in den Jahren zwischen 1823 und 1825 spielte, wo Preußen von Rußland auf Grund der polnischen Theilungsverträge verlangt hatte, daß vollkommen freier Verkehr in den ehemals polnischen Ländern stattfinden solle, also daß eine russische Grenzsperre innerhalb des alten polnischen Reichs nicht zulässig wäre, und

wo Rußland die Verpflichtung hierzu ablehnte, und wo man in Preußen empfindlich wurde und nun einen Zoll von 5 Silbergroschen — nicht auf den Zentner, sondern auf den Scheffel, der $^4/_5$ bei Roggen und $^9/_{10}$ bei Weizen ist, legte. Nicht etwa, weil der Danziger Handel darunter gelitten hätte, und weil die Russen nun ihr Getreide anderswo exportirt hätten, hat dieses Verhältniß aufgehört; wohin sollten sie es dann bringen? Es gab keine Eisenbahnen, es gab keine Chausseen. Der einzige Weg, auf dem das russische Getreide aus dem dortigen Gebiet des Niemen, der Weichsel und des oberen Dnieper durch die Kanäle heraus konnte, war allein der Niemen, die Weichsel und die Warthe, der Wasserweg, und es wurde nicht etwa, weil man in Preußen den Handel leidend fand, sondern weil Kaiser Alexander sich persönlich an König Friedrich Wilhelm III. wandte und hierin eine Abweichung von der Tradition in der politischen Freundschaft zwischen Preußen und Rußland fand, auf diesem Wege wurde es durchgesetzt, mit einer leisen, fast unmerklichen Wendung, daß beim Transport zu „Wasser" diese Zölle nicht Anwendung finden sollten, und so wurde die ganze Sache todtgemacht; denn anders als wie zu Wasser, auf dem Niemen, der Weichsel, der Warthe war kein Transit möglich. Denken Sie sich das ganze Land mit seinen sandigen, bergigen Wegen ohne Chausseen, ohne Eisenbahnen; es war kein Handel, als auf dem Wasserwege möglich, und er wurde wieder gestattet, nicht aber, weil wir es wirthschaftlich nicht hätten durchführen können, sondern weil wir es unserer Politik nicht entsprechend fanden, den Kaiser Alexander I. zu verstimmen.

Diese Transitfahrt in Westpreußen berührt die deutsche Landwirthschaft nicht in dem Maße, wie der Transit, der sich in der Richtung auf die Nordsee und die französische Grenze und namentlich durch Bayern bewegt. Aber die Amendements, die darauf gestellt sind, im Interesse dieses baltischen Transits, und dieser Mischungen gesetzliche Bestimmungen in den Tarif hineinzubringen, halte ich doch nicht für angebracht. Sie bezwecken nicht eine Tarifposition, sondern eine Veränderung des Zollgesetzes von 1869. Nach dem Zollgesetz von 1869 ist, wenn ich nicht irre, im 6. Artikel bestimmt, daß der Transit frei sein soll, und dann ist gesetzlich bestimmt, in welcher Art

der Transit ausgeführt werden kann, mit anderen Worten, was Transit sei und wie es zu verstehen sei. Wenn Sie darin etwas ändern wollen, müssen Sie einen Antrag auf Aenderung des Zollgesetzes von 1869 bringen. Hier im Tarif hat eine solche gesetzliche beiläufige Bestimmung oder Resolution oder Empfehlung an den Bundesrath meines Erachtens keinen Platz; denn das Zollgesetz von 1869 gibt dem Bundesrath schon die nöthigen Machtvollkommenheiten, um den Handel zu erleichtern, seine gesetzlichen Bestimmungen können auf dem beiläufigen Wege nicht geändert werden.

Sollen sie geändert werden, so ist die Frage, soll der Transit überhaupt frei bleiben, soll die Freiheit nicht lokalisirt werden, denn der Transit in ostwestlicher Richtung schädigt die deutschen und namentlich die süddeutschen Interessen in großer Erheblichkeit. Wir liegen in Deutschland inmitten zwischen dem Korn und Holz produzirenden Osten Europa's und zwischen dem Korn und Holz kaufenden Westen Europa's. Wir sind dabei leistungsfähig nach beiden Richtungen; wir könnten dem Osten Industriewaaren liefern, wenn er sich nicht gegen uns verschlösse, und wir haben früher dem Westen landwirthschaftliche Produkte geliefert, haben uns aber selbst diesen Handel todt gemacht, indem wir dem Konkurrenten durch Abschaffung des Transithandels, also durch Gewährung der Transitfreiheit die Konkurrenz erleichterten und ihm außerdem schnell und wohlfeil bis an die Grenze des kaufenden Staats hinfuhren, (hört! hört! — sehr richtig! rechts) damit er dort durch wohlfeile Produktion konkurrire und dem deutschen Verkäufer in Mannheim u. s. w. den Absatz ruinirte. Ich appellire an die Herren, die aus Bayern hier sind, welchen Handel mit landwirthschaftlichen Produkten Süddeutschland in früherer Zeit mit Vieh sowohl, wie mit Korn nach Frankreich hatte, — vom Holzabsatz kann ich heute nicht sprechen, aber da werden namentlich die bayerischen Herren noch mehr davon zu sagen wissen, wie die norddeutschen. — Dieser ganze Absatz ist uns durch das, meines Erachtens in dieser abstracten Allgemeinheit nicht richtige Prinzip der Transitfreiheit verdorben. Wir haben dem Konkurrenten mit der dem deutschen Charakter eigenen wissenschaftlichen Großmuth die Konkurrenz erleichtert. (Bewegung.) Das ist mehr kosmopolitisch als national. Ich

will über die Transitfrage noch nicht entscheiden, nur würde ich dringend bitten, alle Amendements,[1]) die dahin gerichtet sind, gesetzliche Aenderungen des bestehenden Zolls von 1869 bei dieser Gelegenheit durchzubringen, abzulehnen, und möchte ich empfehlen, daß, um diese beiden Verhältnisse, Zollausführungsgesetz und Tarif nicht in große Verwirrung zu bringen, wir uns der Aenderung des Gesetzes durch Tarif enthalten; die verbündeten Regierungen müssen den höchsten Werth darauf legen, daß diese Amendements, die irgend eine Aenderung des Zollgesetzes bezwecken, abgelehnt werden.

Ich hatte mir noch einige Notizen über die Rede des Herrn Vorredners gemacht, aber ich glaube, ich kann über sie hinweggehen, bis auf das eine, was eine Entkräftung des Beispiels mit der Mauth von zehn verschiedenen Rittergütern betrifft. Es ist nicht mein Beispiel und ich kann es in allen seinen Konsequenzen nicht durchführen, aber die Bemerkung des Herrn Vorredners, daß das Gut, welches sich durch einen Chausseezoll belastet findet, eben auch einen anderweiten Verkauf wählen könnte, trifft hier nicht ganz zu. Ich würde lieber gegen das Beispiel anführen, daß Derjenige, der den Caussеezoll zahlt, zwei- bis dreimal mehr aufladen kann, als Derjenige, der ohne Chaussee fährt, und daß die Rechnung sich dadurch ausgleicht. Aber die Möglichkeit, sich einen anderen Abnehmer zu wählen, findet bei Rußland, Galizien, Ungarn in dem Maße gar nicht statt. Wenn die 42 Millionen Deutschen nicht mit unter den Abnehmern sind, dann setzen Jene so viel nicht ab, als sie bauen können und wollen. Wir thun also wenigstens gut, unsere Grenzen gegen Ueberführung zu verschließen.

Welche Zwecke der Getreidezoll verfolgt.

Ich komme nun zu einer anderen Frage, mich den landwirthschaftlichen Interessenten gegenüber zu rechtfertigen, warum wir denn eine solche Vorlage gemacht haben; wenn sie die Preise nicht steigert, nützt sie dann dem Landwirth gar nichts? Ich habe schon erwähnt, daß sie ihnen insofern nützen kann, auch ohne die Preise zu steigern, wenn sie ihnen den deutschen Markt in ausgedehnterem Maße, als bisher, sichert, daß nicht, wie wir das jetzt erlebt haben, die Kornverkäufer herumfahren

[1]) Diese Amendements sind unten mitgetheilt.

müssen in den verschiedenen Marktstädten, um ihren Roggen abzusetzen, und daß sie ihn vom Markt wieder nach Hause nehmen müssen, oder, wenn sie ihn einem Kaufmann anbieten, mit freundlichem Hohnlächeln ein Gegenangebot zu einem geringeren Preise bekommen. Das wäre schon ein sehr erheblicher Gewinn. Aber, wie schon anfangs gesagt, haben die verbündeten Regierungen bei dieser Vorlage einen eigentlichen Schutzzoll nicht erstrebt. Ich wenigstens bin von Hause aus davon ausgegangen, daß die Vorurtheile zu ungeklärt und die öffentliche Meinung und die alles übertönende Stimme der großstädtischen Presse zu laut (sehr richtig!) gegen diese Zölle sein würde, als daß sie verstanden und überlegt werden würden, und ich habe mir gedacht, man muß durch die That überzeugen, daß sie diesen Einfluß nicht haben können. Ich habe deshalb der Kommission von Hause aus empfohlen, man möchte für Getreide nur den Finanzzoll, d. h. die distributive Gerechtigkeit, die Vertheilung eines Theiles der Lasten der inländischen Landwirthschaft nach Maßgabe des gesammten Steuerreformplans auf das Ausland erstreben, einen eigentlichen Schutz aber nur für die Viehprodukte erstreben. Auch das ist mir in unvollkommenem Maße nicht gelungen. Ich halte die Viehzölle, und namentlich bei den besseren Rindviehsorten und beim Fettvieh, für die doch die Nothlage der Nothstand und der arme Mann nicht so geläufig in's Feld geführt werden kann, für wesentlich zu niedrig. (Rufe links: Schmalz!) — Wie befehlen die Herren? Rinderschmalz? — Ich bitte doch die Herren, mich nicht mit Privatgesprächen zu belästigen, Sie haben ja Zeit, nach mir das Wort zu nehmen. Ich habe gar keine Verpflichtung, mich mit Ihnen privatim zu unterhalten.

Die Viehzölle halte ich nicht für völlig ausreichend, aber da gestehe ich zu, sie sollen einen Schutz gewähren, und sie sind höher wie die Kornzölle. Von den Kornzöllen aber erwarte ich doch eines; einmal, daß das Gefühl der Ungerechtigkeit in der ungleichen Belastung der Besteuerung sich mildert, wenn die Gesammtreform der Finanzen zur Durchführung kommt, und daß die Landwirthschaft um so viel, als die Kornzölle bringen, mindestens später, wenn andere Finanzzölle durchgehen, und sie mehr in der Grundsteuer dadurch entlastet werden, daß die Gemeindezulage nicht mehr zur Staatsgrund-

steuer geschlagen wird, sondern direkt aus der Staatssteuer genommen werde. Das würde für die Landwirthschaft, wenn sich das durchführen läßt, eine Entlastung ihres Betriebes von durchschnittlich der einen Hälfte der 20 Prozent sein, mit denen sie bisher belastet ist. So viel wird dieser Kornzoll, wenn es auch bei seinem Ertrage wesentlich auf die Frage ankommt, wie man den Transit behandelt, doch nicht bringen können, sondern es werden da andere Steuerreformen mit hinzutreten müssen. Aber es ist doch immer der gute Wille der Gesetzgebung sichtbar, daß das landwirthschaftliche Gewerbe mit der gleichen Gerechtigkeit wie die übrigen behandelt werden soll. Dann aber sehe ich in diesen Kornzöllen, wenn ich so sagen darf, einen Ordnungszoll, der etwas Ordnung in die Einfuhr bringt. Bisher, wo die Einfuhr ganz absolut frei ist, da werden beliebige Massen fremden Korns zu uns hereingefahren, weil jeder Zentner Korn, der in Deutschland liegt, schon einen höheren Werth hat, als wenn er in Ungarn, Rußland oder Galizien liegt, und die Aussicht, ihn vielleicht verkaufen zu können, ist hier größer. Ich muß auch dem Herrn Vorredner widersprechen, der sagte, daß es nicht Konsignationsgeschäfte wären, ich gebe es nach dem Wortlaut zu, aber wir wollen über den kaufmännischen Ausdruck nicht rechten, ich will lieber mich so ausdrücken, es sind zum großen Theil Hoffnungsgeschäfte, d. h. Einfuhr des Roggens auf Anlaß und Bestellung der deutschen Kornhändler, respektive der Großmüller. Sie werden angelockt zu dieser Masseneinfuhr, zu dieser Uebereinfuhr durch die Beschaffenheit der Eisenbahntarife. Wer 100,000 Zentner gleichzeitig anmeldet, erhält den wohlfeilsten Tarif, d. h. in Massen wird die Fracht billiger gelassen von den Eisenbahnen, um möglichst viele Massen in den Eisenbahnverkehr hineinzuziehen. Die Versuchung ist außerordentlich groß, daß Einer, der vielleicht nur 3000 Wispel unterbringen kann, sich 5000 bestellt, um den erheblich niedrigeren Tarif, den die sogenannten 5000 Wispelmänner für ihre Mühlen und Kornhandlungen haben, zu gewinnen, ja, bei der wagehalsigen Spekulation, mit der der Berliner Kornmarkt vertraut ist, ist es möglich, daß, wer nur 1000 Wispel oder gar nichts unterbringen kann, 5000 bestellt in dem Glauben, wenn es einmal im Lande ~~ist, wird er~~ es schon los

werden. Ich glaube, daß wir auf diese Weise unter einer Ueberführung mit Getreide leiden, die nothwendig sich etwas mildern, einschränken muß, wenn diese Herren, die diese 5000 Wispel kontrahiren, dafür einen Zoll von 25,000 Mark erlegen müssen, und erst dann ihre Chance abwarten können. Ich glaube, daß das, was ich ohne die Herren, die ihren Gewinn dabei suchen, zu beleidigen, eine leichtsinnige Einfuhr von Getreide nennen möchte, erheblich vermindert wird durch den Zoll. Ob das auf die Erhöhung der Preise wirken wird, ist mir sehr zweifelhaft, aber es wird vielleicht einem weiteren Herunterdrücken vorbeugen, denn durch die fortgesetzte Mehreinfuhr von mehr, als wir konsumiren und brauchen überhaupt, müssen die Preise viel mehr gedrückt werden, als durch irgend welche andere Umstände. Es ist ein bekannter Grundsatz, daß 1 Prozent über den Bedarf am Markte um 2 Prozent drückt, und ein fehlendes Prozent wieder 5 bis 10 Prozent steigert. Aber dieser Druck von den überschießenden Prozenten findet bei uns, meiner Ueberzeugung nach, ganz zweifellos statt, und die jährliche Einfuhr übersteigt unsern Bedarf, der, ich will nicht behaupten um das ganze Quantum der Einfuhr in jedem Jahre, aber er übersteigt ihn. Ich habe hier in einer Schrift, die mir von freihändlerischer Seite zugeschickt worden ist, eine Darstellung dieser Verhältnisse, die sie zu erklären und zu entschuldigen sucht, aus der ich entnehme, daß beispielsweise die Einfuhr von Getreide, oder ich will sagen, der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr vom Jahre 1872 sich bloß bei Weizen und Roggen, von allen anderen Getreidesorten sehe ich vollständig ab, um 17 Millionen Zentner gesteigert hat. In dem ersten Jahre, 1872, wie ich mich noch erinnere, war ein Ueberschuß der Ausfuhr in Weizen von 200,000 vorhanden, nachher im letzten Jahre ein Ueberschuß der Einfuhr auch in Weizen von einem sehr viel größeren Quantum. Im Ganzen beträgt die Zunahme des Ueberschusses der Einfuhr von Weizen und Roggen über die Ausfuhr 17 Millionen Zentner. Dabei ist nun gesagt, dies erkläre sich aus der großen Zunahme der Bevölkerung. Die Zunahme der Bevölkerung ist angegeben auf 1,660,000 Köpfe in der Zeit, wir wollen in runder Summe sagen, 1,700,000. Diese Bevölkerung von 1,7 Million ist meiner Ueberzeugung nach vollständig gesättigt mit 6 Mil-

Nachweis, daß zur Deckung des einheimischen Bedarfs die Getreideeinfuhr nicht nothwendig ist.

lionen Zentner Roggen und Weizen. Die Ansätze, die heutzutage in der politisch sehr tendenziösen Statistik, wie sie in Preußen gemacht wird, (Hört!) angenommen werden von 9 Zentnern pro Kopf, sind geradezu unsinnig, die von 5 Zentnern, die der Herr Vorredner angab, halte ich für zu hoch gegriffen. Die Konsumtion der Städte, die immerhin etwas weniger Brod essen mögen, weil sie mehr Fleisch essen, hat nach den Untersuchungen der Mahl- und Schlachtsteuer um 125 Kilogramm = 250 Pfund, also gerade die Hälfte von dem, was der Herr Vorredner sagte, pro Kopf ergeben. Ich richte mich da auch nach meinen eigenen ländlichen Erfahrungen und da weiß ich ganz genau, daß in den Deputaten, die ich zu geben habe, und bei den guten und kräftigen Essern, wie der pommersche Arbeiter, der Kopf Mann, Frau, Kind mit 4 Scheffel Roggen berechnet wird und daß das reichlich ist, wird mir Jeder zugeben, der auf dem Lande wirthschaftet und auf dem Lande wird mehr Brod gegessen, als in den Städten.

Indessen, ich will auch noch höher gehen, selbst über den Satz, den dieser freihändlerische Herr anführt, mit 345 Pfund Getreide pro Kopf. Ich will also annehmen, bloß für Roggen und Weizen 345 und dies auch noch nach oben abrunden auf 350 Pfund. 4 Scheffel sind wie bekannt, 320 Pfund Roggen. Ich gehe also 30 Pfund höher: auf 3½ Zentner, dann habe ich die Konsumtion der Mehrgeborenen, der Vermehrung der Bevölkerung auf 5 bis 6 Millionen Zentner, und es bleibt mir eine weitere Mehreinfuhr von 11 Millionen Zentnern übrig, für die der Konsument wenigstens sich nicht in dem Zuwachs der Bevölkerung findet, wenn man nicht allen neugeborenen Kindern den Magen mit Brod überfüllt. (Heiterkeit.) 11 Millionen Zentner sind es, wenn man die Konsumtion von 3½ rechnet zwischen 3 und 4 Millionen Jahresportionen eines Kopfes der Bevölkerung. Wenn also in jedem Jahre und auch nur diese 3 bis 4 Millionen Jahresportionen zu viel zugeführt werden, sich ein bis drei Jahre herumtreiben bei uns im Lande und ganz unabsetzbar auch zu Schleuderpreisen sind, dann wieder in der Mehlausfuhr nach anderen Gegenden hin bei uns figuriren, so muß das eine Ueberführung von Getreide bei uns veranlassen.

Ich will noch eine andere Rechnung anstellen, mit der ich auf dasselbe Resultat komme. Ich fordere Jeden auf, mir aus der Erfahrung, namentlich aus der der Landwirthe oder aus der Statistik der mahlsteuerpflichtigen Städte zu widerlegen, daß die Konsumtion von Weizen und Roggen — wohlverstanden, ich spreche von keinen anderen Gattungen, als von denen, die hauptsächlich zur menschlichen Nährung dienen, — 3½ Zentner pro Kopf übersteigt. Bis zum Gegenbeweis bleibe ich bei meiner Behauptung. Da finde ich, daß die 40 Millionen Deutsche, wenn sie recht hungrig sind, 140 Millionen Zentner Weizen und Roggen im Jahre essen können; oder rechnen wir die Neugeborenen noch hinzu, so kommen wir auf einen Verbrauch von etwa 146 bis 150 Millionen Zentner Roggen und Weizen.

Nun, wie viel bauen wir von diesen beiden Brodfrüchten? — Daß das, was wir bauen, vollständig im Lande bleibt, geht daraus hervor, daß in beiden Fruchtgattungen die Ausfuhr von der Einfuhr erheblich überstiegen wird.

Also wir bauen, auf einer verhältnißmäßig geringen Ackerfläche von den 54 Millionen Hektaren, die das deutsche Reich enthält, mit Winterkorn, Weizen und Roggen nur etwa 8,200,000 Hektaren. Davon befinden sich in Preußen — und ich muß das sondiren, weil mir nur über Preußen die weiteren statistischen Daten genau zugänglich geworden sind, — 1 Million Hektaren Weizen und 4½ Millionen Hektaren Roggen, also im Ganzen 9/11 Rogenbau und 2/11 Weizenbau in Preußeu. In Süddeutschland ist das Verhältniß anders. Die Fläche, die mit Roggen und Weizen bebaut wird, ist mir bekannt: es sind 1,200,000 Hektaren, die mit Weizen bestellt werden und 1,500,000, die mit Roggen bestellt werden, zusammen etwa 2,700,000 Hektaren also ziemlich genau die Hälfte von den 5½ Millionen, die in Preußen damit bestellt werden. Diese Weizen- und Roggenbestellung in Preußen liefert nun nach den Tabellen des statistischen Bureaus einen jährlichen Ernteertrag im Durchschnitt des ganzen Staates in Roggen und Weizen ziemlich genau von derselben Millionenzahl, wie das deutsche Volk bei 3½ Zentner Konsum pro Kopf verzehren kann, d. h. von 146 Millionen, worunter 34 Millionen und einige Weizen und etwas über 110 Mil-

lionen Zentner an Roggen. Wenn ich nun, da ich vorhin fand, daß das, was in Süddeutschland an Roggen und Weizen bestellt wird, ungefähr die Hälfte von dem preußischen oder das außerpreußische reichlich die Hälfte von dem preußischen betrug, so kann ich bei den besseren Bodensorten, den besseren Ernten und zum Theil der besseren Wirthschaft doch annehmen, daß sie mindestens eben so viel bringen verhältnißmäßig, daß sie also die Hälfte von den 146, sagen wir der Rundung wegen — es kommt auf eine Hand voll Noten nicht an — 150 Millionen, ich will es bei der Halbirung abrechnen, daß sie 70 Millionen Zentner Roggen und Weizen aufbringen. So haben wir also das Gesammtprodukt der eigenen Ernte mit 220 Millionen Scheffel derjenigen Korngattungen, welche zur menschlichen Nahrung verwendet werden. Wir müssen dazu zurechnen die Uebereinfuhr, die Sie auf 30 Millionen angegeben haben in diesen beiden Getreidegattungen ganz allein ohne die anderen, das macht 250 Millionen. Es ist noch ein kleines Item von zwei Früchten, die vorzugsweise zur menschlichen Nahrung dienen und die in Deutschland zur Konsumtion gelangen. Nun muß ich abrechnen die Saat von 8 Millionen Hektaren, die wahrscheinlich der Statistiker nicht abgerechnet hat. Das wird ungefähr mit 25 Millionen Zentner gedeckt sein und es bleiben mir immer noch 240 Millionen Zentner. Dahinter steht eine Produktion von 500 Millionen Zentner Kartoffeln, die ja zum großen Theil zur Brennerei, zur Fütterung verwendet werden, aber doch auch einen sehr beträchtlichen Theil menschlicher Nahrung liefert.

Ich will nun zugeben, daß auch von diesem Roggen noch ein Theil zur Brennerei und dergleichen verbraucht wird, aber lange nicht in dem Maße, wie man glaubt. Die Kornbrennerei ist immer mehr eingeschränkt worden bei uns. Ich habe ganz sichere statistische Data darüber nicht finden können. Eins, was mir nicht ganz glaubwürdig war, beschränkte es auf 5 Millionen Zentner, ich halte es für etwas zu niedrig, es kommt so sehr viel nicht darauf an. Jedenfalls wird in vielen Gegenden an nicht berechneten Getreidegattungen, Hafer, Gerste, mindestens eben so viel zur menschlichen Nahrung verwendet, sei es in Brod, sei es auch nur in Gestalt von Grützen und Suppen, die auf dem Lande ja sehr viel genossen werden.

Ich behalte aber immer meiner Rechnung nach 240—250 Millionen Zentner, die die deutsche Bevölkerung essen soll, während sie meines Erachtens nicht mehr als 140 Millionen Zentner von diesen Getreidegattungen essen kann. Ich überlasse dieses Problem den Statistikern zur Lösung, nur müssen sie es sich nicht so bequem machen, daß sie ganz einfach ihren aus der Luft gegriffenen Konsumtionssatz von 9 Zentnern pro Kopf anführen, (Heiterkeit) damit ist man dann leicht fertig. Es wird bestimmt noch Konsumtionen geben, die ich nicht habe anführen können und die ich im Augenblick übergehe, aber dafür ist der Spielraum, den ich Ihnen lasse, auch circa 100 Millionen Zentner, deren Verwendung Sie mir nachweisen sollen, ehe Sie behaupten, daß wir Hunger leiden würden, wenn heute die fremde Einfuhr ganz gestrichen würde. Wir würden sie nicht brauchen, wir würden keinen Hunger, keine Noth leiden, wenn sie fehlte, aber unser Handel würde einigermaßen leiden, und es ist das ja nicht beantragt.

Es ist in diesem freihändlerischen Werk, was mir hier vorliegt, jener außerordentliche Zuwachs der Ausfuhr, der zu dem Zuwachs der Bevölkerung in keinem Verhältniß steht, damit erklärt, daß der Verbrauch von Korn für andere Verwendung, also beispielsweise für Bier, Branntwein, zugenommen hätte, daß weniger Getreide im Inlande gebaut sei wegen des Rüben- und Kartoffelbaues. Nun, das alles ist so hingeredet, um auf Jemand, der das in der Stadt liest, Eindruck zu machen, aber das Bier wird doch überwiegend und ziemlich ausschließlich von der Gerste gebraut, und die Gerste ist in dieser Rechnung von Weizen und Roggen nicht mit einbegriffen, und der Branntwein wird wesentlich von Kartoffeln gebrannt, und von den Kartoffeln, mit dem gewaltigen Zuschuß von 500 Millionen Zentnern habe ich gar nicht gesprochen. Was aber die Bezugnahme auf die Abnahme des Körnerbaues wegen des Rüben- und Kartoffelbaues betrifft, so zeigt das wieder die Unbekanntschaft mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen. Jeder, der Rübenzucker kennt, weiß, daß von dem Augenblicke an, wo volle Rübenkultur eingeführt wird, auf demselben Gute mehr Getreide wächst, als vorher, viel stärkere Kornernten gemacht werden, Ernten, wie man sie vorher sich nicht hat träumen lassen, wegen der tieferen Kultur. Ebenso ist bekannt,

daß Leute, die von der Brennerei keinen Gewinn haben und suchen, lediglich zur Kultivirung des Gutes, also um mehr Körner darauf zu bauen, eine Brennerei anlegen. Der Rüben- und Kartoffelbau verhindert den Getreidebau nicht, und ich bleibe bei der Behauptung, daß wir unter einer Ueberführung mit Korn, vielleicht schon durch unsere eigene Kornproduktion, aber nur deshalb leiden, weil der deutsche Markt zum großen Theil von dem ausländischen Import absorbirt wird.

Die landwirthschaftliche Produktion ist von der Gesetzgebung stiefmütterlich behandelt worden.

Ich kann bei der Erwägung dieser Frage die Bemerkung nicht unterdrücken, daß bei der gesammten Gesetzgebung der letzten zwanzig Jahre und aus anderen Gründen, auch in der weiter zurückliegenden Zeit die landwirthschaftliche Produktion, das Gewerbe der Korn- und Vieherzeugung zu kurz gekommen ist und stiefmütterlich behandelt worden ist. (Sehr wahr!) Daß das in den alten Zeiten der Fall war, aus denen unsere ersten Steuergesetzgebungen im Jahre 1824 und vorher stammen, das war ja erklärlich, weil damals die Landwirthschaft fast vorwiegend das exportirende Gewerbe war. Es war das etwas, was wir aus den Zuständen des landwirthschaftlichen Staates sozusagen mit herüber genommen hatten, und ich bin dabei genöthigt, durch die Rede des Herrn Abgeordneten von Treitschke von gestern, nochmals dem Irrthum zu widersprechen, als hätten wir im Jahre 1818 eine ganz besonders freigebige und freihändlerische Gesetzgebung gehabt. Ich will Ihnen nicht den Tarif nochmals vorlesen, er ist in vielen Positionen noch einmal so hoch wie der, den wir Ihnen vorgeschlagen, jedenfalls viel höher als der, der bis 1864 noch galt, und der ist wieder viel höher als der, den wir Ihnen jetzt vorschlagen.

Das Getreide war an der Grenze, mit Ausnahme der kurzen Zeit, die aber doch auch in der Zeit von 1818, — diese Anspannung gegen Rußland war ja sehr verwandt mit den Traditionen von 1818 — aber das Getreide — vor einer Vertheuerung fürchtete man sich nicht, denn bekanntlich zahlte der Roggen bei der Einfuhr in die hauptsächlich konsumirenden Städte 50 Pfennig, ich weiß nicht, pro Zentner oder gar pro Scheffel, und der Weizen zahlte 20 Silbergroschen, also das Vierfache von dem, was wir Ihnen vorschlagen, also auch bei dem Getreide war die damalige Gesetzgebung, um wohlfeilere Preise herzustellen, nicht so sehr besorgt, aber die Art, wie die

Landwirthschaft in unsere neue Steuergesetzgebung eingeführt ist, rührt schon aus den Zeitverhältnissen her, die jetzt nicht mehr stattfinden und von deren Konsequenz man sich losmachen sollte, wenn man wirklich die Produktion des Getreides im Inlande billiger machen will. Es ist die Grundsteuer aber nicht das einzige Gravamen, es ist die Doppelbesteuerung, daß das Einkommen aus dem Grundbesitz einmal mit 3 Prozent besteuert wird und vorher schon mit der Grundsteuer mit durchschnittlich dem Doppelten von der Einkommensteuer von 6 bis 7 Prozent ohne Rücksicht auf die Schuld. Es liegt aber die Ungunst der Verhältnisse für die Landwirthschaft auch auf einem anderen Gebiete, in der Stempel- und Sportelgesetzgebung. Nehmen Sie an, wenn Sie ein Gut verkaufen, wie hoch ist der Stempel im Vergleich zu anderen Geschäften. Wenn Sie ein Gut verpachten — so ist es wenigstens in Preußen, und das ist die größte fiskalische Ungerechtigkeit, von der ich je gehört habe, wenn Sie ein Gut auf 30 Jahre verpachten, so müssen Sie die ganze Pachtsumme, die bis zum 30. Jahre fällig ist, an dem Tage, wo Sie die Pacht abschließen, verstempeln, ohne jede Diskontirung, als ob die ganze Summe Ihnen heute schon zuginge — unter vielen anderen Sporteln und unter dem ganzen Hypothekenwesen, aber auch unter der Ungunst der sonstigen Gesetzgebung. Ich will nun von den Eisenbahntarifen sprechen, die uns die Einfuhr der landwirthschaftlichen Produkte wohlfeiler besorgen als die Ausfuhr, aber auf der anderen Seite die Armenpflege in Verbindung mit den jetzigen Bestimmungen des Freizügigkeitsgesetzes — das hat zur Folge, daß die schwersten Theile der Armenpflege wesentlich auf die landwirthschaftlichen Gemeinden abgelastet werden. Auf dem Lande wachsen die Arbeiter auf, werden in ihrer Kindheit erzogen, mit erheblichen Kosten in der Schule unterrichtet — ihre Mütter, wenn sie Wittwen sind, unterhalten — und von dem Augenblicke an, wo sie zum Militairdienst ausgehoben werden, gehen sie in die großen Städte, da gefällt es ihnen besser und die Landgemeinde hört meist erst dann wieder von ihnen, wenn bei irgend einem Unglücksfall oder bei einer bösen Krankheit eine Charitérechnung von 100 oder 200 Thalern mit dem Manne wieder ankommt, (sehr gut!) dann kommt er wieder, er muß auf dem Lande

wieder verpflegt werden nach Maßgabe des Unterstützungswohnsitzes, und sobald er gesund ist, geht er und sucht sich in derselben Stadt sein Brod, immer mit der sicheren Assekuranz, daß die Angehörigkeitsgemeinde ihn im Alter pflegen muß. Nun haben die Landwirthe im Ganzen den Vorzug, eine geduldige und staatlich treue, konservativ erhaltend gesinnte Bevölkerung zu sein — ich will nicht sagen, daß sie nicht auch wesentlich liberal sein könnten, ich mache in dieser Beziehung zwischen den Liberalen und Konservativen nicht den Unterschied, daß die Liberalen nothwendig zerstörend wirken müßten, sondern ich will den Ausdruck „konservativ", weil er eine Fraktionsbezeichnung ist, zurücknehmen, und sagen, sie haben eine erhaltende Tendenz und geben dem Staate Sicherheit; sie geben dem Staate Sicherheit der Steuerkraft, sie sind in Gefahren, die eintreten, die zuverlässige Quelle, auf welche der Staat zurückgreifen muß, mag es in Kriegslieferungen sein, mag es in Pferdeställen sein. Der Grundbesitz liegt immer vor Gottes Sonne offen da und die Hand des Fiskus greift in Gefahren zu, wo sie findet was sie braucht, da sind sie auch die Exponirten. Sie trägt das alles geduldig, die landwirthschaftliche Bevölkerung, vielleicht, weil ihr der ganze Zusammenhang der Dinge und der Uebel, unter denen sie leidet, nicht vollständig zum Bewußtsein gekommen ist. Was ich dazu thun kann, es zum Bewußtsein zu bringen, das will ich thun, nicht der Agitation wegen, sondern der Gerechtigkeit wegen. (Bravo! rechts, Zischen links.) Wir wollen Alle mit gleichen Schultern tragen und die Gerechtigkeit in Vertheilung der Lasten soll sein für Alle, auch für den geduldigen Landmann. Aber ich habe das Vertrauen, daß, wenn das Bewußtsein einmal durchgedrungen ist, die Vertreter der Landwirthschaft in ruhiger Festigkeit auch den Kampf nicht einstellen werden, bis sie Gerechtigkeit erlangt haben. (Bravo! rechts, Zischen links.)"

Bedeutung des Grundbesitzes in staatlicher Beziehung.

In der 51. Sitzung vom 23. Mai wurde der Antrag von Mirbach auf Erhöhung des Roggenzolles mit 173 gegen 161 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage mit imposanter Majorität angenommen, dagegen wurde in dritter Berathung der Antrag von Mirbach, nachdem von dem Commissar des Bundesrathes die Erklärung abgegeben worden, daß die verbündeten Regierungen dem Antrage nicht wider-

sprechen würden, angenommen [1]) — In der 52. Sitzung am 24. Mai[2]) wurde über verschiedene, zu der oben Seite 95 bezeichneten Pos. 9, littr. a und b gestellte Amendements verhandelt. Zunächst hatte der Abgeordnete Delbrück beantragt[3]) für den Fall der Annahme dieser Pos. folgende Bemerkungen hinzuzufügen: „Für Getreide und Hülsenfrüchte werden Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß bewilligt. Auf diese Läger finden die für Privat-Transitläger geltenden Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß die Lagerung, soweit es zur Erhaltung und Bearbeitung der Waaren erforderlich ist, außerhalb geschlossener Räume stattfinden kann, daß die Behandlung, Umpackung und Theilung der gelagerten Waaren uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig und daß die Mischung der letzteren mit inländischer Waare gestattet ist." Der Abgeordnete Rickert beantragte die Aufnahme folgender Anmerkung:[4]) „Für die zollamtliche Behandlung des beim Eingang in das Zollgebiet zur Durchfuhr deklarirten Getreides, insbesondere bezüglich der für dasselbe zu bewilligenden Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß werden durch den Bundesrath diejenigen Erleichterungen gewährt, welche zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Durchfuhrhandels erforderlich sind.

Transitfreiheit.

Für das zur Durchfuhr deklarirte Getreide wird ein Eingangszoll nur insoweit entrichtet, als dasselbe zum Verbrauch im Inlande gelangt und nicht durch eine gleiche Menge zur Ausfuhr gebrachten inländischen Getreides ersetzt wird." Der Abg. von Schalsche beantragt[5]) das 2. Alinea dieses Antrages so zu fassen: „Für das zur Durchfuhr deklarirte Getreide wird der Eingangszoll bei der Ausfuhr rückvergütigt. Der Nachweis der Identität der Waare ist nicht erforderlich," und als Alinea 3 anzufügen: „Diese Bestimmung findet Anwendung auch auf Hülsenfrüchte, Raps und andere Früchte der Landwirthschaft, sowie auf Malz." Bezüglich der geschäftlichen Behandlung dieser Anträge hatten nun die Abgeordneten

---

[1]) Stenogr. Bericht 1879, 3. Band S. 2304.
[2]) Stenogr. Bericht a. a. O., 2. Band S. 1430.
[3]) Nr. 190 der Drucksachen. (5. Band, 1879, S. 1440.)
[4]) a. a. O. Nr. 191.
[5]) a. a. O. Nr. 194.

Staudy und von Schlieckmann beantragt[1]) die Anträge der Zolltarifkommission zur Vorberathung zu überweisen, während die Abgeordneten Graf zu Stolberg und von Flottwell[2]) Uebergang zur Tages-Ordnung beantragt hatten.

Nach dem Abgeordneten Rickert (Danzig) ergriff der Herr Reichskanzler das Wort:[3])

„Ich bin weit entfernt, in die geschäftsleitenden Beschlüsse Transit-handel.
des Hauses mich einzumischen, aber ich besorge doch, daß wenn eine Frage, wie diese, an welche viele andere sich anhängen, in die Kommission verwiesen wird, dann die definitive Entscheidung über diejenigen Fragen, die wir, um schneller zu ihrer Erledigung zu gelangen, im Plenum verhandelt haben, sehr in die Länge gezogen wird. Ich sehe von meinem Standpunkte nicht ein, warum die Prinzipienfrage, die uns hier beschäftigt, nicht eben so gut im Plenum wie in der Kommission weiter berathen und bis zur dritten Lesung entschieden werden könne.

Es handelt sich nicht um eine Störung des Transithandels, so lange das Zollgesetz von 1866 wirksam ist und dem Transit die Freiheit sichert. Der Bundesrath hat die Ermächtigung, diejenigen Erleichterungen zu gewähren, die die Herren Antragsteller, in deren Namen der Herr Vorredner sprach, durch das Gesetz zu einer ganz allgemeinen Verpflichtung ausgebildet zu sehen wünschen. Haben Sie nun zu dem Bundesrath, zu den Vertretern der Bundesregierungen, die ihrerseits bisher, ich glaube, keinen einzigen Beweis von besonders unbilliger Behandlung der materiellen Interessen nach irgend einer Richtung hin gegeben haben, haben Sie zu denen nicht das Vertrauen, daß sie auch in dieser Frage Gerechtigkeit und Vernunft werden walten lassen? (Zuruf links: Nein![4]) Wollen Sie den gesetzlichen Zwang — — ich bitte von dem „Nein“, was dort gesprochen worden ist, Akt zu nehmen. Sie haben also nicht das Vertrauen, daß die Regierungen sich gerecht und vernünftig verhalten werden. Der Herr, der der Regierung

---

[1]) a. a. O. Nr. 199.

[2]) a. a. O. Nr. 203.

[3]) Stenogr. Ber. 1879, 2. Band, S. 1437.

[4]) Dieses „Nein“ ist nach Zeitungs-Nachrichten von dem Abgeordneten Richter (Hagen) gerufen worden.

dieses Dementi in's Gesicht wirft, daß sie nicht gerecht und vernünftig sei, verschweigt seinen Namen; es wäre mir lieber, ihn genannt zu sehen; er scheint es vorzuziehen, ihn zu verschweigen. — Also ich glaube, die Mehrheit dieser Versammlung wird zu den verbündeten Regierungen das Vertrauen haben, daß sie nach Gerechtigkeit und Vernunft von den Befugnissen, die ihnen zustehen, Gebrauch machen werden, ich glaube aber nicht, daß die verbündeten Regierungen in der Lage sind, einen gesetzlichen Zwang acceptiren zu können, der sie unter allen Umständen nöthigt, auch da, wo die Vermuthung der Zoll-Hinterziehung vorliegt, auch da, wo es sich um solche Geschäftstreibende handelt, welche sich nicht mehr im Besitze der Ehrenrechte befinden, welche wegen Schmuggel, wegen Mißbrauch dieser Berechtigung mehrfach verurtheilt sind, doch überall zwangsweise dasjenige bewilligen zu müssen, was bisher ex bono et aequo bewilligt worden ist. Wenn Sie das wollen, meine Herren, dann schreiten Sie zu einer Aenderung der Zollgesetzgebung von 1869. Ob eine Revision dieses Zollgesetzes erwünscht ist, lasse ich dahin gestellt; wenn sie aber eintritt, dann würde ich in erster Linie den Antrag stellen, daß nicht ganz allgemein die Zusicherung der Transitfreiheit aufgenommen wird, und daß die Transitfreiheit nicht gesetzlich überall, sondern da, wo sie dem deutschen Verkehr nützlich, oder doch nicht schädlich ist, streckenweise gesetzlich oder durch Verordnung bewilligt werden könne. Das würde meine Mitwirkung bei der Revision des Gesetzes sein. Und gelegentlich durch eine Interkalatie in dem Tarif, diese seit langer Zeit bestehende Gesetzgebung zu ändern, ich weiß nicht, ob die verbündeten Regierungen dazu die Hand bieten werden; ich würde für meine Person Alles aufbieten, zu verhindern, daß sie es thun. Wollen wir diese Zollgesetzgebung von 1869 revidiren, so brauchen Sie nur den Wunsch dahin zu äußern und die Regierungen werden bereit sein, werden eine Kommission im Bundesrath niedersetzen, oder auch im Plenum die Frage in großer Kürze prüfen, ob sie dazu bereit sind. Wir würden ja dann, wenn es sich um Revision dieser Gesetzgebung handelte, noch zwei Verträge, einen mit Holland aus dem Jahre 1851 und einen mit England aus dem Jahre 1865, wo über die Transitverhältnisse vertragsmäßige Bestimmungen aufgenommen

sind, welche bei Erlaß des Gesetzes von 1869 ihre Berücksichtigung gefunden haben, in Betracht zu ziehen haben. Also ich wehre mich nur dagegen, daß bei dieser Gelegenheit ganz außerhalb der Vorlage der verbündeten Regierungen ein wichtiges und einschneidendes Gesetz einer Revision unterzogen wird durch eine Tarifposition, das ist gegen den Usus der Gesetzgebung. Wollen wir diese Position ändern, so stellen Sie anheim, in Front und offen eine Revision des Gesetzes von 1869 in Angriff zu nehmen. Von diesen Anträgen, diesen Amendements zwischen zwei Tarifpositionen, dem Bundesrathe das Recht zu nehmen, was er bis jetzt hat, und daraus eben eine gesetzliche Berechtigung ihm gegenüber zu machen, kann ich doch nur dringend abrathen. Ich gebe ja zu, daß die Tarifverhältnisse in den Theilen des Reiches, wo der Transit einen kurzen Weg zu machen hat, auf dem er nicht in Konkurrenz mit den Produkten der deutschen Landstriche tritt durch die er zu fahren hat, etwas anderes sind als da, wo er das ganze Deutschland durchfährt und die Bewohner der Landstriche, durch die er fährt, von dem Absatz ihrer Produkte auf demselben Wege, an denselben Verkäufer abhält, namentlich im ganzen Süden, auch im Westen Deutschlands, auch schon im Elbegebiet; es kommt fast nur das Land jenseits der Oder, vielleicht nur das Weichselgebiet bei dieser Scheidung in Betracht, und ich bin nicht berechtigt, irgend eine Zusicherung über die Herstellung eines solchen Unterschiedes zu machen, aber ich bin bereit, der Bundesrath wird der Billigkeit und der Aufgabe, die ihm das Zollgesetz stellt, indem es die besprochene Befugniß verlieh, auch in dieser Frage mit Sicherheit Gehör geben.

Die Besorgniß, daß wir die Zufuhr von Getreide von unseren Ostseeprovinzen ablenken, ist, wie mir gesagt wird, vom Herrn Vorredner mit Angabe der zunehmenden Schiffszahl in Libau unterstützt worden, die sich seit 1872 von 367 bis auf 1278 im Jahre 1878 gesteigert hat. Ja, meine Herren, das ist ja ganz natürlich, daß auch der Verkehr von Libau sich gesteigert hat, daß die russische Ausfuhr auch über Libau eine stärkere ist, seit das russische Eisenbahnnetz vollendet worden ist, und diese vielen Pferdeweiden, Viehweiden und Steppen, die sonst unkultivirt lagen, durch die Nähe der Bahn und der

Der Zoll kann die Getreidezufuhr nach den Ostseeprovinzen nicht beeinträchtigen.

Bahnhöfe zu einträglichen Gütern geworden sind, seitdem die russische Getreideproduktion sich in dem Maße gemehrt hat, daß in den westlichen Provinzen Rußlands eine Wohlhabenheit im Augenblick besteht, die diese Provinzen sonst in Jahrzehnten nicht gekannt haben.

Es ist sehr wunderbar, daß sie sich nicht viel stärker vermehrt hat. Wenn es für die russischen Produzenten gleichgültig wäre — wenn nicht andere Gründe wären, die sie nach Preußen zögen — müßte Libau noch viel mehr aufgeblüht sein, denn wenn Sie die Karte ansehen, so werden Sie finden, daß alle diejenigen russischen Getreidehändler, welche östlich von Grodno, oder ich will sagen, von Wilna liegen, daß die näher, zum Theil viel näher nach Libau haben, als nach Preußen hereinzufahren. Von Wilna geht die Eisenbahn direkt nach Libau und von Dünaburg geht sie die Düna entlang nach Riga zu, also die Verbindung mit jenen Häfen fehlt nicht und das ganze weite Gebiet, was vielleicht $^3/_4$, wenn nicht $^9/_{10}$ des russischen Exportes liefert, hat schon immer viel näher nach Riga zu fahren und nach Libau, als nach Preußen.

Es muß also doch noch etwas anderes sein, was sie nach Preußen hinzieht, und das ist, wie ich schon neulich bemerkte, die Existenz großer Handelsplätze mit großem Kapital und Handelsverbindungen, denn große Handelsstädte lassen sich nicht improvisiren und verlegen, und wenn, wie nach dem letzten Beschluß anzunehmen ist, der Zollsatz für Roggen auf dem niedrigsten Satz von 25 bestehen bliebe, so hätte der Zoll doch nur dieselbe Wirkung, als wie eine Fracht von 1 Pfennig pro Meile der Zentner, auf 25 Meilen so niedrig also, wie sie selten existirt, auch bei den großen russischen Bonifikationen ist sie kaum noch etwas über 1 Pfennig pro Zentner die Meile. Was will das sagen, wenn es sich um Entfernungen von 200, 250 und 300 Meilen handelt? Da ist ein Unterschied von 25 Pfennig pro Zentner auf die ganze Tour noch kein Grund, die bisherigen Beziehungen zu verlegen, und die Herren werden das verzollte Getreide so mischen und mahlen können, wie das unverzollte. Ich glaube auch, zu demselben Preise, weil ihre Abgeber es eben nicht anders los werden.

Bedenken gegen die Zollvergütung.

In Bezug auf diese Frage des Transits und des Zollersatzes an der Grenze möchte ich doch auch bitten, die finanzielle

Seite der Sache etwas mehr in Betracht zu ziehen. Ich habe diese ganze Vorlage betrieben und eingeleitet im Sinne einer ausgedehnten finanziellen Reform, um den verbündeten Regierungen und dem Reich selbst die Mittel zu geben, die ihnen fehlen, um Finanzquellen zu eröffnen, um drückende direkte Steuern durch weniger drückende indirekte zu ersetzen. Wo sollen aber die Mittel dazu herkommen, wenn nicht nur die Hauptsteuervorlagen, die gerade, die das Geld bringen sollen um die Klassensteuer zu ermäßigen, in meinem Sinn, um sie ganz zu beseitigen, insbesondere um die Grundsteuer und die Grundsteuerbeischläge, wie ich neulich entwickelte, für die Landwirthschaft zu vermindern, um die Landwirthschaft im Innern zu entlasten, wo sollen denn die Beträge dazu herkommen, wenn die wichtigsten Finanzartikel, wie Bier, Tabak, ein so wenig eifriges Entgegenkommen finden wie bisher, so daß wir fürchten müssen, daß wir mit denen in dieser Session wenigstens den Finanzminister keine weiteren Quellen eröffnen können — (Zuruf). Darf ich bitten, fortzufahren, ich habe Zeit und kann schweigen. Die Herren Finanzminister, ich glaube, sie werden vielleicht in einer späteren Zeit mich in meinen Bemühungen erkennbar unterstützen, wie bisher, denn um ihre Sache handelt es sich. Wo sollen sie die Mittel herbekommen, um unsere Steuern zu erleichtern, wenn die ertragreichsten kein Entgegenkommen finden, und wenn bei diesen, wo wir bisher noch Hoffnung auf ihr Durchgehen hatten, die finanzielle Wirkung, der finanzielle Ertrag dadurch beschränkt wird, daß ein sehr wesentlicher Theil der Einfuhr in die Lage gesetzt wird, daß der Zoll, der dafür erhoben wird, wieder vergütet werden muß, und daß sie dem Finanzminister nur eine geringe Einnahme geben, und daß namentlich auf diese Weise die steuerliche Belastung unseres Kornbedarfs nicht gerechter repartirt wird zwischen dem Auslande und dem Inlande, wie mein Bestreben ist, sondern daß die Quote, die auf das Ausland gelegt wird, möglichst geschmälert und verkleinert wird, daß wir also um so viel weniger Mittel haben, um die Landwirthschaft im Innern zu erleichtern; der ganze Reformplan liegt ja offen vor, und liegt auch in der ganzen Oeffentlichkeit Jedermann zur Prüfung vor, und ich glaube, daß er im Lande im Durchschnitt eine günstigere Aufnahme gefunden hat, als

hier in diesem hohen Hause. Wenn es uns nicht gelingt, ihn zu verwirklichen, werden die Regierungen sich sagen können, daß sie das ihrige, um die bestehenden Steuern zu erleichtern, um neue Quellen zu eröffnen, gethan haben. Ohne Ihre Unterstützung aber, meine Herren, würden wir natürlich nicht zu unserm Ziel gelangen."

Die sämmtlichen Anträge wurden der Tarif-Kommission zur Vorberathung überwiesen. Auf Grund der bezüglichen Vorschläge der Kommission stand die Frage des Getreidetransithandels in der 76. Sitzung, am 8. Juli 1879, zur Berathung auf der Tagesordnung.[1]) Zu diesen Kommissionsvorschlägen hatte der Abgeordnete Freiherr von Varnbüler Abänderungsanträge gestellt, welche von jener im Wesentlichen insofern abwichen, als sie nicht obligatorisch die Bestimmungen betreffs des Transithandels treffen wollten, sondern der Reichsregierung freiere Hand zu lassen bezweckten. Nach dem Abgeordneten von Varnbüler ergriff der Herr Reichskanzler das Wort, um sich wie folgt für die Varnbüler'schen Anträge zu erklären:[2])

„Ich erlaube mir, der Empfehlung, die der Herr Vorredner seinem Antrag beigab, mit wenig Worten beizutreten. Der Kommissionsantrag, um den es sich handelt, deckt mehrere an sich nicht gleichbedeutende Gegenstände, die für die Bestrebungen, welche die Regierung und mit ihr ein großer Theil des Reichstags verfolgen, nicht gleichbedeutend in ihrer Rückwirkung sind. Einmal handelt es sich um die Mühlengeschäfte einerseits und um die Transitläger andererseits. Der Herr Referent hat mit Recht bemerkt, daß die Mühlengeschäfte unter diesen beiden die günstigere Bedeutung für das innere wirthschaftliche Leben haben, abgesehen von der Fabrikthätigkeit, die sie entwickeln, und von der gewinnreichen Beschäftigung inländischer Arbeiter in weit größerer Ausdehnung; wie der Transithandel, läßt das Mühlengeschäft der Landwirthschaft ein Produkt zurück, welches in die Kategorie derer zu rechnen sein möchte, die wir überhaupt zollfrei eingelassen haben, Futter, und dadurch indirekt Düngermaterial, ich meine, die Kleie und das Futtermehl, die Rückstände, wenn die Mühlen-

---

[1]) Stenogr. Bericht, 3. Band 1879, Seite 2163 ff.
[2]) Stenogr. Berichte, 3. Band 1879, S. 2170.

besitzer den Vortheil haben, diese Rückstände ausländischen Korns unverzollt einbringen, so kann man ihnen das gönnen, auch wenn, was ich nicht befürworte, der Kommissionssatz durchginge, 75 Prozent, 25 Prozent Abgang, den sie von ihrem Import zollfrei in den inländischen freien Verkehr bringen könnten, ich gönne es ihnen, weil es im Ganzen für unseren wirthschaftlichen Verkehr nützlich ist. Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß dies bei dem Transithandel überhaupt nicht der Fall sei, ich meine nur, nicht in dem Maße, wie bei den Mühlen.

Schonung des ausschließlichen Transithandels.

Nun liegt es den verbündeten Regierungen außerordentlich ferne, irgend welche blühende Geschäftsthätigkeit im Lande durch einen Eingriff mit rauher Hand plötzlich zu stören, die Besitzverhältnisse innerhalb der geschäftlichen Betriebsamkeit zu alteriren, umzustürzen; wir wissen ja, welche bedeutenden Werthe, welche große Thätigkeit in dem Transithandel mit Getreide stecken, und man würde aufhören, im deutschen Sinne eine Regierung zu sein, wenn man solche Realitäten, die vorhanden sind, ignoriren und lediglich der Konsequenz eines gesetzgeberischen Gedankens zu Liebe plötzlich zerstören würde. Gerade aber, weil eine Zerstörung des Transithandels den Regierungen ferne liegt, so hatten sie gewünscht, zu einer Unterscheidung berechtigt zu sein in der Behandlung derjenigen Läger, welche dem Transit ausschließlich dienen sollen, und derjenigen Läger, welche sich die Konkurrenz mit der landwirthschaftlichen Thätigkeit des Inlandes vorbehalten. Auf diesen Unterschied hat auch schon der Herr Referent aufmerksam gemacht und er wird beleuchtet namentlich durch die Anträge der Landwirthe in Bayern, die sich gegen die dortigen in München und Lindau, vielleicht auch anderweit vorhandenen großen Handelsläger für den Transit und den inländischen Handel richten. Ganz ohne steuerliche Aufsicht werden solche Läger ja immer nicht bleiben können; wenn das überhaupt möglich wäre, daß man sich ausschließlich auf die kaufmännische Buchführung in der Beziehung verlassen könnte — bei aller Glaubwürdigkeit derselben muß das doch nicht möglich sein, denn wenn es möglich wäre, wie einfach könnten wir dann unsere ganze Steuerbeaufsichtigung einrichten, wir brauchten bloß die kaufmännischen Bücher nachzuschlagen über alles,

was importirt worden ist, und brauchten nicht die Kisten zu öffnen, nachzusehen und zu registriren, sondern man könnte sich an den Empfänger wenden und in den Büchern aufschlagen, was er erhalten hat. Wenn das bisher bei der großen Ersparniß, die darin liegen würde, niemals angänglich gefunden worden ist, so wird auch hier die kaufmännische Buchführung nicht die alleinige Kontrole sein, um so weniger, als ganz ohne Zuthun, ohne irgend welchen Irrthum in der Buchführung, ohne Zuthun der manipulirenden Diener auf einem Speicher, doch durch die Natur der Dinge Veränderungen in dem Gewichte des Getreides vorkommen; namentlich das russische Getreide, insoweit es nicht durch den Prozeß der Darre in den Scheunen gegangen ist, muß nothwendig eine Gewichtsverminderung erleiden im Vergleich mit dem Augenblick, wo es die Grenze überschritten hat. Es ist dann in einem mehr oder weniger feuchten Zustande, auch nicht selten angekeimt, und gerade diese Manipulation des Ausbreitens, die der Herr Referent geschildert hat, ist mit bestimmt, die wasserigen Theile verdunsten zu lassen und die Keime abzustoßen. Diese Operation kann aber, wie einleuchtet, nicht ohne eine erhebliche Gewichtsveränderung vor sich gehen. Wenn Sie einen Scheffel Getreide in feuchtem Zustande wiegen und thun nichts weiter dazu, sondern lassen denselben Scheffel Getreide trocknen und wiegen ihn nachher wieder, so muß er nothwendig einige Pfund weniger wiegen, also das Gewicht des eingeführten und ausgeführten Getreides deckt sich nicht nothwendig; es können auch andere Verhältnisse hinzutreten. Eine gewisse staatliche Kontrole wird, wie das auch der Kommissionsantrag in seiner Nr. 3 anerkennt, stets unausbleiblich sein.

Die den Verkauf nach dem Inlande bezweckenden Läger unterliegen einer anderen Kontrole als die Transitläger.

Nun war es gerade die Absicht der verbündeten Regierungen, den Transit günstiger zu stellen als den im Inlande konkurrirenden Handel, die Transitläger mit derselben wohlwollenden Rücksichtnahme auf das Bestehende zu behandeln, wie, glaube ich, Jedermann zugeben wird, daß alle Transitläger anderer zollpflichtiger Gegenstände bisher von Seiten der verbündeten Regierungen und ihrer Zollverwaltungen behandelt worden sind. Das wird erleichtert, wenn beide Kategorien geschieden werden.

Diejenigen Läger, welche auf Verkauf nach dem Inlande

hinein aus ihren Transitlägern nicht verzichten wollen, bedürfen schon wegen größerer Komplikation ihrer Arbeiten und Manipulationen und des stärkeren, nach mehreren Seiten hinausgehenden Wechsels ihres Bestandes einer genaueren Kontrole, als diejenigen, die sich auf reinen Transit beschränken, und lediglich um den bestehenden Transit nicht zu stören, haben die Regierungen den Gedanken gehabt, der im Amendement des Herrn Abgeordneten von Varnbüler seinen Ausdruck gefunden hat. Wird dieser Gedanke verworfen, so müssen natürlich sämmtliche Transitläger der gleichen Behandlung unterworfen werden. Daß sie nicht gleich in ihrer wirthschaftlichen Wirksamkeit sind, darin besteht ein dritter Unterschied zwischen diesen Geschäften, die unter diese Kategorie gebracht werden.

Nämlich die Geschäfte der baltischen Häfen sind ganz anderer Natur, wie die Geschäfte in denjenigen Transitlägern, welche sich auf einem sehr viel längeren Transitwege durch das ganze breite Deutschland von Osten nach Westen hin bewegen, gerade diejenigen, über welche die bayerischen Landwirthe klagen, und wenn die sächsischen darüber, wie der Herr Referent meinte, nicht auch klagen, so ist das doch nur, weil der niedersächsische Stamm geduldiger und weniger beweglich ist, wie der süddeutsche, (Heiterkeit) denn Grund zu klagen ist dort in demselben Maße vorhanden, und dieselben Unterschiede finden auch auf Holz Anwendung. Wenn es möglich wäre, nach der Gleichheit vor dem Gesetze die Einrichtung zu beschränken auf die Ostseehäfen, da läge ja die Sache ganz anders. Da ist ein schmaler Strich, bei dem wenig inländische Produktion in Konkurrenz mit ausländischem durchgehenden Gut kommt, aber der Transit nach dem Westen durch die größere Breite Deutschlands hin ist doch zum größten Theil ein mehr auf Konkurrenz mit dem inländischen Getreidebau, mit der inländischen Landwirthschaft berechneter als lediglich zur Durchfuhr nach den westlichen Ländern bestimmter, obschon er auch da nicht ganz so unschädlich für unsere eigene landwirthschaftliche Produktion wird, wie man annehmen will, denn früher hat Deutschland einen ganz erheblichen Getreideabsatz nach Frankreich, Belgien, Holland gehabt. Jetzt ist es in der Hauptsache nur noch der Spediteur des ungarischen und russischen Absatzes nach jenen Gegenden hin, und an

dieser Spedition haben eben die mit der Landwirthschaft beschäftigten Angehörigen des deutschen Reichs keinen Antheil, haben keinen Antheil an dem Verdienst, der daran gewonnen wird. Wenn Sie es durch Zusammenschieben aller Transitläger den Regierungen erschweren, dort einen Unterschied zu machen, so wird die Regierung deshalb in der wohlwollenden und förderlichen Behandlung des bestehenden Verkehrs sich zwar nicht irre machen lassen, aber die Anordnungen über die Sicherheiten und Bürgschaften, die von den Lägern gefordert werden müssen, können doch gar nicht zu verschieden von einander sein. Man kann nicht der Willkür der einzelnen Behörden einen zu großen Spielraum lassen, sie müssen allgemeiner Natur von den Zentralbehörden der einzelnen, die Zölle verwaltenden Staaten ausgehen. Und deshalb sage ich nur: wenn Sie im Vergleich mit dem von Varnbüler'schen Amendement das Kommissionsgutachten annehmen und das Amendement verwerfen, so erschweren Sie den Regierungen die Ausführung der guten Intentionen, die sie für den Transithandel haben."

Die Anträge Varnbüler wurden angenommen.

Holzzölle. Die Debatte über die Holzzölle begann in der 53. Sitzung, am 26. Mai.[1]) Die Diskussion erstreckte sich zunächst über Pos. 13 littr. a: „Brennholz, Reisig, auch Besen von Reisig, Holzkohlen, Korkholz, auch in Platten und Scheiben; Lohkuchen (ausgelaugte Lohe als Brennmaterial); vegetabilische und animalische Schnitzstoffe, nicht besonders genannt — zollfrei" und littr. c: „Bau- und Nutzholz: 1) roh oder bloß mit der Axt vorgearbeitet, Zollsatz für 100 Kilogramm 0,10 oder für 1 Festmeter 0,60 M. 2) gesägt oder auf anderem Wege vorgearbeitet oder zerkleinert; Faßdauben und ähnliche Säg- oder Schnittwaaren, Zollsatz für 100 Kilogramm 0,25 oder für 1 Festmeter 1,50 M." und wurde erst in der 55. Sitzung, am 27. Mai zu Ende geführt. In der 54. Sitzung nahm nach dem Abgeordneten Schlutow der Herr Reichskanzler das Wort:[2])

---

[1]) Stenogr. Ber. 1879, 2. Band S. 1467.

[2]) a. a. O. S. 1505.

„Ich würde in so vorgerückter Stunde nicht das Wort ergreifen, wenn der Herr Redner nicht wiederholt auf meine Person und meine Aeußerungen Bezug genommen hätte, obschon ich in dieser Debatte meinerseits noch gar nicht das Wort ergriffen und gar nicht gesprochen habe.

Der Herr Redner hat zurückgegriffen in die Debatte über die Getreidezölle und meine Aeußerungen von damals; ich will ihm auf dieses Gebiet nicht folgen, sondern mich lediglich an das Holz halten, bei dem wir uns augenblicklich befinden, und da der Reihe nach, wie ich sie mir notirt habe, einige der Einwendungen und Angaben beantworten, die der Herr Vorredner gegen die Vorlage gemacht hat, und Einiges, was ich für unrichtig darin halte, richtig zu stellen suchen.

Was zunächst seine Beschwerde darüber anbelangt, daß die weichen und harten Hölzer gleich hoch verzollt würden, so hatten wir geglaubt, daß die Herren Holzhändler in dem Heruntersetzen des Zolls auf harte Hölzer die Konzession wohl erkennen würden, die wir damit machen wollten. Wir haben den mittleren Durchschnitt zwischen weichen und harten Hölzern von früher gewählt, um gerade die Zählung, die Abfertigung zu erleichtern. Was sie an den weichen Hölzern mehr zu verzollen haben, haben sie an den harten weniger, und nach den Auseinandersetzungen des Herrn Vorredners, welcher sachkundig ist, muß man ja annehmen, daß die harten Hölzer beim Fluß- und Seeverkehr und dem Export nach England ihnen die Hauptsache bilden und die weichen Hölzer bloß zur Verkoppelung, um der mangelnden Schwimmkraft der harten aufzuhelfen, benutzt werden. Es ist hiermit eine Konzession beabsichtigt. Sollten die Herren wünschen, daß auf die weichen Hölzer ein niedrigerer Zoll, wie der vorgeschlagene, gesetzt würde, so müßte die Regierung sich vorbehalten, den auf die harten Hölzer ursprünglich bestandenen auch wiederherzustellen. Wir glaubten aber, daß das im Interesse der Abfertigung gerade günstiger ist, daß nicht untersucht wird, was weiches, was hartes Holz ist, wie ja zum Beispiel nach dem alten preußischen Zollgebrauch die Buche zum weichen Holz gerechnet wurde, während sie sonst nach der Forstterminologie gewöhnlich zum harten zählt. Indessen kommt das ja hier nicht in Betracht, weil das Buchenholz ja wenig importirt wird.

Weshalb die harten und weichen Hölzer gleich verzollt sind.

Die verkehrte Richtung des Holzhandels zum Nachtheile des inländischen Waldbesitzes und der Arbeit.

Der Herr Vorredner hat dann mit besonderer Emphase die deutsche Nationalität des Holzhandels, die deutsche Nationalität betont, er sprach von dem deutschen Holzhandel, von deutschen Holzhändlern, und ich möchte da den Schlüssen entgegentreten, die ein Laie daraus ziehen könnte, als ob diese Herren deutsches Holz verführen und verkauften, und als ob das deutsche Holz durch ihre Vermittelung einen Absatz fände, als ob die 8 Prozent, mit denen sie am Londoner Markt betheiligt sind, aus deutschem Holz beständen. Nach dieser Richtung hin sind die Herren eher russische Holzhändler als deutsche; (Heiterkeit) sie sind in ihrer Eigenschaft als Landsleute uns ja immer willkommen, und wir freuen uns, wenn sie am russischen Holz etwas verdienen; aber deutsche Holzhändler in dem Sinn, daß sie deutsche Produkte exportiren — den Ruhm kann ich ihnen doch nicht zugestehen. Diese nationale Seite der Sache sollten sie lieber nicht berühren, denn sie erinnern uns daran, daß wir mit Schmerzen sehen, wie unsere einheimischen Eisenbahnen, die zum großen Theil mit dem Geld der Steuerpflichtigen, jedenfalls mit dem Geld der Deutschen gebaut sind, Verkehrsanstalten des Auslandes geworden sind, die hauptsächlich zum Nutzen unserer ausländischen Nachbarn, (sehr richtig! rechts) viel weniger zum Nutzen der inländischen, deutschen Produktion dienen. Sie erinnern uns ferner daran, was wir ja geographisch nicht ändern können, daß unsere deutschen Seestädte vermöge der Wendung, die das Geschäft genommen hat, wesentlich zu Emporien des östlichen Auslands geworden sind und mit den Produkten unserer ausländischen Nachbarn, welche so glücklich gewesen sind, ihre Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, bei uns durchfahren und für die Produzenten der gleichartigen deutschen Produkte nur einen Blick kühlen Mitleids haben gegenüber dem Vortheil, den sie an dem ausländischen Holz machen. Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, daß viele Arbeiter beim Flößen und bei der sonstigen Behandlung des Holzes ihr Brod fänden, so glaube ich, wird das immer auch bei Annahme des Zolls der Fall bleiben. Ich möchte ihn aber doch bitten, eine vergleichende Statistik darüber anzustellen, welche Masse von Arbeitern in den inländischen Wäldern brodlos geworden ist dadurch, daß diese inländischen Wälder nicht

mehr rentabel sind, (sehr wahr! rechts) und den früheren Absatz nicht mehr haben. Ich habe dabei namentlich die Provinz Schlesien im Sinne, wo durch die schlesischen Wälder der Länge nach die österreichischen geschnittenen Hölzer durchfahren vor den Augen der brodlosen Arbeiter, die früher in den schlesischen Wäldern eine reichliche, tägliche, ihnen angenehme und vom Vater auf den Sohn vererbende Beschäftigung fanden, zum größern Theil als Holzhauer und als Beaufsichtiger der ganzen Entwicklung, die mit der Verwerthung des Holzes verbunden ist, als Sägemüller, aber zum eben so großen Theil auch als Unternehmer im Kleinen für den Transport, der innerhalb unserer Wälder nach den Schneidemühlen und Bahnhöfen hin stattfindet. Alle diese kleinen Leute, die ein Pferd im Sommer auf ihrem Acker beschäftigen, im Winter aber gar keine Beschäftigung für das Pferd haben, die verdienten erhebliches Geld den ganzen Winter hindurch mit den Holzfuhren, die in geschäftsfreie Zeit fielen, und diese Leute haben ihre Pferde abschaffen müssen, weil sie sie im Winter nicht mehr ernähren können. Und diese schlesischen Wälder, die sonst von Arbeitern wie ein Ameisenhaufen wimmelten, sind todt und still, nicht bloß zum Kummer des leitenden Oberförsters, oder des Privatbesitzers, sondern namentlich zur drückenden Sorge für die Armenpflege und die Arbeiter, die früher zu Hunderttausenden in allen jetzt ertraglosen inländischen Wäldern ihre Nahrung fanden, deren Zahl doch ganz anders in's Gewicht fällt, als die Zahl der Floßarbeiter, die zum großen Theil, wir kennen ja alle die Flissacken, Ausländer sind und an der Spitze gewöhnlich einen Regimenter haben, der unserer Nationalität angehört.

Der Herr Vorredner sagte, es sei nicht richtig, daß das russische Holz, wenn es überhaupt heraus will, bei uns durch muß. Er hat dabei Angaben gemacht, die ich ja in ihrer Richtigkeit nicht alle prüfen kann, aber die eine, die er machte in Bezug auf den Absatz den Dnieper entlang über Cherson, da wird er doch nur Anklang finden bei Leuten, die den Dnieper nicht kennen. Es ist möglich, daß kleine Quantitäten Brennholz den Dnieper über die Wasserfläche weg hinabgeflößt werden können, aber wie die künstlich verbundenen Flöße von großen Nutzhölzern diese Wasserfälle und Stromschwellen

Die Verfahrung des russischen Holzes.

heruntergebracht werden sollen, das weiß ich nicht, die würden in Trümmern ankommen und da würde von einem irgendwie rentabeln Handel mit Nutzholz nicht mehr die Rede sein können. Also mit solchen Aussichten darf der Herr Vorredner uns nicht zu ängstigen versuchen. Der Dnieper hat für den großen Holzhandel und für die großen Flüsse keine andere Mündung, als nach Norden seinem Strom entgegen durch die Sümpfe und Kanäle, die ihn verbinden, nicht bloß mit dem Niemen, sondern auch nach der Weichselseite mit dem Bug. Was zum Dünagebiet gehört, das geht schon jetzt die Düna herunter, und was da zu flössen ist — denn es wäre ja sehr wunderbar, wenn man Holz, was im Dünagebiet liegt, nun auf das Niemengebiet oder auf das Weichselgebiet im Landwege übertragen wollte, um es anderwärts zu flößen — also das fällt ganz außerhalb unserer Berechnung.

Ich freue mich, daß der Herr Vorredner nicht das alte Schreckbild für den Holzhandel wieder aufgewärmt hat, von dem Umweg aus dem Niemen heraus über Kowno mit der Libauer Bahn, sondern daß er sich bloß auf Faßdauben und Nadelhölzer beschränkt hat, die aber doch auf den großen Flößen bequemer schwimmen; aber die großen Hölzer lassen sich ja gar nicht herausnehmen aus dem Strome und wer die Ufer am Kowno kennt, wo die Hölzer 100—150 Fuß heraufzuschaffen sein würden, wird zugeben, daß die Flöße durch diese Arbeit selbst schon entwerthet werden würden. Die großen Hölzer sind nicht einmal auf den Eisenbahnen fahrbar, sondern sind auf den Wassertransport absolut angewiesen, und deshalb haben sie eine Zwangsroute nothwendig nach unseren Häfen hin und können diese Bahn nur insoweit verlassen, als sie nach ihrer geographischen Vertheilung überhaupt zum Dünagebiet und nicht zum oberen Dnieper-, Bug- oder Memelgebiet hin gravitiren, und selbst die sehr waldreichen Gegenden der Wilia werden doch auch dem Strom folgen aus der Memel herunter und werden nicht nach der Düna, in deren nächster Nähe sie entspringt, übergehen können.

Nur im Interesse der Einzelstaaten wird immer wieder die Finanzfrage betont.

Der Herr Vorredner hat dann den dringenden Wunsch ausgesprochen, wir möchten mit mehr Einigkeit und weniger Schärfe diskutiren; ja, meine Herren, die Schärfe kommt daher, daß Behauptungen aufgestellt und vor der Oeffentlichkeit accentuirt werden als ganz sichere, die der anderen Seite un-

begründet erscheinen und denen der Andere dann aus seiner Ueberzeugung als unbegründet widerspricht. Im Uebrigen, sachlich ist das ja eine Angelegenheit, die uns politisch nicht erregen sollte, aber es ist ein altes Sprichwort, daß in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört, und daß hier eine Geldfrage für den einen oder den anderen Theil der Unterthanen vorliegt, wo die Geldlast und die Geldvortheile nach Ansicht der verbündeten Regierungen etwas gleicher vertheilt werden sollen, als sie in den letzten 50 Jahren vertheilt gewesen sind. Auch das finanzielle Interesse habe ich ja oft hervorgehoben, aber mögen Sie daraus, daß ich es oft hervorhebe, doch nicht schließen, daß dabei das Reich in erster Linie interessirt sei. Das Reich erhält, wenn Sie die Finanzzölle nicht bewilligen, doch sein Geld; für das Reich ist es einerlei, ob die Einkünfte, die wir haben, aus den Matrikularbeiträgen, also aus der Grund- und Klassensteuer kommen, oder aus den Zöllen des Reichs, da sieht man den Thaler nicht mehr an, wenn er in die Reichskasse kommt; es ist vielmehr nur im Interesse der einzelnen Staaten und Regierungen, daß ich die Finanzfrage so oft accentuire, daß ich die Finanzfrage so oft hervorhebe. Deshalb kann ich auch die Hoffnung nicht unterdrücken, daß ich in der dritten Lesung eine festere und entschlossenere Unterstützung von Seiten der Finanzminister der einzelnen Staaten in dieser Frage haben werde, denn ich als Reichskanzler bin zu leicht zu desinteressiren, wie ich schon bemerkt habe, da das Reich durch die Verfassung so glücklich situirt ist, daß die anderen sich bemühen müssen, die Herren Finanzminister der einzelnen Staaten, wo sie das Geld auftreiben, das als Matrikularbeitrag abzuführen ist, und meine Bemühungen sind ja durch mäßige und abgenutzte Kräfte begrenzt und es wird der Moment kommen, wo ich meinerseits den Karren nicht weiter den Berg hinaufschieben kann, wenn ich nicht entschlossenen Beistand habe.

Die russischen Waldbesitzer werden den Zoll zu tragen haben.

Der Herr Vorredner hat gesagt, die russischen Waldbesitzer würden, wenn man diesen Zoll, so minim er auch ist — er beträgt ja, wenn ich den Festmeter weiches Holz zu 20 Mark Werth rechne und den Festmeter hartes Holz zu 30 Mark, was ungefähr 6 bis 10 Silbergroschen auf den Kubikfuß Nutzholz zu beiden Sorten sein würde, nur 2 bis 3 Prozent

des Werths. Aber daß der russische Waldbesitzer unter Umständen auch dieses Opfer noch bringen wird, das geht daraus hervor, daß die Preise, die unsere Holzhändler dort für Wälder von gleichartigem Bestande zahlen, je nach der Verlegenheit des Besitzers, je nach dem Leichtsinne des Besitzers, je nach seinem Geldbedürfniß außerordentlich verschieden sind; es werden Quadratmeilen zu 100,000 Rubel ausgeholzt, es werden Quadratmeilen zu 5000 Rubel gehandelt und zu 10,000 Rubel, und es haben Holzhändler, mit denen ich darüber sprach, und die ich nach dem Preise der Schwelle oder anderer einzelner Hölzer fragte, mir gesagt: das können wir im Einzelnen nicht berechnen, das erfahren wir, wenn wir im folgenden Jahre oder in zwei Jahren die Rechnung aufmachen, da kommen wir dahinter, wie das abgewickelte Geschäft war, aber im Augenblick kann ich keine Auskunft darüber geben, welchen Bruchtheil eines Pfennigs eine Schwelle auf die Quadratmeile Wald kostet. Also im Einzelnen auf die Schwelle wird der russische Besitzer nichts nachlassen, aber auf die Quadratmeile kann er statt 100,000 Rubel 50,000 Rubel nehmen, oder 30,000 oder 5000; das werden die Herren mit der Geschicklichkeit, die sie in den Verhandlungen mit den dortigen Waldbesitzern gezeigt haben, sehr bald ermitteln. (Heiterkeit.)

Der Holzzoll eignet sich Rußland gegenüber als Kampfzoll.

Der Holzzoll, gerade weil das Holz gebunden ist an diesen Wasserweg, eignet sich Rußland gegenüber ganz vorzüglich zu einem Kampfzoll und ich bitte den Herrn Vorredner, doch zu glauben, daß die verbündeten Regierungen in dieser Beziehung, wo es sich um die Pflege und die Wohlfahrt Deutschlands handelt, nicht von derjenigen Schüchternheit beseelt sind, die befürchtet, es könnte aus dem Wald so herausschreien, als wie man hineinschreit, und es würden wieder Kampfzölle gegen uns gebraucht werden. Unser ganzer Holzzoll ist schon nichts als eine Repressalie. Unsere Nachbarn, Rußland und Oesterreich, haben alle Repressalien längst vorweggenommen; was bleibt ihnen übrig? (Sehr richtig! rechts.) Sie haben seit einem halben Jahrhundert die höchsten Zölle, die möglich sind, vorweggenommen, förmlich Prohibitivzölle, und wenn man einmal durch Prohibitivzölle abgeschlossen ist, dann ist mehr nicht thunlich, es ist gerade so, wie Jener sagte beim Schrotverkauf: „Dieses schießt noch tödter!“ so ist es auch bei den bestehenden

Prohibitivzöllen anwendbar: wir sind ausgeschlossen und können noch ausgeschlossener nicht werden.

Der Herr Vorredner sagte ferner, daß er wohl zugeben wolle, daß vorübergehend einige Quantitäten Holz in Deutschland geblieben wären, die Hauptsache wäre aber der Transit. Ja, von dem Standpunkt des Vertreters des Seehandels mag ihm der ganze Verkehr im Binnenlande entgangen sein. Was in Stettin und Danzig ausgeht, das mag ja wesentlich Transit sein, denn die schönen Zeiten, wo man in Stettin die inländischen Hölzer, die im Odergebiet wuchsen, exportirt hat, sind vorbei, sie sind den Leuten zu theuer, sie kaufen anderswo wohlfeiler. Auch bis nach Stettin, bis Hamburg erstreckt sich die Eigenschaft unserer Hauptseestädte, Emporien für das Ausland, für Oesterreich und Rußland geworden zu sein und ihr ganzes Geschick und ihren Handel immer mehr von den dortigen Zuständen abhängig zu fühlen, als von den heimischen Deutschen und wir können ja nicht erwarten, daß sie freiwillig unser Holz kaufen; wenn sie doch, wie Herr von Frankenberg sehr richtig bemerkte, das grobe Holz im Gegensatz zu dem feinen Holz, das heißt zu dem, was kleinere Jahrringe hat, — wenn sie das wohlfeiler kaufen, so ist das eben auch für den Käufer eine Ueberraschung, ich will auch hier nicht sagen Täuschung, wo er später dahinter kommt, daß es sich nicht so lange hält, wie die heimische gute Kiefer, die ja überhaupt das beste Nutzholz ist, was es giebt. Und wenn namentlich bei unseren Behörden häufig Werth darauf gelegt wird, amerikanisches Holz, Pitsch Pine wäre besser, dauerhafter, so begreife ich nicht, wo sie das erprobt haben. Wir haben von unseren Eichen, und Kiefern in den Dächern alter Häuser, Kirchen und Rathhäuser den Beweis von 2, 3, 5, 600 Jahren in den alten Kirchendächern, wie sich unser heimisches deutsches Holz hält, aber von Pitsch Pine weiß Niemand, ob es zehn Jahre dauert oder nicht, ob es namentlich bei seinem Harzreichthum, bei seinen Trockenbauten nicht eine sehr gefährliche Qualität hat, nämlich die, daß kein Firniß diesen Harzreichthum abhält, unter der Sonne, in der Wärme auszuschwitzen und auf diese Weise den Schutz illusorisch zu machen, den der Firniß bilden soll.

Die Seestädte sind Emporien für das Ausland; Vorzüge der einheimischen Hölzer.

Viele Sachen sind sehr leicht einem einzureden. Jemand,

der eine große Menge Pitsch Pine gekauft hat, weiß einen Baubeamten zu finden, der sagt, dies ist das beste, und der Baubeamte weiß einen Verwaltungsbeamten zu finden, der auf sein Urtheil hört und die Behörde stellt ein Attest aus, ohne geprüft zu haben, Pitsch Pine sei besser. Und dies ist bei dem geringen Verbrauch der Behörden noch lange nicht so übel in der Wirkung, als das Beispiel ist. Alle Unternehmer glauben dann, die Behörden finden es und es muß also feiner, besser, jedenfalls ausländischer sein als unser Holz.

Diese „vorübergehenden" Quantitäten, die in Deutschland bleiben — ich verstehe das nicht recht, wenn sie vorübergehen, so bleiben sie eben nicht, aber ganz sicher ist, daß sie zum meisten Theil bleiben; sie gehen durch den Thorner Grenzpaß nach dem Bromberger Kanal hinauf und gelangen durch den Genthiner Kanal bis nach Magdeburg, und dort ist ein Hauptemporium, gegen welches z. B. die Harzhölzer — eine unserer waldreichsten Provinzen, — nicht mehr aufkommen können, namentlich weil auch dort die Behörden Zeugnisse ausstellen, das ausländische Holz sei besser, das böhmische sei besser, was eine baare Unwahrheit ist, denn das böhmische wächst auch auf besserem Boden, wie die märkische Kiefer. Jedermann weiß, daß es kein besseres und zäheres Bauholz — und auch früher war im ganzen Holzhandel darüber kein Zweifel — giebt, als die Kiefer aus dem Oder- und Elbegebiet, da kommt keine Fichte und keine Tanne dagegen.

Folgen, wenn die Waldprodukte nicht mehr verwerthet werden können.

Also ich muß bestreiten, daß das meist Transit ist, denn das Hauptquantum bleibt im Lande und drückt entweder den Absatz Nord- und Süddeutschlands nach Frankreich und Belgien, oder drückt den Absatz im Inlande, und die Waldverwüstung, die daraus schließlich entstehen muß, wenn der Wald keinen Ertrag mehr giebt, hat Graf von Frankenberg schon vorhin nachgewiesen. Ich will nur noch hinzufügen, wie es kommen wird: Der Waldbesitzer wird sein Holz zwar noch verkaufen, er wird aber keine Schonung mehr anlegen, weil er sich sagt, dies ist keine rentable Anlage mehr, und der Wald wird Einen Umtrieb noch haben, und wenn der zu Ende ist, wird er eine Wüste und Sandfläche sein, die dem Lande schadet, anstatt ein Vortheil für das Land zu sein. Ich glaube, ein Forstbesitzer, welcher genau rechnen wollte,

der wird überhaupt keinen Wald mehr anlegen, wenn er kein besonderes pretium affectionis dafür hat; es gibt ja Gott sei Dank noch solche Holznarren in Deutschland, und zu denen gehöre ich selbst, die Freude haben am Wachsthum des Waldes, ohne sich die Kosten Zins auf Zins zu berechnen, aber wenn es nicht mehr lohnt, Holz zu ziehen, so wird und muß der Wald verfallen; Sie haben keinen Zwang auf die menschliche Natur, um den Wiederaufbau des abgeholzten Waldes zu erzwingen.

Dann sagte der Herr Vorredner in Bezug auf die Zollabfertigung, daß die „Register" schwer verwendbar wären. Ja, bei unserer ganzen Zoll- und Steuerverwaltung, da ist ja bisher allerdings die Voraussetzung, daß Jeder, mit dem der Fiskus zu thun hat, ein Dieb ist, bis er das Gegentheil beweist, und bevor der Beweis nicht geführt wird, ist es besser, ihn von Hause aus als solchen zu behandeln, damit man durch Vorsicht jede Schädigung des Fiskus verhindert. Dieser alte fiskalische Zug zieht sich seit Jahrhunderten durch unsere ganze Zollgesetzgebung. Auf die Existenz ehrlicher Leute im Lande rechnet die Zollgesetzgebung überhaupt nicht. Ich halte diese Voraussetzung für nicht zutreffend, nämlich wenn man falsche Konossements und Register unter Strafe stellt als Betrug, sobald sich dies beim Ausladen ausweist, so glaube ich, kann man das Hauptgewicht auf die Register legen, die jeden Transport begleiten müssen, wo die Stücke numerirt sein müssen, und der Kaufmann weiß genau, wie viel abgefertigt sind. Das ist also so außerordentlich schwierig nicht, und es ist doch in früheren Zeiten der Zoll erhoben worden, ohne den Handel erheblich belästigt zu haben. Und was der Herr Vorredner sagte von der Benutzung des Augenblicks, die an der Zollstätte so wichtig wäre, daß man nicht schnell genug mit der Abfertigung vorgehen könnte, weil inzwischen Hochwasser kommen, wo das Wasser sich verlaufen könnte, — meine Herren, ehe das Wasser der Weichsel bei Thorn abläuft, können sie vollkommen alles Holz der Welt verzollt haben. Es sind dies doch keine Bäche und Kanäle, wie im oberen Flußgebiet in Rußland; da mag die Wassersnoth oder Hochwasser aufhalten und unangenehm berühren. Aber sind sie bei Schmaleninken oder Fordon angekommen, an den großen Zollpässen der Memel

Zollabfertigung.

und der Weichsel oder auch nur an der Warthe, dann will ich zwar nicht sagen, daß die Sache Zeit hätte, im Gegentheil, ich glaube, der Handel muß schnell gefördert werden, und es werden sich Mittel finden lassen, den Holzzoll schnell zu erheben, aber das Wasser läuft nicht ab; und wenn der Transit in seiner Beobachtung größere Schwierigkeiten hat, — ja, meine Herren, über zwei Prozent des Geschäfts können diese Schwierigkeiten sich immer nicht belaufen, und sie werden vorziehen, den Zoll zu bezahlen, dann sind sie aller Plackereien überhoben und können mit dem Holz manipuliren, wie sie wollen. Und sie sollten doch auch vom Holz dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und einen kleinen Zoll für ihn übrig haben. (Lebhaftes Bravo rechts.)"

Mit einem Amendement der Abg. Freiherr von Fürth und von Schalsche in Nr. 13 lit. c. 2, hinter dem Worte „Schnittwaaren" noch zuzusetzen die Worte „Korbweiden" und „Reifenstäbe" wurde die Vorlage der verbündeten Regierungen in 2. Berathung angenommen.

Verwendung der Erträge der neuen Zölle.

Ueber die Verwendung der durch den neuen Zolltarif bewilligten Zölle hat die Tarif-Kommission auf Antrag des Freiherrn zu Frankenstein in das Tarifgesetz folgenden § 7 eingefügt: „Derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die Summe von 130,000,000 Mark in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen. Diese Ueberweisung erfolgt vorbehaltlich der definitiven Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten auf Grund der im Artikel 39 der Reichsverfassung erwähnten Quartalsextrakte und beziehungsweise Jahresabschlüsse." Die Liberalen wetteiferten in der Uebertreibung der partikularistischen Bedeutung dieses Paragraphen, während sie die konstitutionelle Bedeutung gänzlich ignorirten. Dieselben wollten die Matrikularbeiträge gänzlich wegfallen lassen und einen beträchtlichen Theil der neuen Reichseinnahmen von dem jährlich wiederkehrenden Votum der Volksvertretung abhängig machen. Der § 7 der Kommissionsvorlage läßt die Matrikularbeiträge bestehen, gewährt aber den Einzelstaaten hingegen durch Ueberweisung der Zoll- und Steuereinnahmen, welche die Summe von 130 Millionen übersteigen,

die Mittel zur Bestreitung der Matrikularbeiträge. In der 77. Sitzung, am 9. Juli, stand die Berathung dieses § 7 auf der Tages-Ordnung[1]) Nach Einleitung der Debatte durch den Berichterstatter sprachen die Abgeordneten von Bennigsen,[2]) Dr. Friedenthal,[3]) von Kardorff,[4]) Dr. Beseler[5]) und hiernach der Herr Reichskanzler wie folgt:[6])

Die einfachsten Maßregeln, selbst wenn sie als nothwendig anerkannt sind, stoßen dem deutschen Parlament gegenüber auf Schwierigkeiten; Preßhetzereien.

„Wenn man Jahre lang nur an praktische Geschäfte gewöhnt ist, so wird es einem sehr schwer, sich vorher eine Vorstellung zu machen von den Schwierigkeiten, mit denen Jemand der deutschen Presse und dem deutschen Parlament gegenüber zu kämpfen hat, wenn man eine einfache praktische wirthschaftliche Maßregel vorschlägt, deren Nothwendigkeit theils in ihrem gesammten Umfang, theils in ihren wesentlichsten Abschnitten von der großen Mehrheit der Bevölkerung absolut anerkannt ist. Ich habe mir in dem heutigen Stadium meines dauernden und seit 18 Jahren niemals unterbrochenen Strebens, die deutsche Einheit herzustellen und zu konsolidiren, die Aufgabe gestellt, so viel an mir ist, dazu mitzuarbeiten, daß die deutschen Finanzen in einen Zustand gelangen, der sowohl das Reich als auch die Einzelstaaten in die Lage bringt, den nothwendigen Anforderungen unseres Budgets zu genügen. Diese Lage war bisher nicht vorhanden; Sie haben die Vorlagen darüber aus allen bedeutenden Bundesstaaten bekommen, Sie kennen den Finanzzustand unseres Reiches, Sie kennen den Zustand der gesammten deutschen Finanzen, der außer Zusammenhang in Trennung der Reichsfinanzen von den Finanzen der Einzelstaaten gar nicht zu behandeln ist.

Der ganze Streit, um den es sich hier handelt, macht mir — allerdings liegt mir alle Theorie in dem langjährigen praktischen Leben, das ich geführt habe, ziemlich fern; — macht mir ungefähr den Eindruck, wie das bekannte Wort bonnet blanc, oder blanc bonnet, oder ob ich spreche von einem

---

1) Stenogr. Bericht, 3. Band 1879, Seite 2177.
2) Desgl. S. 2178.
3) „ S. 2186.
4) „ S. 2186.
5) „ S. 2189.
6) „ S. 2193.

schwarzen Tuchrock oder von einem Rock von schwarzem Tuch, weiter finde ich einen Unterschied nicht, jeder weitere Unterschied, den Sie hineinlegen, ist fingirt, widerspricht der Sachlage und widerspricht unserer Verfassung. Nach der Art, wie die Erregungen bei uns durch eine unerhörte und verlogene Preßagitation gesteigert worden ist, (Unruhe) wenn in dem Publikum und in den Lesern, die nichts wie ein einzelnes Hetzblatt lesen, falsche Ansichten darüber entstanden sind — und ich will mich bemühen, nicht diese Ansichten zu widerlegen, das ist ja gar nicht möglich, wer Recht behalten will, der wird nicht überzeugt werden, Sie kennen den Spruch im Dichter, sondern nur meinen Ideengang, und wie ich zu demselben gekommen bin, Ihnen klar darzulegen. Wir befinden uns hier in der Lage, etwa umgekehrt von der bekannten Fabel des Menenius Agrippa, wo die Glieder sich beklagten und den Magen nicht mehr ernähren wollten, da er seinerseits nichts thäte; hier verweigert der Magen bisher seine Schuldigkeit, den Gliedern die Nahrung, die sie zu ihrem Bestehen nothwendig haben, zufließen zu lassen. Das Reich hat alle Hauptfinanzquellen in Beschlag und hat die Schlüssel davon, und haben sich bisher wenigstens die Organe des Reichs, von denen unsere Bewilligungen abhängig sind, nicht darüber einigen können, auf welchem Wege diese Quellen flüssig gemacht werden können. Ich arbeite an der Reform unserer Steuern in meiner Stellung, die viele Leute für eine einflußreiche halten, für eine einflußreichere gewiß als sie ist, mit großer Mühe und gegen die Schwierigkeiten, die mir mein eigener Gesundheitszustand schafft, gegen die größeren Schwierigkeiten, die mir die Friktionen der mitwirkenden Kräfte geschaffen haben, um den finanziellen Uebelständen, unter denen wir ganz zweiffellos leiden, abzuhelfen. Aber seit der Zeit des Ministers von der Heydt und seit seinen Vorlagen werden Sie sich erinnern, daß jeder Versuch dazu, wenn mir die übrigen Geschäfte, da ich in der Hauptsache doch nicht Finanzminister bin, zu solchem Versuch Zeit ließen, daß jeder Versuch dazu mißlungen ist, ohne meine Anregung ist ein solcher Versuch überhaupt niemals in Szene gesetzt worden, und wenn meine Anregung jetzt nicht stattgefunden hätte, so wären wir überhaupt nicht dazu gekommen, über diese brennende Lebensfrage schon zu

verhandeln. Also ich habe hier nicht leichtfertig und plötzlich etwa aus irgend welchen Hintergedanken, die ich nicht eingestände, Vorschläge gemacht, sondern ich habe einen rein praktischen, materiell hausbackenen, lange erwogenen Vorschlag darüber gemacht, wie wir unsere Finanzeinrichtungen auf einen besseren Fuß bringen können. Ich habe mich dabei gegen jede Aenderung, sofern sie nur den Charakter einer Mitwirkung zum gemeinen Ziele hat, offen und empfänglich gezeigt. Ich habe im Anfang auch geglaubt, wir würden leichter zum Ziele kommen, als dies der Fall gewesen ist, es würde früher eine Verständigung stattfinden. Zu dieser ist aber von liberaler Seite nicht in dem Maße, wie ich erwartete, die Hand geboten, und es fehlt uns heute in unserer entscheidenden Verhandlung an jeder Vorlage von liberaler Seite, wie die Herren sich etwa denken, daß diese Finanzfrage gelöst werden könnte. So viel ich weiß, liegt gar kein Vorschlag, als die reine Negation vor, (sehr richtig! rechts,) die reine Negation dessen, was von Anderen allenfalls gemacht werden könnte. Wir haben die Negation von einem hervorragenden Mitglied der Fortschrittspartei allerdings als Programm offen proklamiren hören und in meiner Erfahrung hat die Fortschrittspartei es noch nie möglich gemacht, zu einer positiven Meinung zu kommen, bis die Regierung eine ausgesprochen hat, der sie widersprechen konnte. (Große Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Positive Pläne und Vorschläge aber über das, was zu geschehen hätte, sind nie vorgekommen und wenn neulich ein hervorragender Redner dieser Partei sagte, alle Unruhe im Reiche käme von mir und wenn ich nur erst beseitigt wäre, würde Alles paradiesisch vortrefflich gehen, so könnte ich das, wenn ich überhaupt persönlich werden wollte, in viel höherem Maße zurückgeben. Alle Unruhe im Reiche und alle Schwierigkeiten, zu gedeihlchen ruhigen Zuständen zu kommen, kommen meines Erachtens von der Fortschrittspartei und Denen, die mit ihr sympathisiren in den anderen Fraktionen, (sehr richtig! rechts und im Zentrum,) und das zu behaupten, bin ich in viel höherem Maße berechtigt, als jene Insinuation gegen meine Person es war. Streichen Sie meine Person — ich wäre seit Jahren fort, wenn das ohne Pflichtverletzung, ohne Verletzung der Treue, die ich meinem Herrn schulde, geschehen

könnte und wenn der Herr, der so sehr darnach strebt, mich zu beseitigen, es in einer ehrbaren, annehmbaren Weise durchzusetzen vermag, so will ich mich bemühen, nachher sein Freund zu werden. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Stellung des Reichskanzlers zu den verschiedenen Fraktionen; Wahrung der Finanzhoheit des Reiches; Gründe des Mißtrauens gegen die nationalliberale Partei; Geschichte der Annäherung an dieselbe und Trennung von der konservativen; Kulturkampf.

Die Stellung zum Franckenstein'schen Antrag wird hier als ein Probirstein behandelt in Bezug auf die Reichstreue oder Nichtreichstreue. Meine Herren, zur Stellung von diesem Dilemma haben Sie gar keine Berechtigung. Sehen Sie doch zurück auf meine Vergangenheit. Ich werde den Franckenstein'schen Antrag befürworten, — zuzustimmen habe ich ja in dieser Versammlung nicht, — und zwar habe ich mich dazu erst seit Kurzem entschlossen, seit wenigen Tagen, ich habe mich am vergangenen Sonntag bedingt dazu entschlossen, ich habe mich definitiv dazu erst entschlossen, nachdem ich in einer Gesammtprüfung der Wege, welche die Herren, die heute in der Opposition sind, gehen, mich überzeugt habe, daß sie Wege eingeschlagen haben, die ich niemals gehen kann, und die die verbündeten Regierungen nicht gehen können. Die Kundgebungen, die außerhalb dieses Hauses von sehr hervorragenden Mitgliedern einer großen Partei stattgefunden haben, die Reden und Argumentationen, wie sie neulich zur Bekämpfung des Zolls auf Petroleum hier vorgebracht worden sind, — ja, meine Herren, die nöthigen mich, zu Rath zu gehen mit meinem eigenen Pflichtgefühl gegenüber der Gesammtheit des Reichs. Mit Bestrebungen, die sich dergestalt kennzeichnen, kann ich nicht gehen, können die verbündeten Regierungen nicht gehen, mit denen kann das Reich nicht bestehen, sie sind Untergrabungen des Reichsbestandes, gerade so gut, wie die sozialdemokratischen Untergrabungen, die wir durch das Gesetz vom Herbst bekämpfen wollen, (Anhaltende große Unruhe und lebhafter Widerspruch links,) sie sind mindestens die Vorbereitungen dazu und ich habe daraus die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß, wenn eben Leute, die früher mitunter, sogar häufig der Reichsregierung ihre Unterstützung geliehen haben, wenn dort latent die zerstörenden Kräfte schlummern, die bei einer geringen Anreizung — es genügt dazu, bei so geschulten Parlamentariern, daß sie in die Minorität kommen gegen ihr Erwarten — so in zornige Leidenschaftlichkeit umschlagen, ja, dann verschwindet das Vertrauen, welches ich früher auf die

Möglichkeit gesetzt habe, mit Charakteren dieser Art in Zukunft zusammenstehen zu können in der Weise, daß die Regierung ihre Unterstützung annimmt und ihnen dafür den Einfluß gewährt, der mit dieser Unterstützung nothwendig verbunden ist — ein anderes Verhältniß kann keine Fraktion von den existirenden erstreben, denn keine von ihnen hat an sich die Majorität, jede muß kompromittiren mit den anderen; wenn es eine Fraktion bei uns gäbe, die an sich eine geborene Majorität hätte und die von mir nicht verlangt, daß der Tropfen demokratischen Oels, denn ein bekanntes Wort für die Salbung des deutschen Kaisers verlangte, gerade ein Eimer werden soll, (Heiterkeit,) dann würde ich einer solchen Partei ganz andere Rechte in Bezug auf die Beeinflussung der Regierung einräumen können, als jetzt einer Partei, die, wenn sie hochkommt und wenn sie abgeschlossen einig ist, was doch zu den Seltenheiten gehört, immer nur ein Viertel von der ganzen Versammlung kaum erreicht — den Herren kann ich nur, wenn sie überhaupt auf mein politisches Urtheil als Sachkundiger — und ich habe viel Politik getrieben — Werth legen, eine größere Bescheidenheit für die Zukunft anrathen. (Ah! links.)

Der Herr Vorredner hat, was mich namentlich veranlaßt hat, in diesem Moment das Wort zu nehmen, während mir in dieser Frage an der Abstimmung so viel liegt, daß ich eigentlich lieber nicht geredet hätte, aus Sorge, daß ich das Maß vielleicht nicht halten würde, was zur Erhaltung des Standes der Stimmen nützlich ist, ich hätte lieber geschwiegen, aber da der Herr Vorredner, Jemand, auf dessen Mitwirkung ich seit langer Zeit habe rechnen können, und den ich persönlich hochschätze und verehre, auch seinerseits der Meinung ist, die Finanzhoheit des Reichs ginge durch den Franckenstein'schen Antrag verloren, so muß ich dazu bemerken, daß ich diese Behauptung für eine gänzlich unbegründete und aus der Luft gegriffene halte. Die Finanzhoheit des Reiches ist in der Verfassung begründet in verschiedenen Paragraphen; keiner der Paragraphen erleidet durch die Annahme des Franckenstein'schen Antrags auch nur die mindeste Aenderung. Auf die Erhaltung der Matrikularumlage ist ja bisher von liberaler Seite ein sehr hoher Werth gelegt worden, und es ist gesagt worden, wir müssen für dieselben einen Ersatz haben; wenn auch die

Verfassung uns ein Einnahmebewilligungsrecht nicht giebt, so haben wir es bisher vermöge der Verfassung doch faktisch genossen, und wir wollen es nicht aufgeben, wenn wir nicht einen Ersatz dafür haben. Auf die Matrikularumlagen und ihre eventuelle Beibehaltung wird also von liberaler Seite ein außerordentlich hoher Werth gelegt. Ich war deßhalb wohl darauf gefaßt, da ich mir die verschiedenen Mittel durchdacht hatte, in welchen man konstitutionelle Garantien finden könnte, so war ich auch auf dieses wie auf andere gekommen und erwartete einen Antrag wie den Franckenstein'schen wohl von der nationalliberalen Seite. Um die konstitutionelle Wirkung der Matrikularumlage beizubehalten, was mir im Ganzen nicht erwünscht war, gab es ja kein einfacheres Mittel, als daß man sie in ihrem ganzen bisherigen Umfange bestehen ließ und dem Reich dafür in sein Ausgabebudget gesetzlich einen Posten schrieb, der zur Sublevation der nothleidenden Einzelstaaten bestimmt war und denen die Mittel gab, diese Mehrumlage zu leisten. Dann bleibt eben das Heft der Finanzverwaltung in den Händen des Reichstags, und es ist ein Beweis, daß mir Diejenigen Unrecht thun, die mich unkonstitutioneller Gesinnung beschuldigen und verdächtigen, wenn ich diesen Franckenstein'schen Antrag, der dem Reichstag die Gewalt, die ihm das Votiren der Matrikularumlagen gibt, im vollen Umfange läßt, — wenn ich dem zustimme. Ich bin ja seit lange gewohnt, daß man, wenn die Argumente aus der Gegenwart nicht reichen, mit der Verdächtigung meiner Absichten für die Zukunft mich bekämpft. Ich erinnere Sie daran, daß lange Jahre stets gesagt worden ist, ich strebte nach Krieg zu irgend welchen Zwecken. Es hat das erst ein Ende genommen, seitdem die Stellung Deutschlands auf dem Kongreß zu Berlin, der gerade vor einem Jahr uns auch zu einer Sommersitzung, mich wenigstens, nöthigte — seitdem die den unwiderleglichen Beweis geliefert haben, daß alle jene Insinuationen Lügen und Verleumdungen waren, die zum geringsten Theil in Deutschland ihren Ursprung hatten. Seitdem ist es Sitte geworden, seit ungefähr Jahr und Tag Reaktion zu schreien und auf diese Weise vielleicht den Teufel an die Wand zu malen. Durch das Verdächtigen der Reaktion, durch das Anschuldigen können Sie unter Umständen einen Minister, der schüchterner

ist, als ich bin, veranlassen, daß er gerade, um sich der Feindschaft zu erwehren, in die ihn der Verdacht der Reaktion bringt, bewußt oder unbewußt, zu den Mitteln der Reaktion greift und Anlehnung da sucht, wo er für den Augenblick weniger Feindschaft findet. In der Lage bin ich nicht. Ich bin dem Ende meiner Laufbahn zu nahe, um zu Gunsten irgend einer Zukunft noch meine Gegenwart zu verderben. Seit einem Jahre, seit etwas länger als einem Jahre, habe ich in dem Wohlwollen, welches mir früher von liberaler Seite zu Theil wurde, eine merkliche Abkühlung gefunden. Sie gab sich kund durch eine fühlbare Zurückhaltung, durch Reserve, durch eine kühle Hoheit, die andeutete, ich müsse ihnen kommen. Ich hatte das Gefühl, daß sie von mir Dinge verlangen wollten, die ich nicht leisten könnte.

Eine Fraktion kann sehr wohl die Regierung unterstützen und dafür einen Einfluß auf sie gewinnen, aber wenn sie die Regierung regieren will, dann zwingt sie die Regierung, ihrerseits dagegen zu reagiren. Ich habe dies Gefühl namentlich gehabt, als ohne mein Wissen und ohne mein Zuthun im Frühjahr 1878 inmitten des Reichstags durch Verständigung der beiden Präsidenten eine Landtagssession von mehreren Wochen eingeschoben wurde, als in dieser Landtagssession, die meiner Meinung nach erst nach Schluß des Reichstags hätte stattfinden sollen, Anträge, die im Grunde Jedermann für sich hatten, der Regierung, ich kann nicht anders glauben, als weil ich sie einbrachte, abgelehnt wurden, denn die Gründe, die dafür angeführt wurden, waren spezios. Nun geht es in der Politik, in der inneren ja doch auch wohl ähnlich wie in der auswärtigen, wo oft Regierungen glauben, sie können ihrerseits diplomatisch oder selbst materiell rüsten, ohne daß der andere gerüstet ist. Es ist das in der Politik immer so, als wenn man mit unbekannten Leuten, deren nächste Handlungen man nicht kennt, in einem unbekannten Lande geht: wenn der Eine seine Hand in die Tasche steckt, so zieht der Andere seinen Revolver schon und wenn der Andere abzieht, so schießt der Erste und da kann man sich nicht erst fragen, ob die Voraussetzungen des Preußischen Landrechts über die Nothwehr zutreffen und da das Preußische Landrecht in der Politik nicht gilt, so ist man alternativ sehr rasch zur agressiven

Vertheidigung bereit. Ich habe mich, wenn auch nicht angegriffen, doch verlassen und isolirt gefühlt, ich habe das noch mehr gefühlt bei der ersten sozialdemokratischen Vorlage und ich habe damals gehofft, daß bei einer Aussonderung die disparaten Elemente, die in einer großen und nominell die Regierung unterstützenden Fraktion vereinigt waren, sich sondern würden. Es ist das nicht gelungen und so lange das nicht gelingt, werden Sie jede Regierung, namentlich aber die verbündeten Regierungen immer vorsichtig in ihrer Anlehnung finden, und nicht so vertrauensvoll, als dies früher der Fall gewesen ist. Die vielen Andeutungen in der Presse, als hätte ich mit irgend einer Fraktion gebrochen, oder wäre zuerst agressiv verfahren, die treffen nach meinem inneren Bewußtsein nicht zu.

Ich habe, seit ich Minister bin, nie einer Fraktion angehört, auch nicht angehören können, ich bin successiv von allen gehaßt, von einigen geliebt worden. Es ist das à tour de rôle herumgegangen. Als ich zuerst im Jahre 1862 das preußische Ministerpräsidium übernahm, da ist in Aller Andenken bis zu welcher — ich kann wohl sagen — vaterlandsfeindlichen Höhe sich der Haß mir gegenüber verkörperte und bis zu gewissem Maße auch gegen die höheren Einflüsse, die mich auf dem Posten erhielten. Ich habe mich dadurch nie beirren lassen und habe auch nie versucht, mich dafür zu rächen, ich habe von Anfang meiner Carrière an nur den einen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen, und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird. Zu diesen Mitwirkenden rechne ich aber auch die Regierung, und halte es für Deutschland für einen ganz außerordentlich großen Vorzug im Vergleich mit anderen Ländern unitarischer Verfassung, daß das dynastische Element auch außerhalb Preußens noch eine Gewalt hat, die zu den Stützen der Ordnung gezählt werden muß und die wir, wenn wir deren Band unitarisch zerreißen wollten, durch keine andere, gleich starke Bindekraft würden ersetzen können. Ich verlange nicht dieselbe Ueberzeugung von jedem, ich will überhaupt Niemand überreden, ich will nur darlegen, wie ich zu meiner Stellung jetzt den Fraktionen gegenüber komme.

Als wir aus dem Kriege 1866 zurückkamen, wäre es ja für mich in der Stellung, die ich damals, in kleinerem Kreise einflußreicher wie heute, einnahm, sehr leicht gewesen, ja ich habe sogar mit Mühe mich dessen zu erwehren gehabt, zu sagen: jetzt ist Preußen größer geworden, die Verfassung ist dafür nicht berechnet, wir müssen Sie neu vereinbaren, kurz, die kühnste und einschneidendste Reaktionspolitik mit dem Erfolg, der noch von Königgrätz an den Dingen klebte, mit vollen Segeln zu treiben. Sie wissen, daß ich das Gegentheil gethan habe und daß ich mir dadurch zuerst die Abneigung eines großen Theils meiner älteren politischen Freunde zugezogen habe und es hat mich sehr schwere Kämpfe gekostet, das Gegentheil, die Indemnität, das Fortsetzen des konstitutionellen Systems durchzuführen. Habe ich das aus Liebe zum konstitutionellen System gethan? Meine Herren, ich will mich nicht besser machen, als ich bin, ich muß das ganz bestimmt verneinen. Ich bin kein Gegner des konstitutionellen Systems, im Gegentheil, ich halte es für die einzige mögliche Regierungsform — aber wenn ich geglaubt hätte, daß eine Diktatur in Preußen, daß der Absolutismus in Preußen der Förderung des deutschen Einigungswerks nützlicher gewesen wäre, so würde ich ganz unbedingt und gewissenlos zum Absolutismus gerathen haben. Aber ich habe mich nach sorgfältigem Nachdenken, — und ich habe schwere und mir theuere, nahestehende Einflüsse zu bekämpfen gehabt — dafür entschieden: nein, wir müssen auf der Bahn des Verfassungsrechts weiter gehen, was außerdem meinen inneren Empfindungen und meiner Ueberzeugung von der Gesammtmöglichkeit unserer Politik entspricht. Das Entgegenkommen, welches ich damals für die mit mir versöhnten Gegner gehabt habe und welches in meiner vielleicht fehlerhaft angelegten Natur nach der Versöhnung wohl etwas überfließend sein mochte, hat mir zuerst also die Vorbereitung zu dem späteren Bruch mit der konservativen Partei eingetragen. Es entstand dann für mich, thatsächlich aus den Beziehungen der kirchlichen Frage zur polnischen, der Konflikt über die kirchlichen Angelegenheiten. Dieser Kampf beraubte mich der natürlichen Unterstützung der konservativen Partei, auf die ich hätte rechnen können, und die Wege, die ich, um die Verfassung des deutschen Reiches auszubauen und in Aktivität zu setzen, um ihr durch

praktische Belebung eine Bürgschaft der Dauer zu gewähren, — die Wege, die ich dazu gehen mußte, wären wahrscheinlich andere geworden, wenn die konservative Partei mich nicht damals im Stich gelassen hätte. Es kam dazu der schwere Kampf, den ein augenblickliches Hochglühen der tausendjährigen Streitfrage zwischen Staat und Kirche, zwischen Kaiser und Papst veranlaßte, der Streitfrage, die in unserer Geschichte seit tausend Jahren jederzeit gelegen hat, zeitweise ist sie lebhafter geworden, zeitweise stiller. Ich habe in diesem Konflikt gekämpft mit der Lebhaftigkeit, die mir, wie ich hoffe, in allen Sachen, wo es sich meinem Bewußtsein nach, um das Wohl meines Vaterlandes und um die Rechte meines Königs handelt, so lange ich lebe eigenthümlich bleiben wird, aber ich muß auch hier sagen: ich halte Konflikte wohl unter Umständen für tapfer durchzukämpfen, aber nie für eine auf die Dauer zu erstrebende Institution, und wenn sich Mittel und Wege bieten, die Schärfe der Gegensätze zu mildern, ohne daß man an die Prinzipien der eigentlichen Streitfrage rührt, wenn man sich gegenseitig kennen und durch gemeinsames Arbeiten an einem gemeinsamen und hohen Zweck sich gegenseitig achten lernt, — ja, so liegt es doch wahrlich nicht in meiner Berechtigung, als Minister solche Wege zu verschließen und von der Hand zu weisen.

Wenn ich nach 1871 durch diese, von mir nicht abhängigen Erscheinungen und Kämpfe enger an die liberale Fraktion gedrängt wurde, als es für den Minister und für den Reichskanzler auf die Dauer vielleicht haltbar ist, wenigstens gerade so weit, wie es möglich war, so habe ich dadurch die Beziehungen zu den übrigen Kreisen des Reiches und der Bevölkerung doch unmöglich für immer aufgeben können. Ich habe geglaubt, und habe das in der Sozialistendebatte noch entwickelt, wir würden vom rechten Flügel abgezählt in drei Bataillonen vielleicht getrennt marschiren und vereint fechten können. Diese meine Vorausberechnung hat sich leider nicht bestätigt, und die Umstände, nicht mein Wille, haben es so gedreht, daß die Herren, die mich früher häufig und nach ihrer Weise unterstützten, die Kämpfe nicht ausschloß, daß die mir gegenüber in ihrer Presse, in ihrer angesehensten accreditirtesten Presse in einen Zorn und in eine Sprachweise ver-

fallen sind, die mich ja vollständig degoutiren und abwendig machen mußten. Es haben ähnliche Vorfälle auch vor versammeltem Reichstage stattgefunden, daß durch einzelne hervorragende Mitglieder der Reichskanzler in einer Weise abgekanzelt worden ist, kann ich wohl sagen — (Heiterkeit,) öffentlich, wie es ein Mitglied einer befreundeten Fraktion gegenüber wohl niemals ohne Mißbilligung der Fraktion gethan haben würde.

Alles das sind Gründe, die mich gegenüber meinen früheren — ich hoffe auch wieder zukünftigen Kampfgenossen, in dieselbe Stimmung setzen, die sie mir gegenüber bekundet und öffentlich ausgesprochen haben, kühl bis an das Herz hinan. Ich kann — die Regierung kann doch den einzelnen Fraktionen nicht nachlaufen, sondern sie muß ihre eigenen Wege gehen, die sie für richtig erkennt; in diesen Wegen wird sie berichtigt werden durch die Beschlüsse des Reichstags, sie wird der Unterstützung der Fraktionen bedürfen, aber der Herrschaft einer Fraktion wird sie sich niemals unterwerfen können!

Unter diesen Umständen bin ich dazu gekommen, nachdem die Lücke, die das Ausscheiden meines Herrn Kollegen Delbrück im Reichskanzleramt ließ, mich nöthigte, mich enger, näher als bisher, mit den wirthschaftlichen Fragen zu befassen[1]) — bin ich zu Ueberzeugungen gekommen, an deren Durchführung ich von dem Augenblick, wo sie bei mir feststanden, die ganze Kraft des Einflusses, der mir amtlich vertraut ist, gesetzt habe. Ob ich auf der Bahn Niederlagen erleiden mag, ob ich wieder von vorn anfangen muß — ja, so lange ich Minister bleibe, werde ich in diesen Bestrebungen nicht nachlassen, mein Vorbild ist darin Robert Bruce in seiner Geschichte mit der Spinne, an deren stetem Wiederaufklimmen nach dem Herunterfallen er sich ermuthigte, um seinerseits das, was er für recht und seinem Vaterland für nützlich hielt, auch bei den übelsten Aspekten nicht aufzugeben; für das, was ich unternommen habe, liegen aber die Aspekte nicht einmal übel und entmuthigend, und es wäre meines Erachtens ein Verrath an der Sache, die ich im Namen des Vaterlandes hier vertrete und die ich nicht frivol unternommen habe, wenn ich wegen solcher Quisquilien, meiner Ansicht nach, wie sie die eine Theorie von

---

[1]) Vgl. oben S. 32.

der andern unterscheiden, das Ziel sollte unerreicht lassen in dem Augenblick, wo ich die Hand darnach ausstrecken könnte. (Bravo!)

Die Vortheile des Franckenstein'schen Antrages und seine Verfassungsmäßigkeit.

Wie ich höre, hat der Herr Abgeordnete von Bennigsen darauf aufmerksam gemacht, daß ich in einer früheren Rede die Matrikularumlagen als nachtheilig bekämpft, wobei ich mich auf den Abgeordneten Miquel bezogen habe.[1]) Meine Herren, lieber wäre mir die ganze Sache allerdings ohne Matrikularumlagen, aber ich habe doch eben nicht die Wahl, die Dinge so zu machen, wie ich sie mir an die Wand malen kann. Wenn ich von der liberalen Seite ohne Unterstützung, ohne Anhalt, ohne bestimmte annehmbare Vorschläge bleibe, so muß ich den von anderer Seite kommenden Vorschlag prüfen, was giebt er denn? Nun, er giebt mir in dem Sinne, wie ich die Matrikularumlagen bekämpft habe, die volle Abstellung derselben und der Uebelstände, die ich gerügt habe. Ich habe gesagt, bisher sei das Reich ein lästiger Kostgänger bei den einzelnen Staaten, ein mahnender Gläubiger, während es der freigebige Versorger der einzelnen Staaten sein müßte bei richtiger Benutzung der Quellen, zu welchen der Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden ist. Meine Herren, dieser „freigebige Versorger" wird das Reich aber durch die Annahme des Franckenstein'schen Antrags, der sich von dem früher in der Kommission vorgelegten Bennigsen'schen bezüglich der Versorgung der Staaten nur dadurch unterscheidet, daß man den einzelnen Staaten ein höheres Maß der Autonomie in der Verwendung dessen, was ihnen zugestanden wird, beläßt. Wenn das Reich den Einzelstaaten nach seinem Ermessen die Ueberschüsse zu überweisen hätte, so dürfte sich nach den Vorgängen, die wir neulich in der Kommission erlebt haben, wo die Herren Abgeordneten Rickert und Richter die Württembergische Finanzverwaltung vor ihr Forum gezogen haben, sehr leicht ein System entwickeln, nach welchem alle Budgets, das Preußische so gut, wie das Württembergische, hier vor das Forum der Reichstagskommission gezogen werden, und das wäre ein Unitarismus, den ich für schädlich und verwirrend halten würde, und welchen sich die einzelnen deutschen Stämme mit

---

[1]) Vgl. oben S. 41.

ihrem Selbstständigkeitsgefühl schwerlich werden gefallen lassen. Das wird vermieden, wenn die Ueberweisung von Rechtswegen im Gesetz steht, nicht in der Verfassung, sondern im Gesetz, welches dem Reich eine ständige Ausgabe zur Versorgung der einzelnen Staaten auferlegt. Das Reich ist nicht mehr ein lästiger Kostgänger, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld bezahlt und darüber hinaus sich freigebig erweist, es ist ein Kostgänger, wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt, und das Reich steht in voller Berechtigung seiner Finanzhoheit da, wenn es sich der Pflicht unterzieht, durch Flüssigmachung der Quellen, die unter seinem Verschluß liegen, der Finanznoth der einzelnen Staaten aufzuhelfen, ohne eine eifersüchtige und die Grenzen seines Ressorts überschreitende Einmischung der einzelnen Staaten und in ihr Verwaltungswesen. Das System der bisherigen Matrikularbeiträge hatte das Ergebniß, daß das Reich die Einzelstaaten durch Versagung der Zuflüsse, die aus den indirekten Steuerquellen kommen könnten, aushungerte, und dabei doch in jedem Jahr als mahnender Gläubiger die Matrikularumlagen verlangte: — durch die heut in Aussicht genommene Reichshülfe aber schwindet die Finanznoth der Staaten und des Reiches, die ja die einleitende Motivirung meines ganzen Vorgehens in dieser Frage gebildet hat; die Finanznoth wird zum Theil gehoben und wenn auch nicht in dem Maße, daß alle die Reformen an den direkten Steuern, die Sublevationen der nothleidenden Gemeinden sofort ausgeführt werden können, die mir vorschweben, so doch, daß, wie ich glaube und hoffe, ein erheblicher Theil davon schon bald, so bald nur die Ertragslosigkeit der Tabaksteuer überwunden sein wird, die an dem Mangel der Nachsteuer liegt, dieses Reformwerk in Angriff genommen werden kann.

Die Ungleichheit der Belastung durch die Matrikularumlagen, die ich auch, wie ich hier sehe, damals gerügt habe, schwindet auch, wenn die Vertheilung nach demselben ungleichen Maßstabe stattfindet, wie die Einzahlungen.

Wie nun dadurch die Finanzhoheit des Reiches geschädigt werden sollte, dafür suche ich vergeblich nach irgend einem Verfassungsparagraphen. Man könnte, wenn man theoretisch zu Werke gehen wollte, zuerst fragen: wer ist denn eigentlich das Reich? Die Verfassung giebt darüber eine ganz authen-

tische Auskunft, der gegenüber aber verschiedene abweichende Auslegungen im Publikum bestehen.

Wenn ich in der Presse die Besorgniß lese, wie das Reich gefährdet sein werde, wenn den Bundesstaaten zwar nach wie vor die verfassungsmäßige und jederzeit inne zu haltende Verpflichtung obliegt, die Matrikularumlagen zu der vom Reichstage zu bewilligenden Höhe der Ausgaben unweigerlich einzuzahlen — wenn dieses für das Reich gegebene Verhältniß erhalten wird, wo liegt dann der Unterschied, der hier zwischen dem Reich und den verbündeten Regierungen gemacht werden will? Der beruht meines Erachtens auf ganz unrichtigen Behauptungen, namentlich für uns, die wir hier auf der Ministerbank stehen; wir sprechen im Namen der „verbündeten Regierungen". Können nun die verbündeten Regierungen gegen sich selbst den Verdacht hegen, daß sie ihren Bundespflichten gegen das Reich nicht nachkämen? — gegen das Reich, was wiederum genau dasselbe ist, wie die Gesammtheit der verbündeten Regierungen; diese sind das Reich und das Reich besteht aus den gesammten verbündeten Regierungen. Namentlich aber Preußen, welches das — Kaiserschwert, kann ich es wohl nennen, nach der Genesis aus dem Bundesfeldherrn, in der Hand hat — können sie den Verdacht haben, daß Preußen sich gegen das Reich auflehnt, vielleicht in Verbindung noch mit einigen anderen mächtigen Partikularstaaten? Ja, dann wollen wir überhaupt nur das letzte Geläut auf dem Dom anfangen für das deutsche Reich. (Bewegung.) Das ist aber eine Voraussetzuug, die doch unmöglich Ihren Deduktionen zu Grunde liegen kann.

Wo ist also der Spalt, die Grenze, die sich bei Ihnen zwischen dem Reich und den durch den Franckenstein'schen Antrag angeblich begünstigten Partikularismus der Bundesstaaten zieht? Ist etwa der Kaiser und der Reichstag allein das Reich? Ich fürchte, Sie ziehen für das Reich noch eine viel engere Grenze, daß Jeder in erster Linie vorzugsweise seine Fraktion darunter versteht, (große Heiterkeit,) und dann demnächst die Anderen auch, soweit sie ein freundliches Verhältniß zur eigenen haben.

Die verfassungsmäßige Definition des Reichs befindet sich in dem einleitenden Satz zur Verfassung über den Bundes-

vertrag, den die verbündeten Regierungen untereinander abgeschlossen haben, und der da lautet, daß der König von Preußen und die Uebrigen einen ewigen Bund schließen; dieser Bund würde den Namen „deutsches Reich" führen und nachstehende Verfassung haben: durch diese Verfassung werden nun die Rechte des Reichs hingestellt, die bei diesem Franckenstein'schen Antrag, wie ich mir schon zu entwickeln erlaubte, ihre volle Wahrnehmung finden. Die Regierungen haben bisher schon nach Art. 36 der Verfassung das Recht, die Zölle ihrerseits zu erheben durch ihre eigenen Beamten:

„Die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuer bleibt jedem Bundesstaat, soweit derselbe sie bisher ausgeübt hat, innerhalb seines Gebiets überlassen."

Wäre also eine Möglichkeit oder eine Neigung, diese Zölle dem Reiche vorzuenthalten, so wäre jeder Bundesstaat, namentlich ein so mächtiger wie Preußen, schon längst in der Lage, es zu thun. So viel ich mich erinnere, erhebt Preußen an Reinertrag der Zölle, wenn man sie zu 104 Millionen Mark ansetzt, 63 Millionen, also ungefähr nach Verhältniß seiner Bevölkerung, auch darüber hinaus, wenn man der preußischen Erhebung die, wie ich glaube, 6 Millionen der Reichslande und die 5 Millionen der Zollvereinsämter in den Hansestädten zurechnet, so würde Preußen 74 Millionen der bisherigen Zölle erheben und bei einer Steigerung der Zölle um den Prozentsatz, den das neue Gesetz liefern würde, würde das Verhältniß in dieser Repartition wohl unverändert bleiben. Der einzige Staat, der, meines Wissens, erheblich über seine Bevölkerungszahl erhebt, ist Sachsen, dessen Zolleinnahme, die es an das Reich überweist, sich auf 10 Millionen belaufen, während nach dem quotirten Satz, der auf die Kopfzahl der Bevölkerung kommt, nur etwa 7 Millionen sein müßten. Unter der Bevölkerungszahl bleiben dagegen die Einnahmen der süddeutschen Staaten. Hat nun diese Einrichtung der Erhebung, diese Thatsache, daß der Ertrag des Zolls zuerst in die partikularistische Gewalt des Einzelstaats vermöge des Art. 36 der Verfassung geht, jemals zu Befürchtungen bisher Veranlassung gegeben, daß die Reichsfinanzhoheit gefährdet sei, daß ein Partikularismus sich entwickeln werde? Meines Wissens in keiner Weise. Diese Zölle werden nun nach Art.

39 durch vierteljährliche und jährliche Abrechnung, die an den Finanzausschuß des Bundesraths gelangen, buchmäßig vertheilt, wie viel Jeder von seinen Zöllen behält, wie viel er herauszuzahlen hat. Es ist dabei auch nicht bezweifelt worden, daß der Ertrag der Zölle, wie Art. 38 vorschreibt, unter anderen bezeichneten Abgaben virtuell in die Reichskasse geflossen sei, obschon in natura der gezahlte Thaler schwerlich in eine Reichskasse hier jedesmal geklungen hat, sondern es ist Alles auf dem Wege der Abrechnung gemacht worden. Dieser selbe Weg der Abrechnung soll auch ferner beschritten werden bei Annahme des Franckenstein'schen Antrags. Die eventuelle Ueberweisung zunächst an die Reichskasse wird verfassungsmäßig nach Art. 38 stattfinden. Von da wird nach dem Text des Franckenstein'schen Antrags eine Ueberweisung an die einzelnen Staaten aus der Reichskasse stattfinden. Das Reich wird also vermöge eines Gesetzes, welches es sich selbst giebt, eine ständige Ausgabe in seinem Budget aufzunehmen haben, deren Betrag den einzelnen Staaten zur freien Verwendung zufließt. Es bedarf daher auch nicht der Art. 70 der Verfassung einer Aenderung, welcher verlangt, daß zunächst die Ueberschüsse zur Verwendung kommen sollen, da die Ueberschüsse sich erst dann ergeben, wenn alle Ausgaben bestritten sind und wenn das Reich sich eine Aufgabe gesetzlich auferlegt, mag sie für das germanische Museum, mag sie für die Gesammtheit der Einzelstaaten votirt werden, so muß immer diese Ausgabe erst geleistet werden, ehe Ueberschüsse entstehen können. Wir haben also unsererseits die Reichsverfassung in allen ihren Artikeln für uns, und die Verletzung, die in der Presse vielfach behauptet wird — ich weiß nicht, ob auch heute in den Reden — bestreiten wir und gewärtigen den Beweis, der bisher nicht vorliegt.

Ich möchte auch hier wiederum für die Herren die Ermahnung anknüpfen, doch bei so einfachen und die kühlste Ueberlegung fordernden Fragen, wie Zölle, Wirthschaftsangelegenheiten, Finanz- und Budgetsachen, — man möchte sagen, den alten Stammeshaß herauszukehren; der liegt nun hier nicht vor, aber wir riskiren bei der scharfen Trennung, die unter den Fraktionen stattfindet, daß wir die Fraktionen an die Stelle der Stämme setzen. Ob vielleicht späterhin

wirklich alle Verbindungen, auch die Familienverbindungen zwischen den verschiedenen Fraktionen hinwegfallen, und jede einzelne Fraktion als gesonderter Stamm sich wieder entwickelt, so weit wird es hoffentlich nicht kommen.

Aber ich würde bitten, die hohe Politik und die Befürchtungen, daß irgend ein politischer Hintergedanke bei den einfachsten Maßregeln vorhanden ist, nicht auf alle diese Dinge zu übertragen und den zornigen Kampf der Fraktionen nicht so weit zu treiben, daß die Interessen des Reichs darunter leiden und daß, wenn die Regierungen sich dadurch einschüchtern ließen, auch in diesem Jahr wiederum der erste Schritt zu einer finanziellen Verbesserung nicht zu Stande käme. Von Seiten der Regierungen kann ich ganz bestimmt versichern, daß sie sich durch die, meines Erachtens unzutreffenden Angriffe von dem Wege, den sie betreten haben und über den sie sich am vergangenen Sonntag vorläufig verständigt haben, nicht werden irre machen lassen, und ich für mein Theil werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis an's Ende gehen, unbeirrt; mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das ist mir gleichgültig. (Bravo! rechts.)

Der § 7 wurde mit einem, eine Uebergangs-Bestimmung enthaltenden Zusatze des Abg. von Varnbüler angenommen.

Die russische Zollerhöhung ist keine Repressalie gegen die deutsche Zollerhöhung.

Bei Gelegenheit der ersten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Küstenfrachtfahrt[1]) am 4. März 1881, behauptete der Abgeordnete Dr. Karsten[2]), daß die eingetretene Erhöhung der russischen Zölle eine Folge der neuen Wirthschaftspolitik sei. Der Herr Reichskanzler antwortete darauf:[3])

„Ich kann zur Sache auch diesem Herrn Redner nur erwidern: legen Sie uns einen vollendeten Reichstagsbeschluß vor, und Sie werden uns zur Unterhandlung bereit finden, nachdem wir ihn geprüft haben.

Ich habe nicht zu dieser Wiederholung, sondern deshalb das Wort ergriffen, um zu erklären, daß der Herr Redner vollständig im sachlichen Irrthum ist, wenn er annimmt, daß

---

[1]) Vgl. stenogr. Berichte 1881 Seite 151.
[2]) a. a. O. Seite 155.
[3]) a. a. O. Seite 156.

die russische Zollerhöhung eine Repressalie gegen die unsrige gewesen ist. Er ist mit der Entstehungsgeschichte dieser Zollerhöhung ganz unbekannt, und ich widerspreche dieser Behauptung mit sicherer Kenntniß der Akten und der Entstehungsgeschichte dieser russischen Zollerhöhung. Dieselbe hat einen rein finanziellen Ursprung, ist rein eine russische Finanzmaßregel, und ich kann im Gegentheil versichern, daß sie nach der Aussage mir bekannter und nahe bekannter russischer Staatsmänner eine Zeit lang zurückgehalten worden ist, und Bedenken dagegen laut geworden sind aus Sorge, daß diese Erhöhung deutsche Repressalien hervorrufen könnte, und wenn man auf solche hätte gefaßt sein können, wenn man nicht die Abneigung unserer parlamentarischen Versammlungen, in früheren Verhandlungen der Regierung die Ermächtigung dazu zu geben, kannte, dann wäre wahrscheinlich die russische Zollerhöhungssorge, um deutsche Repressalien gegen russische Produkte zu verhüten, ganz unterblieben, und Sie hätten darüber nicht zu klagen. Also gerade umgekehrt, als der Herr Redner angedeutet hat, liegt die Sache."

Gesetzentwurf, betr. die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuerreformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen.

Zur Entkräftung der von Seiten der Gegner der Finanzreform gegen die Durchführung der begonnenen Steuerreform erhobenen Einwände, daß die an die Bewilligung der indirekten Steuern und Zölle geknüpften Versprechungen von der Regierung nicht erfüllt worden seien, und daß auch weitere Reformen statt Steuerleichterungen nur Vermehrung der Ausgaben und neue Belastung des Volkes bringen würden, wurde dem preußischen Abgeordnetenhause auf Grund Allerhöchster Ermächtigung vom 20. Dezember 1881 der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuer-Reformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen vorgelegt.[1]) Nach diesem Entwurfe sollten die aus dem Ertrage der Tabaksteuer und der Zölle und die in Folge Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Reichssteuern Preußen zu überweisenden Geldsummen dazu verwendet werden: die vier untersten Stufen der Klassensteuer außer Hebung zu setzen und die übrigen Klassensteuerstufen, ebenso die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Kreisen zu überweisen. Die

---

[1]) Nr. 98 der Drucksachen 1880/81.

erste Berathung des Entwurfs begann in der 52. Sitzung, am 3. Februar 1881.[1]) Sie wurde am folgenden Tage fortgesetzt. An diesem Tage ergriff nach dem Abgeordneten Richter der Herr Reichskanzler das Wort zu folgender Rede:[2])

„Meine Herren, ich hatte erst die Absicht, zu sprechen, nachdem ich einige Redner über diese, meinem sonstigen Ressort nicht ganz nahe stehende preußische Angelegenheit gehört hatte; aber der Drang anderer, auch von mir nicht zu verlassender Geschäfte nöthigt mich, jetzt das Wort zu ergreifen und ich thue das um so lieber, als ich zum ersten Mal seit langer Zeit Gelegenheit habe, mein Einverständniß in vielen Punkten mit dem Herrn Vorredner zu konstatiren, es ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht passirt, (Heiterkeit) ich werde darauf nachher zurückkommen, ich will nur erst, um den guten Eindruck bis zuletzt aufzuschieben, auf einige Sätze, die namentlich er für den Schluß seiner Rede aufbewahrt hat, gleichsam als hätte es ihm leid gethan, mir in vielen Punkten entgegengekommen zu sein, die aber eigentlich mit diesem Gesetz nur in einem sehr lockeren Zusammenhange stehen, erwidern. (Sehr richtig!)

Ich muß, da ich in dem weitumfassenden Material, was der Herr Vorredner der Diskussion unterbreitet hat, meinerseits in eine systematische Behandlung unmöglich eintreten kann — auch wenn ich nicht viele andere Sachen im Kopfe hätte, wäre es mir doch unmöglich, eine so umfassende, alle Verhältnisse der Menschen berührende Rede systematisch zu behalten und systematisch zu besprechen; ich muß mich also auf einen mechanischen Weg beschränken an der Hand der Notizen, die ich mir habe machen können, wo aber doch mein Bleistift der Beredsamkeit nicht zu folgen vermochte, rückwärts einige der Ansichten zu widerlegen oder zu widersprechen — denn widerlegen kann man bekanntlich Niemand, er behält doch Recht, — (Heiterkeit) aber doch Einigem zu widersprechen.

Ich fange damit an, daß ich ganz bestimmt widerspreche: ich habe Niemanden irgend ein Versprechen gegeben, ich habe weder ein Huhn im Topfe Jemanden versprochen, noch sonst etwas irgend Jemandem, und dies bezeichne ich als einen

---

[1]) Stenogr. Berichte Seite 1511.
[2]) a. a. O. Seite 1536.

Irrthum, als einen unfreiwilligen Irrthum in den Aeußerungen des Herrn Vorredners, als hätte ich irgendwelche Versprechungen gemacht. Ich bin zu den Herren, die die Steuern zu bewilligen das Recht haben, als Bittender, als Bettler im Namen der Armen gekommen, aber damit habe ich nichts versprochen, ich habe bisher theils direkte Körbe bekommen, theils hat man mich dilatorisch behandelt, indem die Anträge der Regierung, die auf eine bestimmte Aeußerung berechnet waren dem Lande gegenüber, um die Stellung der Regierung klar zu machen, indem man die im Reichstage und wie es scheint, auch hier in den Ausschüssen eingesargt hat, so daß man sich davon dispensirt hat, eingehende Meinungsäußerungen öffentlich geben zu müssen. Ich hoffe, daß dieses Gesetz dieser Behandlung nicht unterliegen wird, wie schon der Herr Finanzminister vor mir in den wenigen Worten, die ich von ihm gehört habe, auseinandergesetzt hat, und sollte der Zeitraum zu kurz sein bis zum Eintritt des Reichstags, dieses Gesetz zu erledigen, so wird die Königliche Regierung in der Nothwendigkeit sein, zu überlegen, ob sie mit Bewilligung des Landtages oder durch Berufung einer besonderen Session dies Gesetz weiter zu erledigen sucht. (Bewegung.)

Ueber die Gründe der Arbeitslosigkeit in Königsberg.

Ich darf ferner dem Herrn Vorredner darin widersprechen, daß die vielleicht richtige, vielleicht unrichtige Thatsache, daß die Königsberger Arbeiter über Mangel an Arbeit geklagt haben, in keiner Weise gegen unsere Zollgesetzgebung spricht.[1]) Nicht diese Zölle, diese unbedeutenden Zölle im Vergleich mit dem, was die russischen Händler verdienen, halten den russischen Export zurück, sondern einfach die Mißernten im südlichen und südöstlichen Rußland, für die können wir nicht. Darin liegt es aber gerade, daß der Abgeordnete Richter, der jede Unterbrechung durch eine andere Meinung über staatswirthschaftliche Probleme in kathedraler Manier zurückweist, sich etwas belehre, daß hierin gerade eine Aufforderung liegt, die inländische Landwirthschaft zu fördern, aufzumuntern und zu ermuthigen und uns nicht auf Rußland zu verlassen. (Sehr wahr! rechts.)

Die russischen Mißernten entstehen viel leichter, wie in einem durchschnittlich mäßig bewaldeten Kulturland Deutsch-

[1]) Die Rede des Abg. Richter ist namentlich am Schlusse (stenogr. Ber. S. 1535) eine Musterleistung parlamentarischer Uebertreibung und Verdrehung der Thatsachen.

lands; die Mißernten sind häufiger auf den großen waldlosen Theilen und durch Verwüstung der Wälder entwaldeten Flächen des Ostens. In Rußland ist der Regen seltener, die Dürre häufiger, und die Mißernten werden im Durchschnitt der Jahre häufiger eintreten, als bei uns. Wir dürfen uns auf die russischen Quellen nicht verlassen, eben so wenig auf die amerikanischen. Ich hoffe, daß es unbegründet ist, was man augenblicklich über die schlechten Aussichten der amerikanischen Ernte sagt, es ist noch zu früh meines Erachtens, um darüber zu urtheilen. Aber nehmen wir an, daß Amerika und Rußland gleichzeitig Mißernten haben und unsere inländische Landwirthschaft so herabgedrückt ist, wie es in England und Frankreich zum Theil schon ist, durch stärkere Besteuerung des inländischen Kornbaus und durch Freihalten des ausländischen, der auch zu Hause keine Abgaben trägt, dann würden wir erleben, wohin die Theorie des Herrn Abgeordneten Richter uns führt, und daß Hungersnoth eintritt und uns keine Zufuhr in Aussicht steht, als aus dem Inlande. (Sehr wahr! rechts.)

Also das Leiden und die etwaige Brodlosigkeit der Königsberger Arbeiter liegt in den schlechten russischen Ernten. Königsberg hat sonst russisches Getreide verfrachtet; in diesem Jahr ist vielleicht nicht die Hälfte davon gewachsen, das wissen wir Alle und sollte Herr Richter es nicht gelesen haben, daß man in Rußland schon vielfach Maßregeln gegen Hungersnoth getroffen hat und sogar von einem Kornausfuhrverbot die Rede war, und für einen so gewiegten Nationalökonomen wie er, geht doch daraus hervor, daß Rußland in diesem Jahr nicht so viel Getreide exportiren kann wie sonst, und daß davon nothwendig die Folge eine Minderbeschäftigung der Kaufmannschaft und der Arbeiter sein muß. Wir haben vor Kurzem erlebt, daß in Rußland die Zölle zu meinem Bedauern wiederum um 10 Prozent erhöht wurden. Da ist durch das ganze Land ein gewisser Schrei — ich will nicht sagen, der Entrüstung, aber der Aufforderung — gegangen, doch etwas dafür zu thun, daß Rußland nicht in dieser Weise seine Zölle erhöhe. War das etwa ein Schrei im Interesse des russischen Konsumenten, war es nicht der klarste Beweis davon, daß diese Herren, die der Regierung aus Allem, was in der Welt passirt, einen Vorwurf machen, selbst der Ueberzeugung waren, daß ein

solcher Grenzzoll nicht etwa den Russen im Innern dadurch trifft, daß er ihm das ausländische Produkt vertheuert, sondern, daß es den Importeur trifft, also den Deutschen, der sein Produkt in Rußland importiren will? Läßt sich daraus nicht mit Sicherheit umgekehrt schließen, daß auch die Kornzölle, die wir erheben, namentlich in der minimalen Bedeutung, die mit den Preisschwankungen, die vorkommen, in gar keiner Beziehung stehen, von den auswärtigen Importeuren getragen werden sollen? Ich habe, als sie auferlegt wurden, mit vielen russischen Kaufleuten gesprochen, auch solchen, die diesen Handel betrieben, die gesagt haben: diese Zölle sind für uns Kinderei, wir werden sie bezahlen und doch einen erheblichen Profit behalten. Aber darüber waren sie nicht zweifelhaft, daß sie sie zahlen würden. Daß unsere Landwirthe, aber nicht nur die Rittergutsbesitzer, sondern namentlich die Bauern, in der Grundsteuer einen ganz erheblichen Kornzoll ihrerseits für die inländische Produktion bezahlen, wird doch Niemand in Abrede stellen. (Sehr richtig! rechts.)

Die Ueberlastung der Landwirthschaft.

Ich weiß, was ich an Grundsteuer zahle, und welches das Verhältniß zur reinen Einkommensteuer, und ich habe gefunden, daß bei den meisten meiner Nachbarn ungefähr dasselbe Verhältniß besteht, und wenn ich meine Einkommensteuer auf 3 Prozent meines wirklichen Einkommens veranschlage, so beträgt die Grund- und Gebäudesteuer 6 bis 7½ Prozent des wirklichen Einkommens, ich glaube, so wird es überall sein — und dabei bin ich, im Großen und Ganzen genommen, unverschuldet. Hätte ich Schulden, so wären es mindestens 10 Prozent, beide Steuern zusammen würden sich leicht auf 20 Prozent meines wirklichen Ueberschußeinkommens erstrecken. (Sehr wahr! rechts.)

Das wird mir auch Keiner, der ehrlich mit mir rechten will, bestreiten wollen.

Wo ist also da die gleiche Behandlung des Inländers und des Ausländers, nachdem man den inländischen Getreidebau mit einer hohen Steuer belastet hat, die ja doch nothwendig auf die Vertheuerung des inländischen Getreides wirken muß? Denn Derjenige, der es produzirt und zum Kaufe bringt, kann doch seine Grundsteuer nicht anders bezahlen als aus dem Ertrage, aus dem Verkauf seines Getreides. Er

muß also bestrebt sein, sie darauf aufzuschlagen, und da komme ich doch zu einer ganz anderen Höhe; wenn ich den Betrag der Grundsteuer, die ich bezahle unter Abrechnung der Forstgrundsteuer, ungefähr auf die Masse Korn, die ich verkaufe, vertheile, so glaube ich, daß ich auf 1 bis 1 ½ Mk. an Grundsteuer für jeden Scheffel Roggen komme, den ich verkaufe. Ich glaube nicht, daß ich mehr Scheffel Korn von meinen Gütern verkaufe, als ich Mark, resp. 1,50 Mark Grundsteuer bezahle. Ich will das nicht so bestimmt hinstellen, aber ich empfehle Jedem, die Rechnung anzustellen, dann wird er wissen, wie hoch der inländische Getreidebau besteuert ist. Von der Vertheuerung dadurch für die Arbeiter hat man bisher nicht gesprochen.

Die Grundsteuer ist für Kommunalsteuerzuschläge ungeeignet.

Ich will mich nicht für Abschaffung der Grundsteuer hier erklären, ich will mich an den Rahmen dieses Gesetzes halten; das liegt nicht darin, und ich theile alle die Bedenken, die dagegen geltend gemacht werden. Ich halte die Grundsteuer für einen ungerechten Maßstab für Zuschläge. (Sehr wahr! rechts.)

Die Auflegung der Grundsteuer war meines Erachtens eine große Ungerechtigkeit, und es freut mich, heute gehört zu haben, daß Herr Richter damals dagegen gewesen ist; ich hätte das eigentlich kaum geglaubt, es freut mich, ich spreche ihm meine Anerkennung dafür nachträglich aus. (Heiterkeit.)

Ich bin auch dagegen gewesen und habe auf den Wunsch meines höchsten Herrn, ich möchte im Herrenhaus sprechen, es abgelehnt und gesagt: ich kann es dulden, aber ich kann nicht dafür stimmen. Diese Ungerechtigkeit ist 18 Jahre her, und es ist sehr schwer, sie wieder gut zu machen, ohne eine neue Ungerechtigkeit zu begehen. Ich habe mich auch deshalb nie dafür verwandt, die Grundsteuer zu vermindern, und warte darüber die Vorschläge Anderer ab, ohne ihnen heute zu widersprechen; ich halte es für einen unpraktischen Weg, aus den Gründen, die schon geltend gemacht worden sind. Wohl aber ist mein Bestreben, dahin zu wirken, daß die Grundsteuererhebung nicht ferner einen Maßstab für die Zuschläge der Kommunalsteuer bildet; denn dadurch wird die Ungerechtigkeit in jedem Jahre von Neuem wiederholt. (Sehr wahr! rechts.)

Derselbe Mann, der, ich will sagen 300 oder 1000 Thaler Einkommen hat und der sein Einkommen aus dem Grundbesitz zieht, wird schon, wenn er ganz unverschuldet ist, nach der

von mir vorhin gegebenen Rechnung 9 bis 10 Prozent von seinem Einkommen als Unterlage für Zuschläge hergeben müssen. Der Nachbar von ihm, der dasselbe Einkommen ohne Grundbesitz bezieht, wird mit 3 Prozent Einkommensteuer abgefunden sein, und dabei wird dasjenige Einkommen, das fundirte, das nicht aus dem Grundbesitz ist, viel schwerer zu taxiren sein und entzieht sich in der That in hohem Maße der Veranlagung; da stimme ich wieder mit dem Herrn Vorredner überein. Die Erträge der Landwirthe liegen von Gottes Sonne klar beleuchtet offen da; daß da das Bestreben vorwalten möge, sie möglichst herabzudrücken, daß auch eine gewisse Gevatterschaft und Nachbarschaft bei der Kommission möglich sein mag, gebe ich zu; aber nach der Einschätzung zur Grundsteuer, und nach dem, was man wachsen sieht, übersieht man den Landwirth und kann ihn vollständig auch zur Einkommensteuer heranziehen; hat er aber nebenher noch Kapitalien, so kann er die verschweigen; wer nur Kapitalien hat, hat noch ein viel größeres Gebiet zum Verschweigen. (Heiterkeit.)

Zweck der Wehrsteuer.

Der Herr Vorredner nannte die Wehrsteuer eine Art neuer Klassensteuer. Nun, wir verfolgen in dem Steuersystem, welches wir vertreten, einmal das Prinzip der thunlichsten Ermäßigung der direkten Steuern, zweitens das Prinzip der Gerechtigkeit, und zu der Wehrsteuer hat nur das Gefühl Anlaß gegeben, welches sich des Musketen tragenden Soldaten bemächtigt, wenn er einen, seiner Meinung nach auch diensttauglichen Nachbar zu Hause bleiben sieht. Ich will dem Herrn Vorredner auf das Gebiet der Verbesserungen, die man vielleicht an der Wehrsteuer im Reichstag anbringen kann, hier nicht folgen, ich will bloß sagen, daß sie mit der Klassensteuer in keiner Beziehung steht. Es ist ein Prinzip der Gerechtigkeit; findet der Reichstag es nicht für nothwendig, die Gerechtigkeit so weit zu treiben, dann gut! dann wird er vielleicht andere Mittel geben für das, was wir brauchen.

Steuerbefreiung.

Ich habe in Bezug auf die Steuerbefreiung im Ganzen das Prinzip, daß Derjenige, der nichts hat, als seine beiden Hände, um sein Brod zu erwerben, und zwar zwei ungeschulte Hände, die kein Gewerbe gelernt haben, meinem Ideale nach überhaupt ganz steuerfrei sein sollte, nicht bloß von Staatssteuern, sondern auch von Kommunalbeiträgen, und daß die

Belastung erst da anfangen sollte, wo ein anderes Kapital vorhanden ist. Dieses werdende Kapital kann in der Gestalt einer werdenden körperlichen oder geistigen Fertigkeit bestehen, aber es sollte meines Erachtens über dem Niveau des einfachen Handwerkers stehen, der Nichts hat lernen können, nicht durch seine Schuld, sondern wegen Mangels an Mitteln zu seiner Vorbildung. Denn um ein Gewerbe zu lernen, gehört ein geringer, aber immer einiger Grad von Vermögen, um einen Lehrling durch ein Gewerbe zu bringen; also Derjenige, dem seine Mittel überhaupt nicht erlaubt haben, sich auf etwas anderes in der Welt zu verlassen, als auf das wechselnde Verdienst, der, wie hier in Berlin, im Winter Schnee schippen, im Sommer Erdarbeiten und dergleichen verrichten muß, der sollte meines Erachtens für den Staat nicht anders herangezogen werden, als daß er im Kriege das gemeinsame Dach mit vertheidigen hilft, was ihn schützt gegen Fremde. Er sollte aber nicht mit Geld herangezogen werden, und in dieser Beziehung bin ich ganz entgegengesetzter Meinung des in einer sehr lehrreichen und geistreichen Brochüre Ausgesprochenen meines verehrten Freundes, des Herrn Abgeordneten Gneist. Ich muß auch darüber dem Herrn Vorredner in einem Punkte widersprechen. Es ist nie und für Keinen ein Vergnügen, Steuer zu zahlen, und es trägt das auch nicht bei zur Erhöhung des Selbstgefühls; im Gegentheil, capite census zu sein, drückt den Bürger, nur wenn er von einem Besitzthum Steuer zahlen kann, so zahlt er sie vielleicht, wie wir Grundbesitzer die Grundsteuer, mit einer gewissen Freudigkeit. (Heiterkeit.)

Abschaffung des Schulgeldes und Entlastung der Kommunalverbände.

Aber, meine Herren, wenn er nicht weiß, wo er Geld überhaupt hernehmen soll, so ist es ihm immer lieber, wenn er Nichts bezahlt; und ohne Schulgeld ist ihm die Schule bei Weitem lieber, als mit Schulgeld. Ich habe mich gefreut wie selten in diesem Hause, wie ich hörte, daß ich einen so mächtigen Bundesgenossen auf diesem Gebiete hatte, wie den Abgeordneten Richter, um das Schulgeld und damit die ganze abhängige Sonderstellung des Lehrers in der Gemeinde zu bekämpfen, und nach Möglichkeit abzuschaffen. Ich bin ganz mit dem Herrn Vorredner einverstanden, daß das Schulgeld in der That eine der drückendsten Abgaben ist. In den meisten

Provinzen pflegt es so zu sein, daß von drei Kindern eins frei ist. Ich weiß nicht, wie es sich mit dem vierten verhält. Aber für zwei für eins zu zahlen, ist den Eltern mitunter schwer, namentlich Denen, die halbe Meilen weit zur Schule zu gehen haben, und ihren Kindern das Brod, was sie brauchen, in der Tasche mitgeben müssen, weil sie über Mittag nicht nach Hause kommen, und es liegt darin oft ein großes Elend. Und gerade auf die Hinweisungen, die die Motive unseres Gesetzes für Berechtigung der Kreise enthalten, auf die Abschaffung der Lasten des Elementarunterrichts hinzuwirken, meinetwegen unter Mitwirkung oder Kontrole der höheren Behörden, auf die mache ich bei diesem Gesetz ganz besonders aufmerksam. Es bedarf das nur einer kleinen Nachhülfe durch Amendement, was freilich in dieser kurzen Zeit, wenn die Kommissionsverhandlungen ohne Abschluß stattfinden sollten, nicht wird stattfinden können, um den Einwohnern Preußens überall oder doch fast überall freie Schule und dem Lehrer eine freie und von dem Schulgeld unabhängige Existenz, und nicht bloß von dem Schulgelde, sondern auch von den Beschlüssen der Gemeinden unabhängige Existenz zu geben. Er unterliegt bisher denselben Schwierigkeiten, wie die Geistlichen mit den Stolgebühren, wo der Geistliche im einzelnen Falle häufig Einem gegenübersteht, der es noch weniger missen kann, als er selbst und doch beitragen muß. So ist es auch für den Lehrer eine Befriedigung seines Selbstgefühls, welches bei diesen Herren in hohem Grade ausgebildet ist, (sehr wahr! rechts) wenn er nicht mehr den barfuß gehenden Schüler um Schulgeld zu mahnen braucht, sondern unabhängig dasteht. Wenn wirklich weiter keine Verwendung dessen, was wir den Kreisen überweisen wollen, vorhanden wäre, als die Herstellung der Unabhängigkeit der Schulen, so wäre das eine ganz außerordentliche Wohlthat, die wir dem ganzen Lande erzeigen, und da möchte ich namentlich die Unterstützung meines früheren Kollegen, des Herrn Staatsministers Falk, erbitten, dessen Plan dahin ging, in seinen Entwürfen der Schulgesetze, dem Staate eine Zubuße von, wenn ich nicht irre, einigen 30 Millionen für die Schulen zuzumuthen. Wegen Mangels der Mittel sind die Vorlagen damals unterblieben, weil der jetzige Abgeordnete Falk sich mit seinen damaligen Kollegen im Finanzministerium

darüber nicht verständigen konnte. Hierin liegt eine Mahnung, die für uns noch offen steht, und die wir aufnehmen sollten, und Sie sollten nicht dadurch, daß Sie eiligst über das Gesetz zur Tagesordnung übergehen, die Möglichkeit abschneiden, daß wir die ganze Schulfrage zur Zufriedenheit der Gemeinden und der Lehrer ordnen können, wenn nicht etwa die Kreise, wie deren sehr viele sind, noch dringendere Verwendungsbedürfnisse für das, was ihnen überwiesen werden soll, haben, wie das in den östlichen Provinzen ja zum Theil der Fall ist, wo die Kreislasten an sich erheblich hoch sind, höher, als in den meisten westlichen. Ich spreche nicht von Hannover, wo für diesen Begriff Kreis der Begriff Amt zu substituiren ist, sondern von anderen — ich kenne die Lokalitäten nicht genau — wo die Lasten, die wir zu tragen haben, wahrscheinlich zum Theil von anderen Faktoren, von Provinzen und besonders von den Gemeinden direkt getragen werden. Die Kreise haben wir als eine mittlere Stellung zwischen den Gemeinden und Provinzen gegriffen, die die Lasten nach oben und unten ihrerseits durch Zuschüsse, wie sie unter Genehmigung der berechtigten Behörden gefaßt sind, zu erleichtern in der Lage sind. Diese Seite der Sache ist ja sehr amendirungsfähig. Der Gedanke, gerade die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Kommunalverbänden — so ist der ursprüngliche Ausdruck, worunter die Ortsgemeinden, Kreise, Bezirke, Provinzen, dies alles, verstanden war — zu überweisen, gerade diese Summe zu wählen, ist von mir nicht ausgegangen, sondern ich habe ihn aus der Hand meiner Kollegen in der Finanzverwaltung damals adoptirt, wie ich zuerst die Reform der Steuern öffentlich angeregt habe, nachdem ich im Schooß des Ministeriums für dieselbe schon länger thätig gewesen. Mein Prinzip im Ganzen war nicht sowohl die Abschaffung bestimmter Steuern von Hause aus — darüber habe ich mir als Einzelner, und ich bin lange Zeit allein Träger des Gedankens gewesen — nicht erlaubt, vorzugreifen dem Urtheil und der Zustimmung meiner Kollegen und schließlich dem Urtheil der öffentlichen Diskussion, aus der wir Alle lernen können. Denn Sie müssen nicht glauben, daß man dadurch, daß man Minister wird, sofort wesentlich klüger und einsichtiger wird, wie Andere, (Heiterkeit) man bedarf eben auch der Schulung und der Korrektur

seiner eigenen Ansichten — so klug wird man nie wieder, wie man gewesen ist, als man einfacher Abgeordneter war ohne jede Verantwortlichkeit, (Große Heiterkeit) wo man mit unskrupulöser Sicherheit über alles urtheilte, was überhaupt dem Menschen gebracht werden kann. Ich bin zu dieser Sicherheit in meinen Bewegungen nicht mehr berechtigt; sie sind unter Umständen zu folgenschwer, als daß ich nicht öfter überlegen und die Korrektur, die mir zu Theil wird, nicht dankbar annehmen sollte. Ich habe also damals nur den allgemeinen Gedanken im Staatsministerium angeregt und später auch im Reichstag ausgesprochen — im ersteren auch zur Anerkennung gebracht, daß wir überhaupt in den deutschen Staaten und namentlich in Preußen ein zu großes Maß von direkten Steuern und ein zu geringes Maß von indirekten Steuern hätten nach dem Beispiel der Finanzen anderer Länder, die uns in der Finanzverwaltung, wenn ich bei den Franzosen auch nur bis zu Colbert und bei den Engländern vielleicht 50 Jahre weiter zurückgreife, doch faktisch immer voraus waren und noch heute darin überlegen sind, daß sie nicht durch die Bläſſe des theoretischen Gedankens angekränkelt werden, sondern praktisch das ergreifen, was dem praktischen Leben nützlich ist. Da habe ich den Gedanken vertreten, wir müssen überhaupt für die Staatseinnahmen weniger direkte und mehr indirekte Steuern haben. Wir müssen überhaupt dahin streben, Staatseinnahmen an die Kommunalverbände, also von der Provinz bis zur Lokalgemeinde herunter, überweisen zu können, um ihre Schäden damit zu heilen, um ihnen die Last, die sie zu tragen haben, zu erleichtern. Daß das dann die Hälfte gerade dieser Steuern sein muß, das ist ein Gedanke, der, ich glaube, zuerst zur Zeit meines Kollegen Camphausen aus dem Finanzministerium gekommen ist, den der Minister Hobrecht mit Entschiedenheit nachher entgegengebracht hat — man hätte ebenso gut ein Drittel oder ein Viertel wählen können — oder, entsprechend den mehr prinzipielle Ziele steckenden, als bestimmte Beschlüsse anstrebenden Aeußerungen verfahren können, die ich im Reichstage gethan habe, die sich gegen alle direkten Steuern richteten, womit ich nicht habe sagen wollen, daß wir sie alle abzuschaffen hätten, sondern daß es mir nicht so sehr darauf ankam, welche gerade abgeschafft würden. Ich hatte mich für

Beibehaltung hauptsächlich nur der Einkommensteuer ausgesprochen, für Abschaffung von keiner Steuer, mit Ausnahme der unteren Stufen, sondern nur für Ueberweisung an die Gemeinden und Verbände.

Ich habe hier die Ihnen allen gedruckt vorliegende, vielleicht aber doch nicht gelesene (Heiterkeit) „Geschichte der Steuerreform im Reiche und in Preußen." Geschichte der Steuerreform.

Da erlaube ich mir zuerst anzuknüpfen an eine Aeußerung von mir aus dem Dezember des Jahres 1878:

> „Das Maß der Gesammtsteuerlast ist nicht durch die Höhe der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständniß zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfniß des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird."

Es wäre ja ein, ich möchte sagen, kindisches Vergnügen von der Regierung, Steuern aufzuhäufen, deren Betrag nicht erforderlich ist für die durch die Parlamente gebilligten und anerkannten Bedürfnisse des Staates. Davon kann also nicht die Rede sein:

> „Jede Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs muß deshalb die nothwendige Folge haben, daß von den direkten Steuern oder von solchen indirekten Steuern, deren Erhebung von Staatswegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswerth erscheint, soviel erlassen oder an Kommunalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständnisse mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird."

Diesem Ziele haben wir uns zu nähern versucht mit dem Verwendungsgesetze vom vorigen Jahre, was indeß doch noch unbestimmt läßt, je nach den jedesmaligen Forderungen der Regierung und den Beschlüssen, die der Landtag darüber faßt, was zur Abänderung verwendet werden solle. Jedenfalls hat dies Gesetz nicht die Wirkung gehabt, daß man im Reichstage nun das Bedenken fallen ließ: „wir können indirekte Steuern nicht bewilligen, wenn wir nicht wissen, was damit gemacht wird, und welche direkten etwa dafür aufgehoben werden. Im Landtage stießen wir dagegen und stoßen wir noch heute auf

die Besorgniß, daß die Aufhebung oder Ueberweisung diesseitiger Einnahmen mit den Deckungsmitteln, die dafür im Reichstage erreicht werden, nicht kongruent wäre. Wir sind also noch heute in diesem viciösen Zirkel, dem wir zu entrinnen suchten, weil uns im Reichstage gesagt wird: „wir wissen nicht, was der Landtag beschließen wird, und im Landtage gesagt wird, wir wissen nicht, was der Reichstag beschließen wird und daß dem allen eine gewisse Scheu, die vielleicht auf manchen Seiten in der Fraktionstaktik begründet ist, zu Grunde liegt, überhaupt eine feste Stellung zu diesen Fragen zu nehmen. Die Regierung bedarf aber nothwendig der festen Stellungnahme zu dieser Frage von Seiten einer der parlamentarischen Versammlungen. Sie hat Ihnen deshalb diese Vorlagen gemacht, hauptsächlich in der Absicht, sich selbst zu binden, damit nachher der Reichstag nicht mehr sagen kann: wir wissen nicht, was du mit den Steuern thust, die wir dir bewilligen. Die anderen Regierungen, die größeren unter ihnen, waren zum Theil schon gebunden durch ihre Gesetzgebung, indem ihre direkten Steuern in Simplen bestehen, die von selbst sich vermindern und ausfallen, je nachdem andere Einnahmen den Bedarf decken.

Sie haben also gewissermaßen das Verwendungsgesetz, welches wir im vorigen Jahre gemacht haben, schon vor uns gehabt. Bei uns in Preußen aber ist dieses neu, und die Regierung hat gefunden, daß sie damit im Reichstage noch nicht den Glauben findet für ihre angemessene Verwendung der Gelder, die der Reichstag bewilligen könnte, und den sie beanspruchen muß, um die Bewilligung zu erreichen.

Wir wollen uns also dem Landtage gegenüber binden, wie Carl Moor seine Hand dem Priester gegenüber an den Zweig band; wir können dann nichts mehr mit neuen Einnahmen machen als Steuern erlassen. Wenn uns dieser Wunsch versagt wird, dann allerdings bleiben wir — nicht dadurch, daß Sie das Gesetz einschlafen lassen in der Kommission, sondern dadurch, daß Sie es ablehnen — dann allerdings kommen wir dem Reichstag gegenüber wieder ohne Sicherheit dessen, was wir thun werden, aber doch nicht mehr ganz so verdächtig falscher Vorwände, weil wir unseren Willen und unsere Bereitwilligkeit in einer ganz unzweideutigen und, hier

gebe ich das gern zu, promissorischen Form zu erkennen gegeben haben. Es würde für dasselbe Ministerium recht schwierig sein, auch, nachdem es die Vorlage bloß gemacht hat, mit den Mitteln, die ihm der Reichstag etwa bewilligte, etwas anderes zu thun, als Steuererleichterungen einzuführen.

Ich kann nicht auf alle die einzelnen ministeriellen Aeußerungen der Herren Camphausen, Hobrecht und meine eigenen eingehen, die Sie in dem in Ihren Händen befindlichen Druckwerke aufgezeichnet finden, aber ich möchte doch die wiederholte Lektüre desselben empfehlen; wir könnten dann viel Reden sparen.

Der Minister Camphausen sagte am 22. Februar:

„daß ein Weg gesucht werden muß, um im Wege der indirekten Besteuerung die Mittel zu gewinnen, die Lasten bei der direkten Besteuerung, deren sich jene Verbände in der Regel zu bedienen haben, zu vermindern. Das ist die Stellung, die ich noch heute zu dieser Frage einnehme und zu der ich mich unumwunden bekenne."

Der Finanzminister Hobrecht hat am 20. November 1878 gesagt:

„daß die einzelnen Staaten in den Stand gesetzt werden, durch Ueberschüsse, die ihnen überwiesen werden, theils lästige Steuern zu beseitigen, theils die Kommunen durch Ueberweisung von Steuern oder durch Steuerreformen zu erleichtern. Ich halte dieses Ziel fest und ich glaube, daß die ganze Entwickelung unserer Verhältnisse dahin weist, in einer Ausbildung der dem Reich überwiesenen Zölle und Verbrauchssteuern die Hülfsmittel zu suchen, um den nicht bloß in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten hervorgetretenen Schwierigkeiten in der Finanzlage zu begegnen, und um uns in den Stand zu setzen, im Interesse der Kommunalverbände Steuerreformen herbeizuführen."

An einer anderen Stelle:

„Um eine Umgestaltung seines Systems der direkten Steuern unter Entlastung der Kommunen, beziehungsweise Erleichterung der Aufbringung der Kommunallasten vorzunehmen."

Am 15. Juni 1877 erschien eine Denkschrift des Herrn Ministers Camphausen, die auch wieder sagt:

> „Diese Rücksicht macht es nothwendig, eine stufenweise Durchführung der Reform von vorn herein in's Auge zu fassen."

Stufenweise war mein Bestreben von Hause aus. Es ist also aus dem Finanzministerium der Vorschlag gekommen: zur Hälfte, aber auch diese Hälfte soll nur stufenweise ihrer künftigen Verwendung zugeführt werden. Nur au fur et à mesure, wie die Reichsgelder einkommen, soll diese Verwendung in's Leben treten. Also dieser Gedanke des Stufenweisen ist festgehalten.

> Der in seiner Wirkung am meisten verständliche Schritt dürfte die vorgeschlagene Reform der Klassen- und Einkommensteuer sein, mit welcher daher zu beginnen wäre, sobald die Mittel dazu würden flüssig gemacht werden können.

Wenn man nach der Genesis jedes einzelnen Satzes in der Vorlage fragt, so muß man nothwendig die Akten des Finanzministeriums zu Rathe ziehen, wie diese hauptsächlich dort verhandelten Angelegenheiten sich gebildet haben. Das Finanzministerium fängt ja nicht an jedem Tage seine Geschäfte von vorne an, indem es einen Strich durch die ganze Vergangenheit macht, sondern seine Vorlagen, nach denen ich mich zu richten habe — denn ich kann nicht alle Details prüfen — erfolgen nach Maßgabe des dort vorhandenen Aktenmaterials. Ich erwähne dies, um zu entwickeln, daß ja nicht alles, was wir Ihnen bringen, nicht ganz unumstößlich ist. Ich bleibe bei der Ueberweisung an die Kreise als dem zweckmäßigsten Mittel, eine Erleichterung herbeizuführen, und ich schlage daher vor, daß nach Maßgabe der von meinem Kollegen in den Motiven angedeuteten und von mir ganz gewiß unterstützten Gedanken die Kreise für die Gelder, die sie nicht zu nothwendigen Zwecken brauchen, die Befreiung der Elementarschulen von allen Kommunalbeiträgen zu erstreben haben, und ich kann dies Ziel kaum mit beredteren Worten vertreten, als es der Herr Abgeordnete Richter vorher gethan hat; ich bitte daher Jeden, diesen Theil des stenographischen Berichts der Rede des Herrn Richter nach Hause schicken zu wollen, damit die Leute sehen, wie gut wir Beide, der Abgeordnete Richter und ich, uns unterstützen. (Heiterkeit.)

Ich bin im Zusammenhang der Gedanken in einen anderen Weg gerathen, als ich ursprünglich verfolgte, und bemerke nur noch in Bezug auf die Schulausgaben, daß sie in allen Theilen Preußens, mit Ausnahme der Stadtkreise, $63\frac{1}{2}$ Millionen bisher absorbirten, unter denen sich, so viel ich habe übersehen können, nur 5—6 Millionen Staatszuschüsse befinden, also alles, was auf diesem Felde verwandt wird, würde von demselben bereitwillig absorbirt werden, und es würde noch nicht vollständig gedeckt werden. Sie würden auch die Genugthuung haben, daß es gerade den ärmeren Volksklassen am meisten zu Gute kommt, und daß er zur vollen Gleichheit mit seinen Mitbürgern in der Meinung der Parteien nicht berechtigte Gutsbesitzer hiervon ausgeschlossen bleibt, da seine Kinder doch nicht in dieser Schule sich befinden.

Mir fällt wieder in die Hände eine von den Aufzeichnungen, die ich mir über die Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter gemacht habe, wie ein Mann von so viel Geist, wenn er immer in der Stadt zwischen Häusern, Straßen und Zeitungen lebt, (Heiterkeit) doch dem praktischen Leben entfremdet werden kann. (Heiterkeit.)

Er ist der Meinung, daß die Kommunikationsmittel vorzugsweise den Grundsteuer zahlenden Elementen zu Gute kommen, er muß also nie einem Kreistage beigewohnt haben, der Chausseebauten beschließen wollte, und muß sich auch selten in ländlichen Kreisen aufgehalten haben, wo die Städte immer das lebhafteste Interesse für neue Chausseen bekunden, — und wir sehen auch, wenn die Chaussee gebaut ist, wie so eine kleine Landstadt aufblüht, die früher zwischen Sandwegen gelegen hat, (sehr richtig!) mag sie eine Hafenstadt sein oder mögen sie Landstädte sein, die Städte sind so intelligent, daß sie ihre Interessen wohl verstehen, sie sind immer die ersten, die Chausseen verlangen, die Petitionen an die Regierung richten, und diejenigen, welche die Sache auf dem Kreistag betreiben, (sehr wahr!) doch gewiß nicht bloß aus Liebe für den Grundsteuer bezahlenden ritterschaftlichen Nachbar; sie halten mit demselben sehr gut zusammen, aber so weit geht die Hingebung doch nicht, daß, wenn sie gar kein Interesse daran hätten ihrerseits, Chaussee zu wünschen, sie dafür Beiträge à fonds perdu zahlen würden; es geschieht das fast nur von Städten.

Ein Gutsbesitzer muß schon sehr wohlhabend und opferwillig sein, wenn er sagt: ich gebe 1000 Thaler à fonds perdu, aber bei den Städten findet sich das sehr häufig. Was der Herr Vorredner citirt hat an Aeußerungen über die Dezentralisation, die ich in früheren Jahren gethan habe bei Debatten über den hannöverschen Provinzialfond, so habe ich sie noch heute auf das Vollständigste. Ich will ja gar keine Zentralisation in der Verwaltung, ich will nur eine Zentralisation im Bezahlen, in der Finanz, es soll von der großen Quelle der Staatseinnahmen abgezweigt werden, zur vollständig unabhängigen Verfügung der Kommunalverbände. Die Veranlagung soll staatlich sein, weil wir — vielleicht mit Unrecht — aber doch darin eine größere Garantie für die Gerechtigkeit derselben finden. Sie ist ja nicht immer gerecht, aber sie wird vielleicht noch ungerechter, wenn sie sich in Händen von lokalen Einflüssen befindet. Also diese Dezentralisation will ich noch heute.

Der Herr Vorredner ist dann auf Aeußerungen gekommen, welche die Zeitungen mir zuschreiben, und hat dabei gesagt, ich hätte behauptet, das Verwendungsgesetz wäre überflüssig, wenn beispielsweise diese oder jene Lasten, welche eigentlich Staatslasten sind, vom Staat getragen würden. Er sagt: wozu also der Lärm um das Verwendungsgesetz? Er vergißt aber dabei ganz, daß die Prämisse nicht vorliegt, das Wenn und Aber. Der Zustand, den ich als den wünschenswerthen angeblich bezeichnet habe, ist ja nur erreichbar, wenn wir mit dem Verwendungsgesetz anfangen. Es ist eine Thür, die sich dazu öffnet, eine andere wäre vielleicht besser, ich weiß es nicht, aber sie ist nicht offen, die richtige würde vielleicht nur die sein, wenn ein einziger Kopf oder ein Ausschuß sich fände, der im Stande wäre, alle unsere wirthschaftlichen und kommunalen Verhältnisse mit einem Blick von einer Stelle aus zu beschauen und zu beherrschen und sie wie eine Chladnysche Figur mit einem Strich neu zurecht zu legen. „Einen solchen möchte ich auch wohl kennen, möcht ihn Herrn Mikrokosmos nennen," der das könnte. Wir müssen — in stümperhafter Weise gebe ich zu — die Sache an einem Zipfel anfangen, es giebt keinen Menschen, der im Stande wäre, Ihnen einen vollen, fertigen Abschluß aller der Reformen, deren wir be-

dürfen, auf einem Brett auf den Tisch zu legen. Solche Reformen sind die Frucht mühsamer Arbeiten und gegenseitigen Entgegenkommens, des schrittweisen Vorwärtsgehens; aber die springen nicht wie Minerva aus dem Haupte Jupiters fertig heraus. Deßhalb sage ich: gehen Sie den Weg, der offen liegt, den lange Vorarbeitungen im Finanzministerium gebahnt haben, und dessen Genesis sich aus den Akten ergiebt. Ich habe die Akten des Finanzministeriums auch nicht aus dem Geleise heben können, ich bin nicht mit allen Einzelheiten einverstanden, habe mich aber gefügt und füge mich heute und werde mich fügen, sobald ich sehe, daß überhaupt nur die Richtung des von mir erstrebten Zieles inne gehalten wird. Ich möchte bitten, beherzigen Sie den Satz: Das Beste ist des Guten Feind. Wir kommen nie einen Schritt vorwärts in der Reform, wenn immer gesagt wird, das muß noch geschehen und so muß die vollkommene Reform sein. Unter den zwanzig Rednern, die darüber im Reichstag und hier sprechen werden, werden wir zwanzig verschiedene Ansichten haben, die den ganzen Kosmos umfassen, von denen wir vielleicht eins oder eine Kombination durchführen können im Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren und wenn dann unsere Söhne sagen, es ist besser geworden, dann wollen wir zufrieden sein, und daß es besser geworden ist in den letzten Jahren — post hoc oder propter hoc, das wird ja immer verschieden ausgelegt —, aber jedenfalls *nachdem* wir die Zollreform eingeführt haben, kann Niemand bestreiten, und so überzeugend sonst der Herr Abgeordnete Richter sprach, in der Behauptung des Gegentheils wird er dreihundert ungläubige Gesichter sich hier gegenüber gefunden haben, und im ganzen Lande wird er zwanzig Millionen ebenso ungläubige Gesichter sehen. (Sehr gut! rechts.)

Das mag vom Parteistandpunkt sehr unerwünscht sein, wenn gewisse Reformen, die andere Parteien, wenn sie zur Regierung kämen ganz gewiß auch machen würden, von einer gegnerischen Partei gemacht werden, das ist ein Hauptgrund mancher Opposition, die wir finden. Natürlich, hier im Hause stehen die Motive höher, aber daß sonst sehr Viele diesem Ministerium es nicht gönnen, diesen vernünftigen Gedanken auszuführen, begreife ich; wenn sie aber selbst Minister wären, würden sie ganz anders werden und sagen: wie einfältig waren

unsere Vorgänger, daß sie das nicht längst gethan haben. Es fällt mir dabei ein sehr geistreicher Kollege ein, den ich in der Politik gehabt habe, der im Jahre 1864, wo er anfing, klar zu sehen, wo ich hinaus wollte, sagte: mein Gott, nun macht der Mensch meine Politik und verdirbt sie vollständig. (Heiterkeit.)

Steuerquellen; parlamentarische Kämpfe; der Kanzler wird nicht umkehren.

Dieses Gefühl haben auch heut die Herren von uns, die uns gegenüber jetzt die Steuerfähigkeit des Tabaks bis zu einer gewissen Höhe in Abrede stellen, als ob Jedermann sich schämen müßte, wenn er eine solche Ueberzeugung hätte, sie auszusprechen, und wenn er auf einem Worte ertappt wird, was so ausgelegt werden möchte, er sich schüchtern zurückziehen müsse, damit er nicht des Gedankens schuldig wird, daß der Tabak noch mehr Geld bringen könnte, als er bringt. Ich bekenne mich ganz unumwunden dazu, daß der Tabak mehr Geld bringen muß, (Bravo! rechts,) und es mag regieren, wer da will, es mag Herr Richter oder Herr Rickert an meiner Stelle Minister sein: sie werden vielleicht das Monopol nicht einführen, ich strebe auch heut nicht dahin, aber es giebt viele Formen dem Tabak mehr Geld abzunehmen, und das werden auch Sie thun. Es ist ein Irrthum, daß die Führer der Handespolitik, deren Epigonen wir vor uns sehen, gegen das Tabaksmonopol gewesen sind, — wobei ich immer befürworte: ich habe noch nicht dazu geschworen. Mein früherer Kollege, der Reichstagsabgeordnete Delbrück, wird mich ja im Reichstage rektifiziren können, wenn ich jetzt etwas Unrichtiges sage. Ich habe, als wir früher darüber gesprochen haben, ihn gefragt, ob er in Bezug auf das Tabaksmonopol nicht gehindert wäre durch eine Schrift, die er in den fünfziger Jahren dagegen geschrieben hat. Nein, sagte er, in keiner Weise; das Tabaksmonopol war eine ganz unmögliche Sache im Zollverein, der alle zwölf Jahre gekündigt werden konnte, und das Tabaksmonopol kann man nicht auf Kündigung einführen; aber er war kein prinzipieller Gegner des Monopols. Ebenso würde mir Herr Camphausen, wenn er in einer parlamentarischen Versammlung mit mir wäre, bezeugen, daß er ein prinzipieller Gegner des Tabaksmonopols früher zwar war, aber sich den Vorzügen dieser Einrichtung doch nicht dauernd verschloß. Also, meine Herren, ich bekenne mich offen dazu, der Tabak muß mehr bluten, als er bis jetzt blutet. Auch die Getränke.

Wenn Sie sehen, daß die Getränkesteuer in Frankreich ꝛc. 450 Millionen Francs einbringt — ungefähr so viel wird es sein, — daß der Tabak beinahe ebenso viel bringt, die Stempelgebühren mehr, ja meine Herren, dann empfinde ich eine gewisse Beschämung und frage mich, sind wir weniger klug, verstehen wir das Geschäft weniger als in Frankreich? Nein, meine Herren, bei uns ist nur der parlamentarische Sand, durch den wir müssen, tiefer, der Berg ist steiler, und es ist schwerer, eine Einrichtung, die wahrscheinlich Jedermann, wenn er an der Spitze stände, gut heißen und fördern würde, durchzubringen, aber bekämpft, so lange er nicht an der Spitze ist, sondern ein Anderer die politischen und ministeriellen Vortheile genießen würde, der bestimmten Fraktionen und Parteien nicht angehört. Der auf den Universitäten einmal herrschende Korpsgeist ist bei uns auch im praktischen Leben schärfer, als im Auslande, so daß wir die parlamentarische Basis, die diese Säure des Korpsgeistes hinreichend abstumpft, noch nicht entdeckt haben. Die Parteigegensätze, die bei uns noch obwalten, schwinden nur vorübergehend, wenn das Vaterland in hohen Wellen der Gefahr steht, das ist aber eigentlich nur in Kriegszeiten der Fall, und diese sind, Gott sei Dank! nicht vorhanden, es ist auch gar keine Aussicht dazu. Ich bin deshalb auf recht lange parlamentarische Kämpfe, auf länger, wie mein Leben dauern wird, in dieser Frage gefaßt, aber ich werde nicht um ein Haar breit darin schwanken, und wenn ich müde bin, werde ich ausruhen, aber in keiner Weise umkehren, und ich werde auf der Bresche sterben, so Gott will, vielleicht auf dieser Stelle dermaleinst, wenn ich nicht mehr leben kann. (Heiterkeit, Bravo!)

Ein braves Pferd stirbt in den Siehlen. Ich habe früher die Absicht, zurückzutreten, unumwunden erklärt, weil ich mich körperlich nicht leistungsfähig mehr fühlte, die Sache fortzusetzen, und weil ich bei meinen Kollegen nicht überall die Unterstützung fand, deren ich bedurfte, — ich halte es für nützlich, zu konstatiren, daß ich von dieser Velleität ganz zurückgekommen bin, es fällt mir nicht ein, zurück zu treten. J'y suis! j'y reste! (Lebhaftes Bravo!)

Ich sage, ich gedenke so lange im Amte zu bleiben, wie Seine Majestät der Kaiser es für gut befindet; Sein Wille ist das Einzige, was mich aus dem Sattel heben wird. Es hat viel

zu dieser meiner Ueberzeugung, auszuhalten, beigetragen, daß ich gesehen habe, wer sich eigentlich freut, wenn ich zurücktrete. Nachdem ich die Herren schärfer in's Auge gefaßt habe, die meinen Rücktritt wollen, da habe ich mir gesagt: ich muß dem Vaterlande doch noch zu etwas nütze sein, wenn ich bleibe, und ich habe mich entschlossen, so lange ein Faden an mir ist, will ich dem Vaterlande dienen. Diese Absicht hat mich zu allen Zeiten geleitet und erklärt das, was der Herr Vorredner von meiner wechselnden Ueberzeugung zum Beispiel in den Zollsachen sagte. Ich habe gar nicht gewechselt, bevor ich den Zollsachen persönlich näher getreten bin, habe ich überhaupt gar keine eigene Ueberzeugung vertreten, sondern die meines Kollegen Delbrück, den ich für den richtigen Mann an der richtigen Stelle hielt, ich hatte keine Zeit zu eigenen Ansichten.[1]) Denken Sie sich die Aufgabe, damals nur die auswärtigen Geschäfte zu führen, wo ich in allem Andern neu war, und wo das ganze Deutschland in einer Gährung war, wo man sehr rechts und links sehen mußte, daß einen die Welle nicht wegspülte, da habe ich keine Zeit gehabt, mich um Handelspolitik selbst zu kümmern, erst der Rücktritt Delbrücks hat mich dazu gezwungen, da war ich genöthigt, mir eigene Ansichten zu bilden und sie auszusprechen. Daß ich früher andere gehabt hätte, kann ich eigentlich nicht sagen, man könnte eben so mit mir darüber streiten, ob ich in irgend einer wissenschaftlichen Frage dieser oder jener Meinung, dieser oder jener Theorie gewesen. Ich habe damals keine Zeit gefunden, mir ein ganz bestimmtes Bild von Handelspolitik zu machen. Ich bestreite, daß meine Ansichten von früher den heutigen entgegen gesetzt wären, weil sie gar nicht existirten, ich war der folgsame Schüler des Herrn Delbrück, und ich habe Delbrücks Ansichten ausgesprochen, wenn ich dergleichen ausgesprochen habe; nachdem er mir die Gemeinschaft gekündigt hatte, bin ich gezwungen gewesen, eigene zu vertreten; die sind vielleicht in manchen Dingen von den seinigen abweichend, aber ich habe früher entgegengesetzte, die ich gewechselt hätte, nicht gehabt.

Das konservative Steuerprogramm.

Der Herr Vorredner hat vielfach des konservativen Programms gedacht, wie man es nennt. Ja, meine Herren,

[1]) Vgl. oben S. 24 ff., 36 u. 37.

dieses konservative Programm ist nicht ein Programm der Regierung und ich habe auch keinen Beruf, dafür oder dagegen einzutreten. Ich halte das hier so bezeichnete konservative Programm als einen nicht unnützen Versuch, einen richtigen Zuschlagsmaßstab für Kommunalsteuern herzustellen, für Staatssteuern aber würde es mir nicht annehmbar sein, weil es, wie auch der Abgeordnete Richter richtig bemerkte, den Reformgedanken, von dem ich ausgegangen bin und den ich hier entwickelt habe, vollständig durchschneidet und nicht die Ausbildung der indirekten, sondern die Ausbildung der direkten Steuern zum Zweck hat, die ich für die Kommune durchaus beizubehalten wünsche, da gehören sie hin, nur müssen dort zu der Gebäudesteuer und zu der Grundsteuer keine Zuschläge erhoben werden, denn dabei wird der Nachbar mit zehn bis zwanzig Prozent Zuschlag belastet, während der andere, der ausnahmslos sein Einkommen nur aus Papieren erhält, nicht höher als mit 3 Prozent herankommt, und doch am leichtesten mehr geben könnte, weil ihn das Kouponschneiden an gar keiner anderen Beschäftigung hindert, während der Landwirth, der Bauer, der Gutsbesitzer doch erst seine Scholle beackern muß und seine Früchte verwerthen muß, um Einnahmen zu haben.

Entlastung des Immobilarbesitzes; Besteuerung der Städte.

Ueber den Maßstab der Grundsteuer und Einkommensteuer habe ich mir vorhin schon zu reden erlaubt und konstatire nur noch, daß, wenn mir z. B. die Hälfte meiner Grundsteuer erlassen werden würde, mir etwas mehr als meine ganze Einkommensteuer erlassen werden würde. Das ist ein faktisches Beispiel, das ich anführe, so weit würde die Tragweite gehen, das verlange ich aber gar nicht und ich habe mich gehütet, einen Antrag auf Abschaffung der Grundsteuer zu stellen. Die Milderung der Belastung der Landwirthschaft besteht nach der Vorlage darin, daß die Staatsgrund- und Gebäudesteuer zum Theil nach Bedürfniß den Kreisen ausgeliefert wird, so daß also die Ungerechtigkeit des Zuschlages auf die Gebäude- und Grundsteuer ausfällt, wobei ich übrigens bemerke, daß, wenn der Herr Vorredner sagte, daß Berlin beinahe die Hälfte der Einkommensteuer bezahle, die überhaupt aufkomme, das doch einigermaßen im Widerspruch mit den Angaben steht, die er wenn ich ihn recht verstand, über einen Rückgang der Verhältnisse der Städte zu denen des platten Landes machte.

Bei dem Vergleich der Steuer-Belastung Beider war ihm im Augenblick wohl entfallen, daß in dem Zeitraum von 1866, von dem er sprach, noch die Mahl- und Schlachtsteuer bestand, von der ich ja zu meiner Freude einen Anfang wieder keimen sehe in der Schlachthausfrage, — daß diese indirekten Steuern noch bestanden, und daß dagegen im Jahre 1876, zehn Jahre später, die ganze hohe Belastung der direkten Steuern, ich möchte sagen, die ungeschickte Besteuerung der Städte durch die direkte Besteuerung schon bestand, die früher nicht mitzählte. Ich erinnere mich bei dieser Ausführung eines recht charakteristischen Vorgangs aus dem Jahre 1848. Damals bin ich viel im Verkehr gewesen mit einem geistreichen Polen, ich will den Namen weiter nicht nennen, seine Landsleute werden ihn erkennen, wenn ich ihn als einen ausgezeichneten Schafzüchter seiner Provinz bezeichne und wenn ich hinzufüge, daß er einer der gescheutesten Agitatoren in polnischen Interessen und Verschwörungen war, ich habe noch andere lebendige Zeugen, in deren Gegenwart er sagte: der ganze Schlüssel für die Situation bei uns besteht in der Abschaffung der indirekten Steuern in den großen Städten und in der Einführung der direkten Steuern. Wenn wir das erst haben, daß in den großen Städten die direkten Steuern eingeführt sind, daß für die Klassensteuer die Möbel gepfändet und auf die Straße gesetzt werden, dann haben wir gewonnen. Unter „wir“ verstand er die polnische Revolution, deren kluger Vertreter er war. Ich bedaure also, daß der Staat das damals hat einführen können. (Ruf: Namen nennen!)

Sie fragen, wer ist er? Jeder unserer polnischen Herren Kollegen wird ihn Ihnen sagen; ich kann ihn übrigens auch nennen, es war Herr v. Lipski, ich fürchte, er ist todt, es war ein liebenswürdiger Mann und sein Urtheil zeugt von einem praktischen Geschäftsmann; wenn er in der preußischen Regierung gewesen wäre, hätte er wohl nie seine Zustimmung dazu gegeben, daß die indirekten Steuern in Berlin aufgehoben und an deren Stelle direkte gesetzt wurden. Wenn also Berlin die Hälfte der Einkommensteuer trägt — woher fließt dieses Einkommen? Das fließt doch nicht aus Grundstücken in Berlin, es fließt aus der Gebäudesteuer, das kann aber sehr viel nicht sein, wenn es auch zeigt, wie ungerecht

die Gebäudesteuer veranlagt ist. Ich habe in einer, wenn ich nicht irre, amtlichen Bekanntmachung kürzlich gelesen, daß der Feuerkassenwerth der Berliner Häuser sich auf 1,958,000,000 belief, und daß dabei die Belastung, die darauf hypothekarisch ruhte, sich auf 2,064,000,000 belief, es zeigt das, wie hoch der Berliner Hausbesitzer wahrscheinlich durch die Steuer überbürdet sein wird und wie dankbar er sein wird, wenn wenigstens keine Zuschläge mehr dazu erhoben werden, und wie berechtigt ein Anspruch darauf ist, daß dies unterbliebe. Aber wenn hier aus dem Häuser- und Grundbesitz ein reines Einkommen kaum fließen kann, wie die Einkommensteuer es berücksichtigt, woher kommt dann dieses Einkommen, was, wie der Herr Vorredner sagte, sich verhält — ich glaubte, er sagte, 25:39 wäre ungefähr die Einkommensteuer von Berlin, (Zuruf) es ist egal, aber es war beinahe die Hälfte, — dann muß ein gewaltiger Besitz von fundirtem Einkommen aus Papieren in Berlin stecken, was sich bisher einer höheren Steuer nach Analogie des Grundsteuereinkommens entzieht, und es könnte daher der Ertrag solcher Steuern nicht so immer sein, wie der Herr Vorredner es angeführt hat, was dazu treten würde, wenn man das in Papier fundirte Einkommen ebenfalls zum gleichen Maße, wie das in Grund und Boden fundirte, heranzöge, was ich in dem Maße gar nicht verlange. Ich will nicht dieselbe Ungerechtigkeit den Aktienbesitzern gegenüber begehen, die der Grundbesitzer erlitten hat, wohl aber erstrebe ich eine stärkere Heranziehung des fundirten Einkommens auch in Papier, im Vergleich mit dem unfundirten.

Die Gebäudesteuererhöhung ist keine Folge der Werthserhöhung der Gebäude; die Gesetze werden nicht zum Vortheile der Landwirthe gemacht.

Die Erhöhung der Gebäudesteuer, von der der Herr Vorredner gesprochen hat, und in der er eine Erhöhung des Werthes der Gebäude sieht, kann ich als Produkt dieser Wertherhöhung nicht betrachten, sondern einfach als Produkt der Bestimmung des Gesetzes: sie soll erhöht werden. Es ist von der Regierung ausgeschrieben auf die einzelnen Bezirke und von denen auf die Kreise, von den Kreisen auf die Gemeinden, soviel Prozent sollen künftig mehr aufgebracht werden. Wir Landwirthe sollen ja eigentlich für landwirthschaftliche Gebäude keine Gebäudesteuer zahlen. Es ist das aber schon immer in der fiskalischen Art ausgelegt worden, daß es landwirthschaftliche Arbeiterhäuser nicht giebt, sie werden als lukrative Mieths-

häuser angesetzt, ebenso Deputanten-, ebenso Pächterwohnungen. Ja, die Wohnungen der Eigenthümer — der Mann muß doch, wenn er sein Gut bewirthschaften will, ein Unterkommen haben, — das ist keine landwirthschaftliche Einrichtung, sondern wird behandelt wie ein Luxushaus in Berlin. In Folge dessen habe ich erlebt bei mir aus eigener Erfahrung, daß meine Tagelöhnerhäuser, deren ich mehrere Hunderte besitze, plötzlich so und so viel mehr Miethe bringen sollen, und da habe ich in ironischer Selbstbetrachtung als Minister erlebt, daß dieselben verfallenen Hütten mit denselben Strohdächern und ohne daß seit der letzten Einschätzung ich einen Dachsplitt gerührt habe, auch keine Fensterscheiben erneuert sind, plötzlich wegen des „höheren Werthes" um den befohlenen Prozentsatz erhöht wurden. Ich hätte es für geschmacklos gehalten, wenn ich mich bei meinem Kollegen, dem Finanzminister, hätte beschweren wollen, es hätte auch nichts geholfen, denn die Erhöhung steht im Gesetz, es zeigt aber, wie die Gesetze nicht zum Vortheil der Landwirthe bei uns gemacht werden, und wie zweitens, wenn sie gemacht sind, auch in allen den Instanzen im Lande, die nicht Landwirthschaft treiben, die Tendenz herrscht, den Grundbesitzer als Nutznießer fundirten Einkommens stets recht scharf und fest in die Zange zu nehmen. Es ist aber recht nützlich, wenn man im Ministerium ein Mitglied hat, welches in seinem Privatverhalten auch das Gefühl kennt, wie einem zu Muthe ist, wenn man regiert wird. (Heiterkeit.)

Zurückweisung der Verdächtigung des Eigennutzes.

Man wirft mir mitunter vor, nomina sunt odiosa, ich will Niemanden nennen[1]) — daß ich mich durch Interessen meines Berufsstandes etwa leiten ließ in den gesetzlichen Maßregeln. Meine Herren, es handelt sich in solchen Fragen für mich immer um Kleinigkeiten. Ich bin durch die Gnade des Königs so reich geworden, daß ich kleine Steuervortheile nicht nöthig habe. Außerdem ist es auch nicht wahr. Ich habe z. B., wie ich mich auf kompetente Zeugen berufen kann, nichts mehr gefördert, als wohlfeile Eisenbahntransporte inländischer Kohlen, und nichts ist mir als Waldbesitzer nachtheiliger, wie dieses. Das ist der einzige Konkurrent, den ich habe, ich habe ihn mit Vergnügen gesehen; indeß ich will nicht

[1]) Der Abgeordnete Richter (Hagen) hat diesen Vorwurf in Volksversammlungen sogar ausgesprochen.

weiter pro damo sprechen. Ich sage nur, wenn ein Minister sofort der Verdächtigung ausgesetzt ist, man ihm nachweisen kann, bei diesem Gesetz hat er das oder das Standes- oder Besitzinteresse, — ja meine Herren, dann müssen Sie nur solche Minister haben, die gar kein Interesse an irgend etwas haben, (Heiterkeit) die kein Haus unter der Sonne haben und keinen Groschen im Vermögen, sonst werden sie durch solche Insinuationen jederzeit derselben Verdächtigung ausgesetzt. Dann lassen Sie uns aus den Klöstern, die das Gelübde der Armuth haben — vielleicht ist das auch der Keuschheit nothwendig — (Heiterkeit) die Männer holen, die hier am Ministertische sitzen sollen, aber verlangen Sie nicht mehr Leute von Fleisch und Blut, die Gefühl dafür haben, wie Einem zu Muthe ist, der Steuern und Staatslasten zahlt. Ich meine aber, daß wir gerade solche Leute zu Ministern haben müssen, die das wissen, und ich glaube, ich bin in dieser Beziehung auch ganz an meinem Platze. (Heiterkeit.)

Meine Herren, ich habe mich bei der Unmöglichkeit einer systematischen Vorbereitung auf die Aeußerung etwas profus aussprechen müssen; meine Bitte geht in der Hauptsache dahin: lassen Sie uns dieses Gesetz nicht begraben, sondern lassen Sie uns die Anknüpfung festhalten, die darin geboten ist, um den Kreisen die Möglichkeit zu gewähren, den kommunalen Verbänden über ihnen oder unter ihnen, je nach den Beschlüssen, die die Genehmigung der Behörden finden werden, ihre Lasten zu erleichtern. Ich gebe zu, daß man es in sehr viel anderen Formen, in sehr viel anderen Proportionen auch würde machen können, aber ich wiederhole: das Beste ist des Guten Feind, und das augenblicklich vorliegende ist das Einzige, was man zur Zeit hat. Läßt man das fahren, so entschlüpft uns die Sache wiederum bis zum Reichstage hin, und wir stehen wiederum denselben Zweifeln und den Intentionen der Regierung gegenüber, wie ich sie vorher schon charakterisirt habe, und kommen nicht vorwärts mit der Reform der Steuern.

Also, wem daran liegt, daß ein wirklich praktisch offengelegter Weg zur Reform der Steuern, zur Entlastung der mit direkten Steuern Ueberlasteten, zur Beschaffung von Mitteln durch leichter zu tragende indirekte Steuern — wem daran liegt, daß dieser Weg betreten wird, den bitte ich darum, dieses

Gesetz nicht kurzer Hand begraben zu wollen, und es nicht bloß zu einer Gelegenheit zu benutzen, weitergehende und zum Theil nicht ausführbare Steuerpläne und Reformpläne daran zu knüpfen, sondern einstweilen der Regierung über das, was sie Ihnen vorgelegt hat nach schweren Arbeiten, nach vielen inneren Kämpfen und Mühen, Ihre Meinung wenigstens dadurch zu zeigen, daß Sie Ja oder Nein sagen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)"

Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, gelangte aber in derselben wegen Schluß des Landtags nicht mehr zur Erledigung.

Gesetzentwürfe wegen Erhebung der Brausteuer und von Reichsstempelabgaben.

Das Verwendungsgesetz war zwar im preußischen Abgeordnetenhause nicht mehr zur Erledigung gelangt. Dennoch war die Reichsregierung bestrebt, die Mittel zu gewinnen, damit den Einzelstaaten die Durchführung der als nothwendig erkannten Steuerreform ermöglicht werde. Unterm 17. März 1881 legte der Reichskanzler dem Reichstage die Entwürfe

1) eines Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer,
2) eines Gesetzes, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben und
3) eines Gesetzes, betreffend die Besteuerung der zum Militairdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen,

sowie eine auf die Bedeutung und weitere Entwickelung der Steuerreform bezügliche Denkschrift vor.[1]) Die Denkschrift hebt hervor, daß die Entwickelung der indirekten Steuern in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern zurückgeblieben sei. Weiter heißt es dann:

Vorzüge der indirekten Steuern. Druck der direkten Steuern; Entlastung der Gemeinden.

„Nicht nur die Vortheile der Erhebungsweise, die Entbehrlichkeit des Exekutors und der Pfändungen, die Selbstbestimmung des Steuerzahlers bezüglich der Zeit und des Maßes seiner Besteuerung zeichnen die indirekten Abgaben vor den direkten aus; ihr hoher Vorzug ist vornehmlich in ihrer ausgleichenden Wirkung zu suchen, vermöge deren der indirekte Steuerdruck in stets beweglicher, den örtlichen Verhältnissen und Handelskonjunkturen sich anpassenden Weise auf alle diejenigen Personen vertheilt wird, welche von der Produktion bezw. der Einfuhr an bis zum Konsum hinsichtlich des

[1]) Nr. 57, 58 und 59 der Drucksachen, Session 1881 S. 283 ff. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Denkschrift übernimmt unten S. 175 der Reichskanzler.

Steuerobjekts in Frage kommen. Während die direkten Steuern meist in Unbeweglichkeit ganz und unabschiebbar den Steuerpflichtigen dauernd belasten und mit Pfändung bedrohen, wird die indirekte Abgabe zwar auch zunächst vom Steuerschuldner entrichtet, dieser vermag aber bezüglich inländischer Erzeugnisse seine Steuerauslage ganz oder theilweise von seinen Abnehmern wieder einzuziehen, bezüglich der aus dem Auslande eingeführten Steuerobjekte aber trägt das produzirende Ausland die Steuer ganz oder theilweise. Indem die indirekte Steuer sich mit den übrigen bei der Preisbildung konkurrirenden Faktoren in der Regel als einer der minder bedeutenden zu einer nicht mehr zerlegbaren Gesammtheit vereinigt, verliert sie ihre belastende Wirkung auf den Einzelnen nicht bloß scheinbar, sondern in weitem Maße auch thatsächlich.

Demgegenüber können alle, für die direkten Steuern geltend zu machenden Vorzüge höchstens einen theoretischen Werth für sich in Anspruch nehmen. In der Theorie mag die diesen Steuern zu Grunde liegende Tendenz einer unmittelbaren Heranziehung des Einzelnen nach dem Verhältniß seiner Leistungsfähigkeit noch so hoch zu stellen sein; die praktische Gestaltung solcher Abgaben entspricht dieser Theorie in den seltensten Fällen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des einzelnen Censiten drückt sich nicht richtig immer in seinem Einkommen aus, abgesehen von der meist vorliegenden Unmöglichkeit, letzteres auch nur annähernd zutreffend zu bemessen. Familienstand, Gesundheit, örtliche Verhältnisse und andere Umstände, welche die direkte Besteuerung unberücksichtigt läßt und lassen muß, rufen unter Personen von an sich gleichem Einkommen die größten Unterschiede der thatsächlichen Vermögenslage hervor. Es wird hieraus freilich weder die praktische Folgerung gezogen werden dürfen, daß sofort die Beseitigung aller direkten Steuern in unmittelbare Aussicht zu nehmen sei, noch etwa speziell gegen den Vorschlag der Einführung einer direkten Ausgleichungssteuer von den zum Heeresdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen ein durchgreifendes Bedenken herzuleiten sein. Abgaben, welche an sich vom Standpunkte ausgleichender Gerechtigkeit aus gefordert werden müssen, ihrer Natur nach aber lediglich in der Form direkter Besteuerung verwirklicht werden können, werden trotz der Nachtheile der Erhebungsform gerecht-

fertigt sein. Daß aber anderen, auf das Einkommen oder Vermögen nicht unmittelbar basirte Systeme direkter Besteuerung mit der Steuerfähigkeit des Einzelnen sich noch weniger im Einklage befinden, bedarf keiner besonderen Beleuchtung." In einer Uebersicht über das indirekte Steuer-Aufkommen in den übrigen Großstaaten wird zahlenmäßig gezeigt, daß Deutschland ganz erheblich zurückgeblieben ist, daß namentlich die Abgaben von Getränken und Tabak in den übrigen Großstaaten weit erheblichere, die Erträge in Deutschland um das zwei- bis nahezu achtfache übersteigende Erträge erbringen. Hiernach fährt die Denkschrift fort: „Ergiebt sich aus vorstehender Darstellung, daß Deutschland in der Ausbildung der indirekten Besteuerung weit zurückgeblieben ist hinter den übrigen Großstaaten, so kann andererseits nicht verkannt werden, daß die Quelle direkter Steuerbelastung im Reich nicht nur für Staatszwecke, sondern auch für Stadt-, Provinzial-, Kreis-, Kirchen- und andere Verbände in höchst vielseitiger und schwer belastender, in erschöpfender Weise in Anspruch genommen ist. Im Hinblick auf die große Mannigfaltigkeit derartiger Belastung und deren örtliche Verschiedenheit kann hier von dem Versuch ziffermäßiger Begründung dieser Behauptung um so mehr Abstand genommen werden, als letztere für den Ausdruck allgemein getheilter Ueberzeugung gelten darf. Schon die Mängel und Härten der direkten Abgaben würden dringend dazu auffordern müssen, auf die theilweise Ersetzung derselben durch Erschließung und höhere Anspannung indirekter Steuerquellen hinzuwirken. Das Reich und die Bundesstaaten können sich aber auch nicht länger der Aufgabe entziehen, Mittel zur Erleichterung der überbürdeten Gemeinden von solchen Lasten aufzubringen, welche, wie Schul-, Armen-, Polizei-, Standesamtslasten nur Staatszwecken dienen und auf Staats- und Reichsgesetz beruhen. Die Gemeinden werden dadurch, daß der Staat diese seine Lasten ihnen auferlegt, in seinen Pflichten sich durch sie vertreten läßt, nicht nur sehr ungleich, sondern vielfach über ihre Kräfte belastet. Die Förderung intellektueller Bildung der herangewachsenen Jugend, die Sicherung des Lebensunterhalts für den Erwerbsunfähigen, die präventive Ueberwachung der Gesetzesbefolgung, die Erfüllung der zur Sicherung des Personenstandes vorgeschriebenen Amtshandlungen

sind Forderungen des Staates und berühren den Bestand und die gedeihliche Fortentwickelung der Staatsgesammtheit in unmittelbarer Weise; die Erfüllung dieser Ausgaben kann nicht auf die Schultern der Gemeinden dauernd abgebürdet werden, ohne daß der Staat ihnen mit ausgleichender Unterstützung zu Hülfe kommt. — Die Einzelstaaten aber, welche ihrerseits die Mittel zur Erfüllung jener Aufgaben zu beschaffen hätten, vermögen bei der fast in allen Staaten vorliegenden Unmöglichkeit einer stärkeren Anspannung der direkten Steuern so weitgehende finanzielle Verpflichtungen nur dann zu übernehmen, wenn das Reich, welches allein im Stande ist, beträchtliche neue Einnahmen aus indirekten Steuern in wirksamer und zweckmäßiger Weise zu erschließen, durch indirekte Besteuerung den Kassen der Einzelstaaten ausreichende Deckungsmittel zuzuführen bereit ist."

Die erste Berathung der Gesetzentwürfe wegen Erhebung der Brausteuer und der Reichsstempelabgaben in Verbindung mit der Denkschrift begann in der 23. Sitzung vom 28. März 1881.[1]) Gegen die Vorlagen sprach zuerst der Abgeordnete Dr. Lasker. Alsdann nahm der Reichskanzler das Wort wie folgt:[2])

„Ich bin leider noch Rekonvaleszent und deshalb nicht im Stande, alles das zu sagen, was ich sagen möchte, und auf die Rede, die wir soeben gehört haben, in derselben ausführlichen Weise zu erwidern. Ich werde mir vielleicht einige Worte nachher sparen, wenn ich gleich auf einen Punkt antworte, mit dem der Herr Vorredner schloß, nämlich den, wie ich mir dächte, daß der Staat den Gemeinden in ihren Armenlasten und sonstigen Lasten zu Hülfe komme. Er hat darüber ein Zerrbild hingestellt von einem Finanzminister, der beliebig den Sack über die Armenpflege in den Gemeinden ausschütte, und ich will nur mit einem Wort dem Gedanken eine andere Richtung geben. Mir schwebt als Ziel vor, den Gemeinden einen großen Theil ihrer Armenlasten dadurch abzunehmen, daß mit staatlicher Unterstützung eine Alters- und Invalidenversorgungsanstalt im ganzen Reich eingerichtet wird, wie jetzt

Entlastung der Gemeinden; Selbstverwaltung.

[1]) Stenogr. Berichte Seite 551.
[2]) Stenogr. Berichte Seite 560 ff.

die Unfallversicherung, und daß dieses nicht ohne staatliche und Reichszuschüsse thunlich sein wird, daß die Ziele, wenn man sie erreicht, die man damit verfolgt, aber dieser Zuschüsse werth sein werden. Man kann darüber streiten, der Vorredner selbst hat daran erinnert, daß ich gesagt habe, die Ziele, die ich mir stelle, haben vielleicht ein Menschenalter nöthig, um zu entscheiden, ob sie überhaupt erreicht werden sollen, oder ob sie verworfen werden; aber der Weg muß eben einmal betreten werden und nun glaube ich, daß die Gemeinden und besonders die mit Armen vorzugsweise belasteten, eine erhebliche Erleichterung dadurch empfinden würden, auch die Kreise unter Umständen, wenn die Armenlast auch im Lande richtiger auf größere Verbände vertheilt wird, wie bisher, daß sie erhebliche Erleichterung ohne direkten baaren Zuschuß dadurch haben werden, wenn ihnen alle diejenigen, auf natürlichem Wege durch Invalidität oder Alter Unterstützung bedürftig werdenden durch eine vom Staat zu errichtende Versicherungsanstalt abgenommen werden. Ich meine, dadurch ist die Sache, die der Herr Abgeordnete durch scherzhafte Bilder ad absurdum führen wollte, wieder auf ein ernstes Gebiet gebracht. Den Gemeinden die Schullasten abzunehmen ist leichter; nach meinem Erachten soll die Schule, wenigstens der Elementarunterricht, Staatsanstalt sein. Meine Absicht ist keineswegs, in die Selbstverwaltung der Gemeinden einzugreifen, und der Herr Abgeordnete hat eine Behauptung ausgesprochen, die mit allen Thatsachen im Widerspruch steht, wenn er sagt, daß meine Trennung vom Grafen Eulenburg meine Abneigung gegen die kommunale Selstverwaltung zum Grunde hätte. Ich bin nur mit meinen früheren Kollegen verschiedener Ansicht über die Ausdehnung, das Maß und die Form derselben; aber die Diskussion hierüber gehört nicht hieher. Wenn der Herr Abgeordnete von der Omnipotenz des Staates gesprochen hat, so erwidere ich ihm mit derselben Uebertreibung, die darin liegt, ich widerstrebe meinerseits einer Dekomposition des Staatsverbandes in kommunale Republiken, ich erstrebe eine Staatsautorität, die über demselben schwebt und nicht nach Majoritäten, beschließende Organe, die keine Verantwortlichkeit mehr leisten, und von denen Niemand mehr weiß, wer im Einzelnen die Schuld und Verantwortung trägt.

Bei dem Wort „Anonymität" erlaube ich mir zu der Frage zurückzukehren, mit der ich ursprünglich meine Erklärung beginnen wollte. Der Herr Abgeordnete hat im Anfang seiner Rede Zweifel darüber ausgesprochen, von wem die „Denkschrift" herrühren könnte, und er hat dann im Laufe seiner Rede wohl die Zweifel selbst als gelöst angesehen. Sie konnten meines Erachtens gar nicht existiren, wenn hier ganz offen gesagt ist, daß ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers Entwürfe überreiche und zugleich eine Denkschrift anschließe. Es ist damit ja offen ausgesprochen, daß diese Stelle die Denkschrift vertritt, die früher in einem Geschäftsgang, den ich generell zu beseitigen bestrebt gewesen bin, die mehr oder weniger lange, obschon selten zweistundenlange, Rede ersetzte, die der verantwortliche Minister, der einen Gesetzentwurf einzubringen hatte, bei dessen Einbringung zu halten pflegte. Ich hätte Ihnen ja alles dieses mündlich eben so gut sagen können, wenn ich die Sache mündlich vorgelegt hätte. Ich übernehme die Verantwortlichkeit für den vollen Inhalt der Denkschrift. Ich habe sie vorgelegt, ebenso wie das Ganze im Namen Seiner Majestät des Kaisers, was also ausdrückt, daß hier entweder, wenn Sie wollen, eine kanzlerische Aeußerung vorliegt, die von Seiner Majestät dem Kaiser und König von Preußen gutgeheißen ist und dadurch einen gewissen Vorsprung vor anderen hat, oder daß eine kaiserliche Meinungsäußerung vorliegt, für welche der Kanzler verfassungsmäßig die Verantwortlichkeit übernimmt, wie Sie sich das konstitutionell zurechtlegen wollen. Der Reichstag und noch mehr, die ganze Nation hat ein Recht darauf, zu wissen, wo die Regierung mit ihren Bestrebungen eigentlich hin will, und der Fehler, das man das nicht wisse, ist uns ja oft genug vorgeworfen worden. Ich habe deshalb geglaubt, es würde mit großem Dank aufgenommen werden, daß, soweit die Reichsverfassung es erlaubt, ich den Versuch gemacht habe, hier die Intentionen eines der wichtigsten Faktoren der Reichsregierung — ich will mit Worten nicht rechten — oder des Reichsverfassungslebens offen klar zu legen, ich habe aber leider bisher wenig Dank für dieses Entgegenkommen geerntet, wie ich ja immer erfahren habe, daß, wenn etwas lange gewünscht ist und man erfüllt den Wunsch, dann erhält man den neuen Vorwurf über die

Verantwortung für die Denkschrift.

Art, wie man sich ausgesprochen hat, man giebt neues Material für die Kritik ohne Gegenvorschlag. Indessen, wenn man so lange wie ich daran gewohnt ist, jedes positive Material für die Gesetzgebung selbst bringen zu müssen und auf der anderen Seite nur der Kritik zu begegnen, so faßt man sich auch darüber leicht. Ich glaube also, daß die Bevölkerung, namentlich die Wähler bei der nächsten Wahl, der wir entgegengehen, ein Recht darauf haben zu wissen, wo die Regierung hinaus will. Der Bundesrath ist nicht in der Lage, über Zukunftsprogramme zu beschließen, man kann über die nicht abstimmen in einer Majoritätsversammlung. Ich glaube aber, mit der Mehrzahl der Bundesregierungen einig zu sein oder mich in diesem Sinne einigen zu können; ich bin gewiß, mit meinen preußischen Kollegen in der Richtung einig zu sein, und vor allen Dingen bin ich gewiß, daß ich den Intentionen meines Herrn, des Kaisers und Königs von Preußen entspreche, wenn ich diese Vorlage mache, und ich will die allerhöchsten Wünsche und Bestrebungen nicht weiter in die konstitutionelle Diskussion einführen, als genügt, um mich zu legitimiren, wenn ich einen gewissen Accent auf die Dinge lege.

Der Kaiser und König von Preußen verfügt im Bundesrath über 17 Stimmen, er hat eine wesentliche Initiative und einen nicht unerheblichen Einfluß im deutschen Reich und auf seine Bundesgenossen. Es ist also dieses noch nicht die sichere Meinung der Zukunftsbeschlüsse des Bundesraths, aber doch die sichere und feststehende Ansicht desjenigen der verschiedenen dabei mitwirkenden Faktoren, den man als den gewichtigsten an sich ohne Verletzung der übrigen betrachten kann.

Wir werden für dieses Programm einstehen, so weit wir können. Es wird durch die Beschlüsse des Bundesraths ausgeprägt, vielleicht modifizirt werden; es kann durch die Beschlüsse des Reichstags, — in seinen Haupttheilen wird es ja den jetzigen Reichstag nicht mehr beschäftigen, — des künftigen Reichstags wesentlich geändert, es kann verworfen werden, es kann an den zweiten, dritten Reichstag kommen, die Diskussion über diese Fragen wird sobald nicht von der Tagesordnung verschwinden, und wenn sie schließlich zu keinem Resultate führen sollte, so kann ich mich damit trösten: in magnis voluisse sat est.

Wir nehmen die Initiative, die ich entschlossen bin, so weit durchzuführen, wie meine Kräfte und amtlichen Attributionen dazu reichen.

Der Plan ist ja in dem Aktenstück, was hier vor mir liegt, nur unvollkommen skizzirt und ich habe darauf gerechnet, daß die Diskussion sowohl über diese Gesetze als auch später über das Unfallversicherungsgesetz die Gelegenheit geben werde, die Skizze weiter auszuführen. Material für die Kritik ist ja, wie ich das eben gesehen habe, schon hinreichend vorhanden. Wenn ich mich des Ausdrucks „Reichsregierung" wiederholentlich bediene, so muß man sich darüber verständigen, was das zu bedeuten hat. Eine Reichsregierung im Sinne der Landesregierung haben wir nicht; ich verstehe — und ich acceptire den Ausdruck nicht seiner logischen Richtigkeit wegen, sondern seiner Kürze wegen, — unter „Reichsregierung" nenne ich den „Stab des Präsidiums", also die Beamten des Kaisers, den Kanzler mit Allem, was zu seinem Ressort gehört, aber ich begreife darunter nicht den Bundesrath; wenn ich von dessen Beschlüssen spreche, so würde ich mich des Ausdrucks „verbündete Regierungen" bedienen, die in höherer Potenz die Reichsregierung bilden, namentlich soweit es sich um die Legislative handelt, und bei dem erwähnten Bündel von Beamten ist ja nur die Exekution und eine gewisse nothwendige Initiative der Gesetzgebung, insoweit das Präsidium im Bundesrath damit betraut ist; es liegt mir daran, diesen Ausdruck ein für allemal klarzustellen. Ich habe von der Rede des Herrn Abgeordneten den Eindruck, daß er eigentlich in den wesentlichen Zwecken, die ich verfolge und die die Denkschrift als Ziel aufstellt, mit mir einverstanden ist, und wenn die Denkschrift von einer andern Seite käme, so würde sie vielleicht eine mildere Beurtheilung erfahren. Es scheint mir, daß sein Urtheil über die Sache beeinflußt ist durch den Umstand, daß so zweckmäßige und richtige Ziele von einer Seite aufgestellt werden, mit der er politisch zufällig nicht im Einklang geblieben ist; ich möchte sagen: er gönnt nns das nicht, wir werden uns aber dadurch nicht irre machen lassen, wir werden es ruhig weiter führen.

Klarstellung des Ausdrucks „Reichsregierung."

Grund der Opposition des Abgeordneten Lasker.

Der Herr Vorredner hat nun zunächst, um die Denkschrift zu kritisiren, weniger ihren Inhalt angegriffen, er hat uns zugegeben, daß gewisse indirekte Steuern wünschenswerth wären, er hat — worin ich ihm gern Recht gebe — den Tabak und

Der Branntwein ist das Getränk des armen Mannes und höher als das Bier besteuert.

die Getränke als hauptsächlich geeignete Gegenstände zur indirekten Besteuerung hingestellt — also in dem Allen sindwir ja einig und er hat etwas künstlich die Momente herausgesucht, die uns trennen. Wenn er bei den Getränken nur den Branntwein und nicht in gleicher Höhe das Bier accentuirt hat, so kann ich darin nicht mit ihm gehen. Bisher ist das Bier in der Besteuerung wesentlich im Rückstande gegen Branntwein und meines Erachtens sollte das Bier verhältnißmäßig höher besteuert sein als der Branntwein, denn es ist vergleichsweise das Getränk einer schon mehr wohlhabenden Klasse, der Branntwein aber ist das Getränk des berühmten armen Mannes, (Heiterkeit) den der Herr Vorredner weit in's Feld geführt hat, und es ist der Branntwein ein Getränk, welches der Arbeiter nicht immer entbehren kann. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorredner Gelegenheit gehabt hat, öfter unter harter körperlicher Anstrengung bei schlechtem Wetter mehrere Stunden lang im Freien sich energisch zu bewegen, (Heiterkeit) und wenn harte Winde über die Ebene streichen, ich glaube, dann würde er mir zugeben, daß der Branntwein von Demjenigen, der auf solcher harten Arbeit gewesen ist, weniger leicht entbehrt werden kann, als das Bier. Ich habe nie gefunden, daß der Arbeiter bei der Arbeit, wenn sie schwer wurde, mit bayerischem Bier sich erhalte, einmal, weil er es nicht hatte — es ist das Getränk des Wohlhabenden im Vergleich mit ihm — und zweitens hilft es ihm nicht nach Bedarf. Auch wenn der Herr Vorredner es je persönlich versucht hätte, bei heißem Wetter ein Schwadt auf einer Wiese auch nur einmal zehn Schritt lang zu mähen, (Heiterkeit) dann würde er, glaube ich, auch einen tüchtigen Schluck Branntwein, wie der Arbeiter ihn nimmt, wenn er dieselbe Leistung hundertfach in einem Tage macht, nicht verachten. Dort hilft das bayerische Bier nicht, das Bier macht im Gegentheil träge, anstatt die Nerven anzureizen; es hat außerdem den Fehler, vom nationalökonomischen Standpunkt: es ist ein Zeittödter, es wird bei uns Deutschen mit wenig so viel Zeit todtgeschlagen, wie mit dem Biertrinken. (Heiterkeit.) Wer beim Frühschoppen sitzt oder bei dem Abendschoppen und gar noch dazu raucht und Zeitungen liest, hält sich voll ausreichend beschäftigt und geht mit gutem Gewissen nach Haus, in dem Bewußtsein, das Seinige geleistet zu haben, (Heiterkeit) Brannt-

wein hat in keiner Weise diese Wirkung und lassen sie den arbeitenden Mann wählen zwischen Wein, Bier und Branntwein, so wird er den Wein von Haus aus zurückschicken, er ist an dieses Getränk hier zu Lande nicht gewöhnt. Das Bier, wenn es nicht zu bitter ist, namentlich das etwas moussirende, dünne, durstlöschende, wie es unter verschiedenen Namen geht, wird bei körperlicher Arbeit mit großer Dankbarkeit angenommen nnd getrunken werden. Das angebliche bayerische Bier aber macht ihn müde, schwer, namentlich in der Gestalt, in der es fast überall zu Tage kommt, wo die Surrogate nicht, wie in der ausgezeichneten bayerischen Gesetzgbung, absolut und bei Strafe verboten sind.

Form der Branntweinbesteuerung.

Wenn ich so viel für den Branntwein anführe, so bin ich doch vollständig bereit, beide Gegenstände steuerlich fester in Angriff zu nehmen, und viel fester, als bisher. Aber ob das beim Branntwein gerade in Gestalt einer höheren Brennsteuer oder Maischsteuer geschehen soll, das weiß ich nicht. Die hohen Einnahmen aus den Getränkesteuern in Frankreich, die noch auffallender sein würden, wenn der Herr Vorredner spezifizirt hätte, wie viel davon auf Branntwein kommt — ich weiß im Augenblick nicht, 180, oder 280 Millionen Franken, es ist aber ungefähr eine dieser beiden Ziffern, was bloß der Branntwein an indirekten Steuern in Frankreich einbringt, und dabei zahlt er nicht einen Groschen Brennsteuer, sondern das alles wird durch eine Steuer erreicht, die erst, nachdem das Fabrikat *fertig* ist, von ihm erhoben ist, hauptsächlich in ähnlicher Art, wie in Amerika der Tabak besteuert wird, so daß das Produkt von dem Augenblick seines Entstehens bis zur Konsumtion von der Steuerbehörde nicht aus dem Auge verloren wird — es ist das eine unbequeme Sache, aber sehr ergiebig. Der Herr Vorredner hat also sehr Unrecht, die Regierung anzuklagen, daß sie den Branntwein etwa verschonen wollte, er hat auch, glaube ich, sehr Unrecht gehabt, durch das Organ seiner Rede hier die Meinung verbreiten zu wollen, als ginge die Tendenz der Gesetzgebung dahin, den armen Mann zu belasten und den reichen zu entlasten. Er hat auch — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — die irrthümliche Angabe gemacht, als würde die Branntwein- und Erbschaftssteuer von der Regierung absichtlich nicht in Angriff genommen. Nun erinnere ich daran, daß wir die

Zurückweisung der Insinuation als ob die

Branntwein- und Erbschaftssteuerreform von der Regierung absichtlich nicht in Angriff genommen werde.

Branntweinsteuer in Form der Lizenzabgabe an den Bundesrath zu bringen versucht haben, daß wir dort aber auf Widerstand gestoßen sind und auf den Wunsch, es lieber in Form der Landesgesetzgebung als Gewerbeabgabe zu thun. Das Bedürfniß der Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen hat uns diesen Ausweg annehmen lassen. Wir haben demnächst die entsprechende Steuervorlage in den preußischen Landtag gebracht, von dem ja hier sehr viele Herren sitzen. Sie werden also wissen, welches Schicksal dieser Vorlage geworden ist. Ich kann mich im Augenblick nicht besinnen, ist sie todt gelagert worden, ist sie in dem Ausschußkeller begraben oder ist sie abgelehnt worden, jedenfalls aber kam Nichts dabei heraus. Ich führe das nur an zum Beweis, wie ungerecht die Behauptung ist, als wenn wir uns fürchteten, den Branntwein anzufassen, wie ungerecht die Deduktion ist, als ob wir dieses Getränk des armen Mannes höher zu besteuern uns scheuten; denn bei Branntwein wird wahrscheinlich bei der verbotähnlichen Verzollung der Einfuhr die Preiserhöhung den armen Mann als Konsumenten treffen. In Rußland kostete zu meiner Zeit das Quart, ich weiß nicht Branntwein oder Spiritus, etwas wie 25 Groschen nach unserem Geld, ungerechnet die Kursdifferenz. Das wäre für den armen Mann ein hoher Preis, da er des Branntweins, wie gesagt, bedarf, im mäßigen Grade zwar, aber doch zur Ernährung bedarf, ein kleines, tägliches Quantum, da seine Mittel ihm bayerisches Bier und Wein nicht gewähren.

Ferner hat der Vorredner angeführt, daß wir die Erbschaftssteuer nicht in Angriff genommen hätten. Ja, meine Herren, ich bin nicht Finanzminister, ich habe seit vielen Jahren die Entwickelung der Stempelsteuergesetzgebung befürwortet und der Herr Vorredner hat auch darin sich in einem Irrthum befunden. Ich möchte ihn überhaupt bitten, da er doch sonst ein so scharfer Jurist ist, nicht soviel auf den Indizienbeweis einzugehen; er würde gegen keinen Schurken von Verbrecher so viel Indizienbeweis anwenden, als einem Minister gegenüber. Das geringste Indizium reicht hin, um einen Minister im bedenklichen Licht erscheinen zu lassen, was er einem halb überführten Verbrecher gegenüber aus richterlicher Unparteilichkeit ignoriren würde. Also die Anregung meines früheren

Herrn Kollegen Camphausen über die Stempelsteuer — er ist leider in dieser Versammlung nicht anwesend, aber wenn er anwesend wäre, würde ich auf sein eigenes Zeugniß provoziren, und das Ergebniß davon würde sein, daß jede Anregung einer Revision der Stempelsteuer, so lange ich Minister bin, auch unter dem Minister Bodelschwingh entweder von mir ausgegangen ist, oder meine lebendigste Unterstützung gefunden hat. Ich kann die einzelnen Vorgänge — ehe der Herr Vorredner seine Rede hielt, hat er die Akten durchgesehen, ich aber nicht — nicht in meinem etwas überlasteten Gedächtniß behalten, ich bin aber ganz gewiß, weil ich meinen eigenen Ueberzeugungen sicher bin, daß ich jederzeit auch die leiseste Anregung, der Stempelsteuer näher zu treten, stets grundsätzlich geschont, gepflegt und gefördert habe und daß die Anregungen dazu meistens auf meine Initiative und auf meine Einwirkung auf den Finanzminister zurückzuführen sind. Auch da hat der Herr Vorredner mich wieder in ein übles Licht versetzt, ohne daß ich es verdiene und ich hoffe, seine Gerechtigkeitsliebe, da er doch Jurist ist, wird ihn bewegen, das zurück- und von mir abzunehmen und selbst einzugestehen, daß er wieder etwas durch seine weittragende Stimme in die Oeffentlichkeit gebracht hat, was mit der Wahrheit nicht übereinstimmt.

Der Herr Vorredner hat die Frage aufgeworfen, wozu wir die neuen Steuern überhaupt wollten. Ich habe sie in einem Punkte, indem ich das Zerrbild beleuchtete, mit dem er schloß, schon beantwortet[1]): für Zwecke, die diesem Reichstage noch nicht vorliegen, für die wir uns aber bei Zeiten die öffentliche Meinung sicher stellen wollen, und wir haben auch die Absicht, den Wählern damit zu sagen, wer für diese Zwecke, die wir hier angeführt haben, den Gemeinden die Schullasten, die Armen-, die Polizeilasten und die Standeslasten zu erleichtern, wer für den Zweck der Alters- und Invalidenversorgung wirken will, wird wohl thun, Jemand zu wählen, von dem er erwartet, daß er die Bestrebungen der Regierung unterstützt, und wer von den Wählern das nicht will, der wird allerdings wohl thun, wenn er Jemand wählt, der den Widerstand der Fortschrittspartei gegen die Regierung

Wozu die neuen Steuererträge verwendet werden sollen.

[1]) Vgl. oben S. 73.

Pflicht der Regierung zur Aufklärung der Wähler.

unterstützt. Daß wir darüber den Wählern Klarheit geben, ehe die Wahlen kommen, und recht häufig und recht oft, das halte ich nicht nur für das Recht der Regierung, sondern für die Pflicht der Regierung, der Wähler hat ein Recht, zu wissen, wohin die Regierung hinaus will, und deshalb wollen wir das, wie man sagt, recht breit treten, damit für Jedermann verständlich und klar wird, wie wir denken. Wer einen Bedarf an mit der Regierung unzufriedenen Wählern hat, wie neulich ein großes süddeutsches Blatt sich ausdrückte, wird im Großen an den direkten Steuern festhalten wollen, wer dahin strebt, daß in der Bevölkerung Zufriedenheit herrsche, der wird mehr für die indirekten Steuern sein. Es stellt sich das praktisch und in der Erfahrung heraus, und ich brauche die psychologischen Gründe nicht zu entwickeln; wer Opposition macht, der braucht Unzufriedenheit in der Bevölkerung, und wird Mittel finden, sie zu erregen, indem er die Regierung als unfähig, als übelwollend und vielleicht nur als ungeschickt darstellt, und es ist dies in allen konstitutionellen Staaten der Fall, aber man soll es der Regierung nur nicht verdenken, wenn sie den entgegenstehenden Einwirkungen gegenüber auch ihrerseits der Bevölkerung Klarheit zu verschaffen sucht.

In welcher Weise die direkten Steuern beibehalten werden sollen; Reform der Einkommensteuer durch Selbsteinschätzung.

Ich komme noch auf den Vorwurf des Widerspruchs zurück, den mir der Herr Abgeordnete gemacht hat, wenn er sagte, daß die Denkschrift den Vorlagen widerspreche, indem die Denkschrift alle direkten Steuern verurtheilt. Das ist nicht richtig, er selbst hat die Stellen angeführt, worin gesagt ist, daß es nicht die Absicht sei, nun plötzlich alle direkten Steuern abzuschaffen. Ich darf mich auch darauf berufen, daß ich bei einer früheren Gelegenheit[1]), einer der ersten, wo die Steuerfrage hier zur Sprache kam, ein etwas weitgehendes Zukunftsprogramm, was angeblich von anderer Seite als Zukunftsmusik bezeichnet worden ist, vorgetragen habe, indem ich immer mir vorbehielt, die Einkommensteuer als ein Anstandsbedürfniß für die wohlhabenden Klassen in irgend einer Form beizubehalten und nur dabei einen Unterschied zu machen in Zukunft zwischen demjenigen Einkommen, welches durch Arbeit, Unternehmungsgeist täglich erworben werden muß, und zwischen demjenigen Einkommen, welches die Natur einer Rente

---

[1]) Vgl. oben S. 44.

hat und entweder aus nicht selbst bewirthschafteten Grundstücken als regelmäßige Pacht fließt oder lediglich die Mühe des Kouponabschneidens bedingt, und namentlich die letztere Klasse des Einkommens ist bei uns in dem Maße niedrig besteuert, daß darauf die Klagen des Herrn Vorredners, daß die Lasten den Reichen erspart und dem gemeinen Mann aufgewälzt würden, im höchsten Maß Anwendung finden, denn alle diejenigen Arten der Besteuerung des Einkommens, die gerade die reichsten Klassen treffen, sind in der Regel meines Erachtens, wie es auch in der Natur dieser Revenüen liegt, die nicht aus einem offen an der Sonne liegenden Felde stammen, sondern schwer erkennbar sind, zu niedrig veranlagt und da erwarte ich noch eine Fundgrube, sobald es gelingt, das System der Selbsteinschätzung mit eventuellen Konventionalstrafen einzuführen, die ich kaum für nothwendig halte, denn so sehr häufig, wie die meisten Finanzminister annehmen, sind bei uns die gebildeten Leute nicht, die für Geld lügen.

Es muß früher mehr der Fall gewesen sein, sonst würden unsere Zollbehörden nicht so ängstlich sein, wenigstens Männern gegenüber nicht. (Heiterkeit.)

Ich muß sagen, ich habe von Jugend auf, so unbequem es mir war, an der Grenze, auf die Frage: haben Sie etwas Steuerbares bei sich? nie eine Unwahrheit über die Lippen bringen können, so unbequem es auch war; und ich glaube, so wie ich, fühlen die meisten Leute. Keiner wird sich der Ueberführung der Unwahrheit aussetzen. In den Hansestädten fungirt dieses System mit großer Anerkennung und wird, wie man sagt, mit großer Gewissenhaftigkeit ausgeführt und ich glaube, daß wir unseren hanseatischen Landsleuten in dieser Gewissenhaftigkeit keinen Vorsprung lassen würden, wenn es gelänge, dahin zu kommen.

Dann aber bin ich überzeugt, daß die Einkommensteuer noch neue Quellen flüssig machen wird, die bisher unbekannt geblieben sind. Also wenn der Herr Abgeordnete dafür mit mir thätig sein will, daß das Einkommen aus Koupons höher besteuert wird, als bisher und dadurch der arme Mann erleichtert, dann will ich sehr gern Hand in Hand mit ihm gehen. Der Widerspruch ist daher nicht vorhanden, der darin läge, wenn ich alle direkten Steuern abschaffen wollte. Mir

schweben überhaupt so gewaltthätige Entschließungen, als ob nächsten Dienstag Alles anders sein solle, durchaus nicht vor. Das Programm, welches ich habe, ist ja nichts Neues, es ist fünf oder sechs Jahre, seitdem ich für dieses Programm öffentlich aufgetreten bin, und Sie können daraus sehen, was es mit der Allmacht, die man mir in ministeriellen Dingen zuschreibt, auf sich hat. Fünf Jahre habe ich gekämpft, habe mitunter die Anerkennung im Prinzipe bekommen, aber angebrachtermaßen ist nachher die Sache, die man überhaupt nicht wollte, abgelehnt worden und in irgend einer Weise zu Falle gekommen. Der Herr Vorredner hat gesagt, daß ihm bekannt sei, daß vom preußischen Finanzministerium ein Aktenstück vorläge, was die weitere Ausbildung oder Ausdehnung — das weiß ich nicht — der direkten Steuern bezwecke. Ja, da ist er über das, was im Finanzministerium vorkommt, besser unterrichtet, als ich. Mir ist dieses Aktenstück einstweilen nicht bekannt. Es kann ja z. B. die Reform der Einkommensteuer betreffen, es kann auch sein, daß zwischen meinem Kollegen im preußischen Finanzministerium und mir Modalitäten der Ansicht entstehen, die nachher im Staatsministerium sich beschlußmäßig ausgleichen; aber ich weiß von diesen Sachen bisher Nichts, ich weiß nur, daß die preußische Finanzverwaltung mit mir beispielsweise darin einverstanden ist, auf Abstellung des Schulgeldes, soweit es überhaupt noch erhoben wird, hinzuwirken, nicht nur mit Rücksicht auf die Gemeinden, sondern auf die Stellung des armen Mannes, um diesen und die barfuß gehenden Schulkinder, die das Schulgeld bezahlen müssen, zu erleichtern. Wenn Herr Lasker diese Schulkinder zu den reichen Leuten rechnet, die entbürdet werden sollen, um noch ärmeren diese Last aufzubürden, so glaube ich, geht er darin doch zu weit. Was ich hauptsächlich an den direkten Steuern finde, das ist beispielsweise vor allen Dingen die Miethssteuer[1]) in Berlin, (Heiterkeit) die müßte meines Erachtens abgeschafft und die Gemeinde in den Stand gesetzt werden, diese durch ihre Gemeindemitglieder selbst und durch ihre berechtigten Organe als ungleich wirkend anerkannte Steuer durch eine andere Steuer zu ersetzen, und in dieser Beziehung

Abschaffung des Schulgeldes.

Ungerechtigkeit der Berliner Miethssteuer.

[1]) Eine schlagende Kritik der Berliner Miethssteuer findet sich unten im III. Theile dieser Sammlung.

schrecke ich auch vor dem Aushilfsmittel der Staatshilfe nicht zurück, nur denke ich mir das auch nicht so kindlich, wie der Herr Vorredner es schildert, daß die Stadtverwaltung von Berlin in den offenen Säckel des Finanzministers hineingreift, sondern ich denke mir, daß im Budget spezialisirt derartige Fälle vorkommen, daß die Gemeinden, die vermöge ihrer besonderen Verhältnisse Anspruch darauf haben, so und so viel Zuschuß von der Staatskasse haben, ohne ihre Selbstverwaltung und ihr Verfügungsrecht in Bezug auf die Zuschüsse anzufechten. Eine Stadt wie Berlin leistet mehr wie andere auf staatlichem Gebiete, Leistungen, die ihrer Natur nach nicht kommunale Leistungen sind, die aus einer gewissen finanziellen Plusmacherei früher den Gemeinden in dieser Ausdehnung aufgebürdet sind und die dem Staate zur Last fallen sollten. Es sind diese staatlichen gerade diejenigen Lasten, die zur Ueberlastung der Gemeinden geführt haben und ich glaube, daß viele von den Städten deshalb auf einen Staatszuschuß Anspruch haben, und das könnte geschehen durch ein Pauschquantum aus den zu überweisenden Steuern, — wozu also in Preußen z. B. die Grundsteuer und die Häusersteuer gerechnet wird — die Ueberweisung kann staatsbudgetsmäßig geschehen, oder provinziell oder bezirksmäßig, oder sei es in den kleineren Gemeinden durch Kreistagsbeschluß und Berathung, ja nach ihren Bedürfnissen, aber alles natürlich öffentlich, unter Kontrolle der Oeffentlichkeit und ohne Durchstecherei und mit möglichster Verhinderung, daß irgend ein Ring sich bildet, welcher die Dinge nach außen deckt und der öffentlichen Krikik entzieht. Die Häusersteuer und die Grundsteuer haben die Eigenthümlichkeit, daß sie sich gleich der Miethssteuer nicht nach dem Vermögen dessen richten, der sie zahlt, auch nicht die Absicht haben, dies zu thun, sondern sie besteuern brutto das Objekt, aus dem der Steuerschuldner seine Revenüen zieht, und deshalb bin ich der Meinung, sie sollten wenigstens keinesfalls den Maßstab für irgendwelche Zuschläge bilden. Ich habe niemals — und das ist wiederum ein Irrthum, den der Herr Abgeordnete Dr. Lasker öffentlich verbreitet hat — für Verminderung der Grundsteuer gestimmt, nicht um einen Heller. Ich bin von der Ueberzeugung ausgegangen, die ja vielleicht irrthümlich ist, daß die Ungerechtigkeit, die bei der

Form der Unterstützung der Gemeinden.

Kritik der Haus-, Miethŝ- und Grundsteuer, und weshalb der Reichskanzler trotzdem nicht für Ermäßigung der letzteren ist.

Veranlagung der Grundsteuer vorgegangen ist, die heutige Generation nur wenig, manche gar nicht in verkauften Gütern u. s. w. berührt; die Grundsteuer ist eine Belastung des inländischen Getreides und Brotkornes ihrer Natur nach. Das Anbauen des inländischen Kornes wird durch sie vertheuert, während das ausländische nicht besteuert werden soll, das ist so die Logik der Herren, die die Zölle bekämpfen, aber die Grundsteuer völlig aufrecht erhalten. Dennoch gehöre ich zu denen, die die Grundsteuer nicht vermindern wollen, und diese Ueberzeugung ist in regierenden Kreisen allgemein; wenn ich sie theile, so kommt das nicht daher, weil ich sie objektiv für richtig halte, aber daher, weil ich gerade den Entstellungen, die sich an solche Dinge knüpfen, keinen Raum geben will, weil ich die Möglichkeit abschneiden will, daß sogar so scharfsichtige Leute wie der Herr Abgeordnete Lasker in den Irrthum fallen, es bestehe bei uns ein Rassen- und Klassenkampf, den gemeinen Mann in Steuerfragen unter die Füße zu treten und von seinem Schweiß die reichen Leute, namentlich die so verhaßten großen Grundbesitzer, reich zu machen. Diese Entstellungen sind es, die ich befürchte, und weil ich die Neigung zu solchen Insinuationen gerade gegen den Grundbesitz in einem großen Theil unserer politischen Welt, in den meisten derjenigen, die keinen großen Grundbesitz haben, gefunden habe, habe ich aus politischer Vorsicht, nicht aus Ueberzeugung, im Staatsministerium stets erklärt: ich willige in keine Verminderung der bestehenden Grundsteuer, aber ich verlange, daß sie wegen der Unverhältnißmäßigkeit, in der sie zur Leistungsfähigkeit des Zahlers steht, aufhört, Maßstab für Zuschläge zu sein; dadurch wird die alte Ungerechtigkeit in jedem Jahr neu wiederholt, und ich wünsche, daß anstatt dieser Zuschläge eine Hälfte der Grundsteuer oder mehr, je nachdem das Bedürfniß ist, den Provinzen und Kreisen und mit der Haussteuer den Städten überwiesen werde, wo auch wieder der Grundeigenthümer das Steuerobjekt für die Beschließenden bildet, die es zum großen Theil nicht sind, und für den einzutreten, halte ich für kein Verbrechen. Der Grundbesitzer ist im Ganzen, wenn Sie auf unsere deutsche Geschichte zurückdenken, ein Stand von gutem und ehrbarem Ruf gewesen, und er hat seine Schuldigkeit ebenso gut gethan wie die

Die Grundsteuer soll aufhören, Maßstab für die Zuschläge zu sein.

Literaten, wenn ich eine Klasse unter diesem allgemeinen Ausdruck begreifen kann; er hat in keiner Leistung zurückgestanden, er hat in Krieg und Frieden vorzugsweise die Lasten getragen, er besteht nicht nur aus reichen Gutsbesitzern, sondern auch aus armen, verschuldeten Bauern, er besteht auch aus den kleinen Besitzern, von denen ich wünschte, wir hätten ihrer viel mehr als wir haben, und die mit einer anerkennenswerthen Zähigkeit an dem Hause und dem Grundbesitz hängen, den sie haben, und die, wenn sie auch nur minimale Beträge zahlen, doch mit Grund- und Häusersteuer ohne Rücksicht auf Schulden belastet sind, wovon sie, glaube ich, sollten erleichtert werden. Also um diese Möglichkeit zu haben, nicht aber zu der Verminderung der Grundsteuer der großen Besitzer, sondern zur Ueberweisung eines Theiles derselben an die Gemeinden und Verbände, darum wünsche ich die Einnahmequellen des Reichs und in Folge dessen die Herauszahlungen des Reichs an die einzelnen Staaten zu vermehren.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß die Wehrsteuer mit der Vorliebe in der Denkschrift für die indirekten Steuern im Widerspruch stände, so gebe ich das zu, es ist auch in der Denkschrift empfunden, aber zugleich gesagt, daß ebensowenig wie die Einkommensteuer der höheren Klassen abzuschaffen ist, der Grundsatz nicht überall anwendbar ist: „keine direkten Steuern zu behalten!" Wir wissen nicht, wie eine Ausgleichung zwischen dem, der im Heere dienen muß, und dem, der nicht zu dienen braucht, anders zu schaffen ist, und der Unterschied ist doch in der Belästigung zu Gunsten des Staates ein großer. Halten Sie diese distributive Gerechtigkeit für nicht angebracht, oder nicht erforderlich, nun gut, dann werden Sie sie ablehnen; sie hat mit der Theorie der Steuern nichts zu thun, sie ist nur die Ausgleichung einer Last, für die ich einen andern Weg nicht finden kann. Finden Sie einen anderen oder wollen Sie gar nicht ausgleichen, dann ist es ja auch gut, dann werden wir uns darein finden müssen. Begründung der Wehrsteuer.

Der Herr Vorredner hat ferner die Anführungen bemängelt, die in Bezug auf das indirekte Aufkommen in anderen Staaten gemacht sind, und er hat aus dem Verhältniß der anderen Staaten nachzuweisen versucht, daß diese mehr indirekte Steuern brauchten als wir. Das mag ja auch ganz richtig Rechtfertigung der Denkschrift.

sein, sie haben ja mehr Schulden. Es hat durch diese Tabelle nur nachgewiesen werden sollen, daß eine indirekte Belastung, wie sie von uns erstrebt wird, durchaus keine übertriebene und keine unmögliche ist. Ich lege den meisten Werth auf das Beispiel aus den Ländern, wo der Kopf im Durchschnitt weniger wohlhabend sein wird wie im deutschen Reich, also auf Rußland, ich glaube auch, wir können sagen auf Oesterreich und Italien, daß die noch eine erheblich höhere Last an indirekten Steuern tragen, als wir sie erstreben. Sie werden natürlich an Steuern nur tragen, was sie für den Staat brauchen, aber auch wir werden uns sicher nicht höher belasten, als wir es brauchen, und deshalb steht meines Erachtens die ganze Argumentation, die der Vorredner darüber entwickelte, daß die Verhältnißzahlen so nicht wären, daß die andern Staaten auch direkte Steuern hätten — diese ganze Argumentation steht meiner Ansicht nach vollständig in der Luft, sie trägt gar nicht die Frage, die hier vorliegt. Die Frage ist die: was brauchen wir, und nicht: was braucht Frankreich? Daß wir mehr wie den Bedarf erheben werden, daß wir die Steuern thesauriren werden, dessen hat uns auch der Herr Vorredner nicht fähig gehalten, obschon er manches andere von uns zu erwarten scheint, worin er uns Unrecht thut; aber daß wir mehr erheben werden wie nöthig, davon ist nicht die Rede, sondern es fragt sich bei uns einmal: brauchen wir das, was wir in Aussicht nehmen? Ist es nützlich, es in Aussicht zu nehmen? Wenn wir es brauchen, wenn es nützlich ist, wird beschlossen werden, daß die Summe aufgebracht werden soll. Dann fragt es sich weiter: wie soll sie aufgebracht werden? Etwa durch Zuschlag zu den direkten Steuern? Der Herr Vorredner schien dazu nicht übel Lust zu haben; er sagte, wir wären noch lange nicht so hoch mit direkten Steuern belastet wie andere. Nun, ich will darauf nicht eingehen; hoch genug ist es vielleicht für Jemand, der wie der Herr Vorredner, so viel ich weiß, weder Grund- noch Häusersteuer zahlt; das gebe ich zu; aber für Jemand, der mit dieser Doppelbesteuerung betroffen wird, die einmal in der Grundsteuer liegt, zweitens in der Einkommensteuer, die dasselbe Einkommen, was er aus dem Grundbesitz bekommt und was er nöthig hat, um seine Grundsteuer zu zahlen, nochmals trifft,

wenn auch mit einem geringeren Prozentsatz, auch selbst dann, wenn das Grundeinkommen unverschuldet wäre, und der Hausbesitzer, der noch außerdem die Häuser versteuern muß, die zur Ausbeutung des Grundbesitzes unentbehrlich sind, — wenn diese dreifache Besteuerung auf dem Herrn Vorredner lastete und er persönlich in diesem weiteren Kreise kontribuabel wäre, dann würde er doch vielleicht auch das Gefühl haben, daß es bei den Wahlen nicht nützlich sein wird, für Erhöhung der direkten Steuern eintreten zu wollen. Ich wenigstens kann mich dazu nicht verstehen; ich würde glauben, daß die Regierung dann bei den nächsten Wahlen vollständig durchfallen würde, wenn sie ein solches Programm aufstellen wollte.

Ich frage also nur: soll das, was wir brauchen, durch direkte oder indirekte Steuern aufgebracht werden? und bin da nach den Argumentationen, die in der Denkschrift enthalten sind, in keiner Weise zweifelhaft, daß es nur durch indirekte möglich ist. Der Herr Vorredner hat bestritten, daß die indirekten Steuern sich in's Niveau setzen, sich vertheilen, mit anderen Worten, daß sie abbürden, direkt, oder auch auf dem umgekehrten Wege, so daß Jeder das, was ihm am nothwendigen Lebensbedarf vertheuert wird, auf die Waare aufschlägt, die er selbst herstellt, verkauft, oder auf die Arbeit, die er selbst leistet; ehe er überhaupt bezahlte Arbeit annimmt, wird er sehen, daß er dabei zu leben hat, und wird seine Arbeit nicht wohlfeiler hergeben, als er dabei bestehen kann; es kommt daher in Verhältnissen, die man überhaupt kennt und übersehen kann, nicht vor, daß an H u n g e r Jemand gestorben ist, auch nicht, daß Jemand diesem Verhältniß nahe gekommen wäre. Wenn der Herr Vorredner dergleichen nachweisen kann, würde ich daraus nicht schließen, daß die Zölle aufgehoben werden müssen, sondern daß die Gemeinde angefaßt werden muß, die ihr Armenrecht so vernachlässigt, und daß die Zollgesetzgebung so eingerichtet werden muß, daß die Arbeitslöhne sich erhöhen. Wir sind ja alle in der Lage, und zum Theil recht lange, um zu wissen, was uns ein Paar Stiefel kostet; ich erinnere mich, daß ich vor 40 bis 50 Jahren für ein Paar Stiefel 3 bis 4 Thaler bezahlt habe, heutzutage bekomme ich dieselbe Arbeit nicht unter 8, mitunter nicht unter 10 Thaler. Ist nun das eine Phantasie des Schuhmachers, ist das eine

Erpressung, die er mir gegenüber macht, daß er mir 200 pCt. mehr abnimmt, oder eine Abbürdung seiner Auslagen? Und nehmen Sie die Ausgaben, die wir Alle machen müssen: für Kleidung, für Wohnung — ist das nicht alles in einer Weise gestiegen, daß heutzutage die Preise mehr als verdoppelt sind? Woher kommt das? Das kommt nur daher, daß der Schuhmacher sagt: ich liefere Ihnen ein Paar Stiefel nicht wohlfeiler wie das, denn wenn ich leben will, muß ich so und so viel für mich übrig haben, und kein Mensch wird so einfältig sein, darüber weiter zu handeln, Jeder wird die Rechnung bezahlen, wie er sie für seine Stiefel bekommt. Die Thatsache, daß die Preise für Schuhzeug, Kleider auf 200 bis 300 Prozent zugleich mit den Bedürfnissen der Handwerker gestiegen sind, wird mir Jeder bestätigen, der in meinem Alter ist, und zugeben, daß sie sich ganz schlagend gegen die Theorie des Vorredners wendet, die die Wissenschaft allerdings nicht lösen kann, sondern die nur die Praxis lösen kann. Nehmen Sie als weiteren Beweis, wie wenig die Steuer mit den Preisen der Lebensbedürfnisse zu thun hat. Als die Finanziers in den großen Städten den Fehler begingen, die Mahl- und Schlachtsteuer abzuschaffen, da erwartete Jedermann, daß Fleisch und Brod wohlfeiler werden würden. Ich frage Jeden, der in Berlin damals und jetzt gelebt hat: ist das Fleisch jetzt wohlfeiler? Die Preislisten sind ja zu haben, aber eines ist ganz gewiß, es ist schlechter. Ich habe vor circa 30, 40 und 50 Jahren in Berlin Fleisch gegessen und habe es mit Bewußtsein später gegessen und ich habe die Ueberzeugung, — und ich bin ja ein berechtigter Zeuge — die Nahrung ist schlechter geworden. Ist seit Aufhebung der Mahlsteuer das Brod größer geworden und wohlfeiler? — Ich spreche von der Zeit, wo der „furchtbare Druck" der Kornzölle noch nicht auf uns lastete und wo das Korn nicht wohlfeiler war; — ich glaube auch nicht, daß der Bäcker reicher wird, sondern es sind mehr Bäcker geworden, es sind mehr Metzger geworden, daran liegt es, es sind mehr geworden die leben wollen von dem, was sie erheben zwischen dem Produzenten, dem Zwischenhändler und dem Konsumenten. Ueberall, wo die Steuer eine solche Lücke leer läßt, wenn sie aufgehoben wird, da tritt nicht immer nothwendig das Sinken der Preise ein, sondern der

geschäftliche Zwischenhandel, der ein bequemes Leben führt, füllt die Spalte sofort und nimmt das Ueberschießende für seinen Verdienst schneller in Anspruch, als der Konsument überhaupt darauf kommt, daß es eigentlich hätte wohlfeiler werden sollen.

Ich bin darauf gefaßt, daß die üblichen Ausfälle auf die Zölle sich oft noch wiederholen werden, und ich muß deshalb die üblichen Einwände dagegen, die wir nur aus Erfahrungen sammeln können, machen, wie auch der Herr Vorredner, was mich freute und überraschte, sagte, daß die Wissenschaft hierbei uns vollständig im Stich läßt. Es handelt sich nicht um exakte Wissenschaft, sondern um Behandlung von Organisationen, um lebendige Körperschaften, deren Wesen ebensowenig von den Menschen sezirt und ergründet worden ist, wie das des einzelnen menschlichen Körpers von den gelehrten Aerzten; soweit das Auge hineinreicht, soweit die Chirurgie thätig ist, haben wir ganz außerordentliche Leistungen, in der Behandlung innerer Krankheiten aber sind zu unserem und der Aerzte Bedauern die Fortschritte der Wissenschaft seit der Zeit, die uns die Geschichte zugänglich gemacht hat, nur gering gewesen, und deswegen sind auch die Aerzte mir die liebsten, die Erfahrung haben und zu Rathe ziehen, wenn Sie wollen Empiriker, wenn man sie beleidigen will, — wenn man sie braucht, erfahrene alte Herren; und so ist es auch in der Politik, in der Nationalökonomie, in der Statistik, die Wissenschaft ist da mitunter auf einem sehr hohen Pferde, aber sie sieht den Boden nicht, auf dem sie reitet und erkennt ihn nicht.

Ich weiß nicht, ob ich die sehr reichhaltige Sammlung von Einwänden, die der Herr Vorredner machte, erschöpft habe, aber ich glaube es beinahe. Die Preise der Gegenstände, von denen wir eine Vermehrung der Einnahmen kunftig erwarten — wo ich also mit dem Vorredner über Tabak und Getränke vollständig einig bin, hängen von der Steuer allein nicht ab. Ich schrecke auch nicht vor Einnahmequellen zurück, wie sie sich in Amerika aus den Zöllen in überraschendem Maße entwickelt haben. Ohne leidenschaftlicher Schutzzöllner zu sein, bin ich doch ein leidenschaftlicher Finanzzöllner wegen der Ueberzeugung, daß die Finanzzölle, die Grenzzölle, fast ausschließlich vom Ausland getragen werden, namentlich für

Fabrikate und daß sie immer eine nützliche schutzzöllnerische Rückwirkung haben, und bei der Entwicklung unseres Tarifs bin ich fest entschlossen, jeder Modifikation des Tarifs nach der anderen freihändlerischen Seite hin zu widerstreben, und nach der Seite des größeren Schutzes, einer höheren Revenue vom Grenzzoll hilfreich zur Seite zu stehen, soweit mein Entschluß reicht.

Sie sehen, daß ich aus meinem Herzen keine Mördergrube mache und den Muth meiner Meinung habe, was ebenso unpopulär ist wie das Tabakmonopol.

Aber vor allen Dingen glaube ich mich dabei auf dem richtigen Wege zu befinden, um für die Regierung und für die verbündeten Regierungen und deren Gesetzgebung, wie es meine Pflicht ist, die Zufriedenheit des besteuerten Volkes zu erstreben. Ich finde es ja natürlich, daß die Forderung dieser Zufriedenheit von den Gegnern der Regierung nach Möglichkeit verhindert und bekämpft wird; ich kann mich aber dadurch nicht aufhalten lassen und werde unbeirrt den Weg gehen, der durch das Programm der Denkschrift, für welches ich die Verantwortlichkeit übernehme, gekennzeichnet ist. Ich werde für möglichste Verbreitung und Kenntnißnahme und Ausarbeitung dieses Programms nach allen Richtungen in der Presse und auch sonst Sorge tragen und werde dafür so viel Anhänger werben, wie ich im Lande irgend finden kann. Das halte ich für mein Recht und meine Pflicht. (Bravo rechts.[1])

Die Vorlage wegen Erhebung der Brausteuer wurde in der 42. Sitzung vom 17. Mai 1881 (vergl. stenogr. Bericht S. 1070) und die Wehrsteuer-Vorlage in der 40. Sitzung vom 7. Mai 1881 (vergl. stenogr. Bericht S. 1011) abgelehnt. Hingegen gelangte der Entwurf wegen Erhebung der Reichsstempelabgaben zur Annahme, jedoch in einer Fassung, welche nur geringe Erträge erwarten ließ.

Gesetzentwurf, betr. das Reichstabakmonopol.

Nach Ablehnung der Brau- und Wehrsteuervorlagen war vorauszusehen, daß der Reichskanzler die Einführung des Tabakmonopols vorschlagen werde. Der Tabak bildet das vornehmste Verbrauchssteuerobjekt und unzweifelhaft ist das Monopol die

---

[1]) Ueber den Werth der leidenschaftlichen Angriffe des Abg. Lasker vergl. die Ausführungen des Reichskanzlers S. 60 ff. oben.

einzig richtige Besteuerungsform. Bis in das Jahr 1879 trug der Tabak in Deutschland pro Kopf nur 0,34 M. Deutschland bezog, so schreibt Dr. Schäffle[1]), unter dem alten Steuersystem weniger als alle Großstaaten. Rußland bezieht aus seiner Fabrikatsteuer 0,47, die Vereinigten Staaten erreichen aus der Fabrikatsteuer trotz laxer Handhabung 4,36 M., England bei ausschließendem Verzollungssystem 4,86 M., und je vom Fabrikationsstaatsmonopol netto Oesterreich 3,41, Ungarn 1,58, Italien 2,53, Frankreich 5,68 M. Deutschland bezog also bei ungemein starkem Rauchen aus dem Tabak (den Zollertrag inbegriffen) nicht einmal $^1/_{12}$ von dem, was Bayern aus dem Biere zieht, nicht einmal $^1/_3$ soviel wie Ungarn, kaum $^1/_9$ soviel wie Oesterreich, nicht $^1/_{15}$ soviel wie Frankreich. Das konnte man, wie günstig man für die Importhändler, Tabakbauern und Fabrikanten gesinnt sein mochte, unmöglich aufrechterhalten, sobald einmal die Nothwendigkeit der Steuerhöhungen eintrat. Selbst ohne diese Nöthigung war eine neue ausgiebige Regelung am Platze; denn die Richtigkeit des Steuersystems fordert dies und der schwere Druck anderer Lasten gebot es, um anderswo entlasten zu können.“ Schäffle ist der Ansicht, daß für Deutschland als Minimaleinnahme aus dem Tabak wenigstens 4 M. per Kopf oder rein 160—170 Millionen Mark in's Auge gefaßt werden müsse, während die im Jahre 1879 eingetretene Erhöhung der Tabaksteuer sich höchstens auf eine Mark pro Kopf beläuft.

Da die Ausnutzung der Steuerkraft des Tabaks nur im Monopol angängig ist, so ging dem Reichstage mittelst Schreiben des Reichskanzlers vom 27. April 1882 eine Vorlage betreffs des Reichstabak-Monopols zu. Die erste Berathung der Vorlage fand in der 7., 8. und 9. Sitzung vom 10., 12. und 13. Mai 1882 statt[2]) und endete mit Ueberweisung derselben an eine Kommission. Die 2. Berathung begann auf Grund des Berichtes der Kommission[3]) in der 10. Sitzung vom 12. Juni 1882[4]) und es ergriff zuerst der Reichskanzler das Wort wie folgt:[5])

[1]) Die Grundsätze der Steuerpolitik S. 433.
[2]) Stenogr Berichte S. 104. ff.
[3]) Nr. 35 der Drucksachen.
[4]) Stenogr. Berichte S. 353.
[5]) Desgl.

„Ich nehme das Wort noch vor dem Herrn Referenten, um dem gestern ausgesprochenen Bedürfniß, auf meine Aeußerungen zu antworten, und die Antwort rechtzeitig in die Provinzen expediren zu können, so viel an mir liegt, Rechnung zu tragen. Ich spreche deshalb so früh, wie es mir möglich ist und bitte den Herrn Referenten um Entschuldigung, wenn ich ihm nach der gewöhnlichen Praxis vorgreife.

Zweck des Tabaks-monopols.

Das Tabaksmonopol ist in unserer amtlichen Geschäftsverhandlung, abgesehen von früheren gelegentlichen Erwähnungen, zuerst offiziell eingeführt worden durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November vorigen Jahres, doch nicht als eine Institution, die wegen ihrer wohlthuenden Eigenschaften an sich zu erstreben wäre, sondern als ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, zur Beschaffung der Mittel, welche nothwendig sind, um Steuererleichterungen einzuführen. Der Text der Botschaft sagt darüber:

„Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von anderen drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen."

Darnach, meine Herren, hat also die Regierung das Tabaksmonopol nicht an sich vorgeschlagen, sondern ihr Hauptvorschlag geht auf die Gewährung von Mitteln zur Bestreitung von Steuererleichterungen, und als nächstliegendes Mittel ist dazu das Tabaksmonopol Ihrer Entscheidung und der des Bundesrathes unterbreitet. Dieser Gesichtspunkt ist einigermaßen aus dem Auge verloren und das Monopol als Selbstzweck hingestellt worden, welches um seiner selbst willen erstrebt würde, ohne Rücksicht auf diejenigen anderen drückenden Lasten, die durch das Monopol aus der Welt geschafft werden. Wir sind nie darüber in Zweifel gewesen, daß das Monopol an

sich ein Uebel ist, und daß es sich bei seiner Einführung wie bei jeder neuen Steuer, ja selbst wie bei jeder Reform, zunächst darum handelt, ob es nicht andere Uebel giebt, in Vergleich mit denen das Monopol das kleinere ist. Wenn man diese Institution an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen soll, so stellt man sie in ein unvortheilhaftes, ich möchte sagen, ungerechtes Licht, was sie nicht ertragen kann. Für die Reformen, welche die Regierung erstrebt, ist das Monopol nur Mittel, nicht Zweck; aber die finanziellen Reformen, welche den Zweck der Reichsregierung und — ich kann sagen — der verbündeten Regierungen bilden, sind dadurch besonders erschwert, daß die Verwendung der Beschlußfassung der Landtage unterliegt, die Beschaffung der Mittel der Beschlußnahme des Reichstages. Es entsteht dadurch für die Gegner der Regierung eine Art von Zwickmühle, hier im Reichstage, wenn eine Bewilligung gefordert wird, zu sagen: wir können nichts bewilligen, wovon die Verwendung nicht nachgewiesen und sichergestellt ist — und im preußischen Landtage oder in anderen Landtagen, zu sagen: Wir können nicht über die Verwendung von Mitteln verfügen, so lange die Mittel nicht bewilligt sind. Daß man so von Pontius zu Pilatus geschickt wird und mit der Reform nicht vorwärts kommt, das liegt auf der Hand, und diese Schwierigkeit ist von den Gegnern der Regierung redlich ausgebeutet worden. Um ihr zu entgehen, und den Widerstand, auf den wir bei der Durchführung der Reform stoßen, einigermaßen zu paralysiren, ist die Gemeinschaftlichkeit der kaiserlichen und der königlich preußischen Regierungsquelle benutzt worden, um gleichzeitig in einer Saison eine Vorlage in dem preußischen Landtage — einem Landtage, der immerhin die Majorität der Reichsangehörigen, 27 Millionen, repräsentirt — die Bedürfnißfrage erörtern zu lassen und in derselben Session nach Erörterung der Bedürfnißfrage, auf welche gerechnet war, den Reichstag um irgend eine Bewilligung anzugehen. Diese Vorlage mußte nothwendig eine konkrete Form haben, wir konnten nur irgend eine reichen Ertrag bietende indirekte Steuer wählen. Der primus inter pares unter diesen ist uns immer erschienen; das Tabaksmonopol für das Reich, als dasjenige, welches die zweckmäßigste, wie die Botschaft sich ausdrückt, glaube ich, die

wirksamste Finanzquelle bildet. Wir waren in der pflichtgemäßen Nothwendigkeit, Ihnen zunächst das beste unter den Mitteln, die wir kennen, vorzulegen und erst nach dessen Ablehnung können wir zu minderwerthigen Surrogaten behufs Beschaffung neuer Einnahmequellen schreiten. Wir brauchen ihre Ablehnung, um unsere Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken, damit man uns nicht später, wenn das Monopol dennoch vielleicht von einer anderen Regierung — ich meine einer anderen Reichsregierung — gebracht wird, sagt: die damalige Regierung unter dem ersten Reichskanzler hat die Thorheit begangen, dieses Mittel nicht von Hause aus vorzuschlagen. Die Verantwortlichkeit, es nicht vorgeschlagen zu haben, wollen wir nicht auf uns ruhen lassen, die wollen wir auf die Majorität dieses Reichstages abschieben, und dann werden wir in Ruhe sagen: darum keine Feindschaft; aber wir brauchen ihre Ablehnung, bevor wir zu minder guten Vorlagen schreiten.

Bei der Klarstellung des Bedürfnisses hat nun der Preußische Landtag seine Landesregierung vollständig im Stich gelassen,[1]) er hat sich der Erörterung entzogen, er hat gewissermaßen Stricke gemacht, mit Rücksicht auf die Jahreszeit, mit Rücksicht auf die Parallelsitzungen der verschiedenen Landtage, kurz und gut, sachlich ist kein Grund zu ersehen, warum diese Körperschaft eine für das preußische Land so tiefgreifende, so wichtige Frage, wie diejenige, ob unser direktes Steuersystem der Reform bedürftig ist oder nicht, der Erörterung nicht hat unterziehen wollen, sondern in wenigen kurzen Sitzungen und mit einer fast stürmischen Forderung auf Schluß sich der weiteren Diskussion entzogen hat und die kaiserliche Regierung dadurch in die schwierige Situation gebracht hat, hier das Monopol an sich, ohne den vorgängigen Nachweis des Bedürfnisses, auf den gerechnet war, zu vertreten. Wenn ich hier anwesend gewesen wäre und wenn ich überhaupt nach meinem Gesundheitszustande im Stande gewesen wäre, die Geschäfte, die ich

[1]) Das preußische Abgeordnetenhaus hatte, ohne in eine Kommissionsberathung einzutreten, die ihm zugegangene Vorlage eines Verwendungsgesetzes bezüglich der wichtigsten Bestimmungen abgelehnt, worauf die Vorlage von dem Finanzminister zurückgezogen wurde.

herbeiführe, zu vertreten, würde ich Seiner Majestät die Auflösung des Preußischen Landtages gerathen haben, da wir die Feststellung der Bedürfnißfrage vor allem brauchten. Es würde daraus die Nothwendigkeit hervorgehen, den Landtag Anfang August wieder zu berufen, und wir würden dann der heutigen Verhandlung noch überhoben gewesen sein, indem die Forderung des Monopols, ohne Anerkennung der Bedürfnißfrage, keinen Sinn und keine Bedeutung hat. (Hört! hört! Sehr wahr! links.)

Ist kein Bedürfniß vorhanden, so brauchen wir keine neuen Steuern.

Zu welchem Zwecke neue Einnahmequellen eröffnet werden müssen.

Es handelt sich also zunächst um die Frage, ob ein Bedürfniß vorhanden ist. Wird die bejaht, so werden wir weitere Anträge zu stellen haben; wird sie verneint, so ist ja Alles in dieser besten der Welten ganz vortrefflich, wir brauchen uns nicht weiter zu bemühen, und ich bin der für mich sehr unbequemen weiteren Sisyphusarbeit gegenüber dem passiven Widerstand oder der dilatorischen Behandlung durch die Fraktionen überhoben, was ja für meine Jahre und meinen Gesundheitszustand mit Dank anzunehmen ist. Aber ich bin durch die Versagung der Klarlegung von Seiten des preußischen Landtages leider in der Nothwendigkeit, Ihnen die Motive, die den König von Preußen nöthigen, im Interesse seiner nothleidenden Unterthanen vom Reich die Eröffnung der Steuerquelle, die er seiner Zeit an das Reich abgetreten hat, zu verlangen, zu fordern, zu erbitten — ich bin in der Nothwendigkeit, die Motive dafür kurz auseinanderzusetzen. Dieselben liegen erstens in dem Vorhandensein einer Steuer in Preußen, welche ich als den Rest früherer Zeiten, des Feudalstaates, bezeichne, der Klassensteuer, des Kopfgeldes, der Besteuerung der Person, des Lebens, des Athmens, der Besteuerung der Existenz ohne Rücksicht auf irgend ein Objekt, an welches die Leistungskraft sich heftet, und ohne eine bestimmte Einnahme, welche mit der Steuer verbunden ist. Eine ähnliche — ich kann wohl sagen barbarische — Einrichtung in steuerpolitischer Beziehung existirt außer in Preußen und einigen ihm anliegenden norddeutschen Staaten meines Wissens nur noch in Rußland in Gestalt des Kopfgeldes und in der Türkei; aber auch dort nur für die unterworfenen

Unhaltbarkeit der Klassensteuer.

Völkerschaften dafür, daß sie überhaupt noch am Leben gelassen sind. In Rußland scheint man doch durch die Thatsache, daß die zivilisirten Nationen in dem Fortschritt der Zivilisation diesen Rest verschollener Zeiten von sich längst abgestreift haben, jetzt auch zu der Ueberzeugung gekommen zu sein. — Sie werden mit mir die telegraphische Nachricht gelesen haben, daß die russische Regierung den kaiserlichen Befehl erlassen hat, betreffend die Aufhebung der Kopfsteuer. Und doch war sie in Rußland noch lange nicht so drückend wie bei uns, allerdings zu einem hohen Satze, aber durch Vermittelung der Gemeinden; die Gemeinden waren die Steuerzahler, die Gemeinden hatten ihrerseits die Uebervortheilung und waren in der Lage, schonend zu handeln, und die Steuerexekution zu vermeiden. Die Klassensteuer, an der wir allein unter den zivilisirten Nationen hiernach noch festhalten, trägt meines Erachtens in sich die Unmöglichkeit für die Steuerbehörde, eine gleichmäßige gerechte Vertheilung der Steuer zu bewirken. Sie haben heut zu Tage doch noch ca. 5 Millionen besteuerte Positionen in Preußen — und können in diesen Massen, in den unteren wirthschaftlichen Stufen ganz unmöglich die Verhältnisse des einzelnen Haushaltes, des einzelnen Mannes, seine Erwerbsverhältnisse richtig beurtheilen, seine Gesundheitsverhältnisse, Familienverhältnisse, die lokalen Ausgaben, zu denen er wegen seiner besonderen Stellung genöthigt ist, das alles entzieht sich dem Urtheil der Behörde, letztere hat nur Kriterien, die nach allgemeiner Schablone auf Jeden angewendet werden, die aber nicht immer passen und sehr häufig drücken. Eine gerechte gleichmäßige Vertheilung der Steuern, sowie die indirekten Steuern sich von selbst vertheilen, wenn sie eine Zeit lang bestanden haben, und sich wassergleich in das richtige Niveau setzen, ist bei der Kopfsteuer gar nicht möglich, kein Steuerrath kann die Verhältnisse der Reklamanten mit Richtigkeit beurtheilen; schon das spricht dagegen.

Ein noch viel stärkerer Grund aber dagegen ist die Nothwendigkeit der Exekution der Steuer, wenn sie nicht bezahlt wird, die Nothwendigkeit, die Thatsache, daß mitunter für einen rückständigen Betrag von — 50 Pfg. — Mobilarwerthe von 20—30 M. abgepfändet werden, und daß der

Steuerpflichtige bei der Unmöglichkeit, diese abgepfändeten Sachen im Wege der Exekution zu dem vollen Werthe zu verkaufen, den sie für ihn haben, um den Staat, den reichen Staat, den Fiskus um 50 Pfg. zu bereichern, seinerseits um 15 oder 20 Mark geschädigt, in seiner bürgerlichen Existenz für eine Zeit lang erschüttert wird. Ich weiß nicht, ob die Anzahl der Exekutionen dieser Art, die die Klassensteuer mit sich führt, öffentlich hinreichend bekannt ist. Sie konnte es sein, denn die Durchschnittsrechnungen davon sind in den Motiven zum Verwendungsgesetz, welches der preußische Landtag zu berathen keine Zeit hatte, den Abgeordneten in 500 Exemplaren gedruckt zu Händen gegeben, sind aber dort todt geschwiegen. In der damaligen Verhandlung und in der jetzigen über das Monopol habe ich auch keine Silbe gehört über die Uebel, über die Leiden, die durch das mindere Uebel des Monopols geheilt werden sollen.

Ich erlaube mir deshalb, da es in Preußen im Landtage todtgeschwiegen worden ist, Ihnen aus der gedruckten Begründung des Verwendungsgesetzes nachstehende Ziffern mitzutheilen. In dem Jahre 1879/80 — ich weiß nicht warum vom 1. Oktober zum 1. Oktober datirt — sind zur Klassensteuer veranlagt gewesen Einzelsteuern und Haushaltungen in Preußen 5,087,470, davon beträgt die Anzahl der wegen Klassensteuerrückstände vollzogenen Pfändungen 438,973 (hört! hört! rechts) und zwar in der untersten Stufe der Arbeiter, die weiter nichts wie ihrer Hände Arbeit haben, von der sie leben, 254,166 (hört! hört! rechts) in der zweituntersten Stufe 102,584, in der dritten noch immer 28,516. Die vierte bis zwölfte sind nicht gesondert angeführt, aber auch in ihnen, also in den vergleichungsweise wohlhabenden Klassen, haben noch immer 53,707 Pfändungen stattgefunden, die wirklich vollzogen werden konnten, und einen Ertrag lieferten. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine solche Pfändung um so empfindlicher wirkt, auf eine je höhere Stufe der Steuer sie Anwendung findet. Die Treppenstufen der wirthschaftlichen Leiter, welche der Betreffende damit heruntergeworfen wird, sind gerade so zahlreich, wie seine Klassensteuerstufe angiebt.

Dann beträgt ferner die Zahl der fruchtlos ver-

suchten Pfändungen außerdem 565,766 in der preußischen Monarchie (hört! hört! rechts), davon in der untersten arbeitenden Klasse 386,017, in der zweiten 135,635, in der dritten 22,744, in den acht obersten immer noch 21,350 — also ein Zeichen, wie unvollkommen die Möglichkeit der Veranlagung dieser Steuer ist, daß in der vierten bis zwölften Klasse noch 21,000 Positionen inexigibel sein können. Es beträgt also die Summe der Spalten 3 und 4, d. h. die Gesammtheit der wegen Klassensteuer vollzogenen und versuchten Pfändungen für ein Jahr 1,004,739. Aehnliche Resultate liefert ein dreijähriger Durchschnitt, den ich dem statistischen Amte verdanke, der die Budgetjahre von 1878 bis 1881 — in deren Mitte bekanntlich ein Wechsel des Termins stattgefunden hat — umfaßt. Für diesen Zeitraum beträgt die Gesammtzahl der Auspfändungen im preußischen Staat 3,304,065 — ich will Sie verschonen mit der Aufzählung der einzelnen Jahre, Ihnen nur das Gesammtresultat geben — wobei die vollzogenen Pfändungen 1,617,831 betragen, die fruchtlos versuchten Pfändungen daneben 1,686,234. Es kommt danach in beiden Positionen zusammen auf diese drei Jahre 3,300,000 durchschnittlich auf jedes Jahr 1,100,000 Pfändungen. Die Anzahl hat im 1. Semester des Jahres 1881/82 in Folge der Besserung der Zustände, vielleicht auch in Folge der eingeführten Klassensteuernachlässe, eine Reduktion erfahren. Obschon mir das ganze Jahr nicht vorliegt, so läßt sich doch glauben, daß in diesem Jahre in Folge der gebesserten Zustände und der Steuer-Nachlässe die Pfändungen die 600,000 nicht vollständig erreichen werden. Indessen 600,000 ausgepfändete Staatsbürger, das ist auch schon eine starke Ziffer. Zu diesen starken Klassensteuerleiden kommt noch die Wirkung der Zuschläge. Es ist nicht ersichtlich, warum wegen der Kommunalzuschläge weniger Auspfändungen stattfinden sollten, als wegen der Staats-Klassensteuern. Im Gegentheil glaubte ich, der Staat kommt früher zu seinem Rechte, und vielleicht wird er noch eher bezahlt. Ueber die Vorgänge in den Gemeinden liegen allgemeine Data nicht vor, wenigstens habe ich sie nicht ermitteln können; ich habe nur einige Angaben in Bezug auf die Berliner Ergebnisse der Steuer in den Jahren 1876 und 1877 vorliegen. Darnach sind in der Stadt Berlin im

Jahre 1876 im Ganzen zur Klassensteuer veranlagt 355,992 Besteuerte. Von diesen sind zur Zwangsvollstreckung verwiesen — ich werde gleich den anscheinenden Widerspruch erklären — 393,837 in der Stadt Berlin, also mehr als veranlagte Posten. Das hat darin seinen Grund, daß jede Position viermal im Jahre erhoben wird und jede viermal zur Exekution kommen kann, daß also die Zahl der vorgekommenen Vollstreckungen die der veranlagten Steuerpositionen überschreitet. Von diesen 393,837 Fällen sind erledigt durch Stellung zur Exekution 276,902, durch Vollstreckung der Exekution durch Versiegelung und Pfändung 25,280, durch fruchtlose Vollstreckung der Exekution 91,655. Auf 100 Klassensteuer-Veranlagte überhaupt, beziehungsweise in den betreffenden Steuerstufen vorkommende Fälle treffen danach in der untersten Steuerstufe 101,9 Exekutionen, in der zweiten 135,8, in der dritten 131,9 in der vierten Stufe von unten 114,6 auf 100 Steuerpositionen und in der fünften bis zwölften immer noch 64,7 pCt., die zur Exekution gestellt werden.

Im Jahre 1877 steigt die Ziffer noch höher. Da sind in der untersten Stufe 121,2 Personen exequirt worden, in der zweiten 156,8 in der dritten 159,6 — immer auf 100 Besteuerte gerechnet, — in der vierten 151,8; also die höchsten Sätze sind nicht in der untersten, sondern in der zweiten, dritten und vierten, also in den schon etwas wohlhabenderen, von der fünften bis zwölften sind immer noch von 100 Personen 71 exequirt worden in Berlin, und ich mache darauf aufmerksam, daß hier bei diesen Berliner Positionen die Stufen von 2 bis 4 von unten herauf ein stärkeres Kontingent stellen, wie die unterste, daß also der Fall, daß Jemand von einer sich heranbildenden Wohlhabenheit auf seinen Ausgangspunkt durch die Exekution zurückgeworfen wird, häufiger vorkommt.

Eine andere Berliner Angabe — die für 1880 habe ich nicht vollständig erhalten können — aber für 1881, bezieht sich auf die Gesammtheit der direkten Steuern, wobei ich bemerke, daß die Staats-Klassensteuer in Berlin von den Gemeindebehörden erhoben wird. Danach bringt die Haus- und Miethssteuer im Ganzen an Steuerposteu 1,048,203, die Einkommen- und Klassensteuer 1,468,856, zusammen also $2^1/_2$ Millionen Steuerposten. Darauf sind Mahnzettel ausgeschrieben

— wo also die Leute nicht prompt bezahlt — 647,981. Von diesen Zetteln sind erledigt durch Zahlung des Steuerrestes nicht ganz die Hälfte, 308,814 durch fruchtlose Zwangsvollstreckung 244,968 (Hört, hört!), durch Anmeldung bei der Abtheilung für Verzogene 85,302 — also Leute, die sich der Steuerscheere in Berlin entziehen, dadurch, daß sie in die Provinz hinausgehen; die werden sofort durch den Uriasbrief der „Abtheilung für Verzogene“ dort kreditlos gemacht und außer Stand gesetzt, sich neu zu etabliren, und sie kommen aus der Scheere der Exekution nicht heraus; die Freizügigkeit hilft ihnen nichts — sonst unerledigt geblieben und weiter zu verfolgen bleiben 8897.

Meine Herren, Sie werden daraus ersehen, wie ich vermuthe, daß die Zahl derjenigen, welche wegen der direkten Steuern in Preußen in Stadt und Gemeinde ausgepfändet werden, eine recht große ist.

Folgen der Steuerexekutionen.

Wenn Sie sich nun die Wirkung einer solchen Exekution vergegenwärtigen — es ist anzunehmen, daß ehe es Jemand dazu kommen läßt, er seinen Kredit beim Bäcker, Metzger, Milchmann ziemlich erschöpft haben wird, denn die sind noch nachsichtiger als der Steuerexekutor — nun erscheint der Exekutor, geht sofort der Kredit verloren, es wird ihm gekündigt, er fällt dadurch vielleicht einem gefälligen Manne in die Hände, der bereit ist, ihm das, was er braucht, zu hohen Zinsen vorzustrecken, und sich in den Besitz dessen zu setzen, was der Ausgepfändete überhaupt noch hat, was von ihm noch herausgedrückt werden kann, oder er verfällt vor den Augen des Nachbarn der Thatsache, daß der Exekutor zu ihm kommt, das Wenige an Hausrath, Wäsche und Mobilien, was sich ein junger Hausvater angeschafft hat, wird unter Siegel gelegt, zum Zwangsverkaufe gestellt, — vielleicht zu einem geringen Ertrage — eine Kommode, die für 15 Mk. gekauft wurde, geht vielleicht für 3 Mark weg — daß das Alles den Mann, der auf diese Weise in seinem Aufstreben auf der sozialen und wirthschaftlichen Leiter wieder zurückgeworfen wird, schwer kränkt, ihn mitunter zur Verzweiflung, manchmal zum Selbstmord bringt, ihn jedenfalls mit Bitterkeit erfüllt, wenn der seiner Meinung nach überreiche Fiskus ihm wegen einer Kleinigkeit einen so ungeheuren Schaden an seinem häuslichen

Besitzthum, an seinem gesellschaftlichen Ansehen und an seinen aufstrebenden Hoffnungen zufügt, daß das dann den Mann mit Unzufriedenheit erfüllt, darüber meine Herren, wird kein Zweifel sein und ich schreibe einen großen Theil unserer Auswanderungen der Thatsache zu, daß die Auswanderer das Bedürfniß haben, sich der direkten Steuerschraube und Exekution zu entziehen und nach einem Lande hinzugehen, wo die Klassensteuer nicht existirt und wo sie außerdem die Annehmlichkeit haben, die Produkte ihrer Arbeit gegen fremde Konkurrenz beschützt zu wissen. (Sehr richtig! rechts.) Die amerikanischen Schutzzölle und die preußische Klassensteuer halte ich für die Hauptmotive der Auswanderung. (Zuruf aus dem Zentrum: O nein!) — Hauptsächlich, ich sage nicht ausschließlich, und es ist ja auch ganz natürlich. Ich weiß nicht, wer von den Herren Phantasie genug hat, sich in die Lage einer solchen vom Steuerfiskus zerdrückten Existenz hineinzufühlen, daß da eine tiefe Bitterkeit gegen die Einrichtungen, unter denen er lebt, Einrichtungen, die in Frankreich, England, Amerika, in allen zivilisirten Staaten längst zu den überwundenen Standpunkten gehören, dort längst, weil dort die Fraktionspolitik die Regierung nicht hinderte, Verbesserungen einzuführen, dort längst durch weniger drückende indirekte Steuerquellen ersetzt sind, daß er da nach anderen Ländern geht, daß er gegen unsere Einrichtungen einen stillen Ansatz von Haß behält, das ist wohl nicht verwunderlich.

Uebertreibungen und Entstellungen der Absichten der Regierung durch die Opposition und deren Presse.

Nun finde ich es ganz erklärlich, daß eine Opposition, welche die Absicht hat, die bestehende Regierung zu stürzen oder bei den Wahlen zu diskreditiren, einen Bedarf an Unzufriedenheit hat und gar keinen Grund, da wo sie vorhanden ist, die Hand zu bieten, daß sie gemildert werde, so lange diese mißliebige Regierung besteht. Die Opposition behält sich vielleicht vor, wenn sie selbst an's Ruder gelangt, sich dann das Verdienst zu erwerben, diese Leiden zu mildern. Es ist ja außerordentlich leicht, bei der Leichtgläubigkeit des Wählers und der ungeheuerlichen Verlogenheit unserer kleinen Presse (sehr richtig! rechts) ist es ja außerordentlich leicht, den Wählern einzureden, daß eigentlich doch die Regierung an diesem allen Schuld ist, obschon sie sich seit Jahren ehrlich und aufrichtig bemüht, diese Uebelstände abzuschaffen, obschon Sr. Majestät

dem König die Leiden seiner Unterthanen schwer am Herzen liegen, und der König thut, was er kann, aber der König hat das Recht der Steuerbewilligung außer Händen gegeben, er hat die indirekte Steuerbewilligung an das Reich abgegeben, das Reich versagt sie ihm, Se. Majestät der König kann tiefen Schmerz empfinden, kann sich dabei aber verfassungsmäßig nicht helfen. Nun, diese Unzufriedenheit also auf die Regierung abzuwerfen, die Regierung anzuklagen, das ist ja der Presse gar nicht schwer. Das Motiv, weßhalb wir mit unseren Reformen nicht vorwärts kommen, ist, daß es so sehr viel Leute giebt, die gar kein Bedürfniß und keine Neigung haben, der jetzigen Regierung bei irgend einer Verbesserung zu helfen. Es ist eine alte Whistregel: „dem Feinde kein Stich!" das heißt für Sie, der Regierung kein Erfolg, denn „der Feind" bei uns ist die Regierung. (Oho! und Unruhe links. Sehr richtig! rechts.)

Wie bereitwillig acceptirte der deutsche Wähler stets die Behauptung, daß er eine Regierung hat, mit der er unzufrieden zu sein berechtigt ist; es ist ihm sogar nicht unlieb, wenn er eine solche *wirklich* hat, denn er hat noch so viel Gewissen, daß er sich doch zu Zeiten schämt, auf die Regierung, die es nicht verdient, zu schimpfen. Hat er eine, auf die er mit *Recht* schimpfen kann, so ist es ihm eine angenehme Satisfaktion. Das war das Erzeugniß der Politik in früheren Zeiten, wo die Regierungen im Ganzen, ich will nicht sagen schlechter und ungeschickter waren, aber sich weniger aus Eindrücken machten und mehr Macht hatten, da war das Schimpfen berechtigt, und es gehört zum deutschen Bedürfniß, beim Biere von der Regierung schlecht zu reden, und wer den Ton anschlägt, der hat noch heute Wähler, von dem sagte man: das ist unser Mann, für den stimmen wir, das ist kein Regierungsmensch, der ist nicht servil, der wird dem Kanzler „den Willen brechen".

Die landesväterlichen Bestrebungen Sr. Majestät des Kaisers; Kritik des Verhaltens des preußischen Abgeord-

Meine Herren, das ist ja wirklich eine traurige Satisfaktion, dem Kanzler den Willen zu brechen, wenn der Wille vielleicht berechtigt ist, vielleicht zum Nutzen des Landes ist. Das will doch erst geprüft sein; es kann sein — es läßt sich ohne Sie ja nichts machen, und wenn Sie nichts bewilligen wollen, so ist es Ihr Recht und ist ja gut; aber daß der

Kaiser als König von Preußen es schwer empfindet, daß er seinen Unterthanen nicht helfen kann, daß er sich fragt: waren die Gründe, die mein Bruder, König Friedrich Wilhelm IV. derzeit gegen die Reichsverfassung hatte, die ihn abhielten, die Kaiserkrone anzunehmen, vielleicht doch nicht ohne Berechtigung? habe ich wohlgethan, mich der Möglichkeit zu berauben, meinen Unterthanen zu helfen, indem ich die Quellen, die ich dazu anwenden könnte, aus den Händen gegeben und von Anderen abhängig gemacht habe? Solche Nachgedanken können einem Könige, der seine von Gott ihm gegebene Mission ernst auffaßt, der ein Herz für die Leiden seiner Unterthanen hat, wohl kommen mit der Zeit. Daß eine parlamentarische Körperschaft, auch selbst die des preußischen Landtages, wenn die heißen Tage eintreten, dieselben ernsten Mitempfindungen für solche Nothstände haben soll, wie der König von Preußen, das ist ja gar nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat sie nicht — ein König hat ein Herz für sich, was Leiden mitempfindet. Aber, die preußischen Landeskinder, die im Landtag sind, hätten so viel Herz für dieses Elend, welches sie aus den Druckschriften kennen, doch wohl haben können, daß sie der Sache ein paar Tage Sitzungen, auch bei gutem Wetter, mehr geliehen und nicht so unwillig die Sitzungen abgebrochen und der Regierung die Vorwürfe gemacht hätten, daß die Würde des Landtages beeinträchtigt werde durch die späte Vorlage. Ja, wir können die Vorlage nicht eher machen, ehe wir sie fertig haben, hexen können wir auch nicht, wir müssen unsere Arbeitszeit irgendwie haben und Bedenken berücksichtigen und prüfen, auch wenn sie spät kommen; der Landtag hätte wohl Zeit haben können in den 3 Wochen, die nach der Vorlage verloren wurden, das Wohl des Landes zu berathen und die Vorlagen näher zu prüfen. Die Frage der Parallelsitzungen, die dabei den Hauptvorwand abgab, um uns der mangelnden Rücksicht zu zeihen, ist ja eine Zwangslage, aus der wir uns nicht retten können, denn wir können in den Sommermonaten vom Juni bis zum 1. Oktober die parlamentarischen Versammlungen nicht berufen, ohne uns schon einer Verstimmung auszusetzen, die sich nachher in geringem Uebelwollen gegen die Regierung fühlbar macht und namentlich bei denen, die, wenn sie nicht Abgeordnete sind, doch

netenhauses; Vernachlässigung der Interessen des Volkes.

auch noch etwas Nützliches zu thun haben. Wir müssen also, wenn wir irgendwie können, diese 4 Monate außer Rechnung lassen. Im Oktober ist es auch schwierig, theils noch aus denselben Gründen, theils müssen doch auch die Minister und der Bundesrath irgend eine Zeit zur Vorbereitung dessen haben, was sie vorlegen sollen. Sie können doch nicht verlangen, daß wir Tag und Nacht arbeiten, daß wir von eiserner Gesundheit sind, — Sie trauen uns das auch nicht zu. Kurz und gut, fünf Monate gehen ziemlich auf die Abneigung des Zusammenkommens und auf das Bedürfniß der ministeriellen Berathungen. Dann haben die parlamentarischen Körperschaften die Gewohnheit, zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten, jedesmal 3 Wochen Ferien zu machen, das macht 9 Wochen, das sind wiederum 2 Monate, damit sind 7 Monate verbraucht. Ist es nun möglich, in den übrigen fünf Monaten, die bleiben, die Budgetfragen, wie sie bei uns betrieben werden, befriedigend zu erledigen, und Gesetze, welche die Nothdurft des Landes, die Nothlage unserer Mitbürger betreffen, zu erledigen? Der preußische Landtag in diesem Frühjahre hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, daß ihm die Zeit zur Prüfung der Noth seiner Mitbürger und der preußischen gravamina fehlt. Das Bedürfniß des Königs von Preußen, Abhilfe zu schaffen, beschränkt sich nicht auf die Klassensteuer allein, es ist außerdem allgemein bekannt, daß unsere Gemeinden zum Theil trotz aller Klassensteuer-Exekutionen, die ich vorhin vortrug, doch in einer großen Nothlage in Bezug auf ihre Finanzen sind, und daß die Regierung sehr geneigt ist, ihnen zu helfen. Sie kann dies aber nur, wenn ihr Mittel dazu bewilligt werden. Ich habe hier eine Angabe über Gemeindebesteuerungen mitgebracht, die, es war dies in gewissen Gemeinden in der Rheinprovinz — Berechnung der Steuerbelastung eines für 1881/82 zur 2. Klassenstufensteuer veranlagten Grund- und Gebäude-Steuer nicht entrichteten Zensiten in verschiedenen rheinischen Gemeinden. Danach zahlt in der Stadt Witten Jemand, der 6 Mark Klassensteuer entrichtet, 350 pCt. Zuschlag als Kommunalsteuer, worin die Schullast mit enthalten ist, da dieselbe auf den Kommunaletat übernommen ist — macht 21 Mark, 50 pCt. evangelische Kirchenauflage — macht 3 Mark, zusammen werden aus den 6 Mark, die der Staat verlangt,

30 Mark. In der Stadt Wattenscheid stellt sich dieselbe Rechnung von 6 Mark durch denselben Zuschlag von Kommunalsteuer und evangelischer Schulsteuer auf 39 Mark 20 Pfg.; in der Stadt Hattingen von 6 Mark auf 34,08 Mark, in der Gemeinde Königsteele von 6 Mark auf 42,60 Mark, in anderen wieder auf 30 Mark 2c.

Nothwendigkeit der Entlastung der Gemeinden und Kreise.

Also Sie sehen, daß das eine sehr starke Belastung unserer Gemeinden ist und es ist zu vermuthen, daß bei diesen Kommunalsteuern im Ganzen nicht weniger Exekutionen stattfinden werden, als in den Staatssteuern, daß auch dort die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen künstlich genährt wird, namentlich in der Art, wie die Zuschläge zum Theil aufgebracht werden zur Häusersteuer, wobei die Schulden, die auf dem Hause lasten, vom Steuerobjekt nicht abgezogen werden. Rheinische und auch hannöversche Gemeinden sind, wie aus den öffentlichen Blättern bekannt ist, bei der Regierung eingekommen, man möchte ihnen gesondert gestatten, daß sie indirekte Steuern erheben. Sie sind also ihrerseits auch vollständig zu der Ueberzeugung gelangt, die die Staatsregierung leitet, daß indirekte Steuern leichter zu tragen und leichter aufzubringen sind, als die direkten. Aber, weit entfernt, für die Gesammtheit ihrer Mitbürger diese Erleichterung zu erstreben, durch ihre Abgeordneten die Regierung in dieser Richtung zu unterstützen, verlangen sie für sich das Privilegium, nur auf ihrem engeren Bezirk die Wohlthat der indirekten Steuer einzuführen, und bei ihnen das Leiden der direkten abzustellen, es dann aber der Misera contribuens plebs auf dem platten Lande zu überlassen, sich weiter zu helfen, wie sie kann. Sie haben dann ihrerseits kein Bedürfniß mehr und haben noch weniger Neigung wie heute, die Regierung in ihren Reformbestrebungen zu unterstützen. Die Regierung aber hält an dem Prinzip fest „gleiche Gerechtigkeit für Alle" und ist entschlossen, Privilegien in dieser Beziehung nicht zu geben. Daß die großen Städte ihrerseits, weil sie in noch höherem Maße als die Kreise und Landgemeinden eigentliche Staatslasten übernommen haben, bei einer Vertheilung und bei einer Zuwendung von Erträgen indirekter Steuern, die wir vom Reich erstreben, stärker bedacht werden müssen, als die gleiche Kopfanzahl der sonstigen Bevölkerung, daß sie mit dem, was

für sie in Aussicht genommen ist, Zuweisung der halben Gebäude- und Grundsteuer, nicht auskommen, ist ganz klar; es ist aber dann Sache der Prüfung und Bewilligung in den Verhandlungen des Landtages, wie der Hauptsache nach die Vertheilung von Mitteln, sobald wir deren haben, stattfinden soll. Wir sind nicht bereit, einzelnen Klassen unserer Mitbürger vor Anderen ein Privilegium zu geben, sondern die Erleichterung gleichmäßig zu schaffen für Alle. Die Kreise sind in derselben Lage und bei ihnen ist die Ungerechtigkeit des Zuschlages zu der Steuer, die ohne Rücksicht auf die Verschuldung der besteuerten Einnahmequelle, auferlegt sind, allerdings in höherem Maße auf die Grundsteuer, wie sie auf die Häusersteuer anwendbar ist.

Nun sind die Herren in den großen Städten gewöhnlich der Meinung, daß die Grundsteuer hauptsächlich den reichen Grundbesitzer treffe, der ihnen unangenehm auffällt, wenn er selbstzufrieden und wohlgenährt in die Stadt kommt, sich bei Borchardt oder sonst wo sehen läßt. Das ist aber entfernt nicht der Fall, und aus jedem statistischen Buche können Sie sich dahin belehren, daß die Gesammtheit der Gutsbesitzer, die noch lange nicht lauter reiche Leute sind, sondern vielfach arme, da auch dem kleinsten Besitze angehörige Zensiten zu den Gutsbesitzern gehören, von den 42 Millionen Grundsteuer, die im Ganzen bezahlt werden, nur 8 Millionen tragen, 28 Millionen ruhen auf dem Kleinbesitz, die auf die Landgemeinden fallen und der Ueberrest auf die Städte. Wenn sie also geneigt sind, über den Gutsbesitzer eine gewisse Ungerechtigkeit zu verhängen, weil er Ihrer Meinung nach eine üble Persönlichkeit ist, — so treffen Sie mit demselben Schlag, mit dem Sie einen Gutsbesitzer treffen, immer wahrscheinlich fünf arme Leute. Die Kreise, wie Sie aus den statistischen Listen ersehen, sind fast alle verschuldet und meist mit sehr starken Kreisbudgets belastet. Davon machen allein eine Ausnahme 18 hessische Kreise, und annähernd einige holsteinische; aber das nicht etwa, weil die Lasten, die sonst die Kreise verschulden und beschweren, dort überhaupt nicht getragen werden, sie werden nur von anderen Formationen getragen, so in Hannover von den Aemtern, so in der Rheinprovinz, in Hessen und in Holstein theils von den Gemeinden, theils früher vom Staate,

theils sind sie überhaupt erst existent geworden nach der preußischen Besitznahme.

Der einzige Kreis in der preußischen Monarchie, der vermöge seiner eigenen Wohlhabenheit steuerfrei ist, ist das Herzogthum Lauenburg, welches von seinem Abgeordneten, Herrn Westphal, seiner Zeit hier als die „ausgequetschte Citrone“ bezeichnet wurde, die nach der „Ausquetschung“ mit dem Fuße fortgestoßen worden wäre. Das ist der einzige Kreis, der so reich ist, daß er keine Kreissteuern umzulegen braucht, der baares Vermögen hat, und der bei einer richtigen Art der Verwaltung seines Vermögens noch erheblich mehr zu leisten in der Lage wäre. Ich kenne die Verhältnisse sehr genau, weil ich — ich weiß nicht; 8 oder 10 Jahre — Minister dieses Ländchens gewesen und noch heute der größte Grundbesitzer in diesem Kreise bin und dadurch gezwungen werde, an den dortigen Kreisinteressen Antheil zu nehmen. Aber außerdem giebt es überhaupt keinen Kreis, der nicht entweder in sich, in seinen Korporationen oder in den Gemeinden, aus denen er besteht, verschuldet wäre. Auch diesen hat Se. Majestät der König von Preußen das Bedürfniß zu helfen, und Er steht hülfesuchend vor den Pforten des Reichstags und klopft an, ob Sie ihm beistehen wollen, Seine preußischen Unterthanen aus den ungerecht und drückend veranlagten Steuern zu befreien.

Ein dritter Punkt ist die Schule, deren Belastung auch in der Regel nicht nach ihrem vollen Werthe bekannt wird. Aus den sehr lehrreichen Motiven, die der preußische Landtag nicht Zeit hatte zu verlesen und zu berathen, geht unter Anderem hervor, daß die Schullasten in ihrer Gesammtheit für Personal- und Realausgaben, zwischen 94 und 95 Millionen betragen und daß sie die Belastung des Staates durch die Klassensteuer mehr als doppelt übersteigen, indem in Preußen auf den Kopf 3,59 Mark an Schullasten kommen und wahrscheinlich auch in demselben Bruchtheil von Exekutionen, namentlich für diejenigen Lasten, die unter dem Namen von Schulgeld exigibel sind, von den ärmsten Mitgliedern der Gemeinde und immer in erhöhterem Maße von kinderreichen Familien als von kinderlosen oder einkinderigen, und wie es dabei für die Stellung des Lehrers eine betrübende Beziehung giebt, daß der Lehrer,

Abschaffung des Schulgeldes.

der in Bezug auf Kleidung und Lebensstand doch gegenüber dem barfüßigen Schuljungen eine höhere Lebensstufe einnimmt, die Mutter durch die Kinder mahnen lassen muß wegen weniger Groschen Schulgeld. Schon im Interesse der Lehrer haben wir in Preußen das Bedürfniß, daß diese Sache aus der Welt geschafft wird.

Aufbesserung der Beamtengehälter.

Es sind außerdem noch die Ihnen bekannten Bedürfnisse des Königs von Preußen, seine Beamten auf diejenige Stellung im Gehalt zu bringen, die unter Vortritt der Reichseinrichtung den Richtern bewilligt worden sind. Es besteht dabei eine Ungleichheit, die zu Unzufriedenheiten Anlaß giebt, und diese wird ausgeglichen werden müssen, entweder durch eine Steigerung der Gehälter der übrigen Beamten oder durch Herabsetzung der jetzigen Richtergehälter. (Bewegung.)

Ungleichheit der Verstempelung des mobilen und immobilen Vermögens.

Dasselbe findet statt in Bezug auf die Ungleichheit der Verstempelung des mobilen und immobilen Vermögens. Ihnen ist bekannt, und das Gravamen ist schon öfter vorgebracht, daß der Stempel der Immobilien ein ganz maßlos hoher ist, ebenfalls ganz ohne Rücksicht auf die Belastung eines Grundstücks mit Schulden; wenn es für 80,000 Thaler verkauft wird und es sind 80,000 Thaler Schulden darauf, so muß es doch seine 800 Thaler Stempel zahlen, und das vermehrt die Noth des in Konkurs befindlichen oder sonstigen Besitzers. Es handelt sich ja auch nicht immer um Grundstücke von 80,000 Thaler, sondern auch um kleinere. Jede Verpachtung wird in der ungerechten Weise verstempelt, daß z. B. bei einer 30jährigen Verpachtung die ganze Summe zusammengezählt wird, die der Pächter in 30 Jahren zu zahlen haben wird, und daß diese sofort am Tage des Abschlusses der Verpachtung verstempelt werden muß, als wenn sie heute gezahlt würde. Tritt inzwischen in der Person des Pächters eine Aenderung ein oder löst sich durch Konkurs oder sonst vor Ablauf der 30 Jahre dieser Kontrakt, so wird der zu Unrecht verstempelte Theil, und wenn der Vertrag auch noch 23 Jahre liefe, nicht zurückbezahlt, sondern der neue Pachtvertrag muß wieder neu und voll verstempelt werden, und so kann man in die Lage kommen, bei einer längeren Pachtdauer drei-, viermal dieselbe Summe für dasselbe Geschäft zu verstempeln. Schon eine bloße Aenderung der Firma, daß ein Associé ausschied, hat

mich in die Lage gebracht, einen neuen Pachtvertrag abschließen zu sollen; ich habe mich dagegen mit Erfolg gewehrt, aber doch nur in verschiedenen Instanzen. Dadurch wird die Existenz aller Pächter unbillig beschwert.

Wenn ich alle diese Gravamina, die der König von Preußen für seine Unterthanen beim Reich anbringt und für die er Deckung verlangt, hier einmal aufzählte, so habe ich damit nur das Bedürfniß, Ihnen die Größe der Noth, in der der preußische Steuerzahler sich befindet, zu schildern. Keineswegs verbinde ich damit die Hoffnung, daß der gesammte Bedarf dieser Summe nun mit einer Bewilligung gedeckt werden könnte. Aber ich glaube, wir müssen doch ein Ziel anerkennen, nach dem gestrebt werden muß, dem man allmählig sich zu nähern sucht. Wir müssen wenigstens den guten Willen bethätigen, der Prüfung dieser Sache näher zu treten, sie nicht zu scheuen und nicht unter dem Vorwande, daß Witterung und Parallelsitzungen uns daran verhindern, uns die Prüfung der Noth unserer Mitbürger versagen. Dieses Bedürfniß zur Anerkennung zu bringen, war unsere Hoffnung, als wir das Verwendungsgesetz dem preußischen Landtage vorlegten. Dieser Landtag hat unsere Hoffnungen getäuscht, und wenn ich dazu nehme, daß auch mehrere der verbündeten Regierungen ihrerseits ein Bedürfniß zur Steigerung des Landeinkommens aus Reichsquellen nicht empfinden, indem sie das Monopol abgelehnt haben, ohne einen anderen Vorschlag oder auch nur die Neigung auszusprechen, auf anderen Wegen zur Beschaffung der Mittel die Hand zu bieten, wenn ich dazu nehme, daß der Bericht Ihrer Kommission das Bedürfniß geradezu bestreitet und ganz abgesehen von der Resolution Lingens, die sich in schroffem Gegensatz zu der königlichen Botschaft vom 17. November 1881 stellt und das Reich als bedürfnißlos bezeichnet und seine Glieder — wenn ich sehe, daß auch das Gutachten der Kommission dahin vorläufig sich äußert, daß kein Bedürfniß vorläge, die Allgemeinheit mit neuen Steuern zu belasten, wenn ich dazu nehme die indirekte Leugnung des Bedürfnisses, wie sie in der Abneigung des preußischen Landtages liegt, die Frage auch nur zu berathen, — wenn ich das alles zusammennehme, so kann ich zweifelhaft werden, ob das Bedürfniß, was Se. Majestät der König

Zweck des Verwendungsgesetzes.

und seine Minister mit ihm in Preußen sehr lebhaft empfinden, im ganzen Lande empfunden wird, ob es wirklich vorhanden ist.

Appell an die Wähler.

Wir stehen in Preußen vor neuen Wahlen, und ich rechne darauf, daß diese Wahlen uns darüber Auskunft und Entscheidung bringen; fühlt das preußische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht oder nicht? Der bisherige Landtag hat uns eine Erklärung darüber versagt. Wir erwarten, daß bei den bevorstehenden Wahlen in Preußen die Frage ein Hauptkriterium bilde: soll die Klassensteuer mit ihren Millionen Exekutionen beibehalten werden, mit ihrer Verfolgung der Verzogenen, das ganz veraltete Institut? soll die hohe Belastung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Das werden Fragen sein, über die der Ausfall der nächsten preußischen Wahlen der Regierung einen Fingerzeig und der Landtag eine durchschlagende Antwort geben wird. Ist der nächste preußische Landtag gegen die Leiden seiner minderbegüterten Mitbürger ebenso gleichgültig, wie der jetzige, ja, dann meine Herren, liegt vielleicht keine Noth vor, sonst wäre er nicht gewählt worden, denn wozu der Lärm? was sollen wir uns dann quälen mit der Sisyphusarbeit, eine weitere Erleichterung und Reform zu schaffen? — beneficia non obtruduntur! Ich kann das aushalten, sobald ich ein reines Gewissen habe, und mein Gewissen zu befreien, ist der Grund meines jederzeitigen Auftretens. Wollte der nächste Landtag wiederum, wie der bisherige, sich einer eingehenden Diskussion der Bedürfniß- und Verwendungsfrage, einer Beschlußnahme darüber, welche Verwendung er haben will, versagen, so könnte ich Se. Majestät nur rathen, so oft an die Wähler zu appelliren, bis darüber die nothwendige Entscheidung erreicht ist, und ich werde kein Bedenken tragen, Se. Majestät zu rathen, den preußischen Landtag, sobald er nur gewählt ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne weiters von Neuem an die Wähler zu appelliren, wenn uns wiederum in der bisherigen Weise ausgewichen wird. Der Landtag kann beschließen, was er will, aber er darf sich die Berathung der Noth seiner Mitbürger nicht versagen; wenn er das thut, so verdient er nicht den Namen „Volksvertretung“; (Bravo rechts.)

Die Volksvertretung liegt dann mehr bei dem Monarchen, der ein Herz hat für das Volk und dessen Leiden.

Begründung des Monopols.

Ich habe schon erwähnt, daß wir das Monopol vorgeschlagen haben, weil wir dasselbe nach sorgfältiger Berathung und Erwägung der Sache für das beste und zweckmäßigste Mittel gehalten haben, dessen Ablehnung wir gebrauchen, bevor wir zu andern übergehen. Durch die Thatsache, die ja in die Augen springt, daß das Monopol sehr unpopulär ist und durch die Wahlarbeit künstlich noch unpopulärer gemacht ist, als es zu sein braucht, werden wir uns niemals abschrecken lassen, das vorzuschlagen, was wir für vernünftig halten. Ich frage gar nichts darnach, ob eine Sache populär ist, ich frage nur darnach, ob sie vernünftig und zweckmäßig ist; die Popularität ist eine vorübergehende Sache, die sich heute auf Das, morgen auf Jenes richtet, die ich genossen und verloren habe, worüber ich mich leicht tröste, sobald ich das Gefühl habe, meine Schuldigkeit zu thun, und das Uebrige stelle ich Gott anheim; die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nöthigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen: ist sie auch wirklich vernünftig? Denn ich habe zu häufig gefunden, daß man auf Acclamation stößt, wenn man auf unrichtigem Wege ist. Also das interessirt mich nicht, ob die Sache populär ist, da meine Existenz im Amte von jedem Wahlkreis unabhängig ist, und der einzige Wähler, den ich habe, Se. Majestät der Kaiser, mit mir zufrieden ist. Also von Wahlfurcht und Sorgen, wie die Sache aufgenommen wird, bin ich nicht beherrscht, und diese Freiheit erlauben Sie mir zu benutzen, denn die Freiheit ist nicht viel vertreten in den parlamentarischen Körperschaften, da sie sich nicht unabhängig bewegen können von dem, was ein Wähler, von dem, was Jedermann in ihren Wahlkreisen aufwirft, der vielleicht im Liberalismus um ein paar Centimeter höher springt wie der Vorredner, und Mittel findet, ihn in seiner Stellung zu erschüttern. Das ist eine Fraktionsfrage, eine Mandatsfrage, wir aber sind unabhängig von lokalen Verhältnissen und Popularitäten. Die Frage ist für mich allein die, ob der Vorzug, den wir dem Tabaksmonopol geben, objektiv berechtigt ist. Ich erlaube mir, unter den vielen Zeugnissen, die mir in die Hand gekommen sind, das eines Ausländers

anzuführen, der auch von keinem deutschen Wahlkreise abhängig ist; es ist ein Vielen von Ihnen wohlbekannter Nationalökonom, Leroy-Beaulieu, der darüber seinerseits in seinem großen Werk über Finanzwissenschaft vom Monopol sagt:

Es fällt uns gar nicht schwer, die Steuer auf den Tabak zu billigen, selbst wenn sie zu sehr hohem Satz und in der Form des Staatsfabrikationsmonopols eingehoben wird. Die Finanzen eines Landes müßten eigenthümlich günstig stehen, wenn es auf eine so unschädliche, so moralische, so ergiebige Auflage und auf eine so leichte Einhebungsweise verzichten wollte.

Der Mann ist kein Freund unseres Regierungsprinzips; er ist Freihändler.

Das Tabaksmonopol hat selbst auf dem Standpunkt der Fabrikation und der Waarenqualität nicht bloß Unzukömmlichkeiten; bei höchsten Steuersätzen liefert allein das Monopol unverfälschte Waare; das ist unzweifelhaft. Der (frühere) Vize-Präsident des Reichstages, Herr von Stauffenberg, hat bemerkt: Wir Raucher wissen wohl, daß wir rauchen, aber nicht, was wir rauchen. Die Steuersätze in Frankreich sind viel höher, als die vor drei Jahren in Deutschland diskutirten, gleichwohl sind die Fabrikate rein; das ist ein sehr starkes Argument für das Monopol. Die gemeinen Sorten französischen Tabaks sind, wie man weiß, sehr geschätzt. Wenn es sich um einen Gegenstand handelt, dessen Erzeugung nur Sorgfalt und Ehrlichkeit erheischt, und welcher überdies schädlich ist, ist das Monopol keine schlechte Sache, wenn es dem Staat jährlich 270—280 Millionen Reinertrag liefert. Will man große Erträge aus dem Tabak ziehen, so hat man nur zwischen zwei Besteuerungssystemen die Wahl; demjenigen Englands und dem direkten oder indirekten (verpachteten) Staatsmonopol. Das direkte Staatsmonopol ist vorzuziehen; es bietet dem Raucher mehr Garantien.... Es ist nicht zu verwundern, wenn der Kanzler des Deutschen Reiches, Herr v. Bismarck, daran gedacht hat, das Monopol in seinem Lande einzuführen. Man begreift nicht, wie ein Staat mit solchen Bedürfnissen sich damit zufrieden giebt, jährlich 20 Millionen aus einer Abgabe

zu ziehen, welche bei guter Veranlagung das Sechsfache und selbst das Zehnfache einbringen kann, ohne die ökonomische Lage des Reiches zu schädigen. Der Tabak ist in Deutschland geringer besteuert als die gesunden Getränke; das ist finanziell eine Absurdität und moralisch ein Skandal. Man macht geltend, die Einführung des Monopols kostet 300 Millionen Franks und werde lebhaftem Widerstand begegnen; aber der Ertrag rechtfertigt es, daß man diese Ausgabe macht und einer vorübergehenden Unpopularität sich aussetzt."

Nun, meine Herren, der Bericht der Kommission entkräftet keine dieser Angaben. Ich habe den Bericht überhaupt mit Ueberraschung gelesen; der Herr Verfasser hat das ganze — allerdings sehr umfangreiche Material, welches die Enquête von 1878 über diese Frage bietet, unbenutzt gelassen, das ganze Material, welches für die Bedürfnißfrage die Motive des Preußischen Verwendungsgesetzes geben, vielleicht gar nicht gekannt, jedenfalls unbenutzt gelassen, also die Frage, ob wir überhaupt Geld brauchen, ist gar nicht erörtert, und erst, wenn diese klar ist, können wir darüber reden, ob Monopol oder nicht. Das Ganze macht auf mich den Eindruck des Requisitoriums eines Staatsanwaltes, der à tout prix eine Verurtheilung braucht. Ich sehe keine Berücksichtigung, keine Erwähnung des Regierungsstandpunktes darin; die Kritik, die es enthält, haftet an Aeußerlichkeiten, Detailfragen, einzelnen technischen Positionen — darüber ließe sich ja diskutiren und amendiren, an der Spitze von allen Einwendungen steht am wunderlichsten die Beschwerde darüber, daß die Straßburger Manufaktur sich geweigert hätte, ihre Bücher vorzulegen. Was in aller Welt hat die Straßburger Manufaktur, die außerhalb der Monopolverhältnisse steht, mit der Frage zu thun, ob der Staat, das Reich Bedürfnisse hat, die durch indirekte Steuern, durch neue Steuern befriedigt werden sollen und ob das Monopol der nützlichste Weg dazu ist? Bekanntlich wirthschaftet die Fabrik ohne Monopol, und sie könnte geschickt oder ungeschickt geführt sein, sie könnte Schätze sammeln oder sie könnte dicht vor'm Bankerott sein, es würde uns nicht die leiseste Aufklärung über die Frage liefern, mit der wir uns hier beschäftigen, und ich halte es für einen unnöthigen

Wortverbrauch durch Vorwendung von dergleichen Aeußerlichkeiten die Diskussion des inneren Kerns der Frage zu hindern. Aus dem ganzen Verlangen leuchtet die Auffassung der konkurrirenden Landsleute des Herrn Referenten vor,[1]) denen die Tabaksfabrik in Straßburg ein Dorn im Auge ist. — Aber wenn der Herr Verfasser damit die Rentabilität des Monopols in Frage stellen will, weil etwa die Straßburger Manufaktur in Folge nicht richtiger oder französirender Leitung nicht genügende Erträge brächte, was ich nicht weiß, so trifft dies Argument in keiner Weise die Rentabilität des Monopols; diese ist ja vollständig ad oculos demonstrirt durch die Ergebnisse, die es in unseren Nachbarstaaten hat; dort ist die Sache geprobt, und sie wird toto die geprobt und die Frage, ob das Monopol 1815 etwas eingebracht hat in Frankreich oder 1845, ist ebenso irrelevant, wie die Frage der Straßburger Manufaktur. Seit 1815 hat der Franzose überhaupt erst rauchen gelernt, und 1845 war selbst bei uns in Deutschland das Cigarrenrauchen eine Art von Privilegium der größeren Städte und wohlhabenden Leute, es war noch nicht in allgemeinen Gebrauch übergegangen; also der Vergleich hat gar keine Bedeutung. Wer in Frankreich und England gewesen ist vor 40 Jahren und wieder hinkommt, wird erstaunt sein, wie das Rauchen zugenommen hat in Frankreich und in demselben Maße in England: was die Franzosen im Rauchen leisten können, können die Deutschen auch (Heiterkeit) und mehr wie die. Die Rentabilität ist vollständig außer Betracht und auch an unseren einheimischen Fabriken und Händlern bis zur Evidenz nachgewiesen. Ich habe in der langen Zeit, daß ich mich mit der Monopolfrage beschäftigt habe — ich kann es aktenmäßig nachweisen, zurück bis zum Jahre 1867, wo ich zuerst bei dem Anerbieten der Stellung, die er nachher einnahm, den Minister Delbrück, ehe ich ihm Vorschläge machte, durch einen unter uns anwesenden Abgeordneten daruber sondirte, wie er über die Monopolfrage dächte und es Sr. Majestät dem König mittheilte — mich davon überzeugt, daß in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten sein würden, sobald ein Substrat vorliege, so dauerhaft wie das Deutsche Reich von ihm ver-

[1]) Berichterstatter war der Abgeordnete Dr. Barth.

anschlagt wurde und nicht mehr der kündbare Zollverein. Ich habe außerdem schon im Jahre 1878 daraus gar keinen Hehl gemacht, daß ich die Besteuerung als Durchgangsform zum Monopol erstrebte, und die betreffenden Akten geben darüber Aufschluß; ich habe mich nur dem fiskalischen Prinzip nicht anschließen wollen, zuerst durch die Modalität der veranlagten Steuern die Tabaksfabrikation zu ruiniren, um nachher eine mindere Entschädigung zahlen zu müssen, es liegt aber meiner Meinung nach die Zeit nicht fern, wo das Monopol allmählig populär werden wird, zuerst bei den Tabaksbauern, wo es ja jetzt schon in Denjenigen, die wirklich die Weltverhältnisse übersehen können und die so zivilisirt sind, daß sie nicht jeder Unwahrheit über die Wirkung des Monopols zugänglich sind, populär ist. Es ist darin sehr lehrreich, was z. B. in der Pfalz darüber gesagt wird, von wo ich von der Hauptgemeinde dort erst kürzlich eine Petition mit der Bitte bekam, an dem Monopol festzuhalten, und worin ich eine Notiz finde über die Stellung des Elsaß dazu; da heißt es:

> Wenn noch Zweifel über die Gründe beständen, warum die reichsländischen Reichstagsabgeordneten sich auf die Seite der Gegner des Monopols stellten, so wären dieselben endgültig durch die Ausführungen beseitigt, welche der „Expreß“ dieser Tage veröffentlichte.
>
> Einer der Abgeordneten machte nämlich den Versuch, die elsaß-lothringische Vertretung im Reichstage gegen den Vorwurf zu vertheidigen, daß sie sich in dieser Angelegenheit in Gegensatz zu der ausgesprochenen Ansicht ihrer Wähler gesetzt habe. Die wissenschaftlichen und finanziellen Vortheile der Vorlage, heißt es in dem Artikel, müssen vollkommen anerkannt werden. Wenn gleichwohl die reichsländischen Abgeordneten das Wort zur Vertheidigung des Monopols nicht ergriffen haben, so seien sie im letzten Augenblicke durch politische Bedenken davon abgehalten worden.

Nun, die politischen Bedenken kann man sich vorstellen, worin sie bestehen. — Sie fürchten das Reich zu kräftigen durch Bewilligung des Monopols; aber im Uebrigen geht daraus hervor, daß die elsasser Abgeordneten ihren Wählern gegenüber genöthigt sind, durch politische Gründe, reichsun-

freundliche politische Gründe, ihre Abstimmung gegen das Monopol zu rechtfertigen.

Die Rentabilität des Monopols.

Die Rentabilität ist keine terra incognita, auch bei uns nicht. Wenn Sie die Listen der Ladenmiethen hier in Berlin für die Cigarrenhändler durchgehen, wie sie für kleine Lokale bis zu 9000 M. steigen, so muß das Geschäft doch etwas abwerfen. Mir hat ein persönlich befreundeter Inhaber einer der größten Cigarrenfabriken in Schleswig-Holstein darüber mitgetheilt, daß er seinerseits als Hauptprodukt eine Gattung Cigarren fertigt, die von seinen Abnehmern unter verschiedenen Nummern verkauft wird; er erhalte seinerseits für das Tausend 28 M., die Herstellung dieser tausend Cigarren koste ihn 18 M., und wenn er eine so große Einrichtung hätte wie im Monopol, vielleicht nur 17; aber für ein Fabrikat, was mit 18 M. zu Buche steht, bekäme er 28 M., das sind ungefähr 60 pCt. Er sagt ferner, wenn ich zufällig meine Cigarren nicht bei mir habe, dann muß ich diese von mir zu 18 M. hergestellten Cigarren mit 5 M. per 100, mit 50 M. per 1000 meinerseits bezahlen um sie zu rauchen, und wenn ich sie einzeln kaufe, kosten sie überall 5 Pf. Das ist etwa 75 pCt., was der Händler Profit nimmt; zwischen beide stecken also etwa 130 pCt., die an dem Geschäft profitirt werden. Wenn Sie danach die Rentabilität bezweifeln, so glaube ich nicht, daß Sie das mit Ueberzeugung thun können. Das Monopol ist keine terra incognita mehr, seine Ergebnisse sind anderwärts vollständig bekannt.

Durch das Monopol werden keine Arbeiter brodlos, im Gegentheil tritt eine bessere Fürsorge ein.

Was die sonstigen Einwendungen gegen das Monopol betrifft, so will ich zuerst eine Frage berühren, die, soviel ich habe sehen können, in dem Bericht gar nicht berührt ist. Es ist das die Arbeiterfrage. Die hat früher eine große Rolle gespielt. Ich habe behaupten hören, es würden 400,000 Arbeiter brodlos, dann waren es 40,000, und ich weiß nicht, welche phantastischen Ziffern den Wählern darüber beigebracht sind. Das einzige amtliche Material, was wir darüber haben und was zuverlässig ist, liegt in der Tabaksenquête von 1878. Da ist die Zahl der gesammten in der Tabaksfabrikation beschäftigten Arbeiter auf 110,000 angegeben, von denen 4000 außerhalb des Zollvereins wohnen. Die Zahl aller der in dem Tabakshandel beschäftigten Individuen — und in ihnen

liegt der Hauptwiderstand — ist angegeben auf 8525 Köpfe im ganzen Deutschen Reich. Die regieren ihrerseits die heutige Bewegung und haben ja einen erheblichen Einfluß, und Jeder, der Opposition gegen die Regierung treibt, steht ihnen ja bereitwillig bei. Aber diese 110,000 Arbeiter mitsammt den 8000 im Handel beschäftigten, also sagen wir 120,000 Leute, würde die Regie doch mit Leichtigkeit absorbiren und unterbringen und es werden da keine Arbeiter brodlos. Wenn Sie Jeden, der ab und zu als Kellner oder sonst mit Cigarren handelt, oder Jeden, der in dem Materialladen zwischen Heringsfässern und Petroleum auch ein Paar Cigarren stecken hat, dazu rechnen wollen, dann freilich werden Sie höher kommen. Aber die Enquête liegt vor; sie ist amtlich, hier ist sie gedruckt. Seite 14 in Nr. 37 der damaligen Drucksachen giebt keine höhere Ziffer an.

Diesen Arbeitern würde es keinesfalls so schlecht gehen; es würde besser für sie gesorgt werden, als z. B. für die meiner Rechnung nach ca. 100,000 Arbeiter der Eisenindustrie, die vor einigen Jahren dem Moloch des Freihandels ohne alles Mitleid geopfert wurden. (Sehr wahr! rechts.) Ist denn der Eisenarbeiter seinerseits minderwerthiger, als der Tabaksarbeiter? Wenn wir das Tabaksgeschäft schädigen, werden wir angeklagt, als wenn wir uns an den Heiligthümern der Nation vergriffen hätten. Und damals wurden lediglich aus theoretischen Freihandelstendenzen von den, mögen es 4 oder 600,000 sein — die Statistiken sind sehr unvollkommen in dieser Beziehung — aber ca. 100,000 Arbeiter in der Eisenindustrie ganz sicher brodlos und um ihr Schicksal hat sich kein Mensch gekümmert, weder um sie, noch um ihre Frauen und Kinder. Während der Einführung des Eisenbahnmonopols in früheren Zeiten — ob da die Fuhrleute, die Gastwirthe brodlos wurden, wer hat danach gefragt? Und das Eisenbahnmonopol war meines Erachtens sehr viel ungerechter, in dem Maße ungerechter, als es ein Privatmonopol war. Eine an Privataktiengesellschaften verpachtete Ausbeutung der Verkehrsbedürfnisse einer Provinz — das war der Ausdruck für das faktische Eisenbahnmonopol. Das Monopol entstand nothwendig, nachdem alle anderen Transportmittel todt gemacht waren, und Jeder, der sie brauchte, der Eisenbahn in die

Hände fallen mußte, nachdem man nach Analogie der französischen Generalpächter der Steuern einer Provinz die Ausbeutung des Verkehrs einer Landschaft an eine Privatgesellschaft ablieߢ, um daraus so hohe Aktiendividenden herauszuschneiden, wie möglich, — das war ein außerordentlicher Mißbrauch des steuerzahlenden und verkehrsbedürftigen Publikums zu Gunsten der Kapitalisten, die dieses Monopol der Eisenbahnen erhielten. Wer hätte daran gedacht, die Brennereien zu entschädigen, als 1820 das jetzt mutatis mutandis noch geltende Brennereigesetz eingeführt wurde. Da gingen zwischen 20 bis 30,000 landwirthschaftliche Brennereien ein (Sehr richtig!), die nicht mehr bestehen. Die Besitzer haben das Schicksal getragen mit der Ergebenheit und Bescheidenheit, die man von einem Landwirthe überhaupt in steuerlicher Beziehung erwartet. (Heiterkeit.) Sie haben gehungert, haben gehorcht, sind zum Theil bankerott geworden und ihre Wege gegangen. Es ist kein Geschrei gewesen, und es waren nicht lauter Landjunker (Heiterkeit), es waren eine Menge Bürgerliche darunter; so schlecht soll es also den Tabaksarbeitern nicht ergehen. Auch die Leiden der Stadt Bremen, die dem Referenten mehr am Herzen liegen müssen, als die seiner engeren Heimath, werden nicht so schwer sein, wie er sich vorstellt. Tabakshandel wird die Regie auch brauchen, und es ist nicht zu denken, warum sie nicht durch die geübten und erfahrenen Bremer Firmen ihre Geschäfte besorgen sollte. Ich wenigstens würde mich immer widersetzen, ich werde es ja nicht erleben, aber ich spreche nur meine Ansicht aus, um den Sinn klar zu machen, in dem ich die Vorlage gemeint habe. Das würde doch immer noch den bisherigen Handelsweg festhalten, um zu beziehen. Ich erinnere daran die älteren Herren, daß Hamburg früher der Hauptort für indischen Zucker war. Hamburg wimmelte von Zuckersiedereien. In Hamburg gab es allein 90 Zuckermakler. Wie groß muß die Zahl der dortigen Fabrikarbeiter gewesen sein! Durch die Entwicklung des Rübenzuckers und zum Theil auch durch die Zollgesetzgebung ist diese Hamburger Industrie, ohne welche Hamburg damals nicht leben zu können glaubte und bankerott zu werden fürchtete, zu Grunde gegangen. Solche Fälle sind öfter vorgekommen, und immer ist man wieder zu neuer Blüthe ge-

kommen, von den Kalamitäten nichts mehr zu spüren. Und wie es mit dem Zusammenbruch der indischen Zuckerraffinerien und Siedereien gewesen ist, so wird es auch bei Bremen mit dem Tabak gehen, daß es in ein paar Jahren überwunden sein wird.

Entgegnung auf den Vorwurf des Sozialismus.

Aber den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialistisch sind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen. (Sehr richtig!) Wir werden den Bedürfnissen auf dem Gebiete des Sozialismus reformirend entgegenkommen müssen, wenn wir dieselbe Weisheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenberg'sche Gesetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem Einen das Gut zu nehmen, dem Andern zu geben, ein sehr viel stärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich freue mich, daß es so gekommen ist, daß man diesen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen sehr wohlhabenden, freien Bauernstand erhalten und ich hoffe, wir werden mit der Zeit Aehnliches für die Arbeiter erreichen, — ob ich es erlebe, kann ich bei dem allgemeinen, prinzipiellen Widerstande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wissen. — Aber Sie werden genöthigt sein, dem Staate ein paar Tropfen sozialen Oels im Rezepte beizusetzen, wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachlässigung der Pflichten der Gesetzgebung, wenn sie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erstreben würde, von der wir den Anfang Ihnen jetzt gebracht haben, wenn wir auch zur unbequemen Sommerzeit kaum erwarten können, daß Sie sie sofort bis zum Ende durchberathen. Sozialistisch war Herstellung der Freiheit des Bauernstandes, sozialistisch ist jede Expropriation zu Gunsten der Eisenbahnen, sozialistisch im höchsten Grade ist z. B. die Kommassation, die Zusammenlegung der Grundstücke, die dem Einen genommen werden — in vielen Provinzen ist das Gesetz — und den Anderen gegeben, bloß weil der Andere sie bequemer bewirthschaften kann, sozialistisch ist die Expropriation nach der Wassergesetzgebung, wegen der Berieselung u. s. w., wo dem Einen sein Grund-

stück genommen werden kann, weil es ein Anderer besser bewirthschaften kann, sozialistisch ist die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, d. h. der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden unterhalten muß. Das alles ist sozialistisch. Ich könnte das Register noch weiter vervollständigen; aber wenn Sie glauben, mit dem Worte „Sozialismus" Jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitiren, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe, und dessen Ueberwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus nothwendig ist.

Der Monopolgedanke wird schließlich doch durchdringen.

Nun, wenn ich hier einen Panegyrikus für das Monopol halte, so will ich damit nur motiviren, warum wir gerade diesen Weg, trotz seiner Unpopularität zuerst vorgeschlagen haben, daß wir Ihnen aber das volle Recht zuerkennen, zwischen den Wegen eine Auswahl zu treffen; die Frage liegt auf Ihrem Gebiete und in Ihrer Attribution, und ich kann nur mit einer alten Berliner Redensart sagen: Darum keine Feindschaft, wenn Sie das Monopol ablehnen! Nur mögen Sie es uns auch nicht übel nehmen, daß wir es vorgeschlagen haben, und ich begreife gar nicht, wo der Zorn herkommt, als wären wir mit Landesverrath und Verkennung aller konstitutionellen Rechte und Verfassungsbruch zu Werk gegangen, wenn wir Ihnen einfach eine Vorlage darüber bringen, ob Sie das Geld, das gebraucht wird, auf diesem Wege aufbringen oder auf einem anderen Wege, — Ihre Berechtigung zur Ablehnung in Zweifel zu ziehen, wird Niemand einfallen, — so verstehe ich nicht, warum der zornige Eifer über diese reine Utilitätsfrage überhaupt entstanden ist. Ich kann ihn nur auf demselben Gebiete suchen, auf dem ich die Ursachen der Abneigung suche, diese Frage überhaupt zu diskutiren. Ich habe den Eindruck von dem Verhalten des preußischen Landtages und der da führenden und herrschenden Parteien und von dem Verhalten des Reichstages dem jetzigen Monopolgesetze gegenüber, daß die Gegner der Regierung die Diskussion scheuen. Sie suchen sie zu verhüten, und soweit das nicht gelingt, die Sache so rasch und flüchtig wie mögliich abzumachen, ohne gründliche Prüfung der Fragen für und wider. Das ist ein sehr brillantes Zeugniß für die Wichtigkeit der Vorlage. Sie scheuen die gründ-

lichste Diskussion derselben, wir aber nicht, und wenn Sie uns nöthigen, sie einstweilen vom Brette abzuschieben durch eine ganz bestimmte Weigerung, so werden Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen vor dem Volke. Wir lehnen die Last der Verantwortung von jetzt an ab, wir bedauern, daß Sie sich so bestimmt dagegen erklären, aber in der Thatsache, daß Sie die Diskussion scheuen, finde ich zugleich die Begründung der Ueberzeugung, daß der Gedanke sich schließlich doch durchschlagen wird, wie Göthe von dem braven Reiter und dem guten Regen sagt: Er findet seinen Weg überall. Ein Minister kann ja heute bei der hochgradigen Wahltechnik niedergelogen werden, aber ein Gedanke, der richtig ist, kann auf die Dauer nicht niedergelogen werden, und wäre er unrichtig, so mag er meinethalben in die Brüche gehen. Ich halte ihn für richtig und glaube, er wird sich mit Erfolg schlagen und er wird noch vor anderen Leuten in Zukunft mit Ueberzeugung vertreten werden. Ich habe kein Bedürfniß, ihn jetzt wieder aufzunehmen. Lehnen Sie also immerhin das Monopol ab; die Regierung wird dadurch nicht aus ihrer Bahn geschoben werden, aber glauben Sie nur nicht, daß Sie mit der Ablehnung die Reformfrage aus der Welt schaffen, weder die Reformfrage, noch die Frage, ob der Tabak höher besteuert werden könnte. Sie kann aufgeschoben werden, wird aber immer wieder kommen, und mit der einfachen Ablehnung schaffen Sie auch den Steuerexekutor nicht aus der Welt, und der muß doch aus unserer Steuererhebung beseitigt werden, wenn wir in steuerlicher Beziehung die reine Wäsche einer zivilisirten Nation uns erwerben wollen. Also ich habe genug gethan und sage mit dem kurzen französischen Ausdruck, was das Monopol anbelangt: J'en ai fait mon deuil — Ich bin die Verantwortung los.

Die Gefahren des Fraktionswesens.

Die Unausführbarkeit der Abhülfe wird Sr. Majestät dem Kaiser als König von Preußen sehr schmerzlich sein, daß er seinen Unterthanen nicht helfen kann. Ich werde aber, soviel nur meine Kräfte erlauben, nicht müde werden, nach anderen Plänen und Mitteln zu suchen, um diesen Leiden meiner Mitbürger Abhülfe zu schaffen. Ich fürchte allerdings, daß ich damit ebensowenig Erfolg haben werde, wie mit den bisherigen Bemühungen im Monopol und wie beispielsweise, — es war ja sehr viel von der Besteuerung der Getränke ge-

sprochen, es war im Jahre 1880 oder 1881, da hatten wir ein Schanksteuergesetz vorgelegt, was namentlich den Branntwein erheblich besteuern sollte. Ja das ist einfach abgelehnt worden, kaum mit einer tieferen Begründung, als daß man es uns eben nicht bewilligen wollte. Ich befinde mich da in meinen Bemühungen, ich möchte sagen, einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich voraussehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgend einer Richtung behufs der Reform thue, erfolglos sein wird, weil die Fraktionen, auf deren Zustimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen, oder doch nur unter gewissen Bedingungen mit irgend einem „do ut des“, was die Regierung in dem Maße nicht leisten kann. Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgend ein Kanossa zu machen, — ich meine nicht ein klerikales (Heiterkeit und Zuruf links), ich meine ein liberales Kanossa. Kaiser Heinrich IV. hatte auch die Wahl zwischen vielen Gegnern, und ich erinnere Sie daran, daß vor ihm unter Heinrich III. noch das Deutsche Reich in höchster Machtfülle dastand, und zwar seit lange, seit den karolingischen und sächsischen Kaisern her, und die kurze Zeit der Minorität Heinrichs IV. hat hingereicht, um den dem deutschen Gemüthe einwohnenden zentrifugalen Elementen eine solche Stärke zu schaffen, daß Heinrich IV., den man dafür zu hart beurtheilt, in der Nothwendigkeit war, um mit einem seiner Gegner Frieden zu machen, gegen den andern freie Hand zu bekommen. Er unterwarf sich dem Papste, als dem bedeutendsten, nicht etwa aus Kirchlichkeit, aus Christlichkeit, in ihm steckte das germanische Arianerblut, und die Art, wie er sich benahm, nachdem er aus dem Bann gethan war, giebt darüber vollständige Klarheit; aber er war politisch in der Nothwendigkeit, eine der Parteien, der reichsfeindlichen Parteien, die im Reiche ihm gegenüberstanden, zu versöhnen. Hätte er sich gebeugt, vor den damaligen Großen des Reiches, vor den Billungen oder Welfen, oder vor den Sezess — (große Heiterkeit links) vor den partikularistischen Niedersachsen, ich meine die plattdeutschen alten Sachsen, hätte er sich vor denen gebeugt, dann würde der Klang, den der Name Kanossa in den deutschen Reminiszenzen hat, vielleicht Harzburg oder Mainz, oder einen

andern Namen tragen. Kurz und gut, die deutsche Reichsgewalt ist schon öfter in die Lage gekommen, sich einem ihrer Gegner zu fügen und mit ihm zu paktiren, um gegen die anderen freie Hand zu bekommen, und es hängt ja von jeder Regierung ab, welche Wahl, wenn sie überhaupt dazu kommt, sie darin treffen will. Es wird in diese Verlegenheit immer nur eine Parteiregierung kommen. Wir, eine unparteiische von jedem Partikularismus freie, wie die bisherige Reichsregierung, kann in diese Lage nicht gut kommen, wir haben ja die deutschen Großen, die die Reichseinheit unter Heinrich IV. in Frage stellten, die niedersächsischen Partikularisten von damals, diese Großen gefährden die Reichseinheit nicht mehr. Wir haben statt ihrer die Zersetzung in 25 souveräne Staaten, deren Grenzen wiederum durchschnitten sind von den viel tiefer einschneidenden Grenzen von 8—10 Fraktionen, so daß wir zu 200—250 Partikeln des deutschen Reiches kommen, und der Partikularismus der Dynastien und der Regierungen ist sehr rückgängig geworden. Sie werden dies ja auch in Ihren Fraktionen fühlen, daß er bei den Abgeordneten viel lebendiger geworden ist in letzter Zeit. Diesem Fraktionspartikularismus befindet sich nun die Reichsregierung mit ihren Einheitsbestrebungen gegenüber, und ich habe das Gefühl, uns durch die Fraktionen überhaupt dilatorisch behandelt zu sehen; es gibt da viele Leute, die denken „Zeit gewonnen, alles gewonnen, interim fit aliquid und dann wird Alles anders und dann mit dem Hochdruck der Macht der Neuwahlen, dann werden wir eine große Partei schaffen.“ Es ist ja Alles möglich, ich kann in die Zukunft nicht sehen. Meine Mitwirkung kann dazu nicht in Aussicht genommen werden und ich bin überhaupt nicht mehr in der Lage, viel zu wirken auf dieser Welt, und ich habe das Gefühl, daß Keiner dieser Regierung irgend einen Erfolg noch gönnt, man meint, warum sollen wir die noch befestigen in ihrer Existenz, wie lange kann die überhaupt noch dauern, dann fängt unser Reich an. Nun ich will es abwarten, aber es würde Ihnen das auch gar nichts helfen, wenn irgend eine Partei, eine Fraktion zur Regierung käme. Einmal, es ist in Deutschland und in Preußen keine stark genug, um die Regierung zu führen und auch nicht, wenn sie alle Unterstützung hätte, die sie dabei nur wünschen

könnte, dann ist weder Deutschland noch Preußen von dem Parteistandpunkte überhaupt zu regieren, das liegt in unseren Fraktionsverhältnissen und die Fraktionskrankheit ist ja eine, an der das konstitutionelle Prinzip überhaupt in allen Ländern schwer leidet und in manchen zu Grunde gehen kann. (Hört! Hört! rechts.) Die Fraktion ist etwas, was sich ja als eine große Bequemlichkeit des politischen Verkehrs für jeden neu eintretenden Abgeordneten erweist. Wer sich nicht berufen fühlt, der großen Gesammtheit des Reiches persönlich gegenüberzutreten, der findet eine ansprechende Vermittlung in dem Eintritt in eine Fraktion. Er hat vielleicht nicht das politische Kapital bei sich, um sich hinreichende Geltung zu verschaffen ohne eine solche Vermittlung, aber hat er immer genug Kapital, um für die Aktiengesellschaft, die politische Gründung, die eine Partei in sich bildet, (Ah! links) einen Einschuß und eine Mitwirkung zu leisten. Er wartet auf seine politische Dividende und hat außerdem eine große Bequemlichkeit, er braucht sich keine eigene Meinung zu bilden, er kriegt sie fertig geliefert von der Majorität (Bravo! rechts) und wenn er zu Hause diskutirt, so braucht er sich nicht zu rechtfertigen, er kann sagen, die Majorität unserer Freunde war dafür und die Fraktionstaktik hat es nothwendig gemacht, so zu handeln. Stat pro ratione numerus! Die Fraktion hat sich entschieden, die sachliche Seite ist vollständig gleichgültig. Auf der anderen Seite liegt in dem Fraktionswesen eine große Schädigung unserer politischen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer, unsere Staatsmänner, durch die Fraktion, durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unserm heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt, „Fraktion geht vor Reich“, „das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit“. Man hat mir einmal eine ähnliche Aeußerung Schuld gegeben: „Gewalt geht vor Recht“. Das war eine Lüge, das habe ich nie gesagt.

Dies ist mein Eindruck, den ich habe. Der Führer einer Fraktion wird für seine Verwendbarkeit im Großen und für die Möglichkeit seiner politischen Zukunft im Ganzen geschädigt. Ich will ja nicht davon sprechen, daß ohnehin, wie man sagt, unsere bedeutendsten und edelsten Kräfte im Hausirhandel be-

schäftigt sind. (Große Heiterkeit. Rufe rechts und im Zentrum: Sehr gut!) Aber die wir für die Politik dabei übrig haben, werden durch das Fraktionswesen in die Lage gesetzt, daß sie, wenn es darauf ankommt, die Regierung zu übernehmen, den Fraktionsballast aus ihrem Schiffe nicht loswerden können, um eine praktische und staatsmännische Ladung einzunehmen. Sie bleiben von der Fraktion abhängig, sie bleiben in der Wahlangst, die unsere Verhältnisse beherrscht, abhängig von Wahlumtrieben. Sobald es heißt, „der und der wird nicht wieder gewählt, wenn das und das nicht geschieht", so ist ein Führer in der Lage, daß er jeder Wahlsorge Rechnung tragen soll, ein Minister aber nicht. Der kann auf Fraktionsfreunde und auf Wahlsorgen und Parteitaktik nicht Rücksicht nehmen; er muß das Alles abschütteln. Das deutsche Reich und der preußische Staat kann von einer Partei nicht regiert werden; dazu ist keine Partei stark genug und keine versöhnlich genug, sie können nur unabhängig von jeder Parteistellung, unabhängig von jeder Fraktionstaktik und von Wahlkreisrücksichten regiert werden. Die Fraktionen bilden für mich einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann und auch nicht zu durchbrechen brauche. Ich habe genug in meinem Leben gethan und bin gegen Enttäuschungen ziemlich abgehärtet. Wenn ich meine Schuldigkeit gethan zu haben glaube, so überlasse ich Gott das Uebrige, die Geschäfte haben das Interesse für mich verloren. Ich habe also kein Bedürfniß, diesen Fraktionsring meinerseits zu durchbrechen. Ich komme immer mehr zur Rolle des Zuschauers, der sieht, wie sich die Sachen auf der Bühne entwickeln, aber ich habe lange genug in diesen Verhältnissen gelebt, um sie zu kennen, und meine Ansichten darüber haben so viel Werth, wie die eines jeden Andern in Deutschland, nur außerhalb Deutschlands vielleicht einen höheren. Kein Prophet gilt im eigenen Lande. Ich erwarte auch nicht, daß sich einer danach richten werde, aber ich lege mein Zeugniß ab. Eine Fraktion ist gewissermaßen eine Satyre auf das Arndt'sche Lied: „Das deutsche Vaterland muß größer sein, das ganze Deutschland soll es sein!" Der in die Fraktion tritt, dem ist das Ganze zu groß. Es schrumpft, durch seine Brille gesehen, zusammen auf das Fraktionsinteresse, und in der Fraktion — ich will ja Niemand zu nahe treten, wie ein Naturforscher —

verliert der Volksvertreter den Blick für das Allgemeine. Die Fraktionsbrille verdunkelt seinen Blick für die Gesammtinteressen. Man fragt nur noch: was hat die Fraktion davon, nicht was hat das Reich davon? wenn man einen Entschluß faßt. Ich habe gelegentlich gelesen oder gehört, daß man sagt: „Wir haben dem Kanzler 135 Millionen bewilligt." Das ist eine wunderliche Redensart. Was sollte ich mit dem Gelde? (Heiterkeit.) Mir kann es einerlei sein, ob Sie Geld bewilligen. Der Ausdruck „Bewilligung" ist überhaupt falsch; Sie haben beschlossen, daß das Geld zu bestimmten Zwecken des Landes verwendet werden soll. Ist Ihr Beschluß richtig, so muß es dabei bleiben, ist er schlecht gewesen, so hätten Sie ihn nicht fassen sollen; aber ich habe mit dem Gelde nichts zu thun, Sie bewilligen nicht mir, sondern dem Volke Geld, der Nation, dem Reiche, das heißt: Sie beschließen, daß so und so viel für bestimmte Zwecke aufgewendet werden soll, und wir können das ohne Sie nicht beschließen; aber wir schulden Ihnen keinen Dank dafür, der Gedanke, Sie hätten mir etwas bewilligt, klingt fast komisch, mir ist es vollständig gleichgiltig, was Sie bewilligen.

Die persönliche Stellung des Reichskanzlers.

Nun, meine Herren, wenn ich so wenig Hoffnung habe und dennoch in meiner Stellung ausharre und mir so viel Mühe und Arbeit mache und Ihnen eine so bedauerlich lange Rede halte, wie die heutige, so können Sie mich ja fragen, was veranlaßt denn diesen matten Greis, seine Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Ueberzeugung hat, er kommt zu nichts. Meine Herren, wir haben in Preußen wenigstens eine eigenthümliche, militärische Tradition, das ist die des Dienst- und des Pflichtgefühls. Sie wissen, daß ich nicht freiwillig in meiner Stellung bleibe, und wenn Sie mir in Gnaden und mit Zustimmung meines Herrn, des Kaisers, den Abschied verschaffen können, so bin ich außerordentlich dankbar. Interesse am Geschäft ist es nicht mehr, was mich hält; aber da ich aus persönlichen Gründen, aus den Rücksichten, die ich Sr. Majestät schulde, verhindert bin, der Absicht weiter Folge zu geben, die ich 1877 hatte, indem ich fühlte, daß meine Gesundheit meiner Thätigkeit ein Ziel setze, wenn ich daran verhindert bin, so bin ich auch nach meinem Gefühl, wie ich es von Jugend auf in Preußen gelernt habe, so lange

ich das Amt trage, verpflichtet, dieses Amtes zu warten, und ich muß meinen Dienst thun, es mag mir sauer werden, es mag mir wider den Strich sein. Ich lebte viel lieber auf dem Lande als unter Ihnen, so liebenswürdig Sie auch sind. (Heiterkeit.) Wenn ich es dennoch thue, so ist es nur das Gefühl dessen, was man mit dem rohen Ausdruck „verdammte Pflicht und Schuldigkeit" benennt, so lange ich den Titel des Kanzlers trage. (Bravo! rechts.)

Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt gewesen, zu gehen, im Jahre 1877. Es ist mir damals die Erlaubniß dazu versagt worden und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König nach dem Nobiling'schen Attentat in Seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der Seinerseits Seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen Seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann. (Bravo! rechts.) Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe. (Lebhaftes Bravo rechts.) Sonst im Uebrigen würde ich die Geschäfte gern einem Anderen übergeben. Außer diesem Grunde des Pflichtgefühls ist es ein anderes, sehr natürliches, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft, den Einrichtungen entgegensehe, deren Herstellung ich 30 Jahre meines Lebens und meine besten Kräfte gewidmet habe. Daß es mich mit Besorgniß erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abnützen, sich nicht bewähren sollten, das ist ein natürliches Interesse, über das ich mich aber auch bescheiden muß. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestages sitzen könnten. Die Art, wie die Geschäfte gehen, schließt die Möglichkeit nicht aus, wenn die Achtung und das Ansehen, dessen wir uns heut zu Tage im Auslande erfreuen, erst mal einen Stoß erlitten haben sollte. Wir haben eine große Autorität gewonnen, sie ist aber leicht zu erschüttern. Ich habe, als unsere Verfassung geschaffen wurde, unter dem Eindruck ge-

handelt, die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unsere Einheit liege in den Dynastien, der Anker der Rettung und der Kitt für unsere Einheit liegt im Reichstage, deshalb muß man dem Reichstage möglichst viele Rechte geben und ihn möglichst stark hinstellen. Weil ich damals unter dem Eindruck der alten bundestäglichen Verhältnisse, die ich noch nicht überwunden hatte, ganz von der Besorgniß beherrscht war, der nationalen Einheit und damit der Unabhängigkeit von Fremden einen möglichst prägnanten, scharfen, bindenden Ausdruck zu geben, deshalb habe ich damals zugestimmt, den Reichstag in die Möglichkeit zu setzen, daß er seinerseits das Reich nicht nur fördern, sondern allerdings auch wesentlich schädigen kann, wenn er die Aufgaben, die von der Vorsehung in die Oekonomie des Deutschen Reichs eingefügt sind, nicht vollständig erfüllt.

Nun, meine Herren, ich gebe diesen Befürchtungen für die Zukunft keine Audienz, aber mein Vertrauen darüber, daß unsere Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien. (Hört! Hört!) Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfniß, Rücken an Rücken zusammen zu stehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre monarchischen Rechte, so weit wie sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des deutschen Reiches belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß die Verhältnisse, wie sie einst erstrebt wurden, ohne vielleicht einen festen Glauben an ihre Verwirklichung zu haben, im Jahre 1848 und später sich befestigen und immer schärfer ausprägen und immer deutlicher gestalten werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß *sie* den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung

und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte (Lachen links) in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich das Vertrauen zu unseren Dynastien, ich habe Vertrauen zu der Zukunft unserer Einigkeit. Diese Einigkeit ist die Vorbedingung unserer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zanksucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist.

Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies an's Herz zu legen: seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen! (Lebhaftes wiederholtes Bravo rechts; wiederholtes Zischen links.)"

In der 18. Sitzung vom 14. Juni 1882[1]) ergriff der Reichskanzler zur Beantwortung der Angriffe seitens der Abg. Richter und Bamberger 2 Mal das Wort.[2]) Dem Abgeordn. Richter entgegnete er Folgendes: „Es ist mir gestern anderweitiger Geschäfte wegen nicht möglich gewesen, der Sitzung beizuwohnen, und ich habe von den Vorgängen in derselben nur durch die mir bisher zugänglichen gedruckten Berichte Kenntniß nehmen können. Ich habe auch die vorgestern bereits gehaltene Rede des Herrn Abg. Bamberger nicht hier mit anhören können, sondern mir nur davon anderweit Rechenschaft geben können. Ich habe in dieser, soviel ich weiß, nichts gefunden, was die uns beschäftigende Frage objektiv berührte, und die Gründe, die ich für die Regierungsvorlage angeführt habe, widerlegte. Der Herr Abgeordnete hat meine Politik im Allgemeinen angegriffen, wie bei anderen Gelegenheiten, und nach Möglichkeit durch seine Rede dazu beigetragen, die nachtheilige Meinung, die er von meinen politischen Absichten und Leistungen in der inneren Politik hat, in möglichst weiten

---

[1]) Stenogr. Bericht S. 417.
[2]) Stenogr. Bericht S. 420 und 436.

Kreisen zu verbreiten, ohne sich dabei sehr an die Vorlage des Tabakmonopols zu binden. Ich muß mir das gefallen lassen, ich bin daran gewöhnt und habe darauf auch weiter nichts zu erwidern. Dagegen habe ich heute früh aus dem Oldenberg'schen Berichte Kenntniß von der Rede des Herrn Abg. Richter erhalten, die eingehend die Frage selbst behandelt, die uns beschäftigt.

Ich vermeide in der Regel, so viel ich kann, mit dem Herrn Abg. Richter direkt in Diskussion zu treten, es hat das Schwierigkeiten für mich, denn ich sehe in der Art, wie Jemand hier öffentlich spricht, eine Art von Selbsteinschätzung, keine finanzielle, aber doch in Bezug auf das Maß der Achtung und Höflichkeit, welches Jemand dadurch in Anspruch nimmt, daß er es Anderen gewährt. In Bezug auf diese Einschätzung treffe ich mit der meinigen und der Abg. Richter mit der seinigen nicht vollständig zusammen, und es ist schwer, auf Vorwürfe gewisser Art und auf Argumente gewisser Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten. Ich werde indessen doch eine sachliche Kritik versuchen und hoffe, daß es mir dabei möglich sein wird, mich innerhalb der Grenzen meiner Erziehung und meiner Gewohnheit zu halten. (Bravo! rechts.)

Nothwendigkeit, dieselben Argumente zu wiederholen.

Der Herr Abgeordnete hat mir zunächst — ich kann nur nach dem Oldenberg'schen Berichte urtheilen, etwas Anderes liegt mir nicht vor — zunächst vorgeworfen, die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers sei eine neue Auflage seiner bereits dem Reichstag 1879 vor der Zollbewilligung gehaltene Rede. Ja, ich glaube, der Abg. Richter sowohl wie ich kommen, wenn wir bestimmte Ziele verfolgen, recht häufig in die Lage, dieselben Argumente in mäßig veränderter Form öfter wie einmal vorbringen zu müssen, und der Abg. Richter, der darin eine so reiche Erfahrung hat bei den vielen Reden, die er innerhalb und außerhalb dieses Hauses hält, sollte doch, wenn er selbst in einem Glashause wohnt, nicht mit Steinen werfen. Er hat mir damit einigermaßen die Anspielung zurückgegeben, die ich einmal ihm gegenüber mit dem Umzug der Statisten in der Jungfrau von Orleans machte. Wir sind aber doch nicht ganz in derselben Lage. Einmal, glaube ich, wiederhole ich mich nicht so oft, wie der Abg. Richter, und sage nicht so

häufig dasselbe, schon deshalb, weil ich überhaupt viel seltener spreche, dann aber auch, glaube ich, ist der Unterschied zwischen uns: das, was ich wiederhole, ist wahr, das, was der Herr Abg. Richter wiederholt, halte ich nicht immer für wahr, ja, in dem, was er hier von oft gesagten Dingen wiederholt hat, in der Regel nicht! Es kommt aber doch auf die Wahrheit dessen, was man sagt, einigermaßen an. Ich komme mit weniger Wiederholungen aus, weil ich mich an die Wahrheit halte. Eine zweifelhafte Behauptung muß recht häufig wiederholt werden, dann schwächt sich der Zweifel immer etwas ab und findet Leute, die selbst nicht denken, aber annehmen, mit soviel Sicherheit und Beharrlichkeit könne Unwahres nicht behauptet und gedruckt werden.

Die Ursache der Steuerexekutionen.

Der Herr Abgeordnete hat dann erwähnt, es fehlte nicht die anschauliche Schilderung einer Exekution, der Steuerexekutor, der damals schon beseitigt werden sollte, gehe jetzt immer noch um, wie damals. Meine Herren, das ist es ja eben, wogegen ich kämpfe und was ich bedaure, daß alle Anstrengungen, die im Namen des Königs von Seiten der Regierung gemacht werden, um diese Anomalie der Kopfsteuer, die in allen anderen Staaten verschwunden ist, aus dem preußischen Staatsleben auch zu entfernen, daß die fruchtlos sind. Ein Uebel wird dadurch nicht erträglicher, daß es länger dauert, und wenn es vor drei Jahren bestand, noch früher bestand und noch immer fortbesteht, so werden Sie erleben, daß, wenn ich zum Reden im Stande bleibe und genöthigt bin, mein Amt noch weiter zu verwalten, daß ich Ihnen diesen Steuerexekutor noch öfter vorhalte, und zwar so lange, bis Einer von uns Beiden todt ist, entweder der Exekutor oder ich. (Heiterkeit.) Der Herr Abg. Richter hat ferner gesagt, und darin liegt eine Unwahrheit, eine objektive: der Schluß liege nahe, ob nicht das System der neubewilligten Zölle die Ursache sei — von den Exekutionen nämlich. Sie werden sich erinnern, der stenographische Bericht wird es ausweisen, daß ich in der Hauptsache von der Zahl der Exekutionen von 1876 und 1877 gesprochen habe, dann vom Jahre 1878, also auch noch ein Jahr vor dem Erlaß, von 1879, wo wir die Zölle machten, von 1880, wo sie noch nicht in Wirkung waren, und von weiter nichts. Diese Insinuation des Herrn Abg. Richter

steht also vollständig in der Luft, der Herr Abgeordnete hat nicht seine gewöhnliche Geistesgegenwart in Vergegenwärtigung der Daten, von denen die Rede war, wie sie in der Zeit aufeinander gefolgt sind, inpromptu gehabt. Wie sollen die Zölle, die wir erst 1879 beschlossen haben und 1881 ungefähr einigermaßen in Wirkung waren, aber noch nicht zu vollem Maße, wie sollen diese auf die Exekutionen von 1876 und 1877 gewirkt haben! Da fordere ich dem Abg. Richter den Beweis dafür ab, und jeden seiner Gegner bei Wahlreden ersuche ich, auf dieses Faktum, was ich hiermit öffentlich in perpetuam rei memoriam verkünde, Bezug zu nehmen, wenn Herr Richter wieder eine solche Insinuation über die Wirkung der Zölle macht.

Er sagt dann, er klagt:

> Wer im Laufe des Monats derart sein Brod theurer bezahlen muß, den Liter Petroleum um 6 Pfg., das Pfund Schmalz um 5 Pfg., der hat natürlich am Schluß des Monats die 16 Pfg. nicht mehr übrig für die Klassensteuer, denn strenger als der Exekutor wirkt der Hunger.

Nun, in Bezug auf das Petroleum kann der Hunger bei unseren Landleuten wohl nicht wirken; (Rufe links: Au! Heiterkeit,) in Bezug auf das Uebrige, wenn er noch immer wirklich meint, daß die Zölle die Nahrung und das Brod vertheuern und wenn ihn die Bäcker und die Mehlpreise darüber nicht belehren können, so muß ich wieder etwas früher Gesagtes wiederholen, und frage den Herrn Abg. Richter, wie oft hat er dieses unrichtige Argument schon wiederholt und vorgebracht hier in diesem Raume, außerhalb im Wahlkreise und bei seiner Thätigkeit in der Presse? Wie kann er also einem Minister vorwerfen, der seit 18 Jahren dasselbe Ziel verfolgt, daß auch der sich wiederholt, wenn er für dieselbe Sache, die ihm immer wieder bestritten wird, wieder dasselbe Argument bringt. Ich glaube, daß tausendmal nicht reicht, daß Richter jenes Argument gebraucht hat. Er vergißt dabei immer die andere Seite der Sache, die ich anführte, als damals darüber debattirt wurde, seitdem aber nicht wiederholt habe, und ich sehe daraus, wie nützlich es ist, dergleichen öfter zu wiederholen, vielleicht alle Tage.

Der Herr Abgeordnete nöthigt mich zur Wiederholung von Gemeinplätzen.

Der Druck der Steuern auf die Landwirthschaft.

Auf unsern Konsum an Brod und Brodkorn wirkt nicht allein der Kornzoll. Der Kornzoll beträgt, ich weiß die Summe nicht genau auswendig, etwas wie 13 oder 14 Millionen im Jahr. Nicht wahr? (Zustimmung.)

Unser gesammter Brod- und Kornkonsum besteht aber doch nicht bloß aus den zwischen 16 und 30 Millionen variirenden Einführungen von Getreide, sondern im sehr viel größeren Theil aus dem bei uns gebauten Getreide, und unsere gesammte Getreideproduktion beträgt im Durchschnitt jährlich zwischen 160 und 220 Millionen Zentner an Brodgetreide, wobei ich bloß Weizen und Roggen rechne und von Gerstenbrod und dergleichen Surrogaten, von Kartoffeln gänzlich absehe. Damit sind die 16 bis 30 Millionen Zentner Mehl und Getreide, nach Abzug dessen, was von dem Eingeführten wieder ausgeführt wird, was überhaupt an eingeführtem Getreide bei uns verbraucht wird, mit eingerechnet, wenn ich die Ziffer auf circa 230 Millionen Zentner ausdehne. Auf diesem Gesammtkonsum von 230 Millionen Zentnern des deutschen Volkes lastet nun der Eingangszoll von 14 Millionen plus sämmtliche direkte Abgaben, die unsere einheimische Landwirthschaft bestreiten muß, ehe sie überhaupt das Korn in Reinertrag ziehen, ehe sie ihr Korn zu Markte bringen kann. Sie muß, soviel sie irgend kann, die direkten Steuern, die sie bezahlt, aufschlagen auf den Scheffel Korn, den sie zu Markte bringt. Die direkten Steuern der einheimischen Landwirthschaft wirken also, wenn überhaupt die Getreidepreise nicht von viel größeren Verhältnissen des Weltmarktes als der Gesammtheit unserer Steuern und Lasten abhängig wären, — eine gute Ernte in Rußland und Amerika und eine Mißernte in beiden macht sehr viel größere Unterschiede — aber die einheimischen direkten Lasten, die auf unserem Kornbrod ruhen, betragen, wie Sie das ebenfalls aus den vom preußischen Abgeordnetenhause leider nicht gelesenen und noch weniger in der Presse benutzten Motiven für das Verwendungsgesetz ersehen können, zusammen 200 Millionen Mark, welche bloß auf den Landgemeinden lasten an Grundsteuer, an Klassensteuer, an Schulsteuern und sonstigen Schullasten und an Zuschlägen hierzu,

an Häusersteuer — auf diese komme ich weiter wieder zurück. Diese Gesammtbelastung der einheimischen Getreideproduktion schwankt nach der citirten Quelle um 200 Millionen herum, also um ungefähr 1 Mk. per Zentner auf den Gesammtkonsum des einheimischen und ausländischen Getreides, welches wir verbrauchen, in manchen Jahren etwas niedriger, in manchen Jahren höher. Zu dieser wirklich recht schweren Belastung von dem Zentner des bei uns im Inlande produzirten Getreides mit 1 Mark einheimischer direkter Steuern kommt der verhältnißmäßig geringe Eingangszoll mit ca. 14 Millionen. Diese 14 Millionen Zoll an sich betragen auf 45 Millionen Einwohner, praeter propter auf je drei Einwohner 1 Mark — wenn ich im Kopf augenblicklich richtig rechne — also auf jeden Einwohner ungefähr 30 Pfg. im Jahr. Das ist also ein sehr schwaches Gegengewicht gegen die ungeheure Belastung des inländischen Getreidepreises mit mehr als 4 Mk. pro Kopf der Bevölkerung, die durch die direkten Steuern dem „hungernden Armen", für den der Abg. Richter sich so sehr interessirt, den Zentner Brodkorn um eine volle Mark vertheuert; denn ohne zu seinen ausgelegten Steuern wieder zu kommen, kann der Landmann das Getreide auf die Dauer nicht verkaufen, er müßte sonst die Wirthschaft aufgeben, er muß nothwendig versuchen, was er kann, um seine ausgelegten Steuern durch den Marktpreis wieder zu bekommen. Die direkte Steuer, und nicht bloß die Grundsteuer, sondern alle Steuern — 28 Millionen Grundsteuerlasten allein schon auf den Landgemeinden, also eine Mark, die allein an Grundsteuer pro Kopf bezahlt wird — alles das muß durch den Marktpreis wieder eingebracht werden, wenn der Landwirth bestehen soll.

Nun sind die Herren immer auf's Tiefste zerknirscht über die vertheuernde Wirkung der 14 Millionen Auslandszoll, der auf dem Konsum des armen Mannes lastet, und thun, als wenn auf jeden Scheffel, der im Inlande produzirt und verbraucht wird, der gleiche Einfuhrzoll und sonst nichts läge, verschweigen aber jederzeit vollständig die Thatsache, daß dem armen Brodesser durch die direkten, auf unserer Landwirthschaft ruhenden Steuern der Zentner um mindestens eine volle Mark im Vergleich mit 3 Pfennigen, also

um mindestens das dreißigfache der Wirkung des ausländischen Zolles vertheuert wird. Es ist also wohl berechtigt, wenn die Regierung bemüht ist, diese Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen Getreides bei der Verzollung des im Auslande steuerfrei erzeugten, grundsteuer-, klassen- und schulsteuerfrei erzeugten fremden Getreides in etwas wenigstens auszugleichen. Wenn sie das wirklich im vollen Maße erstrebt, so müßte sie nach dem, was ich eben gesagt habe, den Einfuhrzoll auf 200 Millionen bringen oder die direkten Steuern der deutschen Landwirthschaft auf 14 Millionen Mark herabsetzen. Sie ist weit entfernt, sich mit solchem Plan zu tragen, sie wird sich begnügen mit dem jetzigen finanziellen Erträgniß und sie wird der von mir oft gerühmten Geduld unserer ackerbauenden Bevölkerung vertrauen, daß diese sich bemühen werde, die Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen und eingeführten Getreides durch Fleiß und Ordnung zu überwinden, und wenn wir eine gute Ernte haben und mehrere der Art, so wird die vorhandene Ungleichheit eine Zeit lang bestehen können, weil die Einfuhr gering sein wird. Aber es wird immer dahin gewirkt werden müssen, daß die Lasten, die auf unserer Kornerzeugung im Inlande ruhen, vermindert werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben kein Recht, die Kornerzeugung im Inlande zurückgehen zu lassen, wir würden dabei mit großen Gefahren für die Zukunft spielen, wenn wir die Grundbesitzer, die Landgemeinden nöthigen, immer mehr von ihren geringeren Bodenklassen dem Waldbau oder der Vernachlässigung zu übergeben und den Kornbau einzuschränken. Wenn wir wirklich dahin kämen, daß wir das Getreide, was wir nothwendig verzehren müssen, nicht mehr selbst bauen können; in welcher Lage sind wir dann, wenn wir in Kriegszeiten keine russische Getreideeinfuhr haben, und vielleicht gleichzeitig von der Seeseite blockirt sind, also überhaupt kein Getreide haben, oder wenn gleichzeitig in Rußland und Amerika eine Mißernte eintritt, was bekanntlich bei den dortigen klimatischen und Ackerbauverhältnissen ebenso häufig ist, wie die überreichen Ernten, weil dort die klimatischen Verhältnisse und Witterungswechsel auf die Erträgnisse des Getreides aus physikalischen Gründen, die ich hier nicht zu erörtern habe, einen viel einschneidenderen Einfluß haben, als es in einem

regelmäßig bebauten, durch Wald, Gebirge u. s. w. geschützten Lande alter Kultur der Fall ist. Es ist eine Pflicht gegen unsere Nachkommen, daß wir den inländischen Getreidebau nicht in Verfall gerathen lassen, und die Aeußerung, die der Herr Abg. Richter nicht müde wird, immer zu wiederholen, um die Lasten des inländischen Getreidebaues womöglich zu erhöhen, und die des ausländischen bei uns zu vermindern, kann ich nicht für patriotisch halten, aber ich halte sie auch für unbegründet und für nicht nachweisbar, höchstens in einer Wählerversammlung von leichtgläubigen Leuten. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abg. Richter sagt dann: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß 1873 die Klassensteuer u. s. w. beschränkt ist?" Er wiederholt diese Wendung: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß das und das ist?" an anderer Stelle wieder. Es ist dies eine von den Wendungen, die das Grenzgebiet, welches ich mir in der Erwiderung gesteckt habe, überschreiten, ich könnte ja sonst in derselben Tonart auch unhöfliche Bemerkungen ähnlicher Art machen. Aber das, worüber ich nach Meinung des Abg. Richter so unwissend bin, daß man berechtigt wäre, mir öffentlich meine Unwissenheit vorzuwerfen, ist wiederum nicht wahr. Es ist gesetzlich allerdings ausgesprochen, daß alle diejenigen, die weniger als 140 Thaler Einnahmen haben, von der Klassensteuer befreit worden sind, und man hat deren eine ganze Menge herausgerechnet. Ich bestreite die Wahrheit der Annahme, von der die Gesetzgebung damals ausgegangen ist. Es giebt überhaupt keinen Haushalt bei uns, der weniger wie 140 Thaler Einnahme hat, wenn nur richtig gerechnet wird. Wenn die Wohnung, Kleidung, die Heizung, die thatsächliche Ernährung gerechnet werden, so ist dies einer der schlagendsten Beweise der Unbekanntschaft unserer städtischen, wissenschaftlichen, bureaukratischen, gesetzgebenden Kreise mit den wirklichen Verhältnissen, daß sie annehmen, es könnte auch in den ärmsten Provinzen überhaupt eine Familie — ich will nur eine von 4 Köpfen annehmen — existiren, die weniger wie 140 Thaler Einnahme hat und doch besteht. Wenn Sie annehmen, daß die kümmerlichste Ernährung — ich will sagen eines heranwachsenden Jungen, eines Lehrlings, der in der Landwirthschaft, Gärtnerei, För-

sterei, untergebracht ist — unter den billigsten und entgegenkommendsten Verhältnissen pro Kopf niemals unter 50 Thlr. bis 64 Thlr. im Jahr geleistet werden kann und wenn Sie nun dagegen einen erwachsenen Mann mit seinen Kleidungsbedürfnissen, mit seiner Wohnung, mit allem, was an ihm hängt, auch mit seinen Genußbedürfnissen, die auch der Aermste, der Bettler hat, annehmen, so sage ich, es giebt keine ortsarme Familie, die für 140 Thlr. erhalten werden kann; — und wer das widerstreitet, hat keine Erfahrungen (Bravo! rechts), hat seine Erfahrungen aus den großen Städten gesammelt, wo die armen Familien überhaupt nicht regelmäßig unterhalten werden, einige über Gebühr, andere gar nicht, und wo Selbstmorde aus Nahrungssorgen vorkommen, die bei uns auf dem Lande ganz unerhört sind. Also wenn dieser Maßstab ferner angewandt werden soll, so ist von Rechts wegen kein Mensch klassensteuerfrei, kaum ein Ortsarmer, und nur die Kontingentirung schützt vor neuer Ausdehnung. Es sind das Rechnungsfehler, wie sie ja bei Berechnung des Einkommens der Lehrer und dergleichen auch vorkommen, weil da unpraktische Leute rechnen.

Der Abg. Richter führt ferner die Gebäudesteuer an, mit der Frage, ob der Kanzler nicht wisse, daß landwirthschaftliche Gebäude von der Gebäudesteuer überhaupt frei seien. Ja, der Herr Abg. Richter irrt sich wieder und weiß seinerseits nicht, daß die Landwirthschaft Gebäudesteuer reichlich zahlt. Ich selbst zahle sie, ich weiß nicht, wie viel. Ich bin überzeugt, es werden über 1000 Mk. sein, die ich für Gebäudesteuer auf dem Lande zahle, lediglich für landwirthschaftliche Einrichtungen. Da müßte es keine Fiskalität geben. Unbewohnte Häuser, die mir gehören, die niederzureißen mehr Kosten machen würde, als die Steuer, die darauf steht, werden mir zu 500 Thaler Miethswerth eingeschätzt. Verlassene, unbenützte Fabrikgebäude, so lange sie nicht niedergerissen werden, werden eingeschätzt. Aber was die große Hauptsache ist: alle Wohnungen werden besteuert. Wer kann eine Landwirthschaft treiben ohne Wohnung, ohne Menschen, ohne Arbeiter, also ohne Arbeiterwohnungen, und jedes Wohnhaus wird nach seinem angeblichen Miethswerth eingeschätzt, und da hat der wirkliche Werth sehr wenig mit zu thun, sondern, wie in den östlichen Provinzen,

im Ganzen, soweit sie augenblicklich auf der fiskalischen Seite fungiren, immer fiskalisch gesinnte Taxatoren und fiskalisch thätige Einschätzer, denen ist es ganz einerlei, ob die Hütte eines Arbeiters in 10 Jahren verbessert ist in ihrem Werth, oder nicht; sie beschließen: der Miethswerth ist gestiegen, er mag — verschlechtert sein, das Gebäude mag verfallen sein, sie mögen nachweisen, daß seit 15 Jahren sein Dachstroh nicht angerührt ist — sie sagen doch, es ist besser, wie es vor 15 Jahren war; wir haben sie zwar vor 15 Jahren nicht gekannt und nicht gesehen, aber wir sollen so viel Steuern mehr herausbringen, und da wir hier quasi als Beamte stehen, so ist uns der Steuerpflichtige weniger nahe als der Fiskus, — und auf diese Weise bin ich zu meinem äußersten Erstaunen in meinen Besitzungen vor einigen Jahren, während die Gebäude thatsächlich verschlechtert waren, um mehrere Hundert erhöht worden. Und dabei sagt der Herr Abg. Richter, daß die landwirthschaftlichen Gebäude überhaupt frei sind, und wirft mir die Unwissenheit darin vor. Es würde für Herrn Richter eine recht angemessene Vorbereitung und bei der großen Begabung, die ihm beiwohnt, auch für das ganze Land nützlich sein, wenn er im öffentlichen Interesse sich entschließen könnte, einmal ein einziges Jahr als Lehrling oder Gutsbesitzer auf's Land zu gehen (Große Heiterkeit), dann würde er zu anderen Erfahrungen und Ansichten kommen und würde in dergleichen Irrthümer nicht verfallen.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner in seiner Vertheidigung der Klassensteuer:

> In sämmtlichen großen Städten halten sich viele tausend Menschen nur in Schlafstellen auf, wechseln dieselben fortwährend, wo der Steuererheber sie nicht gleich findet.

Daraus würde ich gerade das Argument entnehmen, daß in den großen Städten bei unseren heutigen Verkehrsverhältnissen die Klassensteuer überhaupt kein geeigneter Modus der Besteuerung ist, der Herr Abg. Richter aber nimmt dieses Argument als einen der Vorzüge der Klassensteuer an, die ihre Besteuerten nicht zu finden vermag, und daß die Besteuerten große Leichtigkeit haben, sich ihr zu entziehen, — auch kein pfandbares Objekt bieten; — ich kann daraus nur einen

Grund entnehmen, daß er mir beistehen sollte, weil die Steuer nichts taugt.

Nachher sagt Herr Richter: Die „Klassensteuer ist bei uns nicht ein Rest der feudalen Vorzeit.“ Es kommt dabei nur darauf an, was man unter feudal versteht. Ich bin lange nicht so gelehrt und arbeitssam, wie Herr Richter, aber so unwissend bin ich doch nach zwanzigjähriger Ministerzeit auch nicht, daß ich nicht wüßte, wie die Klassensteuer entstanden ist. Wenn ich sage „feudale Zeit“, habe ich mich damit dem Sprachgebrauch der Freunde des Abg. Richter angepaßt, die alles für feudal behandeln, was vor 48 existirte. Ich konnte mich prägnanter ausdrücken, wenn ich sagte: aus der Zeit des Absolutismus, aus der Zeit des Mangels an Verkehr und wirthschaftlicher Entwickelung, kurz und gut, aus einer vergleichsweise unvollkommenen Zeit; ich habe geglaubt, es den Freunden des Abg. Richter geläufiger zu machen, wenn ich es mit feudal bezeichnete. Der Ursprung der Klassensteuer.

Sie trat auch nicht an Stelle einer Mahlsteuer, das ist ein Irrthum von dem Abg. Richter, den ich auch nicht in eine vorwurfsvolle Frage kleiden will, denn in den Städten — um diese handelt es sich ja hier hauptsächlich, sie sind hauptsächlich durch die Klassensteuer überbürdet, — in den Städten namentlich ist die Klassensteuer ganz unhaltbar, auf dem Lande ist sie haltbar, aber ungerecht; aber in den Städten wird der Herr Abgeordnete bei seiner kommunalen Thätigkeit mit mir wissen, daß sie ursprünglich nicht an die Stelle einer Mahlsteuer trat, „weil die Könige von Preußen, wie Friedrich der Große, nicht durch Steuern das Brod ihrer Unterthanen vertheuern wollten“, sondern daß die Könige von Preußen im ersten Anfange auch auf dem Lande eine Mahlsteuer — ich glaube, sie hieß Mühlensteuer, ich weiß es aber nicht gewiß — auferlegt hatten, aber ihre Finanzminister fanden, daß die Erhebung schwierig wäre, und hoben deshalb auf dem Lande die Mahlsteuer, in der Zeit des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts, wieder auf, um dort die Klassensteuer einzuführen. Ich weiß, daß in Schönhausen beispielsweise die Mühlensteuer kurze Zeit gezahlt worden ist; diese Steuer war aber mit der Kontrolle der Mühlen außerordentlich lästig, so daß sie wieder aufgehoben ist, um auf dem Lande der Klassen-

steuer Platz zu machen; — daß aber die Mahlsteuer in den Städten von den Königen von Preußen nicht aus dieser Rücksicht aufgehoben wurde, wie hier gesagt ist, das wird mir der Herr Abgeordnete auch wohl zugeben.

Ursache der Auswanderung.

Er bemängelt ferner meine Ansicht in Bezug auf Auswanderung; er sagt, die Auswanderer sind in der Mehrzahl Landarbeiter. Ja, meine Herren, das ist ja gerade das Charakteristische, worauf ich schon öfter aufmerksam gemacht habe, daß die Auswanderung nicht ein Ergebniß der Uebervölkerung ist; denn gerade aus den übervölkerten Landestheilen ist die Auswanderung die geringste; die Auswanderung ist bekanntlich am stärksten in den am wenigsten bevölkerten Provinzen, in der ersten Stufenleiter aber unbedeutend; vor Nr. 2 steht Westpreußen, dann folgt Pommern, Posen, und nur eine auffällige Ausnahme macht Ostpreußen. Daß da die Auswanderung geringer ist, kann ich mir gar nicht anders erklären, als durch die heilsame Verwaltung der dort herrschenden Fortschrittspartei (sehr wahr, Heiterkeit), die in ihrer Liebenswürdigkeit auf den litthauischen Gütern den Arbeiter an einer Auswanderung zu verhindern weiß. Sie hat ihre heilsame Wirkung auf Westpreußen, auch in der Zeit der Zugehörigkeit, nicht auszudehnen vermocht. In Westpreußen ist die Auswanderung außerordentlich viel stärker, der Ostpreuße hat ein besonders starkes Heimathsgefühl und hat vielleicht auch die Empfindung, daß er, sobald er den Kreis seiner Landsleute verläßt, nicht diejenige freundliche Aufnahme in fremden Kreisen findet, die man durch Liebenswürdigkeit zu gewinnen pflegt; zu Hause merkt er das nicht, da ist er unter seinesgleichen, — aber ich kann es mir nicht erklären, es ist nur eine Vermuthung, die ich habe.

Warum wandern nun die Leute gerade aus diesen landwirthschaftlichen Provinzen aus? Weil diese Kreise keine Industrie haben, und weil die Industrie durch den Freihandel heruntergedrückt und erstickt worden ist, die da früher ziemlich lebhaft statthatte. Friedrich der Große hat sie sehr gepflegt, jede kleine Stadt in Pommern, Posen, Westpreußen hatte eine große Wollen- und Tuchindustrie, von der einzelne Reste noch bestehen: es sind da noch Wollwebereien, aber sie sind auch im Verfall. Den Provinzen Pommern, Posen, Westpreußen

schließt sich an Mecklenburg, Schleswig-Holstein; Hannover ist sehr stark vertreten, weil es außerhalb einiger Zentren, namentlich der Stadt Hannover, wenig Industrie hat. In der reinen landwirthschaftlichen Bevölkerung ist die Laufbahn, die ein Arbeiter durchmachen kann, schnurgerade, ohne Abwechselung, er kann sie, wenn er 28, 30 Jahre alt ist, übersehen bis an's Ende, er weiß, was er verdienen kann, er weiß, daß er sich über den Stand, den er einnimmt, durch eine landwirthschaftliche Beschäftigung nicht aufschwingen kann.

Ich glaube, ich habe auch dies früher schon einmal gesagt; ich bitte den Herrn Abg. Richter um Entschuldigung, aber ich glaube, es ist ziemlich in Vergessenheit gerathen, ich muß es doch wiederholen.[1])

In der Industrie kann kein Arbeiter übersehen, wie er sein Leben abschließt, auch wenn er sich über das Niveau des Gewöhnlichen vielleicht nicht erhebt und keine Konnexion hat. Wir haben sehr viele Industrielle, die vom einfachen Arbeiter in einer oder zwei Generationen zu Millionären, zum mächtigen, bedeutenden Mann aufgestiegen sind; ich brauche keinen von ihnen zu nennen, die Namen schweben auf Jedes Lippen, sie schweben aber auch auf den Lippen der Arbeiter. Die Industrie hat für den Arbeiter den Marschallsstab, von welchem man sagt, daß der französische Soldat ihn im Tornister trüge, das hebt die Hoffnung des Arbeiters und belebt sie, er braucht gar nicht Millionär zu werden. Aber die Industrie bietet tausend Beispiele, wie ich sie bei den industriellen Einrichtungen der davon sonst unberührt gebliebenen Provinz Pommern selbst schon gesehen habe, daß der Mann, der als landwirthschaftlicher Arbeiter niemals über den gewöhnlichen Tagelohn hinauskommt, in den Fabriken, sobald er mehr Geschick als Andere zeigt, in kurzer Zeit sehr viel höheren Lohn verdienen kann, schließlich Werkführer wird und höher hinaufkommt; und für geschickte Arbeiter, die ja oft als Autodidakten weiter kommen, wie die gelehrtesten Techniker, ist die Hoffnung, Associé seines Chefs zu werden, nirgends ausgeschlossen. Das hält die Hoffnung lebendig und steigert zugleich die Arbeits-

[1]) Vgl. die Rede vom 8. März 1879, unten im III. Theile abgedruckt.

lust. Industrie und Landwirthschaft sollen sich decken und ergänzen; die Industrie ist der Verzehrer der lokalen Agrarprodukte, die in einer öden Gegend die Landwirthschaft nicht absetzen kann, und wiederum ist der Landwirth, falls er Geld hat, der Abnehmer der Industrie. Ich glaube, daß der Mangel an einer Industrie, mit anderen Worten an Schutz der nationalen Arbeit, an Schutzzöllen ebenso sehr wie der Druck der direkten Steuern den Hauptgrund dafür abgiebt, daß gerade die am wenigsten bevölkerten Provinzen die höchste Zahl der Auswanderungen haben. Es ist das Veröden der Hoffnung in dem Menschen, was ihn zur Auswanderung treibt, die Terra incognita der Fremde bietet ihm alle mögliche Hoffnung, er könnte dort etwas werden, wozu er es hier niemals bringen kann. Also daran liegt es, daß die Landarbeiter auswandern, weil sie in der Nähe keine Industrie haben und weil sie das Produkt ihrer Arbeit im Kleinen nicht verwerthen können.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, gerade in Amerika giebt es keinen Schutzzoll für die Landwirthschaft. Hat denn der Herr Abgeordnete den amerikanischen Tarif wirklich nie in seinem Leben gelesen? Meines Wissens ist der amerikanische Schutzzoll gegen Einfuhr des fremden Getreides etwa das Vierfache von dem unsrigen, 2 M. für den Zentner, also ein Prohibitivzoll, während er bei uns eine halbe Mark beträgt. Ich weiß nicht, ob mein Herr Kollege mein Gedächtniß darin unterstützen kann, es kann ja aber gleich nachgeschlagen werden, ich glaube nicht zu irren, und ich ersuche den Herrn Abg. Richter mich zu widerlegen, wenn es nicht richtig ist; mit voller Sicherheit behaupte ich nur, daß seine Behauptung, es bestände kein Schutzzoll für die Landwirthe, irrig ist; ich kann nicht alle Zahlen in petto haben, ich habe als Material nichts weiter als diese mir vorliegende Rede. Ich glaube, es ist das Vierfache von unseren landwirthschaftlichen Zöllen, und das ist eine Thatsache, die ich bei Wahlbewerbungen den Gegnern des Herrn Abg. Richter empfehle, daß seine Anführungen nicht so ohne Weiteres für richtig anzunehmen sind.

Die Tabaksteuerprozesse.

Dann geht der Herr Abgeordnete über auf die Statistik der Tabaksteuerprozesse. Ja, damit plaidirt er ja für das Monopol: entweder gegen die von Ihnen beschlossene Tabaksteuer, die abzuschaffen, da haut er in dieselbe Kerbe wie ich,

indem ich sage, die jetzigen Tabakverhältnisse haben auf die Dauer viel mehr Schwierigkeiten für die Interessenten, mit alleiniger Ausnahme der 8000 beim Tabakhandel beschäftigten Köpfe, viel mehr Schwierigkeiten für die Tabaksinteressenten, wie das Monopol, und ich bin dem Herrn Abgeordneten sehr dankbar, daß er mir diese, mir bisher unbekannten Angaben gemacht hat, daß die Tabaksprozesse von 2150 auf 15,940 gestiegen sind. Es wird wohl so nicht bleiben, es liegt auf der Hand, daß bei neuen Einrichtungen die Prozesse zuerst häufiger sind, und daß mit der Zeit das Augenmaß der Prozeßführenden schärfer wird; aber je mehr Prozesse, desto stärker ist der Beweis, daß das bisher nicht von der Regierung allein eingeführte, sondern von der Majorität des Reichstages beschlossene Tabaksteuergesetz manche Härten hat, von denen das Monopol frei ist.

Die angeblichen Versprechungen des Kanzlers.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den häufig mir schon gemachten, tausend Mal mir gemachten Vorwurf zum Tausend und einten Male wiederholt, ich hätte Versprechungen gemacht auf Grund der Gesetzgebung von 1879, die ich nicht erfüllt hätte.[1]) Nun könnte ich ja sagen, seit 1879 ist doch die Wirkung der neuen Zölle noch keine durchschlagende gewesen in so kurzer Zeit, organische Prozesse großer Völker gehen langsam; aber ich kann viel durchschlagender dagegen auftreten: ich habe gar keine Versprechungen gemacht, nie und nimmer, und das ist eine Unwahrheit, die ich auch schon widerlegt habe. Ich habe keine Versprechungen gemacht, ich habe Bitten ausgesprochen, ich habe gesagt, helfen Sie mir doch, den Städten oder anderen Steuerbelasteten diese Vortheile zu verschaffen. Dieses Petitioniren bei dem Reichstage, dem Armen zu helfen, wird mir dann in eine Versprechung verdreht, die ich gemacht haben soll; wie kann ich etwas versprechen, was ich nicht habe? Ich kann die Gelder nicht schaffen, wenn sie nicht bewilligt werden, und jeder Versuch zur Beschaffung von Mitteln, wie

---

[1]) Derselbe Vorwurf war dem Abg. Richter gegenüber bereits in der Rede vom 3. Febr. 1881 zurückgewiesen. S. oben S. 145. Im Uebrigen vgl. auch S. 69 oben, wo klar ausgesprochen ist, was zudem selbstverständlich gelten mußte, daß nur in dem Maße direkte Steuern abgeschafft werden können, als Ersatz durch indirekte Steuern geboten wird.

z. B. den einer erhöhten Branntweinkonsumtionssteuer abzulehnen und dann zu sagen; der Kanzler hält seine Versprechungen nicht — da, wo der Kanzler nur gebeten hat: setzen Sie mich doch in den Stand, daß ich dergleichen versprechen kann — das ist eine Verschiebung der Verhältnisse, die von gewissen Vertheidigern, wie wir sie heutzutage vor Gericht kennen, wohl gemacht werden kann, aber hier nicht am Platze ist. Ich bestreite auf das Bestimmteste, daß ich jemals irgend Jemandem auch nur einen Pfennig versprochen habe. Ich habe gebettelt beim Reichstage: setzen Sie mich in die Lage, die Leute schadlos zu stellen; aber versprochen habe ich nichts. Ich habe den Wunsch, die Entlastung der direkten Steuern viel höher zu treiben — und diesen Wunsch habe ich geäußert — bis zu einem Einkommen von 2000 Thalern wenn möglich abzuschaffen (Aha! links), und von den direkten Steuern nur die höheren Klassen der Einkommensteuer als eine „Anstandssteuer" beizubehalten. Treiben Sie diese zu hoch in den höchsten Klassen, so drücken sie den Kapitalisten unter Umständen aus dem Lande hinaus — der Grundbesitzer muß ja bleiben, der liegt immer geschlagen an Gottes offener Sonne, — aber der große Kapitalist geht entweder selbst heraus oder domizilirt durch ein einfaches Telegramm seine Kapitalien im Auslande. Und dann kann es mir ja nicht einfallen, diese gewaltigen Summen, die ich als wünschenswerth für den preußischen Steuerzahler betrachtet habe, nun von einer plötzlichen Bewilligung des Reichstages zu erhoffen, sondern ich habe bloß geschildert, wie groß die Noth ist und daß es wohl der Mühe lohne, sie zu prüfen, ihr näher zu treten und sich zu bestreben, wie nahe kann man dem Ziele der Abhülfe kommen. Ich erinnere Sie daran, daß ich vorgestern ganz genau gesagt habe; erreichen können Sie dieses Ziel nicht, aber immer näher kommen, es giebt die Richtung an, in der wir streben. Wie kann also der Herr Abg. Richter so unmittelbar den Tag darauf mir unterschieben, als hätte ich die Gesammtheit dieser Erleichterungen sofort versprochen oder auch nur erstrebt?

Die Verwendung der neuen Steuern und Zölle.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner, in der Thronrede hieß es damals, daß die neuen Steuern und Zölle verwandt werden sollten zu Steuerentlastungen. Nun, meine Herren,

die Steuern und Zölle haben wir ja nicht allein verwandt, sondern wir haben uns verständigt mit den parlamentarischen Körperschaften, mit dieser und dem preußischen Landtag, über deren Verwendung. Diese parlamentarischen Körperschaften haben in ihrer Majorität diejenigen Beschlüsse gefaßt, nach denen jetzt verausgabt wird;[1]) sie haben die Ausgaben, die sie beschlossen haben, jenen vorgezogen, die sonst gemacht werden konnten. Wer also diese Ausgaben angreift, greift das parlamentarische System und die Majorität an, der ist ein Reaktionär, indem er laudatur temporis acti die Beschlüsse des Reichstags umstürzen will. Er will Reaktion für den Freihandel treiben, die jetzt rite gefaßten Beschlüsse der Reichsgesetzgebung sucht er zu untergraben und anzufechten, als ob die Regierung ganz allein und willkürlich diese Verwendungen gemacht hätte, während sie geprüft und eingehend berathen sind, von Ihnen beschlossen. Die Herren sind in der Minorität geblieben und finden deshalb für gut, hier davon gar nicht zu sprechen, daß es sich um Parlamentsbeschlüsse handelt. Die von Ihnen sonst verehrte Majorität — sobald Sie sie haben, ist der Glanz der Majorität gar nicht hoch genug zu preisen, sobald Sie sie nicht haben, dann schieben Sie die Vertretung der Regierung zu, als ob sie durch willkürliche Akte Unheil angerichtet und ihre Versprechungen gebrochen hätte, als ob wir ein absolutes System in Händen hätten, von dem wir jederzeit Gebrauch machen könnten und nicht an Parlamentsbeschlüsse gebunden wären.

Ich weiß nicht, ob es wirklich nützlich ist für die Konsolidation des Reichs auf diese Weise dem leichtgläubigen Leser die Regierung stets als übelwollend, unfähig toto die darzustellen. Alle diese Aeußerungen des Herrn Abg. Richter würden wahrscheinlich unbesprochen in's Publikum gegangen sein, wenn mir nicht zufällig heute unter den Vorlagen beim Frühstück das Erste gewesen wäre diese Rede, und bei dem Interesse, was ich für den Herrn Abg. Richter habe (Heiterkeit), schon in stylistischer Beziehung, und um mir die Grenzen klar zu machen, bis wohin ein Abgeordneter sprachlich gehen kann und die er nicht überschreiten sollte, habe ich sie zuerst gelesen und

---

[1]) Vgl. oben S. 42.

dann eben Zeit gefunden, auch noch meine Aeußerungen dazu zu machen.

Er sagt weiter: „Um diese Ausgaben alle zu decken, reichen fünf Monopole nicht aus." Da muß ich wiederholt daran erinnern, daß ich ausdrücklich selbst gesagt habe: sie können nicht auf einmal gedeckt werden. Es ist mir bloß darauf angekommen, die große Noth zu schildern, um dadurch, wenn auch nicht den Herren hier, aber doch im Lande Klarheit über die Verhältnisse zu verbreiten, die Klarheit, die zu schaffen durch den Strike des preußischen Landtags verhindert wurde. Der Herr Abgeordnete kommt nachher nochmals zurück auf die Versprechen, die an die Kommunen gemacht, aber nicht erfüllt worden wären. „Der Reichskanzler exemplifizirt auf 350 Prozent Klassensteuer." Ist das etwa unrichtig? Die amtlichen Angaben, will er sie widerlegen? Die 350 Prozent sind wirklich gezahlt und den Kommunen ist nicht ein Versprechen gegeben worden, sondern ich bin beim Reichstage als Bittsteller im Interesse der Kommunen aufgetreten und haben Sie dann die Mittel, der Noth der Kommune abzuhelfen, versagt, so haben Sie wirklich nicht das Recht, mir vorzuwerfen, als ob ich ein Wort von Versprechung gesagt und nicht gehalten hätte.

Die evangelische Kirchensteuer habe ich gar nicht als etwas durch das Monopol zu Deckendes aufgeführt, sondern ich habe sie aufgeführt als ein „ante lineam" den Steuerzahler Belastendes, was vorher abgezogen werden muß von seiner Steuerkraft. Um so drückender aber wirkt, was übrig bleibt und durch das Monopol gedeckt werden kann.

Von allen Aussichten für die Kommunen hat sich nichts erfüllt, dagegen ist die Gebäudesteuer höher veranlagt worden." Ich kann Letzteres nur im höchsten Grade bedauern.[1]) Es widerspricht meinen Absichten und Wünschen. Ich halte die Gebäudesteuer für genau so ungerecht wie die Grundsteuer, ich bekämpfe beide Steuern, nicht weil die Vermögenslage einmal geschädigt ist und ohne analoge Ungerechtigkeit nicht wieder gut gemacht werden kann. Ich bekämpfe sie nur als Grundlage und Maßstab für Zuschläge,[2]) weil sie mehr als

---

[1]) Vgl. die Ausführungen oben S. 49.
[2]) Desgl. oben S. 149 und 186.

das Vermögen trifft, und die Schulden nicht abgezogen werden. Es ist genau so auch bei der Gebäudesteuer; da ist aber eine Erhöhungsklausel im ursprünglichen Gesetze, die ausgebeutet wird in fiskalischer Richtung, und ich bitte Sie, helfen Sie mir, zu verhindern, daß eine solche Erhöhung nicht wieder stattfindet. Ich halte die Steuer an sich für eine ungerecht veranlagte, gerade wie die Miethssteuer und die Grundsteuer, welche auf das wirkliche Vermögen keine Rücksicht nimmt und die Schulden davon nicht abzieht. Deshalb theile ich das Bedauern darüber vollständig.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, nach meinem Systeme würden die Städte über 25 Millionen — es ist das wohl ein Druckfehler, es soll 25 Tausend heißen — Einwohner nur 6 Millionen erhalten. Da hat es sich der Herr Abgeordnete sehr leicht gemacht, indem er meine gestrige Aeußerung nur theilweise citirt, aber worauf ich den Hauptaccent gelegt, und was ich ganz expressis verbis in Voraussicht der Entstelluugen, denen ich ausgesetzt sein würde, gesagt habe, hat der Herr Abgeordnete verschwiegen und fallen gelassen. Ich habe, wie die Herren sich erinnern werden, hinzugefügt: für die großen Städte, welche in größerem Maße gezwungen sind, staatliche Bedürfnisse zu erfüllen, werde nachher mit Bewilligung des Landtags besondere Berücksichtigung stattfinden müssen. Hat der Herr Abgeordnete sich nicht erinnert, hat er nicht zugehört? Jedenfalls wird er sonst die Ungerechtigkeit wieder gutmachen wollen, die er mir dadurch zugefügt hat, daß er mich in seiner Rede angeklagt, ich hätte diese Ungleichheit nicht bemerkt oder nicht beachtet.

„Denn vor kurzem hat noch der Herr Reichskanzler für die einzelnen Städte die Schlachtsteuer wieder einführen wollen.“ Das ist mir nicht erinnerlich. Ich habe es als Fehler behandelt, daß man die Schlachtsteuer überhaupt aufgehoben hat, und wenn sie wieder eingeführt würde, so wäre ich der Meinung, sie sollte allgemein wieder eingeführt werden. Wenn ich eine solche Ueberzeugung habe, so komme ich jeder einzelnen Bewegung, die sich im Detail in der Richtung meiner eigenen Ueberzeugung bewegt, bereitwillig entgegen und in dieser Beziehung bitte ich auch die Vertreter der Stadt Berlin zu erwägen, daß sie diese Möglichkeit, eine Schlachtsteuer wieder

einzuführen durch den Schlachtzwang, die sie schon verspielt hatte, nicht gehabt hätte, wenn ich nicht als preußischer Handelsminister fest auf ihre Seite getreten wäre in der damaligen Sitzung des preußischen Landtags; einer der wenigen Fälle, wo ich dort überhaupt das Wort ergriffen, ist der gewesen, wobei es sich handelte, der Stadt Berlin die Möglichkeit, für die Schlachtsteuer sich Ersatz zu verschaffen, wiederzugeben. Aber was ich in der Richtung thue, ich bin ja daran gewöhnt, daß das vergessen, ignorirt, niedergeschwiegen wird, und ich muß mir das gefallen lassen. Ich bin auch gegen das, was man gegen mich denkt, ziemlich abgestumpft, das werden Sie mir glauben nach der langen Zeit, wo ich demselben übelwollenden Regime nun schon ausgesetzt gewesen bin, unter dem ich jetzt Resignation lernen könnte, wenn ich sie nicht schon hätte, da werden Sie mir das wohl glauben.

Die Nothwendigkeit neuer Einnahmen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich lang werde und wiederum heute zu viel rede, aber der Herr Abgeordnete Richter ist auch lang gewesen, und ich kann die einzelnen Angriffe nicht in das Land laufen lassen. Ich habe zwar nicht die Mittel, an demselben Tage noch die Antwort auf den Herrn Abg. Richter an die Provinzialpresse zu telegraphiren, denn ich habe keinen Einfluß auf die provinziale Presse, nicht einmal auf die konservativen Blätter (Heiterkeit links). Meine Herren! Ist dieses Lachen wirklich ein Argument? Ich habe gefunden, wenn ich eine Sache sage, gegen die Sie nichts einwenden können, so lacht einer der Chorführer laut, und dann lachen Alle mit. Das ist das Signal, darauf folgt ein unartikulirter Ton, der so viel heißen soll: Der Kanzler sagt etwas Lächerliches, ich gebe das Signal, — Tambourmajor! (Große Heiterkeit.) Meine Herren, der Herr Abg. Richter sagt, der Wähler würde es lieber sehen, ohne neue Steuer entlastet zu werden. Das glaube ich auch, aber hat der Herr Abg. Richter das Geheimniß dazu erfunden? wo will er entlasten, wo will er die Ausgaben sparen oder die Einnahmen hernehmen? Wenn jeder Versuch, den die Regierung macht, neue Quellen zu öffnen, nicht etwa als Anknüpfung zu Gegenvorschlägen benützt wird, wenn er jederzeit an und für sich angebrachtermaßen abgewiesen wird, weil er nicht gefällt, so kann der Herr Abgeordnete Entlastung nur durch Ver-

minderung der Ausgaben meinen. Nun hat er einen Luxus citirt, das ist der bauliche Luxus. Meine Herren, darauf habe ich wenig Einfluß, daß müssen Sie an einer anderen Stelle vorbringen. Ich billige Luxusbauten auch nicht, ich bin für das haushälterische System, das Friedrich Wilhelm I. bei uns in Preußen eingeführt hat und meinetwegen führen Sie bei uns Regierungskasernen ein mit der strengsten spartanischen Einfachheit. Sie können sich da mit dem Herrn Abg. Reichensperger auseinandersetzen, ob er die ornamentale Baukunst in den Hintergrund schieben will. Ich habe dafür kein Interesse, mein Sinn ist auf das rein praktische gerichtet, ich bin für das Aesthetische ein schlechter Beurtheiler. Im Hintergrunde steht bei Ersparungen schließlich immer die Verminderung des großen Militärbudgets. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß es uns, der Regierung, Vergnügen macht, eine so große Armee zu halten? Ich weiß nicht, ob es den anderen Ländern, die an uns grenzen, und von denen unsere beiden großen Nachbarn, Frankreich und Rußland, jeder an sich mehr Truppen unterhält als das deutsche Reich, ob es denen eine besondere Freude macht, oder was sie für Zwecke damit verbinden. Das habe ich nicht zu untersuchen, sondern nur die Thatsache, daß diese Millionen Bajonnette ihre polare Richtung doch im Ganzen in der Hauptsache nach dem Zentrum Europas haben, daß wir im Zentrum Europas stehen und schon in Folge unserer geographischen Lage, außerdem in Folge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind. Unsere Schwäche hat früher diese Koalition gefühlt, die Koalition der drei größten Kontinental-Mächte der Zeit, Rußland, Frankreich, Oesterreich und das Deutsche Reich, gegen Friedrich den Großen, — die Kaunitz'sche Politik ist Ihnen zu bekannt. Warum kann dergleichen sich nicht wieder erzeugen? Wir haben die Objekte, die Gegenstände der Begehrlichkeit für jeden unserer Nachbarn sein können, nach den verschiedensten Seiten, und wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland, seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre daran vollständig gescheitert ohne Hinblick auf die deutsche Militärorganisation, ohne den leider

Unmöglichkeit der Herabsetzung des Militärbudgets.

heute nicht anwesenden Marschall hier, und ohne den Respekt, den wir einflößen, ohne die Abneigung, die man hat, mit unseren wohlgeschulten intelligenten und wohlgeführten Bajonetten anzubinden. (Bravo! rechts.)

Thun Sie diesen Respekt aus der Welt, und Sie sind genau in der ohnmächtigen Lage von früher, so daß Deutschland für die anderen Mächte eine Art von Polen für die Theilung sein würde, was fruchtbare Grenzprovinzen enthält, die Jedermann brauchen kann, und bei dem wenig ausgebildeten nationalen Sinn der Deutschen (Oho! links) — warten Sie das Beispiel ab— giebt auch keine fremde Macht die Hoffnung auf, daß es mit den anderen deutschen Landschaften gerade so gut gelingen werde, wie es Frankreich mit Elsaß gelungen ist, sich deutschsprechende, deutschabstammende Leute so zu assimiliren, daß sie lieber die Livrée Frankreichs tragen mögen, als den Rock des freien deutschen Bauern. (Bravo! rechts.)

Also an die Armee, meine Herren, rühren Sie nicht! Da sage ich Ihnen auch nicht bloß meine Meinung, sondern die Meinung der Majorität der Nation, da hört die Gemüthlichkeit auf. (Unruhe links.) Probiren Sie's, Sie werden sehen, was daraus folgt.

Also ich weiß nicht, wo der Herr Abgeordnete die Entlastung ohne neue Mittel eigentlich suchen will. Daß der Steuerpflichtige am liebsten gar keine Steuern bezahlte, und doch gut regiert und sicher beschützt und vor Fremdherrschaft behütet werden will, das glaube ich gerne, aber wenn man einer solchen Theorie das Wort redet, dann sollte man überhaupt nicht Politik treiben.

Die Abschaffung des Schulgeldes.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner in Bezug auf das Schulgeld, schon sein Parteiprogramm von 1878 verlange dasselbe wie ich, seine Februarrede im Abgeordnetenhause habe zuerst die Forderung der Aufhebung gestellt und „unmittelbar nach dieser Rede schloß sich der Kanzler mir an": Ich glaube, in unserem weiterem Benehmen ist doch ein erheblicher Unterschied. Der Herr Abgeordnete hat für Abschaffung des Schulgeldes geredet und ich habe dafür gehandelt. Ich habe mich bemüht, wirklich der Aufgabe praktisch näher zu treten, die der Herr Abgeordnete so als theoretisch wünschenswerth hingestellt hat. Er kann dann später sagen: Ich habe davon

gerebet, damit war alles geschehen. Es ist gerade wie mit der Herstellung des Deutschen Reiches, alle die Herren, die jemals dafür geredet haben (Heiterkeit rechts), die es als frommen Wunsch in die Welt geschickt haben, die sagen heut: wir haben es eigentlich gemacht. Gehandelt haben sie nicht dafür. Ich komme vielleicht auf das Thema noch einmal zurück und es ist ja möglich, daß nachher, wenn wir endlich dahin gelangen, den Lehrer anständiger zu stellen, und den Armen von den Schulkosten zu entlasten, daß dann ebenso wie jetzt die Herren, die in der Konfliktszeit in der Fortschrittspartei waren, sagen: wir haben das Deutsche Reich gemacht.[1]) denn wir haben es in unserem Herzen getragen, daß ebenso der Herr Abg. Richter sagt: ich habe den Lehrern dies verschafft, denn ich habe schon damals im Jahr 1878 das hingeschrieben: so muß es kommen; ohne meine Anregung wäre das nicht geschehen; der Kanzler hat sich Jahre hindurch die Zunge aus dem Leibe gesprochen und sich bemüht darum, das hat aber nichts geholfen; meine Rede (Heiterkeit rechts) war die Hauptsache.

Höhere Besteuerung der Kapitalrente.

Der Herr Abgeordnete spricht ferner von einem Steuerzuschlag auf die Kapitalrente. Da überrascht mich nur das Hört! Hört! daneben. Es ist ganz natürlich, daß wir darauf zurückkommen können, und in Ermangelung anderer Mittel, zurückkommen müssen, denn das ist die einzige direkte Steuer, die wir überhaupt noch auflegen können, daß wir das fundirte Einkommen, welches bloß durch Kouponsschneiden erworben wird, höher besteuern, wie das mit der Arbeit des Geistes, der Hände und der Feder oder des Kapitals durch Gefahr und Risiko mühsam verdiente und unsichere. (Sehr richtig! rechts.) Also verstehe ich nur das Hört! nicht.

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner, unser ganzes gegenwärtiges Finanzsystem sei eine Folge des großen Staatseisen-

[1]) Der Nachweis, daß die Fortschrittspartei die von dem Reichskanzler Fürst v. Bismarck so erfolgreich geleitete äußere Politik stets aufs Heftigste bekämpft und der Einigung Deutschlands nach Möglichkeit Hindernisse bereitet hat, wird zutreffend geführt in den beiden Broschüren: „Die deutsche Politik der preußischen Regierung und die Hauptgegner derselben (Luckhardt—Berlin 1882)“ und „Herr von Bismarck und die Fortschrittspartei. Lose Blätter aus der Konfliktszeit (Duncker—Berlin 1882)“.

bahnsystems und der Vermehrung der indirekten Steuern. Ich weiß wirklich nicht, was das Staatseisenbahnsystem damit zu thun hat. Einzig und allein doch vielleicht das, daß wir seitdem in dem preußischen Budget einen Einnahmetitel haben, denn wir früher zwar kannten, aber niemals in der Höhe, mit der Sicherheit, daß wir eine große Vereinfachung unseres Eisenbahnsystems überall haben, und so viel ich höre, nach Anerkennung aller betheiligten Interessen und des Publikums eine wohlgeschultere und höflichere Verwaltung als früher. Das ist freilich zum großen Theile das Verdienst der ausgezeichneten Persönlichkeit, die an der Spitze der preußischen Eisenbahnverwaltung steht und die wir nicht immer zu haben rechnen dürfen und die wir aber deshalb schonen und deren Verbrauch durch Arbeit wir nicht steigern sollten dadurch, daß die empfindliche Ehrliebe, die Jedermann von Verdienst hat, bei jeder Gelegenheit in irgend einer Form gekränkt wird. (Bravo! rechts.)

Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist eine der richtigsten Maßregeln gewesen, die wir überhaupt ergriffen haben. Es war eine — der Herr Abgeordnete hat das Thema angeschlagen, ich muß also auch darauf eingehen, — es war das früher eine Einrichtung, ursprünglich hervorgehend aus dem Mißtrauen gegen den Werth der Eisenbahnen, welches mir noch erinnerlich ist aus den Zeiten des Ministers v. Bodelschwingh, ich meine nicht des letzten, Ihnen bekannten Finanzministers, sondern des älteren Bodelschwingh. Wie die Anhalter Bahn gebaut werden sollte, da waren gleichzeitig drei Projekte, eins nach Magdeburg, eins auf Leipzig, eins auf Dresden vorliegend, und die damalige preußische Regierung erklärte: wir haben die sichersten Beweise durch unsere Kenntniß des Güterverkehrs, daß kaum eine einzige Bahn in diesen drei Richtungen überhaupt nothdürftig das Leben haben wird und die wird auch Bankerott machen, wenn der Herzog von Anhalt nicht die Elbbrücke baut. Wir zwangen also diese drei Linien, sich in diesem unförmlichen Ding, was damals in Roßlau mündete, zu fusioniren und wir sind lange Zeit auf demselben Anhalter Bahnhof nach Magdeburg und nach Leipzig und auf dem ungeheuerlichen Umwege nach Dresden gefahren. In Folge solcher Anschauungen hat Preußen damals

das ebenfalls dem absoluten, ja dem Französischen Feudalstaate angehörige System, die Eisenbahn-Privatmonopole aufkommen lassen. Jede Eisenbahn ist in ihrem Bezirke, sobald sie praktisch eingerichtet, ein Monopol, es kann Niemand gegen sie aufkommen, jede andere Verkehrsanstalt muß eingehen, dann ist sie Generalpächterin der ganzen Verkehrsinteressen, der ganzen Landschaft, um die es sich handelt, eine gerade so schlimme Institution, wie sie unter dem alten französischen Regime stattfand, daß den Generalpächtern, die eine gehörige Pacht dafür gezahlt hatten — während unsere Bahnen die Ausbeutung gratis privilegirt erhielten, — daß denen die Ausbeutung einer Provinz mit dem Gesetze in der Hand überlassen wurde, und je nach ihren Privatinteressen ihnen die Berechtigung zuerkannt wurde, ihre Dividende so hoch als möglich zu schrauben, ohne Rücksicht auf das Volk und seinen Verkehr. Das war das System der Privatbahnen, und durch die Verstaatlichung haben wir dem Staat wiedergegeben, was ihm gebührt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, in Anknüpfung an das, was ich vorgestern sagte, daß wir auch die Privataktiengesellschaften in der Politik dazu bewegen werden, die Hand dazu zu bieten, daß auch die Politik des Deutschen Reiches wieder verstaatlicht wird. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete hat nachher, wie der Abg. Bamberger, in seiner vorgestrigen Rede, schließlich gegen das Monopol, namentlich unter dem Druck der Autorität seines Freundes und Gesinnungsgenossen Leroy-Beaulieu, eine gewisse Weichheit gegen das Monopol dokumentirt;[1]) es sagt auch der Abg. Richter: Auf ewige Zeiten verwahrt sich der Abgeordnete nicht gegen neue Steuern, und das ist nur wieder ein anderer Ausdruck für das Wort: „Diesem Ministerium keinen Erfolg, oder: diesem Ministerium bewilligen wir kein Geld — wenn **wir** daran kommen werden, und darauf rechnen doch die Herren, würden wir neue Steuern einführen, wir wollen uns das nicht entgegenhalten lassen, wir hätten dies auf ewige Zeiten abgesagt. Wir wollen das abwarten.“ Es thut mir leid,

---

[1]) Vgl. über die Frage, weßhalb der Abgeordnete Bamberger gegen das Monopol ist, oben S. 17. Der Abg. Richter hielt eine Erhöhung der Tabaksteuer nicht für ungerechtfertigt. Vgl. dessen Rede vom 5. Mai 1879.

daß ich nicht in der Lage bin, darüber zu verfügen. Wenn ich das Unglück hätte, mit der höchsten Autorität in diesem Lande bekleidet zu sein, hätte ich Sie schon vor drei Jahren zur Regierung berufen, um Sie operiren zu sehen. (Heiterkeit.) Also: „nicht auf ewige Zeiten" — das ist doch schon etwas. Wie lange der Herr Abgeordnete rechnet, etwa bis zum nächsten Jahre, das weiß ich nicht.

Behandlung des Verwendungsgesetzes.

Dann ist der Vorwurf wieder gemacht worden, daß das Verwendungsgesetz zu spät vorgelegt wurde. Indem der Herr Abgeordnete die Vertheidigung des meines Erachtens gar nicht zu vertheidigenden preußischen Landtags übernimmt, sagt er: „Erst am 14. März, zwei Monate nach dem Zusammentritt, ist dem Landtage das Verwendungsgesetz zugegangen, und die Regierung hat volle 14 Monate gebraucht, um es auszuarbeiten." Ja, meine Herren, die Regierung, das geht schon aus dem Namen hervor, die hat doch auch noch einige andere Geschäfte, außer Gesetzesvorlagen zu machen, und sie hat auch ab und zu, da sie auch aus Fleisch und Blut besteht, ein gewisses Bedürfniß der Erholung. Die Unmöglichkeit, Sachen rasch zu Stande zu bringen, geht in Preußen schon aus dem Zustande hervor, den Sie als Palladium der Freiheit betrachten, daß das Staatsministerium ein per majora abstimmendes Kollegium ist, welches unter gegenseitigen Repliken, Dupliken und Quadrupliken unter gelegentlicher Einwirkung Seiner Majestät sehr allmählig und schwierig mit seinen Entschlüssen zu Stande kommt. Der Ministerpräsident hat nichts zu befehlen in Preußen, er hat nur zu bitten und zu vermitteln. Im Reich ist es anders, da habe ich schließlich die Berechtigung, wenn die Gründe der Ressortchefs mich nicht überzeugen, so, wie der Ministerpräsident in England sie hat, wie sie bei uns ein Staatskanzler hatte: das Recht der Entscheidung, da werden auch solche Verschleppungen nicht vorkommen; aber es kommt bei preußischen Vorlagen vor, daß, wenn man glaubt, die Sache wäre fertig, ein Separatvotum eingeht mit einem untergeordneten oder mit einem prinzipiellen Bedenken. Das muß erledigt werden, wir können die Herren nicht ab und zur Ruhe verweisen, das zirkulirt, da wird gegenvotirt, und die preußische Maschine arbeitet so nothwendiger Weise langsamer als die Reichsmaschine. Ich be-

streite aber, daß am 14. März die Herren nicht volle Zeit gehabt hätten, doch wenigstens einer Prüfung näher zu treten. Die Reichstagssitzungen haben in pleno doch erst nach Pfingsten begonnen, ich weiß nicht mehr das Datum, ich glaube den 21. oder 26. Mai. (Zuruf.) Also 6. Juni. (Zuruf: Ja, nach Pfingsten.) Nun sollte vom 14. März bis 6. Juni nicht dennoch Zeit gewesen sein für den preußischen Landtag, wenigstens einige Sitzungen der Prüfung des wirklich sehr bedeutenden Materials zu widmen, welches die Regierung ihm vorgelegt hatte? Wenn nicht andere Gründe obgewaltet hätten, als bloß der äußerlich vorgewandte der Entrüstung über „Verletzung der Würde", und die Parallelsitzung, ich glaube, sachlich hätte man vollständig Zeit gehabt, und ich muß also die Behauptung des Zuspätvorgelegtwerdens bestreiten. Ich erinnere die Herren daran, daß wir in früherer Zeit im Juli, August und September gesessen haben, — Diejenigen, die alt genug sind, um mit mir noch des vereinigten Landtags zu gedenken — wir waren im Sommer beisammen. In der Zeit von 1848 bis in die ersten fünfziger Jahre wurde nach der Jahreszeit nicht gefragt, und wir haben im August hier gesessen, im September und auch im Juli, und das war die Verpflichtung, die wir mit der Wahl übernommen hatten.

Nun aber wird schon am 14. März auf „Nichtbeschließen" hingearbeitet und gesagt, wir haben nicht mehr Zeit, wir können nicht mehr, und man läßt die Zeit verfließen, bis es wirklich recht warm und recht hübsches Wetter und die Unlust außerordentlich groß geworden ist, wenn namentlich alle Landwirthe Freude am Wachsen ihrer Ernten zu Hause haben — gerade das Datum des 14. März, das der Herr Abgeordnete anführt, ist ein recht selbstmörderisch schlagendes Argument gegen ihn und seine Freunde, daß noch vollständig Zeit war.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, wir hätten das Gesetz selbst zurückgezogen: „der Reichskanzler hat auf die §§ 1 und 2 eine Antwort bekommen!" Der Reichskanzler ist in Preußen gar nicht vorhanden, und es ist das wieder darauf berechnet, daß die meisten Herren das Verwendungsgesetz nicht kennen und das Publikum nicht weiß, daß die §§ 1 und 2 überhaupt das ganze Verwendungsgesetz sind, welches damit abgelehnt worden war. Was ist das für eine Laterna magica, Schatten

an der Wand erscheinen lassen, dem Publikum zu sagen: Zwei Paragraphen haben wir abgelehnt, dann hat die Regierung die Vorlage selbst zurückgezogen! Diese zwei Paragraphen waren eben das Essentielle des ganzen Gesetzes und die Berathung über die anderen Paragraphen wäre eine frivole Zeitverschwendung gewesen, über die Sie sich wirklich hätten beschweren können. Also hier zeigt sich nur die Absicht, einen unrichtigen Eindruck auf die Wähler zu machen. Das Bedürfniß zu berathen, lag auf Seite der Regierung, das Bedürfniß die Sache todt zu schweigen, lag auf Seite Derjenigen, die es für nützlich halten, daß steuerlich weiter exekutirt und die Unzufriedenheit nach Möglichkeit gesteigert werde. Unsere Aufgabe ist es, diese Tendenz nach Kräften zu bekämpfen.

Parlamentarische Schwierigkeiten.

Der Herr Abgeordnete sagt: „Es zeigt sich, daß es dem Reichskanzler immer schwerer wird, überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren (Sehr richtig! links)." Ja, meine Herren, trifft das bloß mich? Sehen Sie nach England, ist es dort etwa leichter geworden in diesem Musterstaat, mit dem Parlament zu regieren. Sehen Sie, was mein Kollege Herr Gladstone für Schwierigkeiten hat, und sehen Sie, wie in jenem Lande die parlamentarischen Schwierigkeiten sich in Mordthaten, in Gewehr- und Pistolenschüsse und Verstümmelungen von Pächtern übersetzen! So schwierig ist es bei uns noch nicht geworden, wir leben noch in Ruhe und Frieden und ich glaube, wir können, wenn wir die Verhältnisse rundum in Europa vergleichen mit dem, was die deutsche und preußische Regierung, der ich seit zwanzig Jahren angehöre, geleistet hat, immer noch zufrieden sein.

Sehen Sie nach Frankreich! ist es dort leichter geworden, mit dem Parlament zu regieren als es früher war? Früher war das in England kinderleicht, so lange nur zwei Parteien dort waren, die Whigs und die Torys. Beide interessirt an der Erhaltung der Maschine, die stimmten und zählten unter einander ab, wer die Majorität hatte, regierte.

Ich habe schon auf dem vereinigten Landtag im Jahre 1847 das Gefühl gehabt, daß diese Einrichtung schwierig werden würde, sobald es mehr als zwei Parteien, wenn es auch nur drei Parteien sind.

Jetzt sind es vier Parteien in England, es wird also

nothwendig sein, ein Koalitionsministerium zu bilden, das zu einer einheitlichen Politik aus dem Grunde niemals im Stande sein wird; sondern die Parteien, die in demselben vertreten sind, werden sich gegenseitig Konzessionen machen müssen.

Die Tory-Politik hat die Majorität nicht mehr, die Whigs hatten sie an sich auch nicht, wie sie dieselbe sonst den Torys gegenüber früher öfter gehabt hatten, ohne Zustimmung der dritten Partei, der Radikalen, und der vierten Partei, der irischen Katholiken. Ich weiß nicht, ob diese Herren mehr Irländer oder mehr Katholiken sind, — ich habe nicht unter ihnen gelebt, — ich glaube aber das Erstere, daß sie eben aus nationalen Gründen widerstreben. Jetzt ist eine Regierung in England schwer zu führen, die nicht die über 100 Köpfe zählenden irischen Deputirten für sich hat; in Folge dessen ist der parlamentarische Mechanismus in England auch nicht mehr im Stande, in seiner ursprünglichen Reinheit — le jeu de nos institutions, wie der Franzose mit Stolz sagt — zu fungiren.

Von Frankreich will ich nicht sprechen, da ich keinen Beruf habe, dort Anlaß zu Empfindlichkeiten zu geben; in England fürchte ich dergleichen nicht, man kennt meine Gesinnung für England, und ich habe auch nichts gesagt, was nicht frei auszusprechen wäre.

Sehen Sie sich doch weiter um, bei dem uns so eng befreundeten Oesterreich-Ungarn — ist es denn da leichter geworden, mit den Parlamenten zu regieren? Die sogenannten „Herbstzeitlosen" unter den Deutschen in Oesterreich haben die Möglichkeit der Regierung, mit den Deutschen zu gehen, ruinirt, aus denselben Gründen, aus denen ich vorgestern behauptete, daß eine Parteiregierung bei uns unmöglich ist: einmal, weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann, weil jede Partei stets unter dem Eindruck der Fortentwicklung ihrer Parteirichtung steht. Diese Fortentwicklung findet nothwendig in der Richtung ihres Extrems statt, das weitere Fortschreiten erfolgt in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. Eine konservative Partei wird der Gefahr der Reaktion immer unterworfen sein, wenn sie länger regiert, es wird sich immer Einer finden, der noch in konservativerer Richtung weitergehende Theorien aufstellt und für die er, wie für alle Extreme leicht,

die Menge der Parteiwähler gewinnt. Dasselbe ist in der liberalen Partei der Fall, da wird immer einer den anderen überbieten in Liberalismus — so ist es in Frankreich gegangen seit 1789, so ist es in England gegangen seit der Reform — und der Ueberbotene wird immer Unrecht bekommen und die Neuwahlen brauchen gar nicht mit Kaukus bearbeitet zu werden, wie bei uns und in England, sie werden von selbst sich schon dem, der mehr als der Frühere auf die Regierung schimpft, zuwenden, und auf diese Weise wird jede Partei — und so ist es auch der deutschen Partei in Oesterreich, in Cisleithanien ergangen — durch die Maßlosigkeit doktrinärer Forderungen der extremen Parteigenossen schießlich in die bedauerliche Lage zu kommen, daß sie die Dynastie nöthigt, sich mehr an andere Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung, eine Dynastie, die in Oesterreich nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgend eine Nationalität zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende Instrument zur Regierung des gesammten Reiches sehen mußte.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbst'schen Partei in Oesterreich — die „Herbstzeitlosen" nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan — (Heiterkeit) sich doch einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Uebergebot schon ruinirt hat. Deshalb sage ich, ist eine Parteiregierung bei uns ganz unmöglich, und wenn sie angefangen hat, so wird sie sich in kürzester Zeit in der Maßlosigkeit der Doktrin, die den Deutschen noch mehr als Anderen eigenthümlich ist, und in dem Druck der Wahldämpfe, die künstlich geschürt werden oder von unten aufsteigen, ruiniren. Bei uns kann nur parteilos regiert werden.

Also so viel über die Schwierigkeiten, mit einem Parlament zu regieren. Der Vorwurf trifft mich einigermaßen ungerecht. Wo haben Sie denn einen Minister, der 20 Jahre lang am Ruder geblieben ist? Bei uns ist er nicht vorgekommen, im Auslande noch viel weniger. Wenn ich so beschaffen wäre, daß ich überhaupt mit einem Parlament nicht

regieren und leben könnte, daß mit mir nicht auszukommen wäre, — ich habe Parlament und Verfassung vorgefunden, als ich in den Dienst eintrat, — so darf ich wohl kühn behaupten, ich hätte es auf eine so lange Zeit nicht gebracht. So ganz untraitable kann ich also nicht sein; und ich glaube auch hier durch das einfache Faktum, daß ich so lange an der Spitze der Geschäfte des Vaterlandes gestanden habe, nachgewiesen zu haben, daß der Abg. Richter mir Unrecht gethan hat, indem er sagte, ich könne mit einem Parlament nicht regieren. Mit einem Parlament von Richtern, mit einem Parlament, in welchem der Abg. Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren. (Heiterkeit.) „Auch die Spur einer Selbstständigkeit, einer selbstständigen geschäftlichen Behandlung verträgt er nicht!" Vertrage ich nicht jede Ablehnung? Wie viel Ablehnungen habe ich mir schon geholt! Der Abg. Bamberger hat gesagt, das Feld wäre mit Trümmern abgelehnter Vorlagen bedeckt, — gegen wen spricht das? Es ist die Frage: waren die Vorlagen vernünftig, so ist es eine Niederlage für denjenigen, der sie abgelehnt hat, waren sie unvernünftig, so ist gut, daß durch die Ablehnung der unrichtige Weg, auf dem die Staatsregierung gegangen ist, mit einem Schlagbaum geschlossen ist. Darüber sollten Sie doch schweigen. Es ist das natürlichste Ergebniß des konstitutionellen Lebens. Sie schlagen ja Ihrerseits gar nichts vor, Sie haben die Initiative der Gesetzgebung, warum haben Sie nie ernsthaft davon Gebrauch gemacht? Die Fälle sind gegenüber den 1000 Vorlagen der Regierung zu zählen. Es ist aber außerordentlich bequem, die Regierung immer sozusagen herauskommen zu lassen, sich in die Hinterhand zu setzen und alles anzugreifen, herunterzureißen und zu bekritteln mit Weglassung von nothwendigen Argumenten, die für die Regierung sprechen, von dem, was die Regierung irgend vorgebracht hat, nach dem Prinzip: ich habe keine Meinung, so lange die Regierung keine ausspricht; sobald sie sich ausspricht, werde ich eine haben und werde ihr dann widersprechen. Wozu haben Sie die Initiative? Wie können Sie es vor Ihren Wählern verantworten, daß Sie von Ihrer Initiative niemals Gebrauch machen, sondern sich bloß auf's Abwarten, auf's Vigiliren,

auf die Hinterhand legen, um zu warten, welche Farbe die Regierung ausspielt, um dann das Gegenspiel zu ergreifen? Damit können Sie eine Regierung ermüden und dadurch würde Jemand, der weniger von der Hingabe für vaterländische Zwecke getragen wird, wie die jetzige Regierung, ermüdet werden, zunächst schon einfach mit dieser Zwickmühle, die der Abgeordnete Richter wieder angeführt hat: „Niemand sollte Verwendungszwecke festsetzen, ehe die zu verwendenden Summen vorhanden seien", und auf der anderen Seite: „man hat sich geweigert, das Fell des Bären zu theilen, der noch nicht geschossen ist, und wir weigern uns, im Reichstage den Bären zu schießen." Ja, dann mögen Sie doch ein anderes Jagdobjekt vorschlagen, oder Sie bestreiten, daß wir überhaupt eine Vorlage brauchen. Das ist also die Frage, die uns künftig beschäftigen wird, die Frage des Bedürfnisses, und auf dem Felde erwarte ich Sie: es wird immer das dem Herrn Abg. Richter so unangenehme Gespenst des preußischen Exekutors sein, welches uns auf diesem Felde immer wieder begegnen wird. Aber ich mache nur darauf aufmerksam: wäre es nicht wirklich des preußischen Landtags und des Reichstags würdig, daß, wenn Sie der jetzigen Regierung, die sich abquält, Ihnen Vorlagen zu machen, jede Konzession verweigern, Sie endlich Ihrerseits einmal eine Andeutung machen, wohin Sie wollen? Geben Sie uns in dieser Richtung etwas, daß wir es thun, oder daß Sie sich vor dem Lande mit der Erklärung von der Verantwortlichkeit hinstellen: wir halten die jetzigen Zustände für so vortrefflich, wie Candide die Zustände der Welt hielt, und wollen sie in Ewigkeit beibehalten und werden diesem Ministerium, so lange es regiert, nicht gestatten, daß es auf der erstrebten Bahn einen Schritt vorwärts kommt. Das wollen wir nur vor der Bevölkerung klarstellen. Der Wähler ist ja bisher über die Frage, wen er wählt, und wofür, vollständig im Dunkeln, er erfährt ja gar nicht, was hier verhandelt wird, er liest nur *seine* Presse, und da giebt Jeder nur das, was seine Partei gesprochen hat, da herrscht die Agitation der Fraktionen, deren Interessen stehen voran, die Gründe der Regierung bleiben unerwähnt.

Der Herr Abgeordnete hat ferner mir eine Intention untergeschoben, die ich nicht habe und auch nicht kundgegeben,

nämlich den Mißbrauch der Auflösung. Er hat gesagt, ich würde so lange auflösen, bis der Landtag zu Kreuze kriecht. Meine Forderung an den Landtag ist viel konstitutioneller; ich sage: der König hat das Recht und wird von diesem Recht so lange Gebrauch machen, ihn aufzulösen, bis der Landtag auf die Frage, die vom Könige vorliegt, eine Antwort mit Ja oder Nein giebt. Fällt diese Antwort mit Nein aus, so wird der König sich vor der Verfassung beugen und sagen: Sie haben das Recht, abzulehnen und die Verantwortung für Ihre Ablehnung. Sie haben das Recht, abzulehnen oder zu bewilligen, ich bedauere Ihre Ablehnung; aber wegen solcher wird man nicht wiederholt auflösen. Aber den Landtag, der Strike macht, wird man mit dem Beifall der ganzen Bevölkerung dauernd auflösen und die Regierung hat ein Recht, die Meinung des Landes durch dessen Vertreter zu erfahren, und eine parlamentarische Versammlung, die aus Parteirücksichten, weil ihr die Besprechung der Sache unangenehm ist, weil sie fühlt, daß ihre Sache, die sie dabei vertritt, eine schwache ist, die deshalb die Diskussion todtschweigen und verhindern will, die wird fünfzigmal aufgelöst werden können, ohne daß man konstitutionelle Prinzipien verletzt.[1]) Ein Recht auf Aeußerung, auf „Ja“

---

[1]) Sobald die Kammer durch ihr Verhalten den Beweis liefert, daß bei ihrer jetzigen Zusammensetzung eine für den Staat ersprießliche Wirksamkeit nicht zu erwarten ist, ist die Krone, welche zum höchsten, neutralen und über den Parteien stehenden Wächter der Wohlfahrt des Landes berufen ist, zur Auflösung der Kammer berechtigt und verpflichtet. Das Repräservativsystem hat die Herrschaft des vernünftigen Gesammtwillens zum Zwecke und beruht, wie Rönne in seinem Staatsrecht der preußischen Monarchie (4. Aufl. 1. Band § 66 S. 282) ausführt, auf der Voraussetzung, daß die gewählten Vertreter des Volkes ein möglichst getreues Abbild desselben seien und in der Wahrheit seine Wünsche, Beschwerden und Forderungen ausdrücken. Nun ist z. B. die Manchesterpartei, welche sich mit der Fortschrittspartei deckt, von der überwiegenden Mehrheit des Volkes gründlich verurtheilt. Bei der bekannten Agitationsweise dieser Partei, welche die Absichten der Staatsregierung entstellt und verdreht, dem Volke viel verspricht und wenig hält und stets auf dem äußerst bequemen Oppositionsstandpunkt beharrt, anstatt positiv im Interesse des Volkes thätig zu sein, ließ sich der Fall einer fortschrittlichen Majorität denken. Es dürfte in einem solchen Falle keinem Zweifel unterliegen, daß die Krone konstitutionell handelt, wenn sie die Kammer so lange auflöst, bis eine andere Majorität aus den Wahlen hervorgeht.

oder „Nein“ haben wir, wir verlangen nur, daß geprüft wird. Sobald der preußische Landtag seinerseits auch ablehnt, das habe ich ja schon gesagt, dann ist die Sache fertig, dann haben wir weiter nichts zu thun, und ich habe noch hinzuzufügen, daß mir persönlich das nicht unangenehm sein wird.

Der Abgeordnete hat ferner gesagt:

Entstehung des Konfliktes.

> Woraus ist denn in Preußen der Konflikt entstanden? Aus der Schwäche einer liberalen Mittelpartei, die auf die Heeresorganisation nicht eine direkte Antwort gegeben hat.

Das bestreite ich; der Konflikt ist entstanden dadurch, daß eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich ihrerseits in Konflikt setzte mit dem Geist und Beruf der preußischen und deutschen Nation. (Sehr richtig! rechts.) Die Thatsache war, daß der König mit seinen Vorlagen die nationale Sache vertrat, der König mit seiner Armee-Organisation, und daß der König lediglich aus parlamentarischer Machtlust, aus Parteitaktik bekämpft wurde. Dieselben Herren sagen, sie wären von Anfang an für das Deutsche Reich thätig gewesen, und sie hätten eigentlich das Verdienst, daß es überhaupt zu Stande gekommen, und sie hätten den Gedanken zuerst gehabt. Das Letztere, die Priorität, ist einmal nicht da. Wer hat 1813 und 1815, in der ganzen Zeit seither, das Deutsche Reich nicht gewünscht? Vielleicht kaum ein reaktionärer Heißsporn, wie mir kaum einer bekannt ist; denn selbst ich, ehe ich durch die Erbitterung über die Barrikade von 48 beeinflußt wurde, kann doch viele Zeugnisse aus meinem früheren Leben dafür anführen, daß mir eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat. Diejenigen Herren, die jetzt behaupten, sie hätten die bestehende gemacht, die haben stets fromme Wünsche in ihrem Herzen gehabt, ich habe mich praktisch an's Werk gelegt, diesem Wunsche Folge und Erfüllung zu bieten; Sie haben gerade das Gegentheil von dem, was für jeden praktischen und klaren Kopf nothwendig war, gethan, um die Neubildung des Deutschen Reiches herbeizuführen. Wer auch nur die Anfangsgründe der Politik je berührt hat, der mußte sich sagen, daß ohne die preußische Armee, und eine starke preußische Armee, der deutschnationale Gedanke sich gar nicht verwirklichen ließ, und ohne daß der König von Preußen ihn sich

aneignete; und die Aufgabe lag nicht darin, Reden auf der Tribüne zu halten und zu überzeugten Leuten zu sprechen, sondern sie lag darin, die Zustimmung des Königs von Preußen zu den allein praktischen und durchschlagenden Maßregeln zu gewinnen und dem König von Preußen eine hinreichend starke Armee in die Hand zu geben, daß er sich zum Vollstrecker der nationalen Bedürfnisse machen konnte. Auf diesen Gedanken, meine Herren, ist keiner von Ihnen gekommen; Jeder von Ihnen hätte 1862 an meiner Stelle Minister werden und beim König vielleicht noch bessere Aufnahme finden können, wie ich, da damals der Herr mich für zu reaktionär hielt, um mir das volle Vertrauen sofort in die Hand zu geben. Aber wer von Ihnen hat überhaupt irgend nur einen Gedanken in der Richtung geäußert? Wer hat nun den Wunsch ausgesprochen, Preußen soll eine starke Armee haben? Sie haben gesucht, diese Armee zu zerbröckeln, zu untergraben (Widerspruch links), zu einer Miliz zu machen, mit einer zweijährigen Dienstzeit und einer noch kürzeren; wenn wir forschen in den damaligen Reden, werden wir die Berufung auf amerikanische Zustände finden, auf die Miliz. Glauben Sie denn wirklich, daß man damit das hätte machen können? Sie sind damit auf dem Holzwege gewesen und haben gerade am unrechten Ende die Sache angefangen; das, was Ihnen helfen konnte, die preußische Armee, haben Sie bekämpft und unterdrückt, Sie haben den Offizier gehaßt und angefeindet. Ich erinnere an die Zeit von Sobbe und Putzki und dergleichen Erscheinungen, wie die Presse dergleichen Sachen eifrig aufnahm, wie sie die Vergehen Einzelner dem Stande zur Last legte. Lesen Sie die Presse von damals; wie ist die Armee verhöhnt worden, die allein der Träger des nationalen Gedankens schließlich geworden und geblieben ist. Es war damals immer die Rede von Professor und Presse auf der einen Seite und Armee auf der anderen Seite, und das Erste, was man bei meinem ersten Auftreten als Minister von mir sagte, war etwas, was mir sehr schmeichelhaft war, man sagte von mir: dem sieht man auf den ersten Blick an, der ist nichts, wie ein preußischer Offizier in Zivil. Ich habe das Anerkenntniß dankend angenommen und das Gefühl als preußischer Offizier, wenn ich auch nur die äußerlichen Kennzeichen davon habe, trägt mich noch höher

auf der Woge der nationalen Bestrebungen, der Vaterlandsliebe, als irgend eine parlamentarische Attribution, die ich hier ausübe. (Bravo! rechts.)

Ich muß nach der Reihenfolge des Leitfadens gehen, den ich hier habe.

Die Gefahren des Fraktionswesens. Die Fortschrittspartei ist, wenn auch unbewußt, republikanisch.

Da wird gesagt: „Der Reichskanzler war nicht immer gegen die Fraktionen.“ Ja, meine Herren, das kommt sehr auf die Fraktionen an. Gegen die Fortschrittsfraktion, das Zeugniß muß mir doch der Herr Abgeordnete geben, bin ich seit 20 Jahren so stetig, wie eine Magnetnadel, immer gewesen, und die Gefahr, die uns von Seiten der Fortschrittspartei, von Seiten dieser in ihrem Herzen streng royalistisch-republikanischen, unbewußt republikanischen... (Oho! links). Ja, meine Herren, Sie kennen sich selbst nicht, das ist aber doch die erste politische Regel. (Heiterkeit.)

Sie kommen nothwendig dahin. Die Leute zur Zeit Mirabeaus haben auch nicht geglaubt, zur Republik zu kommen, und ich weiß noch mehr fremde Staaten, wo die Machthaber und Radikalen es heute noch nicht glauben und den Gedanken mit Entrüstung zurückweisen; Sie werden es vielleicht noch erleben, daß auch in anderen Ländern das noch vorkommt. Was die geschichtliche Entwicklung und Beobachtung anlangt, können Sie meinem Urtheil immer einigen Glauben schenken, wenn ich auch hier in Deutschland nie auf das Maß von Vertrauen Anspruch machen werde, was man mir im Auslande schenkt.

Also es kommt immer auf die Fraktionen an. Ich bin nur gegen den Gedanken, daß die Fraktion etwas anders sei, wie das Instrument und der Weg, sein patriotisches Interesse für die Gesammtheit zu bethätigen, und daß die Fraktion jemals Selbstzweck wird, und ich habe die Befürchtung ausgesprochen, daß wir auf dem Wege sind, daß der Fraktionsgedanken den Reichsgedanken verdunkelt, daß wir die allgemeinen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren, hauptsächlich wegen der deutschen Eigenschaft: der Korpsgeist, wie wir ihn auf den Universitäten haben, daß der Kampfeszorn zwischen den verschiedenen rivalisirenden Parteien zu heftig geworden ist. Gerade so, wie wir in Deutschland sehr viel Schwierigkeiten haben, Zwistigkeiten zwischen den Regimentern einer Garnison zu

verhindern, die verschiedene Uniform oder nur verschiedenes Lederzeug tragen — wer Soldat gewesen ist, weiß, daß der Deutsche sofort bereit ist, bande à part zu machen und mit großer Erbitterung gegen den Partei zu nehmen, der nicht dieselben Knöpfe an der Uniform trägt, der dem Vaterlande auf eine andere Weise zu dienen glaubt, wie er selbst. Die Zwecke der Fraktionen bekämpfe ich ja gar nicht, nur die zornigen Auslassungen, die es nicht zulassen, eine Verständigung unter einander herzustellen — ich kann eine Verständigung nicht zu Stande bringen.

Der Herr Vorredner sagt ferner:

> Wir sind fest und einig, weil unsere Wähler es sind; die Mehrheit in den Fraktionen ist nicht bestimmend, wenn der Wahlkreis anders denkt.

Wie die Wahlen gemacht werden.

Ja, meine Herren, wie denkt der Wahlkreis? Das ist sehr schwer zu bestimmen, dann müßte der ganze Kaukus — diese ganze Kaukus-Erfindung ist es ja, was jetzt die englischen Wahlen beherrscht und in unseren Wahlen mehr und mehr herrschend wird — da bildet sich eine Association, die die Fäden der Presse, des Vereinswesens und der Korrespondenz dergestalt in den Händen hat, daß es in jedem Wahlzentrum eine Anzahl von Vertrauensmännern und Organen giebt, die von demselben Hauptzentrum bedient und geleitet werden, und wo sofort per Telegraph die Parole ausgegeben werden kann, und wenn in irgend einer Stadt — ich will jetzt einmal von England sprechen — also von 30—40 Kaukusassoziirten eine Parole, ein Name ausgegeben wird und Jeder für einen Einfaltspinsel und Feind gehalten wird, der etwas Anderes will, dann sind 40 Menschen, wo außer ihnen sich keine drei gegenseitig verständigt haben, ein ganz kompaktes Bataillon, die ergreifen nun Besitz von der Position, mehren sich schnell und man getraut sich schwer, gegen sie aufzukommen, es ist gewissermaßen eine Besatzungstruppe, die in jeder Wahlfestung von einer bestimmten Partei unterhalten wird, und mit der man durch Telegraphen und Presse in Verbindung steht, und die sofort im Stande ist, sobald der Wahl-Kriegszustand in diesen Wahlorten erklärt wird, 40 oder 100 Mann stark geschlossen nach einem bestimmten Befehl laut und sicher aufzutreten. Mit diesen Kaukus-Stimmen, wer das kennt, der lacht

darüber, wenn er nachher von dem Willen der Nation, von den Stimmungen in den Wahlkreisen hört, nur ein Kaukus-Associé wird unter Umständen den anderen aus den Sattel heben, und dieses aus dem Sattel heben des Gemäßigten durch den Weitergehenden liegt in der natürlichen Entwickelung der Zukunft.

Der Reichskanzler ist eher als der Abg. Bamberger berechtigt, im Namen der Nation zu sprechen.

Also wenn der Herr Abg. Bamberger z. B. hier im Namen der Nation sprach, wenn der Herr Abg. Richter sagte, das Volk selber schließt sich immer mehr zusammen zu einem Ring, so möchte ich doch die Frage stellen, was hat denn der Herr Abg. Bamberger für ein Recht, im Namen der deutschen Nation zu sprechen, und was hat der Herr Abg. Richter mehr Recht wie ich, im Namen der deutschen Nation zu sprechen? Den Herrn Abg. Bamberger möchte ich bitten, einmal einen Rückblick auf unsere Vergangenheit zu werfen. Wir sind Beide, ich im Jahre 1847 und er im Jahre 1848 in die Oeffentlichkeit der Politik getreten. Ich will die Thür, durch die wir eintraten, hier ganz außer Betracht lassen, ich rechte mit der Vergangenheit nicht. Seitdem hat der Herr Abgeordnete einen erheblichen Theil seiner Vergangenheit in Paris zugebracht. So viel ich weiß, liegt seine Auffassungsweise noch mehr domizilirt in jener großen Hauptstadt an der Seine, wie bei uns; der Herr Abg. Bamberger würde, wenn das in Frankreich zulässig wäre, jedenfalls sujet mixte sein. Und was hat der Herr Abg. Bamberger in der Zeit praktisch zur Förderung unseres Nationallebens überhaupt gethan? Blicken wir auf die 30 Jahre zurück, was der Herr Abg. Bamberger seitdem gesprochen und geschrieben hat, und was ich seitdem geleistet habe, und dann glaube ich, werden Sie finden, ich bin berechtigt zu der Behauptung, daß ich, der deutsche Reichskanzler, der ich nach dem Willen des Kaisers bin, mehr Recht habe, im Namen der deutschen Nation zu sprechen, als Herr Bamberger. Wenn ich nicht durch meine Eigenschaft als Mitglied des Bundesrathes behindert wäre, so zweifle ich nicht, daß mir ein Wahlkreis in diesem Lande eröffnet würde, und daß ich dann gerade im Namen der deutschen Nation und des Wahlkreises sprechen könnte. (Sehr richtig! rechts.)

Jetzt, wo ich bloß den Kaiser, meinen Herrn, und die verbündeten Regierungen und, wie ich glaube, eine gewisse

Sympathie, deren Theilnehmer nach Köpfen doch stärker ist, als die Majorität, die der Herr Abg. Bamberger bei der Wahl gehabt hat, wenn wir alle die auszählen könnten, die ich für mich hätte, so glaube ich doch, daß ich mehr Anspruch darauf habe, mich für einen Vertreter, ich will nicht sagen, für den Vertreter der deutschen Nation zu halten, als Jemand der mit einer schwachen Majorität aus irgend einem Wahlkreise hervorgegangen ist. Wenn ich der deutschen Nation widerstrebte, dann wäre ich nicht so lange in dieser Stellung, es würde mich wie der Sturmwind hinweggeweht haben, also diesen meinen Anhalt am deutschen Volke wird mir der Herr Abg. Bamberger nicht nehmen, und sein Baum auf dem Boden wächst nicht an die erste Zweigtheilung des meinigen heran.

Diejenigen Abgeordneten, wie z. B. Richter, deren Beruf in der Preßthätigkeit besteht, können nicht von Opfern sprechen, die sie durch ihr Mandat ihrem Berufe bringen.

Der Herr Abg. Richter hat ferner gesagt: „uns fesselt wahrlich nicht Ehrgeiz an diesen Platz; es giebt Viele, die in ihrem Berufe schwere Opfer bringen.“ Findet das nun Anwendung auf alle Diejenigen, deren Beruf hauptsächlich in der Thätigkeit in der Presse besteht? Von Denen bestreite ich, daß sie irgend ein Opfer bringen; im Gegentheil, je länger die Sitzung dauert, und je lebhafter sie daran betheiligt sind, desto mehr sind sie in der Lage, sich zugleich mit ihrem Beruf zu befassen und ihn mit mehr Erfolg, mit verdoppelten Kräften und verstärktem Kapital zu betreiben. Allerdings für eine große Anzahl unter uns, für alle Diejenigen, die auch dann noch, wenn sie aufhören, Abgeordnete zu sein, Geschäfte haben, die ihnen am Herzen liegen, die zur Erhaltung ihres Lebensstandes erforderlich sind — für die ist es außerordentlich hart, es ist ein großes Opfer, und ich bedauere, daß wir genöthigt sind, das zu fordern. Wir würden es in viel geringerem Maße fordern, wenn wir etwas mehr — ich will nicht sagen — Entgegenkommen, sondern etwas mehr Offenheit, Aufrichtigkeit und Schnelligkeit im Arbeiten fänden, daß man uns einfach Ja oder Nein sagt zu früherer Zeit, daß man uns nicht hinhalten möge durch die Thatsache, daß man statt der Vorlagen immer das Ministerium persönlich bekämpft, ohne es vor einer großen Anzahl der Wähler offen eingestehen zu wollen. Es wird keine Rede gehalten, auch selbst von dem Herrn Abg. Bamberger nicht, wo nicht am Schluß eine Anerkennung für mich kommt über meine außerordentlichen Verdienste; das

glaubt er seinen Wählern schuldig zu sein. (Heiterkeit.) Aber dann kann er um so schärfer und mit um so giftigeren Pfeilen mich angreifen; denn er ist ja mein Freund, mein Bewunderer. Er hat ein Buch über mich geschrieben, im Jahre 1867, auf das ich stolz bin. Also er ist vielmehr in der Lage, von dieser Stellung aus mich herabzusetzen in der Oeffentlichkeit, indem er immer sagen kann: ich erkenne ja seine Verdienste an. Aber hier findet wirklich das statt, was der Herr Abg. Richter an irgend einer Stelle, die ich nicht finde, gesagt hat, ich sollte einmal behauptet haben, daß man wahnsinnig sein müsse, um das Geld — (Zuruf links: Minister Lucius!) — oder Minister Lucius, nun gut, das ist mein Kollege. Aber vergegenwärtigen sich denn die Herren nicht, daß, wenn Sie das au pied de la lettre nehmen, da die Zustimmung der Abgeordneten zur geschehenen Verwendung vorliegt, daß Sie damit denselben Vorwurf der Geisteskrankheit auf die Majorität werfen, die dieser Verwendung zugestimmt hat? Das kann unmöglich in Ihrer Absicht liegen. Herr Lucius kann nur Verwendungen gemeint haben, die willkürlich gemacht würden, ohne Zustimmung gemacht würden. Bloße Vorschläge, bloße Einwilligung in die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über die Verwendung der Gelder können mit dem Worte unmöglich gemeint sein.

Die auf die Einigung Deutschlands abzielende preußische Politik; die Fortschrittspartei hat diese Politik stets bekämpft.

Der Herr Abg. Richter hat ferner gesagt: ich hätte die Sprache des Absolutismus gesprochen. Ja, meine Herren, das ist nicht zutreffend; aber ich würde, wie ich schon bei früheren Gelegenheiten gesagt habe, keinen Augenblick anstehen, die Sprache des Absolutismus zu reden, wenn ich mich überzeugen müßte — wovon ich bisher nicht überzeugt bin —, daß Absolutismus und Patriotismus übereinstimmend sind, daß die deutsche Nationalität, die deutsche Unabhängigkeit nach Außen und nach Innen Schutz und Würdigung nur bei den Dynastien findet, und namentlich bei meinem Herrn, dem König von Preußen — kurz und gut, wenn ich optiren müßte zwischen meinem Vaterlande und der parlamentarischen Majorität, so kann meine Wahl niemals zweifelhaft sein. Ganz abgesehen davon — so weit wie ich es hier ausspreche, glaube ich es Jedem zum Muster empfehlen zu können, daß er zwischen Patriotismus und Liberalismus nie zweifelhaft sein sollte in

der Wahl — wenn ich in meinem innersten Gefühl unter Umständen noch weiter gehe und wenn ich entschlossen bin, selbst mit einem Unrecht habenden Monarchen, wenn er mein angestammter Herr ist, auch dann zu Grunde zu gehen, wenn er im Unrecht ist — das ist meine ganze persönliche Liebhaberei, die will ich Niemand empfehlen. Ich vertrete auch amtlich die Sache nur so weit, daß ich sage, es ist traurig genug, wenn in der Ueberzeugung eines Mannes, der so in Geschäften steckt, wie ich, und der, wie ich glaube, ein ruhiges Urtheil darüber sich bewahrt hat, schließlich die Worte „Absolutismus" und „Patriotismus" näher verwandt werden, als verfassungsmäßig wünschenswerth ist. Der Herr Abgeordnete sagte schließlich: Da war es die Nation, da waren es Männer auf der liberalen Seite zumeist, die im Widerspruch mit den Dynastien den deutschen Gedanken lebendig erhielten". Ja, meine Herren, lebendig erhielten wie im Käfig, wie man einen Vogel, einen Spatz im Käfig hält oder einen Papagei. Man hat darüber gesungen, Schützen- und Turnfeste gehalten, so war der Gedanke lebendig. Wer aber hat für den Gedanken gewirkt und gearbeitet, wer hat den Entschluß so gehabt, wie ich — ich habe es schon einmal auf dieser Stelle gesagt — so wie ich es im Jahre 1862 gethan habe, daß ich meine ganze Lebensexistenz und nach den Behauptungen der damaligen fortschrittlichen Blätter vielleicht meinen Kopf — es gingen die Redensarten von Strafford und Polignac — einsetzte um die Möglichkeit zu haben, die Zustimmung des Königs von Preußen zu einer nationalen deutschen Politik zu gewinnen? Und auf der anderen Seite wollte ich meinem Herrn, der sagte: ich weiß Niemand, wollen Sie mir auf jede Gefahr hin dienen, meine Dienste nicht versagen. Ich habe damals Mitwirkung gesucht, ich habe Vertreter gesucht, ich fand keine. Warum haben die Herren, die den deutschen Gedanken so tief im Herzen tragen und von Geburt an gepflegt und gehegt haben, aber heimlich, recht heimlich, ohne etwas dafür zu riskiren, (Zuruf links) warum sind sie damals nicht hervorgetreten? Was haben sie riskirt? (Ruf: Gefängniß, Alles!) Das war wohl nicht für den nationalen Gedanken, das wird wohl andere Gründe gehabt haben. (Heiterkeit.) Ich will Niemand Unrecht thun, ich weiß Solche, die wirklich für den

nationalen Gedanken gelitten haben, man braucht nur an die Burschenschaft zu denken, und Einige, die in irrthümlicher Auffassung der Mittel, weil ihnen das Verständniß für die politische Situation fehlte, anstatt zu suchen, eine hinreichende Armee in Deutschland zu schaffen, dieses Mittel in ihrer schwachen Faust und auf der Barrikade suchten. Das kann Jedem passiren, und für die habe ich keine Rancüne, die habe ich nicht nennen wollen, ich bedauere, daß ihnen das Unglück passirt ist. Aber ich habe eine sehr angenehme Stellung vollständig auf's Spiel gesetzt, und wenn beispielsweise die innere Kampagne gegenüber der Fortschrittspartei mißglückt wäre, wenn man mich fallen ließ, ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre. Das hatte man mir jedenfalls zugesichert, das von meinem Vermögen nichts übrig bleiben würde, man hatte sogar mit Zuchthausstrafe gedroht. Das ist die Aussicht, die mir in fortschrittlichen Blättern gestellt wurde. Aber nehmen Sie bloß an, wenn wir im Kriege Unglück gehabt hätten, außer mir hat Niemand riskirt, einen Krieg zu fördern, aus dem er nicht kommen durfte, wenn der Krieg fehlschlug, und das hing nicht von mir ab, ob er fehlschlug. Ich bin sehr selten geneigt gewesen, ein oratio pro domo zu halten; aber wenn der Herr Abg. Richter mir gegenüber als Rivale in den Verdiensten für Schaffung des Deutschen Reiches und des nationalen Gedankens auftreten will, da muß auch ich in dem Sinne sprechen und ihm einfach sagen: da kommen Sie nicht mit mir mit. (Lebhaftes andauerndes Bravo rechts, Zischen links.)[1])

Nach der Rede des Reichskanzlers sprach der Abgeordnete Dr. Bamberger; hierauf erwiderte Fürst Bismarck Folgendes:

---

[1]) Vergleiche die oben bereits citirten trefflichen Brochüren: „Die deutsche Politik der preußischen Regierung und die Hauptgegner derselben"; sodann „Herr von Bismarck und die Fortschrittspartei". In denselben ist ein reichhaltiges Material dafür beigebracht, daß die Behauptung, Richter's, es seien die liberalen Männer es gewesen, welche im Widerspruch mit den Dynastien den nationalen Gedanken lebendig erhalten, ebenso unwahr ist, wie die im Winter 1876/77 in den Volksversammlungen zu Haspe, Hagen und Iserlohn, sowie später in einer Versammlung zu Gransee aufgestellten Behauptungen, der Herr Reichskanzler habe im Jahre 1873 aus Eigennutz, um seine landwirthschaftlichen Maschinen aus England billiger beziehen zu können, die Herabsetzung des

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich will zuerst gegenüber der Behauptung des Herrn Abg. Richter, daß in Amerika kein Kornzoll existirte, anführen, daß ich mir inzwischen den amerikanischen Tarif habe geben lassen, und derselbe enthält unter Roggen den Satz: per Bushel 15 Cent, das ist etwa am Roggen berechnet meiner Annahme nach 50 Pfund, das macht also auf den Zentner 30 Cent, 30 Cent sind etwa ein Drittel eines Dollars, der hat etwa 4 Mark und etwas darüber, also es ist der Schutzzoll, der auf Roggen in Amerika lastet, mehr wie 1 Mark per Zentner gegen unsere halbe Mark, und der Abg. Richter wird mir darnach zugeben, das er irrthümlich seine Behauptung aufgestellt hat.

Die Richter'sche Behauptung, daß in Amerika kein Kornzoll bestehe, ist unwahr.

Dann unter Weizen steht: per Bushel 20 Cent, das macht nach meiner Rechnung auf den Doppelzentner Weizen etwa 3,15 Mark, also auf den einfachen 1,62 Mark. Ich habe also vollständig Recht gehabt, zu behaupten, daß in Amerika der Schutzzoll erheblich höher ist wie bei uns, und der Abg. Richter wird vielleicht selbst Neigung haben, seine Angabe zu berichtigen.

Der Abg. Bamberger nöthigt mich, auf einige Angriffe, die doch auch wiederum den Gegenstand viel weniger treffen, als meine Person, zu antworten. Da muß ich ihm zuerst allerdings zugeben, daß mir mitunter die Zeit fehlt, alles zu hören und auf alles zu antworten. Auch selbst wenn ich ganz gesund wäre, würde sie mir fehlen, denn ich habe nicht nur Nebengeschäfte außer den parlamentarischen, sondern mein eigentlicher Beruf ist gar nicht der parlamentarische. Wenn ich als Reichskanzler hier erscheine, so ist meine Legitimation ziemlich zweifelhaft. Ich habe als preußischer Bevollmächtigter

Die fortgesetzten Angriffe auf die Person des Reichskanzlers.

Eisenzolles veranlaßt. In der Versammlung zu Gransee fügte der Abgeordnete Richter noch hinzu: „Als er (der Reichskanzler) dann die Maschinen eingeführt hatte, hielt er es für besser, den Eisenzoll wieder einzuführen und zugleich für seine Besitzungen den Holz- und Getreidezoll.“ (Vgl. die Rede des Ministers des Innern von Puttkammer in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Februar 1882.) Nun hat der Reichskanzler nie Maschinen aus England bezogen! Abgesehen von der äußerst gemeinen Gesinnung, welche in den Richter'schen Worten zum Ausdruck gebracht ist, sei noch darauf hingewiesen, daß in den fortschrittlichen Blättern, welche die fraglichen Reden des Abg. Richter

ein Recht, hier zu erscheinen, aber doch durchaus nicht die Pflicht; es ist ein freiwilliger Dienst, den ich der gegenseitigen Verständigung leiste, wenn ich überhaupt hierher komme, und mit Ihnen diskutire; ich habe eine verfassungsmäßige Verpflichtung dazu nicht; und wenn der König von Preußen sein Gewicht von dem Reichsboden mehr wie bisher zurückziehen wollte, dann brauchte er bloß seinen Vertretern im Bundesrathe zu empfehlen, im Reichstage nicht mehr zu erscheinen und nicht mehr zu diskutiren. Das wäre nicht verfassungswidrig, denn wir haben keine Verpflichtung. Ich vertrete hier auch nicht meine Ansichten, sondern die Beschlüsse des Bundesraths, der per majora beschließt. Ich prästire also diligentiam recht erheblich, wenn ich diese Lücke der Verfassung überhaupt decke mit einer Bereitwilligkeit, hier einzutreten; aber es wird auch der Anspruch, der an mich gestellt wird, dadurch übertrieben, daß viel zu wenig sachlich diskutirt wird (Lachen links), sondern jede Einwendung damit anfängt: der Herr Reichskanzler hat gesagt. Hätte er nun die größte Thorheit gesagt, so ändert dies, wie ich schon öfter bemerkt habe, in der Sache gar nichts, man greift immer viel mehr meine Person an, meine Tendenz, meine Politik, man bleibt nicht, bei der Sache, meine Person wird also künstlich herangeholt, weit über das Maß hinaus, was berechtigt ist, und dem Rede zu stehen ich verpflichtet bin. Es handelt sich hier darum, ob ich überhaupt ein brauchbarer oder wünschenswerther Minister bin oder nicht. Die Herren weichen immer ab von der Sache, (Lachen links) ebenso wie früher ein preußischer Landtag. Es tönt mir die Stimme der Herrn Abg. Virchow noch in den Ohren: „der Herr Ministerpräsident hat gesagt", anders

---

sonst wortgetreu wiedergeben, jene Stellen nicht zu finden sind. Es zeigt dies die höchst bedenkliche und durchaus verwerfliche Agitationsweise dieses Agitators. Da ist doch wohl die Annahme gerechtfertigt, daß ihm bei seiner Agitation Schmähung und Verdächtigung des Reichskanzlers Hauptzweck ist. Um davor der Verantwortung zu entgehen, oder damit Herrn Richter gegebenen Falles der Rückzug ermöglicht wird, darf die Parteipresse solche mündlich in das Volk geworfenen erdichteten, den höchsten Beamten des Reiches schmähenden Aeußerungen nicht zum Abdruck bringen. Das ist der politische Mannesmuth, dessen sich der Abgeordnete Richter rühmt.

hat er nie einen Satz angefangen. Was ich gesagt habe, war unter Umständen ganz gleichgültig. Wenn er gesagt hätte, die Vorlage, dann hätte ich das zugegeben. Es ist erstaunlich, wie oft mein Name angeführt wird; er ist ganz gleichgültig, es ist hier von keiner Politik des Reichskanzlers die Rede, sondern ich vertrete die Beschlüsse des Bundesrathes, und wenn Sie sachlich bleiben wollten, müßten Sie sagen: die verbündeten Regierungen haben die Vorlagen gemacht — so müßten Sie mich aus dem Spiel lassen. Aber meine Person reizt Sie, meine Art zu sprechen reizt Sie, ich bleibe Ihnen zu lange an dieser Stelle. Das begreife ich ja, Andere wollen ja auch einmal heran, aber lassen Sie mich doch Ihre Verstimmung nicht entgelten, denn ich habe Ihnen ja ausdrücklich gesagt, es ist nicht mit meinem Willen, daß ich bleibe. Ich würde Ihnen sehr gern Platz machen, ich würde mich außerordentlich freuen, Sie operiren zu sehen. Wenn Sie meine Person mehr aus dem Spiele ließen, dann würden Sie dieser Häckeleien, auf die ich genöthigt bin zu reagiren, überhoben sein, würden außerordentlich viel Zeit gewinnen, und die Sachen würden dadurch nur gewinnen. Ich muß schließlich lediglich im Interesse des Geschäftsganges mich damit vertraut machen, daß ich überhaupt hier wegbleibe, denn ich wirke gewissermaßen wie das rothe Tuch — ich will den Vergleich nicht fortsetzen. (Heiterkeit.)

Ich habe früher gesagt, wie der Auff, der Uhu in der Krähenhütte: so wie ich komme, ist etwas los. Der Herr Abg. Lasker hat gesagt: der Reichskanzler wird eine große Aktion machen. Ich hasse große Aktionen, und bin vergnügt, wenn ich dessen überhoben bin.

Der Herr Abg. Bamberger hat gesagt: mein ganzes System sei falsch. Ja, diese Ueberzeugung ist vollständig gegenseitig, es ist eine petitio principii; ich halte das System des Herrn Abg. Bamberger von Grund aus falsch und das der ganzen Fortschrittspartei; ich halte den ganzen Freihandel für falsch. Also mit dieser allgemeinen Behauptung, daß wir unser System gegenseitig für falsch halten, kommen wir nicht weiter, das ist eine ganz selbstverständliche Sache. Ich glaube, Sie sind im Irrthum und Sie glauben ich bin im Irrthum, und wir plaidiren Jeder für seine Sache vor der Nation, nicht

Die Schutzzollpolitik entspricht der preußischen Tradition.

vor der Nation, die der Herr Abgeordnete Bamberger meint, zu vertreten, sondern vor der Nation, wie sie in den nächsten zehn Jahren schließlich wählen wird. Meine Politik reicht weiter wie bis zu den nächsten Wahlen; wenn ich mich hätte darauf beschränken sollen, hätte ich mich mit Politik nicht eingelassen, wenn ich die nächsten Wahlen hätte befürchten sollen. Ich bin gewohnt mit weiteren Perioden in der Politik zu rechnen, als mit der einer Reichstagssession.

Der Herr Abg. Bamberger hat behauptet, ich hätte das Schutzzollsystem und das Monopol aus Frankreich genommen. Es ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld der Geschichte, daß uns Frankreich, weil es früher zu einem einheitlichen Staat gekommen ist, weil es früher seine Unabhängigkeit gehabt hat, und eine freiere Anwendung und Bewegung seiner Gesetzgebung auf eine große Nation, was uns ja bis vor Kurzem vollständig gefehlt hat, daß Frankreich uns in manchen Beziehungen in der geschickten wohlthuenden Behandlung einer Nation durch die Gesetzgebung einen Vortritt abgewonnen hat. Wollen wir uns nun deshalb, weil Frankreich das Monopol hat, auf den Standpunkt des Herrn Bamberger stellen, daß wir von dergleichen nichts wissen wollen? Ich lerne sehr gerne, ich lerne auch vom Herrn Abg. Bamberger sehr gerne, ich behaupte nicht, ausgelernt zu haben, aber den Schutzzoll haben wir von daher nicht geholt. Wir haben ihn unter Friedrich dem Großen in sehr hohem Maße gehabt, wir haben ihn zur Zeit des alten Zollvereins — der Tradition, auf die man sich so gerne beruft, — in dreifach höherem Maße gehabt, und der Versuch, uns davon loszusagen, ist ein ganz neues Experiment, was vor 15 oder 20 Jahren seinen Anfang genommen hat und was sich nicht bewährt hat, weil es uns nahe an den Hungertod und an die Auszehrung gebracht hat. Alle Nationen, die Schutzzölle haben, befinden sich in einer gewissen Wohlhabenheit und auch Frankreich, was an dieser angeblich aushungernden Krankheit seit Jahrhunderten und länger, seit Colbert, leidet, wir finden, daß es prosperirt, daß es trotz seiner ungeheuren Verwüstungen, die durch innere Revolutionen und Kriege entstanden sind, doch eine sehr reiche Nation ist, von der es schon im vorigen Jahrhundert zweifelhaft war, zur Zeit des siebenjährigen Krieges, ob Frankreich

oder England reicher wäre, und das noch heute die ungeheuren Kosten seiner Revolution und Kriege mit einer Sicherheit ertragen kann, wie sie die unsrige weit übersteigende Militärlast mit einer Freudigkeit trägt, die uns zum Beispiele dienen sollte. Was hat Amerika für große Geschäfte gemacht finanziell und wirthschaftlich von dem Augenblick an, wo es den doppelten, fünffachen, zehnfachen Satz unserer Schutzzölle eingeführt hat, wo es überhaupt das Prinzip verfolgt, seine Gesetzgebung nur für den Schutz der Amerikaner zu machen. Amerika ist reich geworden, bezahlt seine großen Schulden von den inneren Kriegen in einem Maße ab, dessen Ziffern auf uns einen unwahrscheinlichen Eindruck machen, aber doch richtig sind. Unsere übrigen Nachbarn steigern ihre Zölle; Rußland würde ohne seinen Schutzzoll schon lange nicht in der Lage sein, seine Finanzen in der bisherigen Höhe zu halten, und es ist eine große Ungerechtigkeit, wenn uns die Thatsache immer vorgehalten wird, daß England seinen Schutzzoll abgeschafft hat, nachdem er ihm die hinreichenden Dienste gethan hat. England hat die stärksten Schutzzölle gehabt, bis es unter deren Schutz so erstarkt war, daß es nun als herkulischer Kämpfer heraustrat und Jeden herausforderte: Tretet mit mir in die Schranken! Es ist der stärkste Faustkämpfer in der Arena der Konkurrenz, es wird immer bereit sein, das Recht des Stärkeren im Handel gelten zu lassen. Das Recht des Stärkeren giebt aber der Freihandel, und England ist durch sein Kapital und durch die Lage von Eisen und Kohlen durch seine Häfen der Stärkste im Freihandelsfaustrecht geworden; aber doch nicht allein durch seine günstige geographische Lage, sondern nur dadurch, daß es so lange, bis seine Industrie vollständig erstarkt war, ganz exorbitante Schutzzölle dem Ausland gegenüber hatte. Nun ist es stark genug und sagt zu den Anderen: „Nun kommt her, mit uns frei zu streiten, ihr werdet doch euer Geld unseren Produkten opfern.“ Das zauberische Wort „Freiheit“ wird als Kampfruf an die englische Ueberlegenheit geknüpft, und mit dieser Maske werden unsere Freiheitsschwärmer an die Aushungerung und Ausbeutung durch den ausländischen Handel gekirrt. Ich hatte lange Zeit nicht die Möglichkeit gehabt, dieser Frage näher zu treten, und ich habe nicht mehr Einsicht wie andere Leute, ich hatte früher Anderes

zu thun und habe Andern nachgebetet, bis ich durch das Austreten des Herrn Minister Delbrück gezwungen wurde, mich selbst um die Sache zu bekümmern; da habe ich gefunden, daß ich im Irrthum war. Das war ja auch nicht mein Hauptgeschäft.

Zurückweisung verschiedener Vorwürfe des Abg. Bamberger.

Der Herr Abg. Bamberger hat ferner die rhetorische Form gebraucht, mich und meine sachlichen Motive abzuwehren, indem er mich einer ungerechten persönlichen Verletzung — er hat sogar das Wort Verdächtigung gebraucht — angeklagt. Es ist ja das leicht, sich in den Mantel der gekränkten Unschuld zu hüllen, wenn man sachlich nichts zu sagen weiß. Ich bestreite aber, daß ich mit irgend einem Wort den Herrn Abgeordneten verdächtigt habe, daß ich behauptet, er habe persönliche Motive — den Ausdruck hat er gebraucht; es hat mir vorgeschwebt, daß das vielleicht eine Reminiszenz von vor einigen Tagen gewesen ist, die ihm gekommen ist, wobei ihm die Rede des Herrn v. Ludwig und die meinige in einer Verschwommenheit vorgeschwebt haben, die sonst eigentlich nicht berechtigt ist, und ich bestreite, daß Herr Bamberger irgendwie von mir einen Anlaß bekommen hat, die Dürftigkeit seiner sachlichen Gründe mit dem Mantel der sittlichen Entrüstung des persönlichen Gekränktseins zu decken. Ich habe ihn nicht gekränkt und nicht die Absicht gehabt ihn zu kränken, es hat mir das sehr fern gelegen. Ich habe nur behauptet, daß, wenn er, wie er es gethan hat, im Sinne der deutschen Nation zu mir spricht als Vertreter eines Wahlkreises mit, ich weiß nicht, welcher Majorität, wo eine Menge andersdenkender Leute daneben stehen, daß das keine berechtigte Position ist, auf Grund deren er mir, wenn er nicht sachlich widerlegt, widersprechen kann, daß ich die Nation ebenso gut vertrete, wie er, meiner Meinung nach, was er mir implizite auch zugegeben hat. Eine persönliche Kränkung liegt darin nicht. Ich habe ihm nicht, wie er behauptet, die persönliche Achtung versagt, ich habe nur die Thatsache angeführt, daß er vermöge seiner langen ausländischen Beziehungen vielleicht noch weniger verwachsen und vertraut ist mit den deutschen Verhältnissen, wie ich, der ich von Kindheit an nie im Auslande gelebt habe. Sujet mixte — darin liegt auch gar keine Kränkung; wir haben eine erhebliche Anzahl von Sujets mixtes zwischen uns und Oesterreich, die zu den an-

gesehensten Leuten gehören. Ich habe nur gesagt, wenn Frankreich überhaupt Sujets mixtes zugäbe, so würde Herr Bamberger, soviel ich seine sonstigen Verhältnisse kenne, vielleicht vorgezogen haben, die Annehmlichkeit, auch in Paris Bürgerrecht zu haben, sich zu wahren. Darin liegt kein Vorwurf; wenn ich in seiner Lage wäre, würde ich vielleicht dasselbe thun.

Der Herr Abgeordnete hat immer nachher im Sinne der Majorität gesprochen, die mir gegenübersteht. Meine Herren, wo ist denn diese Majorität? (Heiterkeit rechts, Zurufe links: Tabaksmonopol! Zollnovelle!) Die Majorität, die zuletzt eine entscheidende Einwirkung hier geübt hat, hat in der Zollfrage gesprochen und unter den Beschlüssen dieser Majorität leben Sie, und wenn Sie die anfechten, so treiben Sie Reaktion gegen rite gefaßte Beschlüsse des Reichstags, so sind Sie die Reaktionäre, die unsere jetzige Zollgesetzgebung anfechten. Sie wollen zu dem früheren Auszehrungs- und Schwindsuchtssystem zurückkehren. Aber jetzt, wo haben Sie denn eine Majorität, hat sie Herr Bamberger oder der Fortschritt? (Zuruf links.) Sie wird schon kommen, sagen Sie? Ja, meine Herren. Da würde ich mich herzlich darüber freuen und dann werde ich mit voller Ueberzeugung und freudigem Abwarten, das Heft in Ihre Hände zu legen, dem Könige rathen; dann wollen wir einmal sehen, was Sie können. (Heiterkeit.) Dann werden sich also die Verhältnisse der neuen Aera und von 48 wiederholen; es fragt sich nur, wie lange es dauert, wie viel Unglück wir in der Zeit erleben werden. Ich verstehe den Zuruf: „es wird schon kommen" so; nun da erwarte ich Sie.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, als ob ich Zwietracht zwischen den Fraktionen stifte. Wie sollte ich das anfangen? Ich habe immer nur meine Ueberzeugung vertreten; ich habe manchmal bei der einen Fraktion, manchmal bei der anderen Unterstützung gefunden. Sollte ich etwa mein Bestreben für die Einigkeit unter den Fraktionen dadurch bethätigen, daß ich die Sezession verhinderte und die alte große Partei erhielt? Dazu bin ich nicht mächtig genug. Hätte Herr Bamberger mich persönlich gefragt, so hätte ich ihm schon früher gerathen, auszutreten und, hätte im Interesse der Einigkeit der nationalliberalen Partei empfohlen, diejenigen, die vorher austraten, die jetzt keine Fraktion gebildet haben,

zu resorbiren. Ich würde im Interesse der Einigkeit thätig gewesen sein. Ich hätte ferner dem Herrn Abgeordneten im Interesse der Konsolidirung der Parteien gerathen, nicht eine Mittelpartei zu bilden, sondern einfach der Fortschrittspartei beizutreten, der er meiner Ueberzeugung nach angehört.

Die Unterschiede, die Sie von dort trennen, sind so minimal, daß schon im Interesse der vielen überwiegenden Punkte, die Ihnen gemeinschaftlich sind, meines Erachtens Sie dieselben vergessen könnten. Wir werden vielleicht mit der Zeit dahin kommen, immer kleinere Fraktionen zu bilden, weil ein Jeder, dem eine Fraktion zu groß ist, für seine Geltung darin gleich Sezession macht, weil er lieber mit Cäsar der Erste in Corfinium (glaube ich) sein will, als in Rom der Zweite. Im Interesse der Einigkeit gebe ich den Herren noch heute den Rath, sich mit der Fortschrittspartei zu vereinigen, dann ist die Mannigfaltigkeit der Strahlenbrechung wenigstens um eine vermindert.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den Ausdruck „Moloch“ bemängelt. Moloch ist ein Götze, der mit einem gewissen Fanatismus angebetet wird; das muß man aber nicht buchstäblich nehmen. Ich nenne Moloch heutzutage in der Politik den Dienst einer bestimmten schädlichen Richtung, die mit einem gewissen Fanatismus betrieben wird, sowie vom Cobden-Klub ein Jeder als Feind oder Narr behandelt wird, der nicht beistimmt. Weiter habe ich nichts sagen wollen. Eine kränkende Beimessung habe ich nicht beabsichtigt, und der Herr Abg. Bamberger ist in der kämpfenden Dialektik so bewandert, daß ich nicht habe vermuthen können, daß er diesen uralten Ausdruck übel empfinden werde. Der Herr Abgeordnete hat ferner an eine Ansicht des Herrn v. Blankenburg erinnert: in Pommern wäre man der Meinung, wenn Einer grob würde, müsse man doppelt so grob sein. Meine Herren, ich bin kein Pommer, ich bin ein Altmärker und theile diese Ansicht nicht, ich bin der Meinung, man soll, wenn Einen der Zorn übermannt, höflich bleiben. Ich bemühe mich und erkenne die Verpflichtung an, ich ziehe auch gern zurück, wenn ich im Zorn mich übereilt habe, aber die Grobheit erkenne ich nicht als berechtigt an. Der Herr Abg. Bamberger vermeidet auch seinerseits diese Klippe. Ich kann ihm die Anerkennung nicht

versagen, das er mit sehr gewandter Dialektik immer die Formen der guten Gesellschaft seinerseits beobachtet. Es sollte das geschehen von allen Seiten. (Heiterkeit.) Aber im Uebrigen, in Bezug auf das dadurch bethätigte Wohlwollen kann ich nur mit dem Sprüchwort antworten: le diable n'y perd rien. Seine Pfeile, die er mit seinem Wohlwollen unter dem wohlthuenden Mantel der Sanftmuth und der leidenschaftslosen Sprache abfeuert, sitzen um so fester.

Festhalten an der Zollgesetzgebung von 1879; der Reichskanzler, obwohl für den Bauer eintretend, ist kein Feind des Kapitals.

Er hat mir ferner vorgeworfen, daß ich die Massen verachte. Das ist doch ein unberechtigter Vorwurf in dem Momente, wo ich gerade gegenüber der Minorität der Bevölkerung für die Massen kämpfe sowohl in der Besteuerung als auch in dem Hauptvorwurfe, den mir der Abgeordnete machte, des Sozialismus. Ich erinnere mich nicht genau der Worte, die er sagte, aber der Gedanke, wenn ich nicht irre, war der, es genüge zu meiner Verurtheilung, daß ich gesagt hätte, der Staat müsse aktiv einschreiten für die hülfsbedürftigen Klassen. Bei dieser Lage der Sache bin ich doch derjenige, der die Massen vertritt, und der Abgeordnete derjenige, der auch nicht einmal das Kapital mir gegenüber vertritt, denn ich bin kein Feind des Kapitals in den Ansprüchen, auf die es berechtigt ist. Ich bin weit entfernt, dagegen eine feindliche Fahne zu schwingen, aber ich bin der Meinung, daß die Massen auch ein Recht haben, berücksichtigt zu werden und ich kann die Masse in den Wahlmännern in der Majorität des Herrn Abgeordneten in seinem Wahlkreise nicht vertreten finden; ich glaube im Gegentheil, daß der Herr Abgeordnete mit seiner Politik eine Minorität im Lande vertritt, höchstens die Minorität, die in der Berathung der Zollgesetze sich herausstellte und die Massen viel mehr auf meiner Seite sind. Er hat dann meine Erörterung über den Getreidezoll — ich kann kaum sagen: angefochten, sondern verurtheilt. Nach dem Präambel mußte man glauben, daß eine vernichtende Kritik kommen würde; am Ende hat er weiter nichts gesagt, als daß der Kornzoll den Landwirthen, wenn sie keinen Vortheil davon hätten, auch nichts nützt. Ich habe schon damals gesagt, wie wie ich ihn befürwortete, der Zoll könne Ordnung in unseren Getreidemarkt bringen, daß nicht Alles auf den deutschen Markt geworfen wird und dort lagert, bis es zu unmöglichen

Preisen verschleudert wird, ehe man sich gezwungen sieht, es wieder zurückzunehmen. Außerdem ist die Noth des Landwirthes so groß, daß er auch den kleinen Vortheil, den dieser Zoll etwa bringt, nicht verschmäht. Der Zoll, wenn er 14 Millionen beträgt und zwar auf 200 Millionen Zentner unseres Getreideverbrauches überhaupt sich vertheilt, beträgt etwa meiner oberflächlichen Rechnung nach 7 Pf. pro Zentner. Auch diese 7 Pf. pro Zentner sind schon ein Vortheil, den die Landwirthschaft kein Recht hat, von sich zu weisen, wenn sie auch ihrerseits noch immer für den Zentner, im Inlande erbaut, eine Mark direkter Abgaben zu zahlen haben und auf diese Weise noch immer im ausländischen Interesse und im Interesse des beweglichen Handels, des Zwischenhandels ausgeschlachtet werden. Für den eigentlichen Kaufmann, für den Zwischenhandel wäre es ja das Erwünschteste, wenn Alles, was bei uns gebraucht wird, vom Auslande gekauft, und wenn Alles, was bei uns im Inlande produzirt wird, nach dem Auslande ausgeführt würde. Da müßte Alles durch seine Hände gehen. Deßhalb kann ich auf die Wünsche dieser Kreise einen entscheidenden Werth nicht legen, namentlich weil ihre Kopfzahl außerordentlich gering ist und mit dem Einflusse, den sie auf unsere Gesetzgebung üben, nicht im Verhältnisse stehen. Ich bin ein Anhänger der Majorität, aber die Majorität im Deutschen Reiche besteht aus Landwirthen, Ackerbauern und für diese Majorität trete ich, wenn ich das Majoritätsprinzip allein für maßgebend halte, in erster Linie ein. Ich erkenne aber daneben das Prinzip der Intelligenz, der vernünftigen Erwägung der Steuergesetze und das Prinzip des monarchischen Einflusses an, und wenn nach meiner Ueberzeugung die Vernünftigkeit einer Vorlage mit der monarchischen Autorisation übereinstimmt, dann bringe ich sie, dann kämpfe ich für sie. Sie haben das Recht, sie abzulehnen, und wenn Sie sie ablehnen, so ist es Sache der Taktik, ob und wann wir sie wiederbringen.

Aber was die Anfechtung des Systems betrifft, was durch die Zollgesetzgebung von 1879 mit Majorität inaugurirt worden ist, so ist die auch versucht worden in neuester Zeit, und man hat einen großen Sieg darüber verkünden wollen, daß einige neue Anträge auf Schutz der inländischen Produktion in der Minderheit geblieben sind. Nun, meine Herren, wir

können ohne Zustimmung der Majorität keine neuen Anträge durchbringen, aber man hat damit den Gedanken verknüpft, als könne man durch Resolutionen und Anträge die verbündeten Regierungen in der Stellung, die sie in der Zollgesetzgebung eingenommen haben, erschüttern, oder irgendwie irre machen, meine Herren, da könnte uns die stärkste Majorität dieses Hauses gegenüberstehen, wir werden in der Beziehung an dem, was wir an Schutzzöllen für die vaterländische Arbeit bisher gewonnen haben, unbedingt festhalten. Das ist die Ueberzeugung nicht bloß der preußischen, sondern der sämmtlichen verbündeten Regierungen ganz unerschütterlich, und keine Resolution und kein Antrag kann uns darin irre machen, und wenn Sie alle diese Resolutionen mit überwältigender Majorität zur Annahme bringen, so wird uns die Ueberzeugung von dem, was dem Reiche und Deutschland von Nutzen ist, doch höher stehen, als wie die Majorität. (Bravo! rechts.)"

Die Vorlage wurde abgelehnt, nachdem die Agitation gegen dieselbe die bedenklichsten Blüthen im Lande getrieben hatte. Im Lande indeß, das darf konstatirt werden, gewinnt der Monopolgedanke immer mehr Anhänger; er wird schließlich auch durchdringen.

Unterm 7. März 1880 war zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn eine neue Vereinbarung bezüglich der Elbschifffahrt zu Stande gekommen. Die zweite Berathung des bezüglichen Vertrags stand auf der Tagesordnung der 48. Sitzung vom 8. Mai 1880[1]). Die Kommission des Reichstages, welcher der Vertrag zur Vorberathung überwiesen worden war, hatte beantragt: den am 7. März 1880 zu Wien unterzeichneten revidirten Elbschifffahrtsakte nebst Schlußprotokoll von demselben Tage die verfassungsmäßige Genehmigung mit dem Vorbehalte zu ertheilen, daß die zur Zeit auf der Elbe bestehende Zollgrenze und durch Gesetz an eine unterhalb dieser Grenze gelegenen Stelle verlegt werden kann. Revidirte Elbschiffahrtsakte.

Im Art. 4 des Vertrages bestimmte ad 2: „Eingangs- und Ausgangsabgaben dürfen von Waaren, welche auf der Elbe ein- oder ausgehen, in nicht höherem Betrage erhoben werden, als beim Ein- oder Ausgange über die Landesgrenze.

[1]) Stenogr. Berichte Seite 1264.

Die Zollpflichtigkeit der Waaren tritt beim Uberschreiten der Zollgrenze auf der Elbe in gleicher Weise ein, wie beim Ueberschreiten der Zollgrenze auf dem Lande." Hierzu bemerkte die dem Vertrage beigegebene Denkschrift: Absatz 2, dem Artikel 6 der revidirten Rheinschifffahrtsakte entsprechend, sichert die Schifffahrt vor einer differentiellen Zollbehandlung und führt die beabsichtigte Gleichstellung der Schifffahrt mit dem Verkehr zu Lande in allen Beziehungen herbei. Zu dieser Gleichstellung gehört auch, daß die bisherige Ausnahmebehandlung des Stromes in Wegfall komme, wonach die Zollpflichtigkeit der auf der Elbe eingehenden Waaren erst dann eintritt, wenn die Waaren an das Land gebracht werden. Diese künstliche Auslandsqualität des Stromes ist durch ein Bedürfniß nicht mehr gerechtfertigt". Die Freihandelspartei befürchtete, daß diese Bestimmung dazu benutzt werde, eine Pression gegen Hamburg behufs Eintritt in den Zollverein auszuüben. Um die volle Wirkung der wirthschaftlichen Reform zu sichern und die Einheit Deutschlands durch die volkswirthschaftliche Einheit unzerreißbar zu machen, müßte die Einverleibung der Freihafengebiete Hamburg und Bremen in das Zollvereinsgebiet erstrebt werden. Dieses Streben wurde im Reichstage zu vereiteln gesucht und von diesem Gesichtspunkte aus ist die nachfolgende Rede des Herrn Reichskanzlers, welche auf die Rede des Berichterstatters der Kommission des Abg. Delbrück folgte, aufzufassen:[1])

Reichskanzler Fürst von Bismarck: „Ich erlaube mir zunächst meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß es mir aus Gesundheitsrücksichten nicht vergönnt gewesen ist, den Verhandlungen des Reichstags früher und andauernd beizuwohnen. Wenn ich heute von der mir vorgeschriebenen Zurückhaltung eine Ausnahme gemacht habe, so bewegt mich dazu nicht die ungewöhnliche Bedeutung der Vorlage, die uns beschäftigt, und über die wir das Referat soeben gehört haben.

Die revidirte Elbschifffahrtsakte ist seit sechs Jahren, seit 1874, in Vorbereitung, in Verhandlung, in Superrevision. Sie ist ursprünglich, so viel ich weiß, entworfen von dem Herrn Abgeordneten, der soeben die Tribüne verläßt, in der

[1]) Stenogr. Bericht S. 1267.

Zeit, wie er Minister war, in ihrem ganzen ausnahmslosen Inhalt. Wir haben diese sechs Jahre hindurch über die Frage, ob sie in's Leben zu führen sei, berathen, — wir können auch noch sechs Jahre darüber berathen: es kommt dadurch nichts aus der Lage in Deutschland und in unseren Beziehungen zu Oesterreich. Die alte Elbschifffahrtsakte von 1821, die nunmehr 60 Jahre in Wirksamkeit gewesen ist, mit den Modifikationen, die sie durch die Herstellung des deutschen Reichs, durch Verminderung der Elbuferstaaten von etwa 10 auf 2, nämlich Oesterreich und Deutschland, erlitten hat, durch die Reichsgesetzgebung, welche die entgegenstehende Landesgesetzgebung seitdem aufgeboben hat, ist ein modus vivendi geworden, mit dem wir bisher ohne Schwierigkeiten gelebt haben. Es ist eben für uns keine Lebensfrage. — Wenn ich sage für uns, so muß ich erwähnen, daß ich im Namen Seiner Majestät des Kaisers spreche, es handelt sich nicht um eine Gesetzvorlage, die Ihnen auf Grund von Bundesrathsbeschlüssen gemacht wird, sondern um das Recht des Kaisers, Verträge zu schließen, und um die Herbeiführung der Genehmigung des Reichstags, die zur Gültigkeit eines solchen Vertrags erforderlich ist, nachdem die Zustimmung des Bundesraths zu demselben durch frühere Verhandlungen gesichert ist. Ich kann also hier ausnahmsweise sagen, die Reichs**regierung** würde ohne Bewilligung dieser Elbschifffahrtsakte ihre Funktionen ungestört fortsetzen können und befindet sich durchaus nicht in einer Nothwendigkeit, bei Gelegenheit der Annahme derselben sich Bedingungen auferlegen zu lassen, die das Verfassungsrecht ihr nicht ohnehin schon auferlegt. Auch der Vorbehalt, von welchem die Mehrheit Ihrer Kommission die Annahme abhängig gemacht, hat für mich nicht die Bedeutung, auf seine Annahme oder Ablehnung erhebliches Gewicht zu legen. Entweder haben die Herren Recht, die behaupten, der Antrag beanspruche nur gültiges Recht, dann ist er überflüssig, oder er hat die Tendenz, neues Recht zu machen, dann, meine Herren, überschreitet diese Absicht die Machtvollkommenheit, die dem Reichstag durch die Reichsverfassung beigelegt ist. Der Reichstag kann allein für sich nicht neues Recht machen, am allerwenigsten sollte er meines Erachtens versuchen im Weg von Bedingungen, die er der Reichsregierung stellt in

dem Augenblick, wo sie von ihm die Genehmigung eines an und für sich, wie der Herr Vorredner anerkannt hat, unbedenklichen Vertrags verlangt. Das ist eine Art Pression, die auf die Regierung geübt werden soll, damit sie in die Anerkennung einer Auslegung des Verfassungsrechts willige, eine Pression, welche erhebliche Zweifel an der Sicherheit, mit welcher die Auslegung von anderer Seite für richtig gehalten wird, aufkommen läßt, eine Pression, der sich die Reichsregierung in keinem Falle fügt. Ich bitte also, wenn dieser Vorbehalt angenommen wird, nicht zu glauben, daß damit an unserer Verfassung etwas geändert würde; die Reichsgesetze sind vollkommen klar und lassen keine Zweifel übrig.

Der Herr Vorredner hat einen längeren Theil seiner Rede darauf verwendet, um das angebliche Vorhandensein von Landesgesetzen zu beweisen. Wenn es Landesgesetze überhaupt gäbe, welche den Reichsgesetzen entgegenstehen, so tritt die bekannte Wirkung der Reichsgesetze ein, daß sie den Landesgesetzen derogiren, am allermeisten aber die Wirkung der Reichsverfassung, die sich in ihrem Art. 33 ganz unzweideutig darüber ausspricht, daß das Zollgebiet des Reichs mit seinen äußeren Grenzen zusammenfallen soll und damit den Einwohnern des deutschen Reichs eines der wesentlichsten Grundrechte giebt, die sie überhaupt gegeben hat, das Recht des freien Verkehrs unter einander. Das angebliche Landesgesetz, soweit die praktischen Nachwirkungen seiner Bestimmungen überhaupt noch in Gültigkeit sind, besteht nur vermöge der Duldung von Seiten des Bundesraths, welcher mit Bezug auf diesen Zollausschuß von der ihm zweifellos beiliegenden Berechtigung bisher noch keinen Gebrauch gemacht hat und, wie ich hoffe, keinen Gebrauch machen wird.

Was das Vertragsrecht anbelangt, so will ich in die Frage, inwieweit es durch die Reichsverfassung, durch die dazwischenliegenden Verhandlungen mit Oesterreich, durch die Zustimmung Oesterreichs, die hier vorliegt, alterirt sei, nicht eingehen, sondern abwarten, ob die österreichische Regierung reklamirt und uns Anlaß zu ähnlichen Reklamationen in Bezug auf die Elbschifffahrt jenseits der böhmischen Grenze geben wird. Jedenfalls glaube ich, daß es im Reichsinteresse liegt, hier nicht österreichisch-ungarischer zu sein, als die österreichisch-

ungarische Regierung, und das Reichsverfassungsrecht namentlich da, wo es die nationale Einheit anstrebt, nicht zu beugen durch Argumentationen, die ich für künstliche halte. Es tritt hier auch der nicht immer vorliegende Fall ein, daß es sich um ein Verfassungsrecht handelt, dessen Uebung bisher vollständig außer Zweifel war. Der Besitzstand des Bundesraths in der Ausübung seines Rechts kann nicht angefochten werden. Einmal wird er von Neuem bestätigt durch das Zollgesetz von 1869, in dem im Anschluß an die Verfassung wiederholt gesagt wird, daß die Zolllinie mit der Landesgrenze zusammenfallen soll und da, wo letztere an das Meer stößt, das Meer die Zolllinie bilden soll, während die Landeshoheit bekanntlich etwas in das Meer hineinreicht. Dieses Reichsgesetz, das Reichszollgesetz in seiner Wirksamkeit zu entkräften zu Gunsten einer künstlichen Konstruktion, künstlich wegen ihrer sorgfältigen und berechneten Vermischung des Douanezolls mit dem alten Elbzoll, das, glaube ich, wird den Gegnern unserer Auffassung nicht glücken.

Der Herr Vorredner hat von Zoll ab und zu mit doppelter Tragweite gesprochen, wo er nach seiner genauen Sachkunde ausschließlich den alten abgeschafften Elbzoll gemeint haben kann, und die Bestimmungen, die dessen Aufhebung betreffen, in discrimine anzuwenden gesucht; ob er dabei in seinem for intérieur alle die logischen Schlüsse gemacht hat, die er dadurch in seinen Zuhörern hervorrufen wollte, stelle ich ihm anheim. Aber wenn wir diese beiden Zölle trennen, so fallen diese beiden Zölle, der Elbzoll und der Grenzzoll, auf der Elbe oberhalb Hamburg, gerade so wenig zusammen, wie der Sundzoll und der Staderschifffahrtszoll mit dem Zollvereinszoll. Der Elbzoll hat mit dem, was wir hier berathen, absolut nichts zu thun, wie auch die schon von dem Herrn Vorredner angeführten Artikel der Wiener Schlußakte, die vielleicht Jedem, der sie nicht nachliest, Sand in die Augen streuen kann, hierauf gar keinen Bezug haben; sie erwähnen nur in einem einzelnen Artikel die Frage der „Douanen“ — sie sind französisch gefaßt — und dort zu Gunsten der Douanen, daß die nicht genirt werden sollen.

Aber auch die Ausübung des Besitzstandes! — Der Herr Vorredner hat vergebens versucht, einen rechtlichen Unter-

schied zwischen der Ober- und der Unterelbe, vom Hamburger Standpunkt gerechnet, nachzuweisen. Das Recht für die ganze Elbe, soweit es vermöge der Elbschifffahrtsakte besteht, ist ein einheitliches, gleiches und identisches; kein Fuß breit des Elbspiegels kann sich den Wirkungen entziehen, welche die Elbschifffahrtsakte von 1821 heutzutage noch wirklich für sich haben kann.

Wenn es richtig wäre, was der Herr Vorredner angeführt hat, daß früher es die Unbequemlichkeit war, — welche die Schiffer wegen des Elbzolles hatten, die Anlaß gab, Douanenzölle an gewissen Orten zu erheben, so würde diese Bequemlichkeitsfrage noch immer kein Verfassungsrecht bei uns ändern und der Reichsverfassung nicht im Wege stehen, ebenso wenig wie die Frage, ob das Anhalten unterhalb Hamburg für den Seehandel bequem oder unbequem ist, unser Verfassungsrecht ändert; das steht damit in keiner Beziehung, das sind Zweckmäßigkeitsfragen, die der Bundesrath zu erwägen haben wird und beachten wird. — Ich erwähne dabei, daß der Schifffahrtsverkehr in der Themse doppelt, vielleicht viermal so groß ist als der auf der Unterelbe, und daß man doch genöthigt ist — und der freie Engländer, in der Hingebung für die Interessen seines Vaterlandes, fügt sich dem bereitwillig —, auf der unteren Themse viermal anzuhalten, um Zollbeamte aufzunehmen und sich der Kontrolle zu unterziehen.

Also diese Bedenken kann ich mit dem nationalen Standpunkte, den zu alten Zeiten der Herr Vorredner mit mir gemeinsam vertreten hat, als er mir beistand, die jetzige Verfassung in's Leben zu rufen, nicht vereinigen.

Aber dafür, daß bisher das Recht des Bundesraths, die Elbe mit einer Zolllinie zu durchschneiden, niemals bezweifelt worden ist, kann ich das Zeugniß aller höheren Beamten, aller deutschen Staaten anführen, die mit der Sache zu thun gehabt haben, namentlich auch das Zeugniß desjenigen höheren Beamten, der augenblicklich als Abgeordneter die Tribüne verließ. Er ist damals über die Berechtigung des Bundesraths in keiner Weise zweifelhaft gewesen und bei seiner Gewissenhaftigkeit würde er es nicht übernommen haben, dem Reichstage diese Thatsache zu verschweigen, — wie ich es vorher darstellte, als wenn gewissermaßen heimlich, schüchtern, daß der Reichstag

es noch nicht erführe, diese Sache gemacht worden wäre und nur deshalb der Reichstag nicht angerufen wäre.

Kann heute die Unterelbe nicht von der Douanenlinie gekreuzt werden, so konnte es auch damals die Oberelbe nicht, so ist trotz der ganzen künstlichen Argumentation, die wir gehört haben, die Einbeziehung der Elbstrecke von Wittenberge bis Hamburg bisher nichtig und ungesetzlich, und die Zölle können zurückgefordert werden. Das war damals die Meinung des Herrn Vorredners nicht! er hat der Bundesrathssitzung präsidirt, in welcher die Einverleibung jener Elbstrecke in das Zollgebiet beschlossen wurde, also die Verlegung der Zollrevision von Wittenberge, wo sie nach seiner Theorie auch schon unberechtigt gewesen wäre und doch ein halbes Jahrhundert bestanden hat — seit 1821 —; er hat die Verlegung von Wittenberge nach Bergedorf resp. Hamburg selbst sanktionirt an der Spitze des Bundesrathsbeschlusses. Ja, noch mehr, er hat den Antrag, welchen Preußen auf diese Verlegung damals gestellt hat, unter seiner Leitung konzipiren lassen. Der Antrag liegt mir vor im Konzept. Er ist, wenn ich nicht irre, von der Hand des damaligen Rathes Herrn Jungmann geschrieben, vielfach durchkorrigirt von der Hand des damaligen Ministers Delbrück. Das Konzept fängt an:

> Die Bestimmung im Art. 6 des Vertrages vom 8. Juli vorigen Jahres, nach welchem die Hansestadt Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebiets —

und nun ist im ursprünglichen Kontexte fortgefahren:

> Freihafen außerhalb der Zollgrenze bleiben soll.

Darauf ist von der Hand des Ministers Delbrück hereinkorrigirt:

> vorläufig außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze,

(Heiterkeit) also die Anerkennung des Provisoriums, und ich lade jetzt den Herrn Abgeordneten ein, seine eigene Handschrift zu rekognosziren, nach der er dieses „vorläufig" für nothwendig gehalten hat, um dem provisorischen Charakter des Zollausschlusses Ausdruck zu geben, in seiner damaligen Eigenschaft als Minister; seitdem ist nichts geschehen, was das Recht in seinem Sinne hätte ändern können; nur in meinem Sinne hat es sich geändert. Ich hoffe also, er wird seine

damalige Rechtsauffassung nicht diffitiren wollen, denn dieses „vorläufig" ist nachher auch in die amtliche Eingabe übergegangen, die Minister Delbrück hat abfassen lassen, es ist auch in den Ausschußbericht übergegangen vom 16. Juli 1868, nach Art. 6 des Vertrages. Es beginnt dieser Bericht vom 8. Juli 1868:

> Es soll die freie Hansestadt Hamburg mit einem dem Zwecke entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebiets vorläufig außerhalb der gemeinschaftlichen Grenze bleiben.

Dieser Ausschußbericht ist unterschrieben von den Herren von Pommer Esche, von Dümmel, von Philipsborn und von Liebe. Diese Herren haben sich daher zur Anerkennung des provisorischen Charakters dieses Zollausschlusses verstanden. Dieser Ausschußbericht hat den Beschlüssen des Bundesraths unterlegen und ist verbotenus zum Beschluß erhoben worden mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den Wortlaut, also einschließlich des Wortes „vorläufig", und der Beschluß lautete damals:

> Es wurde beschlossen:
> a. die Hereinziehung der in der Vorlage Nr. 58 näher bezeichneten Hamburgschen Gebietstheile und der dort liegenden preußischen Enklave in den Zollverein zu verfügen.

Da ist gar nicht davon die Rede, beim Reichstage etwas zu beantragen, und nach meinem langjährigen Zusammenarbeiten mit dem Herrn Vorredner weiß ich, daß seine Gewissenhaftigkeit nach allen Seiten eine sehr große war, nach dem Verfassungsleben hin aber noch viel größer als nach einer anderen Richtung, er würde sich nie dazu verstanden haben, wenn er irgend eine Vermuthung gehabt, daß der Reichstag etwas mitzureden hätte. Gefaßt ist dieser Beschluß unter dem Präsidium des Herrn Delbrück, unter Mitwirkung der Herren Pommer Esche, Philipsborn, Hennig, bayerischer Vertreter, sächsischer, badischer, hessischer, Mecklenburgs, des Großherzogthums Sachsen, Oldenburgs, der sächsischen Herzogthümer, Anhalts, Schwarzburgs, Waldecks, von Reuß ältere Linie, Schaumburg-Lippe, Lübeck und den Hansestädten Bremen und Hamburg, für welche zugegen waren Senator

Gildemeister und Dr. Kirchenpaur. Auch die haben durch Beschluß dies „vorläufig" anerkannt und sie haben anerkannt, daß der Bundesrath hier zu entscheiden hat und kein Zweifel ist ihnen irgend beigekommen über das Recht des Bundesraths, über diese Ausführungsmaßregeln zu entscheiden. Es ist im Art. 7 der Verfassung Nr. 2 in der allbekannten Fassung ausdrücklich zu verzeichnen und Seine Majestät der Kaiser kann unmöglich gesonnen sein, dieses Recht des Bundesraths irgend in Zweifel ziehen zu lassen oder einen Vorbehalt, welcher dasselbe nicht nur in Zweifel zieht, sondern außer Kraft zu setzen bestimmt ist, an den Bundesrath gelangen zu lassen. Wenn dieser Vorbehalt angenommen wird, muß ich Namens Seiner Majestät des Kaisers erklären, daß damit die Genehmigung, welche wir für diesen Vertragsentwurf mit Oesterreich vom Reichstage erbeten haben und ohne welche dieser Vertragsentwurf seine Gültigkeit nicht erlangen kann, versagt ist, und die Sache ist damit also abgethan und wir werden das Weitere zu tragen haben, was daraus folgt, aber von dem Rechte des Bundesraths, so wie es verfassungsmäßig feststeht, werden wir nichts nachgeben.

Ich erlaube mir, obschon es nicht erforderlich sein wird, zur Bestätigung meiner Rechtsauffassung noch die Stellen einiger Staatsrechtslehrer und zwar wesentlich liberaler zu verlesen, die denselben Punkt behandeln.

Laband sagt im ersten Band Seite 265:

> Ferner steht die Aufhebung bestehender Zollausschlüsse dem Bundesrath zu.

Von Rönne sagt im zweiten Theil Seite 197:

> Darüber, daß der Bundesrath berechtigt ist, solche Bestimmungen der Zollvereinsverträge, welche lediglich allgemeine Verwaltungsvorschriften enthalten oder sich bei der Ausführung der Bestimmungen der gedachten Verträge als mangelhaft herausstellen, auf Grund der Vorschriften im Artikel 2 Ziffer 2, beziehungsweise Ziffer 3 des Artikel 7 der Reichsverfassung im Wege der Verordnung oder dem Mangel abhelfenden Verfügung abzuändern, kann kein Zweifel bestehen. Denn dies folgt einfach aus der im Artikel 40 enthaltenen Hinweisung auf den ganzen Artikel 7.

Es folgt auch für Jeden, der die Entstehung der Verfassung kennt, aus der Genesis dieses ganzen Artikels 7, der aus den Zollverträgen herübergenommen ist und der in der Verfassung des norddeutschen Bundes eine andere Stelle hatte, als er sie heute hat, so daß er sich im norddeutschen Bunde nur auf Zollvereinseinrichtungen bezog, auf die aber ganz zweifellos; und seine Uebertragung auf Nr. 7 in der heutigen Reichsverfassung bei den Modifikationen, die vorgenommen sind, hat nur die Wirkung gehabt, dieses Recht des Bundesraths über die Zollvereinsfragen auch auf andere Fragen auszudehnen; im Bezug auf die Zollvereinsfragen aber war es schon jederzeit ganz zweifellos, es bedurfte nicht der neuen Fassung. Das Recht des Bundesraths, darüber selbstständig zu beschließen, ist meines Erachtens vollständig so klar, wie das Recht der Hansastadt Hamburg auf einen Freihafen, was ja Niemand anzufechten beabsichtigt. Mir sind Suggestionen von anderer Seite und aus Hamburg gemacht, daß dieses ganze Freihafenrecht Hamburgs kein Singularrecht sei, sondern daß der Art. 34 durch Gesetz, wenn nicht 14 Stimmen widersprechen, aus der Welt geschafft werden könne. Ich habe darauf mit großer Bestimmtheit und auch schriftlich nach Hamburg erklärt, daß ich dieser Deduktion nicht beistimmen könne, sondern daß das Recht auf den Freihafen nur mit Hamburgs Bewilligung aufhören könne, und daß ich, so lange ich mitzureden hätte, auch darüber wachen würde, daß es nicht eingeschränkt werde auf kleinere Grenzen als diejenigen, welche nothwendig sind, damit es seiner Bezeichnung in vollkommener und loyaler Weise entspreche: ein wirklich voller Freihafen, der allen Evolutionen, die in einem Freihafen vorgenommen werden sollen, und allem Nutzen, den man von einem Freihafen erwarten kann, entspricht. Daß aber die Grenze, welche der Freihafen zu diesem Zwecke haben muß, der Bestimmung des Bundesraths unterliegt, das hat nie einem Zweifel unterlegen, und es ist auch damals, wie der jetzige Grenzbezirk geschaffen wurde, zweifellos gehandhabt worden, ja, es ist damals von dem Hamburger Senat 1868 in einer amtlichen Publikation anerkannt worden, in welcher derselbe, nachdem eine Beschwerde der Bürgerschaft eingegangen war über die Trennung Bergedorfs und einiger anderer Distrikte

— sogar Geestehacht — vom Freihafenbezirk, dieser Beschwerde gegenüber ganz unzweideutig erklärte: wir können uns auf die Beschwerde der Bürgerschaft nicht einlassen, da nicht der Senat, sondern der **Bundesrath** beschließt, wo die Grenze des Freihafens gehen soll.

Rückläufigkeit der Entwickelung der Reichsverfassung.

Diese damalige Auffassung des Hamburger Senats ist, soviel ich weiß, in mehreren Blättern gedruckt, ich brauche sie wohl nicht zu verlesen, sie liegt mir vor, aber sie wird den Herren bekannt sein. Ich wünsche, daß davon doch auch Akt genommen wird, weil es mir überhaupt darauf ankommt, die ganze Wandlung des Rechtsgefühls, des Rechtsbewußtseins und der Rechtsvertretung nachzuweisen, die in allen Behörden erkennbar ist, seit die Begeisterung für die Einheit, für die deutsche Einheit und für die Herstellung des neuen Reichs etwas matter geworden ist. (Widerspruch links.) — Ja, matter geworden, meine Herren! Ich stehe auf der Stelle, wo Jedermann das am deutlichsten fühlt; der Geist des Partikularismus ist gewachsen, (sehr richtig! links) die Kämpfe der Parteien, — und das wirkt auf die Haltbarkeit des Verfassungsbodens als Tummelplatz für dergleichen Kämpfe; entweder man hält den Boden für unzerstörbar, oder man macht sich nicht viel daraus, ihn zu zerstören, und ich bin vollständig berechtigt von meinem Standpunkt her ein vollwichtiges Zeugniß abzulegen, ich bin kompetenter Zeuge dafür.

Deshalb also, wenn Sie mich fragen, warum ich den Beschlüssen, die heut gefaßt werden können, eine praktische Tragweite nicht beilege und dennoch mich an der Debatte unter persönlichen Schwierigkeiten betheilige, so kann ich darauf nur erwidern, daß es mir ein Bedürfniß gewesen ist, doch noch einmal in meinem Leben von dieser Stelle aus die Perspektive auf den Reichstag zu haben (Heiterkeit) und zu ihm zu reden und noch einmal, wie ich es eben schon gethan habe, von hier aus Zeugniß abzulegen für die nationalen Bestrebungen und Zeugniß abzulegen gegen die partikularistischen und Parteibestrebungen, die der Entwickelung des Reichs im Wege stehen; und wenn ich nicht in der Lage sein werde, dieses Zeugniß von dieser Stelle her zu wiederholen, so glaube ich, wenn Gott mir das Leben giebt, doch vielleicht in der Lage zu sein, von denselben Sitzen, wo Sie sitzen, hernach auch dem großen

Gedanken der Nationalität, der uns vor 10 Jahren noch beinahe Alle begeisterte, auch dann als Reichstagsmitglied Ausdruck geben zu können, auch gegen eine partikularistische Handhabung der Reichsverfassung, die etwa dann von hier aus vertreten werden könnte. (Bewegung.)

Es ist also wesentlich meine Sorge für die weitere Entwickelung unserer Reichsverfassung und mein Bedürfniß, sie, soweit es an mir — ein einzelner Mann kann da nicht viel thun — liegt, vor Stillstand, ja vor Rückläufigkeit zu bewahren, die mich herführt, und ich muß sagen, wenn ich sehe, daß mein thätigster und bedeutendster Mitarbeiter, den ich bei der Herstellung der Reichsverfassung gehabt habe, heutzutage Arm in Arm mit dem Zentrum und mit den Parteien, (Widerspruch links) die damals gegen die Reichsverfassung waren, mir gegenüber tritt, so habe ich das Gefühl, daß die rückläufige Bewegung, die Minderung der Begeisterung für die nationale Entwickelung, die damals uns Alle, Alle beherrschte, einen ganz außerordentlich weiten Weg schon zurückgelegt hat. Ich kann ihn nicht aufhalten, aber ich kann wenigstens meine Stimme als Warner von einer Stelle her, wo ich sicher bin, gehört zu werden, gegen diese Wege erheben. Ich weiß nicht, ob der Boden der Reichsverfassung fest genug ist, ob der Baum, den sie bildet, fest genug gewurzelt ist, um zur Unterlage derjenigen Parteikämpfe und partikularistischen Strebungen zu dienen, welche heutzutage auf demselben ausgefochten werden sollen. Es ist meines Wissens das erste Mal, daß wir uns vor einer Verfassungsfrage zwischen Bundesrath und Reichstag befinden, wo der Reichstag im Begriff ist — wenigstens hat die Majorität Ihrer Kommission sich dafür entschieden —, dem Bundesrath ein Recht zu bestreiten, welches im Verfassungsrecht ganz zweifellos feststeht und für welches die preußische Regierung auf jede Gefahr hin einzutreten entschlossen ist. Es ist das erste Mal, es ist auch das erste Mal, daß im Bundesrath der Antrag, Verfassungsstreitigkeiten durch Majoritätsbeschluß zu entscheiden, so weit getrieben worden ist, daß nur die Machtvollkommenheit, die mir nach der Verfassung in Bezug auf die Leitung der Geschäfte beiwohnt, mich in den Stand gesetzt hat, weitergehende Abstimmungen darüber zu verhindern.

Ich komme auf die Gefahr, die darin liegt, zwischen den Bundesregierungen Zwietracht zu säen, nachher zurück; ich will mich hier nur einstweilen zu der Konstellation wenden, die uns — ich meine, den Vertretern der Reichspolitik — in dieser Session entgegengetreten ist. Unser Hauptgegner ist die Partei des Zentrums gewesen. Das Zentrum hat seit sechs Monaten in allen Fragen des preußischen Landtags und in allen Fragen des Reichs ausnahmslos mit wenig Diskussion und wenig Aufwand von Argumenten geschlossen gegen die Regierung gestimmt. Das ist ein Gegner, der an und für sich so stark, so disziplinirt ist, daß er von seinen über hundert Mann ja an den meisten Tagen reichlich die Hälfte der Präsenzzahl, die augenblicklich in diesem Jahre üblich war, zu stellen im Stande ist. Das ist ja eine sehr gewichtige Thatsache, mit der gerechnet werden muß. Bei der Abstimmung über Samoa war genau die Hälfte der Majorität dieser Versammlung vom Zentrum gestellt, 64 von 128. Die Herren vom Zentrum werden wissen, was sie dabei bezwecken und was sie dabei erreichen. Mein Gravamen, worauf ich nachher zurückkomme, wendet sich mehr gegen die Appendices des Zentrums, die diesen Belagerungsthurm, welcher der Regierung ununterbrochen kampfbereit, angriffsbereit gegenüber steht, die dieses Passivum, mit dem unser parlamentarisches Vermögen belastet ist, dieses todte Gewicht benutzen, um hinaufzuspringen, um von diesem Thurm — damit ich bei dem Bilde bleibe — den Mauerbrecher gegen die Regierung einzusetzen und, gestützt auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums, die Regierung angreifen und gegen sie stimmen. Früher war es ja üblich, daß in allen diesen Bestrebungen des Zentrums — Zentrum, Polen, Fortschritt war die Firma, gegen die wir zu kämpfen hatten, neuerdings ist denen nun noch die Firma des Freihandels hinzugetreten, und wir können in Sachen wie Samoa und anderen sagen: wir haben gegen uns Zentrum, Fortschritt, Freihandel, — der Freihandel reicht ja bis in die konservativen Parteien hinein (große Heiterkeit), Gott sei Dank, nur in sehr geringem Maße — von allen diesen ist die Regierung stets sicher, daß alle ihre Vorlagen abfällig beurtheilt und bekämpft werden. Zunächst also wende ich mich gegen diese Parteigruppirung und ihre Einwirkung auf die Entwicke-

Verhalten und Einfluß der Zentrumsfraktion; Gefahren dieses Einflusses bei der Zerfahrenheit der übrigen Parteien.

lung unseres Verfassungslebens. Das Zentrum wird ja selbst wissen, warum es so handelt, und ich kann es mir wohl denken: ich kann nur Rechenschaft davon geben, welchen Eindruck das Verfahren der Zentrumspartei mir seit dem vorigen Herbst gemacht hat, oder vielmehr, wie es auf meine praktische Thätigkeit zurückgewirkt hat.

Im vorigen Jahre verließ ich den Reichstag mit der aufrichtigen Ueberzeugung, daß die Herren vom Zentrum beabsichtigten, sich der Regierung zu nähern und zu einem Kompromiß mit derselben zu gelangen, nicht bloß über Schutzzollfragen, sondern auch über Fragen, die hier nicht vorliegen, mit denen Sie ja in 14 Tagen, hoffe ich, im preußischen Landtage sich beschäftigen werden. Durch diese Wahrnehmung fühlte ich mich ermuthigt, mit Vertrauen an die Verhandlungen mit der römischen Kurie zu gehen; denn ich versprach mir damals wirklich ein Ergebniß davon. Dieses mein Vertrauen zu Ergebnissen dieser Verhandlungen ist durch das inzwischen ausnahmslos im Landtage und Reichstage vom Zentrum beobachtete Verhalten erschüttert worden. Für mich liegt in dem Auftreten des Zentrums gegen die deutsche resp. preußische Regierung eine Interpretation für die Intentionen des römischen Stuhls, ein Barometer für das, was wir von Rom schließlich zu erwarten haben. (Oh! Oh!) — Meine Herren, unter Ihnen sind viele Priester; andere, ich glaube die meisten von Ihnen, sind unter priesterlichem Einfluß gewählt worden und werden unter demselben wieder gewählt werden, also Ihr „oh" ist nicht ganz gerechtfertigt. Ich glaube, Sie sind doch alle in der Lage, auf die Meinung des Papstes Rücksicht zu nehmen, und wenn diejenigen Intentionen vorhanden wären, auf die wir rechnen müssen, um Frieden zu machen, so hätten Sie die Rolle nicht spielen können, die Sie im Landtag und Reichstag seit dem vorigen Herbst gespielt haben, sondern Sie würden dasjenige Verhalten fortgesetzt haben, welches zu meiner Freude und zur Belebung meiner Friedenshoffnungen im vorigen Sommer von Ihnen bekundet wurde, indessen, das ist Ihre Sache, Sie werden ja Ihre Politik treiben, wie Sie sie verstehen, und wir müssen schließlich unsere Rechnung machen, so, wie die Dinge liegen.

Dann komme ich nun zu den anderen Fraktionen, die ich

vorhin appendices des Zentrums nannte, die das Zentrum für geschaffen halten, um unter seiner Deckung gelegentlich gegen die Regierung Ausfälle zu machen. Es ist danach bei der großen Macht des Zentrums, bei der Gewißheit seiner Opposition und bei dem unregelmäßigen Besuch des Reichstags, eine ziemlich kleine Anzahl von Gegnern der Regierung in einer bestimmten Sache hinreichend, um die Majorität gegen die Regierung zu sichern. Die Bereitwilligkeit, von dieser immer bereiten Opposition des Zentrums Gebrauch zu machen, gewissermaßen auf die Schultern des Zentrums zu springen, um von dort aus die Regierung zu bekämpfen, hat doch ihr sehr Bedenkliches, meine Herren! Alle diejenigen Parteien, die das Reich haben bilden und bisher vertreten helfen, — haben die wirklich dabei zu gewinnen, in diesem Kampf die Bundesgenossenschaft eines mächtigen Elements zu suchen, welches seinen Frieden mit uns, wie ich mit Bedauern wahrgenommen habe, noch nicht zu machen an der Zeit hält? Haben Sie sich nicht überlegt, was für Folgen und Rückwirkungen das auf die Reichsverfassung und auf ihre fernere Entwickelung, auf die Auffassungen der Regierung, auf die Hoffnungen haben muß, mit denen die Regierung in die Zukunft sehen muß?

Ich erwähnte schon vorhin, ich halte den Boden, auf dem das Reich gegründet ist, noch nicht gewachsen und solide genug, um mit dieser Vergessenheit, mit dieser Sicherheit sich der deutschen Neigung hinzugeben, der Regierung Opposition zu machen. Gegen die Regierung mit allen Mitteln zu kämpfen, ist ja ein Grundrecht und Sport eines jeden Deutschen, und wenn man da einen allezeit bereiten Bundesgenossen findet, der alles mitmacht, so ist das sehr willkommen für Jemand, der etwas gegen die Reichsregierung hat, aus besonderen Gründen, aus Ueberzeugung oder aus Fraktionsgründen. Ich wende meine Klage gegen keine Fraktion insbesondere; jede hat geglaubt, ab und zu am Zentrum eine feste Anlehnung nehmen zu können und hat sich gewundert, aber nach kurzer Zeit gewundert, wenn die Wand, an die sie sich zu lehnen glaubte, eine Schwenkung machte. Jeder greife da in seinen eigenen Busen. Aber die Fortsetzung dieses Systems, die Partei, mit der zu meinem Bedauern ein prinzipieller

Zwiespalt herrscht, als einen willkommenen Kristallisationspunkt für jedes Oppositionsgelüste zu benützen, halte ich für die Reichsverfassung verderblich, namentlich verderblich im Sinn der Liberalen noch mehr, als im Sinn der Konservativen. Ich werde Ihnen nachher sagen, warum; — aber ich richte besonders an die liberale Partei die Frage: ist es nützlich, Verfassungsentscheidungen anzuregen und bis zum äußersten zu verfolgen, den Punkt auf das i zu setzen im Streit zwischen Reichstag und Bundesrath? Ist es nützlich, den Partikularismus zu unterstützen? Er ist stark genug ohne Sie, meine Herren! Die Haltung der Majorität der Kommission, wie sie vorliegt, appellirt an den Partikularismus und ganz zweifellos nicht ohne Erfolg. Es giebt Regierungen, die aus partikularistischen Bedürfnissen, weil sie sagen: jedes Sonderrecht wollen wir bereitwillig schützen, denn wir haben auch Sonderrechte, und deshalb wollen wir es hier mit dem Buchstaben der Bundesverfassung nicht so genau nehmen, wir sind also bereit, die vorhandene Opposition im Reichstag zu stützen, mag sie ausgehen von wem sie will, für sie mit einzutreten, das Hemd ist uns näher als der Rock, es geht uns der Partikularismus über die Reichsinteressen. Es finden sich auch andere Regierungen, die sich durch den Reichstag einschüchtern lassen, — die Furcht vor parlamentarischen Unannehmlichkeiten ist ja bei den meisten Politikern und auch bei denjenigen, die ihr ganzes Leben darunter zugebracht haben, vielleicht viel größer, als sie bei mir ist. (Heiterkeit.)

Ich habe in meinem Leben Gelegenheit gehabt, meine Probe dahin zu machen, daß ich mich nicht überlaufen lasse; ich habe mich weder von parlamentarischen noch von partikularistischen Bestrebungen überlaufen lassen, und ich hoffe, Gott wird mir auch für mein jetziges Alter, obschon ich körperlich geschwächt bin, die geistige Energie nicht verkümmern, daß ich jedem solchen Versuch des Ueberlaufens dauernd und fest entgegentrete. (Bravo! rechts.)

Vor allem möchte ich warnen vor dem Versuch — also ich spreche von den Einschüchterungsversuchen gegen einzelne Regierungen — vor allem möchte ich warnen vor der Tendenz, bei diesen Einschüchterungen zwischen den Regierungen Unfrieden zu säen. Meine Herren, der Friede der Regierungen,

der feste, vertrauensvolle Friede der Regierungen unter einander, ist der unentbehrliche Hort der Sicherheit unserer Verfassung. Glauben Sie nicht, daß irgend ein Reichstagsrecht fester steht als ein Regierungsrecht, als die Bundesrathsrechte, als die Rechte des Präsidiums; alles beruht auf derselben Basis des Vertrags, den die Regierungen unter einander geschlossen haben, des Bundesvertrags, (Sehr wahr! links) und jeder Zweifel bei einer Regierung, und namentlich bei einer mächtigen Regierung, ob dieser Bundesvertrag gehalten wird, hat seine sehr bedenklichen Nachwirkungen. Der König von Preußen hat seine Zollrechte den Händen der Majoritätsbeschlüsse des Bundesraths anvertraut, den Händen der Reichsgesetzgebung hat er sie nicht anvertraut; man kann ja auf ein anderes System kommen. Ich habe es mir bisher zur Aufgabe gemacht, die Rechte der Regierungen sorgfältig zu vertreten, dieses mein Bestreben beruht aber auf der Voraussetzung der vollsten Gegenseitigkeit in genauer Beobachtung der Verfassung. Wenn ich mich darin täusche, so bin ich ja gar nicht abgeneigt — in der Nothwendigkeit, vor allen Dingen für die Erhaltung der Reichsinstitutionen eine feste Basis zu suchen, — auch den Weg zu gehen, den die Majorität Ihrer Kommission vorschlägt, nämlich alles auf die Zentralisation der Gesetzgebung durch den Reichstag hinauszudrängen; nur kann ich das nicht in meiner Stellung als Reichskanzler, es würde mich aber freuen, wenn mir Grund zu dieser Art Kriegführung gegeben wird, als Mitglied der Versammlung, die ich vor mir zu sehen die Ehre habe, einen festen Kampf auch für zentralistische Politik zu kämpfen, wenn ich finde, daß die Regierungen die verfassungstreue, zuverlässige Stütze für unsere Einheit nicht bilden, deren wir bedürfen. Deshalb sage ich: Sie spielen ein für das Ganze bedenkliches Spiel, wenn Sie darauf spekuliren, Unfrieden zwischen die Regierungen zu säen, wenn Sie daran Freude haben, daß die Regierungen gegeneinander stimmen. In Utilitätsfragen mögen die Regierungen gegeneinander stimmen, so viel sie wollen, — in einer Frage über Verfassungsrechte Preußen in die Minorität zu bringen, meine Herren, das ist nicht unbedenklich. (Heiterkeit.)

Ich sage das in vollem Bewußtsein der ganzen Geschichte, die ich seit dreißig Jahren durchlebt habe. Aber wenn ich

sage: nicht unbedenklich, so nehmen Sie nicht an, daß ich mich vor Bedenklichem scheue und davor zurücktrete, — jetzt so wenig wie früher.

Ich wollte noch darauf zurückkommen, warum ich dieses Benutzen des Zentrums von solchen Parteien, die nach ihren politischen Ueberzeugungen gar nichts mit dem Centrum gemeinsam haben, für bedenklich in ihrem eigenen Interesse halte. Ich habe nunmehr den Kampf für die deutsche Einheit seit dreißig Jahren geführt; es sind nahezu dreißig Jahre, daß ich am Bundestag zuerst dafür eingetreten bin, es sind achtzehn Jahre, daß ich in einer Stellung bin, in der ich mit einem französischen Historiker, den ich vor einiger Zeit in einer schlaflosen Nacht las, wohl sagen kann — er spricht von einem Staatsmann, dem man mehr Verdienst zuschrieb, als ich für mich in Anspruch nahm —: „Il devait succomber au poids des haines inassouvies qui s'accumulent sur la tête de tout ministre qui reste trop longtemps au pouvoir“. Ich fürchte, daß ich nach achtzehn Jahren längst in dieser Lage war, ich hatte alle Parteien wechselnd zu bekämpfen, gegen Jeden hatte ich einen heftigen Strauß zu kämpfen — davon kommen „les haines inassouvies“, von denen der französische Historiker spricht. Nun, ich bin nicht mehr jung, ich habe gelebt und geliebt, (Heiterkeit) — gefochten auch und ich habe keine Abneigung mehr gegen ein ruhiges Leben. Das Einzige, was mich in meiner Stellung hält, ist der Wille des Kaisers, den ich in seinem hohen Alter gegen seinen Willen nicht habe verlassen können, — versucht habe ich es mehrmals. Aber ich kann Ihnen sagen, ich bin müde, todtmüde, und namentlich, wenn ich erwäge, gegen was für Hindernisse ich kämpfen muß, wenn ich für das deutsche Reich, für die deutsche Nation, für ihre Einheit eintreten will. Ich will das nicht charakterisiren, ich würde den Gleichmuth verlieren; aber ich möchte die Parteien darauf aufmerksam machen: ich muß, wenn ich dem Kaiser vorschlage, die Last, die ich nicht zu tragen vermag, in andere Hände zu geben,[1]) doch Vorschläge machen; ich bin auch überzeugt, daß Seine Majestät nach dem langen Ver-

---

[1]) Von dem Gedanken des Rücktrittes ist der Kanzler zurückgekommen. Vgl. oben S. 163.

trauen, was mir geschenkt worden ist, auf diese Vorschläge einige Rücksicht nehmen wird. Nun, wenn ich sehe, daß die Macht des Zentrums unüberwindlich ist, daß die Zerissenheit aller übrigen Deutschen die gleiche bleibt, so muß ich in meinem Interesse für den inneren Frieden, wenn ich zurücktrete, Seiner Majestät vorschlagen, das Kabinet, welches mir nachfolgen wird, in einer Sphäre zu suchen, der es möglich sein wird, die Wünsche des Zentrums und die der konservativen Parteien mit einander zu vereinigen. Wenn ich die Hoffnung, daß, weil ich mich dem System, welches das Zentrum vertritt, nicht unterwerfen kann und auch glaube, daß mit den Ansprüchen, die die Herren vertreten, der Friede in Preußen dauernd nicht zu finden sein wird, wenn sie die Ansprüche nicht modifiziren — — ich will es ihnen wünschen, mir ist es ja ziemlich einerlei, ob nach mir „Fortschritt und Freihandel" meinen Nachfolger auf den Weg nach Kanossa drängen, ich kann es aushalten so gut wie Andere; der andere Weg ist nur dann möglich, wenn alle diejenigen, die mit den Bestrebungen der Zentrumspartei nicht einverstanden sind, ihrerseits geringere Streitigkeiten, als diejenigen, die die Erhaltung und Fortbildung des Reichs betreffen, so lange ruhen lassen; kurz, wenn die ganzen liberalen Parteien sich dazu entschließen können, dem Zentrum die Heerfolge absolut und für immer zu versagen. Können sie das nicht, dann sind meine Voraussichten trübe; können sie das, so will ich meine letzten Kräfte dem Streben dazu widmen, — aber ich kann jeden Mißerfolg so ruhig mit ansehen, wie irgend einer von Ihnen. Ich weiß nicht, warum mir das deutsche Reich und seine Zukunft näher stehen sollte, als irgend Jemand unter Ihnen. Sie sind alle Deutsche; Minister kann jeder eine Zeit lang sein und nicht mehr sein; daß ich gerade ein stärkeres Interesse als andere Deutsche am Reiche haben müßte, weil ich zufällig lange Kanzler gewesen bin, das glaube ich nicht, wenn ich mich auch nicht zu der saturnischen Politik meines früheren Kollegen, der vor mir gesprochen hat, verstehen kann — das nicht! — so ruhig zusehen, daß das deutsche Reich, welches ich mit Aufwand meiner Lebenskraft habe begründen helfen, zurückgeht, das vermag ich nicht. In meinem Alter wird man aber ruhiger und stiller, ich habe ein Bedürfniß nach beschaulicher Einsam-

keit, — dann richten Sie sich das Reich ein, wie Sie wollen, aber verlangen Sie meine Mitwirkung nicht, wenn Jeder sich für berechtigt und berufen hält, die Grundlagen des Reichs in Frage zu stellen. (Lebhaftes Bravo rechts, Zischen links und im Zentrum.)"

Der Vertrag wurde genehmigt und der von der Kommission beantragte Vorbehalt abgelehnt.

Kritik der Berliner Miethssteuer.

Bei Gelegenheit der ersten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten in der 9. Sitzung, am 4. März 1881[1]) unterzog der Herr Reichskanzler die in Berlin bestehende Miethssteuer, sowie die Berliner Finanzverwaltung einer sehr zutreffenden Kritik und äußerte sich zugleich über die Nothwendigkeit der Entlastung der Gemeinden wie folgt:[2])

„Die Miethssteuer ist eine der unvollkommensten, drückendsten, nach unten hin wachsenden sogenannten degressiven Steuer, eine der unbilligsten, die überhaupt gefunden werden kann. Sie besteht deshalb auch nur in außerordentlich wenigen Städten, außer in Berlin nur in Frankfurt am Main, Danzig, Halle, Emden, Ottensen u. s. w., im ganzen überhaupt nur in neun preußischen Städten: in den anderen Städten außer Berlin besteht sie aber zu einem so mäßigen Satze, daß die Unbilden davon allenfalls getragen werden können. Von der gesammten Miethssteuer, die in diesen 9 Städten aufkommt, kommen auf Berlin 98 Prozent und auf die anderen 8 Städte nur 2 Prozent. Es ist ferner bemerkenswerth, daß der Berliner Magistrat in einer mir hier vorliegenden Eingabe vom 16. Februar 1879 selbst weit entfernt ist von der Ueberzeugung, daß dies eine gerechte Steuer sei; nichtsdestoweniger aber erhebt er nach dieser Steuer 48 Prozent, also nahezu die Hälfte seiner gesammten städtischen Besteuerung. In dieser Eingabe heißt es, — es ist eine Erwiderung nämlich auf eine ministerielle Ansicht, daß die Miethssteuer eine Art von Einkommensteuer wäre, — es erwidert der hiesige Magistrat:

---

[1]) Stenogr. Berichte S. 159.
[2]) Stenogr. Berichte S. 161.

> Es wird keinem Zweifel unterliegen können, daß die erste Bedingung und Voraussetzung, um der Miethssteuer den Charakter einer Einkommensteuer beizulegen, die sein müßte, daß die Miethssteuer die verschiedenen Einnahmen und Einnahmeklassen *auch nur in ungefährem Verhältniß* zu ihrem Einkommen belastet, daß sie sich mit anderen Worten in ihrer Höhe nach dem Einkommen regulirt; *gerade das Gegentheil* trifft aber bei der Miethssteuer in zahlreichen Fällen zu, und ihr Hauptvorwurf ist wesentlich stets aus ihrer Verhältnißlosigkeit zu der Höhe des Einkommens herzuleiten gesucht.

Und nach dieser Steuer erhebt der Berliner Magistrat 48 Prozent seines Steuereinkommens überhaupt.

> Wir dürfen nur auf die Gewerbtreibenden hinweisen, welche häufig einer *sehr hohen* Miethssteuer unterliegen und ein verhältnißmäßig *sehr geringes* Einkommen beziehen; wir dürfen nur auf die überaus große Anzahl *sehr wohlhabender* und reicher Einwohner hinweisen, welche oft zur Befriedigung ihres Wohnungsbedürfnisses eine verhältnißmäßig sehr *unbedeutende* Ausgabe machen und infolge dessen einer unbedeutenden Steuer unterworfen sind.

Das ist die Charakteristik, die der Berliner Magistrat selbst der Miethssteuer giebt, die er erhebt; nichtsdestoweniger sind Versuche, sie abzuschaffen, sie zu ändern, nach keiner Seite hin jemals gemacht worden, im Gegentheil, als in der Erwiderung auf diese Petition die betheiligten Ministerien der Stadt den Gedanken nahe gelegt haben, die Miethssteuer abzuschaffen und statt deren andere einzuführen, ist die Stadt auf diese Beschwerde, nämlich die Absicht, noch schärfere Heranziehung der Beamten nicht wieder zurückgekommen und hat sie fahren lassen. Die Stadt ist also entschlossen, diese, wie sie selbst sagt, „mit dem Einkommen in gar keiner Beziehung stehende" Steuer, von der sie aber dennoch die Hälfte ihres Aufkommens an Steuern bezieht, beizubehalten. *Ich halte diese Steuer umsomehr für reformbedürftig, als sie, wie ich schon erwähnte, den Armen ganz unverhältnißmäßig höher trifft, als den Reichen, und unter den Armen den Kinderreichen wieder höher,*

als den Kinderlosen, **und es liegen in dieser Steuer ganz andere Härten, als in den so viel und auf ganz unbegründeten Voraussetzungen behaupteten Belastungen des armen Mannes durch die Korn- und Petroleum-Zölle.** (Sehr richtig! rechts.) Die Stadt Berlin erhebt an Miethssteuern — mir stehen nur die Daten von 1876 zu Gebote, die anderen sind mir noch nicht zugegangen — beinahe 10 Millionen Mark, sie hatte damals Einwohner nicht ganz eine Million; man kann also sagen, sie nahm etwas über 10 Mk. auf den Kopf. Denken Sie sich diese Steuer im ganzen deutschen Reiche ausgebreitet, so haben Sie eine Besteuerung von 450 Millionen Mark direkter Steuern. In diesem Maßstabe besteuert also die Stadt Berlin ihre Eingesessenen, und namentlich die ärmeren, wie ich vorhin schon berührt habe, schärfer als die wohlhabenden. Es ist meines Erachtens eine der dringendsten Aufgaben der preußischen Regierung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß dieser reformbedürftige Zustand in der Hauptstadt des deutschen Reiches aufhöre, und ich glaube, sie wird damit auch wesentlich zur Befriedigung namentlich der großen Massen armer und mitunter erwerbsloser Leute beitragen, wenn sie diese bis in das Kleinste hineintreffende Steuer beseitigt. Der Schlafbursche muß seine Miethssteuer zahlen, nur ist der Hauptmiether, dessen Aftermiether er ist, genöthigt, sie auszulegen. Daher die Sicherheit des Eingangs, da diesen Hauptmiether sofort die Exekution trifft, wenn er nicht auslegt. Also der Mann, der nichts weiter hat, als die Schlafstelle, die er miethet, der in der ganzen übrigen preußischen Monarchie sonst steuerfrei ist, wird in Berlin, wenn er überhaupt ein Unterkommen haben will, zu dieser Steuer herangezogen; denn natürlich wird sie auf die Miethe aufgeschlagen.

Nothwendigkeit der Reform des Berliner Finanzsystems; Fiasko der fortschrittlichen Berliner Finanzwirthschaft.

Ich muß überhaupt bei dieser Gelegenheit bemerken — und da wir genöthigt sind, in Berlin zu tagen und zu wohnen, so ist die Bemerkung auch nicht unberechtigt — daß mir das Finanzsystem dieser Stadt, die wir zu bewohnen gezwungen sind, im allerhöchsten Grade reformbedürftig scheint und den Aufgaben, die einer so großen Verwaltung gestellt werden müssen, in keiner Weise entspricht. Es hängt das ja zusammen mit den Steuer- und Zollreformen, die ich überhaupt anstrebe,

die die Mittel dazu geben können.[1]) Es liegt das zum Theil darin, daß die Verwaltungen unserer großen Städte nicht ohne Einwirkung der Theorie und der Politik geführt werden, daß nicht die wirthschaftlichen Interessen allein maßgebend sind, sondern daß diejenigen politischen Theoremen, die im Staatsleben die betheiligte Städteverwaltung über Steuern überhaupt hat, schon aus prinzipiellen Gründen auf die Stadt — zu deren Schaden — übertragen werden. Sonst ist es mir ganz unverständlich, wie eine Stadt wie Berlin auf die letzten Residuen ihrer indirekten Einnahmen hat verzichten können, einen so ungeheuerlichen Bedarf, wie ihn eine so große Stadt nöthig hat, mit direkten Steuern aufzubringen, unternommen hat.

Dieser Versuch zeugt meines Erachtens bei den Herren, die ihn gemacht haben, von einer Unbekanntschaft mit den Traditionen des Steuerwesens überhaupt, **und von einem nicht sehr nachdenklichen Experimentiren mit dem Schicksal der großen und besitzlosen Massen, die in den großen Städten wohnen.** Durch Abschaffung der Mahl- und Schlachtsteuer ist der ganze Fremdenverkehr in Berlin steuerfrei geworden. Wie groß der ist, das kann ungefähr daraus geschlossen werden, daß im Jahre 1877 die mit der Eisenbahn in Berlin angekommenen Personen im Laufe des Jahres 4,494,000 betrugen und im Jahre 1878 4,713,000. Wenn auch mancher Berliner mit dabei ist, wenn auch Leute dabei sind, die nichts oder wenig verzehren, so sind doch ganz gewiß darunter mehrere Hunderttausende, wenn nicht Millionen wohlhabender Leute, die theils zu ihrem Vergnügen herkommen, theils hier durchreisen und früher ein sehr hübsches Item der Berliner Steuern tragen halfen. Es muß also, was früher der reiche Fremde zahlte, jetzt der arme Mann in Berlin und der kleine Beamte mit kümmerlichem Gehalt im Wege der Miethssteuer zum großen Theil aufbringen, lediglich wegen des Mangels an Geschick und Umsicht und des Mangels an Aufsicht seitens der Regierung über eine für das Gesammtwohl des Staates so erstaunlich wichtige Verwaltung, wie die finanzielle Verwaltung von Berlin ist. Wenn ein Abgeordneter

---

[1]) Vgl. oben S. 184.

neulich sagte, daß die Zollgesetzgebung, die der Reichstag und die verbündeten Regierungen votirt haben, ein gewaltiges Fiasko gemacht hat,[1]) so muß ich sagen, gegen das Fiasko, was die zwanzigjährige Berliner Finanzwirthschaft gemacht hat, ist jene Staatsfinanzwirthschaft noch ein glänzender Erfolg. Und dergleichen verschwenderische Experimente geschehen in einer Stadt, die keineswegs in dem Maße wohlhabend und in ihren Verhältnissen rangirt ist, wie andere Städte von derselben Größe. Ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit erwähnt, daß mir aus statistischen Daten zugekommen ist, daß der Feuerkassenwerth der Berliner Häuser etwas über 1900 Millionen beträgt, die Hypotheken aber, die darauf eingetragen sind, über 2 Milliarden, — der Werth unter 2 Milliarden, die Schulden über 2 Milliarden.[2]) Wenn man in solchen Verhältnissen lebt, sollte man doch dem Berliner Bürger und Einwohner die Rücksicht schulden, daß man nicht eine so harte und nach dem Bekenntniß des Magistrats selbst so ungleiche Steuer, wie die Miethssteuer ist, 20 bis 30 Jahre unverändert beibehält und nicht nachdenkt über Reform und keinen Versuch dazu macht, es liegt bei der Regierung kein Antrag vor der Art. War es die Ueberzeugung, daß in der Stadtverwaltung Alles wie bei Candide auf das Vortrefflichste in der Welt bestellt ist? Ich möchte den regierenden Häuptern der Stadt an's Herz legen, etwas mehr Fürsorge für die Armen zu haben und aus diesem Grunde eine Aenderung in dem Steuersysteme vorzunehmen, die dem Tragen des gewaltigen Bedarfs einer so großen Stadt etwas mehr Rechnung trägt. Ich möchte sie auch bitten, mit Rücksicht auf den ärmeren Theil ihrer Be-

Nothwendigkeit der staatlichen Unterstützung der Gemeinden.

völkerung die Bestrebungen zu unterstützen, von denen die Reichsregierung im Bunde mit der preußischen geleitet ist, aus den Staatsrevenüen abgeben zu können an die Gemeinden, um ihnen tragen zu helfen einen großen Theil der Lasten, die ihrem Ursprung nach Staatslasten sind und die der Staat per fas et nefas auf die Gemeinden abgewälzt hat und für

[1]) Es hatte das der Abgeordnete Richter (Hagen) im Abgeordnetenhause gesagt. Vgl. stenogr. Bericht 1881 S. 1536.

[2]) Vergl. oben S. 167.

deren Leistung der Staat wenigstens die moralische Verpflichtung hat, erhebliche Zuschüsse zu machen. Um diese Zuschüsse machen zu können, müssen aber höhere indirekte Steuern erhoben werden, denn Sie wollen doch nicht die Miethssteuer verdoppeln oder verallgemeinern im Reich, so daß 450 Millionen im Reich durch Miethssteuer aufgebracht werden. Also Sie werden indirekte Steuern bewilligen müssen, wenn Sie dem Armen helfen wollen, wenn Sie den Regierungen helfen wollen, den Gemeinden einen Theil der Schullast abzunehmen, soweit es sich um den Elementarunterricht handelt. Das ist eine Staatslast, denn der Staat fordert den Unterricht, daß jedes Kind soviel lernen soll, der Gemeinde ist es gleichgültig. Der Staat ist zu Beiträgen verpflichtet. Ebenso die Armenlast zum großen Theil. Es ist unbillig, daß die gesammte Armenlast dem Ort zur Last falle, wo der Anlaß dazu entsteht. Es liegt hier auch wiederum nicht in der Geschichte und in dem Naturrecht, daß die Pflicht zur Armenpflege existirt, sondern es ist die Gesetzgebung des Staates, die das Gesetz geschaffen hat, daß Niemand verhungern soll. Vor Erlaß des preußischen Landrechts konnte Jeder das besorgen, wie er wollte, und es giebt noch heute Länder ohne Armenrecht. Dann ist die erhebliche Polizeilast, die man Berlin aufgebürdet hat, eine Staatslast. Wenn ich die Ehre hätte, Mitglied des Magistrats zu sein, würde ich seit Jahren nicht geruht haben, in meinem öffentlichen Auftreten und in der Vertretung im Parlamente von Berlin dafür zu sorgen, daß diese meines Erachtens vom Staate zu tragenden Lasten auch vom Staate, wenigstens theilweise, übernommen werden, und daß den Gemeinden Sublevationen gewährt werden. Um diese Sublevationen zahlen zu können, um die Gemeinde Berlin in Stand zu setzen, daß eine so ungerechte, von ihr selbst für ungleich erachtete Steuer, wie die Miethssteuer, abgeschafft werde, bedarf es der Bewilligung indirekter Steuern auf Tabak, Branntwein und andere Luxusgegenstände. Wenn Sie uns das versagen und werfen uns vor, durch die Zölle nehmen wir dem Armen das Brod, so verhindern Sie den Staat, die Armenlast zu erleichtern. **Die Gemeindeverwaltung und die Opposition gegen die Vermehrung der indirekten Steuern sind es, die dem armen Manne mehr**

auflegen, und nicht die Zölle sind es. Die direkten Abgaben, wie sie bestehen, sind die härteren; sie treffen das Recht zu existiren, jede direkte Steuer trifft nicht das Brod des Armen, sie trifft sein Recht zu athmen. Der Exekutor ist da, wenn er nicht zu rechter Zeit zahlt, und der ganze Haushalt einer Familie wird umgeworfen und zurückgestürzt in die unterste Stufe seiner Mitbürger durch eine einzige Steuerexekution, durch sie wird eine Calamität über eine Familie gebracht, die sich schwer wieder verwinden läßt, namentlich bei der Schnelligkeit der neuen Justizeinrichtungen, wo nicht einmal das Mobiliar zum Werthe verkauft wird.[1] Ich führe beispielsweise an, daß die direkte Besteuerung in Paris auf den Kopf 12 Franks, also ungefähr 9 bis 10 Mark beträgt, in Berlin aber 21 Mark nach dem mir vorliegenden statistischen Material, also in Berlin mehr als das Doppelte auf den Kopf. Nun sagen Sie mir: ja, Paris erhebt dafür so und so viel indirekte Abgaben von Oktroi an den Thoren, die das Leben vertheuern. Ich frage Jeden, der in Paris gewesen ist, ob das Leben dort in der That theurer ist. (Rufe: ja! sehr!) Es kommt sehr darauf an, welche Vergnügungen man aufsucht. (Große Heiterkeit.) Wenn Jemand in Paris längere Zeit gewohnt hat, wenn er andere oktroipflichtige Städte in Frankreich in der Provinz bewohnt hat, so muß er geradezu erklären, es lebt sich dort wohlfeiler. Wenn ich mich in Paris in einem eigenen Quartier oder selbst in einem chambre garni bürgerlich einmiethen und leben will, und da appellire ich an diejenigen unserer Handwerker, die etwa in Paris gelebt haben, ob sie nicht dort für ihr Geld mehr haben, jedenfalls besser leben wie in Berlin. Wir lebten auch in Berlin besser zur Zeit der Mahl- und Schlachtsteuer. Die Preise waren wohlfeiler; es mag sein, daß inzwischen höhere Viehpreise bestehen, aber man war früher sicher, immer gutes Fleisch zu haben. Es gab damals weniger Metzger, aber das Leben war besser und wohlfeiler und durch die, wie ich glaube, nicht geschickte Abschaffung der indirekten Steuern hier ist das Leben theurer und schlechter geworden;

Nachtheile der Steuerexekutionen.

Vergleich der Pariser und Berliner Besteuerung und Theuerung.

[1]) Eine Statistik der Exekutionen und eine Schilderung der wirthschaftlichen und sittlichen Nachtheile derselben findet sich oben S. 199 ff. und 233.

also halb Reuleaux, aber die schlechtere Hälfte davon. Der Geheimrath Reuleaux nannte unsere Produktion billig und schlecht, ich nenne diese Steuerart theuer und schlecht.

Ich wiederhole also, daß mein erstes Bestreben dahin geht, eine so ungleiche und ungleich treffende Steuer abzuschaffen.“

II. Die Sozialreform.

Der Liberalismus hat, so lange er im öffentlichen Leben maßgebend war, gegen den zahlreichen Arbeiterstand und seine Interessen eine auffallende Gleichgültigkeit an den Tag gelegt. Der Arbeiter wurde lediglich als eine Maschine der Produktion betrachtet, die man so arbeiten lassen muß, daß sie mit möglichst geringen Auslagen den größtmöglichen Ertrag erzielt. Je mehr dies erreicht wird, desto mehr kann nach liberaler Theorie von einem Fortschritte der Zivilisation die Rede sein. (Vergl. die Rede des Abg. Bamberger im Reichstage vom 15. Mai 1879.) Nach einer positiven Leistung zu Gunsten der Arbeiter sucht man bei den Liberalen speziell bei den sog. Volksmännern vergebens.

Wie ganz anders war das unter der absoluten Regierung! Wir erinnern nur an die Bestimmungen im Landrechte über die Dauer des Arbeitstages der Gutsunterthanen; (§§ 361, 363—365 Th. II. Tit. 7 des Landrechts) an die Fürsorge für das Gesinde in der heut noch geltenden Gesinde-Ordnung vom Jahre 1810. Das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz ist verschlechtert aus der absoluten Regierung hervorgegangen. (Wenn keine Bestimmung zu Gunsten der Fabrikarbeiter besteht, so kommt dies daher, weil der heute so bedeutende Stand der Fabrikarbeiter damals nicht bestand.)

Die heute zu Gunsten der Fabrikarbeiter zu Recht bestehenden Bestimmungen, namentlich die Bestimmung im § 105 der Gewerbe-Ordnung, welche eine strenge Sonntagsfeier zum Zwecke der Erholung von der Arbeit anstrebt, ferner die Beschränkungen über die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter pp. sind gegen den entschiedenen Widerspruch der Fortschrittspartei Gesetz geworden.

Jeder korporativen Arbeitsordnung feindlich gegenüberstehend, waren die liberalen Bestrebungen lediglich auf

die Individualisirung der arbeitenden Klassen gerichtet, welche unredlichen und aller Wahrheitsliebe entbehrenden politischen Strebern die Benutzung des über die eigentlichen Ursachen seiner Armuth und Ausbeutung getäuschten Volkes als Stimmvieh erleichtern mußte. Diesem Entwickelungsgange trat die Reichsregierung entgegen; sie proklamirte die Verpflichtung des Staates, nicht nur die Interessen des Handels, sondern auch die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen zu fördern. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, dessen erste Berathung in der 27. Sitzung des Reichstags, vom 1. April 1881,[1]) auf der Tages-Ordnung stand, war der erste Schritt zu der nothwendigen Reform. Die Bedeutung dieser Vorlage kann nicht hoch genug angeschlagen werden, wenn man bedenkt, daß ein vollständig neues Gebiet, ein Gebiet betreten wurde, auf welchem jede Erfahrung mangelte. Nach dem gedachten Entwurf sollte an Stelle der Haftpflicht auf Grund des Gesetzes vom 7. Juni 1871 eine obligatorische Versicherung und eine Reichsversicherungs-Anstalt treten. Dieselbe sollte alle beim Betrieb vorkommenden Unfälle umfassen, ohne Unterschied, ob sie in einem Verschulden des Unternehmers oder seiner Beauftragten oder in dem eigenen Verhalten des Verunglückten, oder endlich in zufälligen Umständen ihren Grund haben. Jedoch sollte bei einem nachweisbaren groben Verschulden des Betriebsunternehmers dieser der Versicherungsanstalt für alle letzterer entstandenen Auslagen haften, während bei einem groben Verschulden des Verletzten die ihm zu zahlende Rente auf die Hälfte des gewöhnlichen Betrages herabgemindert werden sollte.

Gegenstand der Versicherung sollte ferner der Ersatz jedes Schadens sein, welcher durch eine körperliche Verletzung, die eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als vier Wochen zur Folge habe oder durch Tödtung entstehe. Im Falle der Verletzung sollte von der fünften Woche an für die Dauer der Arbeitsunfähigkeit neben den Heilkosten eine Rente gezahlt werden, welche bei völliger Arbeitsunfähigkeit 66⅔ Prozent, also zwei Drittel des bisherigen Arbeitslohnes beträgt; bei nur theilweiser Arbeitsunfähigkeit sollte dieselbe nach dem Maße der verbliebenen Erwerbsunfähigkeit berechnet werden.

[1]) Stenogr. Berichte S. 673.

Für den Fall der Tödtung wurde ein Schadenersatz von 60 Mark als Ersatz für die Beerdigungskosten und eine vom Todestage ab zu gewährende Rente vorgeschlagen, welche für die Wittwen 20 Prozent, für jedes hinterbliebene Kind bis zu dessen zurückgelegtem 15. Lebensjahre 10 Prozent, jedoch zusammen nicht mehr als 50 Prozent des bisherigen Arbeitslohnes betragen sollte. War der Getödtete der einzige Ernährer dürftiger Eltern oder Großeltern, so bezogen diese eine Rente von 20 Prozent.

Einbegriffen in die Versicherung sollten werden alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, in Fabriken und Hüttenwerken und in allen denjenigen Betrieben, in welchen Dampfkessel oder durch elementare Kraft (Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft 2c.) bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, mit Ausnahme des Schifffahrts- und eigentlichen Eisenbahnbetriebes — und beim Baugewerbe beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, deren Jahresverdienst nicht über 2000 Mark beträgt. Bezüglich einzelner Betriebe wurde die Bestimmung über die Versicherungspflicht dem Bundesrathe überlassen. Die Landwirthschaft sollte in den Rahmen des Gesetzes nicht mit gezogen werden, wie überhaupt alle Betriebe, in denen die Maschinen nicht fortgesetzt benutzt werden, von dem Entwurf ausgeschlossen wurden. Anlangend die Prämienzahlung, so sollte für diejenigen Versicherten, deren Jahresverdienst 750 Mark und weniger beträgt, Prämie zu zwei Drittel von dem Betriebsunternehmer, zu ein Drittel vom Reich getragen werden. Diejenigen Versicherten, deren Jahreseinkommen 750 Mk. bis 1000 Mk. beträgt, sollten das letzte Drittel selbst bestreiten, endlich sollten Diejenigen, welche über 1000 Mk. Einkommen haben, die Prämie mit dem Betriebsunternehmer je zur Hälfte tragen.

An dem angegebenen ersten Berathungstage sprachen die Abgeordneten Dr. Bamberger, Freiherr von Marschall, Dr. Freiherr von Hertling, Oechelhäuser, Winterer und Dr. Baumgarten. Am folgenden Tage, in der 28. Sitzung, am 2. April 1881, sprach zuerst der Abgeordnete Richter (Hagen). Alsdann ergriff der Herr Reichskanzler wie folgt das Wort: [1])

[1]) Stenogr. Berichte Seite 711.

„Ich will, bevor ich auf die Sache eingehe, kurz auf einige der letzten Bemerkungen des Herrn Vorredners antworten, weil ich die bei ihrem geringen Schwergewicht sonst vielleicht vergessen möchte. Er hat damit geschlossen, daß meine Prestige im Schwinden wäre. Ja, wenn er Recht hätte, möchte ich sagen: Gott sei Dank! denn das Prestige ist etwas furchtbar Lästiges, Etwas, an dem man schwer zu tragen hat und das man leicht satt wird. Mir ist es vollkommen gleichgültig. Ich habe, wie ich sehr viel jünger war, ungefähr im Alter des Herrn Vorredners, als vielleicht noch mehr Ehrgeiz in mir steckte, Jahre lang ohne jedes Prestige, im Gegentheil als Gegenstand der Abneigung, wenn nicht des Hasses der Mehrheit meiner Mitbürger mich wohler, zufriedener und gesünder befunden, als in den Zeiten, wo ich am populärsten gewesen bin. Das alles hat für mich keine Bedeutung; ich thue meine Pflicht und warte ab, was daraus folgt. Das Prestige des Reichskanzlers.

Der Herr Vorredner hat das hauptsächlich damit begründet, daß die Arbeiter den Beistand ablehnen, den ihnen die Reichsregierung zu bringen sucht. Darüber kann der Herr Vorredner noch gar keine Nachricht haben; was die Masse der Arbeiter denkt, das weiß der Herr Vorredner gar nicht; er weiß, was die eloquenten Streber, die an der Spitze der Arbeiterbewegungen stehen, was die darüber denken, darüber wird der Herr Vorredner ganz gewiß genau unterrichtet sein. Aber was der Arbeiter im Allgemeinen denkt, das wollen wir abwarten. Ich weiß nicht, ob diese Frage in ihrer Bedeutung überhaupt schon bis zu ihrer Erwägung außerhalb der gelehrten Arbeiterklubs, außerhalb der leitenden Streber und Redner vollständig durchgedrungen ist. Wir werden ja bei den nächsten Wahlen die erste Probe davon haben, ob der Arbeiter sich dann, geschweige jetzt, ein volles Urtheil darüber schon gebildet hat. Die Aufnahme der Vorlage in den Kreisen der Arbeiter.

Das Feld der Gesetzgebung, welches mit diesem Gesetz betreten wird, und von dem der Herr Vorredner ganz mit Recht urtheilt, daß es noch eine sehr weite Perspektive hat, die vielleicht auch gemäßigte Sozialdemokraten milde in ihrem Urtheil über die Regierung stimmen kann — dieses Feld, welches hiermit betreten wird, berührt eine Frage, die wahrscheinlich von der Tagesordnung sobald nicht abkommen wird. Die Schwierigkeit der Lösung der sozialen Frage.

Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer sozialen Frage. Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten von amtlicher, hochstehender Seite und aus dem Volke: es sei damals versprochen, es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen; die Mahnung ist bis zu diesem Augenblick an mich toto die herangetreten, und ich glaube nicht, daß mit der sozialen Frage, die seit fünfzig Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne oder Enkel vollständig in's Reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen, mathematischen Abschluß, daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte, das ist der Weg einer organischen Entwickelung. Ich halte es für meinen Beruf, diese Fragen ohne Parteileidenschaft, ohne Aufregung — ich bedaure, daß die Parteifragen so hineinspielen — in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen soll, wenn es die Reichsregierung nicht thut.

Wodurch die Aufhetzungen der Klassen (z. B. in antisemitischen Versammlungen) hervorgerufen werden.

Der Herr Vorredner hat, was ich nur beiläufig erwähnen will, weil es vor einigen Tagen auch in einer anderen Rede vorkam, angespielt auf einen angeblich lebhaften Telegrammwechsel zwischen „gewissen Kreisen" und einer „hochstehenden Person", unter welcher Bezeichnung ich mich in diesem Falle verstehen muß. Meine Herren, es ist dies eine sehr einfache Sache; ich bekomme tausende von Telegrammen — ich bin ein höflicher Mann und ich würde sogar wahrscheinlich auf ein Telegramm von Herrn Richter antworten, (Heiterkeit), wenn er mich mit einem freundlichen Telegramm beehren wollte; ich kann auf ein freundliches Telegramm zur Begrüßung nur freundlich antworten, keine polizeiliche Recherche darüber anstellen, welcher politischen Richtung diese Absender etwa sind. Ich bin auch nicht so ängstlich in meinen Anschauungen, daß ich besondere Katechisationen über die politische Partei der Absender anstellte. Macht es Jemand Vergnügen, mich als Mitglied der antisemitischen Verbindungen darzustellen, so gönne ich ihm das. Ich habe mich, wie es mir meine amtliche Stellung gebietet, von allen diesen Bewegungen, die mir nicht erwünscht sind, ferngehalten, ich möchte nur wünschen, daß

auch die übrigen Herren, und namentlich diejenigen, welche die Regierung und mich in Person mit ihrem Wohlwollen beehren, sich von Aufhetzungen der Klassen gegeneinander, von Wendungen der Reden, die den Klassenhaß schüren, mehr als bisher entfernt halten möchten. Wenn wir neulich von dem Herrn Abgeordneten Lasker die Bezeichnung hörten, die wirthschaftliche Politik, welche die Regierung treibe, sei eine „aristokratische“ Politik, und damit alles, was zur Aristokratie gehört, als des Eigennutzes verdächtig dem armen Manne, auf dessen Kosten sie angeblich lebten, denunzirt wird, wie sollen nicht, wenn solche Aeußerungen auf antisemitischen Boden fallen, dort die richtigen Repressalien für ein solches Wort gefunden werden, so daß man die Politik, die uns entgegensteht, auf einem anderen Epitheton, was ich gar nicht aussprechen will, was Jeder selbst finden wird, bezeichnete? Wenn nachher eine Zeitung, wie die Tribüne, von der gesagt wird, daß sie Eigenthum des Herrn Bamberger sei, diesen Ausdruck des Herrn Lasker noch durch ihr Sprachrohr weiter giebt und weiter verfolgt, daß dies die richtige Bezeichnung, daß dies eine Colombusentdeckung sei, dies Wort gefunden zu haben, daß Fürsorge für den armen Mann und Aristokratie nicht in derselben Gedankenordnung neben einander stehen können, ja, dann denken Sie sich das umgekehrt im Munde des Antisemiten, was für ein Element der statt Aristokraten setzen wird, ob er ganz dasselbe setzen wird, in allen den Wendungen, mit welchen das Organ des Herrn Bamberger der Aristokratie egoistische Ungerechtigkeit unterschiebt. (Bravo! rechts.)

In einem monarchischen Staate kann das „laisser faire, laisser aller“ nicht zur Anwendung kommen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat auf die Verantwortlichkeit des Staates, für das, was er thut, auf dem Gebiet, welches er heut betritt, aufmerksam gemacht. Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, daß der Staat auch für seine Unterlassungen verantwortlich werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laisser faire, laisser aller“, „das reine Manchesterthum in der Politik“, „Jeder sehe, wie er's treibe, Jeder sehe, wo er bleibe“, wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedergerannt und zu Boden getreten“, wer da hat, dem wird gegeben, „wer nicht hat, dem wird genommen“ — daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne, im Gegen-

theil, ich glaube, daß Diejenigen, die auf diese Weise die Einwirkung des Staates zum Schutz des Schwächeren perhorreszieren, ihrerseits sich dem Verdacht aussetzen, daß sie die Stärke, die ihnen, sei es kapitalistisch, sei es rhetorisch, sei es sonstwie, beiwohnt, zum Gewinn eines Anhangs, zur Unterdrückung der Anderen, zur Anbahnung einer Parteiherrschaft ausbeuten wollen und verdrießlich werden, sobald ihnen dieses Beginnen durch irgend einen Einfluß der Regierung gestört wird.

Vorbereitung der Vorlage; Ausdehnung und Zweck derselben; Versicherungsbeitrag, Staatszuschuß.

Dem Herrn Abgeordneten reicht die Konsequenz dieser Gesetzgebung nicht weit genug. Ja, wenn er nur Geduld haben will, so werden wir seinen Erwartungen und seinen Wünschen in dieser Beziehung vielleicht später entsprechen können. Nur nicht zu schnell und nur nicht alles auf einmal. Solche Gesetze entstehen ja nicht auf der Basis einer theoretischen Willkür, die darüber grübelt, was wäre jetzt wohl für ein Gesetz zu machen, sondern sie haben ihre Genesis, ihre Vorgeschichte, aus der sie entstehen. Daß wir bis heute nur mit einem Unfall-Versicherungsgesetz kommen, hat seinen Grund darin, daß gerade diese Seite der Fürsorge für den Armen und Schwachen schon früher besonders lebhaft betrieben ist in Zeiten, wo ich diesen Dingen überhaupt noch nicht näher getreten bin. Ich habe Anforderungen, Andeutungen, Anfänge zu diesem Gesetz schon gefunden, es war das Gesetz, was nach Lage der Akten am meisten urgirt und am meisten dringend erschien und wie ich ihm zuerst näher getreten bin, habe auch ich Anfangs das Gefühl gehabt, daß das Gesetz seiner Theorie nach nicht umfassend genug sei, mir ist die Versuchung nahe getreten, in dem ersten Paragraphen, in dem, glaube ich, der Satz vorkommt: „alle Arbeiter, die“ und „müssen so und so entschädigt werden“, anstatt dessen zu sagen: „jeder Deutsche“. Wenn man diesem Gedanken, der etwas Ideales hat, näher tritt, wenn man namentlich auch die selbstständigen Arbeiter, die in Niemandes Auftrage verunglücken, umfassen will, dann hat die Sache auf dem Wege der Versicherung ihre noch größeren Schwierigkeiten und das Erste, was uns da beschäftigt hat und sehr viel ernster beschäftigt als irgend eine zweistündige Rede irgend eines Abgeordneten thun kann, das war die Frage: wie weit läßt sich das Gesetz ausdehnen, ohne daß wir in den Beginn dieser Gesetzgebung gleich im Anfang eine nach-

theilige Lage, einen zu weitgehenden Griff, also einen Mißgriff bringen? Mir lag als Landwirth wohl die Frage sehr nahe: läßt es sich beispielsweise auf die Landwirthschaft, der bei weitem die größte Anzahl der Arbeiter, wenigstens in den östlichen Provinzen angehören, ausdehnen? Ich will die Hoffnung, daß dies möglich sei, nicht aufgeben, aber doch über die Schwierigkeiten, die uns für den ersten Augenblick abgehalten haben, einige Worte sagen. Daß die landwirthschaftlichen Gewerbe, soweit sie sich der Maschinen- und elementaren Kräfte bedienen, nicht ausgeschlossen sind, versteht sich von selbst. Nun ist aber auch die übrige größere Masse der landwirthschaftlichen Bevölkerung vielfach in Berührung mit Maschinen, die nicht von elementaren Kräften, sondern von Pferden, mitunter auch von Menschenhänden geleitet werden und diese Berührung ist vielfach eine lebens- und gesundheitsgefährliche; es ist aber außerordentlich schwer, den Prozentsatz dieser Bevölkerung, das Beitragsverhältniß, welches daraus hervorgeht, zu fixiren. Der Herr Abgeordnete hat ja seinerseits schon fertige Erfahrung, wieviel in jedem Zweige der menschlichen Beschäftigung der Prozentsatz beträgt, und er hat sie mit großer Sicherheit angeführt; ich würde ihm dankbar sein, wenn er diesen Schatz und die Quelle, aus der er ihn gezogen hat, uns mittheilen wollte. Wir haben versucht uns zu helfen, die Vorarbeiten waren sorgfältig nach Daten — notabene nach sicheren, nicht nach beliebigen statistischen, auf Conjekturen begründeten Ziffern, sondern sicher begründeten Ziffern ausgesucht, und wenn wir die gefunden hätten, die der Herr Abgeordnete mit seinem schärferen Blick ja sofort entdeckt zu haben scheint, wenn sie uns zugänglich gewesen wären, und wenn wir sie für richtig gehalten hätten, würden wir in dieser Vorlage weiter gegangen sein.

Wenn ich sage, ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Landwirthschaft auchschließlich hineingezogen wird, so schwebt mir dabei eine Organisation vor, die so rasch in einer Session nicht hergestellt werden kann, mit der das Kind, wenn es überhaupt zur Welt kommt, überhaupt nicht geboren werden kann, sondern in die muß es erst allmählig hineinwachsen, nämlich eine Organisation, nach welcher die Zweige, die ihre Arbeiter versichert haben, sich in korporative Genossenschaften bilden, welche

ihren wirklichen Bedarf an Entschädigungen durch Prämien in sich aufbringen und welche zugleich die genügende Kontrolle über ihre Mitglieder dahin ausüben, daß die Einrichtungen überall so sind, daß der Genossenschaft mit denselben wenig Lasten erwachsen, mit anderen Worten, daß man das Interesse der mitzahlenden Mitgenossen zum Wähler der Zweckmäßigkeit der Einrichtungen für Verhinderung der Unfälle macht. Gelingt es, im Wege der Erfahrung dahin zu kommen, dann wird man auch für die nicht mit elementaren Kräften wirthschaftende Landwirthschaft wahrscheinlich den richtigen Prozentsatz im Wege der Erfahrung finden. Der Mangel an Erfahrungen auf diesem Gebiet hat uns auch bestimmt in der Frage, wie die Beitragspflicht vertheilt werden soll, vor der Hand sehr vorsichtig zu sein, und ich muß sagen, ich würde meinerseits nicht den Muth haben, den Entwurf weiter zu verfolgen, wenn die Ausgaben, die er als Gesetz mit sich bringt ausschließlich zu Lasten der Industrie geschrieben werden sollen. Wenn die Staatshilfe, sei es in der Form der Landarmenverbände, sei es in Form der Provinz, sei es in Form des Staats, vollständig fortbleibt, dann werde ich nicht den Muth haben, für die Folgen dieses Gesetzes der Industrie gegenüber einzustehen. Es ist möglich und wir werden das vielleicht in wenig Jahren der Erfahrung nach beurtheilen, und wir können ja den Staatszuschuß unter Umständen zunächst auf drei Jahre limitieren, oder wie man das will, aber ohne jedes schon gemachte Experiment, ohne jede praktische Ermittelung dessen, was uns da bevorsteht, habe ich nicht den Muth, die Industrie mit den vollen Kosten dieser staatlichen Einrichtungen zu belasten, sie im höheren Maße zu belasten wie bisher, um ihr dasjenige aufzuerlegen, was die Lokalarmenverbände bisher an Fürsorge für den verunglückten Fabrikarbeiter zu tragen gehabt haben und was künftig in einem höheren, vervollkommneren und würdigeren Maß durch die Versicherer getragen werden soll in Gemeinschaft mit dem Staat. Es handelt sich hier nicht um eine Schöpfung ganz ausschließlich neuer Lasten, sondern um eine Uebertragung von Lasten aus den Armenverbänden auf staatliche Leistungen. Daß die Last des Gebers oder der Vortheil, den der Arbeiter überhaupt zu empfangen hat, erhöht wird, das bestreite ich nicht,

nur nicht um dieses volle Drittheil, welches dem Staat zugemuthet wird, sondern nur um den Unterschied zwischen dem, was die bisherige Lokalarmenpflege für die verunglückten Arbeiter zu leisten hat, und demjenigen, was ihm in Zukunft zukommen soll, was also rein eine Verbesserung der Lage und des Looses des Arbeiters sein wird. Nur diese Differenz können Sie als Neuleistung dem Staate anrechnen, und es fragt sich da, ist diese Differenz des damit erstrebten Zieles werth, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat, wenn er verunglückt ist und nicht vor Gericht erst sein Recht zu erkämpfen, sondern von Hause aus den mäßigen Zuschuß hat, der dabei vom Staate gefordert wird, ist der gleichwerthig mit dem Vortheile, der erreicht wird? Ich glaube dies im allerhöchsten Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. Nach dem Landrechte wenigstens soll Niemand verhungern, ob es nicht dennoch geschieht, weiß ich nicht. Das genügt aber nicht um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetz auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein Pekulium an sich trägt, über das Niemand außer ihm verfügen kann und das ihm auch nicht entfrembet werden kann, über das er als Armer selbstständig verfügen kann und das ihm manche Thür leichter öffnet, die ihm sonst verschlossen wird und ihm in dem Hause, in dem er Aufnahme gefunden hat, eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hinein bringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann. Wer den Armenverhältnissen in großen Städten selbstprüfend näher getreten ist, wer auf dem Lande namentlich den Gemeindearmen nachgespürt hat und selbst auf den bestverpflegten, guten Gemeinden hat beobachten können, wie ein Armer, namentlich wenn er körperlich schwach und verkrüppelt ist, unter Umständen behandelt wird im Hause von Stiefmüttern, von Verwandten irgend einer Art, von sehr nahen Verwandten mitunter, der muß eingestehen, daß jeder gesunde Arbeiter, der dies mit ansieht, sich

sagt: es ist doch fürchterlich, daß ein Mann auf diese Weise durch die Behandlung in dem Hause, was er früher bewohnte, herunterkommt, wo der Hund seines Nachfolgers es nicht schlimmer hat. Das kommt vor. Welche Waffe hat ein schwacher Krüppel dagegen, wenn er in die Ecke gestoßen und hungrig ernährt wird? Er hat gar keine. Hat er aber auch nur 100 oder 200 Mark für sich, so besinnt sich das Haus schon sehr, bevor es ihn drückt. Wir haben es bei den Kriegsinvaliden sehen können, wenn nur sechs oder fünf Thaler monatlich gegeben werden, das ist für einen Armenhaushalt auf dem Lande schon etwas Baares, wo die kleinrechnende Frau sich sehr besinnt, daß sie den Kostgänger, der Geld einbringt, nicht verdrießlich macht und los wird. Also sage ich, wir haben das Bedürfniß in diesem Gesetz auf eine menschenwürdige Behandlung zunächst dieser Sorte von Armen zu wirken und ich werde Herrn Richter in den weiteren Konsequenzen im nächsten Jahre — mag dieses Gesetz abgelehnt werden oder nicht — vollständig befriedigen in Bezug auf die Masse und Ausdehnung der staatlichen Fürsorge für eine bessere und würdigere Behandlung der Erwerblosen. Aber zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen eine Probe, die wir machen und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das wir Staat und Land vorschlagen hineinzutreten. Man kann gegen diese Dinge sich nicht in der Weise decken, daß man eine geläufige, glatte Rede hält, in der man die Ausbildung des Haftpflichtgesetzes empfiehlt ohne nur mit einer Silbe anzudeuten, wie man sich diese Ausbildung denkt. Damit kann man diese Sache nicht erledigen, damit spielt man den Strauß, der den Kopf versteckt, um die Gefahr nicht zu sehen. Die Aufgabe der Regierung ist es, den Gefahren, wie sie uns vor einigen Tagen von dieser Stelle hier aus beredtem Munde mit überzeugenden Belegen geschildert wurden, ruhig und furchtlos in's Auge zu sehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Massen benutzt werden, die sie für verbrecherische Lehren erst gelehrig machen, so viel an uns ist, zu beseitigen. Nennen Sie das Sozialismus oder nicht, es ist mir das ziemlich gleichgiltig. Wenn Sie es Sozialismus nennen, so liegt natürlich der wunderliche Hintergedanke dabei, die Regierung des Kaisers dieser Vorlage der

verbündeten Regierung gegenüber gewissermaßen an die Schußlinie der Kritik zu stellen, die Herr von Puttkamer uns hier über die Bestrebungen der Sozialisten darlegte, man sollte daran glauben, daß von dieser Vorlage bis zu der Mörderbande von Hasselmann und den Brandschriften von Most und bis zu den Umsturzverschwörungen, die uns vom Wydener Kongresse enthüllt wurden, (Rufe: oho!) daß uns davon nur ein ganz kleiner Raum noch trennt, der allmählig auch überschritten wird. Nun, meine Herren, im Gegentheil, das sind mehr oratorische Ornamente, mit welchen man kämpft, die keinen Hinterhalt haben, man bedient sich dabei der Vielseitigkeit des Wortes „Sozialismus". Nachdem, wie die Sozialisten es in ihrem Programme getrieben haben, ist das eine Bezeichnung, die mit „verbrecherisch" in der öffentlichen Meinung beinahe gleichbedeutend ist. Nun diese Bestrebungen der Regierung, den verunglückten Arbeiter in Zukunft besser und namentlich würdiger zu behandeln wie bisher, seine noch gesunden Genossen nicht das Beispiel eines, so zu sagen auf dem Kehricht langsam verhungernden Greises zu gewähren, das kann man doch nicht in dem Sinn als sozialistisch bezeichnen, wie diese Mörderbande uns neulich dargestellt worden ist, und das ist ein ziemlich wohlfeiles Spiel mit dem Schatten an der Wand, wenn man „sozialistisch" darüber ruft.

Die Aufbringung der Beiträge und die Nothwendigkeit eines Staatszuschusses.

Wenn der Herr Abgeordnete Bamberger, der ja an dem Worte „christlich" keinen Anstoß nahm, für unsere Bestrebungen einen Namen finden wollte, den ich bereitwillig annehme, so ist es der: praktisches Christenthum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen wirklich etwas gewähren wollen. (Bravo! rechts.) Aber umsonst ist der Tod. Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, dann werden Sie nichts fertig bekommen. Die ganze Sache der Industrie aufzubürden, das weiß ich nicht, ob sie das tragen kann. Schwerlich geht es bei allen Industrien. Bei einigen ginge es allerdings; es sind das diejenigen Industriezweige, bei welchen der Arbeitslohn nur ein minimaler Betrag der Gesammtproduktionskosten ist. Ich meine als solche Produktionszweige chemische Fabriken oder Mühlen, die in der Lage sind, mit einigen 20 Arbeitern bei einem Umsatz von einer oder mehreren Millio-

nen ihr Geschäft zu machen; aber die große Masse der Arbeiter steckt eben nicht in solchen, ich möchte sagen aristokratischen Betrieben, womit ich aber keinen Klassenhaß erregen will, sondern sie steckt in denen, wo der Arbeitslohn bis zu 80 und 90 Prozent der Kosten beträgt, und ob die dabei bestehen können, weiß ich nicht. Ob man den Beitrag auf die Arbeiter oder die Unternehmer legt, das halte ich ganz gleichgültig. Die Industrie hat ihn in beiden Fällen zu tragen und was der Arbeiter beiträgt, das ist doch nothwendig schließlich zu Lasten des ganzen Geschäfts. Es wird allgemein geklagt, daß der Lohn der Arbeiter im Ganzen keinen Ueberschuß und keine Ersparniß gestatte. Will man also dem Arbeiter zu dem eben noch ausreichenden Lohn noch eine Last auferlegen, ja dann muß der Unternehmer diese Mittel zulegen, damit der Arbeiter die Last tragen kann, oder der Arbeiter geht zum andern Geschäft über. Der Herr Vorredner sagte, gerade das sei ein Mangel des Gesetzes, daß der Grundsatz der Freiheit des Arbeiters von Beiträgen nicht vollständig durchgeführt sei. Er that so, als wenn er gar nicht eingeführt wäre, er gilt allerdings nicht für die Arbeiter, die über 750 M. Lohn in 300 Arbeitstagen beziehen. Das beruht eben auf der Genesis des Gesetzes, daß es so gekommen ist; es stand ursprünglich im ersten Entwurf, daß $^1/_3$ der Beiträge von den Ortsarmenverbänden geleistet werden sollte, denen im Falle der Invalidität des Arbeiters seine Ernährung aus dem Gesichtspunkt der vom Staate auferlegten Armenpflege zur Last fallen würde, und es ist kein Grund, diesen Gemeinden resp. der gesammten Armenpflege, denen bisher die 80 Prozent der vom Haftpflichtgesetz nicht betroffenen Verunglückten zur Last fallen, einfach ein Geschenk damit zu machen, und deshalb wurde als der Gerechtigkeit entsprechend der Satz angenommen, daß der Armenverband, dem im anderen Falle die Verunglückten zur Last fallen würden, $^1/_3$ tragen solle. Dieses Raisonnement findet aber auf diejenigen, die in ihrem Lohne so hoch stehen, daß sie, wenn sie verunglückten, dem Armenverbande schwerlich zur Last fallen würden, nach ihrer ganzen Wohlhabenheit nicht mit derselben Sicherheit Anwendung. Ich bin sehr gern bereit, diese Beschränkung fallen zu lassen. Es ist schon oft davon die Rede gewesen. Nach-

dem die Gesammtheit des Reichstages aber sich bisher gegen einen Staatszuschuß überhaupt zu meinem Bedauern ausgesprochen hat, würde ich damit dem Gesetz auch nicht mehr Stimmen zuführen. Ich erkläre indessen, daß diese Grenze von 750 gegenüber der ganzen Theorie, die dem Gesetz zu Grunde liegt, kein wesentlicher Punkt ist. Das ist ein Billigkeitsgefühl gegen die Armenverbände ursprünglich gewesen, denen man keine höheren Lasten auferlegen würde, als man ihnen Ersparnisse durch dieses Gesetz ungefähr in genereller Berechnung zuführte. Es stellte sich nachher heraus, daß aus vielen praktischen Beispielen den Einzelnen der Begriff des Ortsarmenverbandes ein ganz unanwendbarer war wegen der ungerechten Vertheilung, die in unserer Armenpflege, die eigentlich dem Staate zur Last steht, die er aber auf die Gemeinden abgebürdet hat, überhaupt stattfindet. Nach der geographischen Lage sind kleine impotente Gemeinden sehr häufig mit Armenpflege überlastet und große reiche Gemeinden haben darin sehr wenig und es hätte das eine zu ungleiche Vertheilung der Prämienbeiträge gegeben, wenn man bei dem Ortsarmenverbande stehen blieb. In dieser Ueberzeugung schlug ich vor, statt Ortsarmenverband zu sagen: Landarmenverband. So hat der Entwurf ein paar Wochen lang sein Leben gefristet, bis endlich auf Einfluß der verbündeten Staaten und auch des Wirthschaftsrathes diese Bezeichnung fallen gelassen und statt dessen dem Einzelstaat überlassen bleiben sollte, wie er entweder selbst eintreten wollte als Landarmenverband oder wie er seine Landarmenverbände heranziehen wollte. So ist die Grenze von 750 Mark entstanden, daß wir zuletzt auf reine Staatshilfe in dieser Form die immer noch das Moderamen der Staatsgesetzgebung im Wege der Vertheilung auf die Landarmenverbände oder die Kreisarmenverbände ist, hinausgekommen sind, wir werden ja doch einer Revision unserer Armengesetze überhaupt bedürfen, wie man das nachher wenden will, ist gleichgültig.

Reichs- oder Staatsversicherungsanstalt und Staatszuschuß bilden das Korrelat für den Versicherungszwang.

Es wundert mich nicht, wenn über einen neuen, so tief in unser Leben eingreifenden und so wenig von der Erfahrung urbar gemachten Gegenstand die Meinungen sehr weit auseinander gehen und ich bin vollständig darauf gefaßt, daß wir wegen dieser Divergenz der Meinungen in dieser Session

einen annehmbaren Gesetzentwurf nicht zu Stande bringen. Mein Interesse an der ganzen Bearbeitung der Sache wird sehr abgeschwächt, sobald ich erkennen sollte, daß das Prinzip der Unterlassung des Staatszuschusses definitiv zur Annahme käme, daß die Stimmung der Landesgesetzgebung gegen den Staatszuschuß sich ausspräche. Dann würde damit die Sache rein in das Gebiet des freien Verkehrs, sozusagen, gewiesen werden; man würde dann die Versicherer der Privatindustrie vielleicht besser überlassen, als daß man eine staatliche Einrichtung ohne Zwang übt. Denn ich würde nicht den Muth haben, den Zwang auszusprechen, wenn der Staat nicht auch gleichzeitig einen Zuschuß anbietet. Würde der Zwang ausgesprochen, so ist es nothwendig, daß das Gesetz zugleich ein Versicherungsinstitut beschafft, was wohlfeiler und sicherer ist wie jedes andere. Man kann nicht den Sparpfennig des Armen dem Konkurse aussetzen, man kann auch nicht zugeben, daß ein Abzug von den Beiträgen als Dividende oder zur Verzinsung von Aktien gezahlt würde. Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ja gestern seinen Angriff auf das Gesetz wesentlich mit der Klage über den Ruin der Versicherungsgesellschaften — er hat sich stark ausgedrückt: daß die zerdrückt, zermalmt werden würden, und hat gesagt, daß diese Versicherungsgesellschaften sich um die Dankbarkeit ihrer Mitbürger bewürben. Ich habe immer geglaubt, sie bewürben sich um das Geld ihrer Mitbürger. (Heiterkeit.) Wenn sie aber auch dafür die Dankbarkeit noch zu Buch bringen können, so ist das eine geschickte Operation. Daß sie aber als edle Seelen sich für die Arbeiterinteressen bei der Einrichtung ihrer Versicherungsgesellschaften auf Aktien zu opfern bereit waren, habe ich nie geglaubt, ich würde mich auch schwer davon überzeugen. (Abgeordneter Bebel: Sehr gut!) Und für solche Privatversicherungsgesellschaften, die in Konkurs gerathen können, auch bei guter Verwaltung, durch Konjunkturen, durch große Unglücksfälle, die genöthigt sind, ihre Beiträge so einzurichten, daß noch für den, der sein Kapital dafür hergiebt, Dividende übrig bleibt, wenigstens eine gute Verzinsung und auch die Hoffnung auf Dividende, zu solchen Versicherungen können wir nach meinem Rechtsgefühl Niemand *zwingen* und da möchte ich meinen Beistand dazu versagen. Das Korrelat für den Zwang

bildet meines Erachtens auch die Uebernahme der Versicherung durch den Staat in der Form des Reichs oder in der Form des Einzelstaats — ohne das kein Zwang. Ich habe auch nicht, wie ich schon erwähnte, den Muth, den Zwang auszuüben, wenn ich nicht etwas dafür zu bieten habe. Dieser Drittelbeitrag des Staates ist ja viel geringer, wie ich schon vorher gesagt habe, als er aussieht, weil dafür den Verbänden, auf die der Staat seine ihm obliegende Armenpflege abgebürdet hat, doch auch sehr wesentliche Leistungen abgenommen werden. Ist dies Kommunismus, wie der Herr Vorredner sagte, nicht Sozialismus, so ist das mir wiederum gleichgültig, ich nenne es immer wieder praktisches Christenthum in gesetzlicher Bethätigung, — aber ist es Kommunismus, dann ist der Kommunismus ja längst in der Gemeinde im höchsten Maße getrieben, ja sogar durch staatlichen Zwang. Der Herr Vorredner sagte, daß auf unsere Weise die unteren Klassen durch indirekte Steuern belastet würden, um für die Armenpflege den Beitrag aufzubringen. Ja, meine Herren, was geschieht dann aber in den großen Städten, in dem nach seiner Meinung vom fortschrittlichen Ringe so glänzend verwalteten Berlin?[1]) Da wird der Arme dadurch verpflegt, daß der Verarmende, der morgen sein gleich armer Bruder sein wird, wenn er wegen der Miethssteuer den Betrag aufbringen muß, um den schon Armen zu verpflegen. Das ist viel härter, als wenn das aus der Tabaksteuer oder Branntweinsteuer käme.

Der Herr Vorredner hat gesagt, ich hätte eine Rede gegen die Branntweinsteuer gehalten.[2]) Das ist mir wirklich nicht erinnerlich und ich wäre sehr dankbar, wenn er mir das aus irgend einem Worte nachwiese. Ich habe immer den Tabak und den Branntwein als die Gegenstände zu stärkerer Belastung genannt, ich habe nur in Zweifel gezogen, ob es nützlich ist, den Branntwein im Fabrikationsstadium zu besteuern, welches manche andere Staaten wie Frankreich ganz frei läßt, oder in einem anderen Stadium zu treffen. Der Herr Abgeordnete hat also — gewiß unfreiwillig — einen Irrthum begangen. Indeß der Irrthum macht sich, indem er später in vielen

---

[1]) Vgl. oben die durchschlagende Kritik der Berliner Miethssteuer.
[2]) Das ist unwahr. Vergl. oben S. 178 u. 179.

Blättern, auf die der Herr Abgeordnete Einfluß hat, ohne Widerlegung gedruckt erscheint, immer nicht übel im Eindruck.

Die Mängel des Haftpflichtgesetzes.

Auf die Fehler des Haftpflichtgesetzes will ich nicht weiter zurückgehen, sie werden von sachkundigen und mehrbetheiligten Herren besprochen werden. Es war dies eines der Motive, die mich neben den Versprechungen, die beim Erlaß des Sozialistengesetzes gegeben worden sind, deren Sie sich alle erinnern werden und an deren Erfüllung ich oft gemahnt worden bin — die unerwartet nachtheilige Wirkung der jetzigen Haftpflichtgesetzgebung war eines der Hauptmomente, indem ich mich aus der Praxis überzeugte, daß die aus der Haftpflicht entstehenden Prozesse einen ganz ungewissen und oft unverhältnißmäßigen Ausgang haben, wenn sie gelingen, und einen ebenso unverhältnißmäßigen Ausgang in vielen Fällen, wo sie verloren gehen, daß mir von vielen und glaubwürdigen Seiten versichert worden ist, daß, statt daß das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Haftpflicht verbessert wurde, an vielen Orten, wo die Prozesse häufig sind, besonders, wo Winkeladvokaten, denen an Erregung der Unzufriedenheit in Hinsicht auf die Wahlen liegt, schüren, daß dort die Erbitterung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Gegensatz zu der wohlmeinenden Absicht, welche das Gesetz gehabt hat, nur gesteigert worden ist, und daß der Arbeiter durch die Wirkung des Gesetzes sich geschädigt und verkürzt fühlt, weil er auch bei einem gerichtlichen Erkenntniß schwerlich je überzeugt wird, daß er Unrecht hat, namentlich wenn er einen Advokaten hat, der ihm das Gegentheil sagt: und wenn es vier oder fünf Instanzen gebe, er würde seine Sache so weit bringen.

Deshalb war ich der Ansicht, ein leichter fungirendes System einzuführen, wo von Prozessen nicht die Rede ist, und die Frage, ob irgend ein Verschulden vorliegt, nicht untersucht wird. Für den Betroffenen ist es ja gleichgültig, er bleibt unglücklich, er bleibt verstümmelt, er bleibt erwerbsunfähig, wenn er das geworden ist, und seine Hinterbliebenen bleiben ohne Ernährer, es mag dolose oder culpa lata, oder auf die unschuldigste Weise gekommen sein. Wir haben es dahier nicht mit der strafenden und distributiven Gerechtigkeit zu thun, sondern mit dem Schutz eines ohne das Gesetz ziemlich wehrlosen Theils

der Bevölkerung gegen die Unbilden des Lebens und gegen die Folgen ihrer Unglücksfälle und gegen die Härte der Situation eines ohne jedes eigene peculium der Gemeindeverpflegung verfallenen Ortsarmen.

Ich gehe auf den Vorwurf des Kommunismus nicht weiter ein, ich möchte nur bitten, daß man sich in Fragen, wie diese, wo wir wirklich alle unseren Weg noch nicht sicher vor uns liegen sehen, sondern ihn eben mit Stab und Sonde mühsam erforschen, daß man da doch nicht alles aus dem Gesichtspunkt der Parteitaktik, aus dem Gesichtspunkt der Fraktionstaktik, aus dem Gefühl „fort mit Bismarck" und dergleichen betreiben möge. Ich wünsche ja so schnell wie möglich an meiner Stelle einen anderen, wenn er nur dies fortsetzen wollte, ich würde gern sagen: „Sohn, hier hast Du meinen Speer", wenn er auch nicht mein eigener Sohn wäre. (Heiterkeit.) Gegen den Vorwurf des Kommunismus.

Diese unerwünschte Art der Diskussionen hat sich schon neuerlich gezeigt. Da hat man sich um den „armen Mann" gerissen wie um die Leiche des Patroklus. (Heiterkeit.)

Herr Lasker hat ihn an dem einen Ende gefaßt, ich suchte ihn ihm nach Möglichkeit zu entreißen. Und wohin kommen wir denn mit diesen Unterschiebungen von Motiven und mit dieser Zuhilfenahme des Klassenhasses, der Verstimmung des Elends und des Leidens? Darin liegt schon eher Sozialismus, getrieben in der Art, wie Herr von Puttkamer ihn neulich hier brandmarkte.

Das Almosen ist das erste Stadium christlicher Mildthätigkeit; wie sie z. B. in Frankreich in weiter Verzweigung existiren muß. In Frankreich hat man kein Armenpflichtgesetz, jeder Arme hat dort Recht zu verhungern, wenn nicht mildthätige Leute ihn davon abhalten.

Das ist die erste Pflicht, die gesetzliche Hilfe des Armenverbandes ist die zweite. Aber ich möchte gern, daß ein Staat, der — wenn Sie auch die Benennung „christlicher Staat" perhorresziren — doch in seiner großen Mehrheit aus Christen besteht, die Grundsätze der Religion, zu der wir uns bekennen, namentlich in Bezug auf die Hilfe, die man dem Nächsten leistet, in Bezug auf das Mitgefühl mit dem Schicksal,

dem alte, leidende Leute entgegengehen, sich einigermaßen durchdringen läßt. (Bravo!)

Die Bedeutung der Großindustrie.

Die sehr weit gehenden Auseinandersetzungen, die ich theils heute gehört, theils gestern in dem vielleicht nicht ganz vollständigen Oldenburgischen Auszug gelesen habe, nöthigen mich noch zu einigen Erwiderungen. Der Herr Abgeordnete Richter hat gesagt, die ganze Vorlage wäre eine Subvention für die Großindustrie. Nun, das ist wieder die Frage des Klassenhasses, die neue Nahrung bekommen würde, wenn man dies allgemein glauben könnte. Ich weiß nicht, warum Sie gerade bei der Regierung eine blinde parteiische Vorliebe für die Großindustrie voraussetzen. Es sind die Großindustriellen ein allerdings meistens vom Glück begünstigter Theil unserer Bevölkerung, das erregt kein Wohlwollen bei anderen; ihre Existenz aber zu schwächen und zu schmälern, wäre doch ein sehr leichtsinniges Experimentiren. Wenn wir die Großindustrie, wie wir sie haben, fallen lassen, wenn wir es dahin kommen ließen, daß sie mit dem Auslande nicht mehr konkurrenzfähig bleibt, wenn wir ihr Lasten auferlegen wollten, von denen nicht bewiesen ist, ob sie dieselben tragen können, so würden wir damit vielleicht Beifall bei Allen finden, die mit Aerger Jeden sehen, der reicher ist wie Andere, namentlich wie sie selbst. Aber bringen Sie die Großindustriellen zu Falle, was machen Sie dann mit den Arbeitern? Dann ständen wir wirklich vor der Frage, die der Herr Abgeordnete Richter sorgend anregte, daß wir an die Organisation der Arbeit gehen müssen; denn wir können, wenn ein Etablissement zu Grunde geht, das 20000 und mehr Arbeiter beschäftigt, wenn es zu Grunde geht, weil die Großindustriellen stets der öffentlichen Meinung und der Gesetzgebung denunzirt werden als gemeinschädlich und als lange nicht genug besteuert, wenn sie dann erlägen, — wir könnten doch nicht 20000 und mehrere hunderttausend Arbeiter verkommen und verhungern lassen. Wir müßten dann zu *wirklichem* Staatssozialismus greifen und für diese Leute Arbeit finden, wie wir das ja bei jedem Nothstande thun. Wenn die Einwendung des Herrn Abgeordneten Richter richtig wäre, daß man sich wie vor einer ansteckenden Krankheit vor der Möglichkeit des Staatssozialismus hüten müsse, wie kommen wir darauf, bei Nothständen

in einer oder der anderen Provinz Arbeiten zu organisiren, Arbeiten einzurichten, die wir sonst nicht machen würden, wenn die Arbeiter Beschäftigung und Verdienst hätten? Wir veranlassen in solchen Fällen den Bau von Eisenbahnen deren Rentabilität zweifelhaft ist, wir veranlassen Meliorationen, die wir sonst Jedem auf eigene Rechnung überlassen. Ist das Kommunismus, so bin ich in keiner Weise dagegen, aber mit solchen prinzipiellen Stichworten kommt man wirklich nicht vom Fleck. Ich bemerkte schon das Eintreten des Herrn Abgeordneten Bamberger für die Privatversicherungsanstalten; ich bin der Ueberzeugung, daß wir keine Verpflichtung haben, gegenüber jenem großen wirthschaftlichen Bedürfniß für jene allein und in erster Linie einzutreten. Er hat ferner erwähnt, die „vier Wochen", die außerhalb des Versicherungswesens fallen. Es ist das, wie erwähnt, geschehen in der Hoffnung, daß die Knappschaften und Genossenschaften ihrerseits das Bedürfniß haben würden, auch etwas zu thun. Man kommt uns immer mit dem Grunde, der Arbeiter hält es wider sein Ehrgefühl, wenn er gar nichts beitrüge. Wir haben diese vier Wochen dazu ungedeckt gelassen. Ich weiß das so genau nicht, aber wenn es anders besser wäre, so bin ich der Meinung, daß dies Gesetz auch diesen Hiatus decken sollte. Darin liegt kein prinzipielles Hinderniß.

Ueber den Umfang der Lasten der Armenpflege; vergleichende Uebersicht der Vertheilung derselben.

Wie erheblich die Lasten sind, die unter Umständen dem „Gemeindekommunismus" in Gestalt der Armenpflege abgenommen werden und auf den Staatskommunismus in dieser Gestalt übergehen würden, darauf wirft eine vereinzelte Thatsache einen Lichtblick. Es hat mir nicht gelingen wollen, die Zahl der überhaupt in Armenunterstützung sich befindenden Personen im Reich oder in der Monarchie zu ermitteln, noch weniger den Betrag, der dafür verwendet wird, weil auf dem Lande und in sehr vielen anderen Verhältnissen die Privatwohlthätigkeit und die gesetzliche Armenpflege so in einanderfließen, daß die Grenze nicht zu ziehen ist, auch nicht Buch darüber geführt wird. Nur von den 170 Städten über 10,000 Einwohner steht fest, daß dieselben für ihre Armenpflege im Durchschnitt einen Aufwand von 4 Mark pro Kopf machen. Es wechselt dieser Aufwand zwischen 0,63 Mark und 12,84 Mark, — also sehr verschieden.

Am allerauffallendsten ist das Ergebniß eben da, wo die Mehrzahl der arbeitenden Klassen sich in Knappschaften und ähnlichen Verbänden befinden. Man sollte glauben, daß stark bevölkerte Fabrikorte wie Oberneunkirchen und Dudweiler in dieser Beziehung einen außerordentlich starken Apoint haben müßten. Berlin, was nur theilweise ein industrieller Ort ist, theils auch nicht, also gewissermaßen, wenn es richtig und geschickt in seinen Finanzen verwaltet wäre, eine Art von Durchschnittspunkt geben könnte, zahlt weit über den Durchschnitt für seine Armenpflege, ohne daß die Armen, wie Jeder, der sich Privatwohlthätigkeit und das Aufsuchen der Armen in ihren Wohnungen etwas zur Aufgabe stellt, sich leicht überzeugen kann, was für beklagenswerthe Zustände der Armuth in Berlin mitunter vorhanden sind, — also ohne daß die Armen brillant verpflegt werden; aber dennoch beläuft sich das Armenbudget in Berlin auf 5,200,000 Mark nach den neuesten Angaben und die Armenkrankenpflege — ich weiß nicht, aus welchen Gründen sie davon geschieden ist — auf circa 1,900,000 Mark, also zusammen auf über 7 Millionen Mark, also 7 Mark pro Kopf, während der Durchschnitt der großen Städte nur 4 Mark pro Kopf beträgt. 7 Mark pro Kopf würden, wenn man diese Armensteuer in ähnlicher Weise auf das Reich vertheilte, die Summe von über 300 Millionen Mark machen, ebenso wie, wenn man die Berliner direkte Belastung von 23 Mark pro Kopf auf das ganze Reich erweitern wollte, man über eine Milliarde Mark direkte Steuern, theils aus der Miethssteuer, theils aus der Einkommensteuer haben würde. Indessen, es leben ja nicht alle im Reich unter dem fortschrittlichen Ring, (Heiterkeit) namentlich aber an diesen Orten, wo die Thatsache vorliegt, daß die meisten der Arbeiter Knappschaften und dergleichen Verbänden angehören; wo sich vorwiegend dichte Fabrikbevölkerung befindet, ist die auffallende Thatsache zu verzeichnen, daß Oberneunkirchen nur 58 Pfg. pro Kopf Armenlast hat, wenig über eine halbe Mark, und Dudweiler 72 Pfg. Das sind Beispiele, die recht schlagend beweisen, welche Last unter Umständen, wenn man das Knappschaftssystem oder etwas Aehnliches in Anwendung brächte — ich bin weit entfernt, eine so theure Anlage jetzt zu erstreben, aber ich habe auch gesagt, wir werden ein

Menschenalter an dieser Gesetzgebung arbeiten — hier liegt das Ergebniß recht schlagend vor, daß die Gemeindearmenlasten in Dudweiler und Oberneunkirchen, die sonst, wenn auch nicht über den Durchschnitt, wenn sie sich auch nicht auf die Berliner Höhe erheben würden, doch wohl fünf Mark pro Kopf betragen könnten, daß die unter 1 Mark, beinahe bis auf $1/2$ Mark heruntergehen. Welche gewaltige Last in einer Stadt von 10,000 Einwohnern wird mit einem solchen Gesetz dem Armenverbande abgenommen! Warum also sollte nicht für ähnliche Interessen eine Leistung den Armenverbänden angesonnen werden? nur kann es nicht der Lokalverband sein, es muß ein größerer Verband sein und der größte ist der Staat, und deshalb halte ich unbedingt fest an dieser Staatshülfe und würde, wenn diese den verbündeten Regierungen nicht gewährt wird, auch ruhig und sine ira einer weiteren Verhandlung, einer weiteren Legislaturperiode entgegensehen. Ich betrachte dies als integrirenden Theil des Gesetzes, ohne welchen es nicht mehr denselben Werth für mich haben würde, den ich ihm bisher beilege und der mich veranlaßt, mich dafür einzusetzen.

Vertheidigung des Volkswirthschaftsrathes.

Der Herr Vorredner hat, wie ja auch der Herr Abgeordnete Bamberger, einige scheele Seitenblicke auf den Volkswirthschaftsrath geworfen. Ja, meine Herren, ich finde ja das ganz erklärlich; die Konkurrenz in der Beredtsamkeit wird ebenso gescheut wie in der Industrie, (Heiterkeit) und es sind unter diesen volkswirthschaftlichen Mitgliedern des Wirthschaftsraths nicht nur überragende Sachkenner, sondern sogar sehr gute Redner, die, wenn das Institut besser entwickelt sein wird, vielleicht ebenso lange und noch sachkundigere Reden halten werden, als wie dies hier von den Herren, die sich vorzugsweise als sachkundige Vertreter der Arbeiter ausgeben, geschieht. Mit solcher Geringschätzung von den Männern zu sprechen, die hier auf den Ruf ihres Königs gekommen sind, um Zeugniß von ihrer Meinung abzulegen, halte ich wirklich kaum für höflich, aber auch staatlich nicht nützlich. Aus den meisten Wäldern ruft es so heraus, wie man hineinschreit, und warum will der Herr Abgeordnete Richter sich unnütz noch mehr Feinde machen, als er hat? Er theilt das mit mir, daß die Zahl im Wachsen, und schon nicht ganz gering

ist; sein Ohr ist nur nicht so geschärft für die Existenz der Gegner wie das meinige, und ich warte da ruhig ab, wer von uns zuletzt das Richtige getroffen haben wird; vielleicht entscheidet sich das in unserem Leben garnicht. Auch das würde ich mir gefallen lassen.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat beim Wirthschaftsrath seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß den Vertretern der Seestädte die Frage des Schießpulvers und der Spielkarten überlassen wäre. Ja, meine Herren, die Delegirten der Binnenländer sind außerordentlich viel zahlreicher als die der Seestädte und wir haben diese Theilung nicht muthwillig getroffen. Sie können doch unmöglich verlangen, daß wenn wir die Freihandelstheorien für eine gemeinschädliche Krankheit halten, die ähnlich wie der Koloradokäfer und dergleichen uns heimsucht, (Heiterkeit) wir nun gerade da, wo wir irgendwie die Wahl haben, den Freihändler als den Vertreter der Interessen des Landes anrufen. Der Freihändler vertritt im Allgemeinen die Interessen des Seehändlers, der Kaufmannschaft und einer sehr kleinen Anzahl von Persönlichkeiten. Dem steht das ganze große Binnenland mit stärkerem Gewicht gegenüber, und je mehr sich dieser Volkswirthschaftsrath ausbildet — und ich freue mich, daß er alle Aussicht hat, sich über das Reich auszudehnen, — desto mehr wird die Zweckmäßigkeit und Vernünftigkeit dieser Einrichtung allgemeine Anerkennung finden; das Wohlwollen der Herren Richter und Bamberger glaube ich mir durch die Andeutungen allerdings nicht zu erwerben, das wäre für mich auch ein argumentum e contrario; ich glaube stets, daß das Gegentheil ihrer Meinung für den Staat und die vaterländischen Interessen, wie ich sie auffasse, nützlich ist.

Worauf die Unerschrockenheit der Regierung beruht.

Ueber den Vorwurf des inländischen Sozialismus äußerte ich mich bereits; der Herr Vorredner geht aber so weit, daß er mich, weil ich die Verantwortung und die intellektuelle Urherberschaft für dieses Gesetz gern übernehme, mit Ausländern identifizirt, die in ihrer Art gewiß ausgezeichnet sind, die aber Ausländer sind und mit unseren Interessen nichts zu thun haben, nämlich mit der Kategorie Radeau, Clemenceau, Spüller, Lacroix und Anderen. Es soll dies wie ich glaube, ein komplizirter Vorwurf des Sozialismus und des Kommunismus

sein, aber immer nach derselben Melodie. Dann kommt auch die „Unerschrockenheit", welche die Regierung kennzeichnet, was ich für meinen inneren Menschen übersetze mit leichtfertiger Dreistigkeit, mit der die Regierung diese Sachen vorbringt, die der Herr Vorredner aber mit höflichem Wohlwollen Unerschrockenheit nennt. Meine Herren, unsere Unerschrockenheit beruht auf dem guten Gewissen, auf der Ueberzeugung, daß das, was wir bringen, das Ergebniß sorgfältiger pflichtmäßiger Ueberlegung ist und nicht die mindeste Färbung von Parteipolitik hat, und dadurch sind wir den Angreifern überlegen, weil die Gegner von ihrem Ursprung, von dem Boden der Parteikämpfe, der an ihren Schuhen klebt, sich niemals werden freimachen können.

Ueber die Auslassungen „Pöbel" und „Kuponabschneider".

Wenn der Herr Vorredner in seinen weiteren Vorwürfen uns mit den Römern vergleicht — seine historischen Exkurse sind nicht bloß nach Frankreich, sondern in die Vergangenheit gegangen, so liegt der Unterschied zwischen unserer Auffassung, die Herr Lasker immerhin eine aristokratische nennen mag und der des Herrn Bamberger schon in dessen Ausdrucksweise: er spricht von Theatern, die wir dem „süßen Pöbel" bauen.

Nun, ob der Pöbel für den Herrn Vorredner etwas süßes hat, weiß ich nicht, für uns ist es ein angenehmes Gefühl, für die weniger vom Glück begünstigten Klassen, die der Herr Vorredner mit dem Namen Pöbel bezeichnet, auf dem Wege der Gesetzgebung sorgen zu können, wenn Sie uns die Mittel dazu geben, und sie auf diesem Wege, so weit es möglich ist und an uns liegt, dem verderblichen Einfluß einer Ihrer Intelligenz überlegenen Beredtsamkeit der eloquenten Streber, die die Maßen auszubeuten suchen, zu entreißen. Der Ausdruck Pöbel ist nicht aus unserem Munde gekommen, und wenn der Herr Abgeordnete einerseits von „Pöbel" und dann von „Kuponabschneider" spricht, so habe ich auch den Ausdruck nicht gebraucht. Kuponabschneider, er ist mir sprachlich nicht geläufig, ich glaube, ich habe gesagt, „Kuponschneider," (Heiterkeit) indessen der Begriff bleibt derselbe. Ich halte diese indessen für eine achtbare und vom ministeriellen Standpunkt aus sehr wünschenswerthe Klasse von Staatsbürgern, weil sie Reichthum mit einer gewissen Schüchternheit verbinden, die sie hindert, an Handlungen theilzunehmen, die mit einem Vor-

wurf oder mit Gefahren verbunden sind. Ein hoher und dabei friedliebender Steuerzahler ist immer für den ministeriellen Standpunkt der angenehmste Staatsbürger, (Heiterkeit) nur muß er sich den Lasten, die seine leicht erhobenen Revenüen in Konkurrenz mit den anderen tragen sollten, nicht entziehen wollen, und Sie werden sehen, daß er das schließlich auch nicht thut. Er ist ein ehrlicher Mann und haben wir erst das finanzministerielle Mißtrauen der alten Zeit — meine heutigen Kollegen theilen es nicht mehr — überwunden, so werden wir sehen, daß nicht Jedermann bereit ist, zu seinem finanziellen Vortheil zu lügen, und daß auch der Kuponschneider sich selbst richtig einschätzen und besteuern wird.

Ueber die Mittel zur Durchführung der Vorlage.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner gefragt, woher nehmen Sie denn die Mittel, die dazu nöthig sind?

Wie ich schon bemerkte, dieses Gesetz erfordert im ganzen wenig neue Ausgaben, die Regierung verlangt nur die Erlaubniß, den Staat an die Stelle der armenpflegenden Gemeinden treten zu lassen und dann eine kleine mäßige Zulage für den Erwerbsunfähigen, die aber von dessen Willen absolut abhängig bleibt und ihm anklebt, ohne daß sie von ihm getrennt werden kann, ihm also eine gewisse Unabhängigkeit auch in seiner Stellung als Invalide im Leben läßt, nur ein mäßiger Zuschuß zu dem bisherigen, ich weiß nicht, ist er auf die Hälfte des Drittheils, auf $^1/_6$ zu veranschlagen oder geringer, aber das sollte meines Erachtens ein Staat, der sich im Kampf mit diesen infernalen Elementen befindet, die Ihnen dieser Tage hier näher charakterisirt wurden — ein Staat der seiner großen Mehrzahl nach aus aufrichtigen Bekennern des christlichen Glaubens besteht, der sollte dem Armen, Schwachen und Alten auch in einem noch weiteren Maße, als es hier gefordert ist, in dem Maße, wie ich hoffe, wenn ich es erlebe, im nächsten Jahre von Ihnen fordern zu können, das sollte ein Staat, der praktisches Christenthum treiben will, sich nicht versagen und dem armen Mann nicht. (Bravo! rechts.)"

Der Entwurf erlangte nicht Gesetzeskraft, weil die Majorität jeden Reichszuschuß ablehnte. Mittelst Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 8. Mai 1882 ist dem Reichstage ein anderweitiger Gesetzentwurf betreffend die Arbeiterunfall-

versicherung zugegangen, nachdem die Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Krankenversicherung der Arbeiter vorhergegangen war. Mit beiden Entwürfen wird sich der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im November 1882 zu beschäftigen haben.

III. Reden, welche die Haltlosigkeit verschiedener Angriffe und Verdächtigungen der Politik des Reichskanzlers beweisen.

Die Haltlosigkeit des Vorwurfs der Reaktion.

Zwei Gesetzentwürfe sind dem Reichstage vorgelegt worden, welche fortschrittliche und verwandte Geister dazu benutzten, dem Volke das Schreckgespenst einer herannahenden Reaktionsperiode auszumalen, an deren Spitze der Fürst Bismarck stehe.[1]

A. Gesetzentwurf, betr. die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder.

Es ist zuerst der Gesetzentwurf, betreffend die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder. Veranlassung zur Einbringung des Gesetzentwurfs hatten Aeußerungen sozialdemokratischer Reichstagsmitglieder gegeben, welche selbst der Präsident des Reichstags dahin bezeichnete, sie seien nahezu „die Provokation zum Aufruhr!“ Die erste Berathung begann in der 14. Sitzung vom 4. März 1879.[2] In derselben nahm der Reichskanzler nach dem Abgeordneten Lasker das Wort wie folgt:[3]

„Ich habe keinen Anlaß, so tief und eingehend, wie der Herr Vorredner, mich auf die Vorlage selbst einzulassen, da ich es wesentlich als eine innere Angelegenheit des Reichstags betrachte, sich von den Mitteln, welche die Regierungen ihm darbieten, um seine eigene Würde, seine Jurisdiktion, seine Macht zu stärken, dasjenige anzueignen, was ihm gefällt. Und was Sie ablehnen, das wird eben nicht Gesetz; Sie sind ja voll berechtigt, davon anzunehmen, was Sie wollen, und ich kann dazu nur sagen: beneficia non obtruduntur. Es wird die Zeit vielleicht kommen, wo Sie diese Vorlage in einem milderen Lichte betrachten und die Regierungen zu einer Erneuerung auffordern. Die Zeit, glaube ich, wird zu Gunsten der Freunde dieser Vorlage laufen.

Ich muß aber doch dem Herrn Vorredner, ohne tiefer auf die Sache einzugehen, auf einige Sätze erwidern, und namentlich in Bezug auf den letzten Accent, mit dem er die Tribüne verließ, nämlich, daß durch eine Annahme dieser Vorlage — an die ich ja nicht glaube, ich habe auch kaum gehofft, daß Sie die erste Vorlage, wie sie vom Bundes-

[1]) Wie unbegründet dies ist, geht klar aus den Ausführungen oben S. 135 hervor.

[2]) Stenogr. Bericht. 1. Band. 1879. S. 248 ff.

[3]) a. a. O. S. 269.

rath amendirt wurde, in ihrer Totalität annehmen würden; es ist auch hier nur das Bedürfniß der Regierungen, diligentiam zu prästiren und ihre Verantwortlichkeit frei zu stellen, das Uebrige ist Ihre Sache; — aber daß der Herr Vorredner damit schloß, durch die Annahme einer ähnlichen Vorlage würde die Gleichheit zwischen den beiden Körperschaften gestört, — meine Herren, diese Gleichheit existirt aber gar nicht; wir gehören ja gar nicht zu der privilegirten Klasse, zu den oberen Vierhundert, wir gehören zur misera plebs, die unter dem gemeinen Recht steht; (Heiterkeit) Jedermann kann gegen uns klagen, wir sind durch kein Privilegium geschützt, und ich wundere mich, daß ein solcher Verfassungskenner, wie der Herr Abgeordnete Lasker, diese Thatsache zu ignoriren scheint. Der Buchdrucker, der Preßagent, der unsere Reden hier abdrucken läßt, ist durch den Art. 22 der Verfassung geschützt, wir nicht, wir sind durch Art. 30 nicht geschützt, Art. 30 bezieht sich ausdrücklich nur auf Reichstagsabgeordnete. Ich habe im Anfang diesem populären Irrthum mich auch wohl hingegeben; seit ich aber von den praktischen Geschäften Muße bekommen habe, den Sachen theoretisch etwas näher zu treten, habe ich gefunden, daß wir vom Bundesrathe nicht geschützt sind gegen jede Klage auf Grund des gemeinen Rechts, und seitdem bin ich sehr viel vorsichtiger in meinen Aeußerungen geworden. (Große Heiterkeit.)

Die Privilegien des Reichstags erstrecken sich nicht auf den Bundesrath.

Wenn also hier verschiedene Beispiele, namentlich auf meine Kosten, angeführt werden, daß ich irrthümlich, in der Meinung, es sei ein Fremder im englischen Sinne, und nicht ein Abgeordneter, eine Behauptung als eine Lüge qualifizirt hätte und sie sofort zurückgenommen habe, — so wie ich merkte, daß es ein Abgeordneter war, habe ich angenommen, daß ein Abgeordneter sich durch ein gewisses Maß von Ehrgefühl gezwungen finden wird, aus Ritterlichkeit diejenige Gegenseitigkeit zu gewähren, die gesetzlich fehlt; da ich ihn nicht verklagen kann, wird er es vielleicht seinerseits auch nicht angemessen finden, obgleich das sich wohl durchgehends nicht bewähren wird. Wenn die Herren auf diese Blöße in unserem Harnisch erst aufmerksam werden, — ich glaube, sie haben es gar nicht gewußt, daß sie gegen uns klagen können, sonst würde es wohl schon geschehen sein. Wir stehen also keineswegs auf

dem Fuße der Gleichheit, und diese Vorlage ist gerade in dem Sinne des Herrn Abgeordneten Dr. Lasker bestimmt, die Gleichheit einigermaßen, wenn nicht herzustellen, doch sich ihr anzunähern. Ich habe damals den Vorwurf der Lüge gemeint gegen Jemand draußen, außerhalb des Hauses zu richten und ihm habe ich ja Rede zu stehen vor dem Richter, wenn er mich verklagt; insofern, glaube ich, hat der Herr Abgeordnete Lasker auch nicht Recht, sich über den Ausdruck, den mein Herr Kollege gebraucht zu haben scheint, daß Gesetzvorlagen von oben kämen, zu beschweren. Ich erkenne bescheiden an, sie kommen von unten. (Heiterkeit.)

Zweck der Vorlage.

Dann hat der Herr Abgeordnete in der Zeit, als ich kam — ich bin durch die Länge der interessanten Rede schließlich nicht in der Möglichkeit gewesen, dem letzten Theil mit derselben Aufmerksamkeit zu folgen, wie als ich noch frisch hineinkam — sich hauptsächlich deshalb gegen das Gesetz gewendet, als solle es Schutz gewähren gegen die Wirkung in diesem Hause, und als hegten wir Befürchtungen von Aufforderungen zum Aufruhr, die innerhalb dieser Mauern wirksam sein könnten. Meine Herren, das berührt uns gar nicht, und so ängstlich sind wir noch nie gewesen, daß wir glaubten, die ehrenwerthen Herren Abgeordneten würden uns in eine körperlich gefährliche Position bringen; (Heiterkeit) das steht auch nicht zu befürchten, sondern der Zweck, den die Vorlage hat, ist ein dreifacher: die Würde des Reichstags, der Schutz gegen Beleidungen und die Abschneidung von Agitationen, die auf dem Privilegium des Art. 22 der unanfechtbaren Veröffentlichung beruht.

Wahrung der Würde des Reichstags.

Was die Würde des Reichstags betrifft, so halten wir uns gar nicht für die Richter darüber, sondern wir haben Ihnen eben zur Auswahl gestellt aus dem Arsenal der Gesetzgebung, was Sie davon haben wollen, um damit die Stellung des Herrn Präsidenten und den Rückhalt, die Reserve, die er an der gesammten Körperschaft des Reichstags hat, zu stärken. Wenn ich an der Vorlage oder in Bezug auf die Vorlage vom ersten Anfang an eine Meinungsverschiedenheit hegte, die ich aber besseren Sachkundigen gegenüber nicht durchzusetzen gesucht habe, so war es die Einsetzung einer Kommission. Mir hätte es besser gefallen, wenn jederzeit das Plenum des

Reichstags die erkennende Behörde wäre, indessen dergleichen läßt sich ja, wenn nicht bei dieser Vorlage, die Sie ja wohl ablehnen, aber doch vielleicht später durch Amendements sehr leicht einflechten, wenn Sie selbst sich überzeugt haben werden, daß Sie die Ziele, welche Sie erstreben, und über die, wie ich überzeugt bin, die Mehrheit unter Ihnen einig ist, um deswillen nicht werden erreichen können, weil über den Weg, auf dem sie zu erreichen wäre, die Mehrheit unter Ihnen sich nicht einigen wird. Sie wird dazu der Hilfe der Gesetzgebung meines Erachtens bedürfen.

Die Würde des Reichstags also, darüber enthalte ich mich jeder Ausführung und berichte nur in Bezug auf die Vorlage, daß ich es lieber gesehen hätte, wenn der gesammte Reichstag und nicht eine gewissermaßen bevormundete Kommission spräche.

Schutz der Mitbürger gegen Mißbrauch der Abgeordneten-Privilegien.

Das Zweite aber ist doch schon etwas, worüber die Regierungen auch eine Absicht haben mögen, nämlich der Schutz der Mitbürger gegen einen Mißbrauch des Privilegiums. Der Ordnungsruf des Präsidenten ist ja eine sehr erfreuliche Genugthuung für Denjenigen, zu dessen Gunsten er eingelegt wird, und jedenfalls erfreulicher, als ein Erkenntniß eines Gerichtshofes auf 15 Mark Strafe für schwere öffentliche Beleidigung eines Ministers. Aber ist der Herr Präsident in der Lage, sich so in die Seele jedes Gekränkten hinein zu versetzen, daß er bei der schweren Aufgabe, die ihm obliegt, mit gespannter Aufmerksamkeit die Sitzung zu begleiten, nun auch das genaue richterliche Gefühl und die Vorkenntniß, die Information über den Fall haben kann, der gerade die Beleidigung konstituirt? Ich glaube, daß das von dem Präsidenten gar nicht zu erwarten und zu verlangen ist. Die Beantragung des Beleidigten, einen Ordnungsruf zu ertheilen, ist aber nicht üblich, und ich weiß nicht, ob die Geschäftsordnung es für zulässig hält; keinesfalls für eine gekränkte Person außerhalb dieser Versammlung. Die Regierungen sind also der Meinung, daß sie gegen solche Excesse, die durch Mißbrauch des Privilegiums auf Kosten einzelner Privatleute vorkommen, ganz abgesehen von der Möglichkeit einer Majestätsbeleidigung, daß sie da dem Beleidigten Schutz schuldig sind, einen Schutz, den sie aber nicht gewähren können ohne Zustimmung des Reichstags.

Der gute Wille im Reichstag, in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen, ist vielleicht bei der Mehrheit vorhanden; aber durch die Rede des Herrn Abgeordneten Lasker bin ich auch daran zweifelhaft geworden. Es müßte eine Mehrheit sein, zu der der Herr Abgeordnete nicht gehört, da er die jetzige Geschäftsordnung für genügend hält und kein Bedürfniß einer Verschärfung hat. Es ist mir das auch sehr erklärlich, da ich kaum glaube, daß er in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens einen Augenblick gehabt hat, wo er nicht auf Seiten der Besserberechtigten gestanden hätte, d. h. Mitglied einer parlamentarischen Versammlung gewesen wäre. Dabei verliert er, glaube ich, etwas das ihm bei seiner sonstigen wohlwollenden Gesinnung eigenthümliche Mitgefühl mit Dem, der nicht zu der privilegirten Klasse gehört. (Heiterkeit.)

Sicherung der Zwecke des Sozialistengesetzes.

Ein weiterer Grund, der uns zur Vorlage bestimmt hat, ist die Verhinderung derjenigen Agitationen, die durch den straffreien Abdruck von Reden, welche ausdrücklich zu diesem Behuf, um straffrei gedruckt und verbreitet zu werden, gehalten sind, im Lande hervorgerufen werden können. In dieser Beziehung glaube ich nicht, daß der gegenwärtige Zustand ausreicht. Der Herr Abgeordnete sprach, bald nachdem ich hereinkam, von einem Fall, wo der Herr Abgeordnete Hasselmann durch einen Ordnungsruf des Herrn Präsidenten ganz genügend zur Befriedigung des Hauses zur Ruhe gebracht worden sei. Ich will die Rede des Herrn Abgeordneten Hasselmann nicht wiederholen, welche der Herr Präsident mit dem milden Ausdruck charakterisirte, daß sie „grenzte an Provokation zum Aufruhr". Ich glaube, sie war es schon vollständig, (Zwischenruf: Nein!) und es ist richtig, daß der Herr Abgeordnete Hasselmann darüber zur Ordnung gerufen wurde. Welches war nun der Eindruck, den das auf den Abgeordneten Hasselmann machte? Er nahm noch einmal das Wort:

> „Nicht ich bin es, der provozirt; ich habe zur Genüge erklärt, daß ich den Weg des Friedens vorziehe. Ja, ich ziehe ihn vor, ich bin aber auch bereit, mein Leben zu lassen; nochmals sage ich das. Und Fürst Bismarck möge auch einmal an den 18. März 1848 denken!"

Ist das nicht eine Fortsetzung derselben Tendenz, die der Herr Präsident milde als eine an den Aufruf zum Aufruhr

streifende bezeichnet hat? Nun, hier in diesen Mauern wird zwar kein Aufruhr entstehen, aber die Sozialdemokratie ist geschickt genug, um das Maß dazu zu finden, in welchem der Bericht als „vollständig" gilt, sie scheut auch die Kosten nicht, um ihn in dieser Vollständigkeit mit starkem und fettem Druck der Theile, die den Aufruf zum Aufruhr enthalten, in weiteren Kreisen zu verbreiten. Meine Herren, gegen diese Gefahr, gegen die Straflosigkeit der Verbreitung von Reden, die ausdrücklich zu Agitationen hier gehalten werden, hatten wir von diesem oder einem ähnlichen von Ihnen zu amendirenden Gesetze einige Abhilfe gehofft. Irgend etwas davon mag immer hier öffentlich gehört und mündlich weiter getragen werden, — es ist doch immer noch etwas ganz anderes, als wenn es in hunderttausend Exemplaren in die Analphabetenkreise getragen wird, das, was hier von privilegirter Stelle ausgesprochen wird. Das ist die Gefahr, die ich fürchte und der gegenüber ich Abhilfe gehofft habe. Freilich die Temperatur, die ich hier für die sozialdemokratische Frage jetzt vorgefunden habe, ist, wenn wir zurückdenken an die Zeit der schweren Attentate, immerhin eine wesentlich abgekühlte: gewiß nur äußerlich. Das Maß von Entschiedenheit des Beistandes des Parlaments, auf welches wir von Seiten der Regierung im Herbst glaubten rechnen zu können in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, der ja mit dem Gesetze von zwei Jahren Geltung nicht abgethan ist, liegt nicht vor, ich gestehe und ich habe das aus den jüngsten Abstimmungen schon ersehen, darin hat eine Täuschung bei den verbündeten Regierungen stattgefunden. Wir hatten auf energischeren und entschiedeneren Beistand gerechnet. Wir sind nicht der Meinung, daß dieser Kampf erledigt sei; ich brauche bloß auf die Wahl in Breslau hinzublicken und auf andere Wahlen. Die Organisation ist dieselbe geblieben. Bei der äußerst milden Ausführung des § 28 des Sozialistengesetzes von Seiten der Regierungen sind die Verbindungen der Führer mit den Massen nirgends durchschnitten, außer versuchsweise in Berlin. Daß die üblichen Führer der lokalen Agitation außer Verbindung mit den von ihnen geleiteten Massen gesetzt werden könnten, war einer der Zwecke des Gesetzes. Es war das erreicht in Bezug auf Berlin. Wir konnten es ja ohne die Zustim-

mung des Reichstags nicht aufrecht erhalten; nach dem Votum des Reichstags aber ist die Wiederherstellung dieser Verbindungen eine Nothwendigkeit geworden. Nach der milden Praxis, die das Gesetz bei den Regierungen gefunden hat, hat sich die Einführung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes auf Berlin beschränkt. Ich war gar nicht in Zweifel gewesen, daß, sobald das Gesetz publizirt würde, auch überall da, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit bilden, und wo also deshalb, wenn wir überhaupt das Gesetz nicht ganz unnöthig gemacht haben — das ist ja eine andere Frage — und wenn das Gesetz nicht überhaupt eine voreilige und übertriebene Aengstlichkeit von uns war, eine Gefahr vorhanden war, da wäre meines Erachtens die Berechtigung der Regierungen vorhanden gewesen, unter möglichster Schonung der persönlichen Verhältnisse die Fäden, welche die Leiter der Bewegung mit den geleiteten Massen verbinden, zu durchschneiden. Der erste Anfang, der in dieser Beziehung, schüchtern muß ich sagen, gemacht ist, ist von Ihnen mißbilligt worden, und, meine Hoffnungen, die ich an die weitere Durchführung des Sozialistengesetzes geknüpft habe, haben dadurch allerdings einen schweren Stoß erlitten; ich bin ziemlich entmuthigt, eine Sache fortzuführen, die ich ohne Beistand der parlamentarischen Majorität ja nicht durchsetzen kann. Wie weit Sie die Vorlage ablehnen wollen, ist ja ganz Ihre Sache; ich kann aber keinen wirksamen Erfolg des Gesetzes voraussehen, wenn die Mehrheit des Reichstags nicht die Hand dazu bietet, auch in unseren übrigen Institutionen die Konsequenzen des Sozialistengesetzes zu ziehen. Zu den Konsequenzen dieses Gesetzes rechne ich die Vorlage, die uns heute beschäftigt, insoweit, als sie die Möglichkeit geben soll, der richterlich unantastbaren Agitation durch ad hoc gehaltene Parlamentsreden, welche in einer Unzahl von Exemplaren im Druck verbreitet werden, ein Ziel zu setzen. Das, meine Herren, können Sie gesetzlich nicht herstellen ohne Mitwirkung der verbündeten Regierungen und des Bundesraths. Wir haben Ihnen die Hand dazu geboten, und wenn Sie diese Vorlage vollständig von der Hand weisen, so muß ich konstatiren, daß die von den Regierungen gebotene Hand nicht angenommen worden ist. Können Sie aus eigener Machtvollkommenheit etwas schaffen, was besser ist, wie die Gegen-

wart, was den Wünschen entspricht, die, wie ich glaube, in der Bevölkerung vorherrschen, das ist, Ruhe vor sozialistischen Agitationen und Schutz gegen Mißbrauch des Privilegs zur Kränkung Einzelner, können Sie dem in befriedigender Weise entgegenkommen, so werde ich mit dankbarem Beifall Ihren Bemühungen zuschauen, Ihnen behilflich sein, wo ich Ihnen behilflich sein kann. Aber ich habe wesentliche Zweifel an dem Erfolge, auch dann, wenn die Herren in voller Majorität auch über die Wege einig wären, die zu betreten sind; ich glaube, daß Sie auch dann immer gegenüber den vielen Schranken, die in der Verfassung aufgebaut sind, hier und da auf ein Bedürfniß stoßen werden, daß die Gesetzgebung Ihnen helfen soll, und dann können Sie darauf rechnen, daß der Korb, den wir heut von Ihnen bekommen werden, uns in keiner Weise hindern soll, Ihnen bereitwillig Beistand zu leisten und die Hand zu bieten; nur möchte ich einmal den ersten Anfang eines Antrages in der Richtung erleben. Wir hätten gedacht, wir könnten uns die Initiative unsererseits ersparen, wenn beispielsweise nach den für den Herrn Präsidenten, ich glaube, für die große Majorität höchst peinlichen Erscheinungen, die im Herbste vorigen Jahres und vorher vorgekommen sind, aus der Mitte des Hauses von irgend einer Seite ein Versuch zur Abhilfe gekommen wäre. Es ist ja eine unpopuläre Aufgabe, und deshalb, meine ich, liegt es der Regierung ob, sie zu erfüllen: denn die Regierung ist dazu da, um unpopuläre Beurtheilungen unter Umständen zu ertragen, während es für die Abgeordneten nicht immer annehmbar ist. (Heiterkeit.)

Bis zum Jahre 1870 waren die Fragen der Konsolidirung des Reichs die Hauptsache.

Der Herr Abgeordnete Lasker hat noch Einiges in Bezug auf mich gesagt, was ich hier gleich absolvire, weil ich nachher zu einer persönlichen Bemerkung doch nicht zum Wort kommen würde, auch dann, wenn ich noch hier wäre; nämlich, ich hätte 1870 diesem Gesetz zugestimmt. Ja, meine Herren, damals habe ich in dem Bedürfniß, die junge und zarte Pflanze der deutschen Einheit nach allen Seiten und mit allen Mitteln zu pflegen, Manchem zugestimmt, was weit entfernt von meiner politischen Ueberzeugung lag. Meine Aufgabe war es damals, ebensowenig wie über wirthschaftliche Dinge nachzudenken, über dergleichen im Vergleich zur Konsolidirung des deutschen Reichs kleinliche Fragen ängstlich zu sein. Jetzt können wir in Ruhe

darüber diskutiren; hätten wir damals das deutsche Reich nicht befestigt, da hülfe jetzt kein Diskutiren. Ich habe diese Fragen, im Verhältniß zu der größeren Aufgabe, die mir oblag, als Kleinigkeiten behandelt und noch andere Konzessionen gemacht im Strafrecht und in anderen Dingen, die mir, wie Sie mir glauben können, nach meiner ganzen sonstigen Ueberzeugung sehr gegen den Strich gingen, aber in meiner Lage ist Eigensinn unter Umständen ein Verbrechen, — in einer Lage, wo keine Verantwortlichkeit ist, kann man sich den Luxus erlauben.

Vergleich mit dem englischen, französischen und amerikanischen Verfassungsrechte.

Der Herr Vorredner hat dann gesagt, gerade in England gebe es kein Mittel, die Oeffentlichkeit und die Veröffentlichung auszuschließen. Nun, gerade in dem Fall, den er angeführt hat, ist die Oeffentlichkeit vollständig ausgeschlossen worden durch die einfache Bemerkung des Mr. King-Harman: „Herr Sprecher, ich möchte bemerken, daß ich Fremde erblicke." Ich sehe hier auch sehr viel Fremde, es würde mir aber nichts helfen, wenn ich darauf aufmerksam machte; in England hat es aber den Effekt gehabt, daß alle Zuhörer sich entfernt haben, und die Verschwiegenheit der englischen Abgeordneten gegenüber der Presse ist so groß, daß wir über die drei Stunden, welche hernach ohne Zuhörer debattirt wurde, nichts erfahren haben und trotz amtlicher Rücksprache auch nichts Zuverlässiges wenigstens erfahren konnten. (Hört, hört!)

In England scheint eben die Verbindung zwischen einzelnen Abgeordneten und der Presse minder lebhaft zu sein, wie auf dem Kontinent — ich will von dem hier gegenwärtigen Parlament gar nicht sprechen, aber in Frankreich würde vielleicht eine solche Ausschließung bloß der Zuhörer auf den Tribünen und reines Vertrauen auf die Verschwiegenheit der Mitglieder des Parlaments schon nicht zum Ziele führen; in Bezug auf unsere Verhältnisse, in der Beziehung enthalte ich mich jeder Aeußerung. — Also dieses Ausschließen der Fremden ist in England zugleich ein wirksames Mittel zur Verhinderung der Veröffentlichung solcher Reden, denen man — ich will nicht sagen, einen brandstiftenden, aber einen zündenden Charakter außerhalb des Parlaments, eine Schädigung der vaterländischen Institutionen und ihrer Solidität etwa zuschreibt. Dieses einfache Mittel ist wirksam bei der Zuverlässigkeit, mit welcher die englischen Abgeordneten im Interesse des Staats

und des Vaterlandes über das schweigen, was ohne Zeugen vorgekommen ist.

Der Herr Abgeordnete hat ferner mir gegenüber die Autonomie des Reichstags vertreten, und darüber habe ich schon am Anfange gesagt: ich glaube, sie wird erweitert und nicht verdrängt durch diese unsere Vorlage. Er hat dann den Fall des Abgeordneten Plimsoll angeführt, um nachzuweisen, daß in der Vorlage die englischen Zustände zu Unrecht citirt worden seien. Auch da kann ich ihm nicht ganz Recht geben, Herr Plimsoll ist von dem Sprecher angewiesen worden, „öffentliche Abbitte zu leisten", und zwar eine Abbitte, die in ihrer Form unseren Sitten und Gewohnheiten ziemlich widersprechen würde; und wenn er diese Abbitte nicht geleistet hätte, so wäre es eben bei seiner Ausweisung geblieben. Der englische Sprecher sagt ihm: Wie das die Praxis des Hauses ist, wird das ehrenwerthe Mitglied von seinem Platze gehört werden und wird sich dann entfernen. Darauf hat Plimsoll, der erregt gewesen ist, sich beruhigt, und acht Tage nachher ist er gekommen und hat erklärt: „er nehme die von ihm gebrauchten unparlamentarischen Ausdrücke zurück und bitte frei und offen den Sprecher und das Haus um Vergebung"; — so ist es Ihnen hier in der Vorlage noch gar nicht geboten worden —

„übrigens halte er es durchaus vereinbar mit der Achtung, welche er vor dem Hause habe, wenn er hinzufüge, daß er bezüglich der von ihm angeführten Thatsachen Nichts zurückzunehmen habe."

Die Thatsachen waren auch gewiß ganz richtig. Es war nur die aufregende und verletzende Form, in der er sie vorbrachte, wofür er Verzeihung erbat.

In Bezug auf Frankreich und Amerika, wo die Sachen viel klarer liegen, wie in Bezug auf das englische Recht, welches aus einem Wust widersprechender Kompendien herauszuziehen ist, da hat der Herr Abgeordnete Lasker sich hinter seine angebliche Unwissenheit zurückgezogen. Ich muß gestehen, ich halte ihn für unterrichteter, als er hier erscheinen will; ich glaube, er weiß das ganz genau, hat es aber für seine Argumentation hier nicht passend gefunden, — und er ist ja nicht verpflichtet, alles einzugestehen, was er weiß. (Heiterkeit.) Er sagt uns ja schon so dankenswerth Vieles von dem, was

er weiß. — Aber da ist in Amerika die Sache mit einer sehr kurzen Verfassungsbestimmung abgemacht:

„Each house may determine the rules of its proceedings, punish its members for disorderly behaviour, and, with the concurrence of two-thirds, expel a member."

Also zwei Drittel können jedes Mitglied ausschließen, und das Haus ohne Zweidrittelmehrheit kann strafen nach seinem Ermessen. Zu diesen Strafen gehört, wie die amerikanischen Rechtslehrer weiter ausführen, auch namentlich das Inhaftnehmen, was ja auch in England zulässig ist. Die Bestimmungen in Frankreich sind nicht so weitgehend, aber sehr scharf einschneidend und gehen auch bis zur Exclusion; schon Derjenige, der sich in einer Sitzung zwei Ordnungsrufe zuzieht, der sich in 30 Tagen drei Ordnungsrufe zuzieht, ist gewissermassen ein verlorener Mann in seiner parlamentarischen Stellung, — es kommen über ihn Uebel, denen er sich nicht leicht aussetzt, wenn er überhaupt sonst eine soziale Stellung hat.

In dem Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen der Sozialdemokratie bedarf die Regierung des Beistandes des Reichstags.

Ich möchte Sie nur bitten, meine Herren, daß Sie diese unsere Vorlage nicht als eine ausschließlich parlamentarische ansehen, gegen Unordnungen gerichtet, die im Allgemeinen in unserem und in jedem Parlament vorkommen, oder bei uns allgemein eingerissen wären, — da bin ich mit dem Herrn Vorredner einverstanden: das, was im Großen und Ganzen geschieht, können wir aushalten, — wenn auch einige Redner anderer Parteien mitunter sehr unangenehme Worte sagen, so halte ich diese doch in keiner Weise in ihrer Wiedergabe für gemeingefährlich. Aber die sozialistische Agitation ist ganz etwas anderes, eine Agitation, die sich an die urtheilslosen Massen wendet, deren Begehrlichkeit durch den Nothstand und unerfüllbare Versprechungen angeregt ist. Dazu das Mittel, das gesetzlich unanfechtbare Mittel des Abdrucks jeder Rede, abzuschneiden, war Hauptzweck dieses Gesetzes, und der Gedanke ist uns deshalb auch nicht früher, sondern erst nach der Offenbarung der Macht und der Ziele des Sozialismus, wie wir sie in diesem vergangenen Jahre noch stärker als im vorvergangenen gehabt haben; als eine Nothwehr der Gesellschaft gegen die Gefahr, die uns von da droht, ist uns der Gedanke der Vorlage gekommen, und unsere Frage an Sie ist: wollen

Sie uns in dem auf die kurze Zeit von zwei Jahren noch beschränkten Kampfe gegen die gefährlichen Tendenzen, nicht gegen die ungefährlichen, sondern gegen die gefährlichen Tendenzen des Sozialismus ferner mit der Energie beistehen, auf die wir Hoffnung hatten zu den Zeiten der Wahlen und zu den Zeiten der Attentate, oder ist die Gefahr durch das augenblickliche, wohlüberlegte Schweigen und Wohlverhalten der Sozialisten Ihnen anscheinend schon so fern gerückt, daß Sie glauben, die Regierung mit ihrer Bitte um Beistand nach dieser Richtung hin im Stich lassen zu können? Danach muß die Regierung ja das Maß von Erfolg, auf welchen sie überhaupt im Kampfe gegen den Sozialismus rechnen kann, ihrerseits bemessen, und wir können ohne den Beistand des Reichstags nichts machen. Verlangen Sie nur nicht von uns, daß, wenn wir im Amte bleiben sollen, die Frage mit dieser einzelnen Ablehnung für uns erledigt sei. Wir müssen auf diesem Wege weiter zu kommen suchen. Wir sind berechtigt, als Mitglieder der Regierung, darüber unsere eigene Ueberzeugung zu haben, so gut wie irgend ein Abgeordneter, und wir wären schlechte Patrioten, wenn wir anders, als nach pflichtmäßiger Ueberzeugung handeln wollten. (Bravo! rechts. Zischen links und im Centrum.)

Ohne vorherige Kommissionsberathung trat das Haus in der 16. Sitzung vom 7. März in die 2. Berathung ein. Die Vorlage wurde abgelehnt und folgender Antrag des Freiherrn Schenk von Stauffenberg angenommen:

„Der Geschäftsordnungskommission den Auftrag zu ertheilen, unter Vorsitz des Präsidenten des Reichstags die Frage, ob Aenderungen der Geschäftsordnung nothwendig seien, zu prüfen und im Bejahungsfalle formulirte Vorschläge an das Haus zu bringen."

B. Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 92 der Reichsverfassung.

Der 2. Gesetzentwurf betrifft die Einführung einer zweijährigen Budget- und vierjährigen Legislaturperiode. Der Entwurf ist lediglich aus praktischen Erwägungen hervorgegangen zur Beseitigung hervorgetretener Unzuträglichkeiten. In der 2. Berathung — Sitzung vom 5. Mai 1881 — ergriff der Reichskanzler nach dem Abgeordneten von Bennigsen das Wort zu folgender Rede: [1])

[1]) Stenogr. Berichte 2. Band 1881, S. 967 ff.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: „Ich bin überzeugt, daß der Herr Vorredner mit seiner letzten, mit erhobener Stimme gesprochenen Versicherung, daß er und die Seinigen beabsichtigten, das Reich vor Schaden zu wahren, nicht hat ausdrücken wollen, daß uns und namentlich Denjenigen, die berufen sind, einen amtlichen Einfluß auszuüben, dieses Bedürfniß, dieses Bestreben auch nur um ein Haar breit ferner läge, als dem Herrn Vorredner und seinen Genossen. Es kommt nur darauf an, wie der Schaden abgewehrt werden soll und wodurch der Schaden dem Reiche gethan wird, über den der Herr Vorredner klagte.

Die Interessen und Wünsche der Wähler.

Ich will zunächst einige Fragen, einige Theile des Gebietes, auf dem wir uns in der Diskussion befinden, mit kurzen Worten bei Seite schieben. Zunächst habe ich dabei den Vorwurf im Auge, daß die Diskussion von Seite der Regierung mit Rücksicht auf die zukünftigen Wahlen und die Wähler geleitet, auch die Vorlagen zum Theil darauf berechnet wären. Dem muß ich entgegenstellen, daß die Reichsregierung und die verbündeten Regierungen meines Erachtens gar nicht das Recht haben, die Wähler und die Nation darüber im Dunkeln zu lassen, was sie beabsichtigen, namentlich wenn diese Absicht durch parlamentarische Reden und durch eine monopolisirte Presse in den Augen des Wählers verdunkelt zu werden, (Heiterkeit) Gefahr läuft. Allerdings ist ein wesentlicher Theil meines Bestrebens und der Ausübung meiner Pflicht gegen die Nation und ihre Wähler, sie darüber vollständig in's Klare zu setzen, wo die Reichsregierung hinaus will. Ob es mir gelingt, sie auch darüber in's Klare zu setzen, wo die einzelnen Parteien hinaus wollen und was die Motive ihres Verhaltens und ihrer Fraktionspolitik sind, (Aha! links) das weiß ich nicht. Ich will mich nach Kräften dazu bemühen, bei den Wahlen und durch Vorlagen und bei allen Diskussionen, und ich will die Publicität und das Tribünenrecht, was mir meine Stellung hier dazu giebt, jeden Tag dazu benutzen, die Nation darüber aufzuklären, wo Jeder von uns hin will. Ich fürchte nicht, daß ich irgend wie meine Wege, die offen daliegen, daß ich die Beleuchtung meiner vergangenen Wege im Dienste des Reiches zu scheuen habe. Ich habe an dem, was wir besitzen, gearbeitet, unter Beihülfe der Fraktionen, bald

von der einen unterstützt, bald von der anderen, was sie „unterstützen" nennen. Sie haben mit mir gemeinsam gearbeitet, das heißt, sie haben die Heckenscheere angelegt und das, was beantragt war, verkürzt, vielleicht verstümmelt, vielleicht verbessert, vielleicht in eine mehr künstlerische, den allgemeinen, politischen Grundsätzen entsprechendere Form gebracht. Für mich hat der Beistand, den ich von den Fraktionen erfahren habe, sehr häufig doch die Natur eines Kampfes, einer Verkürzerung des Erreichbaren angenommen, dem gegenüber ich meine besten Kräfte habe aufreiben müssen, (Unruhe links,) und wenn wir noch nicht weiter gekommen sind, so mache ich den Fraktionen den Vorwurf, auch auf die Gefahr hin, daß von der äußersten Linken noch einmal der Ausdruck des Verdrusses darüber laut wird, daß ihre Kämpfe untereinander hauptsächlich schuld daran sind, daß das Reich nicht besser vorwärts kommt, daß man zweifelhaft wird an Dem, was man errungen hat, daß eine gewisse Abspannung und Verstimmung eintritt. Das Volk ist es müde, sich mit hoher Politik und mit Fraktionspolitik zu befassen. (Bravo! rechts. Oho! links.)

Es will seine praktischen Interessen wahrgenommen sehen, die Streitigkeiten der Fraktionen halten es davon ab und sind ihm langweilig und das werden Sie finden bei dem Ausgang der Wahlen, (Bravo, rechts,) und wenn nicht bei diesen, dann bei den folgenden.

Die Ueberladung mit Gesetzvorlagen; die Ueberlastung der Minister.

Der Herr Vorredner hat ferner gegen Schluß seiner Rede darüber geklagt, daß die parlamentarischen Körperschaften mit Arbeiten überlastet und mit Gesetzvorlagen überschüttet würden, auch mit solchen, die schon einmal vorgelegt wären. Ja, da komme ich auf das eben erwähnte Argument zurück. Wir wiederholen die Gesetzvorlagen, in denen die Ueberzeugung der Regierung sich ausdrückt, um den Wählern dadurch zu sagen: wir haben die Ueberzeugung, daß unsere Vorlagen richtig waren, keineswegs deshalb aufgegeben, weil wir an der Majorität von 103 gegen 101 damit gescheitert sind, wir halten vielmehr an unserer Ueberzeugung fest, wir haben sie nicht frivol gefaßt, sondern nach sorgfältigem Nachdenken und halten daran fest, so lange der Einzelne von uns lebt und strebt. Das haben wir sagen wollen mit der Wiederholung unserer Vorlage. Auch sie ist eine Sprache zu den Wählern, zu der

ich uns berechtigt und verpflichtet halte, um dieselben aufzuklären über die Ziele der Regierungen. Gerade die Hast und die Ueberlastung der Geschäfte, über die der Herr Vorredner klagt, wollen wir ja vermindern dadurch, daß wir Ihnen die Möglichkeit geben zu längeren Sitzungen, indem Sie nicht eingeengt sind durch die Nothwendigkeit, in jedem Jahre zwei große Körperschaften, groß oder klein, den Reichstag und die Landtage nebeneinander fungiren zu lassen, und die Zeit, die die eine dieser Versammlungen braucht, der anderen zu verkümmern, wenn wir dahin kämen, und allerdings ist, wenn die Annahme des Systems, welches die Vorlage zum Ausdruck bringt, sich auf das Reich beschränkt, das Werk nur halb gethan, es muß auf sämmtliche Landtage übergehen, es muß die Gesetzgebung des Reichs ein Verbot bringen, daß Reichstag und Landtag gleichzeitig tagen; ein Jahr sollen die Landtage haben, ein Jahr der Reichstag haben für seine Geschäfte. Daneben sind ja Berufungen nicht ausgeschlossen. Die Hauptarbeit liegt eben in dem Budget und in dem Zwang der Termine. Die dringende Hast, über die der Herr Vorredner klagt, liegt hauptsächlich in dem Zwang zum Fertigwerden des Budgets, welches in jedem Jahre neu beschlossen werden muß. Man hat mit berechtigtem parlamentarischen Egoismus bisher nur von den Schwierigkeiten gesprochen, die Ihnen aus dem Landtage nur die eine oder andere Entwicklung der Sache bringt. Eine leise Anwandlung von Mitgefühl mit der Lage der Minister und des Bundesraths habe ich in keiner der Reden bisher finden können, und doch sind diese gerade die Gehetzten bei dem bisherigen System, und es giebt keine Ministernatur, die ledern und interesselos genug wäre, um das auf die Dauer aushalten zu können. Wollen Sie andere Minister und Leute, so hetzen Sie die todt, die gegenwärtig am Ruder sind, aber jeder geht bei dieser Ueberarbeitung der Geschäfte zu Grunde, und nicht bloß die leitenden Minister, auch alle gouvernementalen Kräfte nutzen sich ab. Ich habe erlebt, daß im preußischen Landtage bei der Budgetberathung die Blüthe der Geheimräthe, 15 vielleicht, weil am Budget ihre Aufgabe herankommen konnte, am Montag erschienen sind, am Dienstag und so an jedem Wochentag bis Sonnabend — ich kann das Beispiel thatsächlich mit Daten belegen — und am folgenden Montag

ist endlich der Gegenstand der Etatberathung herangekommen, für den diese außerhalb der Minister circa ein Dutzend der höchstgestellten und am meisten beschäftigten Beamten eine Woche lang im Landtage gesessen und Reden, die für diese kein Interesse hatten, stundenlange Reden zugehört haben, und die ganze Sache ist für alle fünfzehn ohne ein Wort der Diskussion vorübergegangen, sie konnten am nächsten Montag Abend, ohne gebraucht zu sein, nach Hause gehen. Das ist ein Zeittodtschlagen, welches von dem System vielleicht nicht ganz zu trennen, aber doch etwas zu vermindern ist. Auch den Ministern ist es so gegangen, den Leitern der Ressorts im Reich, die gerade in dieser Zeit viel zu thun haben, daß sie hier im Reichstag drei, vier Tage hintereinander erschienen sind auf die Gefahr hin, ob der zweite Gegenstand der Tagesordnung daran kommen werde oder nicht, und daß sie nachher nach Hause gegangen sind und soviel Arbeitstage verloren haben. Man kann arbeiten, auch wenn man hier sitzt und zuhört, aber doch nicht jede Arbeit machen, namentlich die ernsteren nicht.

Ich möchte deshalb all' die Argumente, die der Herr Vorredner vorhin gegen das jetzige System, „der Hast“ anbrachte, wegen der Art der Vorlagen der Regierung in engere Schranken führen; und sie fallen mit erheblichem Gewicht in die parlamentarische Wagschale. Wir werden beiderseits Zeit haben, wenn der Reichstag oder der Landtag in dem Jahre, wo er sich versammelt, sich von Haus aus der Hoffnung hingeben kann, daß es kein Unglück ist, wenn er seine Sitzungen auf drei oder fünf Monate ausdehnt und die Arbeitszeit der Minister in der Zwischenzeit so bemessen ist, daß sie wirklich die Vorlagen rechtzeitig feststellen können. Das ist sehr leicht gesagt, daß die Säumigkeit der Minister, die die Vorlagen nicht rechtzeitig bringen, schuld an Zeitmangel ist, wie ein Diener, der nicht rasch genug die Treppe heraufgekommen ist. Aber die Herren sollten doch einmal sehen, ob sie im Stande wären, in dieser kurzen Zwischenzeit, die bleibt, die Dinge früher fertig zu stellen. Das Budget ist kaum votirt, so habe ich drei Tage darauf schon die Vorlagen für das neue zur Arbeit bekommen, die bereits in vorräthiger Arbeit waren. So geht es in Preußen, so geht es im Reich. Die Herren,

wenn sie hier mit ihren parlamentarischen Geschäften auseinander sind, dann mag es für Einige unangenehm sein, in ihre Bureaus wieder zurückzukehren, für sie hören die Ferien dann auf (Heiterkeit), allerdings für die Anderen aber, die wirklich nur hierhergekommen sind, um den Beruf eines Volksvertreters zu erfüllen, die diesen Beruf nicht mit dem eines Redakteurs einer Zeitung verbinden, kombiniren und so das ganze Jahr für denselben Beruf beschäftigt sind, für diese fangen dann ihre eigentlichen und regelmäßigen Geschäfte erst wieder an. Für die Minister ist in beiden Jahren die Arbeit gleich schwer, gleich ermüdend, gleich aufreibend, und das ist, glaube ich, nicht nützlich, die Minister zu nöthigen, daß sie ihre Arbeiten flüchtig und mit mehr Gleichgültigkeit machen sollen. Sie würden, wenn Sie immer solche Minister gehabt hätten, gar nicht so weit gekommen sein, wie wir uns hier beieinander sehen, und es ist nicht nützlich, die Träger der Staatsarbeit auf diese Weise zu ermüden und ihnen die Zeit zur Besinnung nicht zu lassen. Diese Rücksichtslosigkeit auf die ministerielle Menschenklasse liegt auch in dem Antrag, daß der Reichstag im Oktober zusammentreten solle. Es ist ja klar, daß der Bundesrath in diesem Falle 3 bis 4 Monate früher zusammentritt: wir können das auf 3 Monate abkürzen, aber unter 3 Monate vorher wird der Bundesrath seine Arbeit nicht erledigen können. Wenn Sie also den Reichstag im Oktober hier haben wollen, dann müssen Sie von dem Bundesrathe verlangen, daß er Ende Juli etwa zusammentritt. Alle die bundesstaatlichen Minister, welche eben noch im Gefechte mit ihren Landtagen waren, kommen nicht her, um sich an dem Bundesrath zu betheiligen. Dann wird der Bundesrath schließlich Etwas, was dem alten Frankfurter Bundestage mehr und mehr ähnlich sein wird. Die Hauptsache, daß dieses Zentrum der Regierungsautorität im Reich in Ansehen und wirksamer Thätigkeit bleibt, ist die, daß die dirigirenden Minister selbst im Bundesrath erscheinen. Wir haben deshalb in unserer Geschäftsordnung im Bundesrath die Anordnung getroffen, daß alle wichtigen entscheidende Beschlüsse auf eine kürzere Zeit der Sitzung konzentrirt werden.

Zur Frage der Beschlußfähigkeit des Reichstags.

Ich wage nicht, dem Reichstag etwas Aehnliches vorzuschlagen, denn dieser — wie ich glaube — fruchtbare Gedanke

würde dadurch unannehmbar werden, daß er von ministerieller Seite zuerst gebracht wäre; aber im Bundesrath spüren wir seitdem eine große Erleichterung und die Möglichkeit, daß auch diejenigen Herren, die zu Hause nothwendig sind, sich an wichtigen Beschlüssen persönlich betheiligen können, und wir haben dort noch eine zweckmäßigere Einrichtung, wir haben gar keine Grenze der Beschlußfähigkeit — und ich glaube, daß der Reichstag auch gewinnen würde, wenn er die nicht hätte, so daß Diejenigen, die ein Vergnügen daran haben, Reden zu hören, jederzeit erscheinen können, ohne ausgezählt zu werden, daß aber eine höhere Beschlußfähigkeit, wie die jetzige, gesetzt wird, wenn solche Beschlüsse gefaßt werden sollen, welche die Zukunft des Reiches durch Gesetze binden. Das Reich hat ein Recht darauf, daß mehr wie die Hälfte der im Land gewählten Abgeordneten bei einem solchen Beschlusse anwesend sei, der auf die Geschicke der Nation einen wesentlichen, dauernden und schwer wieder zu beseitigenden Einfluß übt. Die Hälfte des Reichstages ist nicht mehr der Reichstag, so wie die Verfassung ihn kennt, er hat auch nicht das Ansehen im Publikum und in der öffentlichen Meinung. Die Abspannung, von der der Herr Vorredner so viel sprach und die er, wie es schien, der ministeriellen Politik zuschrieb, geht vorzugsweise von dem Beispiel aus, welches eine große Zahl der Herren Abgeordneten giebt, und davon, daß es eine reichliche Zahl dieser Herren nicht der Mühe werth hält, den Sitzungen beizuwohnen; bei einer der letzten Abstimmungen ist mir gesagt worden, daß ohne Angabe des Grundes, ich glaube, 111 Mitglieder des Reichstages gefehlt haben. Wie wollen Sie da annehmen, daß die Bevölkerung noch mit demselben Eifer, wie früher, an den Geschäften des Reiches Theil nehme, wenn ihre gewählten Vertreter ihr ein solches Beispiel geben?

Der frühere Eifer hatte auch wohl darin seinen Grund, daß das deutsche Reich anfangs etwas Neues war, man hatte eine gewisse Weihnachtsfreude daran, es zu besitzen und nahm mit Vergnügen Theil daran. Aber das „beati possidentes“ findet hier keine Anwendung, was man hat, verliert an Werth, — der Besitz macht gleichgültig — was man hat, das will man nicht, und was man nicht hat, das will man, und so geht es mit dem deutschen Reich. Seitdem es als

wohl besessen erscheint, hat man nicht mehr dieselbe lebendige Theilnahme, es ist nichts Neues mehr, es kommt vielen Leuten vor, als wenn es immer so gewesen wäre, namentlich Denjenigen, die keine Erinnerung an die Vergangenheit haben, und als ob es immer so bleiben müßte. Ich möchte doch darum sehr inständig bitten, daß man sich diesem Wahn nicht hingiebt, als ob ohne eigene Mitwirkung, ohne eigene patriotische und selbstlose Hingebung für das Vaterland je eine Nation die Wohlthaten, deren sich jetzt die deutsche nach langer Entbehrung erfreut, sich auf die Dauer bewahren könnte. (Sehr richtig!)

Die Prärogative des Kaisers gehören nicht in die Diskussion des Reichstags.

Ich wollte ferner noch eine Frage womöglich aus der Diskussion ausscheiden, das ist die Frage von der Prärogative des Kaisers. Es ist ja zweifellos, daß hierin, in der Beschränkung des Berufungsrechts des Kaisers auf den Oktober, oder vielmehr in der Nöthigung zur Berufung dadurch, daß Sie also im § 13 einschalten hinter: der Kaiser kann berufen: der Kaiser muß im Oktober berufen — eine Beschränkung der Prärogative liegt, aber ich meine, diese Frage sollte nicht Gegenstand der Diskussion dieses Hauses sein, so lange Se. Majestät der Kaiser Seine Ansicht darüber nicht geäußert hat. Wenn der Kaiser es den Interessen des Reiches entsprechend findet, Seine Prärogative zu beschränken, so wird die Frage der Prärogative Seine Majestät nicht aufhalten, dem Land dieses Opfer an Machtvollkommenheit zu bringen, aber wohl kann es Ihn empfindlich berühren, daß man über Seine Rechte aburtheilt, ehe er Seine Meinung geäußert hat, und Beschlüsse faßt, ob er sie aufgeben soll oder nicht. Ich glaube, da könnte man eine Initiative oder Andeutung des Kaisers durch Seine berufenen Organe abwarten, ob Er dazu geneigt sei, denn ohne Seine Bereitwilligkeit kommen Sie doch nicht darüber hinweg, und das ist deshalb eine Frage — ich kann die Diskussion nicht hindern, sich beliebig zu bewegen, aber ich muß sagen, das hängt allein von der Entschließung des Kaisers ab. Der Kaiser hat bisher Seine persönlichen Rechte noch nicht zur Diskussion und Beschlußfassung durch den Reichstag gestellt.

Die Frage der Priorität des Reichs, die durch den Oktober erreicht werden soll und die der Herr Abgeordnete Rickert durch

seinen Antrag ganz allgemein erreichen will, wäre ganz einfach dadurch zu erreichen, daß man den Anfang des Budgets noch um drei Monate verschiebt, und dann würde bei jährlichem Budget für die Landtage der Zeitraum nach der Reichstagssitzung von Ostern bis Johanni ein vollkommen geeigneter sein zur Berathung. Daß der Reichstag und der Bundesrath im Allgemeinen auf eine für sie unbequeme Zeit abgeschoben werden sollen, damit kann ich als Reichskanzler mich nicht einverstanden erklären, und schon diese Zurücksetzung des Reichstages und des Bundesrathes würde mich zum Gegner solcher Bestimmung machen, welche die angenehme Sitzungszeit den Landtagen zuwiese. Das deutsche Reich ist uns noch lange nicht, bei unserm angeborenen Partikularismus, nicht nur staatlichem, sondern auch provinziellem und Ressortspartikularismus noch nicht so in Fleisch und Blut eingedrungen, daß wir nicht wohlthäten, es stets vor aller Augen auf den ersten Platz zu schieben und ihm den Ehrenplatz zu lassen, und ich werde, so lange ich irgend mitzureden habe, für den Reichstag oder den Bundesrath die günstigste Zeit, den Winter, nicht aufgeben, das heißt natürlich für die Regel, — es kann ja nothwendig werden, auch im Sommer Reichstage und Landtage zu berufen — wir waren früher darin nicht verwöhnt — ich erinnere an die Jahre 1848 bis 1852 und 1853, da haben wir im Monat Juni, Juli, August, ja das ganze Jahr hindurch hier und auch in Erfurt getagt, hier auch in den heißesten Sommertagen, wo Berlin von allen Denen, die nicht hier bleiben müssen, sorgfältig gemieden wird. Da bitte ich nun also die Herren, deren Interesse sich mehr den Landtagen, als dem Reich zuwendet, ihr Wohlwollen für Jene nicht zu weit zu treiben, daß die Landtage im Januar und Februar in der Stadt bleiben wollen, und nachher die Sommerzeit für den Reichstag resp. für den Bundesrath übrig bleibt. Wann müßten dann die Mitglieder des Bundesrathes mit ihren Arbeiten beginnen, um im Oktober mit der Pünktlichkeit, die Herr Abgeordneter von Bennigsen verlangt und gegenwärtig vermißt, als fertige Arbeit abzuliefern, sowohl das Budget als auch die übrigen Vorlagen? Hoch im Sommer! Es ist als reine Ungeheuerlichkeit in der Diskussion bezeichnet worden, daß jetzt überhaupt noch Vorlagen kommen; ja, meine Herren, Sie werden auch

noch später manche erhalten, und ich will mich fragen, ob meine Pflicht nicht von mir fordert, außer denen, die jetzt in Arbeit sind, Ihnen noch andere zuzuschicken. Sie sind ja noch nicht gezwungen, sie zu verarbeiten, aber die Regierung hat doch das Bedürfniß, ihre eigene Meinung vollständig kund zu geben und über dieselbe in der Oeffentlichkeit keinen Zweifel zu lassen.

Die gesetzgeberischen Leistungen.

Der Herr Vorredner hat gesagt, es sei früher Großes geschehen und jetzt nicht — so verstand ich ihn — nun, wir haben auch jetzt, glaube ich, große Aufgaben vor uns, und ich habe die Hoffnung, daß auch weiter Großes geschehen werde. Es ist z. B. vor 1½ Jahren Großes geschehen dadurch, daß wir in der Zollgesetzgebung aus dem Wege, auf welchem das Land der langsamen Aushungerung unterzogen wurde, wieder in eine verständige Bahn eingelenkt sind in die alte, gute Gesetzgebung des Zollvereins — lange nicht so weit wie früher, — wir hatten damals, als wir prosperirten, einen viel höheren Schutzzoll, als heute und als wir ihn jetzt erstreben, namentlich aber, als wir ihn bisher erreicht haben. Aber dieses Herausrücken des Staatswagens und des Reichswagens aus der fehlerhaften freihändlerischen Richtung, bei der das Land von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr mehr ausgehungert wurde, und ohne den gleichzeitigen Zufluß der Milliarden viel früher an Verblutung und Entkräftigung zu Grunde gegangen wäre, — das Ausbiegen aus der falschen Bahn war eine große Leistung, für die ich Anerkennung erwarte, so weit ich dabei mitgewirkt habe, wenn auch nicht von Denen, denen dadurch ihre politischen Zirkel gestört worden sind. Das Interesse an theoretischen Prinzipien und großen Grund-, Rechts- und Verfassungsfragen und parlamentarischen Gleichgewichtsfragen im Staate ist eben, nachdem man den ersten Durst an der parlamentarischen Quelle dreißig Jahre lang gestillt hat, im Lande sehr vermindert, und man sieht sich jetzt um und fragt, was erfordert unser praktisches Interesse? Die praktischen Interessen leichter zur Vertretung zu bringen, ist der Zweck der Vorlage, und würde ich erfreut sein, wenn nicht in dieser Session, worauf ich nach Lage der Dinge wenig Aussicht habe, aber in der nächsten der Zweck erreicht würde, wo ich, wenn ich lebe, wiederum und zum vierten oder fünften Male, wenn es sein muß, dieselben Vorlagen mache, — ich muß nach meiner

Gegen den Einwurf der wiederholten Einbringung von Gesetzesvorlagen; Schutz der praktischen Interessen.

Ueberzeugung handeln, wenn ich ein ehrlicher Mann bleiben will. Wenn ich die Vorlage immer wieder vorbringe, so verbinde ich damit allerdings das Interesse, Denjenigen, die im Volk eine produktive Beschäftigung haben, der sie für die Dauer ihrer Theilnahme an den parlamentarischen Debatten entsagen müssen, wenn sie den ehrenvollen Auftrag ihrer Mitbürger annehmen, denen die Theilnahme am Parlament dadurch etwas zu erleichtern, daß sie nicht genöthigt sind, in jedem Jahre an zwei Parlamenten Theil zu nehmen. Wenn wir das nicht thun, machen wir den Leuten, die im praktischen Leben stehen, ich meine, die irgend etwas materiell produziren, Handwerker, Kaufleute, Advokaten und Aerzte mit wirklicher Praxis, (Heiterkeit,) Landwirthe, Fabrikbesitzer, Industrielle, Leute, deren praktische Erfahrungen uns von hohem Werthe sind und die ein volles Recht haben, ihre Interessen hier vertreten zu sehen und deshalb von den Wählern hieher geschickt werden, — denen machen wir es bisher ja beinahe unmöglich, daß sie an den parlamentarischen Sitzungen auf die Dauer Theil nehmen. Einer nach dem Andern wird es müde, hieher zu kommen und — verzeihen Sie, ich will Niemand persönlich verletzen, ich selbst verfalle in den Fehler, zu lang zu reden — bei der ungeheuerlichen Länge der einzelnen Reden und bei den sehr geringen Bezirken politisch betrachtet, bei dem sehr geringen Bruchtheil der politischen Elemente des Reichstages, von dem die Redner gestellt werden, — das ermüdet zuletzt außerordentlich; namentlich da man viele von den Reden vorher zu Hause gedruckt gelesen hat, lieber als daß man sie hier anhört, wo man dazu die Natürlichkeit des Redners vor sich hat. Wir bekommen auf diese Weise schließlich zwei verschieden veranlagte Kategorien von Abgeordneten. Die einen, die die Zeit des Schlusses gar nicht abwarten können, um ihre Geschäfte, worin sie schwer vermißt werden, wieder aufzunehmen; die andern, die bedauern und seufzen, wenn sie der liebgewordenen Gewohnheit, hier öffentlich zu sprechen und den Fraktionen und Kommissionen beizuwohnen und den ganzen öffentlichen und kameradschaftlichen Beziehungen entsagen zu müssen, weil sie in Gottes Welt weiter Beschäftigungen nicht haben, wenigstens keine solche, die sie lieben. (Heiterkeit.)

Wenn ich mir einen Beamten in guten oder geringeren

Verhältnissen denke, der nach einer Reichstagssitzung bei gutem Sommerwetter in warmen Tagen wieder seine staubigen Bureaux besuchen und seinen strengen Dienst thun soll und demselben Vorgesetzten wiederum eine gewisse Anerkennung zollen soll, auf den er bis dahin von seinem kurilischen Sessel mit einer gewissen Geringschätzung herabgeblickt hat, von der Höhe des Abgeordneten, so begreife ich, daß den, wenn er an die Annehmlichkeiten des vergangenen parlamentarischen Lebens zurückdenkt, ein gewisses Heimweh beschleicht und er wegen Ermüdung durch die parlamentarischen Arbeiten einen berechtigten Badeurlaub anstrebt. (Heiterkeit.)

Aber dabei läuft ein solcher Abgeordneter, der mit dem Lande nicht die Fühlung hat, welche gemeinsame Arbeit, gemeinsames Schaffen und Erwerben mit den Wählern geben, auch sehr leicht Gefahr, jede Fühlung und jede Möglichkeit der richtigen Beurtheilung der Interessen und der Wünsche des Kreises, der ihn gewählt hat, zu verlieren. Es ist ja schwierig und langdauernd, bis der Wähler in seiner Provinz sich über diesen Mangel vollständig klar wird, denn es giebt immer sehr viele Mittel, ihn hierüber zu einer unerwünschten Ansicht nicht kommen zu lassen. Ich habe ja selbst früher Wahlreden zu halten gehabt — stenographirt werden sie in der Regel nicht — und ich habe sehr oft das Gefühl gehabt, wenn der Wähler mich vollständig und meine ganze Thätigkeit kennte, würde er mich nicht wählen; (Heiterkeit) ich habe aber von Anderen das Gefühl, wenn er mich kennte und wüßte, was ich erstrebe, so würde er mich wählen. Also es ist nicht leicht, eine vollständig klare Ansicht über seine Vertreter zu gewinnen. Aber ich halte es im Interesse des Reichs für eine große Gefahr, wenn es dahin kommen sollte, daß die Mehrheit unter die Herrschaft derjenigen Abgeordneten fallen sollte, die eine andere, eine bürgerliche Beschäftigung eben nicht haben, die gewerbsmäßig Volksvertreter und deshalb im Reden die geübtesten sind und die die Stoffe, über die gesprochen wird, auf Monate und Wochen vorher sorgfältig durchgearbeitet haben, weil sie denselben auch in der Publizistik vertreten und ihnen Anklang zu verschaffen suchen, — ihre Zeit erlaubt es ja, sie sind ausschließlich darauf angewiesen. Und sie stehen dann, so wie es auf die Geschicklichkeit, auf

Nachtheile des Ueberwiegens solcher Abgeordneter, die keine bürgerliche Beschäftigung haben; parlamentarische Bureaukratie.

die rhetorische Mensur ankommt, ja, vermöge der größeren Mensurpraxis, die sie haben, außerordentlich im Vordergrunde. In den Volksversammlungen kennen wir ja die Typen, die sich bis zu rhetorischen Klopffechtern ausbilden, — die es natürlich hier nicht giebt; (Heiterkeit,) aber dort sieht man, wie die jeden Widerstand sofort niederrennen und scharf im Zaume halten. Aber ich wiederhole, wie ich das schon neulich bemerkt habe, daß im Reichstage die Reden zwar zur Orientirung dienen, aber daß sie keine Herrschaft üben dürfen; der Wähler hat ein Recht auf einen unabhängigen, auch von der überlegenen Beredtsamkeit weder beeinflußten noch eingeschüchterten Vertreter. Ich erwähnte, daß mein System, von dem ich ja hier nur die ersten Jalons zu stecken suche, dahin gehen würde, daß auch die Landtage durch Reichsgesetz genöthigt werden sollen, diesem selben System zu folgen, und dann wird auch die Priorität des Reichsbudgets zu erreichen sein, das Reichsbudget von 1881/83 wird die Unterlage sein des Landesbudgets 1882/84, und so werden sie eins in das andere greifen und sich rechtzeitig ergänzen und korrigiren.

Die finanzielle Schwierigkeit, die der Herr Vorredner in der Vorlage fand, kann ich doch in dem Maße, wie er sie schilderte, nicht anerkennen. Schwierig sind beide Wege. Aber wir haben früher manches Schwierigere überwunden, es giebt in einzelnen Bundesstaaten schon längst mehrjährige Budgets, und ich habe nicht gehört, daß deren Finanzen schlechter verwaltet werden wie die anderen, vielleicht im Gegentheil.

Wenn man durch die Uebertreibung und Häufungen der parlamentarischen Sitzungen und durch die Uebertreibung der Dauer der einzelnen, Denen, die auch noch andere Geschäfte haben, Denen, die nicht bloß fruges consumere nati sind, Denen, die nicht bloß von Gehalt, Honorar und Kapital leben, wenn man denen die Betheiligung am Reichstag schwer macht, dann wird man mit der Zeit dahin kommen, daß die Volksvertretung nur eine neue Spezies, oder ich will lieber sagen, Gattung der „Bureaukratie“ werden, daß wir, wie wir erbliche Beamtenfamilien haben, so auch erbliche Parlamentarierfamilien haben werden, die von Hause aus ihr Studium darauf richten und die, wie der volksthümliche Mund sich ausdrückt, sagen: „Ich will Abgeordneter lernen,“ (Heiterkeit,) und wenn man

findet, daß dieses Gewerbe doch auch seinen Mann nährt und zuweilen einen recht gut in die Höhe bringt — meine Carrière ist ja auch lediglich eine parlamentarische, von mir hätte Niemand etwas erfahren in meiner ländlichen Zurückgezogenheit, wenn ich nicht zufällig Mitglied des vereinigten Landtages von 1847 gewesen wäre, also ich rechne mich immer ein, wenn ich von Parlamentariern rede. (Heiterkeit.)

Aber die Bureaukratie weiter hinaus bis auf das parlamentarische Leben auszudehnen, und auch dieses zu einem Zweig der Reich- und Landesbeamtenverwaltung werden zu lassen, der mit der misera contribuens plebs, die da schafft und arbeitet, wagt und wettet, erwirbt, gewinnt oder verliert, wenig Berührungspunkte und namentlich nicht gemeinsame Interessen und Denkungsweise hat, halte ich für schädlich, denn der beste Beamte, dessen Großvater und Vater Beamte waren, dessen ganze Erziehung darauf gerichtet war, weiß bestimmt nicht, wie seinem Wähler, der nie Beamter gewesen ist, der auch in seiner Familie nicht einen Beamten gehabt hat, in seinem Hause, seinem Streben, seinem Wesen zu Muthe ist. Wir haben früher auf dem Lande gesehen: wenn die Herren Regierungsräthe auf das Land kamen, um praktische Dinge zu untersuchen, so hatte man leicht den Eindruck: na, recht viel versteht er nicht davon, aber man hatte bei dieser Bureaukratie doch noch die Beruhigung, daß sie kein anderes Streben kannte, als zu finden, was Rechtens war. Letzteres ist jetzt leider mehr in den Hintergrund gedrängt durch manche neuere Einrichtungen; die ehrliche rechtliche Ueberzeugung, der dringende Wunsch zu finden, wer Recht hat, war unserer Verwaltungsbureaukratie vollständig treu geblieben und ist bei ihnen durch politisches Parteiwesen noch heute nicht so beeinflußt wie andere Kategorien.

Mahnung an den Abg. von Bennigsen und seine Freunde.

Nun weiß ich nicht, ob ich die mannigfach und mir im Munde des Herrn Vorredners nach ihrer Schärfe unerwarteten Ausstellungen, die er an der Vorlage und an der Tendenz derselben machte in der ganzen Politik der Regierung, indem er sie als die Ursache des Zurückgehens im öffentlichen Interesse am deutschen Reich anführte, ob ich die werde alle beleuchten können, es ist mir ja nicht möglich; obschon der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit klar und verständlich

sprach, so würde ich doch darauf nicht eingehen können, indem ich mich physisch nicht beherrsche. Aber ich möchte ihn bitten, sich persönlich und mit den Freunden, die ihm anhängen, doch nicht dieser traurigen pessimistischen Auffassung hinzugeben, die ich im Namen der Fraktion, welcher er angehört, zuerst ankündigen hörte von Seiten der „National-Zeitung", etwa vom Ende 1877 an, wo alle unsere Zustände geflissentlich in den düstersten Farben gemalt wurden, es gehe zurück, die Reaktion sei im Anzuge, die Reaktion jeder Art, die schließlich doch nur darauf konzentrirte, daß auch die Schutzzölle zur Reaktion gerechnet wurden, ohne zu bedenken, daß die beiden freiesten Republiken, die wir augenblicklich haben, Amerika und Frankreich, recht tüchtige Schutzzölle uns gegenüber stellen. Also diese Klagen über Befürchtung der Reaktion, die düstere Mißstimmung — ich verweise Jeden auf den Styl der Leitartikel in der „National-Zeitung", mir ist er nicht geläufig, weil er zu beladen und zu schwer ist in den Schilderungen der Wolken, die über uns herabhängen. Die „National-Zeitung" betrachte ich jetzt nicht mehr als Blatt der Fraktion, aber sie war es damals.

Ich möchte dringend den Herrn Vorredner bitten, der mir unter seinen Fraktionsgenossen der Mitkämpfer gewesen ist, dem ich wirklichen Beistand verdanke und dem das deutsche Reich für seine Herstellung, für seine Konsolidirung so viel schuldig ist, für seine Politik von langen Jahren her — an ihn möchte ich persönlich doch die Bitte richten, sich durch Bestrebungen und Einflüsse, die ich für sachliche nicht halten kann, nicht der Reichspolitik, wie sie jetzt getrieben wird, weil ich, so lange ich die Leitung in den Händen habe, keine andere gegen meine Ueberzeugung treiben kann — und sich nicht der Reichsregierung in dem Maße zu entfremden, wie ich es befürchten muß, wenn ich die Richtung und Tonart seiner Rede höre. Es wäre das meines Erachtens ein großer Verlust für unsere parlamentarische Entwickelung auf der Basis der Verständigung zwischen Parlament und Reichsregierung und allen Seiten hin, und mir persönlich sehr schmerzlich, nicht bloß wegen meiner persönlichen Gefühle für den Herrn Vorredner, sondern auch wegen der Pläne, die ich an die Möglichkeit geknüpft hatte, daß zwischen den Herren, die der Führung des

Herrn Vorredners folgen, und denen, die sich rechts an ihn anschließen, eine Verschmelzung eher möglich sein würde, als zwischen denen, die sich links an ihn anschließen und deren äußerster Flügel überhaupt im Ende gar nicht abzusehen ist. (Große Heiterkeit.)

Kartellverhältniß zwischen der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie.

Nachdem wir bei mehreren Wahlen gesehen haben, daß die Sozialdemokraten einstimmig für fortschrittliche Kandidaten stimmen, müssen wir befürchten, daß zwischen diesen Verbindungen eine Art Kartellverhältniß für die Wahlen doch eingetreten ist; nachdem wir gesehen haben, daß die Herren, die aus der nationalliberalen Fraktion links hin ausgeschieden sind, ihre Fühlung bei der Fortschrittspartei nehmen, so kann ich wohl sagen, daß auf diese Weise, wenn die jetzige nationalliberale Fraktion die Anlehnung nach links fester nimmt, die Kontinuität der gegenseitigen Beziehungen von dem rechten Flügel der Nationalliberalen bis in die Sozialdemokratie hinein, wenigstens in dem praktischen Zusammengehen, wie weit sie in der Theorie auch von einander entfernt sein mögen, nicht ausgeschlossen ist, sondern zu meinen Befürchtungen für die Zukunft gehört. Und deshalb möchte ich dem Herrn Vorredner noch zurufen, was in dem bekannten Gedicht von Bürger ihm in Erinnerung sein wird, das auf hannoverischem Grund und Boden entstand, und worum ich ihn mit voller Herzlichkeit bitte: „Laß nicht vom Linken Dich umgarnen!“ (Heiterkeit; Bravo! rechts.)

Kritik der liberalen Gesetzgebung.

Die Vorlage gelangte nicht zur Annahme.

In der 17. Sitzung vom 8. März 1879[1]) bei Gelegenheit der Etatberathung knüpfte sich an Tit. 10, „Kosten der Maßregeln gegen die Rinderpest“ eine Debatte. Der Abg. von Bethmann-Hollweg (Oberbarnim) kritisirte die die Rinderpest betreffende Gesetzgebung und besprach die Schutzmaßregeln an der Grenze. Der Reichskanzler entgegnete Folgendes:[2])

Die übermäßige Schonung, welche die „liberalen“ Verfasser

„Ich bin dem Herrn Vorredner für seine sachliche Kritik der Gesetzgebung, wie sie heute liegt, sehr dankbar und werde anordnen, daß die Rede, die wir soeben gehört haben, bei der Neubearbeitung des Seuchengesetzes und bei der damit zu

---

[1]) Stenoer. Berichte, 1. Band 1879, S. 329.
[2]) Stenogr. Berichte S. 331.

der Strafgesetze gegen die Verbrecher bewiesen; die Milde der preußischen Richter; Auseinandersetzung mit dem Abg. Lasker.

verbindenden Revision der jetzt gültigen Bestimmungen benutzt werde und dazu Anlaß biete, bevor der herzustellende Gesetzentwurf in die öffentliche Diskussion im Bundesrath und im Reichstag gelangen wird, sachkundige Vertreter der Landwirthschaft, namentlich aus solchen Bezirken, in welchen Seuchenfälle vorgekommen sind, und die daher aus eigener Erfahrung beurtheilen können, wo dieser noch wenig probirte Schuh drückt oder nicht, daß sie hinzugezogen werden mit ihrem gutachtlichen Urtheile.

Ich glaube, daß aus der Darlegung des Herrn Vorredners aber doch hervorgeht, daß es für die Behandlung der Seuchen, wenn sie einmal unsere Grenzen überschritten haben, an Sorgfalt nicht fehlt, im Gegentheil die Sorgfalt vielleicht eine zu weit getriebene ist, und daher eine Minderung stattzufinden hat. Auf der anderen Seite kann ich mich dem Eindruck nicht entziehen, daß unsere Grenzen gegen die Einschleppung der Seuchen bisher nicht hinreichend geschützt sind; ich möchte aber bitten, dafür das Reich nicht als verantwortlich anzusehen und die Mängel, die dabei hervortreten, nicht einem Mangel an Sorgfalt von Seiten des Reichs zur Last zu legen. Das Reich hat keine Exekutivmittel und keine eigenen Beamten, um den Grenzschutz zu üben und zu fördern. Ja, selbst die Zollbeamten, die bisher, sei es aus Mangel an Interesse, sei es aus anderen Gründen, nicht dem Einschleppen des Viehes auf den verbotenen Strecken dieselbe Sorgfalt widmen, die sie sonst dem Schmuggel angedeihen lassen, selbst die Zollbeamten unterliegen in dieser Beziehung nicht der Instruktion des Reichs, sondern der einzelnen Staaten. Es hat mir einen Eindruck gemacht, der mir manchen Zweifel angeregt hat, wenn ich gesehen habe und aus den Untersuchungen über die einzelnen Einschleppungsfälle entnommen habe, daß mit großer Wahrscheinlichkeit Jahr und Tag, ja mehrere Jahre hindurch auf denselben bestimmten Waldpfaden und Furthen die verbotene Einfuhr des Viehes stattgefunden hat, und es scheint mir doch fast unmöglich, daß die patrouillirenden Gensdarmen, die patrouillirenden Grenzbeamten und der in seinem Kreise umherfahrende Landrath gar nicht auf den Verdacht kommen sollten, daß dort eine Umgehung der Verbotsgesetze, eine Uebertretung der Strafgesetze stattfinden sollte. Ist nun vielleicht die Ab-

neigung gegen eine Art von Denunziation größer, als die Furcht vor der Gefahr der Verseuchung des eigenen Landes, ich weiß nicht, woran es liegt, es scheint mir absolut unmöglich, daß unser Verkehr, wie ich dies angedeutet habe, sich so lange Zeit, wie es der Fall gewesen zu sein scheint, der Kenntniß der zur Beobachtung der Gesetzesüberschreitung angestellten Beamten habe entziehen können. Die neuesten Untersuchungen in Ostpreußen haben ja zur Genüge dargethan, daß Beamte auch selbst von nicht ganz niedrigster Stellung mit falschen Attesten bei diesen Einschleppungen, die uns so gefährlich gewesen sind, die unseren ganzen Viehhandel nach England zerstört haben — vor der Hand — daß sie dabei mit Ausstellung von falschen Attesten thätig gewesen sind. Welches wird nun die Bestrafung sein dieser Uebertretungen, man kann wohl sagen angesichts der Kalamität, die dadurch über unser Land herbeigezogen ist, dieser Verbrechen, daß Jemand leichtsinnig, um einen Gewinn zu suchen, das ganze Land der Gefahr der Seuche aussetzt? Nun, meine Herren, ich erlaube mir, daran zu erinnern, wie das Gesetz wegen Bestrafung fahrlässiger oder verbrecherischer Einschleppung von Seuchen vorgebracht wurde, wie außerordentlich von der Seite, die für ihre Aufgabe hält, mehr für den Verbrecher wie für den ehrlichen Mann (Abgeordneter Dr. Lasker bittet um's Wort) bei Stellung der Strafsätze sich zu interessiren — Partei nehmen will ich nicht sagen —, (Zuruf links) aber die mehr Angst haben, daß dem Verbrecher zu viel geschehe, als davor, daß die Gesellschaft unzulänglich beschützt sei. Es sind die Strafsätze ganz außerordentlich gemildert worden, so daß sie in ihren Konsequenzen kaum noch den nöthigen abschreckenden Charakter haben, und ich glaube, wir werden durch die Erfahrung dazu gezwungen — ich thue es ja sehr ungern, einen gefaßten Beschluß des Reichstags nochmals vorzubringen — ihn zu ändern, und ich weiß, einen wie schwierigen Stand ich damit haben würde, aber ich mache darauf aufmerksam, daß diese Strafgesetzgebung gegen das verbrecherische Einschleppen verdächtigen Viehes eine zu milde ist, und daß wir da späterhin — ich will nicht wünschen, daß wir sehr schwere Erfahrungen machen. Aber wenn sich das häufiger wiederholt, so glaube ich, wird die Mehrheit unter

Ihnen sich der Pflicht, den Geschädigten zu helfen, nicht entziehen können, und wir werden dann vielleicht ein geneigteres Ohr finden.

Einstweilen aber möchte ich nur bitten, das Reich nicht als verantwortlich anzusehen für diese Einschleppungen, für die Mißbräuche, die an der Grenze jedenfalls stattfinden müssen, um dergleichen zu ermöglichen, sondern lieber in den einzelnen Staaten durch die Landtage der Grenzstaaten und ihre verantwortliche Verwaltung darüber zu interpelliren, wie dergleichen möglich ist. Wir im Reiche haben nicht die Mittel, da wir nicht einmal über die Zollbeamten ein Verfügungsrecht haben."

Auf eine darauf folgende Entgegnung des Abgeordneten Dr. Lasker erwiderte der Reichskanzler: [1])

„Ich rufe den Reichstag und alle Zuhörer zu Richtern an, wer ruhiger und sachlicher gesprochen hat, ich oder der Herr Abgeordnete Lasker. Ich habe mich vollständig innerhalb der sachlichen Debatte bewegt, ich habe auch Niemand persönlich genannt, ich habe namentlich den Herrn Abgeordneten Lasker nicht genannt, — ich glaube nicht, daß ich einen Namen genannt habe. Wenn sich der Abgeordnete Lasker zu der Bezeichnung derer meldet, die den Schutz des Verbrechers gegen Ungerechtigkeiten schärfer accentuiren, als den Schutz des ehrlichen Mannes gegen die Verbrecher, so kann ich doch nicht dafür.

Außerdem muß ich sagen, daß die Art, wie der Herr Abgeordnete mir einen belehrenden Verweis giebt, wie ich das schon öfter von ihm erfahren habe, himmelweit verschieden ist von der sachlichen Kritik, die ich hier geübt habe an der Hand unserer Gesetzgebung und im Interesse der Sicherheit unserer Viehzüchter, und ich möchte den Vorwurf dem Herrn Abgeordneten Lasker geradezu zurückgeben, daß ich ihn hier auf frischer That ertappe, wie er eine ganz allgemeine sachliche Bemerkung, sofern er den leisesten Stachel der Kritik für etwas, was er einmal im Leben gethan hat, darin findet, sofort zu einer zornigen Strafrede persönlicher Natur mir gegenüber benutzt, um mir zu beweisen, daß ich irgend Jemand allgemein oder besonders verdächtigt hätte. Ich habe an den Abgeordneten Lasker in dem Augenblick, wo ich sprach, gar

[1]) Stenogr. Bericht S. 332.

nicht gedacht, und es wird mir jetzt erst vollständig gegenwärtig, daß er einer der Redner war, der, wenn ich nicht irre, den Begriff hineinbrachte: es solle Demjenigen, der Vieh schmuggelt, die gewinnsüchtige Absicht erst nachgewiesen werden. (Widerspruch des Abgeordneten Lasker.) — Ich glaube, es steht drin, ich will es nicht fest behaupten, aber es schwebt mir so vor. Ich bin auf diese Spezialien nicht vorbereitet, da ich an den bedauerlichen Vorgang einer persönlichen Diskussion mit dem Herrn Abgeordneten Lasker heute nicht im entferntesten gedacht hatte. Er hat gesagt, er habe nur das Minimum heruntergesetzt. Das ist aber für unsere Richter überhaupt ein regelmäßiges Heruntersetzen des Durchschnitts der Strafe. Wann wird ein Richter je zum Maximum greifen, ehe die Spannung nicht so hoch getrieben ist in dem öffentlichen Gefühl, wie vielleicht durch die schweren Verbrechen des vorigen Jahres sie getrieben worden war! Aber in den gewöhnlichen Eigenthums- und eigennützigen Verbrechen ist es mir noch nie vorgekommen, daß der Richter sofort zum Maximum greift. Das Minimum heruntersetzen heißt also die Strafe heruntersetzen.

Ich glaube auch nicht, daß in einer solchen Gesetzgebung, die recht sehr praktischer Natur ist zum Schutze unserer materiellen Interessen, die Herren Juristen das Hauptwort mitreden sollten, sondern die Interessenten. (Beifall rechts.)"

Nochmals ergriff der Abgeordnete Lasker das Wort und erhielt darauf vom Reichskanzler folgende Antwort: [1])

„Ich glaube, die Diskussion wird überall den Eindruck gemacht haben, daß die Grenze, die der Herr Abgeordnete zuletzt fixirte, nicht verlassen worden wäre, wenn der Herr Abgeordnete nicht das Wort ergriffen hätte; erst von dem Augenblicke hat sie meines Erachtens die Grenze, die der Herr Abgeordnete selbst bezeichnete, verlassen. Ich habe mich vollständig in sachlichen Grenzen bewegt. Der Herr Abgeordnete hängt sich an den einen Ausdruck, mit dem ich diejenigen bezeichnet habe, die stets für die Herabsetzung der Strafbestimmungen sind; daran hängt er sich, um mich zu kennzeichnen wie Jemand, der ganzen Kategorien unüberlegte Vorwürfe macht. Ich halte das

---

[1]) Stenogr. Bericht S. 333.

nicht für unüberlegt, sondern halte es für nothwendig, die Ausdrücke so scharf und prägnant zu brauchen, daß sie auch im Publikum einen Eindruck machen, um klar zu stellen, daß das Maß von Schutz, auf welches alle ehrlichen Leute Anspruch machen, bei der jetzigen Lage der Gesetzgebung uns nicht überall gewährt wird, daß unsere Gesetzgebung in ihren Strafbestimmungen zum großen Theil zu milde ist.

Ich bin außerdem vollständig berechtigt, wenn ich davon spreche, Versuche der Gesetzgebung zu erneuern, daß ich mich ohne Nennung irgend eines Namens an diejenige Richtung wende, die meines Erachtens die früher vorgelegten Gesetze in ihrer Wirkung zu sehr abgestumpft hat, damit die Herren ihrerseits sich der Folgen dessen, was sie gethan haben durch diese ihre Abminderung, recht klar bewußt werden. Ich weiß nicht, nach der Schärfe, mit der der Herr Abgeordnete mich angegriffen hat, muß ich allerdings glauben, daß ich das ihm gegenüber nicht erreicht habe, aber mir genügt es, wenn ich im Lande und wenn ich in der großen Mehrheit der Abgeordneten dies erreiche.

Ich habe Niemand persönlich genannt, Niemand persönlich gekränkt; der Herr Abgeordnete hat sehr unerwartet plötzlich mit Schärfe und Heftigkeit des Angriffs mir vorgeworfen, meine Politik wäre nicht die richtige, um zum Ziele zu kommen. Meine Herren, darüber lassen Sie mich selbst urtheilen. Ich weiß sehr gut, wohin ich strebe, und was ich mit diesem Angriff gegen die zu milden Strafbestimmungen bezwecke, ist mir vollständig klar und wird auch seine Wirkung thun.“ [1])

Dem Abgeordneten Dr. Zinn, welcher auf die aus der mangelhaften Ausführung der Strafgesetze hervorgegangenen schweren Uebelstände aufmerksam machte und um Abhülfe bat, erwiderte der Reichskanzler: [2])

„Im Namen des preußischen Ministerpräsidenten kann ich dem Herrn Vorredner sagen, daß diese Versuche bereits von mir gemacht worden sind, ich hoffe mit Erfolg. Ich bitte ihn aber, zu erwägen, daß Preußen von verschiedenen Ministerien

---

[1]) Ueber den Grund der Opposition des Abg. Lasker, vergl. die Ausführungen S. 177 und bezüglich der Uebertreibungen desselben S. 65.

[2]) Stenogr. Bericht S. 334.

regiert wird, von denen jedes für sein Ressort verantwortlich ist, und daß der Ministerpräsident von Preußen keine verfügende Befugniß gegen irgend eines dieser Ressorts hat. Aber dasjenige, was von Seiten des Ministerpräsidenten in Preußen geschehen kann, ist geschehen, und ich hoffe auch, daß es zum Erfolg führen wird.

Ich habe nur die Verantwortlichkeit des Reichs für das, was bisher geschehen ist, salviren wollen; die Verantwortlichkeit des preußischen Ministerpräsidenten bitte ich dafür doch nicht unmittelbar in Anspruch zu nehmen, namentlich da ich jetzt mit vollem Recht seit Jahren dort stellvertreten bin, und die Identität in dem Grade, wie der Herr Abgeordnete das mit einer ironischen Wendung vorauszusetzen scheint, nicht mehr zwischen dem Kanzler und dem Ministerpräsidenten von Preußen stattfindet."

Die Gründe der Auswanderung.

Ueber die Gründe der zunehmenden Auswanderung sprach sich auf Veranlassung des Abgeordneten Dr. Lingens der Reichskanzler in der 17. Sitzung vom 8. März 1879 folgendermaßen aus: [1])

„Der Herr Abgeordnete hat den Wunsch ausgesprochen, über das Herkommen der Auswanderung je nach den Provinzen, aus denen sie hervorgehe, nähere statistische Auskunft zu erhalten. Ich halte diesen Wunsch für einen vollkommen berechtigten und werde für seine Erfüllung meinerseits veranlassen, was nothwendig ist. Ich lege um so mehr Werth darauf, als sich aus dieser Statistik zugleich die Frage des Herrn Abgeordneten nach den Gründen, die einen Deutschen veranlassen könnten, sein Vaterland zu verlassen, bis zu einem gewissen Grade beantworten würde. Es wird nämlich aus der Statistik, soweit sie mir bekannt ist, und zwar auch, wenn man Jahre in derselben zurückgreift, der merkwürdige Umstand sich ergeben, daß die meisten Auswanderer aus den am wenigsten bevölkerten Gegenden kommen, und daß diejenigen fast übervölkerten Länder, die vermöge der Entwickelung ihrer Industrie 10,000 und mehr Menschen auf der Quadratmeile ernähren, ein sehr dürftiges Kontingent bilden.

Ich glaube, der Herr Vorredner wird aus seiner fabrik-

---

[1]) Stenogr. Bericht S. 338.

und industriereichen Heimath nicht den Eindruck mitbringen, daß dort sehr viele Anwesen von Auswanderern zum Verkauf kamen und die Auswanderer sehr zahlreich waren. Wenn er hingegen in den hauptsächlich auf den Betrieb der Landwirthschaft angewiesenen Provinzen wohnte, so würde diese Wahrnehmung häufiger vorkommen. Bei weitem die meisten der Auswanderer der letzten Jahren sind aus Mecklenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, kurz und gut, aus Gegenden, die in vielen Fällen die Zahl von 2000 Menschen auf der Quadratmeile nicht erheblich übersteigen, ja, in den mir bekannten Landstrichen meiner Varziner Heimath kaum 1200 übersteigen, und da gerade war die Auswanderung außerordentlich zahlreich.

Was ist nun die Ursache davon? Die Ursachen werden uns vielleicht eingehend beschäftigen in einigen Monaten, wenn wir die Tariffragen prüfen, wenn wir die Vertheilung der Lasten prüfen zwischen der Landwirthschaft und zwischen den übrigen Theilen der Bevölkerung, zwischen der Bevölkerung die von der Landwirthschaft lebt, und zwischen der, die nicht davon lebt. Ich will auf die Details jetzt nicht näher eingehen, ich will den Herren und auch dem Herrn Vorredner in Bezug auf seine Anfragen Rendezvous geben bei den Verhandlungen über die wirthschaftlichen Fragen, da werde ich ihm angeben, warum die Bevölkerung der rein landwirthschaftlichen Provinzen bei uns in höherem Maße auswandert, als die der übervölkerten Fabrikgegenden. Ich werde daraus zu dem Schluß kommen, daß einerseits das landwirthschaftliche Gewerbe bei uns durch unser Abgaben- und Steuerwesen und verschiedene andere Einrichtungen ungleich beschwert ist.[1]) Ich werde ferner zu dem Schluß kommen, daß es für die rein landwirthschaftlichen Gegenden ein Segen sein würde, wenn sie in ihrem Umfange eine entwickeltere Industrie fänden, welche sich weiter bilden könnte, so daß beide sich gegenseitig unterstützen. In den vorwigend industriellen Gegenden ist dem Arbeiter die Carrière nicht verschlossen, die Carrière zu den höchsten Vorbildern, die seine Phantasie ihm stellen kann. Der Marschall-

---

[1]) Vergl. oben S. 48 ff., 63, 82, 85, 95, 103, 148, 165, 167, 168 und 187.

stab, den angeblich der französische Soldat in seinem Tornister trägt, befindet sich dort in der That in der Hütte des Arbeiters, wenn ich Leute wie Krupp, wie Diergart, wie Borsig, ich könnte viele andere nennen, Marschälle der Industrie nennen darf. Die Carrière ist dort nicht verschlossen; der Arbeiter in der Industrie hat die Möglichkeit, aufzusteigen, er steigt zuerst zu dem höheren Wochenlohn, er bekommt eine bessere Anstellung als Contremaitre, als Werkführer, und die Beispiele sind nicht so sehr selten, daß sie nicht der Hoffnung eines Jeden schmeicheln sollten, daß einer unter ihnen sich zum leitenden Beamten, zum Associé, ja zum Herrn einer großen Industrie, eines großen Vermögens aufgeschwungen hat. Die Hoffnung, deren der Mensch bedarf, daß in dem gewöhnlichen Einerlei des Arbeiterlebens, wenn nicht für ihn, doch für seine Kinder etwas besser werden könne, die verläßt den industriellen Arbeiter nicht.

Anders ist es in der Landwirthschaft. Der ländliche Arbeiter, wenn er in dem Alter ist, daß er heirathet und nachdenkt über seine Zukunft, so findet er in rein landwirthschaftlichen Gegenden, daß die Kluft zwischen ihm und der nächsten Stufe, zu der er aufsteigen könnte, für eine Generation eine unübersteigliche sei, daß es einem arbeitsamen Glücklichen, insofern, als er durch Krankheiten nicht zurückgebracht und gestört wird, eine in ihrem Erwerb glückliche Generation erfordert, um den Arbeiter eine Stufe vorwärts zu bringen und ihm zu einem kleinen Eigenthümer eines Anwesens mit einer Dachtraufe, aber was ihm selbst gehört, zu einem kleinen Stück eigenen Landes zu verhelfen. Er sieht vor sich, daß sein Nachbar, der 60 Jahre lang das Gewerbe eines ländlichen Arbeiters getrieben hat, eben in diesem Verhältniß geblieben ist. Eine große Schädigung der Entwickelung der ländlichen Verhältnisse hat in dieser Hinsicht die gesetzliche Aufhebung der Erbpacht gebracht, die ein Mittel war, Jemand leicht zu Land zu verhelfen und zu einem unantastbaren Grundbesitz und ein viel leichteres Mittel als die Theilung von Domänen, die man vorgenommen hat, und wo man die Theilstelle viel zu hoch gegriffen hat nach dem Urtheil eines Jeden, der die ländlichen Verhältnisse kennt. Wenn man in unseren ausschließlich landwirthschaftlichen Provinzen den

Erwerb von Grundeigenthum durch das System der Erbpacht, das keine Kapitalanlage erforderte, erleichterte, wenn es unserer Gesetzgebung später gelingt, Industrie, die nicht eine Konkurrentin der Landwirthschaft ist, in jenen Gegenden zu fördern, so daß Produzenten und Abnehmer für verschiedene Artikel dicht neben einander wohnen, dann glaube ich, wird der Herr Vorredner nicht über die hohen Ziffern der Auswanderung klagen. Sie sind ja in den letzten Jahren sehr viel vermindert; das hat aber meines Erachtens keine dauernde Gründe, sie würden unter gewissen Verhältnissen, die einseitig auch in Amerika eintreten könnten, ebenso gut wieder einen Aufschwung nehmen.

Ich erlaube mir also dem Herrn Vorredner zu versprechen, daß die statistischen Nachrichten, die ihm fehlen, nachgeliefert werden sollen, und die Absicht auszusprechen, auf diese Statistik und die Wirkung unserer bisherigen Gesetzgebung, auf die Auswanderung zurückzukommen, wenn wir die wirthschaftlichen Fragen hier behandeln werden. (Bravo! rechts.)"

Beantwortung der Angriffe des Abg. Richter gegen die persönliche Stellung des Reichskanzlers.

In der 4. Sitzung vom 24. Februar 1881, in welcher die erste Berathung des Reichshaushaltsetat auf der Tagesordnuug stand, benutzte der Abgeordnete Richter seine Etatsrede, welche alljährlich eine Kritik des ganzen Regierungssystems zu enthalten pflegt und außerdem wenig Abwechslung bietet, zu Angriffen gegen die persönliche Stellung des Reichskanzlers. Letzterer erwiderte darauf:[1])

„Die Aeußerungen des Herrn Vorredners haben den uns in der Tages-Ordnung vorliegenden Gegenstand, das Budget, wenig berührt, seit ich hier bin; ich bin also auch wohl davon dispensirt, dem, was der Hrr Staatssekretär des Schatzamtes darüber gesagt hat, etwas hinzuzufügen. Der Herr Vorredner hat sich wesentlich mit der Kritik meiner Person beschäftigt. Die Gesammtzahl, in welcher das Wort „Reichskanzler" in seiner Rede vorkommt zur Gesammtzahl der Worte seiner Rede überhaupt, wird das Resultat meiner Ansicht hinreichend rechtfertigen. Nun, ich weiß nicht, zu welchem Zwecke diese Kritik dient, wenn nicht zu meiner Belehrung, zu meiner Erziehung — ich bin im 66. Jahre und im 20. Jahre meiner Amts-

---

[1]) Stenogr. Bericht I. Band 1881 S. 29.

thätigkeit — recht viel zu bessern ist an mir nicht mehr, man wird mich verbrauchen müssen wie ich bin, oder man wird mich beseitigen müssen. Ich habe meinerseits nie den Versuch gemacht, den Herrn Abgeordneten Richter zu erziehen, ich würde mich dazu nicht berufen halten, ich habe auch nicht das Bestreben, ihn aus der Thätigkeit, in der er sich befindet, zu verdrängen — mir würden die Mittel dazu fehlen, ich habe auch keine Neigung dazu, aber mich aus der meinigen zu verdrängen, dazu, glaube ich, werden auch ihm die Mittel fehlen. Ob er mich nun in der Weise wird einengen und zurechtdrücken können, wie er das am Schlusse seiner Rede für wünschenswerth erklärte, wenn ich noch länger erhalten werden sollte, weiß ich nicht, bin aber für die Besorgtheit, mit der er meiner Gesundheit dabei gedacht hat, aufrichtig dankbar. Ich kann mich aber leider, wenn ich meine Pflicht thun will, nicht in dem Maße schonen, wie es der Fürsorge des Herrn Richter wünschenswerth erscheint, (Heiterkeit) ich muß meine Gesundheit einsetzen.

Dem Abg. Richter fehlen die Mittel zur Vertreibung des Reichskanzlers.

Wenn derselbe gesagt hat, daß alle Uebel, die uns plagen, auch der Diskontosatz, und ich weiß nicht was sonst noch, in der Unsicherheit unserer Zustände ihren Grund hätten, wenn er das Wort eines anderen Kollegen zitirt hat von einer heillosen Verwirrung bei uns, — nun, meine Herren, dann muß ich wiederholen, was ich an einer anderen Stelle gesagt habe in Gegenwart des Herrn Abgeordneten Richter: sehen sie sich doch vergleichend in anderen Ständen um! Wenn der Zustand, der bei uns herrscht, die geordnete Thätigkeit, die Sicherheit der Zukunft nach innen und nach außen, wenn das eine heillose Verwirrung ist, ja, wie sollen wir dann die Zustände in manchen anderen Ländern charakterisiren. Ich sehe in keinem europäischen Lande einen gleichen Zustand von Sicherheit und von Beruhigung, mit dem man in die Zukunft blicken kann, wie im deutschen Reich. Ich habe damals schon gesagt, meine Stellung als auswärtiger Minister hindert mich an Exemplifikationen. Aber Jeder, der mit der Karte und der Zeitgeschichte der letzten zwanzig Jahre in der Hand meiner Bemerkung nachspüren will, der wird mir Recht geben müssen, und ich weiß nicht, wozu diese Uebertreibung von „heilloser Verwirrung“ und „Ungewißheit und Unsicherheit der Zukunft“, es glaubt

Die Uebertreibungen von „heilloser Verwirrung“.

im Lande Niemand daran und das ist doch die Hauptsache. Die Leute im Lande wissen sehr gut, wie es ihnen geht, und Jeder, dem es nicht nach Wunsch geht, ist ja gern bereit, die Regierung dafür verantwortlich zu machen, und wenn ein Kandidat zur Wahl kommt und sagt ihm: an dem allen ist die Regierung oder — um mit dem Herrn Vorredner zu sprechen — der Reichskanzler schuld, so mag er viele Gläubige finden; er wird in der Mehrzahl aber Leute finden, die sagen: gewiß hat er seine üblen Eigenschaften und Kehrseiten — aber daß ich an allen diesen Uebeln schuld sei, davon wird man die Mehrheit nicht überzeugen. Es geht mir freilich wie vor 12 Jahren und länger dem Kaiser Napoleon, der auch, nicht in seinem Lande, aber in Europa als die Ursache alles Uebels angeklagt wurde, von der Tartarei bis nach Spanien hin, und der bei weitem keine so böse Natur war, wie man ihm Schuld gab, — und ich möchte dieses Benefizium auch bei Herrn Richter in Anspruch nehmen: ich bin auch so schlimm nicht, wie er mich schildert. Sein Angriff richtet sich in der Hauptsache, wenn er recht überlegt, auch nicht so sehr gegen mich, gegen meine Person, gegen diejenige Thätigkeit von mir, in welcher ich freien Willen habe, er richtet sich in der Hauptsache gegen die Verfassung des deutschen Reichs. Die Verfassung des deutschen Reichs kennt keinen anderen verantwortlichen Beamten wie den Reichskanzler. Ich könnte behaupten, daß meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit lange nicht so weit geht wie diejenige, die mir faktisch auferlegt wird, ich könnte mich vielmehr zurückziehen und sagen: Die Reichspolitik geht mich in meinen Beziehungen gar nichts an, ich bin nur des Kaisers Exekutivbeamter. Ich will das aber nicht thun, ich habe die Verantwortlichkeit von Anfang an übernommen, ich habe die Verpflichtung übernommen, die Beschlüsse des Bundesraths, obschon ich in ihm in der Minorität sein kann, zu vertreten, nur muß ich das mit meiner Verantwortlichkeit verträglich finden. Ich will sie annehmen wie sie liegt in der öffentlichen Meinung. Es kann aber Jedermann doch nur für *seine eigenen Entschließungen* und Handlungen verantworlich sein, — es kann Niemand eine Verantwortlichkeit auferlegt werden, — und auch die Reichsverfassung hat das nicht thun wollen — für Handlungen, welche

Die verfassungsmäßige Stellung des Kanzlers.

von seinem freien Willen nicht abhängen, zu denen er gezwungen werden kann. Es muß daher der Verantwortende innerhalb des Rayons seiner Verantwortlichkeit eine vollständige Unabhängigkeit und Freiheit genießen, sonst hört die Verantwortlichkeit auf, und wer sie dann im Reiche trägt, das weiß ich nicht, sie schwindet gänzlich.

So lange Herr Richter also die Reichsverfassung nicht ändert, müssen Sie selbst darauf bestehen, daß Sie einen in seinen Entschließungen vollständig freien und selbstständigen Kanzler haben, denn für alles das, worin er nicht frei und selbstständig sich hat entschließen können, kann ihn kein Mensch verantwortlich machen.

Herr Richter hat nun dem Wunsch Ausdruck gegeben, diese verfassungsmäßige Selbstständigkeit des Kanzlers nach mehreren Seiten hin einzuschränken; einmal nach einer Seite hin, wo sie ja schon eine beschränkte ist, wo er sie aber vollständig verschwinden lassen will: das ist gegenüber den Beschlüssen des Bundesraths und des Reichstags die Verantwortlichkeit für die Thätigkeit, die der Verfassung dem Kaiser in unserem Staatsleben beilegt. Es steht in der Verfassung, daß die Anordnung des Kaisers ihre Gültigkeit durch die Unterzeichnung des Reichskanzlers erlangt, welcher damit die Verantwortlichkeit übernimmt. Zu diesen Anordnungen des Kaisers sind doch ohne Zweifel auch die Akte zu rechnen, von denen die Verfassung sagt, daß sie im Namen des Kaisers zu geschehen haben, also beispielsweise die Vorlage eines bundesräthlichen Beschlusses vor den Reichstag, wie Herr Richter nach der „Norddeutschen Zeitung" eine Thatsache ganz richtig angeführt hat, über die Unfallstatistik, über welche Beschlüsse vorlagen, die weiter zu befördern im Namen des Kaisers ich mit meiner Verantwortlichkeit nicht verträglich gefunden habe. Ich habe deshalb diese Handlung unterlassen. Man kann nun das Verfassungsrecht fragen: war ich berechtigt, diese Handlung zu unterlassen? war der Kaiser berechtigt, diese Handlung zu unterlassen? oder war Se. Majestät der Kaiser verfassungsmäßig verpflichtet, den Beschluß des Bundesraths vorzulegen?

Ich habe diese Frage einmal bei Herstellung der Verfassung mit einem sehr scharfen Juristen erörtert, der lange in einer hohen juristischen Stellung bei uns war, und noch

ist, Herrn Pape. Der sagte mir: Der Kaiser hat kein Veto. Ich sagte, verfassungsmäßig hat er es nicht, aber denken Sie sich den Fall, daß dem Kaiser eine Maßregel zugemuthet wird, die er nicht glaubt erfüllen zu können oder eine solche, die er glaubt erfüllen zu können, sein zeitiger Kanzler warnt ihn aber und sagt: hierzu kann ich nicht rathen, das kontrasignire ich nicht.

Gut nun, ist der Kaiser denn in diesem Falle verpflichtet, einen anderen Kanzler zu suchen, seinen Widerstreber zu entlassen? Ist er verpflichtet, einen Jeden zum Kanzler zu nehmen, der ihm etwa von anderer Seite vorgeschlagen wird? Wird er sich den zweiten, den dritten suchen, die beide sagen: die Verantwortlichkeit hierfür, für diesen Gesetzentwurf, können wir nicht durch die Vorlage im Reichstag übernehmen? Darauf hat mir Herr Pape geantwortet: Sie haben Recht, der Kaiser hat ein indirektes und faktisches Veto.

Ich gehe soweit nicht einmal, sondern alle diese Sachen werden nicht so haarscharf durchgedrückt. Nehmen Sie also einen konkreten Fall, an dem sich solche Sachen am besten erläutern, nehmen Sie an, daß die Majorität des Bundesraths mit Zustimmung Preußens dieses Gesetz beschlossen hat, und wobei in Preußen der Formfehler gemacht worden ist, daß der zur Instruktion der Vertretung im Bundesrath berufene preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten nicht zugezogen worden ist, um die Instruktion zur Zustimmung zu ertheilen; aber ich nehme an, Preußen hat zugestimmt, dieser Minister wäre zugezogen und wäre auch im preußischen Ministerium in der Minorität geblieben, und der Kaiser trägt ihm auf, nun diese Beschlüsse dem Bundesrath und dem Reichstag vorzulegen, der Kanzler sagt: das glaube ich nicht verantworten, nicht verantwortlich vollziehen zu können, dann ist die erste Möglichkeit, daß Se. Majestät der Kaiser sagt: dann muß ich mir einen anderen Kanzler suchen, — die ist nicht eingetreten, die zweite ist eingetreten, daß die Vorlage unterblieben ist. Dadurch ist nun die Situation geschaffen, in der, wenn es einen Klageberechtigten giebt, ein solcher nur in der Majorität der Regierungen im Bundesrath, die diesen Beschluß gefaßt haben, gesucht werden kann.

Es ist nun der weitere Weg gegeben —, ich glaube auch,

daß solcher Weg in schweren Fragen bis an's Ende gegangen werden würde, aber wenn man jetzt die thatsächliche Probe machen wollte, was schließlich Rechtens wird, dann müßte in diesem vorliegenden Falle die Majorität des Bundesraths Sr. Majestät dem Kaiser erklären: hier haben wir Beschlüsse gefaßt, unser verfassungsmäßiges Recht ist, daß der Kaiser sie dem Reichstag vorlegt, und wir fordern das. Der Kaiser könnte darauf antworten: ich will den Rechtspunkt nicht untersuchen, ob ich dazu verpflichtet bin, ich will annehmen, ich wäre es, ich weigere mich nicht, aber ich habe augenblicklich keinen Kanzler, der bereit ist, das zu unterschreiben — kann denn dem Kanzler befohlen werden: du sollst und mußt das unterschreiben!? kann er mit Gefängniß wie bei Zeugenzwang bedroht werden? Wo bleibt da die Verantwortung? Bleibt also der Kanzler bei seiner Weigerung, so kann die Majorität des Bundesraths dem Kaiser sagen: du mußt Dir einen Kanzler schaffen, diesen entlassen, wir verlangen, daß unser Beschluß an den Reichstag gebracht werde, und die Verfassung ist gebrochen, wenn das nicht geschieht. Nun meine Herren, warten wir doch ab, ob der Fall eintritt, ob der Klageberechtigte diesen Weg verfolgen will, und wenn er ihn verfolgt, ob Seine Majestät der Kaiser dann nicht doch bereit ist, zu sagen: gut, ich werde suchen, einen Kanzler zu bekommen, der bereit ist, den Beschluß weiter zu befördern. — Ich will hier natürlich in eine Kritik der Gründe nicht eintreten, die mich im konkreten Fall abgehalten haben, es waren eben Gründe, die sich nicht am grünen Tisch, sondern im grünen Lande draußen finden, die mich veranlaßt haben, die Durchführung dieses Gesetzes für unthunlich zu halten, ich hatte nicht die Sicherheit, daß diese Unmöglichkeit der Durchführung auch von der Majorität dieses Hauses angenommen würde, wollte aber das Land der Gefahr nicht aussetzen, — Gefahr war es meines Erachtens, dieses Gesetz zu bekommen; der Moment, wo ich diese Gefahr verhüten konnte, war einzig und allein der der Vorlage im Namen des Kaisers. Das verfassungsmäßige Remedium gegen diese Benutzung liegt im Wechsel der Person des Kanzlers; ein anderes sehe ich nicht.

Ich komme dabei, da ich eben den Reichstag berührte, auf mein Zusammenwirken mit dem Reichstage. Das Ideal

des Herrn Richter scheint zu sein ein schüchterner, vorsichtiger Kanzler, der sorgfältig hinhorcht: kann ich hier anstoßen, wenn ich dieses thue, kann ich da anstoßen, der einen ablehnenden Beschluß des Reichstags nicht abwartet, sondern, wie ich häufig bei Kollegen erlebt habe, aufgeregt nach Hause kommt und sagt: mein Gott, das Gesetz ist verloren, der und der ist dagegen, — und nach drei Wochen ist es durchgegangen. Auf solche Konjekturalpolitik, auf solche Indizienbeweise über das, was im Reichstage etwa beschlossen werden kann, weil die Stellung von denen, die am lautesten sprechen, aber nicht immer das entscheidende Gewicht haben, dagegen ist, auf die kann ich mich nicht einlassen, und ich würde Ihnen wirklich rathen, einen solchen ängstlich und besorgt nach jedem Wink hinhörenden Kanzler, wenn es dem Herrn Richter möglich ist, sich einen solchen zu verschaffen, auf dieser Stelle möglichst kurz zu dulden. Denn wenn ein leitender Minister — und ein solcher ist er im Reich — keine eigene Meinung hat und sie erst von Anderen hören muß, was er glauben und thun soll, dann brauchen Sie ihn gar nicht. Was Herr Richter dabei vorschlägt, ist die Regierung des Landes durch den Reichstag, die Regierung des Landes durch sich selbst, wie man das in Frankreich genannt hat, und durch seinen gewählten Vertreter. Ein Kanzler, ein Minister, der nicht wagt, etwas einzubringen, wenn er nicht sicher weiß, daß er es durchbringt, der ist eben kein Minister, der könnte ebenso gut mit dem weißen Zeichen hier unter uns herumgehen und sich erkundigen, ob Sie erlauben, daß er dieses oder jenes einbringen will. Dazu bin ich nicht gemacht.

Inwieweit ich die Unterordnung unter den Bundesrath annehme, das habe ich vorher auseinanderzusetzen versucht, ich habe aber zugleich damit geschlossen, daß noch sub judice lis est, der Prozeß ist nicht geschlossen. Ob ich nach meiner verfassungsmäßigen Ueberzeugung der Mehrheit des Bundesraths mich fügen würde, wenn sie es verlangte, darüber habe ich mich nicht auszusprechen, das ist eine Frage, die bisher nicht vorliegt; die Mehrheit hat es nicht verlangt. Ob ich bei Durchsetzung der Forderung berechtigt bin, meinen Widerspruch aufrecht zu erhalten, darüber sage ich: non liquet, wir

werden es künftig sehen. Dergleichen entscheidet sich schließlich durch das uralte Recht, was schon die Römer bei den Deutschen zu ihrem Erstaunen fanden, wovon sie sagten: „Herkommen vocant". Dieses Herkommen hat sich bezüglich der Handhabung der Verfassung noch nicht ausgebildet.

Die Stellung des Kanzlers zu den Chefs der Reichsämter.

Dann hat Herr Richter bei mir noch nach einer dritten Richtung hin zu viel Selbstständigkeit gefunden gegenüber den Chefs der Reichsämter. Er hat, wenn ich recht gehört habe, sich mit der Hoffnung geschmeichelt, daß das Stellvertretungsgesetz mir eine willkommene Gelegenheit gäbe, mich auf einen mehr ornamentalen Standpunkt, wie er sich ausdrückte, zurückzuziehen, und die Geschäfte und Thätigkeit denen zu überlassen, die mich vertreten, und das berühmte Arcanum der Majoritätsabstimmung auch in die Reichsregierung einzuführen. Auch da muß ich sagen, muß Herr Richter, ehe ich mich den höchsten Reichsbeamten unterordnen darf, doch die Verfassung ändern. Kann ich denn vor Sie treten und sagen: ja. meine Herren, ich bin sehr zweifelhaft, ob ich dieses wohl verantworten kann, aber der Herr Staatssekretär aus diesem Ressort war der Meinung, und nach Anleitung des Herrn Richter habe ich mich dessen Autorität gefügt. Wenn Sie es verhindern, thun Sie mir einen Gefallen, dem Staatssekretär aber nicht. Das wäre doch auch wieder eine ganz unmögliche Stellung, die der Herr Richter mir zumuthet. Die Herren Chefs der Reichsämter sind nicht für mich verantwortlich, außer insoweit sie vermöge des Stellvertretungsgesetzes substituirt sind, sondern ich bin für ihre Handlungen verantwortlich; ich habe dafür aufzukommen, daß es Politiker sind, die sich mit der Gesammtrichtung der Reichspolitik, so, wie ich sie verantworten will, im Einverständniß halten, und wenn ich dieses Einverständniß dauernd und prinzipiell bei einem von ihnen vermisse, so ist es meine Pflicht und Schuldigkeit, ihm zu sagen: wir können beide zusammen nicht im Amte bleiben. Das ist auch eine Aufgabe, der ich mich, wenn sie an mich herantrat, niemals entzogen habe, es ist einfach meine Pflicht. Ich habe dazu nie so künstliche Maschinerien und Feuerwerke gebraucht, wie man mir zuschreibt, daß ich sie in der vorigen Woche absichtlich und berechnet in's Werk gesetzt hätte. Sie müssen nicht glauben, daß Minister heutzutage an ihrem Posten so kleben, wie manche andere

Die dornenvolle Stellung der Minister; die öffentliche Kritik derselben.

hochgestellte Beamte, bei denen auch der stärkste Wink nicht hinreicht, um sie zur Einsicht zu bringen, daß es Zeit wäre. Ich habe noch keinen Minister heutzutage gefunden, bei dem es nicht nothwendig wäre, ihm ab und zu zuzureden, daß er auf seinem Posten doch noch länger aushalten möge, daß er sich nicht daran stoßen möge, daß die harte und aufreibende Arbeit, die eine konkurrirende Friktion mit mindestens drei parlamentarischen Körpern, einem Abgeordnetenhaus, einem Herrenhaus und einem Reichstag giebt, wo einer den anderen ablöst, ja, nicht einmal auf die Ablösung wartet, sondern gleichzeitig fungiren, und wenn der Kampf beendigt ist, und wenn die Abgeordneten zufrieden in ihre Heimath zurückkehren, dann kommt den anderen Tag ein Rath zum Minister und sagt: jetzt ist es Zeit, die Vorlagen für die nächste Sitzung zu bearbeiten. Dabei ist das ganze Geschäft vielleicht ein sehr ehrenvolles, aber kein sehr vergnügliches. Wer ist überhaupt in der Lage wie ein deutscher Minister, sich so öffentlich mit einer solchen Schärfe und in einer solchen Tonart kritisiren zu lassen, gegen wen gilt es außerdem noch unter gebildeten Leuten, daß die Gewohnheit des gesellschaftlichen Lebens ihm gegenüber außer Geltung tritt. Man sagt einem Minister ohne das mindeste Bedenken öffentlich Dinge, die man, wenn er nicht Minister wäre, sich geniren würde, ihm auch nur privatim zu sagen, wenn man ihm etwa in einem Salon begegnet. Ich würde das im Reichstag nicht sagen, wenn derselbe nicht auch auf diesem Gebiet wie in allen Uebrigen eine Ausnahmestellung in Deutschland einnähme — ich habe hier so scharfe Dinge wie in anderen Versammlungen meines Wissens kaum zu hören gehabt, ich habe wenigstens ein versöhnliches Gedächtniß bis jetzt für sie gehabt, aber im Ganzen werden Sie mir doch Recht geben, daß in unseren öffentlichen politischen Debatten die Tonart nicht auf der Höhe steht, wie in unserem gewöhnlichen gesellschaftlichen Verkehr, namentlich den Ministern gegenüber. Auch untereinander kommt es mitunter vor, aber darüber steht mir keine Kritik zu. Auch die ministerielle Seite kritisire ich nicht, ich bin dagegen abgehärtet durch langjährige Erfahrung und kann es aushalten; aber ich schildere hier nur die Gründe, die es machen, daß kein Minister an seinem Posten klebt, und daß man mir Unrecht thut, wenn man glaubt, es gehörte

irgend eine künstliche Anstrengung dazu, um einen Minister zu bewegen, daß er aus dem Posten weicht. Nicht Jeder war gewohnt an die Behandlung, daß öffentlich in der Presse der unwissendste Korrespondent einen alten, erfahrenen Minister herunterreißt wie einen dummen Jungen. Das lesen wir in jeder Zeitung alle Tage, und das mag man sich ja gefallen lassen. Darüber klagt man nicht so; aber können wir sagen, daß in unseren parlamentarischen Debatten den Mitgliedern der Regierung — den Kommissarien gegenüber wird mitunter noch härter verfahren — aber den Mitgliedern der Regierung gegenüber dieselbe Urbanität des Tones herrschte, durch die sich die gute Gesellschaft in Deutschland auszeichnet? Ich sage nicht nein, sondern ich überlasse Ihnen die Beantwortung dieser Frage, ich sage nur, daß das Geschäft ein sehr mühsames und freudeloses, nicht bloß Verdrießlichkeiten ausgesetztes, sondern ein aufreibendes und anstrengendes ist. Das bringt die Herren Minister in die Stimmung, daß sie mit großer Leichtigkeit ihre Posten aufgeben, sobald sie ein anderes Motiv dafür finden können, als das einfache: ich will nicht mehr, ich mag nicht mehr, es ist mir über.[1])

Die kollegialische Verträglichkeit des Kanzlers.

Uebrigens ist bei uns, was ich Herrn Richter gegenüber als Zeugniß für meine kollegialische Liebenswürdigkeit anrufen darf, der Wechsel nicht so rasch und so häufig gewesen, wie in allen anderen Ländern. Zählen Sie doch die Zahl der Minister, die seit meinem Antritt, seit 1862 über die Bühne gegangen sind, und addiren Sie die Rücktritte, die aus anderen als parlamentarischen Gründen erfolgt sind, und Sie werden im Vergleich mit allen anderen Ländern für die Verträglichkeit der Minister in Deutschland ein außerordentlich günstiges Fazit finden. Ich halte also diese Anspielungen, die auf meine Unverträglichkeit und auf meine wechselnde Ueberzeugung gemacht worden sind, für völlig unzutreffend.

Der Kompaß des Kanzlers ist stets gewesen: salus publica.

Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit auf diese in der Presse und auch hier so oft vorkommenden Vorwürfe noch mit einem Worte zurückzukommen, als hätte ich meine Ansichten über diese oder jene Sachen häufig und schroff gewechselt.[2]) Nun, ich gehöre allerdings nicht zu denen, die jemals im Leben

---

[1]) S. auf S. 349.
[2]) Vgl. oben S. 36.

geglaubt haben oder heute glauben, sie könnten nichts mehr lernen, und wenn mir Einer sagt: vor zwanzig Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung, heute habe ich dieselbe Meinung noch und Sie haben eine entgegengesetzte, so antworte ich ihm darauf: ja, so klug, wie Sie heute sind, war ich vor zwanzig Jahren auch, heute bin ich klüger, ich habe gelernt in den zwanzig Jahren. Aber ich will mich auf diesen berechtigten Einwand nicht zurückziehen, daß ein Mensch, der nicht lernt, nicht fortschreitet mit seiner Zeit und also auch der Zeit nicht gewachsen bleibt; der bleibt zurück, wer feststeht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat. Ich will mich damit gar nicht entschuldigen, für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: salus publica. Ich habe von Anfang meiner Thätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie, und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie, in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbstständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei athmen können. (Bravo! rechts.) Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung — meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus festgebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem Einen oder dem Anderen näher treten, die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil. Schaffen wir zuerst einen festen, nach Außen gesicherten, im Innern festgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möbliren sei und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt,

so werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so, es giebt viele Wege, die nach Rom führen. Es giebt Zeiten, wo man liberal regieren muß und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß, es wechselt Alles, hier giebt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehen und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe, seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Thätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe. (Bravo! rechts.)"

Gegen den Vorwurf der Mißachtung des Reichstages durch die wiederholte Einbringung von Gesetzesvorlagen.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Küstenfrachtfahrt, welcher im Jahre 1880 im Reichstage unerledigt geblieben war, wurde dem Reichstage im Jahre 1881 nochmals vorgelegt. Der Entwurf bezweckte den Schutz der einheimischen Schifffahrt. Der Abgeordnete Schlutow bemängelte die unveränderte Vorlage des Entwurfs, worauf der Reichskanzler entgegnete: [1])

„Ich wende mich, indem ich die sachliche Vertretung dem sachkundigen Herrn Kommissar überlasse, zunächst zu den politischen Einwendungen, die der Herr Vorredner gegen die diesjährige Wiederholung der Vorlage gemacht hat. Ich habe schon neulich Gelegenheit gehabt, über das Verhältniß des Bundesraths selbst zu abgelehnten Vorlagen zu sprechen[2]) und muß heute auf die Sache zurückkommen. Selbst wenn diese Gesetzesvorlage im vorigen Jahre im Reichstag vollständig durchberathen worden wäre und zu einem Beschluß in dritter Lesung geführt hätte, so blieben die verbündeten Regierungen auch dann noch berechtigt, bei ihrer eigenen Ansicht zu beharren. Es heißt das die Gleichberechtigung der beiden gesetzgebenden Faktoren des Reiches in Zweifel ziehen, wenn man sagt, daß eine vom Reichstag abgelehnte Sache, wenn sich die verbündeten Regierungen von der Unrichtigkeit ihrer Auffassungen nicht

[1]) Stenogr. Bericht, 1. Band 1881, S. 153.
[2]) S. oben 356.

überzeugen können, nicht wieder in derselben Form vorgelegt werden dürfe. Aber so liegt die Frage hier ja gar nicht einmal, sondern es wird auch hier wieder verlangt, daß die verbündeten Regierungen schon bei der ersten Anfühlung des Reichstags über die Annehmlichkeit oder Inpopularität ihrer Vorlagen — gewissermaßen, wie ein Kammerherr seinem Fürsten gegenüber den Blick verstehen soll, — auf dieses unliebsame Thema nicht wieder zurückkommen sollen. Ja, meine Herren, da regiert denn der Reichstag allein und dann können Sie die verbündeten Regierungen von der nicht gerade leichten Theilnahme an der Gesetzgebung ganz dispensiren, wenn sie gar nichts mehr anbringen können, dessen Ablehnung wahrscheinlich ist. Die verbündeten Regierungen bleiben, der Reichstag wechselt, und die Regierungen haben es nicht bloß mit dem Reichstag, sondern mit der Nation zu thun.

Es kann ja sein, daß bei fortgesetzter Diskussion bis zur vollen Klarstellung der Sache sich die Nation und in specie der Wähler überzeugt, daß die Regierung so ganz Unrecht nicht gehabt hat. Die Regierungen sind vollständig berechtigt, ihre Politik nicht bloß auf eine Reichstagssession nicht bloß auf eine Wahlperiode einzurichten, sondern sie sind verpflichtet, sie auf ein Menschenleben einzurichten und zu berechnen und auch Gedanken anzuregen, die sich vielleicht erst mühsam Bahn brechen, wenn sie zu wiederholten Malen diskutirt und dadurch zu besserem Verständniß gebracht worden sind. Wenn der Reichstag im vorigen Jahre einen definitiven Beschluß gefaßt hätte, so hätte man ja, nachdem man die Stärke der Majorität, die dabei auftritt, die mehr oder weniger sachkundige oder unter dem Druck der politischen Stellung handelnde Zusammensetzung der Majorität erwogen hätte, darüber von Seiten der verbündeten Regierungen verhandeln können. Wenn aber die Gewohnheit weiter einreißt, daß Vorlagen, die viele Arbeit und viele Erkundigungen auch bei anderen Sachverständigen, als hier zum Worte kommen, veranlaßt haben, nur halb oder gar nicht durchberathen oder in eine Kommission verwiesen werden und da liegen bleiben — ja, meine Herren, das ist wenigstens kein wohlwollendes Mittel, um den verbündeten Regierungen die abweichende Ansicht zu erkennen zu geben, indem man die Sache dilatorisch behandelt und sie liegen läßt.

Die vorliegende Sache gehört zu den, ich glaube nicht ganz wenigen, die in der vorigen Legislatur nicht zum Abschluß gelangten. Das ist der politische Theil der Sache, in dem ich nun die Rechte der verbündeten Regierungen verwahren will und mich dabei darauf berufe, daß der Reichstag doch auch nicht gerade erschrocken ist, wenn er Resolutionen faßt und findet, daß die verbündeten Regierungen ganz anderer Ansicht zu sein scheinen. In dem Falle zieht er sich nicht schüchtern zurück, sondern beharrt fest auf der Resolution und wiederholt sie im nächsten Jahr. Wir stehen, glaube ich, zu gleichen Rechten nach der Verfassung, also wenn Sie eine schüchterne, demüthige Aengstlichkeit gegenüber Ihren Andeutungen von den Regierungen verlangen wollten, so müßten Sie wenigstens eine billige äquivalente Rücksichtnahme auf die Ansichten der Regierungen — sie können ja irrig sein, sie können es alle sein — verwenden. Es geschieht aber im Gegentheil, daß hier im Reichstag sogar die Minorität, die in gesetzgebenden Akten überstimmt ist, sich keinen Augenblick darüber bedenkt, die Beschlüsse, welche die Majorität des Reichstags in Uebereinstimmung mit den Bundesregierungen gefaßt und zum Gesetz erhoben hat, anzufeinden und — ich will sagen — für vollständiges Fiasko zu erklären und zu behaupten, Zustände, die dadurch herbeigeführt wurden, müßten sofort aufhören; so wenig ist da eine Gegenseitigkeit vorhanden. Eine Minorität im Bundesrath würde sich nie erlauben, gegen ein Gesetz in dieser Weise aufzutreten und zu seiner Beseitigung dieses Gesetz in den Augen derer, die danach leben und jahrelang leben sollen, herabzusetzen. Bei uns haben dieselben Herren, die mir früher den Vorwurf gemacht haben, daß in der Wiederholung einer Vorlage eine Mißachtung des Reichstags liege, vom freihändlerischen Standpunkt die Gesetze, die in Uebereinstimmung zwischen dem Reichstag und dem Bundesrath beschlossen worden sind und als Reichsgesetze gelten, mit den schärfsten Worten anzugreifen und die Anträge auf Abänderung zwar nicht in formulirter Weise vorzulegen, aber bei jeder Diskussion implicite anzugreifen versucht. So viel über die politische Seite der Frage. . . . . . .

Die Herabsetzung der Reichsgesetze von Seiten der Freihandelspartei.

Aber erst bitte ich im Namen der Regierungen um einen

fertigen Reichstagsbeschluß und muß, nicht im Namen der Regierung, aber in meinem eigenen die Ansicht aussprechen: so lange wir mit den Verweisungen in Kommissionen und halben Beschlüssen und Liegenlassen abgespeist werden, halte ich es für eine berechtigte Taktik der Regierung, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen und jedes Jahr dieselbe Vorlage zu wiederholen, bis sie ein responsum des Reichstages mit ja oder nein bekommen, darauf haben wir, glaube ich, ein Recht. (Bravo!)"

Charakteristik eines Redners; die Macht der Beredtsamkeit; und der Berliner Fortschrittsring.

Bei Gelegenheit der 2. Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Besteuerung der Dienstwohnungen der Reichsbeamten in der 36. Sitzung vom 29. April 1881 [1]) hielt der Abgeordnete Richter (Hagen) eine Rede, welche nahezu 20 Spalten der stenographischen Berichte füllt, und während welcher er 2 Mal von dem Präsidenten ermahnt wurde, sich an der Sache zu halten. Aus der darauf folgenden Erwiderung des Reichskanzlers heben wir Folgendes heraus: [2])

„Ich kann darauf wohl verzichten und ich würde auch die Zeit und die Kraft nicht haben, der Rede des Abgeordneten Richter in allen ihren Theilen zu folgen. Es wird mir ja recht oft das Vergnügen zu Theil, eine Probe seiner Eloquenz mit anzuhören, und da habe ich nachgerade dasselbe Gefühl, wie bei einer Vorstellung der Jungfrau von Orleans, wo einen der endlose Triumphzug im Anfang überrascht, bis man beim dritten Vorbeimarsch bemerkt, mein Gott, das sind ja dieselben Leute, (Heiterkeit) die nochmals über die Bühne ziehen in demselben Kostüm. So sind es auch die Gründe, die in den Reden des Herrn Abgeordneten mit derselben Eleganz vorgetragen, stets wiederkehren. Wir kennen sie meist schon vorher aus den Blättern, an welchen der Herr Abgeordnete betheiligt ist, wenn wir Muße haben, sie zu lesen; ich bin deshalb wahrscheinlich auch schon öfter in der Lage gewesen, auf die meisten dieser Gründe zu antworten, und ich kann heute wohl darauf verzichten. Eins aber will ich noch erwähnen und das hat mich frappirt: er hat sich der Unverhältnißmäßigkeit zwischen der Schätzung der Wohnung und den dienstlichen Einnahmen der Stelle nicht ganz entziehen können und er hat da an meine

---

[1]) Stenogr. Bericht, 2. Band 1881, S. 889.

[2]) Stenogr. Bericht S. 906.

Großmuth dem Staat gegenüber in Geldsachen appellirt und mir klar gemacht, daß ich eigentlich nicht meine, sondern die Miethssteuer meines Nachfolgers zahle, der viel mehr Gehalt haben würde, wie ich und also sachgemäß zu einer höheren Schätzung des Werthes seiner Wohnung berechtigt und auf einem höheren Kothurn überhaupt zu erscheinen berufen sein würde. Er hat dann auch gesagt, es wäre das mit Berücksichtigung meiner Privatverhältnisse geschehen. Nun, meine Herren, ich bin durch meine Lage ohnehin schon genöthigt, aus meinen Privatmitteln, die der Herr Abgeordnete in ungeheuerlich übertriebener Weise geschildert hat, erhebliche Zuschüsse für den Staat zu leisten und Staatskosten aus eigenen Mitteln zu zahlen; ich bin sehr viel mehr Verlusten in meinem Besitz durch meine Abwesenheit ausgesetzt, als der Staat mir Gehalt giebt; aber ich würde darüber nicht weiter reden, wenn es nicht gerade die Wohnung beträfe. Es ist mir das gerade peinlich, weil ich sehr viel bessere und angenehmere Häuser wie das in Berlin besitze, wo ich sehr viel wohnen würde und die ich mir selbst nach meinem Geschmack ausgebaut und eingerichtet habe und für die ich Steuer zahle, und daß ich nun hier noch in meiner Berliner Wohnung, wo ich ungern bin, wo ich nur auf Wunsch des Kaisers mich aufhalte, daß ich da noch für meinen Nachfolger vorweg schon jetzt die Miethssteuer bezahlen soll (Heiterkeit), die für ihn gerecht sein wird, weil er sehr viel mehr erhalten werde wie ich, das geht mir doch etwas über das Maß, welches ich mir pekuniär zumuthen lasse. Mein Privatvermögen hat hiermit nichts zu thun, ich fechte auch nicht für mich, ich fechte für die Zukunft und für den Fall, mögen es 25 Mark oder 25,000 sein, das ist mir vollständig gleichgültig. Ich verlange nur, daß ich von dem willkürlichen Befinden der hiesigen Stadtregierung unabhängig gestellt werde, wie hoch oder wie niedrig ist mir einerlei. Und dann, was er sagte, daß die Stadtregierung über Alles so außerordentlich wohl unterrichtet wäre, davon habe ich noch eine kleine Sache erlebt. Es existirt nämlich hier eine Art von Pferdesteuer, und die wird nach einem bestimmten Kalendertage berechnet, wie viel Pferde an diesem Tage im Stall sind. Wenn ich nicht irre, geschieht es im November, und da habe ich einmal plötzlich die Mittheilung bekommen, daß in meinem Stall 10 oder 11 Pferde gewesen

sind — es war mir das sehr angenehm, aber ich wußte nichts davon. Ich habe mich weiter erkundigt und habe erfahren, daß die Wissenschaft des Magistrats auch hier auf dem Zeugnisse jenes Kastellans beruhte, wie gewöhnlich. Es war aber zufällig an diesem Tage gar kein Pferd in dem Stall, und auch mehrere Monate vorher und einige Monate nachher befand sich auch nicht ein einziges Pferd in demselben. Es ist das zwar nur eine Kleinigkeit, es zeigt das aber doch, wie richtig meine Meinung ist, daß der Herr Oberbürgermeister nicht Alles übersehen kann. Ich halte denselben überhaupt nicht für so einflußreich in der Stadt Berlin, daß man ihn dafür verantwortlich machen könnte, ich glaube, daß auch er gegen den bestehenden Ring in keiner Weise aufkommen kann. Die Herrscher in den Versammlungen und die Herrscher der Stadtverordneten sind einmal diejenigen Leute, welche die herrschenden Zeitungen in ihren Händen haben. Mir fiel heute gerade ein interessantes Preßerzeugniß in die Hand — es ist zwar aus Königsberg, aber es paßt auch anderswo — da schreibt Einer:

> „Geehrter Herr Redakteur!
>
> Der Umstand, daß die hiesigen liberalen Zeitungen im Besitz der Führer der liberalen Parteien sind und in Folge dessen über nichts berichten, was den Herren nicht paßt, so bitte ich Sie, als Vertreter der einzigen noch unabhängigen Zeitung, folgenden Artikel aufzunehmen“,

— und darin wird nun gesagt, wie die Dinge zugehen und gemacht werden. Die Herrscher der Stadtverwaltung sind meines Erachtens weniger der legitime aber sehr konstitutionelle Oberbürgermeister, sondern es sind diejenigen Herren, welche die Berliner Blätter beherrschen und die durch die Schärfe der Rede, von der wir heute wieder eine Probe gehabt haben und auch neulich schon, die dadurch, daß sie die eloquentesten sind, die durch ihre Beredtsamkeit die Versammlung beherrschen, nicht dadurch, daß sie die Stadtverordneten überzeugen, sondern kein Parteigenosse getraut sich, gegen den Redner den Mund aufzuthun; jeder sagt, ich möchte mich nicht einer öffentlichen Zurechtweisung aussetzen, wenn ich mich unterstehen wollte, gegen „ihn“ aufzutreten. „Metu, entes verbera lingua“, wie es im Horaz heißt. Das ist die Stimmung, die in Fraktionen

ja auch so häufig vorkommt; ich appellire da an Ihre Erfahrung, auch Sie werden das Gefühl gehabt haben, daß Sie manches besser wissen, wie der beste Redner unter Ihnen. Sie haben vielleicht auch den festen Entschluß gefaßt, es ihm heut zu sagen, vor der Ausführung fährt er gerade mit einem Anderen gewaltig ab, Sie denken, lieber heut noch nicht. So geht es auch anderswo. Der stärkste Ringer, auch im Felde der Rede, schüchtert die andern ein. Es ist aber der Redner nicht immer der beste Beurtheiler der Politik. Um ein guter Redner zu sein, gehört ein Stück vom Dichter, eine glänzende Improvisationsgabe dazu, wie wir das wohl früher selbst erlebt haben bei öffentlichen Vorstellungen, wo Musik mit rednerischen Improvisationen abwechselten, daß ein Thema gegeben wurde, irgend ein Gegenstand, der dem Improvisator unbekannt war, über den er aber Reden hielt, mitunter aber wirklich brillant, und die mich für den Augenblick, wenn mich die Umgebung nicht getäuscht hätte, fast überzeugt haben würden. Ich will damit nur sagen, daß man den Meistern in der bloßen Beredtsamkeit so wenig wie solchen Improvisatoren den leitenden Einfluß auf große Gemeinwesen einräumen darf, wenigstens nicht mit offenen Augen, noch viel weniger soll man den Rednern die leitende Stelle als Fraktionschef oder als Minister geben. Ich führe das nur an, um zu beweisen, daß die Beredtsamkeit eine Gabe ist, die heutzutage über ihren Werth Einfluß übt und überschätzt wird über ihren wahren Werth. Ein guter Redner muß etwas vom Dichter haben, darf es also mit der Wahrheit nicht ganz mathematisch genau nehmen. (Heiterkeit.) Er muß anstachelnd, erregend, leicht entzündlich sein, um zündend zu wirken, aber ich denke mir, daß ein guter Redner selten ein sicherer Staatsmann sein wird. Das gemüthliche Element muß bei ihm vorherrschen, nicht der Verstand, und ich glaube, daß schon vermöge der physischen Konstitution des Menschen es nicht vereint gefunden wird, daß einer zugleich ein guter Redner und ein kühler Richter wäre. Ich erinnere an die Aufzählung all der Eigenschaften von Mephisto, des Löwen Muth, des Hirsches Schnelligkeit; es findet sich das nie Alles in einem Körper vereinigt, und so findet sich Beredtsamkeit sehr häufig in einem den Verstand überwiegend und gefährlich beherrschenden Maße vor, hinreichend für urtheils-

lose Menge, die der Herr Abgeordnete Richter vorhin so richtig citirte, aber ein Mann von kühler Besonnenheit und sicherer, genauer, berechnender Erwägung, dem man die Leitung großer wichtiger Geschäfte gern anvertraut, der kann kaum je ein vollkommener Redner sein. Ob man bei unserer heutigen Kulturentwickelung gegen dieses Uebel der Beredtsamkeit Remedur finden kann, weiß ich nicht, aber es ist schon eine halbe Remedur, wenn man das Uebel erkennt, und wenn man sich stets vergegenwärtigt das bekannte Beispiel von dem König Friedrich Wilhelm I., der zwei Advokaten hinter einander hörte und hinter Jedes' Ausführungen ausrief: „Der Kerl" — wie er sich unehrerbietig ausdrückte — „hat Recht", und dann so in Zorn gerieth gegen die Wirkung der Beredtsamkeit, daß nach der damaligen monarchischen Verfassung beide Redner, vermöge der Uebertreibung ihrer Gabe zu überzeugen, in sehr üble Lagen gekommen sind. Ich sehe kein gesetzliches Mittel dagegen, aber das Uebel erkennen heißt schon, ihm theilweise abhelfen, und ich möchte Sie deshalb darauf aufmerksam machen, daß Sie sich das Beispiel des alten Königs immer gegenwärtig halten, wenn Einer mit einer Eloquenz spricht, die so ausgebildet ist, daß er eigentlich für andere Geschäfte wenig Zeit haben kann, und obschon er das, was er vorträgt, vollständig beherrscht und beherrschen muß, wie es nur Einer beherrschen kann, der mehrere Wochen hindurch stets über dasselbe Thema öffentlich gesprochen und in Zeitungen geschrieben hat. Dann bildet sich eine Sicherheit in ihm aus, daß er keinen Souffleur braucht; er beherrscht seinen Stoff, ihm fällt in der einen Woche noch eine bessere Redewendung ein wie in der vorigen, kurz es tritt das Beispiel ein, was mich in meiner parlamentarischen Jugend in Erfurt so frappirte, daß ich die Rede eines Heidelberger Professors bewunderte, und ein Landsmann und Fraktionsfreund von ihm sagte mir: ach, die Rede hätten Sie im vorigen Jahre von ihm hören sollen, da hielt er sie ganz anders, da war er noch frisch dabei. (Heiterkeit.)

So möchte ich die Ermahnung an Sie richten, in unserem parlamentarischen Leben, wo wir der Zeit nach uns sehr enge gedrängt finden, doch auch mit dieser Schaustellung der Beredtsamkeit weniger Zeit zu verlieren als wie bisher."

Inhalts-Uebersicht.

Seite

Chronologisches Inhalts-Verzeichniß.

Alphabetisches Inhalts-Verzeichniß.

Druck von Hermann Risel & Co., Hagen i. W.

Im Verlage von **Hermann Risel & Co.** in **Hagen i. W.** und **Leipzig** erschien ferner:

Wohin hat der
Liberalismus den Bauernstand
geführt?

Eine Untersuchung

über die

Ursachen des Verfalles der Landwirthschaft

und das

Mittel zur Abhülfe.

Von

einem Kleinbauern.

Preis broch. M. 0,60.

Die

Deutschland gegenwärtig bewegenden großen Fragen

und

das Verhältniß der Fortschrittspartei zu denselben.

Reichhaltiges Material zur Beurtheilung der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers,

sowie

ein Beitrag zur Naturgeschichte der Fortschrittspartei.

Bearbeitet

im Wahlkreise des fortschrittlichen Abgeordneten

Eugen Richter-Hagen.

Preis broch. M. 1,50.

Druck von Hermann Risel & Co., Hagen i. W.